

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.





Professor Karl Heinrich Rau

OF THE UNIVERSITY OF HEIDELBERG

PRESENTED TO THE
JNIVERSITY OF MICHIGAN

Mr. Philo Parsons

1871



HJ

3496 . V 73 1844



3,72,5, 11896.

Bandbudy

ber

Wichighh

Prensischen Steuer und Zoll. Gesetzebung

mit besonderer Rudficht

auf den Gebrauch bei den Gerichten

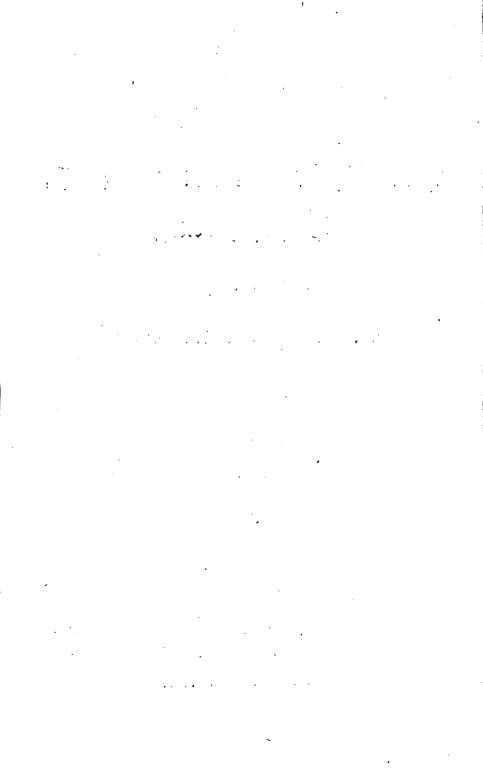
zusammengeftellt

nod

21. Billaume, Roniglichem Regierunge-Rathe.

Berlin, 1844.

Berlag von G. Reimer.



Nachdem frühere handbücher ber Preußischen Steuer- und 300. Berfaffung burch bie neuere Gefetgebung ihren praktifchen Werth größtentheils verloren haben, fehlt es neben vorhandenen febr umfangreichen Sammlungen, an einer Bearbeitung ber Steuers und Bollgesete, welche, ohne wirflich Wefentliches ju übergeben, bie organischen Bestimmungen mit ihren Erganzungen und Erlaus terungen in ber Form und bem Umfange eines jum Gebrauche für die Gerichte geeigneten Sandbuches mittheilte. eines folden Bulfsmittels läßt fich aber nicht verkennen, wenn erwogen wird, mit welchem Zeitverluft für jeben einzelnen Fall die paffenden Borfdriften in verschiedenen Jahrgangen ber Ges sessammlung ober in anderen amtlichen Organen aufgesucht werben muffen. Der Berfaffer darf baher hoffen, bag bas nachfolgende Werf bei bem juriftischen Publifum eine freundliche Aufnahme finden werde, wenn bei ber Beurtheilung von bem oben Gesichtspunfte ausgegangen, und ber angedeutete erwähnten 3wed berüdfichtigt wirb.

Necessed 3-29-49 MVP.

Die Anordnung des Stoffes ergiebt sich aus der vorangeschickten allgemeinen Inhaltsübersicht, zu deren Erläuterung nur anzusühsen ift, daß die Grundsteuers und die Stempelsteuers Gesetzgebung von der Mittheilung ausgeschlossen blieben; erstere weil sie weder die Mitwirfung der Gerichte bedingt, noch sonst für das größere Publikum von Interesse ist; lettere weil sie in vollständigen bis auf die neueste Zeit reichenden Handbüschern vielsach bearbeitet und allgemein verbreitet ist. Im Uebris

gen dürfte keine irgend wesenkliche Bestimmung vermist werden, da selbst blosse Verwaltungsvorschriften im Auszuge mitgetheilt oder doch, unter allgemeiner Angabe ihres Inhaltes, allegirt sind. Die Ergänzungen und Erläuterungen zu den Vorschriften über-Untersuchung und Bestrasung der Steuer- und Zoll-Desraudationen, welche, dem Zwecke des Werkes gemäß, einen wesenklichen Bestandtheil desselben bilden, sind der besteren Uebersicht wegen, in besonderen Anhängen theils zur Steuerordnung vom 8. Februar 1819. theils zu den Gesetzen, auf welche sie sich speciell beziehen, spstematisch zusammengestellt, und können um so leichter ausgessunden werden, als neben dem chronologischen, auch ein mögslicht vollständiges alphabetisches Sachregister dem Werke beigegeben ist. Etwa unberichtigt gebliebene Drucksehler mögen in der häusigen Abwesenheit des Versassers von dem Orte des Orucks Entschuldigung sinden.

Berlin im September 1844.

Der Berfaffer.

Nebersicht des Inhalts.

Allgemeiner Theil.

Kabinetsorbre vom 7. August 1820.

0.3

betr, die Einrichtung bes Abgabenwesens.

Gefet vom 30. Mai 1820.

Aber bie Einrichtung bes Abgabenwesens.

Dazu im Anhange: bas Berzeichniß ber Stäbte, in welchen 7.12. Mahl- und Schlachtftener erhoben wird.

Rabinetsorbre vom 6. Mai 1836.

über die Wirkung der von den Regierungen angeordneten executiven Q. 13.

Verordnung vom 24. November 1843. wegen executivischer Beitreibung ber öffentlichen Abgaben in ber Rheinproving.

Gefet vom 18. Juni 1840. über bie Berjährungsfriften bei öffentlichen Abgaben.

Besonderer Theil.

Directe Steuern.

I.

Die Rlaffensteuer.

Gefeg vom 30. Rai 1820. wegen Ginführung einer Rlaffenftener.

TT.

Die Gewerbesteuer.

Allgemeine Bestimmungen.

Geset vom 30. Mai 1820.

megen Entrichtung ber Gewerbeftener.

Dazu im Anhange: Die Erganzungen und Erlauterungen ber Borfchriften wegen Untersuchung und Bestrafung ber Gemerbefteuervergeben.

B. Spezielle Borfdriften.

Gewerbebetrieb im Umbergieben.

Kabinetsordre vom 21. Mai und Regulativ vom 28. April 1824. betr. ben Gewerbebetrieb im Umbergieben, insbefondere ben Saufirhandel.

Dagu im Anhange: Ergangungen und Erlauterungen gu ben Beftimmungen über Untersuchung und Bestrafung ber Bergeben gegen bas Regulativ.

Rabinetsorbre vom 31. und Regulativ vom 4. Dezember 1836

Aber ben Gewerbebetrieb im Umbergieben.

Rleinhandel mit Getranten auf bem ganbe fo wie Baft = und Schantwirthichaft.

Rabinetsordre vom 7. Kebruar 1835.

in Betreff bes Rleinhandels 2c.

Rabinetsordre vom 21. Juli 1844.

benfelben Gegenstand betr.

ð.97.

Indirecte Steuern.

Die Getrante-Steuern und die Steuer von inlandischen Zabaksblättern.

Gefet vom 8. Februar 1819. V. 99. betr. bie Besteuerung bes Branntweins, Braumalzes, Beinmoftes und ber Tabaksblätter.

Ordnung zu biesem Gefet vom 8. Kebruar 1819. 1.107. Dagu im Anhange: Erganzungen und Erlauterungen gu ben allgemeinen Bestimmungen

I. über bie Bestrafung bei Steuer-Contraventionen.

8. Februar 1819.	
I. In Bezug auf bie Branntweinsteuer.	
Octivate when an Or Guni 1997 with Warntain war 1 Oc	X 12
Rabinetsorbre vom 20. Juni 1822. und Regulativ vom 1. De	5 6-10-
zember 1820.	
betr. die anderweite Besteuerung des Branntweins.	O. 190
Rabinetsorbre vom 10. Januar 1824.	01.77
betr. die Erhebung der Maischbottigstener.	2.20
Rabineisordre vom 16. Juni 1838.	
betr. die Abanderung des Erhebungssates für die Maischbottigstener	
Regulativ vom 21. August 1825.	A. 202
betr. die Erhebung ber Stener fur ben Branntwein aus Dbft, Beeren	,
Wein und ben Abfällen bavon.	
Berordnungen über die Branntwein-Steuer in bei	
zum Thüringischen Boll= und Sandeleverein gehöri	=
gen Preußischen Landestheilen.	.
Rabinetsorbre vom 8. Dezember und Regulativ vom 24. Nos	N. 215.
vember 1833. II. In Bezug auf bie Braumalzstener.	
Rabinetsordre vom 10. Januar 1824.	8.235.
betreffend die Erhebung der Braumalzsteuer.	0 · NOO.
III. In Bezug auf bie Weinsteuer.	
Geset pom 25. September 1820.	8.244.
betreffend die Umwandlung der Beinmoststener in eine Beinftener.	_
Rabinetsorbre vom 28. September 1834.	0.248.
betreffend die Erhebung der Weinsteuer.	
IV. In Bezug auf bie Tabatsfteuer.	
Kabinetsorbre vom 29. März 1828.	
hetroffenh hie Grenn un infünbildem Cahal	

Radtraglide Beftimmungen zu ben Gefeken vom

II.

Die Mahl= und Schlacht-Steuer.

7. 255. Geset vom 30. Mai 1820.

wegen Erhebung ber Mahl- und Schlachtsteuer. Dagn im Anhange:

I. Die Erganzungen und Erlauterungen ju ben Bestimmungen über Die Bestrafung und bas Berfahren bei Contraventionen gegen bie Mahl- und Schlachtfteuer.

II. Rabere Bestimmung über bie Anoführungen bes Gefetes aus ber Anweisung vom 25. März 1821.

III. Bestimmungen über ben Berschluß ber steuerpflichtigen Städte so wie über die Beschaffung ber Erhebungslocalien, namentlich a) Kabinetsordre vom 20. Juni 1830. b) Kabinetsordre vom 6. Novbr. 1837.

III.

Die Steuer von der Fabrifation des Runkelrüben-Zuckers.

0.274.

Berordnung vom 21. März 1840. betreffend die Erhebung einer Controllabgabe von den zur Zuckerbereitung zu verwendenden Rüben.

7.282

Uebereinkunft vom 8. Mai 1841. wegen ber Besteuerung des Runkelrübenzuckers.

Verordnung vom 30. Juli 1841. wegen Besteuerung bes Rübenzuckers.

IV.

Die Eingangs-, Ausgangs- und Onrchgangs-Abgaben.

Verordnung vom 23. Januar 1838. bas Zollvereins-Geset und die Zollordnung betreffend.

Zollgeset vom 23. Januar 1838. 9, 287.

Dazu im Anhange: Berordnung vom 31. Oftober 1839, betreffend bie Einführung bes Zollgewichts.

Zollordnung vom 23. Januar 1838.

Dazu im Anhange:

I. Das Begleitschein-Regulativ vom 25. November 1839.

II. Das Regulativ vom 12. Januar 1839, betreffend die Pappflichtigfeit ber Grenzbewohner.

III. Die Bestimmungen über ben Zolltarif und bas amtlice Baarenverzeichnis.

Geset vom 28. Juni 1834.

über ben Waffengebrauch ber Grenzaufsichtsbeamten. Die Bestimmungen wegen Untersuchung und Bestrafung ber Zollvergeben nämlich:

> Jollstrafgeset vom 23. Januar 1838. Jollsartell vom 11. Mai 1833. Uebereinfunft vom 1. November 1837.

mit hannover, Olbenburg und Braunschweig.

V.

" Die Nebergangs-Abgaben.

Bertrag vom 8. Mai 1841. Bekanntmachung vom 13. Dezember 1841.

Erklärung

der vorfommenden Abfürzungen.

M. G. D	Allgemeine Gerichteorbnung
M. R. D. and R. D. ober C. D.	Allerhöchste Rabinetsorbre
a. e. a	Allgemeines Lanbrecht
Bejdyl	Beschluß
Centr. BL	Centralblatt ber Abgaben =, Gewerbe = und
	Sandels-Gefetgebung und Vermaltung
C. R. ober Circ. Refer	Circular=Rescript
C. 3	Circular-Berfügung
Entsch	Enticheibung
Erfennt	Erfenntniß
F. M. ober gin. Min	Finang-Ministerium
F. M. St	Finang-Ministerial-Rescript
Øef	Gefet
6. D. I	Geheimes Ober-Tribunal
a.	Graffe Sammlung ber Berorbnungen in
G r ,	ben von Kamppichen Jahrbüchern
G . E	Gefet:Sammlung
Inst	Instruction
3. M	Juftig-Ministerium
3. M. Si	Juftig-Ministerial-Blatt
3. M. H	Justig=Ministerial=Rescript
to O Tune about the Otune	von Rampt Annalen ber preugischen innes
v. R. Ann. ober blos Ann	ren Staatsverwaltung 2c.
v. R. Ihrb. ober blos Ihrb	von Ramby Sahrbucher für breugische Be-
o Sylve soll blue Sylve	feggebung 1c.
20 7. 9 7	Ministerial=Rescript
Dl. 5. 8	Minifterium ber Finanzen

M. b. geiftl.	Ang) .	•	•	•	•	•	Ministerium ber geiftlichen, Unterrichte= und Mebizinal-Angelegenheiten
M. b. Banb.				•	•	•	•	ehemaliges Ministerium bes handels
Di. d. Inn.			•					Ministerium bes Innern und ber Polizei
M. b. 3								Minifterium ber Inflig
D. 2		٠					•	Ober-Landes-Gericht
Blen. Befchl.				•	•	•		Plenar-Befchluß bes Geheimen Ober-Eris bunals
Publ								Publifanbum .
R. ober Refet				٠				Rescript
Reg. ober Reg	I.		•					Regulativ, Reglement
Staatsminist.			,					Staatsminifterium
Berord								Berordnung.

Allgemeiner Theil.

.

Allerhöchste Rabinetsordre vom 7. August 1820.

Die Einrichtung bes Abgabenwesens betreffenb. (G. S. 1820. p. 133.)

Rachbem Mir die zur Vollendung der Steuer-Reform entworfenen Gefete mit bem Gutachten bes Staatsraths vorgelegt worben, habe 3ch auf Ihren Antrag noch eine Kommission aus ben Pringen Meines Saufes und einigen anbern Mitgliebern bes Staaterathe angeordnet, um wiederholentlich zu ermagen, ob es Dhne Gefährdung boberer Staatszwede mbglich fei, ben Staatsbebarf noch fo erheblich zu ermäßigen, baß eine wesentliche Er-leichterung ber Abgaben gegen bie vorliegenden Steuergesete erfolgen fonne. Diefe Prufung ift gegenwartig foweit bollenbet, bag bie Unvermeiblichfeit ber vorgeschlagenen Abgaben unter einis gen, bie Ausführung erleichternben Bestimmungen bestätigt worben 3ch trage Ihnen baber nunmehr auf, Die Befanntmachung ber beigehenden von Mir vollzogenen Gefete:

1) über Ginrichtung bes Abgabenwesens, 2) wegen Einführung einer Rlaffensteuer,

3) wegen Entrichtung einer Mahl = und Schlachtftener, 4) wegen Entrichtung ber Gewerbesteuer sofort zu veranstalten. Den bem Gesese wegen Einrichtung bes Abgabenwesens S. 2. beizufügenden allgemeinen Gtat ber gewöhne lichen Ausgaben und Ginnahmen bes Staats werbe ich Ihnen fünftig jur nachträglichen Befanntmachung jugeben laffen. fest tommt es junachft barauf an, bie vorliegenden Gefege unver-Buglich zur Ausführung zu bringen, und namentlich bie Rlaffenfteuer in den drei oberen Rlaffen mit vier, zwei und einem Tha-Ier monatlich vom 1. Julius, bie fammtlichen übrigen Rlaffen aber vom 1. September biefes Jahres ab unfehlbar einziehen

zu laffen, ba bei Dedung bes laufenden Staatsbedarfs auf biefe Einnahme gerechnet worden*).

Geset vom 30. Mai 1820.

über bie Einrichtung bes Abgabenwesens. (G. S. 1820. p. 134.).

Wir Friedrich Wilhelm, 2c. 2c. Um die Reform ber Steuer-Gesetzgebung zu vollenden, welche Wir in ber Berordnung vom

*) In bem Arelfe St. Wenbel warb bie nene Abgabengesetgebung erft im Jahre 1835 burch bie R. D. vom 30. Juni beffelben Sahres (G. S. 1835 pag. 142 eingeführt. Danach bauerten von ben jur Beit im Kreise ju St. Benbel bestehenden Abgaben fort:

A. Die Grundsteuer, welche unter Borbehalt ber Gleichstellung mit ben übrigen Kreifen ber Provingen Rheinland und Weftvhalen porläufig auf ben Grund ber zeither gur Unwendung gebrachten Borichriften in ihrem gegenwärtigen Betrage an Pringipalfteuer und Beischlägen fort-

erhoben wirb;

B. Die Sypothefen = und Gerichteschreiberei-Gebuhren, welche von jest an jeboch nach benfelben Borfchriften und Gagen, bie in ben librigen Theilen bes Regierungsbezirfs Erier gur Anwendung fommen, ju liquis biren und einzugiehen find;

C. bie in Folge bes Staatevertrages vom 6ten Marg 1830 von ber vorigen Lanbes-Regierung burch bie Gefete von 12. November 1830 eingeführten Abgaben:

I. vom Berkehre mit bem Auslande (Gins, Auss und Durchfuhrzölle), II. von der Fabrikation des Branntweins, III. vom Braumalze,

Tettere jeboch fortan nach ben in ben übrigen Landestheilen allgemein geltenben Wefegen. Außerbem follten nach ben beshalb beftehenben allgemeinen Gefegen ethoben merben:

bie Rlaffens, Gewerbes, Beins und Tabacteftener vom Iften Januar 1836, bie Stempelfteuer vom iften September 1835, und bie Salzabgabe, fo wie bas Chauffeegelb von vorbehaltenen fpatern Terminen ab.

Dagegen follten mit Ausnahme ber auf fpeciellen Erhebungstiteln beruhenben Abgaben, wie g. B. bie Mennoniten Gelber, feine andere mehr erhoben werben, weshalb benn auch

bie Berfonal= und Mobiliarftener, bie Batent= ober Gewerbeftener, bie Ranone von ben Gewerben, und bie Beitrage au ben Mebiginal=

Anftalten, mit Ablauf biefes Jahres,

bie Stempelabgabe, bie Einrichtung ber Spielkarten-Regie, und unbeschabet bes Enregistrements, welches mit ben burch bas Gefet vom 23. April 1824 angeordneten Mobififationen fortbefteht, bie baburch auffommenben Gefalle mit bem iften Ceptember b. 3., imgleichen

IH. Die Ginrichtung bet Galg Regle mit ber Ginführung bes Galge

Debite nach ber Bererdnung vom 17ten Januar 1820

gleichzeitig aufgehoben und abgeschafft wurden.

Die burch bie Berordnung vom 26sten Juli 1830 fuspendirten Offrois und Afzife-Abgaben und bie Thur- und Fenfterftener find ebenfalls nicht wieder in Debung gesett.

27. Oftober 1810 Unfern getreuen Unterthanen zugefagt, warden Wir vor Allem eine Revision ber Grundsteuer in Unfern fämmts. lichen Provinzen nöthig gefanden haben, wenn Wir nicht in Betracht der Schwierigkeiten, die damit unzertrennlich verbunden sind, rathsam gefunden hätten, diesen, die Provinzial-Interessen mehr berührenden Gegenstand der Berathung mit den Ständen vorzubehalten.

Da jedoch der Staatsbedarf, namentlich, neben dem, nach möglichter Beschräufung unvermeidlich gebliebenen Auswande für die Kriegsmacht und die Berwaltung, ganz besonders auch die Berzinsung und der durch Unfere Berordnung vom 17. Januar d. 3. sestgesete jährliche Abtrag ber größtentheils zur Besteiung und Wiederherstellung des Landes ausgenommenen Staatsschuld

fortbauernd gefichert bleiben muß;

da ferner dieser Bedarf, bei gestiegenen Preisen aller Arbeisten und Leistungen, nach Aufhebung der Universalakzise, Binnenzölle, Naturallieserungen für das Militair, auch Borspanns in den alten Provinzen, so wie der droits réunis in den sonst von Frankreich besessen Landestheilen, selbst mit Beihülfe der durch die Gesege vom 26. Mai 1818 und 8. Februar 1819 eingeführsten Steuern noch nicht vollständig gedeckt ist;

und da endlich auch biejenigen Verminderungen der Ausgaben, welche sowohl nach Unserer Berordnung vom 17. Januar d. J. durch Ersparung der Zinsen von den abgelöseten Staatsschulden, als aus den sich nach und nach aussührbar zeigenden Verbesserungen der Verwaltung erwartet werden dursen, und zur Erleichterung der Steuern bereits bestimmt sind, doch erft nach

Berlauf einiger Jahre wirtsam hervortreten konnen:

so haben Wir nicht anstehen wollen, auch die Erhebung ber zu Bestreitung bes gesammten Staatsbedarfs annoch erforderlichen übrigen Abgaben sofort zu verfügen, und verordnen deshalb, nach vernommenem Gutachten Unsers Staatsraths, wie folgt:

S. 1. Die Auflagen find fernerhin:

a) die Bolle und die Berbrauchsstener von ausländischen Baas

ren, nach bem Gefeg vom 26. Mai 1818;*)

b) die Abgabe vom Salz, nach bem Gefen vom 17. Januar 1820 und den früheren, diefen Gegenstand betreffenden Bersordnungen;

^{*)} An bie Stelle bieses Gesetzes ift jest bas Bollgeset vom 23sten Januar 1838 mit ber Bollordnung von bemselben Tage getreten, welches weiter unten mitgetheilt ist.

c) die Stempelsteuer, wie folche burch ein besonderes Gefet beftimmt werden wirb:*)

d) die Gewerbesteuer, nach einem neuen Gesetze vom heutigen

Tage:

e) bie Grundsteuer in ihrer gegenwärtigen Berfaffung, und nach ben Bestimmungen, die bieses Geset im §. 3. bis 7. entbalt;**)

f) bie Steuer von inländischem Branntwein, Braumalz, Beinmoft und Tabackblättern, nach bem Gefete vom & Februar

1819;

g) an die Stelle ber abzuschaffenden persönlichen Steuern, eine Rlassensteuer, und da, wo diese nicht erhoben wird,

h) eine Mahl - und Schlachtsteuer, beibes (g, h,) nach Inhalt

ber heute besonders ergebenden Befege.

S. 2. In Bollziehung Unserer, ben Staatshaushalt und bas Staatsschuldenwesen betreffenben, Kabinetsordre vom 17. Januar d. J. No. II. (Gesetzfammlung No. 579) laffen Wir den von Uns genehmigten allgemeinen Stat der gewöhnlichen Ausgaben und Einnahmen des Staats, für die drei nächsten Jahre vom 1. Januar 1820 bis 31. Dezember 1822 hier beifügen.

S. 3. Die Grundfleuer wird in jeder Proving nach ben Grundfagen und Borichriften erhoben, welche barin gegenwärtig

zur Anwendung fommen.

S. 4. Doch wird hierbei verordnet, daß schon jest an keisnem Orte, woselbst die Grundsteuer in Folge der seit 1789 einsgetretenen Staatsveränderungen neu eingeführt oder erhöhet worsden ift, der Belauf derselben den fünften Theil des Rein-Ertrages vom verpflichteten Grundstüde übersteigen durfe.

Der Grundbesiter, der eine bobere Belaftung durch die Grund-fteuer behauptet, und zu erweisen vermag, fann die Gerabsegung

auf ben fünften Theil bes Ertrages forbern,

Bezirks = und Gemeindeabgaben burfen hierbei nicht in Un-

schlag gebracht werden.

S. 5. Die Domainengrundstüde und Forsten sind fteuerpflichtig, und wenn sie nach Anleitung bes Gesetzes vom 9. März 1819 veräußert werden, überall mit der landublichen Grundsteuer,

^{*)} Dies ift bas unter bem 7ten Marg 1822 ergangene noch gultige Stems pelgeset, (G. S. 1822, pag. 57.)

^{**)} In ben beiben weftlichen Provinzen Rheinland und Westhalen ift bie im Jahre 1820 angeordnete Aufnahme eines Grundsteuerkatasters im Bessentlichen beendigt, und die Beranlagung resp. Erhebung der Grundsteuer ersfolgt jest bort nach den Bestimmungen bes Geses vom 21sten Januar 1839. (G. S. 1839. pag. 30.)

jedoch in keinem Fall niedriger, als dem fechsten Theil des Rein-

Ertrages, zu belegen.

S. 6. Der Servis, welcher bisher von ben Stäbten und Distriften in ben öftlichen Provinzen zur General-Servistaffe ober zu ben Haupt-Institutenkassen bezahlt wurde, wird von benfelben im bisherigen Betrage bis zu ber im Eingange biefes Gefetes angedeuteten Revision ber Grundsteuer zu ben Staatskassen entsrichtet.

Wo gar kein Realfervis erhoben wird, ober wo ber Beitrag zur allgemeinen Serviskasse ober ben Haupt-Institutenkassen mehr beträgt, als der Realfervis, steht es der Gemeine frei, ihren Servisbeitrag den Grundbestern als Grundsteuer verhältnismäßig aufzulegen, oder andere, den örtlichen Berhältnissen angemessene Abanderungen bei der obersten Berwaltungsbehörde in Antrag zu

bringen.

S. 7. Die Gemeinden sind schuldig, die Grundfleuer mit Einschluß bes im S. 6. gedachten Servises von den Zahlungspflichtigen einzuziehen, und in monatlichen Beiträgen vor Ablauf jeden Monats an die ihnen angewiesene Kaffe abzuführen, auch in Zufunft die Servis-Angelegenheiten in der bisherigen Art zu

bearbeiten. *)

S. 8. Die Erhebung ber Mahl = und Schlachtsteuer geschieht in benjenigen Städten, die in dem anliegenden Berzeichnisse benannt sind. **) Wenn sedoch eine dieser Gemeinen, in welchen bisher eine Mahlsteuer nicht erhoben wurde, vorziehen sollte, das von der Mahl = und Schlachtsteuer zu erwartende Einkommen auf dem Wege der Klassensteuer aufzubringen, so hat sie ihren Antrag zu Unserer unmittelbaren Entscheidung an die vorgesetzte Behörde zu richten:

Auch soll ben Städten, die im Verzeichniffe nicht genannt find, die Wahl ber Mahl= und Schlachtsteuer statt der Klaffensteuer gestattet sein, wenn die oberste Verwaltungsbehörde die Hebung, den örtlichen Verhältnissen nach, hinlanglich gesichert findet.

S. 9. Gegen Entrichtung ber im S. 1. festgesetten Steuern boren alle bisherigen barunter nicht begriffenen Abgaben auf, namentlich

^{*)} Durch bie weiter unten zu §. 9. bes Rlaffensteuer-Gefetes mitgetheilte R. D. vom 6. Februar 1841 ift biefe Berpflichtung für bie Gemeinden in ben beiden weftlichen Brovingen wesentlich mobistiet worden.

**) Dies in ber G. S. de 1820 pag. 138 abgebruckte Berzeichniß giebt

Dies in ber G. S. do 1820 pag. 138 abgebrudte Berzeichniß giebt wegen ber seitbem eingetretenen Beranberungen keine richtige Uebersicht mehr. Gin nach ber jesigen Sachlage berichtigtes Berzeichniß folgt unten als Auhang zu bem obigen Geset.

A. an Ronsumtionsfteuern:

a) die Afzise vom Gemahl, Fleisch = und Brennmaterial, so wie die Land = Konsumtionssteuer vom Schlachtvieh in den alten Provinzen (§§. 4—6. Verordnung vom 8. Februar 1819;)

b) bie Generalakzise, Landakzise, Fleischsteuer und ber Dablgroschen, ober beffen Surrogat im Berzogthum Sachsen;

c) die besondere Mahl = und Schlachtsteuer in einzelnen Distriften zwischen der Elbe und Weser, und im Mindenschen Regies rungsbezirk;

l) die Schlachtsteuer im Großherzogthum Posen und in einem

Theile bes Marienwerderschen Regierungsbezirks;

e) die Oftroi in ben westphalischen und rheinischen Städten. (§. 13.)

B. Un perfonlichen Steuern:

a) die durch das Edift vom 7. September 1811 eingeführte Dersonensteuer, überall, wo sie bisher erhoben worden;

b) die Personen - und Karaftersteuer im Berzogthum Sachsen;

c) die in einem Theile des Arnsberger Regierungsbezirks erhobene Vermögenssteuer;

) die französische und bergische Personal = und Mobiliarsteuer in den westlichen Provinzen;

e) die Thur = und Kenstersteuer, wo sie noch statt findet.

C. Die Gewerbesteuer:

a) die durch bas Edift vom 2, November 1810 eingeführte alls gemeine Gewerbesteuer; *)

"alle bisherigen Abgaben von ben Gewerben, in fo fern fie bie Berechtisgung jum Betriebe berfelben betreffen, als: Concessionsgelb, Nahrungsgelb von fatastricten Stellen, ober unter welcher Benennung fie fonft vorkommen, sie mogen alljahrlich ober einmal für allemal, an Königliche Kassen, Kamsmereien ober Grundherren entrichtet werben, besgleichen bie Paraphen — Gelber" — auf.

Bur naberen Erlauterung beffen, was burch bie jest (oben Litr. C.) eingeführte Gewerbesteuer an früheren gewerblichen Abgaben erloschen ift, bient

1) zu a. Die R. D. vom 19. Februar 1832. (G. S. 1832. p. 94. Die Berschiebenheit ber Ansichten, welche über die Ratur grundherrlicher Abgaben bei Anwendung bes S. 30. des Gewerbesteuer : Gesets vom 2. Noswember 1819. Statt findet, erfordert zur Beseitigung der dadurch entstehenden Ungewißheit der Rechte, und zur Berhütung von Prozessen eine nahere Beskummung; weshalb Wir ie. verordnen:

^{*)} Das Stift vom 2ten November 1810 G. S. 1810 pag. 64. verordnete bie Erhebung einer Gewerbestener nach 6 verschiedenen Klassen, in benen bie Sase von 1 Thlr. — 1 Thlr. 20 Sgr., 2 Thlr. — 3 Thlr. 20 Sgr., 4 Thlr. — 6 Thlr. 20 Sgr., 8 Thlr. — 20 Thlr., 24 — 84 Thlr. und 96 — 200 Thlr. jährlicher Steuer stiegen. Nach §. 30 bieses Ebists hörten bagegen "alle bisherigen Abgaben von ben Gewerben, in so fern sie die Berechtis

b) sammtliche Gewerbe-, Patent- und Nahrungssteuern, die in den seit dem 1. Januar 1813 wieder- oder neuerworbenen Landestheilen bisher erhoben worden sind.

D. Alle unter den birekten Steuern in den Etats aufgeführte Abgaben, die nach einer von dem Finanzminister anzustellenden Prüfung, ihrer jegigen Natur nach, zu einer der unter

A. B. C. benannten Steuern ju rechnen finb.

E. Desgleichen soll bem Herzogthum Sachsen so viel an Abgaben erlassen werden, als der ganze jetzige Betrag der Quastembersteuer ausmacht, dieser Erlaß jedoch in der Art statt sinden, daß darauf zunächst die unter der Benennung der Magazinmetze oder des Magazingetreides noch bestehende Naturallieserung, serner die auf die Gewerbe, oder auf die Personen gelegten Quastembers oder Schocksteuern, so weit solche noch aus den Katastern mit Ueberzeugung zu ermitteln sind, in Anrechnung kommen.

S. 2. Wenn bei einer mit Grundbefit verfnupften Abgabe nicht auszus mitteln ift, ob fie eine Grundabgabe fet, ober ob fie bie Berechtigung jum Be-

trieb bes Gewerbes betreffe, fo wird bas Erftere vermuthet.

S. 4. In einem über die Natur ber Abgabe entstehenden Brogesie foll, wenn ber Berpflichtete von der fernern Leistung berfelben, als einer Gewerbeadsgabe, entbunden wird, auf ben Ersag ber vor Einleitung des Brogesies an den Berechtigten etwa geleisteten Abgabe nicht erkannt werden, es mußte benn die Zahlung entweder mit Vorbehalt, oder in Kolge einer durch Widerspruch gegen die Verpflichtung veranlaßten Erefution geleistet worden fein.

S. 5. In ben feit Berkinbigung bes Gefetes vom 2. Rovember 1810. über bie in Rebe fiehenben Abgaben ergangenen rechtstiftigen Erkenntniffen, ingleichen in ben, barüber in jener Beit unter ben Betheiligten getroffenen rechtsgultigen Abkommen, wirb burch bie gegenwärtige Berordnung nichts geanbert.

2) Bu b ift namentlich auch ber Kanon, welcher von ländlichen handwers fern und handlern, lediglich bes Gewerbes wegen, und als Staatsabgabe erhoben wurde, nach dem Circ. Rescript. des Finang-Minift. vom 23. Jan. 1821 und dem der Min. des h. und der Finang: vom 26. März 1822 für aufgehoben zu erachten. (Schimmelfennig, birefte Steuern. Erfte Ausg. Thl. II. S. 4.)

Dagegen find nach einer Entscheidung des Staatsministerii vom 21. Angust 1822 die Abgaden, welche nach französischen Gesehen von Schausvielen und öffentlichen Lustbarkeiten mit resp. 25 und 10 Procent zu den Armenkassen entrichtet werden, durch das Abgabengeset vom 30. Mai 1820 §. 9. C. b. nicht ausgehoben (v. K. Aun, Bb. 6. S. 714.)

S. 1. Abgaben, welche auf einem Grundstücke haften, und von jedem Bestiger bestelben entrichtet werben muffen, es moge bas Gewerbe, zu welchem bas Grundstück bestimmt ist, betrieben werben ober nicht, gehören nicht zu ben Absgaben, welche nach S. 30. bes Gewerbestener-Gesetzes vom 2. November 1810. mit Einführung der Gewerbestener aufhören sollen.

S. 3. Ift eine Abgabe gemischter Natur, so bag fie fich theils auf ben Grundbesitz, theils auf einen Gewerbebetrieb bezieht, so bleibt die Absonderung bei mangelnder Einigung der Interessenten bem richterlichen Ermessen überlassen. Sat der Grundberr, wegen einer solchen zu theilenden Abgabe, Gegenleistungen an den Abgabenpflichtigen gehabt, so follen bei der Absonderung diese Gegenleistungen berücksichtigt werden.

Bas bann noch übrig bleibt, foll gur Erleichterung berjenis gen Unterthanen bes Bergogthums Sachfen verwendet werben, welche burch bie neuen Steuern verhaltnigmäßig am meiften belaftet merben.

S. 10. Es boren ferner auf:

a) bas Raturalquartier bes garnisonirenben Militaire in ben Bürgerhäusern, und zwar ber Offiziere binnen langftens fechs Monaten nach Berfündigung biefes Gefetes, ber Gemeinen und Unteroffiziere aber in bem Berhaltniffe, in welchem bie Raferneneinrichtung nach bem Maage ber porbandenen Mittel fortschreiten fann;

b) vom Jahre 1821 ab bie außerordentlichen Zuschüffe ber Stäbte aum reglementsmäßigen Servis für bie Offigiere.

ober ber sogenannte Bulfsservis:

c) ferner vom Jahre 1821 ab die Beitrage ber Stadtaemeinen gur Unterhaltung ber Berichte =, ingleichen ber vom Staate aufferbalb ben Magiftraten besonders angeordneten Bolizeis behörden, jedoch verbleiben beibe Behörden im ungeftorten Befit ber Lotale, bie fie gegenwärtig inne haben. *)

S. 11. Staatseinfunfte, Die auf einem fpeziellen Erhebungs. titel beruhen, 3. B. die dermalige besondere Abgabe ber Mennoniten u. b. m., find unter ben aufgehobenen Abgaben nicht begriffen.

S. 12. Diejenigen Landestheile, worin wegen ihrer abgefonderten Lage Die im S. 1. Buchft. a. b. und f. angeordneten Berbrauchsabgaben nicht erhoben werden tonnen, find verpflichtet, ans bere Abgaben bagegen zu übernehmen, welche nach ihren befonbern Berhältniffen burch besondere Berordnungen festzusegen find. **)

Demgemäß entscheibet auch bas burch 3. Dr. R. vom 12. Februar 1844. (3. D. Bl. p. 46.) mitgetheilte Reser. bes Dlinift, bes Innern vom 27. Novbr.

^{*)} Diefe Bestimmung hatte zu Zweifeln über bie Berpflichtung ber Stabtgemeinben in Bezug auf die Gefängnislofale Beranlassung gegeben, welche burch die Cabinets-Ordre vom 3. October 1828. (v. K. Ann. Jahrg. 1830. p. 111. und Jahrbucher Bb. 18. p. 280) bahin erledigt find:

baß bie Unterhaltung ber im § 10. gedachten Behörben, namentlich alfo ihre Befoldung und die Roften ihres unmittelbaren Geschäftsbestriebes für Beizung, Erleuchtung, Bureaubedurfniffe und bergl. rom Staate gegen Bejug ber Sporteln zu beftreiten find. Alle übrigen, fowohl allges meinen als besonderen Berpflichtungen, wenn fie nicht gesehlich abgeandert find ober werden, muffen die Stadtgemeinden in ber früheren Art, gegen ben Fortgenuß ber bisher bezogenen Rugungen, fernerhin erfüllen.

^{1843. (}Berw. Minift Bl. 1843. Rr. 441.)
• Gine Cabinete. Drore vom 3. October 1826. (G. S. 1826. pag. 87.) fette biefe an bie Stelle ber oben gebachten Berbrauchsabgaben tretenben Steuern naher feft, von benen aber bie meiften fcon im Jahre 1828 in Folge bes Anschluffes von Seffen an bas Preufische Steuerspftem burch bie A. C .D. vom 7. Juni 1828. (G. C. 1828 pag. 72.) fo wie in Folge ber Bilbung bee

\$. 13. Die Bezirks - und Gemeineausgaben muffen von ben Bezirken und Gemeinen besonders aufgebracht werden. Glauben sie auf dem Wege einer Erhöhung der Klassen = oder der Mahlund Schlachtsteuer die Beiträge der einzelnen Mitglieder am ansgemessenken erheben zu können, so ist ihnen solches unter Genehmigung der vorgesesten Regierungen, welche deshalb von dem sinanzministerium mit allgemeiner Anweisung versehen werden sollen, verstattet. Andere Auflagen und Ausschläge für die Bezirks = und Gemeindebedürfnisse können sedoch nur dann erhoben werden, wenn sie bereits bestehen, und das Bedürfnis derselben noch fortdauert, oder wenn sie in der Verfassung oder auf landessherrlicher Bewilligung bernhen, in allen Fällen aber nur, in sofern sie den Bestimmungen der allgemeinen Steuergesese und der Freiheit des innern Verkehrs nicht hinderlich sind. *)

S. 14. Mit ber Aussubrung bieses Gesetzes foll ber Finanzminister sich ohne Berzug und in bem Maage beschäftigen, daß, so wie die Einrichtungen zu Erhebung ber neu angeordneten Steuern vollendet worden, und mit beren Einführung vorgegangen

Thuringer Bolls und hanbels-Bereines burch bie A. C.D. vom 8. December 1833 wieber aufhörten.

*) In Bezug auf die Communal-Bufdlage ift zu bemerten 1) Betr. Die Bulaffiafeit und Erhebung bes Bufdlage:

a) Eine Erhöhung ber Mahle und Schlachtstener burch Communal-Ausschläge kann nach bem Finang-Minist Mescript vom 15. Dezember 1820. nur auf Grund eines nach gewiesenen Bedürfnisses nach Maßgabe beffelben, und zwar bei einem Buschlag dis 25 Proc. incl. burch die betr. Regierumgen, sonst burch die Ministerien bes Innern und der Finanzen gesnehmigt werden. Die Zuschläge steigen von 4½ bis 50 Procent, was als Maximum zu betrachten ift. Die Erhebung der Juschläge geschiebt in eisnem Betrage mit der Steuer und der für die Stadtkasse zu berechnende Ansthell wird monatlich an diese abgeliefert. (v.R. Ann. Bb. IV. pag. 799.)

Für bie Klassensteuer-Buschläge ift burch ein Circ. Reser. bes Finang : Mis nisterit vom 26. Jan. 1822. (Schimm el fennig bir. Steuern Thl. Ilz pag. 11.) bas Maximum auf 3 ber Haupt : Steuer festgesett. Die Gewetbesteuer ist bagegen nach bem Reseripte vom 30. December 1817. als eine für die Regulirung von Communalzuschlägen geeignete Grundlage nicht zu erachten. (v. R. Unn. Bb. XI. pag. 968.)

b) In Garnisonstäbten, wo eigene Spelseanstalten für bas Militair bestehen, so wie überhaupt von allem Fleische, welches bie Truppen in Lägern ober im Cantonnement verzehren, wird ber erhobene Kommunalzuschlag nach ben R. D. vom 12. August 1824 und 13. Februar 1836 bem Militair zurucksvergütigt. (Schimmelfennig indir. Steuern Thl. 11. S. 59.)

2) In Bett. ber Verpflichtung ber Stabte, ju ben Erhebungsfoften ber Mahl. und Schlachtftener, so wie zur Unterhaltung bes Stabtver-idlusses für biesen 3wed beigutragen, find bie im Anhange zu bem Mahlund Schlachtftener - Gesehe mitgetheilten R. Orbres vom 20. Juni 1830. und

6. Rovbr. 1837 gu vergleichen,

werden fann, die laut S. 9. aufgehobenen, bis dabin noch zu er-

bebenden Steuern, aufhören.

Regierungsbezirf:

Wir befehlen allen Unfern Behörden und Unterthanen, fich nach ben Borschriften bieses Geseges gehorsam zu achten.

Anhang zum Geset vom 30. Mai 1820.

Bergeichniß ber Stäbte

in welchen bie Dahl= und Echlachtsteuer erhoben wirb.

Stabt:

0		
1)	Königsberg	Memel, Pillau mit Festung, Königsberg.
2)	Gumbinnen	Tilsit, Gumbinnen, Infterburg.
3)	Danzig	s (Elbing, Marienburg, Thorn, Danzig mit Borstadt, 1Langfuhr und Neufahrwasser.
4)	Marienwerber	: Marienwerder, Graudenz mit Festung.
5)	Posen	(Gräz, Posen, Schwerin, Meseris, Lissa, Franstadt; Rawitsch, Krotoschin, Oftrowo, Kempen, Zbuny, Zaborowo.
6)	Bromberg	Bromberg, Inowrazlaw, Gnesen.
	Potsbam	Berlin, Prenzlau, Schwedt, Briezen, Charlottensburg, Potsbam, Spandau, Brandenburg, Rathesnow, Reu-Ruppin, Wittstock.
8)	Frankfurt	(Rönigsberg N. M., Landsberg a. W., Rüftrin, Frankfurt, Züllichau, Kroffen, Guben, Kottbus.
9)	Stettin	{Demmin, Anklam, Swinemunde, Stettin, Damm, Stargard, Treptow a. b. R.
10)	Röslin	Köslin, Kolberg, Rügenwalbe, Stolp.
11)	Stralsund	Stralfund, Greifswald, Wolgaft.
12)	Breslau	Dels, Breslau, Brieg, Frankenstein, Schweidnis, Glaz, Freihan.
13)	Oppeln	Oppeln, Ratibor, Kofel, Neuftadt, Neiffe.
14)	Liegnip	(Grünberg, Sagan, Glogau, Goldberg, Liegnis, Jauer, hirschberg, Lauban, Görlis.
15)	Magdeburg	(Salzwedel, Stendal, Burg, Magdeburg mit Neu- stadt, Duedlinburg, Ascheroleben, Halberstadt.
16)	Merfeburg	(Torgan, Wittenberg, Merseburg, Beiffenfels, Naumburg, Zeiz, Halle.
17)	Erfurt	Rordhaufen, Beiligenstadt, Langensalza, Erfurt.
18)	Münster	Münster.

Regierungsbezirf:

Stadt:

19) Minden

Minden, herfort, Bielefelb, Paderborn.

20) Arnsberg 21) Köln Arnsberg, Hamm. Köln, Deuz, Bonn.

22) Düffelborf

Rleve, Wefel, Emmerich, Duffelborf.

23) Roblenz .

Roblenz, Chrenbreitstein.

24) Trier

Trier, Saarlouis, Saarbrück.

25) Aachen

Jülich, Nachen, Burtscheid.

Rabinetsordre vom 6. Mai 1836.

über bie Wirlung ber von den Regierungen angeordneten exekutiven Maaßregeln. (G. S. 1836. p. 194.)

Auf Ihren Bericht vom 15. v. M. erkläre ich mich mit Ihrer Ansicht einverstanden, daß den exekutiven Maagregeln, welsche die Regierungen innerhalb der Grenzen des durch die Bersordnung vom 26. December 1808 und durch die Instructionen vom 23. October 1817 und 31. December 1825 gesetzlich ihnen verliehenen Exekutionsrechtes anordnen,*) dieselbe Wirkung beizus

^{*)} Die hierher gehörigen Bestimmungen aus ben oben allegieten Berordnumgen find folgende:

^{1.} Aus ber Berordnung vom 26. December 1808. (G. S. 1806 -

S. 48. Bei Ausübung ber ihnen verliehenen exetativen Gewalt muffen bie Regierungen zwar bie in ben Gesetzen vorgeschriebenen Grabe beobachten; inzwisschen find bieselben befugt:

¹⁾ in Fallen, wo die verlangte Verpflichtung auch burch einen Dritten geleiftet werben kunn, solches, nach fruchtlos gebliebener Aufforderung bes Verpfliche teten, für beffen Rechnung bewirfen, so wie ferner bei Lieferungen, wo es nicht gerabe auf einzelne im Besit bes Verpflichteten sich besindende Stücke ankommt, die zu liefernben Gegenstände für bessen Rechnung ankaufen und in beiben Fällen den Kostenbetrag von ihm erekutivisch beitreiben zu lassen.

²⁾ Strafbefehle konnen bie Regierungen im Bege bes exefutivischen Berfahrens bis zur Summe von 100 Thalern ober vierwochentlichem Gefangniß, erlaffen und vollstreden.

³⁾ Militairifche Erefution finbet nur bei hartnädigem Ungehorsam, ober wirklicher Widersetzlichfett, nach fruchtlos gebliebener Civilerefution, und vorher riger Androhung statt. Auch muffen die Regierungen vorher die Genehmigung ber höhern Behörbe nachsuchen ober berselben wenigstens gleichzeitig Anzeige machen, wenn bei ber Sache Gefahr im Berzuge ift.

⁴⁾ Kommt es bei ber Erefution auf ben Verfauf eines Grundstücks an, so wird felbiger zwar von bem ordentlichen Gericht, nuter welchem dasselbe belegen ift, im Wege ber nothwendigen Subhastation bewirft; die Subhastation fann aber von ben Gerichten nicht verweigert werden, sobald die Versbindlichkeit bes Schuldners außer Zweifel ist.

legen fei, die das Gefet ben gerichtlich verfügten Executionen beilegt. Da hierüber nach Ihrer Anzeige bei einer gerichtlichen

5) Der Berfauf avgepfanbeter Effetten geschieht jedes Mal mit Buziehung eis nes Juftizbedienten. Es verfteht fich übrigens von felbst, daß die Regieruns gen die Befugniß haben, zur Sicherftellung bes zu erstattenben Kostenbetrags ober ber Gelbstrafe die nöthigen Borkehrungen zu treffen.

2) Aus ber Juftruction vom 23. October 1817. (G. C. 1817.

pag. 248. seq.)

§. 11. Die Regierungen find besugt, ihren Berfügungen nöthigenfalls durch gesehliche Iwangs, und Strasmittel Nachdend zu geben, und sie zur Aussührung zu bringen, ohne daß eine Eremtion darüber zulässig ist. Sie werden in bieser hinsicht auf dieseingen Bestimmungen der Berordnung wegen verbesterter Einrichtung der Provinzials, Polizeis und Finanz-Behörden vom 26. December 1808. verwiesen, welche dieser Instruktion im Auszuge angehängt sind, nach welchen sie liberhaupt auch in den übrigen vorsommenden Källen, namentlich bei Potizeis, Hinanz- und Dienstvergehungen zu versahren haben; wobei sedoch diesen sigen Regierungen, in beren Berwaltungsbezirf annoch die unter der vorigen Lansbert von Uns angeordnet sein wird, ausgenommen werden,

Allgemeine Berbote und Strafbestimmungen burfen aber fammtliche Regiestungen nicht ohne höhere Genehmigung erlassen, es sei benn, daß das Berbot an sich schon burch ein Gesetz festlicht, in leterm aber die Strafe nicht ausbrucklich bestimmt ift. In biesem Falle können sie innerhalb ber Grenzen bes Allgemeinen Landrechts Thi. 2. Tit. 20. §. 33. 35. und 240. die Strafe bestimmen und hee

Fannt machen.

Auch fteht ihnen ohne Anfrage frei icon bestehende Borichriften von neuem in Erinnerung ju bringen und bekannt ju machen.

3) Aus ber R. D. vom 31. December 1825. (G. S. 1826. p. 5.) No. XII b. Das ben Regierungen zugestandene sieffalische Erefutionsrecht erfiredt sich auch bis zu ber Person bes Erequendi, und kann berfelbe baher gesänglich eingesetzt werben. Wegen rückftändiger birekter ober grundherrlicher Absgaben, zu beren Einziehung sich kein Objett im Bermögen bes Abgabenpsichtisgen vorfindet, soll bessen personliche Berhaftung von den Regierungen aber nicht

verfügt werben.

Den Regierungen steht es zu, vermöge ber ihnen beigelegten allgemeinen Befugniß, in einzelnen Angelegenheiten ihres Ressorts, ben Justiz-Unter-Behörden Aufträge zu machen, und sie zu beren Besolgung anzuhalten, vorausgesest, daß die Natur ber ben Gerichten zu machenden Aufträge von der Art ift, daß sie nicht mit solchen belastet werden, die ihrer Bestimmung fremd und resp. entgegen sind; in Civil-Brozessen, wo Fiscus Parthei ist, sindet nur die Requisition statt. Bei steslischen Eresutionen sollen die Regierungen die Hulfe der Gerichte, als Ausnahme von der Regel, aber nur dann in Anspruch nehmen, wenn es ihnen selbst an eigenen Organen zur Eresutionsvollstreckung ober, im Falle der Verhaftung des Erequendi an einem eigenen Losale zur Aufnahme des Verhafteten sehlt.

Da übrigens bie Berwaltungsbehörben bas Recht und bie Liquidität bes beigutreibenden Objekte allein zu benriheilen vermögen, und bafür verantwortlich sind, so kann die Berufung bes Erequendi auf gerichtliches Gehör, liber seine Berpflichtung zur Zahlung ber Braffation, auch die Erekutions Bollftredung,

felbft gegen bie Berfon nicht fiftiren.

Wenn indes in einem folden Falle, wo die Berwaltungsbehorbe nach ben bestehenben gesehlichen Bestimmungen, zur personlichen Berhaftung bes Schalbeners schreitet, von Seiten besselben Einwendungen gegen die Forderung erhoben werben; so ift die Berwaltungsbehorbe zwar berechtigt, ten Schuldner, seines

Behörde ein nicht begründeter Zweifel entstanden ift, so beauftrage ich Sie die Gerichte beshalb zu belehreu und diese Ordre durch bie Gesepfammlung bekannt zu machen.

Verordnung vom 24. November 1843.*)

wegen exetutivischer Beitreibung ber birekten und indirekten Steuern und anderer öffentlicher Abgaben und Gefälle in ber Rheinproving.
(G. S. 1843. p. 351.)

Bir Friedrich Wilhelm, 2c. 2c., haben zur herstellung eines gleichmäßigen, möglichst einfachen Bersahrens bei Einziehung ber direkten und indirekten Steuern und anderer öffentlicher Gefälle in der Rheinprovinz eine Revision der darüber seither bestandenen Borschriften veranlaßt, und verordnen nunmehr, nach Anhörung Unserer getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums für die gedachte Provinz, was solgt:

Allgemeine Grundfäße.

S. 1. Rach ben Borschriften biefer Ordnung sind fortan beizutreiben:

1) die direkten Steuern, namentlich die Grund =, Klassen = und Gewerbesteuer, so wie diesenigen Abgaben, welche nach §. 11. des Gesets über die Einrichtung des Abgabenwesens vom 30. Mai 1820, als auf einem speziellen Titel beruhend, zu entrichten sind; desgleichen die für Staats =, Provinzial =, Kreis =, Rommunal =, Kirchen = oder Schulzwecke ausgeschrie = benen Beischläge zu diesen Steuern;

2) bie bei bem rheinischen Grundsteuer - Ratafter vorfommenden

Biberspruchs unerachtet, zur haft bringen zu lassen: es liegt ihr jedoch ob, bie Sache sofort an die kompetente Gerichtsbehörde gelangen zu lassen, damit dieselbe über die Fortbauer ober Relaration des Arrests, nach §. 70. sog. Tit. 29. der Prozes-Ordnung, versahre und erkenne.

Daben die Regierungen im Bege einer von ihnen verhängten Grefution Activs

Saben die Regierungen im Bege einer von ihnen verhängten Erefution Activs Forderungen in Beschlag genommen, beren Einziehung sodann nach ben Borsschriften des Geseses v. 4. Juli 1822 erfolgen soll; so wird die in den §. 2 und 3 bes Geses gedachte Berfügung nicht von ben Gerichten, sondern von den Regierungen selbst an die mit der Einziehung beauftragte fiefalische Behörde erlaffen.

*) Bur Aussuhrung bieser Orbre erging von ben Ministerien ber Finangen, bes Königlichen Sauses und bes Innern gemeinschaftlich bie Inftruction vom 22. Marz 1844. (Centr. Bl. 1844. p. 72.), welche bie naheren Anweisungen über bas von ben Exesutoren bei ber Pfanbung und bei bem weitern Verlaufe ber Executionsvollstreckungen zu beobachtenbe Versahren enthält.

Fortschreibungs -, Bermeffungs - und anderen Gebühren, beren Einziehung burch bie Steuerverwaltung erfolat;

3) die für die Provinzial-Feuersocietätetaffe zu erhebenden Brand-

versicherunge-Beiträge;

4) bie indirekten Steuern, die Salzablösungsgelber, die Bleiund Zettelgelber, die Wege-, Brüden-, Fähr-, Waage- und Krahngelber, die Kanal-, Schleusen-, Schiffsahrts- und Hafenabgaben und die Niederlagegelber; 5) die von den Verwaltungs-Behörden innerhalb der Grenzen

5) die von den Berwaltungs-Behörden innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnisse ausgesprochenen Gelostrafen, Kosten und

Entschädigungen;

6) diejenigen öffentlichen Abgaben, welche an Gemeinen, Korporationen, so wie an ständische Kassen zu entrichten, oder als Provinzialbezirks oder Gemeinelasten, oder zur Unterhaltung öffentlicher Anstalten aufzubringen sind, als: Rommunals, Kirchen =, Schul = und Armenabgaben;

7) die in Folge von Gemeinheitstheilungen und Ablösungen entftehenden, von der Generalkommission festgesetzen Koften und

Gebühren;

8) die Domanial = und Forfigefälle, sofern sie ohne vorgängige gerichtliche Klage auf Grund bloßer Zahlungsbefehle beiges trieben werden können;

ì

3

9) die von den Gerichten im Bezirf des Appellationsgerichtshofes zu Köln erfannten Gelbstrafen und festgesetzten Kosten.

S. 2. Das Zwangsverfahren wird von den mit der Erbebung der Steuern oder Gefälle beauftragten Behörden oder Beamten angeordnet, und unter ihrer Leitung durch die ihnen beigegebenen Erekutoren oder diesenigen Beamten, deren sie sich als folcher zu bedienen haben, ausgeführt. Einer gerichtlichen Bistrung oder Bollstreckbarerklärung der von den Verwaltungsbeamten ausgehenden Erekutionsbekehle bedarf es überall nicht.

S. 3. Ueber die Berbindlichfeit zur Entrichtung der geforsberten Abgaben und die Befugniß zur Anordnung des eingeleitesten 3wangeverfahrens findet der Rechtsweg, wo er bieber juläsig

mar, auch ferner ftatt.

Wegen vermeintlicher Mängel bes Verfahrens, bieselben mögen die Form der Anordnung, oder die der Ausführung, oder die Frage, ob die abgepfändeten Sachen zu den pfändbaren gehörren? betreffen, ist dagegen nur die Beschwerde bei der vorgesetzten Dienstbehörde des Beamten zulässig, dessen Verfahren angessochten wird.

S. 4. Die Erefutoren muffen bei ihren amtlichen Berrichstungen ben empfangenen fchriftlichen Auftrag bei fich führen, und

bem Schuldner auf Verlangen vorzeigen.

Ihre amtlichen Berhandlungen und Anzeigen haben in fo weit, als fie sich auf die ihnen übertragene Einziehung ber Gefälle beziehen, bis zum Beweise bes Gegentheils vollen Glauben.

S. 5. Die Einleitung bes Zwangeverfahrens fann fofort nach Ablauf ber gesetlich fesistebenben ober ben Schuldnern be-

sonders befannt gemachten Zahlungs-Termine Statt finden.

S. 6. An benjenigen Tagen, an welchen nach gesetzlicher Borschrift Amtehandlungen ber Behörden und einzelner Beamten nicht vorgenommen werden sollen, darf feine Erefution vollstreckt werden, eben sowenig gegen Juden am Sabbath und an jüdischen Festagen.

Während ber Saat und Erntezeit und ber Weinlese burfen gegen Personen, welche sich mit der Landwirthschaft oder dem Beinbau beschäftigen, Erefutionen nur, wenn Gefahr im Berzuge

ift, eingeleitet, fortgefest und ausgeführt werben.

Für die Saat werden im Frühjahre ober herbst jedesmal vierzehn Tage, für die Ernte vier Wochen in dersenigen Jahreszeit, in welcher nach der Dertlichkeit Saat und Ernte hauptsach-

lich zu fallen pflegen, freigelaffen.

S. 7. Bei ber Erefutionsvollstredung gegen aktive Militairpersonen und pensionirte Offiziere sind die über die vorherige Benachrichtigung der kompetenten Militairbehörde und über die Erefutionsvollstredung in Kasernen oder anderen zu demselben Zwed bestimmten Diensigebäuden bestehenden allgemeinen Vorschriften zu beobachten.

Mahnung und Exefutionsanfündigung.

S. 8. Bor Bollftredung seder Erefution muß seder Schuldner durch einen von dem mit der Erhebung beauftragten Beamten auszusertigenden und von dem Ereekutor auszugebenden Mahnzettel aufgefordert werden, die darin speziell verzeichneten Rückftände binnen 8 Tagen einzuzahlen, widrigenfalls zur Pfändung oder zu andern zulässigen Zwangsmitteln werde geschritten werden.

S. 9. Bu biesem Behuf werden dem Erekutor die ausgeferstigten Mahnzettel nehft einem mit der schriftlichen Anweisung zur Rahnung versehenen und von dem betreffenden Kassenbeamten vollzogenen Berzeichnisse der anzumahnenden Schuldner und ihrer Rücktände (Restenverzeichnisse) übergeben. Der Erekutor muß jeden Mahnzettel dem Schuldner selbst oder einem erwachsenen Familiengliede oder Hausgenossen besselbsen behändigen, und wie solches geschehen, unter Angabe des Namens dessenigen, dem der Zettel zugestellt worden, und des Tages der Behändigung in dem Rahnzettel und dem Restverzeichnisse bescheinigen.

Eine Ausnahme von biefer Regel findet nur in Ansehung

bersenigen Mahnzettel statt, beren Annahme verweigert wird, ober wegen Abwesenheit ber vorgedachten Personen nicht bewirft wersen fann. Der Erekutor muß biese Mahnzettel dem Ortsvorskande übergeben, und der lettere über deren Empfang in dem Restenverzeichnisse quittiren, demnächst aber für die Zustellung dersselben an dem Schuldner ungefäumt sorgen. Die achttägige Frist wird in diesem Falle von dem Tage gerechnet, an welchem der Ortsvorstand die Mahnzettel in Empfang genommen hat.

Erefution; Berichiebene Arten ber 3mangsmittel.

S. 10. Nach Ablauf der achttägigen Frist sind, wegen der alsdann noch verbliebenen Rückfande an Abgaben und Mahngebühren, die gesetlichen Zwangsmittel anzuwenden. Diese sind:

a) die Pfandung,

b) die Beschlagnahme der Früchte auf dem Salme, c) die Beschlagnahme der ausstehenden Forderungen,

d) die Subhastation.

Die Subhaftation ber Grundftude bes Schuldners barf nur in bem Falle, wenn auf andere Beise feine Zahlung zu erlangen

ift, veranlagt werden.

Die Anwendung der übrigen Zwangsmittel ist gleichzeitig zulässig, in der Regel muß sedoch zunächst die Pfändung und nöthigenfalls die Beschlagnahme der Früchte auf dem Halme vorgenommen werden.

Pfändung.

S. 11. Die Pfändung darf nur auf den Grund eines von dem Raffenbeamten ausgefertigten Pfändungsbefehls vorgenommen wersten. Kraft besselben ist der Erekutor befugt, die im Besige des Schuldners befindlichen pfandbaren beweglichen Sachen, ingleichen die Früchte auf den von dem Schuldner benugten Grundstüden in Beschlag zu nehmen.

S. 12. Bon ber Pfandung find ausgeschloffen:*)

daß bei exekutivischer Gingletung aller Arten von Abgaben und Gerichtekoffen ohne Rucksicht auf die Zeit, in welcher die Zahlungeverbindlichkeit entstanden ift, bem Schuldner:

2) bie nothwendigen Rleibungeftude berfelben,

^{*)} Für bie anderen Provinzen (anger ber Rheinproving) bestimmt bas auf Grund ber A. D. vom 30. November 1825. erlassene R. d. J. M. vom 27. December 1825. (Ihb. Bb. 26. p. 389. G. Bb. 2. p. 205.):

¹⁾ bas fur ihn, bie bei ihm lebenben Kinber und Eltern nothwendige Bettwert,

³⁾ ein für bas eigne Lebenebeburfniß unentbehrliches Stud Mildvieh belaffen werben follen.

a) die für ben Schuldner, seine Chefrau und seine bei ihm lebenden Kinder und Eltern nach ihrem Stande unentbehrslichen Betten, Kleidungsftude und Leibwäsche, so wie bas zur Birthschaft unentbehrliche haus und Rüchengerath:

b) eine Mildfuh, ober in beren Ermangelung zwei Ziegen nebst bem zum Unterhalt und zur Streu ber freizulaffenden Thiere

erforderlichen Futter und Stroh für einen Monat;

c) der einmonatliche Bedarf an Brod, Getraide, Mehl und anderen nothwendigen Lebensbedürsniffen für ten Schuldner und seine Familie;

d) ein jum Beigen und Rochen bestimmtet eiserner Dfen;

e) bei Künstlern und Handwerkern und Tagelöhnern bie zur Fortsetzung ihrer Kunst, ihres Gewerbes und ihrer Handar-beiten erforberlichen Werkzeuge und anderen Gegenstände mit der in dem Gewerbesteuergesetz vom 30. Mai 1820. S. 35. voraeschriebenen Maßaabe:

f) bie Bücher, welche sich auf bas Gewerbe bes Gepfändeten beziehen, so wie bie Maschinen und Instrumente, welche zum Unterricht oder zur Ausübung einer Wiffenschaft und Kunft gehören, bis zu einem Werthe von 80 Thalern und

nach ber Bahl bes Gepfanbeten;

g) bei Personen, welche Landwirthschaft ober den Weindau betreiben, das hierzu nöthige Geräthe, Bieh und Feldinventarium, der nöthige Dünger, so wie das bis zur nächsten Ernte erforderliche Saat = und Kutter-Getraide;

h) bei Militair = und Civilbeamten bie zur Verwaltung ihres Dienstes erforberlichen Gegenstände, ingleichen anftändige Rleiber und Bafche, welche auch ben pensionirten Beamten

und Militairpersonen zu belaffen find:

i) das Mobiliar dienstituender Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, welches sich an dem Garnisonorte derselben befindet, ingleichen das Mobiliar der mit Pension zur Disposition gestellten Offiziere, welches sich an dem Orte besindet, der ihnen zum Genuß des Servises angewiesen ist, sofern sie sich dasselbst aufhalten. Geldwerthe Papiere, daares Geld, Schaumünzen, Juwelen und Kleinodien sind von der Pfändung nicht ausgenommen.

S. 13. Gegen bie Pfanbung fann fich ber Schuldner nur

fougen, wenn berfelbe entweber:

a) die vollständige Berichtigung der beizutreibenden Summe durch Quittungen ober Vorlegung eines Postscheins sofort nachweist, oder

b) eine Friftbewilligung ber fompetenten Beborbe vorzeigt, ober

aber

c) zur Abführung ber beizutreibenden Summe und Bezahlung ber Exekutionskoften sogleich bereit und im Stande ift.

In diesem letten Falle, so wie in dem Falle, wenn der Schuldner einen Theil seiner Schuld sofort abtragen will, muß die abzuführende Summe in Gegenwart des Exetutors verpakt und unter der Abresse des Erhebungsbeamten zur Post befördert, oder dem Ortsvorstande zur weitern Beförderung übergeben werden.

An den Erekutor durfen keine Zahlungen, selbst nicht für Erekutionskoften, geleistet werden; die Schuldner haben dasjenige, was an diesen gezahlt ift, bei etwaiger Unterschlagung noch ein-

mal zu entrichten.

S. 14. Die Pfändung selbst wird in der Art bewirft, daß der Erekutor von den vorhandenen pfandbaren Gegenständen einen zur Deckung der beizutreibenden Summe und der Erekutionskosten nach seinem Ermessen hinreichenden Betrag in Beschlag nimmt und sicherstellt; und zwar zunächst diejenigen Gegenstände, welche am leichtesten veräußert und transportirt werden können.

Der Schuldner ift, nachdem ihm der Pfändungsbefehl vorgelegt worden, verpflichtet, seine Effekten und Sabseligkeiten vorzuzeigen, und zu dem Ende seine Wohnungs - und andern Räume,

fo wie die barin befindlichen Behaltniffe gu öffnen.

Auch Sachen, welche angeblich britten Versonen gehören, muffen in Ermangelung anderer tauglicher Pfandstude in Beschlag genommen, und die angeblichen Eigenthumer mit ihrem Anspruch an die Behörbe, von welcher der Pfandungsbefehl ausgegangen

¥

ift, perwiesen werden.

S. 15. Sachen, welche auf bas Andringen anderer Gläubiger bereits gepfändet worden, sind nur in Ermangelung anderer tauglicher Pfandstüde durch Anlegung eines Superarrestes mit Beschlag zu belegen. Dies geschieht in der Art, daß der Exelutor ben etwa angelegten Siegeln sein Amtosiegel beifügt, oder aber dem Schuldner oder dem bestellten Verwahrer eröffnet, daß die Pfandstüde für die Behörde, von der er seinen Auftrag erstalten, gleichsalls in Beschlag genommen seien.

Den Gläubigern, auf beren Antrag die früheren Pfänduns gen Statt gefunden haben, ift Abschrift des über die Anlegung des Superarrestes aufgenommenen Protokolls mit der Aufforderung zuzustellen, binnen vierzehn Tagen den Berkauf zu verans lassen. Nach Ablauf dieser Frist kann der Verkauf von der Behörde, die den Superarrest hat anlegen lassen, angeordnet werden, ohne daß es einer weiteren Benachrichtigung jener Gläubiger

bedarf.

Die Freigebung ber Pfanbflude, auf welche ein Superarreft angelegt ift, so wie die Auszahlung des dafür gelösten Kaufgels

bes barf nur mit Genehmigung ber Behörde, in beren Auftrag

ber Superarrest angelegt worben ift, erfolgen.

S. 16. Bei ber Pfändung ift die Zuziehung des Ortsvorfandes, eines oder mehrerer Gemeine oder Polizeibeamten, oder zweier unbescholtener Manner nur bann erforderlich:

a) wenn ber Schuldner zu ber Zeit, ba bie Pfandung vorge-

nommen werben foll, fich entfernt bat,

b) wenn ben Anordnungen bes Exefutore wegen Deffnung ber Wohnungeraume 2c. feine Folge gegeben, ober ihm thatticher

Wiberstand geleistet wirb.

In Gegenwart ber obgedachten Personen kann die Pfändung nöthigenfalls mit Gewalt vorgenommen werden. Ift der Widerstand auch auf diesem Bege nicht zu beseitigen, so muß der Eretutor bavon der Behörde, in deren Auftrage er handelte, Anzeige machen, diese aber das Erforderliche wegen der dem Erekutor zu gewährenden Husse nach den hierüber bestehenden Gesegen veranlassen.

S. 17. Abgepfändete baare Gelber und auf jeden Inhaber lautende Papiere muffen, wenn die Kaffe sich nicht am Drte selbst befindet, von dem Erekutor in Gegenwart des Schuldners, oder der der Pfändung zugezogenen Personen verpackt und unter der Abresse des Kassenbeamten zur Post befördert oder dem Ortes vorstande, der zur Annahme und weitern Beförderung verpflich.

tet ift, übergeben werben.

Andere Gegenstände sind bis zu beren Versteigerung dem Schuldner gegen das Versprechen, für deren Aufbewahrung zu sorgen, und unter Verweisung auf die Strafen der Vereitelung der Pfändung zu belaffen.

Rur bei Unzuverläffigfeit bes Schuldners find bie gepfandeten Sachen einem zahlungsfähigen Gemeinemitgliede ober bem

Ortsvorstande zur Aufbewahrung zu übergeben.

Werben Sachen, beren Benugung ohne Verbrauch nicht möglich ift, nach stattgefundener Pfändung in der Wohnung des Schuldners belaffen, so find folche, soweit es nach den Umftanden geschehen kann, gegen fernere Benugung Seitens des Schuldeners durch Verschließung und Versiegelung sicher zu ftellen.

S. 18. Ueber ben Sergang bei ber Pfändung muß ber Erekutor an Ort und Stelle eine Berhandlung aufnehmen, und solche nicht nur selbst unterschreiben, sondern auch von dem Schuldner oder bessen Stellvertreter und allen bei ber Pfändung zugeszogenen Personen unterschreiben lassen, oder aber den Grund der sehlenden Unterschriften vermerken.

Der Exefutor muß zugleich bem Schuldner nochmals zur Zahlung ber Rücklände mit dem Bebeuten aufforbein, bag, wenn

solche nicht geleistet werden sollte, an bem von ihm sofort zu bestimmenden Tage zum Berkaufe ber Pfanbstücke geschritten werden würde.

Dem Schuldner, sowie bemjenigen, dem die gepfändeten Sachen etwa in Berwahrung gegeben sind, ist von dem Erekutor sofort eine Abschrift des Pfändungsprotokolls mitzutheilen und, wie solches geschehen, in diesem zu bemerken.

Die Aufnahme einer Berhandlung ift auch bann erforderlich, wenn bei bem Schuldner feine pfändbare Gegenstände vorgefun-

ben sind.

S. 19. Sandlungen, durch welche eine im Berwaltungswege bewirfte Pfändung beweglicher Sachen vereitelt wird, foll eben so bestraft werden, wie diesenigen, durch welche eine gerichtliche Pfändung vereitelt wird.

Berfauf ber abgepfanbeten Sachen.

S. 20. Nach Ablauf einer vom Tage ber vollzogenen Pfändung an zu rechnenden vierzehntägigen Frist ist, wenn inzwischen keine Bahlung erfolgt, und keine Eigenthumsansprüche Dritter rechtszeitig angemeldet und bescheinigt worden sind, der öffentliche Berfauf der abgepfändeten Sachen von dem Erhebungsbeamten durch eine unter das Pfändungsprotokoll zu sezende schriftliche Bersügung an dem in dem Protokolle schon bestimmten Termine anzuordnen. Die Anordnung eines frühern Berkausstermins ist auch ohne Einwilligung des Schuldners zulässig, wenn die abgespfändeten Sachen dem Berderben unterworfen sind, oder in der Behausung des Schuldners wegen dessen sind, oder in der Behausung des Schuldners wegen dessen unverhältnismäßig hohe Kosten untergebracht werden können.

S. 21. Dritte Personen, welche auf die abgepfändeten Sachen Eigenthums-Ansprüche machen, mussen diese, ohne Unterschied, ob sie bei der Pfändung angemeldet worden sind oder nicht, binnen acht Tagen nach Bekanntmachung des Verkaufsters mins bei der Behörde, von welcher die Pfändung angeordnet worden, unter Vorlegung der Angabe oder Titel, worauf sie sich gründen, nachweisen, widrigenfalls der Berkauf der Sachen

erfolgt.

Bei rechtzeitiger Anmelbung ber Eigenthumsansprüche ift nach Befinden ber Umstände die Freigebung der Sachen zu veranlassen, oder der angebliche Eigenthümer durch eine schriftliche Berfügung zum Rechtswege zu verweisen. In dem lettern Falle muß die Anmeldung der Klage drei Wochen nach der Justellung der Verfügung nachgewiesen werden, widrigenfalls mit dem Bersfauf der Sachen vorgeschritten wird.

S. 22. Wird gegen eine, nach gegenwärtiger Berordnung eingeleitete Mobiliar-Erefution von Seiten bes Schuldners, foweit es nach S. 3. zulässig ift, ober von Seiten eines Dritten, im Falle bes S. 21. ber Rechtsweg ergriffen, so haben barüber im Begirte bes Dber - Appellationsgerichtshofes gu Coln, nach Maggabe ber SS. 1., 5. und 6. ber Berordnung vom 11. Mai b. 3. (Gefeg-Sammlung S. 182.) bie Friedensgerichte ju ertennen, wenn ber Streitgegenstand bie Cumme von Ginbunbert Thalern nicht übersteigt.

S. 23. Sollten andere Gläubiger bes Schuldners ein Bormadrecht vor ber öffentlichen Raffe, in beren Intereffe bie Pfanbung geschehen ift, bebaupten, fo darf der Berfauf ber abgepfanbeten Sachen bieferhalb niemals ausgefest, ben Glaubigern muß vielmehr überlaffen werben, ihr vermeintliches Borrecht auf bas

Raufgelb geltenb zu machen.

Eben fo muffen bann, wenn bie auf Andringen anderer Gläubiger gepfändeten Sachen auf Antrag biefer Gläubiger vertauft worden find, die bestrittenen Borrechte ber öffentlichen Raffe für die rudftandigen Abgaben und Gefälle auf bas Raufgelb gel= tend gemacht werden.

Die Entscheidung gebührt jedoch in biefen Fällen, innerhalb bes Bereiches bes Dber = Apellationsgerichtshofs zu Coln, ben

Landgerichten ohne Rudficht auf die Bobe bes Betrages.

S. 24. Die Abhaltung bes Berfaufes muß burch ben Erefutor auf dem Markiplage oder an einem andern öffentlichen Orte ber Gemeine, wo die Pfandung Statt gefunden, geschehen. Es bleibt jedoch bem Beamten, welcher bie Ginleitung bes 3mangverfahrens angeordnet bat, unbenommen, ben Erefutor bei bem Bertaufe, fo wie bei ber Pfandung, zu beauffichtigen und zu leiten, und beshalb bei biesem Exekutionsakt gegenwärtig zu sein.

Es fonnen bem Erefutor ju biefem 3mede auch anbere

Beamte beigegeben werben.

Berfpricht der Berfauf an einem benachbarten Orte eine vortheilhaftere Berfilberung ber Pfandstude, ohne die Transports foften unverhältnigmäßig zu vermehren, fo ift biefer anzuordnen.

Der Berkauf in der Behausung des Schuldners ist nur dann nachzugeben, wenn nicht ohne Verwendung bedeutender Kosten der Verkauf anderswo auszuführen ist.

S. 25. Der Berfaufstermin muß, mit Ausnahme bes im S. 20. gebachten Falls, späteftens acht Tage vorher burch Husruf oder Unichlage öffentlich befannt gemacht werden. Erfterer fann fpater noch wiederholt werben.

Saben die in demfelben Termin ju verfteigernden Wegenftande zusammen einen Werth von mindeftens funfzig Thalern, fo muß die Bekanntmachung auch durch die öffentlichen Blätter des Orts, wo der Verkauf Statt finden soll, oder, wenn daselbst keine solche Blätter erscheinen, durch die eines zunächst belegenen Ortes erfolgen. Roch andere Arten der Bekanntmachung, als die vorgeschriebenen, können veranlaßt werden, wenn die Behörde, welche das Zwangs-verfahren betreibt, solche angemessen sindet, oder der Schuldner rechtzeitig darauf anträgt und die erforderlichen Kosten bezahlt. Kann der Verkauf nicht in dem, im Pfändungsprotosolle anderaumten Termine abgehalten werden, so ist der anderweitige Verkaufstermin dem Schuldner und dem Verwahrer der abgepfändeten Sachen besonders bekannt zu machen.

S. 26. Bei der Versteigerung werden die Pfandstüde, soweit es thunlich ist, in der Regel einzeln ausgeboten und nach breimaligem Ausruf dem Meistbietenden zugeschlagen. Die zugeschlagenen Pfandstüde dürsen nur gegen baare Bezahlung verabfolgt werden und müssen, wenn solche vor dem Schlusse des Termins nicht ersolgt, anderweitig ausgeboten werden. Auf den etwanigen Mehrbetrag des demnächt erzielten Meistgebots hat der erste Käusfer keinen Anspruch. Derselbe haftet dagegen für den Ausfall, welcher von ihm für Rechnung der das Iwangsversahren betreisbenden Kasse sofort durch Erekution nach Vorschrift dieser Ord-

nung beigetrieben werben fann.

Der Ortsvorstand oder ein von biefem bezeichneter Gemeine-

ober Polizeibeamter muß bem Berfaufe beiwohnen.

Dieser Beamte sowohl, als berfenige, auf beffen Betreiben bas 3wangsverfahren angeordnet ift, und der Exekutor bürfen auf die zu versteigernden Gegenstände weder selbst mitbieten, noch durch Andere für sich mitbieten lassen.

S. 27. Die Versteigerung muß eingestellt und die noch uns verkauften Pfand-Stücke muffen dem Schuldner zurückgegeben wers den, sobald die eingegangenen Kaufgelder die für die beizutreis bende Schuld und für sämmtliche Kosten hinreichende Deckung gewähren, oder die fehlende Summe baar eingezahlt wird.

Gemährt die Auftionslosung teine hinreichende Deckung, so fann die Fortsetung des Erekutionsversahrens dadurch abgewens det werden, daß vor Ablauf des Verkaufstermins eine hinreichende Zahl nicht abgepfändeter Sachen übergeben wird, um solche gleichs

falls öffentlich auszubieten.

Der Exefutor, welcher den Verkaufstermin abhält, ift zur Unnahme aller Gelber, welche aus der Versteigerung eingehen, oder an demselben Tage auf die Rudftände angeboten werden, befugt, muß aber, wenn die Kaffe, wosür das Zwangsversahren stattgefunden, nicht am Orte ist und beshalb die Ablieferung an diese nicht sofort erfolgen kann, dieselben in Gegenwart des Schuld.

ners ober bei bem Berkaufe zugezogenen Personen verpaden und unter ber Abresse bes Kaffenbeamten zur Post befördern ober bem Ortsvorstande zur weitern Beförderung übergeben.

S. 28. Ueber ben Bergang ber Berfieigerung muß von ben Beamten, welche babei mitgewirft haben, eine Berhandlung aufsgenommen, und folche auch bem Schuldner, wenn berfelbe gegen-

wartig gewefen ift, jur Unterfdrift vorgelegt werben.

S. 29. Spätestens binnen acht Tagen nach ber Bersteigerung muß der Raffenbeamte bem Schuldner eine Nachweisung über die Berwendung 'ber Auftionslosung, nebst einer Abschrift ber S. 28. gedachten Berhandlung und dem etwaigen Ueberschuß bes eingegangenen Geldes durch den Exefutor zustellen lassen. Ift die Auftionslosung unzureichend, so ist dem Schuldner zugleich die Fortsesung des Exefutionsversahrens mit dem Bedeuten anzustündigen, daß bei unterbleibender Berichtigung des Rücklandes, nach Ablauf von acht Tagen, zu einer abermaligen Pfändung oder zu ansbern Zwangsmitteln geschritten werden würde.

S. 30. Bon ben SS. 20 bis 27. aufgestellten Regeln fin-

ben nachstehenbe Ausnahmen ftatt:

a) Geldwerthe, auf seben Inhaber lautende Papiere sind, wenn nicht binnen acht Tagen nach der Beschlagnahme Eigenthumsansprüche von Dritten angemeldet worden sind, an die Re-

gierunge-Sauptfaffe gur Berfilberung einzusenden.

b) Ausgebroschenes Getreide, heu, Lebensmittel und andere Gegenstände, welche einen gemeinen Marktverkehr haben, können mit Zustimmung des Schuldners, ohne vorherige Berssteigerung und Bekanntmachung an Ort und Stelle, für den letten Marktpreis verkauft, oder aber, wo möglich mit dem Gespann des Schuldners, auf den nächsten Markt gefahren und daselbst versilbert werden.

c) Golbene und filberne Geräthe durfen nicht unter ihrem Golbsober Silberwerthe zugeschlagen werden, Kleinodien und Runftsachen nicht unter dem Preise, zu welchem sie von Kunstverständigen abgeschätt sind. Diese Gegenständige sind erforsberlichenfalls zur Versteigerung nach dem Hauptorte des Res

gierungsbezirts zu verfenden.

Beschlagnahme ber Früchte auf bem Salm.

S. 31. Früchte auf bem Halm dürfen nur in ben legten sechs Wochen vor der gewöhnlichen Reise, und nur dann in Beschlag genommen werden, wenn sich keine andere taugliche und sicher aufzubewahrende Pfandstüde vorsinden. Ein Drittel der Ernte seder Fruchtgattung ist von der Beschlagnahme frei zu lassen.

Bon der beabsichtigten Beschlagnahme muß dem Schuldner oder seinen Angehörigen mit der Aufforderung, dabei gegenwärtig zu sein, Nachricht gegeben werden. Die Beschlagnahme wird demnächt in der Art vollzogen, daß der Eresutor die Felder, auf welchen die abzupfändenden Früchte stehen, der Obhut des Gesmeine Feldbüters oder eines andern Wächters überweiset, und über den Hergang eine Verhandlung aufnimmt, von welcher dem Feldbüter oder Wächter, so wie dem Schuldner, Abschrift zu erstheilen ist.

Im Uebrigen fommen bie Borfchriften SS. 11 bis 28. gur

Anwendung.

Beschlagnahme ausstehender Forderungen bes Schuldners.

6. 32. Die Befchlagnahme ausstehender von bem Arrefte gesetlich nicht befreiter Forderungen, ober bei einem Dritten befindlicher Sachen bes Schuldners erfolgt, mit ber Wirfung einer gerichtlichen Beschlagnahme, obne bag es einer Erflärung über Die Gultigfeit bes Arreftes bedarf, burch eine fchriftliche Berfügung bes betreffenden Raffenbeamten, burch welche ber Dritte aur Einzahlung ber ichulbigen Summe an die Raffe ober Ausbandi= gung ber schuldigen Sachen an ben Erefutor jum 3med bes offentlichen Berkaufs angewiesen wird. Der Schuldner muß von ber Beschlagnahme burch Buftellung einer Abschrift ber Berfügung und bes barüber aufgenommenen Buftellungevermertes mit ber Aufforderung benachrichtigt werden, die über die Schuld vorbanbenen Urfunden, bei Bermeibung ber julaffigen Zwangsmittel. bem Exefutor auszuantworten. Die Zustellung ber Beschlagnahmeverfügung und bie Benachrichtigung bes Schuldners muß burch ben Exefutor bewirft und, wie foldes geschehen, von diefem auf bem Konzepte jener Berfugung bescheinigt werden.

ţ

-1

1

Die Sandlungen, welche der Dritte nach Empfang der die Beschlagnahme anordnenden Versügung in Ansehung der mit Beschlag belegten Summen oder Sachen zum Nachtheil der Kasse vornimmt, werden in Bezug auf die letztere dergestalt als nicht geschehen angesehen, daß der Dritte zur Jahlung der schuldigen Summe und Auslieserung der schuldigen Sachen oder ihres Werths der Kasse verpstichtet bleibt. Der Schuldner muß dagegen nicht nur sede in Folge der Beschlagnahme zum Besten sener Kasse geleistete Jahlung oder geschehene Auslieserung anerkennen, sons dern sich auch aller Cession, Verpfändung oder anderweiten Diesposition über die in Beschlag genommenen Summen oder Sachen

enthalten.

Bei verweigerter Zahlung ober Ausantwortung ber in Besichlag genommenen Summen ober Sachen, ist der betreffende Kassenbeamte durch eine Verfügung der Regierung oder des Prosinzial-Steuerdirektors zur Klage gegen den Dritten zu ermächtigen. Diese Ermächtigung vertritt die Stelle einer Seitens des Schuldners ertheilten Anweisung und Vollmacht zur Klage; der Kassenbeamte muß jedoch den Schuldner zur Theilnahme an dem zu führenden Prozesse gerichtlich ausserbern lassen.

§. 33. Besteht die Forderung des Schuldners in Renten, beren öffentliche Bersteigerung zulässig ift, so kann der Kaffenbeamte auf den Grund einer besondern Ermächtigung der Regierung oder des Provinzial-Steuerdirektors die Bersteigerung der Renten in der dafür geseslich vorgeschriebenen Form in Antrag bringen.

S. 34. Die Beschlagnahme von Besoldungen und Pensionen erfolgt durch ein auf Innebehaltung und Abführung des schulbigen Betrages gerichtetes Requisitionsschreiben des Beamten, zu dessen Empfang die Rückftände gehören, an diesenige Kasse oder Behörde, bei welcher die Besoldung oder Pension zu erheben ist. Bon dem Requisitionsschreiben, welches die Wirkung einer gerichtslichen Beschlagnahme hat, muß dem Schuldner Nachricht gegeben werden.

Subhaftation ber Grunbftude.

\$..35. Die Subhastation von Grundstücken bes Schulbners ist nur mit höherer Genehmigung zulässig, und muß alsdaun bei dem kompetenten Gericht in Antrag gebracht werden.

Erefution gegen Forenfen.

S. 36. Zwangsmaßregeln, welche in einem andern Empfangsbezirke zur Ausführung gebracht werden muffen, als dempjenigen, in welchem die Zahlung zu entrichten ist, sind durch Requisition des für jenen Bezirk bestellten Empfängers zu bewirken.

Roften bes Exefutionsperfahrens.

S. 37. Die Koften bes Exekutionsverfahrens sind nach bem angehängten Tarif unter Berücksichtigung ber nachstehenden näheren Bestimmungen zu liquibiren:

a) Die Gebührenkolonne wird durch den Gesammtbetrag der Abgabenrefte und rudftanbigen Roften bestimmt, auf welche

die betreffende Berfügung lautet.

b) Rach dem Beginnen eines Erefutionsaktes muffen, sofern in dem Tarife selbst nicht ein Anderes bestimmt ist, die vollen Gebühren bezahlt werden, wenn gleich derselbe wegen inzwischen eingetretener Zahlung. Ausstandsbewilligung ober aus anderen Gründen nicht zur Ausführung gekommen ift.

c) Die Erefutionsgebühren muffen, auch wenn ber Erefutor mehrere Erefutionsakte in berselben Gemeine zu gleicher Zeit vorgenommen hat, von sebem Schuldner besonders entrichtet werden. Die Kosten für die öffentliche Bekanntmachung und den Verkauf der abgepfändeten Sachen werden sedoch, wenn mehrere Massen zusammen genommen worden, nur einmal nach der Gesammtsumme entrichtet und unter die betheiligten Schuldner nach Verhältniß des aus seder Masse gewonnenen Erlöses vertheilt.

d) Bei Bertheilung der Transportsoften und anderer baarer Auslagen, welche mehrere Schuldner gemeinschaftlich zu tragen haben, muß der das Zwangsverfahren betreibende Kassenbeamte auf den Werth der Gegenstände, ihren Umsfana, ihre Schwere und die sonst obwaltenden Umftände

billige Rudficht nehmen.

S. 38. Die Gebühren bes Erefutors und alle andere Erefutionskoften werden von dem das Verfahren betreibenden Kaffenbeamten aus den durch den Verfauf der verpfändeten Sachen oder anderweit eingehenden Geldern gezahlt. Bei Unzulänglichsteit dieser Gelder werden aus denselben zunächst die Gebühren des Erefutors berichtigt, die übrigen Erefutionskoften aber, soweit sie nicht gedeckt werden, auf die dazu geeigneten öffentlichen Fonds übernommen oder von dersenigen Behörde eingezogen, für welche die Erefution Statt gefunden hat.

S. 39. Alle bisherige Borfdriften über Gegenftande biefer

Berordnung werden hierdurch aufgehoben.

S. 40. Die zur Ausführung gegenwärtiger Berordnung erforderlichen Anordnungen haben die betheiligten Ministerien ges meinschaftlich zu erlassen.

Egekntionsgebühren . Zarif.

	Б	is	ī	bis	15	bis i	über	_
A CONTROL OF ARREST	1 9 Sa	ethl. Bf.	5 9	tthl.	50		O Mi	
A. Gebühren bes Erefutors.		İ				1		
1) Für die Mahnung.	1	_	2	_	4		7	6
2) Für die Pfändung und Sicherstel- lung ber gepfändeten Sachen, fo-								
wie für die Anlegung eines Su-						ΙΙ.		
perarrestes	4	-	8		16	_ 1		
In bem S. 13. gebachten Falle werden, wenn es zu keiner Pfand=								
ziehung kommt, nur die halben								
Gebühren entrichtet. Dieselben Gebühren passiren für die Freige-								
bung abgepfändeter Sachen, fofern								
bieselbe nicht bei Gelegenheit eines anderen Exefutionsafts vorgenom=								
men wird.								
3) Für die Anfertigung und Anhef-								
tung der Anschläge, sowie für Be- wirfung bes Ausrufs.	2	_	2	_	4	_ _	7	6
4) Für bie Berfteigerung	4	_	8		16	_ 1		
Rommt es gar nicht zum Berfauf, so passiren, wenn ber Steuerbiener								
sich dieserhalb an ben Ort bes					-			
Berkaufs begeben hat, die halben Gebühren.					1			
5) Für die Zustellung eines Zahlungs=					l			
befehls an ben Schuldner bes Ab-			- 1	- 1	J			
gabenpflichtigen und die Benachs					1			•
richtigung des Letteren, sowie für jede sonftige Zustellung	2		4		12		20	
6) Für febe Abschrift von einem Pfan-	7							•
dungs=, Auktions = oder anderen			- 1				1	c
Protofoll	-	6	-	6		6—		ė
B. Anbere Kosten.						.		
7) Gebühren ber bei einer Pfandung zugezogenen Zeugen				1			ار	•
8) Gebühren bes Aufbewahrers von	2		2		-		5	a'
Mobiliar-Effekten, täglich	1		2		3	- -	5	
9) Gebühren bes Hüters von Früch-							_	
ten auf dem Halme, täglich	1		2	-1	3	-1-	3 -	

Bu 8. und 9. werben, wenn bie Aufbewahrung ober Dbhut langer als acht Tage bauert, von bem 9ten Tage an nur bie halben Ge-

bühren bewilligt.

Die Gebühren können dagegen, wenn mehr als zehn zerfireut liegende Parzellen zu beaufsichtigen sind, um die Hälfte, und wenn mehr als zwanzig zerstreut liegende Parzellen zu beaufsichtigen sind, um das Doppelte erhöht werden.

Gefet vom 18. Juni 1840

über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben. (G. S. 1840. p. 140.)

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c. verordnen über die Verjährungsfristen bei öffentslichen Abgaben, worüber im Gesetz vom 31. März 1838. (Gesetzsfammlung S. 250.) eine besondere Verordnung vorbehalten worden ist, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten Unseres Staatsraths, für den ganzen Umsfang Unserer Monarchie, wie folgt:

A. Landesherrliche Abgaben.

I. Reflamationen:

1

20.00

4

Ì

a. birefte Steuern.

S. 1. Reklamationen gegen direkte Steuern, namentlich gegen Abgaben, welche nach den Etats, Katastern oder Jahresheberollen als Grundsteuer durch Ortserheber oder unmittelbar durch Unsere Rassen von den Steuerpslichtigen erhoben werden, ingleichen gegen die Klassen und Gewerbesteuer, so wie gegen dieseinigen Abgaben, welche in Folge des S. 11. des allgemeinen Abgabengestetel beruhend, zu entrichten sind, müssen ohne Unterschied, ob sie auf Ermäßigung oder auf gänzliche Befreiung gerichtet sind, binnen drei Monaten vom Tage der Bekanntmachung der Heberolle, ober wenn die Steuer im Laufe des Jahres auferlegt worsden, binnen drei Monaten nach erfolgter Benachrichtigung von deren Betrage, oder endlich, im Falle eine periodische Beranlagung und Ansertigung von heberollen nicht statssindet, binnen den ersten drei Monaten sedes Jahres, bei der Behörde anges bracht werden.

Wird biefe Frift verfäumt, so erlischt ber Anspruch auf

Steuer-Ermäßigung ober Befreiung, fo wie auf Ruderftattung,

für bas laufenbe Ralenberjahr.

Ist die Reklamation vor dem Ablaufe der Frist angebracht, und wird folche begründet gefunden, so erfolgt die Ermäßigung ober ganzliche Befreiung für das laufende Jahr. Für verstoffene

Jahre wird feine Rudjahlung gewährt.

Tritt eine solche Beränderung ein, wodurch die bisherige Steuerverpflichtung aufgehoben wird, so muß davon der Behörde Anzeige gemacht werden. Bis zu Ende des Monats, in welchem diese Anzeige erfolgt, kann die Entrichtung der Steuer gefordert werden.

b. inbirefte Cteuern.

S. 2. Auf Jurudzahlung zu viel erhobener Eingangs=, Ausgangs= und Durchgangsabgaben, der in Folge der Zolkvereis nigungs=Verträge zu erhebenden Ausgleichungsabgaben, der Brannts wein=, Braumalz=, Mahl= und Schlachtsteuer, der Weinmost= und Tabackssteuer, der Salzablösungsgelder, der Blei= und Zetstelgelder, der Wege=, Brücken=, Fähr=, Waage= und Krahngelder, der Kanal=, Schleusen=, Schiffsahrts= und Hafenabgaben und der Riederlagegelder sindet ein Ansvuch nur statt, wenn derselbe binnen Jahresfrist, vom Tage der Versteuerung an gerechnet, angemeldet und begründet wird.

S. 3. Wird in ben Fällen ber SS. 1. und 2. die Reflamation ganz ober theilweise zurückgewiesen, so ist dagegen der Refurs an die vorgesetze Behörde binnen einer Präclusivsrist von lechs Wochen, vom Tage der Befanntmachung des Bescheides an gerechnet, zulässig. Wendet sich der Reflamant an eine instompetente Behörde, so hat diese das Resursgesuch an die kompetente Behörde abzugeben, ohne daß dem Reflamanten die

Bwifdenzeit auf bie Frift anzurechnen ift.

S. 4. In den Fällen, in welchen nach den bestehenden Gesiehen über die Steuer-Berpflichtung der Weg Rechtens nachgeslassen ist, kann die Steuer nur von dem Anfange desjenigen Kaslenderjahres an zurückzefordert werden, worin die Klage angemeldet, oder worin vor der Klage eine Reklamation bei der Berwaltungs-Behörde eingereicht worden ist.

II. Nachforderungen.

a. birefte Steuern.

S. 5. Eine Nachforderung von Grundsteuern ist zulässig sowohl bei gänzlicher Uebergehung, als bei zu geringem Anfat, in beiden Källen aber nur für das Kalendersahr, worin die Nach-sorberung geltend gemacht wird.

- S. 6. Die Nachforderung von Klaffen-, Gewerbe- und persönlichen, auf besondern Titeln beruhenden Steuern findet im Fall gänzlicher Uebergehung nach den im S. 5. enthaltenen Regeln statt; im Fall eines zu geringen Ansaces fällt bei diesen Steuern sede Nachforderung weg, jedoch unbeschadet der gesetlichen Wiederumlage bei Gewerbesteuer-Gesellschaften, welche nach Mittelsägen steuern.
- S. 7. Bei ben im S. 2. erwähnten indirekten Steuern kann ber Betrag beffen, was zu wenig ober gar nicht erhoben worden ift, nur binnen einem Jahre, vom Tage bes Eintritts ber Zahslungsverpflichtung an gerechnet, nachgefordert werden.

III. Berjährung ber Rücfftanbe.

S. 8. Bur hebung gestellte birefte ober inbirefte Stenern, welche im Rudstande verbleiben ober freditirt sind, verjähren in vier Jahren, von dem Ablaufe des Jahres an gerechnet, in welches ihr Zahlungstermin fällt.

Die Berjährung wird burch eine an ben Steuerpflichtigen erlaffene Aufforderung zur Zahlung, so wie durch Berfügung ber Erefution, oder burch bewilligte Stundung der Steuer unterbrochen.

Nach Ablauf des Jahres, in welchem die lette Aufforderung zugestellt, Exekution verfügt worden, oder die bewilligte Frist abgelaufen ist, beginnt eine neue viersährige Berjährungsfrist.

IV. Transitorische Bestimmungen.

S. 9. Reklamationen wegen Steuern, welche vor Publikastion biefes Gesets entrichtet worden sind, so wie Nachforderungen wegen Steuern aus biefer Zeit, muffen, bei Berluft bes Ansspruchs, binnen Jahresfrist nach Publikation bieses Gesetstend gemacht werden.

Für bie zur Zeit ber Publifation biefes Gefetes vorhandenen Steuer-Rudftande beginnt bie S. 8. festgefette vierjährige

Verfährungsfrift mit dem 1. Januar 1841.

V. Berfährung in Kontrabentions-Fällen.

- S. 10. Ift in ber unterlassenen Entrichtung ber ganzen Steuer ober eines Theils berselben eine Kontravention gegen bie Steuergesete enthalten, so verjährt die Nachforderung nur gleich= zeitig mit ber gesetlichen Strafe.
 - VI. Vorschriften wegen ber Rechte ber Minderjährigen und moralischen Personen.
- S. 11. Die in biesem Gefete festgesetten Friften laufen auch gegen Minberjährige und bevormundete Personen, so wie

gegen moralische Personen, benen gesetlich die Rechte der Minderjährigen zustehen, ohne Zulaffung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, sedoch mit Borbehalt des Regresses gegen die Bormunder und Verwalter.

VII. Wirfung ber Berfahrung.

S. 12. Durch ben Ablauf ber Berjährungsfrist wird ber Steuerpflichtige von jedem ferneren Anspruch, sowohl bes Staastes, als ber Steuerbeamten und ber Steuersocietäten befreit.

S. 13. Wegen ber Berjährung ber Stempelfteuer und ber Reklamationen in Betreff biefer Steuer*), nicht minder wegen ber Hypothekens und Gerichtsschreiber-Gebühren in ber Rheinpros ving, bleibt es bei ben bestehenden Borschriften.

B. Abgaben, die nicht in die landesherrlichen Raffen fließen.

Dieses Geset findet auch auf öffentliche Abgaben, welche nicht zu Unseren Kassen fließen, sondern an Gemeinden und Korsporationen, so wie an ftändische Kassen zu entrichten, oder als Provinzials, Bezirks, Kreiss oder Gemeindes Lasten, oder zur Unsterhaltung öffentlicher Anstalten aufzubringen sind, so wie auf bie mit Einziehung solcher Abgaben beauftragten Beamten Answendung.

S. 15. Alle frühere gesetliche Borichriften über bie im gegenwärtigen Geset enthaltenen Gegenstände, werden hierburch

aufgehoben.

^{*)} Die betr. Bestimmungen rudfichtlich ber Berjaffung ber Siempelftener nb ber Reclamationen bagegen, enthält bas Gefet vom 31. Marz 1838 in ben §. 2, 5, 7, 8, 9 und 10. (G. S. 1838. p. 249.)

.

•

Besonderer Theil.

Directe Steuern.

T.

Die Alasten-Steuer.

Gefet vom 80. Mai 1820.

wegen Einführung einer Rlaffenfteuer. (G. G. 1820. p. 140.)

fet, welches Wir über die Einrichtung des Abgabenwesens am heutigen Tage vollzogen, haben Wir die Erhebung einer besonderen Abgabe unter der Benennung einer Rlassensteuer angesordnet, über welche Bir hierdurch, nach erstattetem Gutachten Unseres Staatsraths, folgende nähere Bestimmungen festsegen.*)

S. 1. Der Klaffensteuer sind alle Einwohner, ohne Untersichied, unterworfen, wenn sie nicht entweder durch gegenwärtiges Geses ausdrücklich davon befreit, oder durch frühere Spezialbestimmungen seit dem Jahre 1815 von den gewöhnlichen Personalsteuern bereits entbunden sind. **)

^{*)} Für die Beranlagung ber Alassenkener erschien die Inftruftion vom 15. 3unt 1820, aus welcher die hierher gehörigen Borfchriften loco congruo mitsgetheilt find. Der sonftige Inhalt beirifit lediglich administrative Anweisungen.
**) Bu ben schon vermöge früherer Spezialbestimmungen oder Immunitaten

befreiten Bersonen gehören nach S. 1. ber Infirntion vom 15. Juni 1820 a) bie ber preuß. Landeshoheit unterworfenen bis jum Jahre 1806 reichsunmittelbar gewesenen Stanbesherren nebft ihren Familien.

S. 2. Befreit von der Rlaffensteuer find: *)

a) bie Einwohner berjenigen Stabte, in welchen ber Staat eine Mabl = und Schlachtsteuer erheben läßt.

b) Die Bfarrer und Schullehrer nebft ihren Ramilien.

Fur bie Letteren hat die Befreiung jedoch nur Statt, soweit fie gur chriftlichen Religion fich bekennen (Rescr. vom 23. Juni 1842. Gentr. Bl. p. 326.) und hort überhaupt auf, wenn Beiftliche und Schullehrer gewerbefteuerpflichtige Bewerbe, ober Laubwirthschaft auf andern ale ben Dotal-Grundfinden betreiben. (Refer. bom 30. December 1841. Centr. Bl. 1842. p. 107.)

c) die Bebeammen, welche Wittwen und unverheirathet find, ober beren Chemanner in ber unterften Stufe ftenern, auf Grund ber fie von allen perfonlichen birecten Abgaben befreienden R. D. vom 16. Januar 1817. (Ann.

28b. XIII. 6. 174.)

*) In Bezug auf bie im S. 2. augeordneten Befreiungen ift ju vergleichen

A. 3m Allgemeinen

bie R. D. vom 5. September 1821:

Bugleich bestimme 3ch in Erlanterung ber Sh. 1 und 2. bes Rlaffenfteuers Gefetes vom 30. Dai 1820, bag bie barin nachgelaffenen Befreiungen von biefer Steuer, in foweit fie fich nicht auf bie Ginwohner ber mabl- und fchlachtftenerpflichtigen Stabte beziehen, nur ben Befreiten felbft und ben Angehörigen ihrer Familien, benen fie Bohnung und Unterhalt gewähren, niemale aber ben in ihrem Lohn und Brod ftehenden Berfonen ober ben bei ihnen fich aufhaltenben Koftgängern, ju Statten kommen burfen. (G. S. 1821. S. 154.)

B. In Betreff ber einzelnen Befreiungen und zwar:

gu a, wegen ber Gin wohnermahle und ich lacht fenerpflichtiger Stabte. 1) bie R. D. vom 18. Juli 1825. (G. S. p. 188.)

Nach bem Gutachten, welches Mir ber Staatsrath über bie von bem Staalsminifterinm vorgefcblagene Deflaration bes & 2. Buchft. a. bes Rlaffenftener-Gefetes vom 30. Mai 1820 erftattet bat, will 3ch folche hiermit babin erthellen:

bag Ginwohner mahl= und fchachtftenerpflichtiger Ortschaften burch ben zeitweisen Aufenthalt in einem flaffenfteuerpflichtigen Begirfe nicht flaffens ftenerpflichtig werben : bagegen aber auch Einwohner eines flaffenfteuerpflich: tigen Begirte burch zeitweisen Aufenthalt in einem mahle und fclachtftenerpflichtigen Orte auf Erlag ber Rlaffensteuer teinen Aufvruch erhalten follen. D6 Jemand in Bezug auf die vorbemertte Steperpflichtigkeit fur einen Ginwohner einer mahl- und schlachtstenerpflichtigen Ortschaft, ober fur einen Einwohner eines flaffensteuerpflichtigen Bezirfs zu achien fei, ift junachft nach feinen Gewerbes, Amter und Stanbesverhaltniffen ju beurtheilen. Dur berjenige, aus beffen vorgebachten Berhaltniffen eine flare Enifcheibung barüber hervorgeht, foll nach ber Daner feines Aufenthalts beurtheilt, und als Einwohner besienigen Ortes betrachtet werben, wo er wahrend bes größten Theile bee Ralenberjahres fich perfonlich aufgehalten hat.

2) Das jur Erläuterung biefer R. Orbre ergangene F. D. Referirt vom 26.

Marz 1836. III. 5215.

Nach S. 1. bes Rlaffenftenergefetes vom 30. Mai 1820, find alle Ginwohner bes Staats ber Rlaffenfteuer unterworfen, die aus ben in diefem Gefete angeführten befondern Grunden nicht bavon befreit worben. Es find bavon befreit bie Ginwohner mabls und folachiftenerpflichtiger Stabte; biefe find hiernach ben Ginwohnern flaffenftenervflichtiger Drie gegenüberftellt.

Bur Beurtheilung, ob Jemand flaffenkeuerpflichtig ift, tommt es mithin gu= nachft barauf an, ob er Einwohner eines Drie ift, in bem eine Dabi - und b) Frembe, wofür in biefer Beziehung nur biejenigen Ausländer zu achten sind, welche sich nicht ein volles Jahr an bemsfelben Orte aufbalten.

c) Kinder vor vollenbetem 14 ten Jahre.

Schlachtstener erhoben wied. Der Begriff bes Einwohners ift im Klassenkenersgeses nicht gegeben, sondern voranegesest und nur bestimmt, daß Ausländer, welche sich über ein Jabr an demselben klassensteuerpsichtigen Orte aufhalten, in Bezug auf die Klassenkeuer als Einwohner des Orts betrachtet werden sollen. Einwohner eines Orts ist nur der, welcher an dem Orte wohnt, daselbst seinem Bohnst hat; der Wohnst wird aber nicht durch den bloßen Ausenthalt an eisnem Orte, sondern nach den dieserhalb in anderer Beziehung gegebenen gesehlichen Bestimmungen, welche auch bei der Anwentung des Klassenkeuergesets zum Anhalt dienen müssen, (conf. A. G. D. Ih 1. Tit 2. § 9. sig.) durch die sowohl ausdrücklich, als durch handlungen und Thatsacken erklärte Absicht, an einem Orte seinen beständigen Wehnsty nehmen zu wollen, begründet. Als fillsschweigende Erklärung ist gn erachten, wenn Jemand an einem Orte ein Aunt, welches seine beständige Gegenwart daselbst erfordert, übernimmt, hanvel und Gewerde daselbst zu treiben ansängt, oder sich daselbst Alles auschafft, was zu einer eingerichteten Wirtssaft gehört.

Unter Beachtung biefer Bestimmungen, kann in Bezug auf bas Klassensters gesetz nicht schwierig sein, festzustellen, ob Jemand Einwohner eines Ortes ift, und es ergiebt sich baraus, baß, wenn Jemand seinen Bohnsitz an einem Klassenfemerpflichtigen Orte ganz aufgiebt und in einem mahl- und schlachtsteuerpflichtis gen Orte einen neuen begründet, ober umgekehrt, von bem Be tounkte an, wo

Diefes gefchieht, bie Rlaffenfteuerpflichtigfeit refp. aufhort ober eintritt.

Fur bie Steuerverwaltung murbe aber eine gefetliche Bestimmung barüber erforberlich, wie Jemand besteuert werben foll, welcher einen zweifachen Wohnsig, einen an einem flaffenftenerpflichtigen Orte, einen zweiten in einer mable und ichlachtstenerpflichtigen Stabt hat; fowie eine gefehliche Beftimmung barüber berreits ertheilt war, wie es in Bezug auf ben Gerichtsftanb gehalten werben foll, wenn Jemand einen doppelten Wohnsig hat. (cf. 1. c. §. 15.) Die A. R.D. vom 18. Juli 1825. hat biese Bestimmung gegeben. Im Eingange derfelben wird erlauternd bemerft, mas auch aus bem Rlaffenfteuergefete vom 30. Mai 1820. fcon hergeleitet werben fann, bag zeitweifer Aufenthalt an einem Orte ohne Rudficht auf die Dauer und ben 3mect beffelben, ba bioger Aufenthalt feis nen Wohnfit begrundet - nicht flaffenfteuerpflichtig mache, refp. von ber Rlafe fenftener entbinde ; bemnachft wird beftimmt, bag nach Gewerbes, Amtes und Standesverhaltniffen beurtheilt werben folle, ob Jemand in Bezug auf Steuers pflichtigkeit Einwohner eines mahls und schlachtsteuerpflichtigen Orts, oder eines flaffenfteuerpflich.igen Begirte ift. Lagt fich aus ben vorgebachten Berhaltniffenhieruber feine flare Entfcheibung entnehmen, und bies wird vorzugeweise bann ber Fall fein, wenn fich nicht in Abrede ftellen laßt, bag Jemand an zwei, der Steuerpflichtigfett nach, verschiebenen Orten feinen Bohnfig, mitbin einen bopr velten Bohufit hat, fo foll nach ber gebachten R.D. nach ber langern Daues des Aufenthaltes mahrend bes Ralenderjahres in bem mahl : und schlachtsteuer. pflichtigen Orte bestimmt werden, ob Jemand in Bezug auf die Struerpflichtigs feit, Ginwohner biefes ober jenes Ortes fei.

2) bie R. D. vom 18. Juni 1828. (G. G. p. 74.), wonach bie Rlaffene ftenerpflichtigfeit erft mit bem vollenbeten toten Sabre beginnt.

³n b. Beit, bie Steuerfreiheit vermöge eines gewissen Alters.

1) Die R. D. vom 21. April 1827. (G. S. p. 32.), wonach 60 jährige Bersonen in ber unierften Steuer-Klaffe frei find;

d) Alle beim fiebenben Seer und bei ben gandwehrstämmen in Reih und Glied befindliche aftive Militairpersonen, nebst ben in ihrer Saushaltung lebenben Mitgliedern ihrer Kami= lie, insofern fie felbst ober biefe ihre Ungeborigen weber eigenes Gewerbe noch Landwirthschaft treiben.

Auch die Landwehrmänner ersten Aufgebots und ihre Kamilien, fofern fie in der unterften Rlaffe fteuern, find für ben Monat, in welchem fie zur Uebung einberufen werben,

von der Rlaffensteuer frei.

Bahrend eines Rrieges find bie Familien aller unter ben Waffen ftebenden Militairpersonen frei, insofern fie nicht eigenes Gewerbe ober Landwirthschaft treiben.

e) Arme, bie von Almosen aus Staats = ober Gemeinefaffen

leben.

f) Diejenigen, die in öffentlichen Anstalten auf öffentliche Roften

verpflegt werden.

S. 3. Die Steuer wird in ber Regel nach fünf Klaffen erboben, bergestalt, bag bie Lohnarbeiter, gemeines Befinde und Tagelöhner die unterste oder fünfte, der geringere Bürger = und

Buc. Betr. bie Solbaten und Landwehrmänner,

Bu d. Betr. bie Armen.

2) Beitweises Unvermögen gicht keinen Anspruch auf Befreiung, sonbern nur eine Beranlassung zur Bewilligung von Friften. (Refer. vom 4. November

1836 und 14. April 1839.)

¹⁾ Bebingung und Kriterium ber hier bewilligten allgemeinen Stenerfreiheit, ift ber active Dienft bei bem ftehenben Beere ober ben Landwehrftammen; baher find bie auf Inactivitäte. Gehalt angewiesenen Militairpersonen steuerpflichtig (Refer. vom 31 März 1827.) und eben so auch Militairärzte, welche zur Civil-Praxis verstattet find (Refer. vom 25. Juni 1821.). Aus bemfelben Grunde tft bie Gensbarmerie frei, mabrend bie Telegraphen-Beamten, obgleich fie übrigens Militairpersonen find, für steuerpflichtig erachtet werben (Refer. vom 31. December 1833.) 2) Nach ber R. D. vom 3. Mai 1828. (G. S. p. 68.) tritt ber ben Lands

wehrmannern, in ber unterften Steuerflaffe bewilligte Erlag mabrenb ber Landwehrubungen, auch fur bie jur Uebung einberufenen Offiziere und Landwehrmanner in ben hoberen Klaffen jeberzeit auf bie Dauer eines Monates ein. Den Refruten ber Landwehrartillerie aber wird, ba beren Uebungszeit 6 Bochen bauert, nach ber R. D. v. 6. Marg 1830. bie Steuer auf 2 Monate erlassen. (G. S. 1830, p. 47.) und burch bie R. D. vom 11. April 1835 (G. S p. 49.) ist biese Befreiung auf alle Landwehr= mannschaften ausgebehnt, wenu sie 6 Wochen zur Uebung versammelt bleiben.

¹⁾ hierher gehoren auch Militair-Invaliben vom Felbwebel abwarts, welche ein Bnabengehalt bis jahrlich 64 Thir, beziehen, weil biefes nur auf ben Grund bescheinigter Armuth bewilligt wirb. Die Steuerfreiheit bort aber auf, wenn folche Perfonen anderweit bei Perfonen in Lohn und Brod fteben, Bewerbe treiben oder Bermogen erwerben. (Circ. Refer. vom 2. Marg 1830 und 18. Juli 1835.)

Bauerftand bie vierte, bie wohlhabenben Ginwohner bie beiben barauf folgenden Rlaffen, und bie vorzüglich wohlhabenben und reichen Ginwohner die erfte Rlaffe bilben. Die genaueren Mertmale biefer Rlaffen follen für jeden Regierungsbezirf burch eine besondere, von Und unmittelbar ju vollziehende Inftruftion beftimmt und burch bas Amteblatt ber Regierung befannt gemacht merben. *)

Kür die Berschiedenheit des kleinen Grundbesiges und Gewerbebetriebs fann, nach bem Ermeffen ber oberften Bermaltungs. beborbe, zwischen ber vierten und fünften noch eine Rlaffe eingeschaltet werben. Dehr als feche Rlaffen werben nirgende gebil-

bet. **)

S. 4. a) Die Bebung geschieht in ber Regel nach Saushals

tungen.

b) Bur haushaltung gebort ber hausherr, ober, wo Frauen felbftftanbig eine Birthichaft führen, bie Sausfrau, mit ihren Angehörigen, benen fie Wohnung und Unterhalt geben.

c) Roftgänger, ober Personen, die mit Gehalt ober Lobn qu Dienftleiftungen angenommen find, werden nicht zu ben Un-

geborigen einer Saushaltung gezählt. Steuerpflichtige, welche weber einer besteuerten Saushaltung d) angehören, noch eine eigene Saushaltung führen, gablen bie Balfte des Steuersages ihrer Rlaffe als Perfonenfteuer.

1) über bas bisherige Steuermaximum hinaus noch zwei Steuerfate von 12 und 8 Thalern monatlich fur ben Saushalt, und von ber Balfte biefes

Sates jur Einzelnsteuernbe (§ 4. d. bes Gefetes) hinzugefügt, uub 2) zwischen ben bisherigen Rlaffen, noch bie einzelnen Steuerfate von 11, i und 2 Thaler monatlich fur ben haushalt, wieberum mit ber halfte bes Capes für bie Gingelnfteuernben eingeschoben werben follten.

Die Grundfage nach benen bei ber Ginfchagung ju verfahren, mobificiren fic hiernach, mit Rudficht auf bie Bestimmungen tes S. 3. bes Gefetes, und ber burch bie Berfugung vom 16. September 1820. genehmigten Rlaffififations Inftruttion, ebenfalls.

^{*)} Diefe Inftruftion, welche, als entbehrlich fur ben Richter bei ber Entscheidung von Contraventionen, hier nicht mitgetheitt wird, erschien unter bem 25. August 1820, ift durch R. D. vom 16. September besselben Jahres genehernigt, und burch die Amisblatter befannt gemacht, auch in v R. Ann. Bo. IV. p. 484 abgebrudt. Durch fpatere Bermehrung ber Stenerftaffen und ber Ab-finfungen in benfelben hat biefe Inftruttion übrigens wefentliche Mobifitationen erlitten.

[&]quot;) Bei biefer Beschränkung auf 5 Rlaffen ift es nicht geblieben. Schon bie & D. vom 21. December 1820. (v. K. Ann. Bb. 4. p. 707.) ließ vorläufig eine Bwifchenflaffe gwifchen ber britten und vierten mit einem jahrlichen Steuersage von 8 Thir fur bie Sanshaltung und 4 Thir. fur ben Gingels nen gu. Demnachft aber verordnete bas nachtragliche Gefet vom 5. September 1821. (G. S. 1821. p. 154.) rudfichtlich ber vermehrten Abftufungen, bag:

e) In ber unterften Klasse wird die Steuer überhaupt von den einzelnen Zahlungspflichtigen, mithin auch von sebem besteuerten Angehörigen einer Haushaltung, als Personensteuer, entrichtet, sedoch sollen aus einer und berselben Haushaltung niemals mehr als brei Personen biese Steuer bezahlen.*)

S. 5. Die Steuer beträgt monatlich: **)

a) in der ersten Klasse aa) für die Haushaltung Bier Thaler Preußisch, bb) für einen Einzelnen Zwei Thaler

b) in ber zweiten Rlasse aa) für bie haushaltung 3 wei Thaler Preußisch, bb) für einen Einzelnen Einen Thaler

c) in ber britten Klasse aa) für die Haushaltung Einen Thaler Preußisch, bb) für einen Einzelnen Zwölf Groschen Brandenburgisch;

d) in ber vierten Klasse aa) für die Haushaltung Acht Groschen Brandenburgisch, bb) für einen Einzelnen Bier Groschen

e) in der Zwischenklaffe zwischen der vierten und fünften, wo diefelbe nach S. 3, ftatt findet.

aa) für bie Saushaltung Bier Grofden Brandenburgifch, bb) für einen Einzelnen 3mei Grofden

*) Bergl. hier bie oben gu S. 2. c. angeführte R. D. v. 21. April 1827. wegen Befreiung aller 60 jahrigen Berfenen in ber unterften Steuerflaffe.

[&]quot;) Für die 5 Rheinischen Regierungebezirfe ift durch R. D. v. 1. December 1828 die Contingentitung (Firation) der Klasseuer genehmigt nach einer Allerhöchst bestätigten Inftruttion vom 2. Juni 1829. (v. K Unn. Bb. 13. p. 214.). Die Klasseuer wird hiebei für jeden Regierungebezirf auf eine bestimmte Summe festgefest, welche in monatlichen Raten und jedenfalls am Schlusse des Rechnungssahres bei den Reg. Hauptsassen vollkandig in Gunahme enachgewiesen werden nuß. Die Individual-Repartition des Klrums erfolgt durch eine besondere Commission. Bergl. auch die Landagsabschiede vom 26. März 1839 und 7. November 1841 für die Mheinproving.

***) Durch K. D. v. 17. Jan. 1830 ist den Kreisständen eine Theilnahme

^{***)} Durch R. D. v. 17. Jan. 1830 ift ben Rreisständen eine Theilnahme an ber Beranlagung ber Klaffensteuer und Priffung der dagegen erhobenen Reflasmationen gewährt, über beren Aussuhrung bas Circ, Refer. d. F. M. v. 11. Febr. 1830 bie naheren Anweisungen für die Behörben enthält (G. S. 1830. p. 19.)

b) Bon eben benfelben werden bie Jahresroffen und bie 26. und Bugangeliften angefertigt.

c) Die Erhebung geschieht burch bie Gemeindebeamten, welche

bie Grund = und Gewerbesteuer einziehen. *)

d) Die Formen ber Geschäftsführung werben nach Berschiebenbeit der Provinzialverhaltniffe burch besondere Instruktionen porgezeichnet. Für bie vorschriftsmäßige Bertheilung und Einziehung ber Steuern find bie Regierungen verantwortlich.

S. 7. a) Jeber Eigenthumer eines bewohnten Grundftude ober beffen Stellvertreter haftet ber Beborbe, welche bas Bergeichnif ber ftenerpflichtigen Saushaltungen und Versonen

aufnimmt, für bie richtige Ungabe berfelben. **)

b) Jebes Kamilienhaupt ift für bie richtige Angabe feiner Angeborigen, feines Bausftanbes und feiner anbern fteuerpflich.

tigen Sausgenoffen verantwortlich.

c) Jebe bei ber Aufnahme bes Bergeichniffes unterlaffene Angabe einer fteuerpflichtigen Person foll, außer ber Rachablung ber rudftanbigen Steuer, mit einer Gelbhufe bes vierfachen Jahresbetrages berfelben belegt werden.

d) Das Berfahren gegen biefenigen, welche fich einer llebertretung biefet Gefeges ichulbig machen, findet nach ber Bestim. mung ber Steuerordnung vom 8. Februar 1819. SS. 91-95. und ber Deflaration bes S. 93. berfelben vom 20. Sannar 1820. Statt. ***)

**) Diefe Berbinblichfeit erftrect fich auch auf bie im Laufe bes Jahres nach Aufnahme ber Liften eingetretenen Beranberungen bes fteuerpflichtigen Berfonen-Ranbes, welche jebesmal fpatefiens bis Ablauf bes Monats, in welchem fie erfolgen , angezeigt werben muffen. (Instruttion vom 15. Juni 1820. §. 4)

^{*)} Die allgemeinen Anweisungen bezüglich ber Erhebung ber Steuer enthalt bie Inftruttion vom 18. August 1820. (v. R. Ann. Bb. IV. p. 465.) and ift bie unten ju S. 9. mitgetheilte R. D. vom 6. Febr, 1841, megen ber weftlichen Provingen ju vergleichen.

Gine Berpflichtung gur freiwilligen Anmelbung ber fteuerpflichtigen Inbivis buen ohne alle Aufforderung jur Angabe, fann jeboch aus ber Bestimmung bes S. 7. litr. a. bes Gesches nicht abgeleitet werben, und bei bloß unterlaffener Anmelbung biefer Art bie Strafe bes S. 7. litr. c. um fo weniger eintreien, ats ber, welcher anmelben foll, gar nicht ber Steuerpflichtige ift.

⁽R. 1997, 198, 10 9. Det. 1827.) ***) Bergl. hierüber bie angeführten, unten mitgetheilten Gefege. In Bezug

auf Rlaffenftener= Contraventionen inebefondere aber bestimmt: 1) rudfictlich bes Refforts

a) bas R. b. Fin. Min. v. 27, Rebr. 1826 laut Bubl. v. 5. Juni 1826. baß in ben Stabten bie Dagiftrate und in ben jum platten ganbe gehos rigen Ortschaften bie lanbrathlichen Memter Die Untersuchungen gu fuhren, die Refolute abgufaffen und hiernachft fur die Gingiehung ber Stra. fen ju forgen haben. (Ann. Bb. 10. C. 317.)

e) Die Bergebungen ber Steuerbeamten werden nach f. 59.

ber Steuerordnung vom 8. Februar 1819, gealndet.

S. 8. a) Die Bekanntmachung ber Steuerrollen erfolgt für bas erfte Dal in einer angemeffenen Frift nach gefchehener Berfundung biefes Gefeges, weiterbin aber mit bem Unfange jebes Jahrs.

b) Sobalb fie gescheben, muß ber Steuerpflichtige in ben erften acht Tagen jedes Monate feinen Beitrag poraus entrichten. Es hangt von ihm ab, ihn auch für einen langeren Beitraum

bis jum gangen Jahresbetrage ju bezahlen.

c) Die Saumigen werben von bem Steuerempfanger aufgeforbert, bie Bablung binnen brei Tagen zu leiften, nach beren fruchtlosem Ablauf burch bie fompetente Erefutionebeborbe mit ber Beitreibung verfahren wird. *)

d) Spateftene 5 Tage vor bem Ablaufe febes Monate muß Die eingehobene Steuer, nebst ber Nachweisung ber etwa

2) wegen ber Strafe ift zu bemerfen:

a) bag auch bann, wenn bie im Gefete vorgeschriebene Angabe einer Reuerpflichtigen Berfon bei Aufnahme bes Berzeichniffes barüber mehrere Jahre hindurch unterblieben ift, bei ber Mormirung ber poona quadrupli, bennoch nur ber einfahrige Betrag ber Steuer jum Grunde gelegt wird.

(Ann. Bb. 20. S. 212.)

1) bie im allgemeinen Theil mitgetheilten Gefete vom 6. Dai 1836 und 24. Rovbr. 1843.

b) ber 6.-24. ber Erhebunge-Inftr, v. 18. Aug. 1820: baf bie Steuer-Rontraventionen von der Rommunal Behörde und von dem Landrathe, fowohl gegen bie verschwiegenen Steuerpflichtigen felbit, als gegen bie gefet= lich mitverhafteten Familienhaupter und Eigenthumer gu verfolgen find. Die Feftfepung ber im Gefete bestimmten Strafen nach vorgangiger fum = marifcher Untersuchung wird in ben Stabten bem Magistrate, welchen in Abficht ber aus mehreren Ortichaften zusammengefesten Stabtgemeinben bie Burgermeistereien gleichstehen, in anberen Lanbeetheilen bem Lanbrathe übertragen, wenn bie Strafe zehn Thaler nicht überschreitet. Gegen bie Festfegungen biefer Behörben geht ber Recurs an bie Regierungen. (Ann. 28b. 4. S. 464.)

⁸⁾ bas R. b. Fin. Min. v. 28, Juni 1838: bag bie unterlaffene Un= zeige einer nicht ftenerpflichtigen Berfon auch nicht einmal eine Orbnunges ftrafe von 1 Athlr. nach fich ziehen konne, weil eine folche nicht vorgeschrie= ben, bie analoge Anwendung anberer blos, gum Schute gewiffer Steuern angeordneten Strafen, wie die im S. 39. a. bes Gewerbsteuer Gefetes und im S. 30. bes Baufirregulative festgefetten, aber nicht gulaffig fei. *) Rudfichtlich ber exefutiven Ginziehung find zu vergleichen

²⁾ bas R. b. J. M. vom 12. Decbr. 1840. (3. M. Bl. 1841. p. 122.) nach Rheinischem Recht ift gegen die Beitreibung von direften Steuern und fteuermäßig ausgeschriebenen Beiträgen, der Rechtsweg nur in Ansehung der Form des Exefutions-Berfahrens gestattet. Der Einwand der Bahlung gehört mithin auch jur Cognition ber Bermaltung. Diefer Grunbfat ift, wie bie §§. 8 - 10. bes Reffortreglements vom 20. Juli 1818. und die R. D. v. 31. Decbr. 1825, ergeben, beibebalten, mitbin noch jest banach ju verfahren.

unvermeiblichen Ausfalle und ber Refte an bie jum weitern

Empfang bestimmte Raffe abgeliefert fein.

e) Der Steuerempfänger ist für biejenigen Steuern felbst versantwortlich, bei benen er ben wirklichen Ausfall ober bie fruchtlos verhängte Exclution nicht fofort nachweisen kann, und muß folche vorschusweise zur Raffe entrichten.*)

S. 9. Die örtliche Erhebung ber Steuer liegt ben Gemeinben ob, welche bafür einen Antheil von vier Prozent ber einge-

jogenen Summe erhalten. **)

S. 10. Der Finanzminister hat bieses Gefet zur Ausführung zu bringen, und Bir empfehlen allen Unfern Behörden und Unterthanen, sich nach dem Inhalte desselben zu richten.

H.

Die Gewerbe-Steuer.

A. Allgemeine Bestimmungen.

Gefet vom 30. Mai 1820.

wegen Entrichtung ber Gewerbeftener. (G. S. 1820. p. 147.)

Wir Friedrich Wilhelm, 2c. 2c. verorbnen hierdurch, in Gemäßheit Unsers Geseges über die Einrichtung des Abgabenwesens vom heutigen Tage, wegen Erlegung der Gewerbesteuer, nach erfordertem Gutachten Unsers Staatsraths, wie folgt:

*) Wegen ber Berjährung vergleiche bas oben im allgemeinen Thell abges brudte Gefes vom & Juni 1840.

[&]quot;") für bie westlichen Provinzen find burch R. D. vom 6. Februar 4841.

(G. S. p. 29.) bie Communen von ber ihnen nach bem obigen S. 9. oblies genden Berpflichtung zur örtlichen Erhebung ber bireften Stenern und ber bamik verbandenen Bestellung und Berüretung ber Orfserheber befreit. Bon ben für die Erhebung ac ausgesetzte A Procent ber Cinnahme follen in der Regel die Seinerembflinger a Procent für die Erhebung, und die Geineinden I Procent für die ihnen auch serne obliegende Bernulagung erhalten: Ausnahmsweiselse nur ter Genehmigung des Finang-Almisters iedoch auch eine größere Quote.

S. 1. Die Gewerbesteuer foll im gangen Staate gleichfor= mig nach bem Inhalte bes gegenwartigen Gefetes erhoben werben. *)

") Rudfichtlich ber Berhaltniffe zu anberen Staaten und ber Behandlung ausländischer Unterthanen in Bezug auf die Gewerbesteuer ift hier Kolgendes zu bemerten:

1) Bezüglich ber Bollvereine. Staaten.

In ben Bollvereinigungsvertragen mit Baiern und Burtemberg vom 22. Marz 1833. (G. S. p. 145.) Artifet 18. — mit Sachfen vom 30. Marz 1833. (G. S. p. 210.) Art. 18; bem Bertrage wegen Errichtung bes Thuringschen Bollvereine vom 10. Mai 1833. (G. S. p. 232.) Art. 8 — und bem Vertrage vom 11. Mai 1833. wegen Bilbung bes Gesammtsvereine. (G. S. p. 240.) Art. 18 ift festgeset:

bag von ben Unterthanen bes einen Staate, welche in bem Gebiete eines anbern Sanbel und Gewerbe treiben ober Arbeit suchen, feine Abgabe ent=richtet werten foll, welcher nicht gleichmäßig bie in bemfelben Gewerbever-

haltniffe ftehenben eigenen Unterthanen unterworfen find.

Fabrifanten und Gewerbtreibenbe, welche blos für ihr Geschäft Ankanse machen, ober Reisenbe, die nicht Baaren, sondern nur Rufter führen, und Bestellungen zu suchen, sollen, wenn sie die Berechtigung dazu in dem Berseinsstaate, wo sie ihren Bohnsit haben, durch Entrichtung der gesetlichen Abgaben erworden haben, oder in Dienste solcher inlandischen Gewerbtreisbenden oder Kausseute stehen, in den andern Staaten keine weitere Abgabe hierfür entrichten.

Auch follen beim Befinde ber Martie und Meffen jur Ausübung bes Sanbels und jum Abfahe eigener Erzeugniffe ober Fabrifate in jedem Bereinsflagte, bie Unterthanen ber übrigen contrahirenben Staaten, eben fo wie

bie eigenen Unferthanen behanbelt werben.

Das Circ. Refer. bes Miufft. ber Finang- und bes Innern vom 2. Sepibr. 1834. (Gentr. Bl. 1841. p. 106.) enthält bie erforberlichen Anweisungen für die Behörden zur Aussührung dieser Bestimmungen, wobei namentlich barauf aufsmerksam gemacht ift, daß die ausgebehnteren Berechtigungen der Inländer bei dem Haustrhandel nach dem Regulativ vom 28. April 1824. (s. dasselbe unten) auch den Inländern allein verbleiben, und nur gewisse Erleichterungen bezüglich bes Grenzversehrs eintreten sollen. Den Juden, deren in den Berträgen nicht bez sonders gedacht ift, soll unter Borausseyung der Gegenseitigseit vorläusig der Besind der Märkte und Messen wie den übrigen vereinssändischen Unterthanen gestattet sein und, im Uebrigen sollen ihnen, so weit möglich, die nämilchen Rechte in Bezug auf handel und Gewerbe zustehen, welche sie im heimathlande haben,

a) Die R. D. vom 22. Wari 1843. (G. S p. 301.)

In Betracht ber Höhe ber Abgaben, welche bissseitige Unterhanen in mehereren Staaten zu entrichten haben, wenn sie baselbst Waarenbestellungen auf Vroen umherziehen sieden, Maaren-Anfause im Umherziehen machen, ober sonst ein Gewerde im Umherziehen betretten, ermächtige Ich, auf Ihren gemeinschaft- lichen Bericht vom 17. v. M. Sie, den Kinaus-Minister, die durch das Gewerdbesteur-Gese vom 30. Mai 1820 bestimmte Steuer für die Augehörigen solcher Länder, in welchen die diesseichen Untershauen hinschilich der von ihnen zu entzichtenden Gewerdsabgaben (Gewerder, Batent-Steuern u. s. w.) minder günstig, als die eigenen Angehörigen jener Länder behandelt und außer Berhältniß zu der, von den Angehörigen inner Länder in Meinen Staaten zu erhölten. Sinze Steuer besaltet werden, wöhligenfalls die auf das Achtsache zu erhöhen. Sinze gleiche Steuer-Erhöhung kann auch für diesenigen, welche den vorbezeichnetsm Ländern nicht angehören, in dem Kalle angeordnet werden, wenn sie für Rech

Gewerbe: Steuerpflichtigfeit überhaupt.

S. 2. Gewerbesteuerpflichtig find fortan nur

der Sandel,

bie Baftwirthschaft,

bas Berfertigen von Baaren auf ben Rauf,

ber Betrieb von Sandwerten mit mehreren Gehülfen,

ber Betrieb von Mühlenwerfen,

bas Gewerbe ber Soiffer, *) ber Fract - und Lohnfuhrleute,

nung ber Angehörigen solcher Länber irgend ein Gewerbe im Umberziehen im bieffeitigen Gebiet betreiben. Ber ohne Entrichtung ber nach ber gegenwärtigen Orbre und nach ben in Folge berfelben erlassenen Anordnungen zu erlegenden Gewerbesteuer, selbst oder duch Andere, ein von dieser Steuer betroffenes Gewerbesteibt, oder es unternimmt, diese Steuer ganz oder theilmeise auf irgend vine Art zu umgehen, hat neben der Konfistation der, des Gewerdes wegen mits gesührten Gegenstände, das Viersach der erhöheten Jahredsteuer als Strafe verwirtt. hinsichtlich des Verfahrens gegen die Kontravenienten, kommen die in Betress der Zuwiderhandlungen gegen das Gewerdesteuer-Gefeh überhaupt bestes hinden Bestimmungen zur Anwendung. Die weiteren Ausrdnungen, weiche zur Ausführung der gegenwärtigen, durch die Geschsammlung zu publizienden Ordre ersorderlich sind, haben Sie, der Finanz-Minister, durch die Amtsblätter bekannt zu machen.

b) bas Circ. Refc, bes Bin. Min. vom 28. Juli 1843. (Centr. Bl. p. 188.), welches in Folge ber ertheilten Ermachtigung vorläufig Folgendes bestimmt:

1) Die Angehörigen bes Königreichs Danemark (einschließlich ber berzogthumer Schleswig und holftein), bes Königreichs hannover, ber Rieberlande und bes Königreichs Belgien, so wie bie Angehörigen ber beiben Großherzogihüsmer Mecklenburg haben für die Gewerbescheine, beren sie zum Umberreisen Behufs bes Suchens von Waarenbestlungen im bieffeitigen Gebiete bedürzsen, fortan eine Jahressleuer von Sechzig Thalern, statt ber bisher ethobenen Gewerbesteuer von Zwölf Thalern, für die Berson, zu entrichten, wenn das Suchen ber Bestellung für, Rechnung bes Reisenben selbst ober sir Rechnung eines andern Angehörigen einer ber vorgenannten Staaten erfolat.

2) Daffelbe gilf von bieffeitigen und anbern vereinsländischen Unterthauen, fowie überhaupt von ben Unterthanen aller anbern, als ber ju 1. genaunten Staaten, fofern fie fur Rechnung einer ber ju 1. bezeichneten Personen um-

bergiehend Baarenbestellungen im bieffeitigen Gebiete fuchen.

3) Angeigen von Umgehungen ber nach bem Allerhöchsten Erlag vom 22. Dat b. 3. und nach ben gegenwärtigen Anordnungen zu entrichtenben erhöhten Gewerbesteuer find, unter Berüdfichtigung ber in jenem Erlag enthaltenen Etraf-Borfchrift, jebesmal forgfältig zu verfolgen.

) Rudfichtlich ber Gewerhesteuer ber Tlupfdiffer bestimmt mit Rudficht auf

bie Anweifung vom 23. October 1837 jur Bermeffung ber Schiffsgefaße.
1) Das R. Dr. Refer. vom 9. Juni 1839. (Centr. Bl. p. 108.)

a) Die Vermeffung ber Gefaße erfolgt für jest, bem §. I. ber Anweisung gemäß, zunächst nur zum Zwecke ber Erhebung ber Schifffahrts - Abgaben, nicht zum Zwecke ber Festschung bes Gewerbesteuer-Betrages. Ich aber ein Schiffsgefäß nach ber Anweisung vom 23. October v. I. vermessen, so ist berjenige, welcher mit bem Gefäße bas Schiffergewerbe betreibt, verbunben, unter Borlegung bes Meßbriefes, bie, aus biefem sich ergebenbe Arangfahigstet, Behufs Ginrichtung ber Gewerbesteuer, ber sompetenten Rehörde unges

ber Pferdeverleiber und bicienigen Gewerbe, bie von umbergiebenden Versonen betrieben werden.

Näbere Bestimmungen. A. für ben Sanbel. *)

S. 3. Die Gewerbesteuerpflichtigfeit vom Sanbel trifft jedes Groß. oder Einzeln-Handels-, Kommissions-, Spe-

faumt anzumelben, und es ift nach Maafgabe biefer Tragfahigkeit, bie Ge-

werbeftener festaufegen und einzugieben.

b) Schiffer, beren Gefage nicht nach ber Anweisung vom 23. Octbr. v. 3. vermeffen find, haben bie Tragfahigfeit berfelben nach ihrer eigenen Rennts nif auf Pflicht und Gewiffen, jeboch wenn fie altere Defbriefe ober fonftige Schriftstude über bie Tragfahigfeit befigen, unter Borlegung biefer Schrift. ftude, Behnfe ber Entrichtung ber Gewerbestener anzumelben. Mumelbung wirb eine Berhanblung aufgenommen und in berfelben bem Schiffer, mit hinvelfung auf ben §. 39. b. bes Gewerbestener-Gefetes vom 30. Pai 1820, bemerklich gemacht, baß eine unrichtige Angabe ber Tragfähigfeit bie Gewerbestener-Rontraventioneftrafe nach fich giebe.

o) Liegt ein naber begrundeter Berbacht vor, bag bie Tragfahigfeit gur Berturjung ber Gewerbesteuer zu geringe angegeben fei, fo konnen bie, jur Führung von Untersuchungen wegen Gewerbesteuerkontraventionen kompetenten Behorben, in Gemagheit bes S. 1. ber Anweisung eines im S. 3. berfelben genannten Saupt-Memter wegen ber Bermeffung anch folder Rahne requiris ren, welche nicht die, in ber Anweisung bezeichneten Wafferstragen befahren.

2) Das Refer. bes &. M. vom 28. Marg 1839. (Centr. Bl. p. 107.) In Berfolg ber Berfügung vom 9. Juni v. 3. III. 6864 wird beftimmt, baß, wenn ein jum Betriebe bes Flußichiffer-Gewerbes benuties Wefaß nach ber Anweisung vom 23. October 1837 von Renem vermeffen und baburch andere, ale bie bis bahin ber Gewerbeftener-Beranlagung jum Grunde gelegte Tragfähigfeit ermittelt worben, biefe Tragfähigfeit erft vom Anfang bes, auf bie Bermeffung folgenben Jahres ab fur bie zu erlegende Schiffergewerbefteuer maafges bend fein foll, fofern nicht nach ben Umftanben anzunehmen ift, baf bie Tragfas higfeit fruher, in ber Abficht, bie Stener ju hinterziehen, ju geringe angegeben bworben. In bem lettern galle tritt bas Strafverfahren mit Ginziehung ber rudftanbigen Steuer, nach Boridrift bes & 39. b. bes Gewerbesteuergesebes vom 30. Mai 1820. ein.

Ift in einzelnen Fällen, auf ben Grund ber, erft nach Beginn bes jest laus fenben Jahres vorgenommenen neuen Bermeffung, bie Berantagung ber Gewerbes fteuer fur biefes Jahr bereits erfolgt, fo hat es babet fein Bewenben und bie

Steuer wirb, biefer Beranlagung gemäß, eingezogen.
3) Das F. D. Refer. vom 23 Rai 1839. III. 11381., wonach folche Schiffer. bie bei Anmelbung thres Gewerbes feine Alchicheine über bie ermittelte Eragfähigkeit ihrer Schiffe vorlegen konnen, in einem besonberen Prototolle bie Tragfahigtett pflichtmäßig angeben, und unter Berweisung auf ben 5. 39 b. bet Gewerbeftener-Gefetes vor einer unrichtigen Angabe gewarnt .: werben follen.

3) Durch fpatere gefetliche Beftimmungen find ber Steuer vom Sanbel

unterworfen worben:

1) ble Apotheter lant R. D. vom 11. Juni 1826. (G. S. p. 61.), fie mogen fich auf ben Berfauf von Argneimitteln beschranten, ober andere Baaren baneben führen;

bitionse, Wechselbant, Leihe, Affeluranze, Fabrit und Mhedereigeschäft, das unter einer bekannt gemachten Firma mit kaufmännischen Rechten betrieben wird. Auch die bei ber Kaufmannschaft angestellten Mäkler und Sandelse

Agenten find ber Steuer unterworfen.

Welche Firma taufmännische Rechte verleihe, ist nach ben Gesegen jedes Orts zu beurtheilen. Wo diese nichts bestimmen, treten ohne Unterschied der Provinzen die Ansordnungen des Allgemeinen Landrechts §§. 475. und 483. — 487. Tit. 8. Th. II. ein, welche in der Beilage Aabgedruckt sind.*)

S. 4. Die Steuer wird von jeber einzelnen Firma, von

3) Die Privatversicherungs-Gesellschaften und andere Privatvereine biefer Art nach folgender & D. nom 3. Mai 1898 (G. S. p. 64)

*) Die oben allegirten Paragraphen bes Lanbrechts lauten wie folgt: § 475. Wer ben Sanbel mit Waaren ober Wechseln als sein Sanptgefcaft

betreibt, wird ein Ranfmann genannt.

S. 484. Eben bies gilt von Schifforhebern, in Ansehung ber auf bie Rhest numittelban Bang babenben Geldiefte

berei unmittelbar Bezug habenben Geschäfte.

§. 486. Rramer in Dorfern und Fleden, Saufirer, Erobler und gemeine

Bittualienhandler, haben nicht die Rechte ber Raufleutc.

²⁾ bie Bfanblei her nach berfelben Orbre, fo wie bie nicht bei ber Raufmanuschaft angestellten Mätler und Kommiffionare, welche aus ber Bermittelung nich taufmannischer Geschäfte ein Gewerbe machen.

biefer Art nach folgender K. D. vom 3. Mai 1828. (G. S. p. 64.)
Das Gewerbesteuer-Geset vom 30. Mai 1820 hat im § 2. den Sandel überhaupt der Gewerbesteuer unterworfen. Es kann keinen Zweisel siden, daß ju den handelsgeschäften auch der Betrieb der Privat-Versicherungsgesellschaften nud anderer auf einen Gewerbezweck gerichteten Privat-Versicherungsgesellschaften nud anderer auf einen Gewerbezweck gerichteten Privat-Versicherungsgeschlichaften nuch nuch einen Menden der kinde Der Privat-Versichen gerechnet werden nuß, wie den im §. 3. die Affeluranzgeschäfte unter den Jandelsgeschäften dechtieben werden oder nicht, hat auf ihre Verpsichtung zur Gewerbesteuer teinen Einsstehen werden oder nicht, hat auf ihre Verpsichtung zur Gewerbesteuer teinen Einsstehen Kandelsgeschäfte im §. 5. des Gesess angeordnet ist, wie Ich solches in meiner Order v. 11. Juni 1826 in Bezug auf die Kommissions und Leihsgeschäfte bereits erklärt habe. Es ist hiernach gesehlich begründet, daß die Brivat-Versicherungsgesellschaften, und andere auf einen Gewerbezweck gerichteten Bridatvereine, so wie deren Agenten, wenn sie nicht schon eine Steuer von threm anderweitigen Gewerbe entrichten, entweder nach §. 3. oder nach §. 5. des G. v. 30. Mai 1820 der Gewerbesteuer unterworsen sind. Um jedoch die hierüber entskadenen Zweisel zu beseitigen, haben Sie biesen Beschl durch die G. S. zur allgemeinen Renntniß zu bringen.

^{§. 483.} Die Unternehmer ber Fabrifen haben, in Rudficht auf ben Betrieb berfelben, und ben Abfat ber barin verfertigten Bagren, faufmannifche Rechte.

^{§. 485.} Bewohner bes platten Landes, bie nur mit felbft erzengten, ober burch landwirthschaftliche Mittel verebelten Produkten, ingleichen Sandwers ter und Fabrikanten, welche mit den von ihnen felbst verfertigten Arbeiten Verkehr triben, find für Kaufleute nicht zu achten.

^{§ 487.} Wer nur einzelne Lieferungen übernimmt, wird baburch noch fein Kaufmann.

febem einzelnen Romtoir, von jebem einzelnen Laben, ohne Rud-

ficht auf die Babl ber Theilnehmer, erhoben.

S. 5. b) Der Steuer vom Hanbel sind ferner unterworfen, bie ein Gewerbe baraus machen, neue ober alte Sachen, Waaren und Erzeugnisse seber Art zum Wiederverkauf anzutausen, oder zum Verkauf in Auftrag zu übernehmen, ohne kaufmännische Nechte zu besissen, als Lieferanten, Vieh- oder Pferdehändler, Auffäuser, Krämer, Trödler, Höfer und Vistualienbändler u. s. w.

S. 6. Als Biftualienhandler zu besteuern ift auch:

aa) wer, gewerbsweise, Bieh vom erfauften Futter unterhalt, um es zum Verfauf zu maften, oder mit der Milch zu handeln;

bb) wer die Milch einer Beerde, bas Dbft eines Gartens, ben Fischfang in Gewässern und ahnliche Rugungen, ab-

gefondert, jum Gewerbsbetriebe pachtet.

Ausnahmen.

S. 7. Aller Sandel ber Ausländer auf Meffen und Jahr=

markten ift von biefer Steuer (S. 3. bis 6.) frei.*)

S. 8. Fremde Einfäufer inländischer Erzeugniffe ober Fabri= fate find frei, sofern sie nicht, umberziehend, Auftäuferei im Einzelnen betreiben.**)

B. Für bie Gaftwirthichaft.

S. 9. a) Wer, gewerbsweise, ein offenes Lofal halt, um Personen mit ober ohne Kost für Bezahlung zu beherbergen, ift als Gastwirth steuerpflichtig.

b) Wer, gewerbeweise, möblirte Zimmer (chambres garnies)

1) die K. D. vom 30. Juni 1833, wonach von dem handel, welchen Auslander auf Wochenmarkten mit folden Consumtibilien treiben, welche zu den Wochenmarktartifeln gehoren, keine Gewerbesteuer erhoben wird. (G. S. 1833. S. 81.)

^{*)} Eine Ausnahme hiervon begrundet bie R. D. vom 19. September 1828, welche ausländischen Inden ben Einzelverkauf ihrer Baaren auf ben Markten in den Stadten und Fleden ber vormals fächsischen Landestheile verbietet. (v. R. Ann. Bb. XII. p. 1083.)

**) Fernere gesehliche Ausnahmen von ber Steuer für ben Sandel begrunden:

²⁾ bie oben zu §. 1. bes Gefehes mitgetheilten Artikel ber verschiebenen Bollvereinigungs Berträge, wonach biefenigen, welche Ankaufe machen ober Mufter bei fich führen, um Waarenbestellungen zu suchen, wenn fie in bem Bereinsstaate, wo sie wohnen, bie Berechtigung bazu burch Entrichtung ber gesehlichen Abgaben erworben haben, ober im Dienste solcher Berechtigten stehen, in ben andern Bereinsstaaten keine weitern Abgaben bafur entrichten.

vermieibet, ift berfelben Steuer unterworfen, fedoch nicht ber.

welcher bloge Schlafftellen balt. *)

S. 10. c) Ber, gewerbeweise, ein offenes Lotal balt, um gubereitete Speisen ober Getrant, jum Genug auf ber Stelle ober außerhalb, feil zu bieten, ift ale Speife = ober Schantwirth fteuerpflichtig.

d) Restaurateurs, Gartoche, Buderbader, fogenannte Italianerund Schweizerladen, Pfefferfüchler, Kaffeeschanter, Tabagiften

u. bergl. find hierunter begriffen.

e) Der Betrieb = bes Bader = und Schlächtergewerbs gebort nicht hieber, sondern ift als Fertigung ber Waaren auf ben Rauf, zu besteuern.

- C. Ausnahmen für bas Verfertigen von Waaren auf ben Rauf.
- S. 11. Landleute, bie in ben Städten auf offenem Marfte an Darftagen Roggenbrot verfaufen, find fteuerfrei, in fofern fie bas Baden bes Brots nur als Nebengeschäft treiben. **)

D. Ausnahmen für bie Sandwerfe.

Gewerbesteuerfrei find

a) Handwerter, die in der Regel nur um Lobn oder nur auf Bestellung arbeiten, ohne auch außer ben Jahrmarften ein offenes Lager von fertigen Waaren zu halten, fo lange fie bas Gewerbe nur fur ihre Perfon ober mit Ginem erwach. fenen Gebülfen und mit Ginem Lehrlinge betreiben. Bulfe weiblicher hausgenoffen und eigener Rinder unter 15 Jahren bleibt unberficffichtigt.

S. 13. b) Weberei und Würkerei, sofern fie nur als Nebenbeschäftigung neben anderem Gewerbe, ober auf nicht

mehr als zwei Stüblen betrieben wird. ***)

auf ben Rauf begründet die (unten mitgetheilte) R. D. vom 10. Januar 1824., wonach bie Brauntwein : Fabrifation gegen Entrichtung ber barauf gelegten Raifchftener von ber Gewerbestener befreit worben ift.

⁺⁾ Als Anenahme hiervon warb mit Königl. Genehmigung zunächst unter bem 9. Januar 1822 bas Bermiethen möblirter Bimmer in Univerfitate-Stabten an Studenten, quartals ober monateweife, frei gegeben, fo lange nicht mehr als eine Stube und Rammer vermiethet werben. Durch R. D. vom 30. Juni 1823 aber find überhaupt Einwohner, welche nicht mehr als ein möblirtes Bimmer vermiethen, wenn die Miethezeit auf minbeftens 3 Monate verabrebet wied, von ber Steuer befreit. (v. R. Ann. Bb. VII. pag. 552. Bb. VIII. pag. 1012.)
**) Eine fernere gesetzliche Anonahme für bas Berfertigen ber Baaren

^{***)} Rach ber R. D. v. 3, Mai 1829. (G. G. S. 46) find Weber und Burter mit nicht mehr als zwei Stuhlen, welche nur eigene Waaren abfegen und teinen offenen Laben halten, überhanpt gemerbeftenerfrei.

E. Ausnahmen für bie Mühlen.

S. 14. a) Mühlenwerfe, bie bloß für ben eigenen Verbrauch bes Besigers arbeiten, ober

b) nur zu Ent. ober Bewäfferung ber Ländereien bestimmt find,

unterliegen ber Gewerbesteuer nicht.

- S. 15. c) Hammer-,*) Bohr=, Schleif=, Polir=, Papier-, Loh= und Walfmühlen, Maschinen zum Bergbau, zum Hitten= und Salinenwesen, so wie überhaupt durch Elementar- oder thierische Kräfte getriebene Maschinen, die zur Bearbeitung der Fabrismaterialien, zur Spinnerei, Weberei, Appretur, dienen, werden nicht mit der Mühlen=, sondern entweder mit der Handwerse-Gewerbe= steuer betroffen, und auch dieses nur in so fern, als sie selbstständig betrieben werden, und nicht zu einer schon außer= dem gewerbesteuerpsichtigen Fabrisanstalt oder Societät ge= hören.
- F. Ausnahme für bas Fracht = und Lohnfuhr-Gewerbe und für Pferbeverleiher.
 - S. 16. a) Landwirthe, die mit ihrem Wirthschaftsgespanne gelegentlich auch Frachtsuhren verrichten, sind der Gewerbesteuer als Fuhrleute nicht unterworfen.

*) Begen ber Beffeuerung bes Sammer- und Suttenbetriebes vergleiche

1) bie R. D. vom 9. Januar 1823. (G. G. p. 16.)

Anf ben Antrag bes Staatsmin. vom 20. v. M. genehmige 3ch, baf ber Bergbau, so wie ber Sutten und Sammerbetrieb, zu welchen nach ben Provinzial-Berordnungen eine Belehnung ber Vergbaubehörbe erforberlich ift, von Entrichtung ber allgemeinen Gewerbesteuer frei sei, und gebe bem Staats-Minifterium bie weitere Verfügung anheim.

2) Die R. D. vom 17. December 1833: (G. G. 1834. p. 5.)

Auf ben Antrag bes Staats-Ministeriums vom 28. Aug. c. bestimme Ich, daß die Gewerbesteuerfreiheit, die Ich in meiner Ordre vom 9. Januar 1833. nur solchem Hüttenbetriebe, zu welchem nach den Provinzials-Vewerdnungen eine Belehnung der Bergdaubehörde ersorbertich ist, bewilligt habe, vom 1. Januar k. 3. ab, ohne Ausnahme allem Hüttenbetriebe zustehen soll, in soch sern derselbe nicht mit einer Fabristation von Waaren zum Handel verbunden ist, wobei sich auch von selbst versteht, daß solche Fabristationskätten, welche, wie Glass und Ziegelhütten, nur mißbrauchlich mit dem Namen "Hütten" belegt werden, der Gewerbesteuer unterliegen. Dagegen sind sammen liche Hammerwerfe vom 1. Januar k. 3. an, so weit es noch nicht geschen ist, der Gewerbesteuer zu unterwersen, da die besondere Koncessiungswegu ertheilt wird, keine Belehung aus dem Titel des Bergregals ist und in den einigen Kandestheilen zur Aulage eines Kammers im Berwältungswegu ertheilt wird, keine Belehung aus dem Titel des Bergregals ist und in den einigelnen Provinzen keine Berschlebenheit der Besteuerung eines und bestelben Kadrictionszweigs veranlassen darf. Das Staatsminiskerium hat diese Ordre durch die G. S. zur öffentlichen Keuntnis zu bringen.

b) Fuhrleute und Pferdeverleiher, die ihr Gewerbe nur mit Einem Pferbe betreiben, find frei.

G. Ausnahme für bie Schifffahrt. *)

- S. 17. Das Schiffergewerbe mit Stromschiffen und Lichterfabrzeugen unter und bis zu brei Lagen Tragbarteit, einschließlich, if gewerbesteuerfrei.
 - Allgemeine Ausnahme wegen boppelten Gewerhebetriebs.
- Wenn mehrere Gewerbe absichtlich mit einander in Berbindung geset find, und an bemselben Drie von Giner Verfon betrieben werben, foll bie Bewerbesteuer nur Einmal nach bem gemeinschaftlichen Umfange berfelben erhoben werden. Der gufällige Betrieb verschiedenartiger Gewerbe durch Gine Person ift einer folden gewerblichen Berbindung nicht gleich zu achten. **)

Berechtigung jum Gewerbe.

S. 19. a) Wer ein Gewerbe betreiben will, es mag fteuerfrei ober pflichtig sein, muß ber Kommunalbehörde bes Orts Unzeige bavon machen.

Unzeige.

b) Bur Anzeige an biefe Beborbe ift auch berjenige verbunden. ber fein bisberiges Gewerbe im Orte zu betreiben aufbort. ***)

*) Die Regeln ffir die Schifffahrt enthalt C. 2, bes Gesekes, wobei die ba-

ju oben mitgetheilten fpateren Borfchriften ju vergleichen finb.

Demgemaß muffen beifpieleweife: Bittnalienhanbler, welche für eigene Rechnung fclachten und mit bem Tleifche, gleichviel ob rob ober gefalzen und geräuchert, Sandel treiben, nach bem R. bes Finang-Min. vom 13. Febr. 1839 neben ber Gewerbefteuer vom Sanbel auch ale Schlächter Gewerbefteuer

jablen. (Centr. Bl. f. Berw. 1839. S. 35.)

Berfahren babei find an vergleichen 1) Das Refer. vom 6. Juni 1839. (Centr. Bl. p. 112.)

Gin Sandwerfer, welcher ben Betrieb feines Gewerbes, in Befolgung ber Borfchrift bes S. 19. bes Gewerbeftener-Gefetes vom 30. Mai 1820, bei ber Rommunal-Behorbe feines Wohnorts angemelbet hat, wirb, fo weit es auf bie Befolgung ber vorgebachten gefetlichen Bestimmung antommt, blof baburch, bag er auf Beftellung in einem anbern Rollenbegirte, als bem feines Bohnorts, handwertsmäßige Berrichtungen vornimmt, gur noche maligen Anmelbung feines Gewerbes nicht verpflichtet. Dat berfelbe fein Bewerbe, als im feuerpflichtigen Umfange betrieben, bei ber Behorbe feines Bohnorts angemelbet: fo braucht er ben anderewo auf Bestellung ausznübenden Betrieb beffelben unter feinen Umftanden noch befonbere an: guzeigen, es mag biefer handwertsbetrieb außerhalb feines Bohnoris im fteuerfreien ober fenerpflichtigen Umfange bewirft werben. Ge muß aber ber

Gewerbeschein.

§. 20. a) Gewerbescheine werden fortan nur für folche

außerhalb bes Wohnorts vorgenommene fleuerpflichtige Betrieb bei ber funftigen Abmeflung ber, von bem Sandwerker in feinem Bohnorte zu entrich-

tenben Gewerbesteuer mit berudfichtigt werben.

Benn bagegen ein handwerfer, ber fein Gewerbe in feinem Bohnorte nur im fteu erfreien Umfange betreibt und baffelbe bemgemäß nur angemelbet hat, solches außerhalb seines Bohnorts auf Bestellung im steuerpflichtis gen Umfange, also namentich mit mehreren erwachsenen Gehülfen ausübt, so ift er verpflichtet, bei Bermelbung der im §. 39. litt. b. bes Gewerbesteuer-Gesebes bestimmten Strafe, der Behörde seines Bohnorts davon Anzgige zu machen und bet dieser die Steuer zu entrichten.

Den Behörben bessenigen Orts, in welchem der Handwerfer, ohne dort seinen Wohnsitz genommen zu haben, sein Gewerbe auf Bestellung ausübt, liegt es ob, sich bavon Ueberzeugung zu verschaffen, daß derfelbe der Besstimmung des zu Eingang angeführten §. 19. genügt hat und, wenn dies nicht geschehen sein sollte, die Einleitung des Strafversahrens wider ihn herbeis

auführen.

Auf die polizeilichen Bestimmungen in Betreff ber Bulafsigkeit des Gewerbetrieds bezieht sich das Borstehende nicht. Auch versteht es sich von selbst, daß, hinsichtlich des Andietens und Suchens undest ellter Arbeit, die Bestimmung des Haustr-Regulativs vom 28. April 1824 maaßgebend sind.

2) Das Refer. b. Dr. b. Jun u. b. F. v. 9. Aug. 1839. (Centr. Bl. p. 255.), welches unter Aufhebung und Abanberung ber fruher beshalb ergangenen Bestimmungen vom 6. August 1827 und 16. Februar 1835. Folgendes

anordnet:

a) Jebe Kommunals ober sonft mit ber Führung von Rotig-Registern über bie Gewerbetreibenben, beziehungsweise ber Gewerbesteuerrollen und Listen beauftragte Behörbe, bei ber ein Gewerbe, welches nur auf Grund einer polizellichen Erlaubniß ober nach erlangtem Burgerrecht betrieben werben bars, behuss Entrichtung ber Gewerbesteuer, ohne Beibringung jener Erlaubniß, beziehungsweise bes Bürgerbriefes, angemeldet wird, hat die Anmels bung zwar in bem iber die Gewerbestreibenben geführten Rotizregister bei ber betressen Seuerklasse machrichtlich zu vermerken; es wird aber auf Grund ber bezeichneten Anmelvung fünstig die Steuer weber in ber Lugangs-Like ober Steuer-Rolle aufgenommen noch eingezogen.

Dagegen eröffnet

b) bie zu a gedachte Behörde, bei welcher die Anmelbung bewirft ift, dem Anmelbenden zu Protofoll oder schriftlich, daß er, bei Bermeibung einer poslizeilichen Strase von 5 bis 50 Thir. oder ber sonst bestimmungsmäßigen Ahnbung, das Gewerbe vor erlangter polizeilicher Erlaubnis oder vor Erwerbung bes Burgerrechts nicht ansüben durse, daß baher die Gewerbez breuer von ihm nicht werde eingezogen werden, daß er aber, devor er, nach erlangtem Bürgerrechte, das Gewerbe wirklich ansange, dasselbe, unter Beisbringung der Erlaubnis, beziehungsweise des Bürgerbriefs, behus Entrichstung der Gewerbesteuer, anmelben musse.

c) In der Regel ift die zu a. bezeichnete Behörde zugleich die Polizeibehörde. Alsbann hat dieselbe in dieser legtern Eigenschaft darüber zu wachen, das Sas Gewerbe nicht ausgeübt werde, und, den Umständen nach, das Strafsversahren einzuleiten. Ift aber die zu a bezeichnete Behörde nicht zugleich die Polizeibehörde, so hat erstere die legtere, zu dem vorgedachten Zwecke, jedesmal von dem, in Gemäßheit der Anordnung zu b Beranlaßten in

Renntuiß ju feten.

Gewerbe eriheilt, welche mit Umherziehen (§. 2.) betrieben werden.*)

b) Sie find nur fur bas Jahr gultig, fur welches fie ertheilt

werden.

c) Die Ausfertigung gefchieht burch bie Regierungen.

S. 21. a) Personen, bie von Ort zu Ort umberreisen, um Waarenbestellungen zu suchen, mussen mit einem Gewerbesteben verseben sein.

b) Dagegen bedürfen biejenigen, die ein offenes Gewerbe treiben, und zu bessen Behuf umherreisen, bloß um die Materialien zu ihrer eigenen Fabrifation aufzukaufen, keines Gewerbescheins, sondern bloß einer polizeilichen Legitimation.

S. 22. Diejenigen, welche umberziehend ein Gewerbe betreisben, muffen brei Monai vor Ablauf bes Jahrs die Ausfertigung

neuer Gewerbescheine bei ber Regierung nachsuchen.

S. 23. Sie find verpflichtet, fich vor bem Anfange ihres

Gefchäfts bei ber Rommunalbehörde bes Orts zu melben.

S. 24. Gaftwirthe find schuldig, von solchen Personen, wenn sie über Nacht aufgenommen sein wollen, sich den Gewerbeschein für das laufende Jahr vorzeigen zu laffen, und wenn sie ihn nicht besigen, der Ortspolizeibehörde sofort Anzeige zu machen.

Sage ber Gewerbesteuer und Regeln ber Erhebung.

S. 25. Die Sage ber Gewerbesteuer und die Regeln, nach welchen sie ausgemittelt, vertheilt und eingezogen werden sollen, weiset die Anlage B. nach.*)

Mitwirfung ber Gewerbetreibenben bei ber Bertheilung ber Steuer.

S. 26. Da es zur Erleichtemmg ber Gewerbe angemeffen ift, daß ben Steuerpflichtigen selbst bei ber Bertheilung ber Steuer

veranlaßt ift, in Renniniß zu feten.

*) Die §§ 20 – 25 bes Gefetes find burch bie unten mitgetheilten Regulative über ben Gewerbebetrieb im Umherziehen naher erganzt und mobifizirt worben, wohln auch wegen ber hierüber fpater ergangenen Bestimmungen ver-

wiesen wird.

*) Das Rabere über ben Inhalt ber Anlage B bes Gefeges vergleiche in bem Anhange unter B.

d) Jeber, welchem fortan bie polizeiliche Erlaubniß zu einem fleuerpflichtigen Gewerbe ober bas Bürgerrecht Behufs Ausübung eines folchen Gewersbes ertheilt wirb, ist babet aufzuforbern, bas Gewerbe ober besten Beginn, Behufs Entrichtung ber Gewerbesteuer, anzumelben. Außerbem hat diezeuige Behörbe, von welcher bie polizeiliche Erlaubniß ober ber Bürgerbrief ertheilt ist, je nach ber bestehenben, zu c erwähnten Einrichtung, beziehungsweise bas stenetliche Interesse selbst wahrzuushmen ober, zu biesem Zwecke, die zu a bezeichnete Behörbe von bemienigen, was in Gemäsheit des Borstehenben verantast ist, in Kenntniß zu setzen.

fo viel mbalich eine Einwirfung gestattet werbe, fo fegen Wir fest, daß

1) bie Gewerbetreibenben, welchen faufmannifche Rechte beigelegt find (S. 3.)

2) die Gaft=, Speise= und Schanfwirthe.

3) bie Bäder.

4) bie Schlächter, und zwar

iedes biefer Gewerbe unter fich, eine Gefellichaft bilben, welcher ein Jeber beitreten muß, ber bas Gewerbe treibt. *)

a) In ben brei erften Abtheilungen ber Städte, welche bie Beilage B. enthält, bildet jedes biefer & Gewerbe in jeder einzelnen Stadt eine folde Gefellicaft.

b) In ber vierten Abtheilung vereinigen fich bie 4 Gewerbe bes

gungen Kreises, um bie 4 Gefellschaften zu Bilben.

Die Regferungen find ermächtigt, auch bei ben übrigen bier nicht benannten, gewerbtreibenben Rlaffen bergleichen Gefellichaften zu bilben, wenn foldes ben örtlichen Berbaltniffen nach ausführbar ift.

S. 27. a) Diese Steuerverbindungen stehen in keiner Beziebung mit etwanigen Bunftrechten, in welcher Sinfict weder ba, wo und in fo weit fie bestehen, burd gegenwartiges Gefen etwas abgeandert, noch ba, mo fie abgeschafft

worben, etwas hergestellt werben foll.

b) Schlächter und Bader in ber Nabe folder Stabte, in welden die Mabl= und Schlachtsteuer eingeführt ift, find dem ftabtifchen Berein beizutreten, und die ftabtifche Gewerbefteuer in bem Falle zu entrichten verbunden, wenn fie nach bem Gefes wegen ber Dabl und Schlachtfteuer zu biefen Abgaben angezogen werden. **)

a) ben Gesellschaften (S. 26.) liegt die Bertheilung

ber Steuer unter fich durch ihre Abgeordneten ob.

b) Bu bem Ende ernennen fie jährlich burch Stimmenmehrheit 5 Abgeordnete aus ibrer Mitte.

Bei der Wahl ist zu beachten, daß von diesen Abgeordneten Einer bas Gewerbe im geringsten, Giner im bochften und 3wei im mittlern Umfange treiben. Die Wahl bes gunften ift unbeschränft.

d) Für jeden Abgeordneten wird ein Stellvertreter erwählt, um

ibn nöthigenfalls zu ersegen.

**) Bu vergleichen find hierbei §. 14 — 16 bes unten mitgetheilten Gefepee vom 30. Dai 1820 wegen ber Dahl- und Schlachifteuer.

[&]quot;) Die Strafe ber Beigerung jum Beitritt in bie Steuergefellschaft besteht nach S. 41. bes Gefetes in ber Unterfagung bes Gewerbebetriebs.

e) Ift die Bahl ber Gewerbegenoffen in einer Stadt ober einem Rreise nicht hinreichenb, um so viel Abgeordnete und Stellvertreter zu mablen, fo wird burch bie Gesammtheit ber Be-

fellschaft bie Steuer vertheilt.

S. 29. a) Die Berpflichtung zur Uebernahme bes Amts eines Abgeordneten, und die Rechte ber Obrigfeit bei ber Wahl find, ohne Unterschied ber Provinzen, nach bem Allgemeinen Candrecht §§. 160—165. Titel 6. Th. II., welche diesem Gesey unter C anhangweise beigefügt sind, zu beurtheilen.*)

b) In ben brei erften Abtheilungen, nach ber Beilage B. leiten bie Magistrate, in ber vierten bie Canbrathe, bie Wahlen der Abgeordneten und führen die Aufficht bei ben Berathun-

gen über biefelben.

a) Bo eine Bertheilung burch Gefellschaften ber Steuervflichtigen felbft nicht Statt findet, wie bei bem Sandel ohne taufmannifche Rechte u. f. w., wird bie Bertheilung in ben brei erften Abtheilungen burch bie Rommungla und in ber vierten burch die Kreisbeborbe bewirft.

b) Diefe Beborben find jeboch verpflichtet, fich babei bes Raths ber Gewerbetreibenben zu bedienen. Golde, die in Rom. munalämtern fteben, tonnen bierbei ibre Ditwirfung nicht

verweigern.

Berrichtungen ber Rommunal = und Kreisbeborben.

S. 31. Den Rommunalbehörden in ben brei erften Abtheis lungen und ben Rreisbehörden in ber vierten liegt es ob, bie namentliden Radweisungen ber Bewerbesteuerpflichtigen, welche

1) Die oben allegirten Bestimmungen bes A. Lanbrechte lauten wie folgt: S. 160. Es muß jedoch bie Dahl ber vorgefesten Dbrigfelt gur Genehmis

gung angezeigt werben.

5. 162. Die Benriheilung ber angeführten Entschulbigungeursachen gebuhrt

der Obrigfeit.

§. 164. Bird bie Bahl verworfen, fo muß bie Corporation von Renem mahlen.

S. 161. Ein Mitglied ber Corporation ift bie auf ihn gefallene Bahl an- junehmen verbunden, wenn ihm nicht eben bie Grande ber Gnifchulbigung, aus welchen eine aufgetragene Vormunbichaft abgelehnt werben fann, ju Statten fommen.

S. 163. Die von ber Corporation geschehene, und von bem Gewählten angenommene Bahl fann bie Obrigfeit bennoch verwerfen, wenn ber Gewählte bie Eigenschaften nicht befigt, welche nach allgemeinen ober nach ben Gefegen ber Gesellschaft gu biefer Stelle erforberlich finb.

S. 165. Fallt anch biefe Bahl auf einen Untuchtigen, fo verliert bie Corporation für biefen Fall ihr Bahlrecht, und bie Stelle wird von ber Obrigfeit befest.

in ibrer Stadtgemeine ober in ihrem Rreife ein fteuerpflichtiges Gewerbe betreiben, jabrlich anzufertigen.

Sie find für die Richtigkeit und Bollftandigkeit Diefer Rad-

meisungen verantwortlich.

S. 32. Auf ben Grund berfelben werden bie Bertheilungen in vorgeschriebener Form (SS. 28. 30.) vorgenommen, Die Erbebungsrollen in ben brei erften Abtbeilungen von ber Kommungle beborbe, in der vierten von den Steuerbeamten angelegt und ber Regierung zur Prufung eingereicht. Der Kinanzminifter foll über bas hierbei zu beobachtenbe Berfahren und über bie Rontrolle bes Bu = und Abgangs besondere Anweisungen ertbeilen.

S. 33. a) Jebem Steuerpflichtigen wird por bem Gintrittbes erften Zahlungstages befannt gemacht, wie viel er an

Gewerbesteuer für Ein Jahr zu entrichten habe.

b) Wer gegen die gutachtliche Meinung ber Abgeordneten ober ber Beborde, welche die Bertheilung angelegt haben, eine Ermäßigung bes Unfages begrunden zu fonnen glaubt, bem foll ein Refurs burch die aufnehmende Beborbe (6. 31.) an ben Landrath, an bie Regierung und an bas Finangmis nisterium offen fteben. Inzwischen muß er unter Borbebalt bes Ersapes die Gewerbesteuer, soweit sie fällig wird, vorläufia abtragen.

S. 34. a) Bur Erhebung ber Gewerbesteuer find bie Rom-

munalbeborben verpflichtet. *)

b) Diejenigen, welche auf einen Gewerbeschein umberziehend ein Gewerbe betreiben wollen, muffen fur bie Dauer bes Bewerbescheins die Steuer im Boraus, folglich jedesmal für ein ganzes Jahr, und ehe ihnen ber Gewerbeschein ausges liefert wirb, bezahlen. **)

gahlung ber Steuer fur Gewerbe im Umbergieben ift eingetreten burch bie R. D.

vom 15. Juli 1829. (G. S. 1830. pag. 17.) Bur Beschränfung ber Rachtheile, welche bei Losung bes Gewerbescheins jum Betriebe eines Gewerbes im Umbergieben burch' bie vorgeschriebene Borausbezahlung bes vollen Stenerbetrages fur bie Gewerbetreibenben in befonderen Fallen entfteben fonnen, bestimme 3ch:

1) bag ben inlanbischen Raufleuten und Fabrifanten, falls fie im Laufe bes Steuerjahres bie Personen wechseln wollen, bie fur ihre Rechnung im Lanbe umberreifend Baarenbestellungen fuchen, gestattet fein foll, unter Burudgabe bes Gewerbefcheine fur ben bisherigen Retfenben einen andern mit ben Erforberniffen bes Regulative vom 28. April 1824. §. 13 verfebenen Beichafteführer gu gestellen, ouf welchen fur ben Reft bee Steuerjahre ein neuer Gewerbeschein fleuerfrei auszufertigen ift.

^{*)} Begen ber Entbinbung ber Gemeinben in ben weftlichen Provinzen von ber Berpflichtung jur Erhebung ber Gewerbesteuer vergleiche bie oben G. 45 ju S. 9. bes Klaffenfteuergefetes mitgetheilte R. D. vom 6. Februar 1841. (G. S. pag. 29.)

") Eine Erleichterung in Beziehung auf bie oben angeordnete Borausbe-

c) Bon ftehenden Gewerben wird die Steuer in monatlichen Theilen erhoben, und zwar mit der Klaffensteuer zugleich,

wo biefelbe eingeführt ift.

d) Die Gewerbesteuer (zu c) muß monatlich in ben ersten acht Tagen sebes Monats vorausbezahlt werden, wenn ber Steuerpslichtige nicht vorzieht, sie auf mehrere Monate voraus zu berichtigen.

e) Bei unterbleibender Borausbezahlung (d) läßt der Steuers Empfänger den Säumigen auffordern, die Steuer binnen drei Tagen, bei Bermeidung der Exekution, zu berichtigen.

f) Rach Ablauf biefer Frift wird zur Exekution geschritten. *)

g) Spätestens fünf Tage vor dem Ablauf jedes Monats muß die eingezogene Steuer nebst der Rachweisung der unversmeiblichen Ausfälle und der Reste, bei welchen die Auffordezung und Exetution bis dahin fruchtlos geblieben, an die zum Empfange bestimmte Staatstaffe abgeliefert sein.

h) Bas ber Steuerempfanger vorstehend (g) nicht nachweisen fann, muß er aus eigenem Bermogen, in Stelle bes Steu-

erschuldigen, vorschußweise, an die Raffe berichtigen.

S. 35. Bleibt bie Erefution fruchtlos, fo fann ber Schuldner an dem fernern Betriebe des steuerpflichtigen Gewerbes durch Schließung der Laden, und durch Beschlagnahme der Waaren und Wertzeuge, bis zur vollständigen Berichtigung der Steuer, verhindert werden. **)

S. 36. Den Kommunen wird für die bei Ermittelung, Berstheilung und Erhebung der Gewerbesteuer ihnen übertragenen Gesichäfte, der fünf und zwanzigste Theil der Einnahme zugestanden.

S. 37. a) Die Gesete, welche die Berechtigung zum Gewerbe bisher in einzelnen Landestheilen verschiedentlich beftimmt haben, sollen einer Revision unterworfen, und, wo

Tobestag folgt, juruchgezahlt werben burfen.

*) Bergleiche hier bie im allgemeinen Theil mitgetheilten Berordnungen v.
6. Mai 1836 und 24. November 1843, fo wie das Refer. vom 12. Decem-

ber 1840. ju S. 8 c bes Rlaffenftener-Befepes (oben G. 44.)

²⁾ Bei allen anbern Inlandern, welche ein Gewerbe im Umberziehen, auf einen für ben vollen gesetlichen Steuersatz der 12 Thir. ausgesertigten Geswerbeschie betreiben, soll, falls der Inhaber bes Gewerbescheins in den ersen bei Monaten des Jahres verfterben sollte, dem überlebenden Ebegatten und den Kindern die vorausbezahlte Gewerbestener nach Berbaltniß der Jahressteuer zu dem Ueberrefte des Jahres von dem Monate ab, der auf den Todestag folgt, zuruckgezahlt werden dursen.

^{**)} Nach einen Girc. Refer. v. 20. Juni 1835. (v. R. Unn. 3hg. 1835.) foll jur Legung bes Gewerbes via executionis nicht eher als am Schluffe bes Monats, für welchen ber Stenerpflichtige im Ruckanbe geblieben ift, gesichritten werben, was aber auf Restanten fur mehr als einen Monat feine Anwendung finbet.

es nothig, verbessert, erganzt, ober burch neue Anordnungen

erfest werben.

b) Bis zur Beendigung dieser Revision und bis in Folge bersselben nähere Bestimmungen werden erlassen werden, sollen, auch da, wo das Gesetz über die polizeilichen Berhältnisse der Gewerbe vom 7. September 1811 nicht publizirt ist, diesenigen Personen für solche geachtet werden, die ein Gewerbe umherziehend betreiben, welche in den §§. 136—139. des gedachten Gesetzes als solche bezeichnet sind. Diese gessellichen Vorschriften sind in der Beilage D. beigefügt.*)

S. 38. Das Umberziehen mit Material's und Spezereiwaaren, mit Wein, Branntwein und Liqueuren aller Art, so wie mit Zeugen, die aus Wolle, Baumwolle oder Seide, ganz oder in Vermischung mit andern Materialten, verfertigt sind, soll

fünftig nicht mehr gestattet werben. **)

§. 39. a) Wer bie im §. 19. angeordnete Anmelbung bes Anfangs ober Aufhörens eines Gewerbes unterläßt, verfällt in Einen Thaler Strafe, wenn bas Gewerbe nicht steuerpflich:

tig ift.

- b) Wer ben Anfang eines steuerpsichtigen Gewerbes nicht anzeigt, erlegt neben ber rückständigen, dem Gewerbe aufzuerlegenden Steuer, für die Unterlassung der Anzeige eine Strafe, die dem vierfachen Betrage der einjährigen Steuer gleich kommt.
- c) Wer bas Aufhören eines steuerpflichtigen Gewerbes nicht anzeigt, bleibt, so lange er biese Anzeige unterläßt, zur Bes zahlung ber Steuer verpflichtet.

Strafe ber Ueberfretung biefer Borfdriften.*)

S. 40. Wer umberziehend ein Gewerbe treibt, ohne sich burch Borzeigung eines für ihn ausgestellten Gewerbescheins bes laufenden Jahres über seine Befugniß ausweisen zu können, hat nicht nur die rückftändige, seinem Gewerbe angemessene Steuer

°) Der Mittheilung biefer Bestimmungen bebarf es nicht weiter, ba bas uns ten abgebruckte haustregulativ vom 28. April 1824. genan vorschreibt, welche Personen als Gewerbetreibenbe im Umberziehen zu betrachten find, und welche Gewerbe im Umberziehen betrieben werben burfen.

5§. 40 bie Erganzungen und Erlauterungen ju ben Strafbestimmungen ber

bere jufammengeftellt.

^{**)} Eine Ausnahme von bem im §. 38. ausgesprochenen Berbote ift bes gründet durch die K. D. v. 20. Marz 1831. (v. K Ann. Bb. XV. pag. 390.), wonach das Haufren mit wollenen Decken für die Fabrikanten der westlichen Prose vinzen, in dem Umfauge der Letzteren, gegen Entrichtung der gesetlichen Stener, jedoch unter Borbehalt der Inrucknahme dieser Vergünstigung, gestattet wurde.

nachzuzahlen, und ben einfährigen Betrag, vierfach, als Strafe zu entrichten, fondern auch überdies die Konfistation berjenigen Gegenstände verwirft, die er wegen seines Gewerbes bei sich führt.

S. 41. Einzelnen Gewerbetreibenden, die der Steuergefellichaft (S. 26.) beizutreten verweigern, foll der Betrieb bes Ge-

merbes unterfagt werden.

S. 42. a) In Ansehung des Versahrens gegen die Ueberstreter dieses Gesasses werden die Bestimmungen der SteuersDrdnung vom 8. Februar 1819. SS. 91—95. und der Desklaration des S. 93. vom 20. Januar 1820. angewendet.

b) Die Vergehungen der Steuer - und Gemeindebeamten, burch welche ben Vorschriften bieses Gesetzes entgegen gehandelt wird, werben nach §. 59. der Steuerordnung vom 8. Re-

bruar 1819. geahnbet. *)

Wir beauftragen ben Finanzminister mit ber Ausführung biefes Gesebes und befehlen allen Unseren Behörden und Beamten, die Vorschriften besselben treu gehorfam zu befolgen.

*) In Betreff ber Bestrafung ber Bestechungen von Gewerbestenerbeamten bestimmt 1) bas Fin. M. Refer. vom 23. Februar 1828:

S. 646. Diejenigen, welche es versuchen, Fin ange und Polizeis Dffie zi anten durch Geschente zu bestechen, ober zu einer pflichivbrigen Geneigtsett zu verleiten, sollen außer der Cassation des Geschenks, um den vierfachen Betrag bes Angebotenen ober Gegebenen auf gleiche Art wie biejenigen bestraft werden,

welche einen Juftigbebienten bestechen wollen.

2) Die Unterfuchung und Beftrafung gegen bie Beamten felbft gebuhrt io bergeit ben Gerichien, S. 2. bes Gef. v. 29. Marg 1844. (G. S. p. 77.)

Ueber die Bestrasung von Versonen, welche die mit der Erhebung oder Berwaltung der Gewerbesteuer beaustragten Beamten zu bestechen versuchen, enthält das Gewerbesteuer-Geset keine ausdrückliche Bestimmung. Die Anwendung des S. 1404. Th. II. Tit. 20. des A. E. R. als der einzigen hierher allenfalls passenden Borschrift erscheint mindestend bedenklich, da sie nur allgemein von Betrug mit Berlegung anderer Pflichten spricht. Der S. 88. der Stenerordnung vom 8. Februar 1819. kann, da das Gewerbesteuer-Geset ihn nicht ausdrücklich in Bezug nimmt, consequent ebenfalls nicht hier, sondern nur da zur Anwendung kommen, wo die betressenden Beamten mit der Berwaltung der durch das Geset vom 8. Februar 1819. eingeführten Steuern beauftragt waren. Bestechungsswerschafte in Beziehung auf Gewerbesteuer-Beamte werden daher, gleichviel ob diese Steuer- oder Polizei-Beamte sind, nur nach dem Publicando vom 27. März 1801. (Ed. Samml, von 1801. pag. 127 — 131.) zu bestrasen seinens:

S. 647. Gleichmäßig foll, wenn bas Anmuthen zur Durchsehung einer ges wissen bestimmten Angelegenheit geschieht, der Andietende eben so viel an Strafe erlegen, als der Bortheil betragen haben wurde, welchen er daburch erlangen fönnen oder wollen; und wenn sich angebotene Bortheil nicht in Gelbe schähen läßt, so soll eine verhältnismäßig effangnißstrafe statisinden.

Anhang zum Gewerbesteuer - Gefet.

A. Ergänzungen und Erläuterungen ber in ben §§. 40. bis 42. bes Gesetzes gegebenen Bestimmungen über bie Untersuchung und Bestrafung von Gewerbesteuer = Contraventionen.

I. Im Allgemeinen

Resc. b. Fin. Min. vom 9. Aug. 1839. und 24. Febr. 1843. (Centribi. 1839. p. 255. und 1843. p. 115.)

vie Local- und Rommunalbehörden follen burch zweitmäßige Belehrungen unter hinweisung auf die bestehenden Strasbestimmungen den oft nur aus Untenntniß begangenen Gewerbesteuer-Contraventionen möglichst vorbeugen, auch in geeigneten Fällen die Ermächtigung zur Festsetzung einer gelinderen Strafe oder deren gänzlicher Riederschlagung höheren Ortes einholen.

II Befonbers

1) In Bezug auf Criterium und Thatbestand bes Bergehens

a) das Refcr. des F. M. vom 16. Aug. 1827, welches bestimmt:
Im Allgemeinen könne die Frage, ob Jemand ein Gewerbe betreibe, nicht davon abhängig gemacht werden, ob er bereits einen Berkanf der Gegenstände seines Gewerbes unternommen hat; indem es vielmehr nur darauf ankomme, ob nach den Umständen sein Zweisel darüber odwalte, daß der Akt in der Absicht, davon einen Erwerd zu ziehen, und dadurch wenigstens einen Theil seines Unterhaltes zu gewinnen, vorgenommen sei. Der Thatbestand der Gewerbesteuer-Contravention beruhe überhaupt lediglich in der unterbliedenen Anmeldung des Gewerbes und bei strenger Anwendung des S. 19. d. G. v. 30. Mai 1820, auf welchen der S. 39. ibid. zurückweise, sei die Contravention schon begangen, wenn die Anmeldung nicht dem wirklichen Gewerbebetriebe vorangegangen, indem der S. 19. wörtlich sessen; "Wer ein Gewerbe betreiben will, muß Anzeige davon machen."

b) bas R. b. F. M. vom 24. Febr. 1843. (Centribl. 1843. p. 115.)

In Ansehung der bei Entscheidung mehrerer Contraventionsfälle Seitens der Königlichen Regierungen beobachteten Grundsäte ist bemerkt worden, daß mitunter der Begriff eines steuerpflichtigen Gewerbebetriebs in einer, über die Absicht des Gewerbesteuer-Gesess, hinausgehenden Ausdehnung aufgefast worden ist. Es läßt sich die im Gesese selbst unentschieden gebliebene Frage, welche Momente zussammentreffen muffen, um das Borhandensein eines steuerpflichtigen Gewerbebetriebs annehmen zu können, nicht nach einem abstratten Prinzzip, sondern nur nach den Berhältnissen des kontreten Falles entscheiden; es ergeben sich sedoch ans der Natur der Berhältnisse und dem Gesammtinhalte des Gesess mehrere Gesichtspunkte, welche bei Beantwortung sener Frage besonders ins Auge zu fassen sind.

Wenn gleich im Allgemeinen eine einzige Handlung genägen kann, im auf das Dasein eines steuerpslichtigen Gewerbebetriebs zu schließen, und wenn anch an biesem Grundsate, besonders in Beziehung auf den Handel im Umherziehen und hinsichtlich derzemigen Gattungen des stehenden Gewerbetriebes als Regel sestzuhalten ist, bei denen, wie dei der Schankwirthschaft, dem Gewerde der Pfandleiher, Rommisstonäre n. s. w., ein polizeiliches Interesse mit obwaltet: so lätzt sich sener Grundsat doch nicht dahin ausdehnen, daß eine sede, sonst erlaubte Handlung, welche Erwerd zum Zweck hat, und unter eine von den, im Gewerbesteuer-Gesehe aufgestellten Kategorien sich subsumiren lätzt, als ein seuerpslichiges Gewerde angesehen werden muß. Vielmehr sind in solchen Fällen die konkreten Verhältnisse in billige Erwägung zu ziehen, indem berücksichtigt wird, in welchem Umfange Handlungen, welche, oh sich als gewerdslichtigt wird, in welchem Umfange Handlungen, wen sich als gewerdslichtigt wird, in welchem Umfange Handlungen, bot sich aus den Umftänden auf eine beabsichtigte Fortsetzung solcher Handlungen schließen läßt und in welchem Verhältnisse Heben.

Die angegebenen Momente find befonders bann von Bichtigfeit. wenn es fich um bie im S. 2. bes Gewerbesteuer- Gefetes allgemein ausaesprochene Gewerbesteuerpflichtigfeit bes Berfertigens von Baaren auf ben Rauf handelt. Es begreift zwar biefe allgemeine Bezeichnung alle Erwerbszweige, beren 3wed es ift, burch Anwendung menfchlicher Arbeit, mit ober ohne Benugung von Elementar= ober thierischen Rräften, eine vertaufliche Baare hervorzubringen, fofern die Erwerbs-zweige nicht zu den, in den Klaffen C. D. E. F. und H. besteuerten Gewerben gehören, und umfaßt deshalb fehr verschiedenartige Beschäftigungen, die theils ber Fabrifation und dem eigentlichen handwerksbetriebe nahe fiehen, theils fich mehr bem Sanbel — als bem Raufe jum Berkauf — in fofern nähern, als bem Berkaufe nur eine minder wefentliche Umgeftaltung des Materials vorangeht. Bei biefer Mannigfaltigkeit von Erwerbszweigen, welche als Berfertigung von Baaren auf den Rauf angesehen werden tonnen, ift jedoch in Beziehung auf ihre Steuerpflichtigfeit junachft bie Art ber angewendeten Arbeit als entscheidend anzuseben und es find nur folche Beschäftigungen als Renerpflichtig zu betrachten, welche eine gewiffe technische Fertigkeit, nicht aber eine bloße Tagelöhner- ober gemeine handarbeit erfordern. hierher gebort es 3. B., wenn Frauenspersonen Wolle taufen und bas baraus von ihnen gesponnene Garn ober die aus biesem geftridten Strumpfe bemnachst (jedoch nicht im Bege bes Saufirens) vertaufen. Ein zweiter, für die Steuerpflichtigfeit ber in Rebe ftebenben Erwerbsarten maafgebenber Umftand liegt in bem Berhaltniffe, in welchem fie zu bem sonstigen Erwerbe, beffen fteben, ber fie betreibt. nämlich im Gesetze ber Grundsat ausgesprochen ift, daß, bei absicht-licher Berbindung mehrerer Gewerbe an bemselben Orte, die Stener nur einmal nach dem Gesammtumfange des Betriebes erhoben werben foll, und wie ferner die Steuerfreiheit des Backergewerbes, ber Beberei und Burterei und bes Lohnfuhrgewerbes, fofern folche von Landleuten als Nebenbeschäftigung ausgeübt werden, ausbrücklich anerkannt ift, fo ift auch die Zurichtung, Bearbeitung ober Umgestaltung von Gegenständen zum Zwecke bes Bertaufs und ber Bertauf bann nicht als ein selbständiges stehendes und beshalb, im Sinne des S. 2. des Gewerbesteuer-Gesetze, als Berfertigung von Waaren auf den Rauf besonders zu besteuerndes Gewerbe anzusehen, wenn jene Bearbeitung oder Umgestaltung als gewöhnliche Nebenbeschäftigung neben einem, sei es steuerpslichtigen oder steuerfreien Haupt-Gewerbe, den

Landbau nicht ausgenommen, fich barftellt.

Bon einer ähnlichen Ansicht ist bei Anwendung der Borschrift im S. 5. des Regulativs vom 28. April 1824 auszugehen, wonach diejenigen Personen eines Gewerbescheins bedürfen, welche im Lande umherreisen, um außer den Messen und Märkten in Privathäusern und Gasthösen oder auf offener Straße Waaren zum Wiederverkause zu erstehen. Auch hier liegt es, wie schon die Fassung des Gesehes ergiebt, nicht in der Absicht, ein jedes Ankausgeschäft, welches ein anderweit bestenerter Gewerbtreibender in Beziehung auf die Gegenstände seines stehenden Gewerbes außerhalb seines Wohnorts abschließt, der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen zu unterwerfen; es tritt vielmehr diese Steuerpslichtigkeit erst dann ein, wenn sich aus den in dem einzelnen Falle vorliegenden Thatsachen die Kontinuität eines solchen Geschäftsbetriebs ergiebt.

Für bie Entscheidung aller Gewerbesteuer - Kontraventionssachen muß schließlich ber Königlichen Regierung die verständige und billige Erwägung des konkreten Falles um so mehr empsohlen werden, als ein lediglich auf Erhöhung des Steuerertrags gerichtetes Bestreben leicht dahin führen kann, die Rücksichten, welche auf eine freie Bewegung der Betriebsamkeit zu nehmen sind, aus dem Auge zu verlieren. Auch werden die betheiligten Behörden, wenn sie im Sinne der vorstehenden Berfügung handeln, mit um so größerer Energie überall da einschreiten können, wo wirkliche — besonders absichtliche — Kontraventionen gegen die Gewerbesteuer-Gesetz und die gewerbe-

polizeilichen Borfchriften vorkommen.

2) In Bezug auf bie Norm ber Strafe.

a) das F. M. v. 20. Novbr. 1839. (J. M. Bl. 1839. p. 388.)

Bei einer wiederholten Gewerbesteuer-Defraudation kann auf eine bem achtsachen Betrage der Jahressteuer gleiche Geldbuße nicht erkannt werden, weil das Gewerbesteuer-Geset im S. 39. b. keine Verdoppelung der Strafe im Wiederholungsfalle anordnet, die im S. 42. a.
enthaltene Berweisung auf die SS. 91—95. der Steuerordnung v.
8. Febr. 1819 aber nur in Ansehung des Verfahrens gegen die Nebertreter erfolgt ist, und darum jede materielle Bestimmung der Steuerordnung ausschließt, wozu auch die im S. 94. derselben erwähnte Erhöhung der Strafe im Wiederholungsfalle gehört.

b) bas R. d. M. d. Jun. u. d. F. v. 18. März 1837. (v. **R**. Ann. Bb. XXI. p. 218.)

Wo ein Gewerbe unter Berletung polizeilicher Borschriften mit Unterlassung ber im S. 19. bes Gewerbesteuer-Gesetzes vorgeschriebenen Anzeige betrieben wirb, tritt bie im S. 39. angeordnete Strafe neben ber an sich verwirkten Polizeistrafe ein.

c) Den §. 26. bes weiter unten mitgetheilten Regulativs vom 28. April 1824.

d) R. b. F. M. v. 15. Decbr. 1828. u. R. b. J. M. v. 25. Festr. 1835. (Jsb. B. 45. p. 284. Gr. Bb. 8. p. 129.)

Eine subsidiarische Berhaftung tritt bei Gewerbestener-Contraventionsstrafen nicht ein. Denn bei stehenden Gewerben wird die Contravention von demjenigen begangen, der den Ansang des Gewerbes anzuzeigen unterlassen hat. Angehörige oder Gewerbsgehülfen können also nicht subsidiarisch, sondern nur dann bestraft werden, wenn sie unangemeldet für eigne Rechnung Gewerbe treiben. Treiben sie es sur ihre Eltern oder Herschaften, so sind lettere und nicht jene zur Anmeldung verpslichtet, resp. in die Strafe verfallen.

Diefe Grundfage find burch eine Allerhöchfte Enticheibung vom

20. Februar 1835 fanktionirt.

III. Das Berfahren betreffend.

a) Die im §. 39. a bestimmte Ordnungs-Strafe soll, da selbige lediglich ben Steuer-Schut bezweckt und dabei zugleich über die Frage: ob das Gewerbe fteuerfrei oder steuerpslichtig? Zweisel obwalten tonnen, fünftig von der Gewerbesteuer-Behörde sestigesest werden; daher auch Recurse gegen dergleichen Strafresolute vor die Steuerverwaltung gehören. (Ann. B. 14. p. 162.)

b) Bei Concurrenz von Gewerbestener-Contraventionen mit ande-

ren Bergeben und zwar mit

Polizei-Contraventionen tritt überall, wo zugleich eine Gewerbesteuer-Strafe verwirkt ist, lebiglich das Gewerbesteuer-Contraventionsversahren ein, und die Polizei-Strafe wird dadurch absorbirt, wo aber keine Gewerbesteuer-Contravention concurrirt, sind lediglich die Polizei-Behörden competent und zur Festsetzung der Strase salvo recursu besugt. R. d. F. M. v. 7. Novbr. 1822. und 24. Mai 1828.

(Ann. Bb. XI. S. 1018 XII. S. 516.)

mit Mahl- und Schlachtfteuer-Contraventionen soll jedesmal der Gewerbesteuer-Proces vorangehen, weil Bewohner des halbmeiligen Stadt-Bezirks nur dann, wenn sie als Gewerbtreibende anzusehen, zur Entrichtung der Mahl- und Schlachtsteuer verbunden sind; durch den Gewerbesteuerprozes mithin erst sestgestellt werden muß, ob die Boraussetzung, unter welcher die Entrichtung der Mahl- und Schlachtsteuer eintritt, vorhanden sei. R. d. F. M. v. 11. November 1828.

- c) Bei Berhaftung und Ablieferung von Gewerbesteuer-Contravenienten wird nach der unten im Anhange zur Steuerordnung vom 8. Febr. 1819 mitgetheilten Instruktion vom 28. Juni 1839 verfahren.
 - d) C. R. d. F. M. v. 22. Oftbr. 1842. (Centrbl. 1842. p. 365.) Bur Bermeibung ber unverhältnismäßigen Koften bei längerer

Bur Bermeibung ber unverhältnismäßigen Roften bei längerer Aufbewahrung ber in Gewerbesteuer-Contraventions-Sachen, in Beschlag genommenen Gegenstände soll, wenn die Aufbewahrung Roften verursacht, nicht bloß die Entscheidung besonders beschleunigt, sondern auch allenfalls vor ber Enticheibung ber Bertauf der Gegenstände veranlafit werben, wenn bie zu erkennende Confistation nach Lage ber Sache nicht zweifelhaft, und ber Ungefdulbigte gur Burudnahme gegen Deponirung des Werthes nicht bereit ift.

e) R. b. K. M. v. 29. Mai 1840. (Centrbl. 1840. p. 254.)

Refuregefuche gegen bie Refolute ber Regierungen in Gewerbefteuer-Prozeffen follen nicht unmittelbar bei dem Kinanzministerio, fonbern bei ber Beborbe, welche bas Resolut publigirt bat, eingereicht, and in ben Refoluten bie besfallfige Belehrung beutlich ausgesprochen merben.

IV. Straferlaß betreffend.

Schreiben bes 3. M. vom 8. und bes g. M. vom 27. Jumi 1834. (v. R. 366. Bb. 43. p. 648. Graeff. Bb. 9. p. 28.)

Die Befugniß bes Kinang-Minift. jum Erlaß ber Steuerftrafen erftredt fich nicht auf die biretten, namentlich die Gewerbesteuer. Dazu bebarf es vielmehr Allerbochfter Genehmigung.

Beranlagung ber Gewerbesteuer nach bem § 25. bes Gesetes.

Rach Maafgabe ber Wohlhabenheit und Gewerbfamkeit find in ber S. 25. allegirten Anlage B. bes Gefepes vier Abtheilungen gebilbet. Die zwei erften enthalten gewiffe in ber Beilage B. felbft namentlich bezeichnete Stabte, wobei jedoch bie Unfegung anderer in ber zweiten Abtheilung nicht genannter Stabte in biefelbe, ober bie Absehung einzelner barin befindlicher aus berfelben, mit Roniglicher Genehmigung vorbehalten war. Bur britten Abtheilung gehören ber Regel nach alle Städte von 1500 und mehr Civil-Einwohnern, welche nicht in der ersten oder zweiten Abtheilung find, und beren Namen durch die Amtsblätter befannt gemacht werden. Die vierte Abtheilung enthält alle übrigen Städte und bas Land mit allen Drifchaften bie nicht zu ben drei ersten Abtheilungen gehören. Auf bisherige ober pormalige Stadtrechte fommt es bei ber Bilbung ber Abtheilungen nicht an. Ein nach bem Zustande am Schluffe des Jahres 1841 berichtigtes Berzeichniß ber Städte in ben brei ersten Abtheilungen giebt Schimmelfennig birette Steuern. 2. Ausg. Th. II. p. 40. u. 41. Die Ermittelung der Steuer erfolgt

entweber (und bies ift bie Regel) unter gu Grundelegung eines Mittelfapes für jebe Abtheilung, ben die Gewerbetreibenden biefer Art im Durchichnitt anfbringen muffen, und ber mit der Bahl ber Gewerbesteuerpflichtigen einer Stadt, resp. eines Kreises, multiplizirt, bie Summe ergiebt, welche bie Stadt ober (in ber vierten Abtheilung) ber Kreis im Ganzen an Gewerbesteuer aufbringen muß. Mittelfat ift basjenige, mas jeder, ber bas Gewerbe biefer Art in ber gegebenen Abtheilung betreibt, als Gewerbesteuer zu gablen hat. Diejenigen, welche ben Mittelfat nach bem Umfang ihres Gewerbes nicht aufbringen konnen, gablen ben bestimmten niedrigeren Sas, und ber Ausfall wird burch basjenige gebectt, was bie umfangreicheren

Gewerbe mehr als ben Mittelfat gablen muffen;

ober bie Ermittelung erfolgt nach ber Bevollerung, wie g. B. bei

ben Badern und Schlächtern. hierbei fteht ber pro Ropf ju entrichtende Sat feft, und bie Gefammtheit ber Stenerpflichtigen einer Abtheilung bringt bie Summe auf, welche banach auf Grund ber

jährlichen Bahlung überhaupt gu entrichten ift.

Behufs ber nach obigen Grundfagen ju bemirtenben Bertbeilung ber Steuer endlich find fur bie verschiedenen Gewerbebetriebe, namentlich a. ben handel mit und b. ohne taufmannische Rechte; c. bie Baft -, Speife - und Schantwirthschaft; d. bas Badergewerbe; e. bas Fleischergewerbe; f. bie Brauerei; g. bie Sandwerter; h. bas Müllergewerbe; i. bie Schifffahrt, bas Fractlobnfubr- und Pferbeverleiber-Gewerbe, und k. bie Gewerbe, welche umbergiebend betrieben werben, mit Rudficht auf die oben erwähnten 4 Ortschafts-Abtheilungen, theils nach gewiffen Daafigaben für ben Umfang ber Gewerbe verschiebene Stenerfaße festgestellt und die Steigerungeverhaltniffe genan angegeben.

Spatere gefestiche Ermäßigungen ber in ber Bellage B.

angeordneten Stenerfage haben Stattgefunden.

A. Im Allgemeinen

burch bie R. D. vom 24. Novbr. 1843. (G. S. p. 350.), welche bie Steigerungs-Sage für bie oben ermabnten Bewerbe (a-g) erheblich vermehrt und badurch eine größere Berudfichtigung bes Gewerbeum- . fanges bei ber Beranlagung ber Steuer möglich gemacht bat.

B. Inebefondere

bezüglich bes handels ohne taufmännische Recte. a) Litr. b. burch ble R. D. vom 6. Juni 1829. für Marketenberinnen in ben Rafernen.

bei dem Müllergewerbe. (litr. h.) b) burch ein auf Grund Röniglicher Genehmigung ergangenes Re-script vom 2. November 1830.

bezüglich bes Schiffergewerbes. (litr. i.) c) burch bie R. D. vom 1. Mai 1824. (G. G. p. 121.) für bie kleinen Rabn - und Lichterschiffer.

bezüglich ber umbergiebend betriebenen Gewerbe 1) burch bie R. D. vom 26. Mai 1821. (v. R. Ann. Jorg. 1821.)

für ben Saufirhanbel mit unbebentenben Gegenftanben.

2) burch bie R. D. vom 15. Juli 1829. (G. S. 1830. p. 17.), welche bie burch bie vorgeschriebene Borausbezahlung bes vollen Steuerbetrages im Fall eines Personenwechsels eintretenben Rach-

theile für die Gewerbbetreibenden beseitigt.

3) burch bie R. D. vom 31. Decbr. und bas Regulativ v. 4. Decbr. 1836., welche bie Ermächtigung jur Ermäßigung ber Steuerfage für verschiedene umberziehend betriebene Gewerbe ertheilt. (Siehe Diese Orbre weiter nuten). Bu vergleichen ift auch bie oben gu S. 1. b. Gewerbeftener-Gefetes mitgetheilter R. D. v. 22. Mai 1843.

B. Specielle Vorschriften.

I. Gewerbebetrieb im Umbergieben.

Allerhöchste Rabinetsordre vom 21. Mai und Regulativ vom 28. April 1824.

(G. S. 1824. p. 125.)

Den Mir mit Ihrem Berichte vom 28. v. M. vorgelegten Entwurf zu einem Regulativ, betreffend ben Hausirhandel und die Gewerbe, welche im Umherziehen betrieben werden, habe Ich Meiner Ordre vom 5. Juli v. J. und dem Gutachten des Staatszraths gemäß befunden. Ich genehmige daher dessen Inhalt hierzburch, und ermächtige Sie, dieses Regulativ durch die Gesesfammlung zur allgemeinen Rachachtung bekannt machen zu lassen.

Megulativ vom 88. April 1824.*)

Ueber ben Gewerbebetrieb im Umberziehen, und insbesonbere bas Saufiren.

Einleitung.

Bei ber Anwendung ber in dem Gewerbesteuergesetze vom 30. Mai 1820., §§. 20 bis 24. einschließlich, §§. 37. Litt. h. 38. und 40. enthaltenen Bestimmungen über den Hausirhandel und die Gewerbe, welche im Umberziehen getrieben werden, und beren Verbindung mit den in den einzelnen Provinzen zur Zeit noch bestehenden, sehr verschiedenen gesetzlichen Vorschriften über diesen Gegenstand sind so abweichende Ansichten und Gesichtspunkte verfolgt, daß das Bedürsniß fühlbar geworden ist, das Verschren durch vorläusige Vorschriften bis dahin zu regeln, daß bei der Revision der gewerbpolizeilichen Gesetzgebung auch dieser Zweig der Verwaltung seste und allgemeine Bestimmungen erhält. Des

^{*)} Rudfichtlich ber Berhaltniffe zu ben Bereinsftaaten und ber Behanblung ber Auslander bei bem Gewerbebetrieb im Umberziehen im Allgemeinen, wird auf bie ju S. 1. bes Gewerbesteuer-Gefeges (oben S. 46.) mitgetheilten Bestimmuns aen verwiesen.

halb haben bie unterzeichneten Ministerien des Sandels, des Innern und der Polizei und der Finanzen, auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Königs, nachstehendes Regulativ erlassen, nach welchem sich die Behörden und diejenigen Personen, welche es augeht, zu achten haben.

Bas zum Gewerbebetriebe im Umberziehen gehört.*)

S. 1. Raufleute, Fabrifanten und Sandwerfer, welche mit

1) 3m Allgemeinen

a) Die R. b. M. b. J. u. b. F. vom 12. Sept. 1828. (v. K. Ann. Bb XII. p. 1079.; und vom 24. Febr. 1839. (Gentribl. 1839. p. 68.) Ein innerhalb bes Polizeibegirfs betriebener Berfehr ift nicht gewerbschein.

pflichtig, fondern als stehender Verkehr anzusehen.

Darans folgt aber nicht, baß jebe Art bes Berfehrs innerhalb bes Bolizelsbezirks bes Wohnorts zu gestatten ift und baß, im Widerspruch mit bem angessührten §. 3., bas Umbertragen zum Berkauf ober ber Aufkauf von solchen Baaren, mit benen ber Berkehr im Umberziehen unzuläfsig ift, burch bie Ortspolizeibehörde erlaubt werden barf; sondern nur, baß wenn ein solcher Berstehr, ber nicht statthaft ist, bennoch betrieben worden, bieser immer nur als ein stehenber, nicht als ein gewerbscheinpslichtiger anzusehen und bemgemäß zu ahns ben ist.

Es barf bemnach z. B. bie Ortspolizelbehörbe nicht gestatten, baß Jemand innerhalb bes Boli.eibezirks seines Wohnortes selvene Waaren zum Verkause umberträgt ober schieft, indem dies der Bestimmung im S. A. a. D. entgegen sein wurde. Wenn Jemand aber selvene Waaren dloß innerhald des Polizelbezirks keines Wohnorts zum Verkause mmhergetragen hat, so hat er, nach Inhalt des R. v. 12. Septör. 1828, deshalb nicht die im S. 26 des Regulativs v. 28. April 1824 vorgeschriedene Strafe des unbesugt betriedenen Hausstellung v. 28. April 1824 vorgeschriedene Strafe des unbesugt betriedenen Hausstellung v. 28. April 1824 vorgeschriedene Strafe des underngt betriedenen Hausstellung nie is derweitst. Sein Gewerbebetried wird vielmehr nur als stehender Handel augesehen, so daß er, wenn er überhaupt den stehenden Handel zur Gewerbestener angemeldet hat, deshalb keine Stenerstrasse, wenn er aber die Anmeldung nnterlassen, die im S. 39. litr. d des Gewerbestener-Gesetze vom 30. Mai 1820 vorgeschriedene Strafe verwirft hat. Anserdem wurde, sosen nicht etwa die Ortspolizei-Behörde ihm des Regulativs vom 28. April 1824 vorgeschriedene Polizeistrasse wiber ihn zur Anwendung sommen.

b) Das oben im Anhange A. bes Gewerbestener-Gesetes (S. 162) mitgetheilte R b. R. M. vom 24. Februar 1843, wonach es nicht in ber Absicht liegt, ein jebes Anfaufsgeschäft, welches ein anderweit besteuerter Gewerbtreibender, in Beziehung anf sein stehendes Gewerbe, außerhalb seines Wohnorts abschließt, ber Haustresteuer zu unterwerfen, sondern die Steuerpstichtigkeit erst bei

ber Rontinuitat bes Geschäftsbetriebes eintritt.

2) Für einzelne Gewerbearten

a) R. D. vom 5. Mai 1829. (v. R. 346. Bb. XXXIV. p. 112, Graeff.

Bb. VI. p. 200.)
Das Umher ragen von Lotterie-Loofen behufs ihres Absages ober bas Ansbieten berschlen bei Gelegenheit einer Reise, ift nicht als hausirhandel, sondern als Bemuhung zu betrachten, die Loofe zum Boriheil ber Gen. Lotteriedirection unterzubringen,

^{*)} Ueber ben Begriff bes Gewerbebetriebes im Umbergieben find gu vergleichen

**

ihren Waaren Jahrmarkte beziehen, und sie daselbst in offenen Laben oder Buden feilhalten; ingleichen Personen, welche auf die Wochenmärkte solche Erzeugnisse zum Verkauf bringen, die nach ben deshalb geltenden besondern Vorschriften oder nach der Ortse. Observanz zu den Gegenständen gehören, womit auf diesen Märketen auch von andern als Ortseinwohnern Handel getrieben wereden darf, sind für Personen, die ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben, nicht zu achten, wohl aber diesenigen, welche eigene oder fremde Erzeugnisse von einem Orte zum andern zum Berekauf herumsühren, und auf offenen Straßen, in Gasthöfen oder in Privathäusern umherziehend feilbieten.

1

1

3,

į

ï

١

à

1

,

1

.

ą

8

S. 2. Wer Waaren ohne Bestellung an einen ober mehrere andere Orte außer seinem Wohnorte bringt, oder versendet, um solche daselbst außer den Märkten zu Zeiten (nicht fortdauernd) selbst zu verkaufen, oder durch andere für seine Rechnung verstaufen oder öffentlich versteigern zu lassen, bedarf dazu eines Geswerbescheins. Dasselbe sindet dei Pferdes und Viehhändlern statt, welche die Thiere an einen oder mehrere Orte hindringen und zuweilen dieselben öffentlich versteigern lassen, oder welche sich beim Durchführen berselben an einzelnen Orten, des Verkaufs

wegen, eine Beit lang verweilen.

S. 3. Das Umbertragen zum Verkauf ober ber Auffauf von solchen Waaren, mit welchen der Verkehr im Umberziehen überhaupt statthaft ist, wird, wenn dies von dem Gewerbetreibens den selbst oder seinen Hausgenossen bloß im Polizeibezirke des Wohnorts*) geschicht, für gewerbscheinpslichtig nicht geachtet, vielmehr bedarf es dazu nur der besondern Erlaubnis der Ortsspolizeibehörde; doch bleibt es dem Ermessen der legtern überlassen, solche Erlaubnis aus zureichenden, von der Persönlichkeit hergenommenen Gründen zu versagen; und ist sie nicht verpslichtet,

ten und nur auf ben Grund eines Gewerbefcheins zu gestatten.
c) Plenarbefchluß bes G. D. Eribunals vom 18. Febr. 1839.

b) R. D. vom 9 Marg 1835. (v. R. Ann. 3hg. 1835.) Die Sammlung von Subscriptionen auf Schriften ober Kunftwerke, wenn fle mittelft Umberreisens geschiebt, ift als ein fteuerpflichtiges Geschäft zu betrachs

^{(3.} M. Bl. 1839. p. 108.) Auch ber Schluffat bes S. 6. bes Regul. vom 28. April 1824 fest folde Berfonen vorans, welche die von ihnen angebotenen Dienfte und Arbeiten an bem Orte, wo bas Anbieten geschieht, auch wirklich verrichten, mithin bas Gewerbe im Umbergieben betreiben.

[&]quot;) Unter Bolizeibezirf ist nach bem Refer. ber Ministerien bes Innern und ber Finanzen vom 28. Juni 1830 ber Bezirf zu verstehen auf welchen bie Bolizei-Gewalt ber nämlichen Behörde beschrörte ift, welche an bem Wohnorte bes Gewerbtreibenden die Orts-Bolizei-Behörde bilbet. (v. K. Anu. Bb. XIV. p. 417.)

biefe Grunde bem Bitifteller anzugeben, fondern verbleibt bem-

felben nur ber Refurs an bie vorgefegten Beborben.

S. 4. Selbstgewonnene Produkte und selbstversertigte Baasren, welche zu denen gehören, die Jedermann auf Wochenmärkten feilhalten darf (S. 14. Nr. 1.), kann seder Inländer auch außer seinem Wohnorte (in der Umgegend desselben, welche ersforderlichen Falls näher zu bestimmen, den Kreispolizeibehörden vorbehalten bleibt) zum seilen Berkause umhertragen oder schieden, ohne dazu eines Gewerbescheins zu bedürseu. Auch zu dem Berstehr mit selbstgewonnenen Waaren, welche (wie z. B. Holz, Kohlen, Torf, Heu, Obst u. s. w.) gewöhnlich zu Schisse versahren und auch außer der gewöhnlichen Marktzeit vom Schisse aus verkauft zu werden pflegen, ist der Gewerbeschein nicht erforderlich. Wenn aber solche Waaren nicht selbst gewonnen, sondern aufgekauft sind, so sindet der S. 2. darauf Anwendung.

S. 3. Bum Gewerbebetriebe im Umberziehen gehört ferner zwar auch das Geschäft berjenigen Personen, welche im Lande umberreisen, um in Privathäusern und Gasthöfen oder auf offener Straße Waaren irgend einer Urt zum Wiederverfauf zu erstehen, oder, um Waarenbestellungen zu suchen. Es gehört aber nicht dahin das Bereisen der Messen und Jahrmärkte, um daselbst Waaren zum Wiederlauf einzuhandeln; auch bedürfen diesenigen Inländer, welche ein offenes Gewerbe treiben, und zu bessen Beschuf umherreisen, um die Materialien zu ihrer eigenen Fabrisation auszukaufen, keines Gewerbescheins, sondern bloß einer poli-

zeilichen Legitimation.

S. 6. Personen, welche ein stehendes Gewerbe treiben, besesen Betriebsart nach Landesgebrauch es mit sich bringt, unbestellte Arbeit in der Umgegend ihres Wohnorts zu suchen, als Glaser, Schornsteinseger u. s. w.*), bedürsen dazu weder für sich noch für ihre Gesellen und Lebrlinge eines Gewerbescheins, sondern bloß einer polizeilichen Legitimation, welche die nähere Bezeichnung, was zu der Umgegend ihres Wohnorts zu rechnen ist, mit ausschücken muß. Welche Handwerker nach der gewöhnlichen Betriebsart in einzelnen Gegenden des Landes hierher zu rechnen sind, soll sede Regierung für ihren Bezirf bestimmen und diese Bestimmung durch das Amtsblatt bekannt machen. Andere Personnen, welche Dienste oder Arbeiten im Umherziehen anbieten, oder

[&]quot;) Bu ben Gewerbireibenben biefer Gattung werben unter Aufhebung einer früheren entgegenstehenben Bestimmung vom 27. August 1827 nach dem R. d. R. b. F. u. d. Inn. vom 28. Marz 1843. (Centralbl. p. 141) jest auch inlandische Muller gerechnet, welche für ihr besteuertes stehenbes Geweibe unbestellte Arbeit suchen ober fuchen laffen.

in biefer Art Gegenstände gur Schau ausstellen (SS. 17 und 18.), find gewerbscheinpflichtig.

Ertheilung und form bes Gewerbescheins.*)

S. 7. Ueberhaupt soll, die vorstehend bezeichneten Fälle der Ausnahme abgerechnet, Riemand ohne den Besit eines Gewerbsscheins (Gewerbesteuergeses vom 30. Mai 1820. S. 20. a.) irsgend ein Gewerbe umberziehend betreiben.**)

*) In Betreff ber Ertheilung von Gewerbscheinen an Personen, welche im Umherreisen Baarenbestellungen suchen, enthält die Circ. Berf. b. Min. d. Inn. u. d. Fin. v 30. Juni 1840 (Gentr. Bl. Jahrg. 1840. S. 279. Nr. 122) nähere Anweisungen für die Regierungen, welche die strenge Innehaltung der für die Regierungen und die genaue Beobachtung des Bersferb solcher Personen durch die Unterbehörden zur Pflicht machen. In Unterssuchungen wegen Contraventionen solcher Gewerbscheins-Inhaber soll, wenn das Bergehen geleuguet wird, mit besonderer Genauigkeit dei Ermittelung der Beweissmittel und der Beweisdussahren, die Sache nach Umstadden an die Gerichte abgegeben, und durch zweckabscheinen, die Sache nach Umstadden and die Gerichte abgegeben, und durch zweckabscheinschen, daß die gesehlichen Strasbestimmungen zur Anwendung fommen.

") Gine aus nahm em eife Befreiung von ber Gewerbicheinpflichtigfeit, refp. von ber fur ben Bewerbichein ju entrichtenben Steuer ift gefeslich au-

geordnet burch:

1) Das R. v. 15. Juli 1827: (v. A. Ann. Bb. XI. p. 768.) In Folge einer Beschlußnahme bes Königl. Staatsministeril, kann bas Bersenben von Branntwein-Broben, sobalb bies nicht im Umherreisen ober burch reisenbe Diener im Sinne bes Haustri-Regulativs §. 13 geschieht, ftatifinden, ohne baß es bazu eines Gewerbscheines ober ber Bahlung von Gewerbseitener bes barf; und es können auch Gewerbscheine zum Aussuchen von Bestellungen auf Branntwein im Umberziehen, jedoch nur unter ber Bebingung ertheilt werden, daß die Reisenben nicht mehr als zwei Quart bei sich führen, und bavon nichts verkaufen burfen.

bavon nichis verfaufen burfeu.

2) Die Cab. Drbre vom 27. Marz 1828. Inlander, welche ein offenes Gewerbe treiben, burfen bie Materialien zu ihrer eigenen Fabrifation auch burch ihre umherreisenben Gewerbsgehütsen nub Angehörigen auffansen laffen, ohne daß die Auffanfer einer andern Legitimation bedürfen, als einer poslizeilichen Bescheinigung, durch welche ihr Berhaltniß zu dem Gewerbtreibens den, für den sie auffaufen, beglaubigt wird. (G. C. 1828. p. 49.)

3) Die K. D. v. 6 Oft. 1829. (G. S. 1830. p. 1.) Die in S. 4. bes Regulative vom 28. April 1824 ben Inlanbern ertheilte Befugniß: ohne Gewerbschein selbstgewonnene Brobuste, und selbst verfertigte Waaren, in so weit solche von Jedermann auf Wochenmartten fell geboten werden durfen, auch in der Umgegend ihres Bohnortes zum Berkauf umher zu tragen ober zu schieden, soll auch auf Anslander ausgebehnt werden, bie in angrenzeuben, von den Regierungen nach jedesortigem Bedurfnisse nacher zu bestimmenben Bezirfen wohnhaft sind. (G. S. 1830. p. 1.)

Bezirfen mohnhaft sind. (G. S. 1830. p. 1.) Bur Ausführung biefer Orbre haben bie betreffenben Behörben burch bas C. R. vom 20. Novbr. 1829. (v. R. Ann. Bb. XIII. p. 912.) besondere Ans

weisung erhalten.

4) Die R. D. vom 12. Febr. 1831. (G. S 1831. p. 5.) Es foll von Rauffeuten und ben ihnen gleich ftebenben Fabrifanten, neben ber Gewerbes

Ein folder Gewerbeschein, bas ift Congession gu einem Gewerbe, welches im Umbergieben getrieben wird, muß bas vollftanbige Signalement bes Inhabers, bie Beit und bie Dertlichfeit, worauf fich sein Gewerbebetrieb erftreden foll, ben Gegenftand, worauf fich folder beziehet, mit Benennung ber gu führenben Baaren ober Dienftleiftungen und Schauftellungen, enthalten. Bei Bezeichnung ber zu führenben Waare muß aber barauf gefeben werben, bag bie Bestimmung nicht ju eng gestellt, fonbern wenigstens eine gange Rategorie von Waaren abnlicher Art (S. 14.) umfaßt werbe; und wenn hierbei zuweilen nach Bewohnheit bes Landes ober ber örtlichen Bedurfniffe, Berbindungen pon Baaren zu einem Berfehr vorfommen, die fonft nicht gewöhnlich find: fo werben bie Ministerien bes Sanbels und ber Rinangen, auf die besfallfigen Untrage ber Regierungen, beraleis den Berbindungen ein für allemal genehmigen, und wird foldes von den Regierungen durch die Amtsblätter besonders bekannt gemacht werben.

S. 9. Der Gewerbschein wird von sedem Gewerbetreibenden dieser Art bei der Polizeibeborde seines Wohnorts nachgesucht und auf deren gutachtlichen Bericht über die Erfordernisse nach S. 11. von der Regierung bewilligt und ausgesertigt. Ausländer müssen, wenn sie in dem Falle sind, einen Gewerbschein erspalten zu können (S. 12.), ihr Gesuch an die Regierung richten, welche die Zulässigteit selbst zu beurtheilen und dies den Kreisbeshörden in keinem Falle zu überlassen hat. General-Konzessionen

steuer, welche sie nach bem Gefet wegen Entrichtung ber Gewerbesteuer vom 30. Dai 1820, für ihr fausmannisches Gewerbe, überhaupt entrichten, eine besondere Steuer für bieseuigen Gewerbeschene nicht mehr erhoben werden, deren sie für ihre Berson oder für die ausschließend in ihrem Dienste siehens ben Sandelsgehulsen nach der obigen Bestimmung nub nach \$.5. bes Regulativs vom 28. April 1824, bedürsen, wenn sie im Umberreifen Waarendestlungen suchen, oder zum Wiederen wenn fie im Umberreifen Waarendestlungen suchen, oder zum Wiedervertaufe Waaren auffausen, welche sie nicht mit sich umberführen, sondern frachtweise befordern lassen.

Die erforderliche Anweisung an die Regierungen jur Aussührung dieser Drive enthalt bas Girc. Refer. d. F. M. vom 7. Juni 1831. (v R. Aun. Bb. XV.) Für die danach steuerfrei zu ertheilenden Gewerbscheine ist ein besonderes Muster vorgeschrieben, auch bestimmt, daß sie nur auf Ansuchen des inländischen Prinzipals und auf besten eibessiattliche Bersicherung: daß der Saubelsgehütse aus ich ließend in seinem Dienste siehe, ertheilt werden sollen. ofr. übrigens den unten zu S. 26. angeführten Blenarbeschluß vom 26. August 1839.

5) Die R. D. v. 14. Oftbr. 1833. (G. G. 1833 p. 126.) Mufiter, bie ihr Gewerbe zwar außerhalb bes PolizeisBezirks ihres Bohnories, jedoch nicht über zwei Mellen von Letterem entfernt, betreiben, brauchen feinen Gewerbeschein, sondern nur polizeilliche Legitimation. Bo die Entfernung aber größer ift, muß ber Gewerbeschein auch bann gelöset werben, wenn die Mufiter zum Mustimachen dorthin besonders bestellt find, wobei nur die in fine bes S. 18. des Regulativs gedachte Ausnahme Statt findet.

sollen nur ausnahmsweise und können nur von den Ministerien des Handels des Innern und der Polizei und der Finanzen ge-

meinschaftlich ertheilt werben.

S. 10. Da jeder Gewerbeschein nur für das Kalendersahr,*) auf welches er ertheilt worden, gültig ist; so muß von den Perstonen, welche ein Gewerbe im Umherziehen fortdauernd betreisben, die Erneuerung ihrer Gewerbescheine für das nächstfolgende Jahr wenigstens drei Monate vor Ablauf des Jahres bei der Volizeibehörde ihres Wohnorts nachgesucht werden.

Perfonlice Erfordernisse zum Gewerbebetriebe im Umberziehen. **)

S. 11. 3m Allgemeinen und innerhalb ber Grenzen ber ge-

*) Wegen ber Erleichterungen bezüglich ber Steuerzahlung bei einem innerstalb bes Ralenberjahres eintretenben Personenwechsel, ober Tobesfall, vergleiche bie oben zu § 34. b. bes Gewerbesteuer-Gesetzes S. 58. mitgetheilte R. D. v. 15. Juli 1829.

••) In Bezug auf die perfonlichen Erforderniffe jum Gewerbebetriebe

im Umbergieben find gu vergleichen

1) Ale weitere Beichranfung

Die R. D. v. 28, Febr. 1829. (G. S. p. 19)

Bur Berhütung der Nachtheile, welche dem Gemeinwesen durch Ausübung ber geometrischen Praxis von untlichtigen Subjekten erwächkt, soll die Borschrift bes §. 118. des Gewerbe-Pollzei-Gesetes vom 7. Seviember 1811, nach welscher Feldmesser und Nivellirer dieses Gewerbe nur dann zu treiben besugt sind, wenn sie nach vorgängiger Prüfung durch die Oberbaubeputation, von den Regierungen angestellt worden, im ganzen Umfange der Monarchie zur Anwendung kommen.

2) Begen ber Ausnahmen von ben angeordneten Befchran-

tungen und zwar:

ju Rr. 5 begüglich bes Alters

a) R. b. M. b. Inn. v. 19. Juni 1827. (v. K. Ann. Bb. XI. p. 761.) Als reisende Sandlungsbiener können auch minberjährige Bersonen Gewerbescheine erhalten, wenn sie nur die im §. 11. Mr 2. bes Regulativs vorzeschriebene Einwilligung ber Ettern ober Bormunber beibringen. Die Nr. 5. l. c. getroffene Bestimmung wegen bes Alters von 30 Jahren fteht bem nicht entgegen, da sie nach §. 13. l. c. auf reisende Handlungsbiener keine Anwendung findet.

gen, ba fie nach §. 13.1 c. auf reisende Handlungsblener keine Anwendung findet.
b) C. R. b. M b Inn. u. b. F. v. 17 April 1839. (Centr. Bl. 1839. p. 117.)
Die im §. 11. unter 5. des Regulativs vom 28. April 1824 über den Geswerbebetrieb im Umherziehen ertheilte Bestimmung, nach welcher in der Regel Leuten unter 30 Jahren nicht erlaubt werden foll, ein Gewerbe im Umherziehen

au betreiben, ift im Allgemeinen als maaggebend festanhalten.

Es behalt jeboch

I bei ben Borfchriften fein Bewenden, burch welche, fur gewiffe Gewerbe, Ansnahmen bereits allgemein nachgegeben find. Demnach finbet bie vorgebachte

Regel nicht Anwendung :

1) nach bem bezeichneten Regulativ felbst, auf folche Gewerbe, welche eine förmliche Erlernung erforbern und boch nicht wohl anders, als im Umherziehen betrieben werben tonnen. hierhin gehört, nach ben Eirfularen vom 15 Februar 1833 und 31. Marz 1832, bas Gewerbe ber Biehschneiber, ber Kaummerjager, ber sogenaunten hengstreiter (welches im Umhersuhren tuchtis

genwärtigen Bestimmungen, wird es bem pflichtmäßigen Ermeffen ber Regierungen überlaffen, welchen Berfonen fie ben Gewerbebetrieb im Umbergieben gestatten wollen; jedoch ift babei auf nachftebende Erforderniffe unverbrüchlich ju halten :

1) Es barf ber Gewerbeschein fur Riemand ausgefertigt werben, ale von welchem bie Polizeibehörde feines Wohnorts pflichtmäßig versichert, daß ibr berfelbe als ein Menich von

ger Befchaler jum Bebeden ber Stuten befteht) und in Gegenben, wo bie Leinenweberei ein haupterwerbszweig ift, bas Gewerbe ber Garnfammler. Hugerbem fonnen

2) auf Grund bereits erlaffener Minift. Berfügungen, jum Suchen von Baa-renbestellungen, unter Mitführung von Proben, und jum Anfaufe frachtweise ju beforbernder Baaren an Sanbeltreibende und beren Gehulfen, ferner jum Bertaufe roher Landesprobufte, wie Rohlen, Torf, Golg, Stroh, Getreibe, Dbft, beziehungeweise vom Schiffe und vom Bagen aus, an Berjonen, welche beziehungsweife bas Schiffergewerbe und bie Landwitthicaft als Sauptgeschaft betreiben, endlich gn ben, in ben §§. 18. und 19. bes ermahnten Regulativs bom 28. April 1824 bezeichneten Gewerben von ben Regierungen, ohne befonbere Genehmigung ber Minifterien, auch bann Gewerbefcheine ertheilt werben, wenn berjenige, welcher bas bezeichnete Gewerbe betreiben will, bas breißigfte Lebensjahr noch nicht gurudgelegt hat.

Fur andere, ale bie vorgenannten Gewerbe tann funftig, ohne befonbere Genehmigung ber Minifterien, eine Ausnahme von ber gegebenen Regel burch bie Ronigl. Regierung bann nachgegeben werben, wenn

1) nach ber Ratur bes Gewerbes, burch baffelbe ein ortliches Beburfniß befriebigt wird ober bas Gewerbe boch von erheblichem ortlichem Rugen ift. inbeffen bie Bahl ber, fur ben betreffenben Begirt ju eben biefem Gewerbe bereite mit Gewerbescheinen versebenen Berfonen bem Beburfnife noch nicht entspricht ober ben ortlichen Rugen in bem wunfchenswerthen Umfange noch nicht gewährt; nub menn außerdem

2) bie perfonlichen Berhaltniffe beffen, ber bas Gewerbe betreiben will, befonbere Berudfichtigung verbienen, 3. B. wenn ber Sohn bas von feinem alteres schwachen ober verstorbenen Bater betriebene Gewerbe, behufs ber Ernährung ber mittellosen Familie fortfegen will, ober wenn ein bereits fruher betries benes, flebenbes Gewerbe, ohne Bewilligung ber Ausnahme für ben umbergiehenden Betrieb, eingestellt werben mußte ober wahrscheinlich nur mit uns

verhaltnismäßig geringem Bortheil fortgefest werben tonnte.

Doch ift, auch ber bem Borhandensein ber unter 1 und 2 gebachten Bebingungen, Die Ausnahme fur Perfonen mannlichen Gefchlechts unter 24 Jahren nur wegen besonders bringender Umftanbe und fur Berfonen weiblichen Geschlechte nur bann nachzugeben, wenn in ber Berfagung bes Gewerbes icheins eine große Garte bei ben bestehenben Berhaltniffen liegen wurbe. Daß, abgefehen vom Alter, Berfonen unter 30 Jahren, welche gum Gewers bebetriebe im Umbergiehen verftattet werben wollen, bagu, nach ben fouft beftehenden Bestimmungen, in allen übrigen Begiehungen vollständig geeignet fein muffen, verftebt fich von felbft.

Nachdem die Befugniffe ber Roniglichen Regierung in ber vorftehenben Art erweitert find, fallen bie Antrage Derfelben auf Ertheilung ber Alters: Dispensation burch die Minifterien fort. Diefelbe wird vielmehr jedes bes: fallfige Gefuch, welchem bie Ronigl. Regierung nach biefer Berfügung nicht

felbft Statt geben fann, jurudmeifen.

gutem Rufe und unbescholtenen Sitten, nach vorgängiger genauer Erfundigung, hinreichend befannt geworben sei. Ber jedoch einmal auf ben Grund einer folden Bersicherung ben Gewerbeschein erhalten hat, dem soll die Erneuerung besselben nicht andere, als aus besondern gegen ihn sprechenden Grun-

ben, versagt werden dürfen.

2) Personen, die unter väterlicher ober vormundschaftlicher Obehut stehen, muffen, wosern ihnen sonst der Gewerbeschein eretheilt werden kann, bei deffen Nachsuchung die Einwilligung der Eltern oder Bormunder, und eben so Ehefrauen die ihrer Chemanner, in Privatdiensten stehende Personen aber die Zustimmung ihrer Dieustherrschaft beibringen.

3) Der Gewerbeschein darf an Niemand gegeben werden, der mit einer auffallenden und ekelhaften Krankheit oder einem dergleichen Gebrechen behaftet ift, und eben so wenig

4) an Jemand, welcher nicht innerhalb Landes einen festen Wohnsts genommen hat, wo er die öffentlichen und Gemeinstelaften, gleich andern Orts-Einwohnern, trägt.

Auch foll

5) in der Regel Leuten unter dreißig Jahren nicht erlaubt werben, ein Gewerbe im Umherziehen zu betreiben; es wäre benn, daß das Gewerbe eine förmliche Erlernung erforderte, und doch nicht wohl auf eine andere Weise als im Umherziehen getrieben werden könnte.

S. 12. Ausländern*) darf in der Regel der Gewerbebe= trich im Umberziehen nur für den Hausirhandel mit den S. 14. unter No. 1. bezeichneten Waaren, ferner um Waarenbestellun= gen zu suchen und zu den SS. 17 bis 19. genannten Dienstleistun=

Bestimmungen (f. oben G. 46.)
2) Die unten zu S. 2. bes Regulativs vom 4. Dezbr. mitgetheilten Rescripte vom 25. April und 30. Juni 1840.

^{*)} Bezüglich ber Unterthanen von Bereinsft aaten vergleiche 1) bie zu §. 1. bes Gewerbesteuer-Gefeges vom 30. Mai 1520 mitgetheilten

³⁾ bas R. b. M. b. Jun. u. b. Fin. vom 31. Dezbr. 1841.
Die Unterthanen ber Jollvereinsstaaten haben nach ben besfallsigen Ueberseinstünften kein bestimmtes Recht auf ble Zulassung zum umperziehenten Gewerbebetrlebe im biesseitigen Gebiete, sonbern nur, falls sie zugelasssen werden, einen Anspruch auf gleiche Behanblung in Betrest ber für das Gewerbe zu erlegenden Abgade mit den eigenen Unterthauen. Die Verkattung vereinsländisser Musiker zum Betriebe ihres Gewerbes in den zum diesseitigen Gebiet gehörigen Theilen der zweimeiligen Umgegend ihres ausländischen Bohnorts, wozu es nach der R. D. v. 14. Oft. 1833. (s. oben zu § 7. S. 73.) nur der polizeitichen Erlaudniß bestrf, ist nur dann zulässig, wenn in dem betr. Vereinsstaate den dieseitigen Unterthanen eine gleiche Bergünktigung zu Theil wird, und diese ihnen nühlich erscheint. In diesem Bull zahlen aber auch vereinständische Unterthauen für das Musikmachen in der zueiweiligen Umgegend seine Seuer.

gen und Schaustellungen, außerdem aber nur dann gestattet werben, wenn ihr Gewerbe in der Gegend eutweder gar nicht, oder nicht mit der ihnen eigenen Geschicklichkeit getrieben wird, und doch als öffentliches Bedürfniß anzusehen ist, oder, wenn die Reziprozität gegen Nachbarstaaten solches erfordert. Im lestern Kalle bedarf es aber der gemeinschaftlichen Genehmigung der Ministerien des Handels, des Innern und der Polizei und der Finanzen. Jedenfalls muß auch bei Ausländern auf die im S. 11. unter 1, 2 und 3. vorgeschriebenen Ersordernisse, und zwar auf das erste in der Art, daß sie ein solches Zeugniß ihrer Unsbescholtenheit, von Seiten ihrer auswärtigen Obrigseit ausgestellt, der Regierung einreichen müssen, sorgfältig Bedacht genommen werden.

S. 13. Solchen Personen, die Werke der bildenden Kunst, Landfarten, Instrumente u. s. w. (S. 14. No. 6.) umber tragen oder schieden, können zum Betriebe ihres Gewerbes auch Gehülfen, und auch für Rechnung inländischer stehender und namhaster Handlungen und Werkstätten dieser Art, ausländische Gehülsen bewilligt werden; und eben so sind zum Durchreisen der Provinz, um Waarenbestellungen zu suchen, Mittelspersonen (reisende Diesner) zulässig; nur müssen auch für solche Gehülsen und Diener die Erfordernisse des S. 11. No. 1, 2 und 3. nachgewiesen, und selbige in dem Gewerbscheine so, wie S. 8. vorgeschrieben worden, namentlich benannt und signalisirt werden. Blose Begleiter zum Transport der Waaren oder zur Wartung des Gespanns, können die Regierungen nach den Umständen und ihrem pslichts mäßigen Ermessen, bewilligen; jedoch müssen auch diese in dem Gewerbschein benannt und signalisirt, und dürsen unter keinen Umständen Kinder vor vollendetem 14ten Jahre, es sei unter welschem Borwande es wolle, mit umher geführt werden.

Bezeichnung ber Waaren, auf welche ber Saufirhanbel und Auffauf gestattet werden barf.*)

S. 14. Gewerbscheine zum Saufiren burfen in ber Regel (S. 16.) nur auf nachbenannte Gegenstände ausgefertigt werden:

^{*)} Bon ber ben Min, b. Inn, und b. Fin. im §. 16. ertheilten Ermächstigung zur Erweiterung ober Einschränfung ber in ben §§. 14. und 15. bestimmsten Sausirbefugnisse ift im Laufe ber Zeitvielfältig Gebrauch gemacht worben. Für ben richterlichen Gebrauch sind indessen bie desfalls ergangenen einzelnen in Schimmelfennig dir. Steuern, Ausg. II. Ih. p. 53. und ben Anhängen abgesbrucken ministeriellen Bestimmungen von keinem Interesse, weshalb hier nur diesienigen mitgetheilt werden, melde entweber auf königlicher Berordnung beruhen, oder sonst von allgemeinerem Interesse zu sein scheinen.

Dabin gehören

auf solche, welche Jebermann, auch wenn er nicht im Orte wohnt, auf Wochenmartten feil halten barf. Dabin geboren 3. B. frische Lebensmittel aller Art und andere Probufte bes Bobens, ber Land= und Froft-Wirthschaft, ber Jagb und ber Fischerei, trodene Mühlenfabrifate jum Genuffe, Citronen, Pommerangen, Apfelfinen, fiberhaupt frifches und geborrtes Dbft und Gemuse aller Urt, Mild, Gier, Febervieb,

1) ale eine Erweiterung ber Befugniffe

bie R. D. v. 20. Marg 1831. (v. R. Ann. Bb. XV. p. 319.) wodurch bas Saufiren mit wollenen Decten fur bie Fabrifation ber weftlichen Brovingen, in bem Umfange biefer Brovingen, gegen Entrichtung ber gefeglichen Steuer, jeboch unter Borbehalt ber Burudnahme biefer Bergunftigung, frei gegeben murbe.

2) als eine Beschränkung berfelben

bie R. D. vom 12 Januar 1833. (G. S. 1833. p. 22.) baß jum Auffuchen von Bestellungen auf Gbelfteine und eble Fossilien, als Achas te, Rarneole ober auch Quincaillerie-Baaren, beren Sanpiwerth in folden Stelnen befteht, Bewerbescheine nicht mehr ertheilt werben burfen.

3) als allgemeine Erlanterungen

a) R. b M. b. Jun. u. b. F. v. 7. Juni 1889. (Centrol. p. 200.) Mach bem S. 14. Mr. 1. bes hausteregulative vom 28. April 1824 fann ber haustrhandel mit folden Gegenstänben, melde Jebermann, auch wenn er nicht im Orte mohnt, auf Bochenmarkten feil halten barf, burch bie Ronigl. Regierungen gestattet werben und bie erwähnte Stelle bezeichnet beifpiele weife mehrere Sachen, welche gu biefen Begenftanben gehören, hauptfachlich folche, welche, bem Bwede ber Bochenmartie entiprechend, vom ganbe ben Stadtbewohnern gur Ronfumtion ober gum fonftigen Gebrauche gugeführt werben. Der § 14. Dr. 1. fieht aber in Berbindung mit S. 1. a. a. D. und wenn in jenem frifche Lebensmittel aller Art und andere Probutte bes Bobens, ter gand = und Rorftwirths fchaft, ber Jagb und ber Fischerei als folche, die zu ben Bochenmarktartifeln ju rechnen find, beispielsweise genannt werben: so folgt baraus nicht, bag alle Probuste bes Bobens, ber Land und Forstwirthschaft überall als Wochenmarktartifel behandelt werben sollen. Es kommt vielmehr, damit bies in jebem einzelnen Falle bestimmt werben fann, bem 6. 1. a. a. D. gemäß, immer gunachft barauf an, ob bie Begenftanbe, von benen es fich hanbelt, nach ben beshalb geltenben befonbern Borfchriften ober nach ber Ortsobservang, ju benjenigen gehoren, mit benen auf ben Bochenmartten and von andern, ale Orte-Ginwohnern, Sanbel getrieben werben barf.

b) Ju ben fratern Erhebungerollen (auch in bem Bolltarife v. 18 Dft. 1842) ift ber Unterschied zwischen groben und feinen furgen Baaren nicht beibehals Seitbem werben baher überhaupt feine Bewerbefcheine auf ben hausirhandel mit furzen Baaren mehr ansgestellt. Statt beffen werden aber Gewerbescheine, welche auf ben haustrhandel mit Kramwaaren lauten, gegeben, und es ift ber betr. Din. Berfugung v. 18. Dec. 1831 ein befonberes Bergeichniß berfeuigen Baaren beigefügt worden, welche ju ben Rrams

waaren gerechnet werben. (Amtebl. pro 1832.) Neber die nach und nach eingetretenen Erweiterungen und refp. Abanberungen tes obigen Bergeichniffes von Baaren, mit benen hanfirt werben barf, vergl. Schimmelfennig, bir. St. Th. II. S, 53. 54. und bie Anhange bazu.

frische, gefalzene, gebörrte und geräucherte Fische, gefalzenes, gebörrtes und geräuchertes Kleisch, wogegen der Hausirshandel mit frischem Fleische aber nur besonders zuverläsigen Personen und auch nur für die nächste in dem Gewerbescheine zu bezeichnende Umgegend ihres Wohnorts, gestattet werden soll. Ferner Theer, Pech, Kienruß, Besen, Sämereien, hopfen und ähnliche Gegenstände. Es bleiben aber Materials und Spezereis-Waaren, Wein, Branutwein und Liqueure aller Art uns bedingt ausgeschlossen;

2) auf Abfälle und Abgänge, bie in ber Saus- und Landwirths schaft und beim Betriebe ber Gewerbe entstehen, mit Ausnahme alter (gebrauchter) Rleidungsstude und Betten, ingleichen Metallbruch, mit Ausnahme bes Bruchgolbes und

Bruchfilbers;

3) auf alle biejenigen Waaren, welche nach ber jedesmaligen Erhebungsrolle ber Abgaben zu ben groben furzen Waaren

gerechnet werben, besgleichen

4) auf ähnliche Waaren, die der daselbst ausdrücklich benannten gleich zu achten sind, z. B. alle grobe Eisenwaaren aus gestchmiedetem Eisen, Eisenblech, Stahls und Eisendraht, ferner gewöhnliche Steinguts, Fayences und irdene Waaren, desgleichen Korbmacherarbeiten, Schleissteine, Flintensteine, Serspentinsteinwaaren, Schwamm, Oblaten, Saiten, Fischbein u. s. w.

5) auf gewöhnliche Seiler- und andere Hanswaaren, auf Garn, Zwirn, Band und Strümpse von Leinen, auf Leinwand, Zwillich, und Drillich, gebleicht und ungebleicht, einfarbig und bunt; serner auf bunte Gewebe aus Leinen und Baumwol- lengarn gemischt, welche im Lande verfertigt werden, doch nur in sofern, als deren Fabrisation bereits vor Erscheinung des Gewerbesteuergesetses vom 30. Mai 1820. auf dem Hausirhan- del gegründet war, desgleichen auch auf wollenes Band wollenes Strickgarn und wollene gestrickte Waaren; endlich

6) auf Werfe ber bilbenden Runft, Landfarten, mechanische, mathematische, optische und physitalische Instrumente.

S. 15. Für alle Gegenstände, mit welchen nach porftebens bem 14ten S. ber Saufirhandel julaffig ift, tann in ber Regel

auch ber Auffauf geftattet werben.

S. 16. Sollten örtliche Berhältnisse und Bedürfnisse Erweiterungen ober Beschränkungen ber hierburch bestimmten Sausirbefugnisse erforberlich ober wünschenswerth machen; so werben solche, auf die bessallsigen Anträge ber Regierungen, von ben Ministerien des Handels, des Innern und der Polizei und der Finanzen gemeinschaftlich ertheilt werden. Dienftleiftungen und Schaustellungen im Umber-

S. 17. Schleifern, holzuhrmachern, Siebmachern, Leinsaatssiebern, Topfbindern und Resselsitäern, Korbsiechtern, approbirten Biehkastriern und Kammerjagern, kann ber Gewerbschein zum Betriebe ihres Gewerbes im Umherziehen überall ertheilt werden. Die Ministerien behalten sich aber vor, biese Bewilligung auch auf andere Gewerbtreibenden ähnlicher Art auszudehnen, wenn barauf Seitens der Regierungen, in den S. 16. bezeichneten Fäl-

len, angetragen wirb.

S. 18. Auch Gefellschaften von Mulifern bes Inn- und Auslandes, welche unter einem Borfteber, ber für bie übrigen baftet, aus wenigftens vier unverbächtigen, gefchidten Perfonen bestehen, ift, bei obgebachter perfonlicher Qualififation und beren porfdriftemäßigen Befdeinigung, ber Gewerbichein nicht zu verfagen; einzelnen Musikanten aber, Sarfenspielern, Dreborgelfpie-Iern und Schaufaftenführern, besgleichen Equilibriften, Runftreitern. Marionetten= und Puppenspielern, Taschenspielern und folden Personen, die Runft- ober Naturseltenheiten gur Schau ausftellen, ift berfelbe nur ausnahmsweise, aus befondern von ihrer Perfonlichfeit bergenommenen Grunden, und nach voraufgegangener ftrenger Prüfung ihrer Rechtlichfeit und Sittlichfeit, allemal aber nur in mäßiger Bahl, und mit befonderer Auswahl, ju bewilli= gen. *) Benn jedoch bei folden Kunftleiftungen und Ausstellungen umberziehender Verfonen ein rein wiffentichaftliches, ober ein boberes Runftintereffe ftatt findet, und biefelben ihre Borftellungen nur in größeren und mittleren Stäbten und in eigens bazu

gen baiu.

in Schimmelfennig bir. Stenern. 2. Aueg, Eb. II. p. 64. und ben Anhans

^{*)} Rudfichtlich ber Mufifer vergleiche

¹⁾ bie K. D. v. 14. Dit. 1833. (s. oben ju S. 7. bes Regulativs S 73.)
2) bas R. b. M. b. J. u. b. F. v. 22. April 1838. (v. K Ann. Bb. XXII)
Menn Mitglieder einer als solche besteuerten und concessionirten Musikgesellsschaft einzeln in einer weitern Entfernung als 2 Meilen von ihrem Bohnssitz das Gewerbe treiben, so umgehen sie die gesetlichen Bestimmungen, wonach einzelnen Musikern das Umherziehen in der Regel versagt sein soll, auch umgehen sie die Steuer, welche einzelne Musiker mit 12 Thr. zu entrichten haben, da sie als Mitglieder der der Eestlich aft nach dem Regulativ vom 4. Dezb. 1836. (s. unten) einen geringeren Sat zahlen. Sie haben daher nicht nur die Strase von 48 Thr. nach S. 26, des Reg. vom 28. April 1824 verwirkt, sondern außerdem den Betrag nachzugahlen, um welchen die von ihren als Mitglied erlegte Steuer hinter dem Sat von 12 Ihr. zurückbleibt, da sie durch ihren Gewerbschein nur zum Musikmachen als Mitglieder der Geselschaft, nicht als Einzelne berechtigt werden. Sonstige in gewerdepolzeilicher hinsicht ertheilte Vorschriften sur Personen, welche umherziehend Dienstleistungen und Schaustellungen anbieten, vergleiche

eingerichteten Lofalen für Eintrittsgeld geben wollen: fo bedarf es bazu überall nicht bes Gewerbscheins, sondern nur ber beson= beren ortspolizeilichen Erlaubnig.

S. 19. Die Ertheilung von Konzessionen für Schauspielerund ähnliche Gesellschaften, bleibt bem Ministerium bes Innern und ber Polizei, nach wie vor, ganzlich porbebalten.

Berhaltunge=Regeln für biejenigen, welche ihr Gewerbe im Umberziehen betreiben.*)

S. 20. Der Gewerbeschein gilt nur für bie Person bes

*) Der Umfang ber Berechtigungen aus bem Gewerbichein refp. ber perfonlichen Befugniffe bes Inhabers ift

a) näher bestimmt in bem R. d. M d. Inn. v. 5. Mai 1827. (Ann. Bb. XI. p. 769.)

Durch bas Regulativ vom 28. April 1824 sind alle demfelben entgegenstehende flatutarische Borschriften aufgehoben worden. Es können daher Inhaber von Gewerbescheinen ihr Gewerbe in dem nach §. 22. des Regulativs überhaupt guläsigen Umfange auch da ansüben, wo, wie z. B. in den vormals sächsischen Landestheilen, noch bestehende Erflusivberechtigungen den sie hen de en Betried bes nämlichen Gewerdes verhindern. Jene Erflusivberechtigungen beziehen sich überhaupt nur auf den fiehende Gewerbebetrieb, und können weder auf ben Haustrhaudel, noch auf den Jahrmarst-Berkehr ausgedehnt werden.

b) ausgebehnt burch bie R. D. v. 11. Inni 1826. (G. S. p. 61.)

Die für den gangen Umfang der Monarchie, die Grenzbezirke nicht ausges nommen, gultigen Gewerbescheine sollen auch den Beschränkungen der §§. 22 — 24. nicht unterworfen sein, wenn die Inhaber zu solchen Kausleuten, Gehülsen oder Reisedienern gehören, benen der Gewerbeschein erthellt ift, um umberziehend Baarenbestellungen zu suchen oder Waaren zu erstehen, die sie Bebufs des Wiesdervertaufs nicht selbst mitführen, sondern frachtweise besördern lassen. Zedoch muffen auch diese Personen immer den Gewerbeschein im Original bei sich führen.

An mert. Bur Ansführung biefer Bestimmung find besondere abministrative Borfdriften reft. unter bem 13. Juli 1826. und 9. Mai 1828. ergangen.

(v. R Ann. Bb. X. p. 815. und Bb. XII p. 538.)

c) eingef chrantt (cfr. &. 25. in fine.) aa) burch bie R. D. v. 8. Degbr. 1843. (G. G. 1844. p. 15.)

Um ben Uebelftanden entgegen zu wirfen, welche hinfichtlich bes Bertehrs ber, Behufs bes Suchens von Maarenbestellungen und bes Maarenauftaufs umherreisenden Bersonen wahrgenommen worden find, bestimme Ich auf den Antrag

bes Ctaate-Ministeriums, mas folgt:

1) Baarenbestellungen burfen, anch auf Grund ber gegen Stenerentrichtung ober fleuerfrei dazu ertheilten Gewerbscheine fortan nur bei Gewerbtreibens ben gesucht werben, und zwar bei Sanbeltreibenden ohne Beschränfung, bei andern Sewerbtreibenden, sie mögen Gegenstände ihres Gewerbes verstausen ober nicht, nur auf solche Sachen, welche zu dem, von ihnen ausgendbten Gewerbe als Fabrismaterialien, Berkzeuge, ober nach ihrer sonstigen Beschaffens beit in Beziehung stehen. Bestellungen auf Wein können auch ferner bei andern Bersonen, als Gewerbetreibenden, gesucht werden.

2) Wer durch Umherreisen, Behufs des Austaufs von Gegenständen zum

2) Wer burch Umherreisen, Behufs bes Auftaufs von Gegenfanden jum Bieberverkauf ober Behufs bes Suchens von Baarenbestellungen, einen gewerds scheinpflichtigen Berkehr betreibt, barf, and wenn er baju mit einem Gewerbes

barin genannten Inhabers; berfelbe barf alfo niemals an einen Dritten verlieben, abgetreten ober auf irgend eine Art überlaffen. ober anderer Digbrauch damit getrieben werben; auch barf fo wenig eine barin nicht genannte Person, ware sie auch von ber Familie bes Inhabers, von Letterem mit umbergeführt, als bas Gemerbe für Rechnung bes Inhabers von einer britten, in dem Gewerbichein

į

7

と 日 お い 油

.

: 6

jr)

:

1.1

i 1

h

×

7

ą

7

1

þ

nicht genannten Perfon, getrieben werben.

S. 21. Der Gewerbschein berechtigt immer nur, wofern barin nicht eine noch engere Grenze bezeichnet ift, zum Gewerbebetriebe innerhalb bes Bezirks ber Regierung, welche ihn ertheilt bat. Soll also die Befugniß baraus noch auf einen andern Regierungsbezirk, oder auf einen Theil beffelben ausgedehnt werden; fo muß jede betreffende Regierung die Erlaubnig bagu unter bem Gewerbeschein besonders vermerten. Innerhalb des Grenzzollbegirfs barf überhaupt fein Gemerbe im Umbergieben getrieben merben, wenn nicht ber Gewerbeschein ausbrudlich die Erlaubniß bazu ertbeilt.

S. 22. Auf ben Grund bes Gewerbescheins barf ber Inbaber bas barin genannte Gewerbe, jedoch nur in ben barin beftimmten Grengen, nicht allein auf Jahr- und Wochenmartten. fondern auch außer benfelben, legternfalls aber nur in ben nach ber Beilage B. bes Gewerbesteuergesetes vom 30. Mai 1820.

fcheine verfehen ift, nur Broben ober Dufter, nicht aber Baaren irgend einer Art mit fich führen.

Der gegenwärtige Erlaß ift burch bie Gefetfammlung befannt ju machen.

bb) Ale Erlauterungen biefer Orbre find gu bemerfen

bie Circ. Berf. b. g. D. v. 22. Dezbr. 1843. (Centrbl. 1844. p. 11.), monach in ben betreffenden Cemerbicheinen bie Borfdriften ber Orbre aufgenoms

men, und beren Strafbestimmungen ausbrudlich allegirt werben follen.

³⁾ Wer einer ber gu 1. und 2. ertheilten Bestimmung guwiberhanbelt, bat eine Gelbftrafe von Acht und Bierzig Thalern und bie Ronfiefation berjenigen Begenstanbe verwirft, bie er feines Bemerbes wegen bei fich führt. In Ansehung ber nachangahlenben Steuer bewendet es bei ben bestehenben Bestimmungen, Auch tommen hinfichtlich ber Umwandlung ber Gelb : in Gefangnifftrafe und überhaupt hinficitlich bes Berfahrens wiber bie Rontravenienten, bie in Betreff ber Bumibers handlungen gegen bas Gewerbesteuer-Gefet vom 30. Mai 1820 und bas haufir-Regulativ vom 28. April 1824 ertheilten Borfchriften jur Anwendung,

Die Berf. b. F. D. v. 4. April 1844. (Centrbl. p. 87.) monach bie ju Barenbestellungen bei Gewerbtreibenben befugten Berfonen, bei Privatlenten weber munblich noch schriftlich, noch burch gebruckte Angeis gen, Rarten ober Boten birette ober inbirefte Ginlabungen ergeben laffen burfen, woburch fie aufgeforbert werben außerhalb ihres Bohnortes Baarenbeftellungen ju machen ober folde Beftellungen in Gafthofen ober fonft mo entgegen ju nehe men. Uebertretungen biefer Bestimmungen find theils nach bem Saufir-Regulatio pom 28. April 1824 ichon ftrafbar, weil baburch ein anderer Gewerbbetrieb ale ber im Gewerbicheine bezeichnete ausgeubt wird, theils wird baburch gegen bas fpezielle Gefet bom 8. Dezbr. 1843 gefehlt, wonach Baarenbeftellungen bei Pri. vatleuten nicht gesucht werden follen.

jur ersten Abtheilung gehörigen Ortschaften, acht Tage lang, in benen die zur zweiten Abtheilung gehören, vier Tage lang, in denen, zur dritten Abtheilung gehören, zwei Tage lang, und in den zur vierten Abtheilung gehörigen kleinen Städten, Fleden und Dörfern, einen Tag lang treiben. Die Orts-Polizeibehörden können inzwischen diese Fristen aus besondern Gründen verlängern und verengen. Bis zur nächsten Wiederfehr des Haustrers an den nämlichen Ort müssen aber mindestens vier Wochen verstreichen. Diervon aber sind die Markttage überhaupt und sodann auch diesenigen Personen ausgenommen, welche mit den im §. 14. No. 1. genannten Waaren handeln, indem diese seben Ort zu seber Zeit ungehindert besuchen können.

S. 23. Jeder Inhaber eines Gewerbscheins muß benselben beim Umberziehen stets in Urschrift bei sich führen; beglaubte Abschriften besselben sind unzulässig und ungültig. Auch muß er sich an jedem Orte, wohin er kommt, vor dem Anfange seines Geschäfts bei der Ortspolizei persönlich melden. (Geses vom 30. Rai 1820. S. 23.) Bei benjenigen Personen, welche mit Lebenssmitteln hausiren, (S. 14. Ro. 1.) bedarf es dieser persönlichen Redung nur, wenn sie sich ihres Gewerdes wegen länger als eis

nen Tag an dem Orte aufhalten wollen.

S. 24. Die Gastwirthe sind verpflichtet, von Personen, die im Gewerbe umberziehend betreiben, wenn dieselben über Nacht ausgenommen sein wollen, sich den Gewerbschein für das laufende Jahr vorzeigen zu lassen, und wenn selbige ihn nicht besigen, das von der Ortspolizeis-Behörde sofort Anzeige zu machen.

(Gewerbesteuergeset vom 30. Mai 1820. S. 24.)

S. 25. Niemals darf eine Person, welche ihr Gewerbe im Umberziehen treibt, in Privathäuser, ohne ausgesordert zu sein, oder in Gasthöse, ohne besondere Erlaubniß des Wirths, zu dem Iwed eintreten, um ihre Waaren oder Dienstleistungen anzubiesten. Nur Personen, welche durch das Land reisen, um Waarensbestellungen zu suchen, sind hiervon ausgenommen.

Strafbestimmungen.*)

S. 26. Wer umherziehend ein Gewerbe treibt, ohne sich über seine Besugniß dazu mittelft Gewerbescheins für das laus sende Jahr ausweisen zu können, hat nicht nur die Jahressteuer im höchten Sage nachzugahlen und außerdem den vierfachen Be-

[&]quot;) Die Ergänzungen und Erlänterungen zu ben in ben §§. 26. u. folg. bes Regulative enthaltenen Bestimmungen über bie Bestrafung und bas Berfahren bei haustr-Stener-Contraventionen find in bem nachfolgenden Anhange zusamsmengestellt.

trag berfelben als Strafe zu entrichten, sonbern auch überbies bie Ronfistation berjenigen Gegenstände verwirft, die er wegen feis

nes Gewerbes bei fich führt.

Diese Bestimmung ift auch bann gur Unwendung zu bringen. wenn ein folder Kontravenient Baaren bei fich führt, auf welche nach bem gegenwärtigen Regulativ ein Gewerbichein nicht einmal batte ertheilt werden durfen.

S. 27. Gine gleiche Strafe, nur mit Wegfall ber Radiab. lung ber Steuer, trifft benjenigen, welcher gwar einen Gewerbidein befigt, aber ein anderes ale bas barin genannte Gewerbe treibt, ober andere, als bie ibm banach gestatteten Waaren führt.

S. 28. Daffelbe findet ftatt, wenn der Inhaber bes Gemerb= icheins ben lettern an einen britten verleibt, überläft ober abtritt. ober andern Migbrauch bamit treibt, ober wenn bas Gewerbe für Rechnung bes Inhabers von einer Dritten, in bem Gewerbichein nicht genannten Perfon getrieben wird. In diesen Källen trifft bie volle Strafe ben Inhaber, sowohl als ben Dritten, und der lette muß außerdem noch, wie in dem Falle bes 6. 26., bie Steuer nachzahlen; auch muß einer fur ben andern folibarisch haften.

S. 29. Wer bie Borfchrift bes S. 25 muthwillig verlegt,

bat unfehlbar ein= bis zweitägige Gefängnifftrafe verwirft.

S. 30. Undere Uebertretungen des gegenwärtigen Regulative, für welche vorstehend nicht besondere Strafen bestimmt find, follen mit einer Gelbstrafe von Bebn Silbergrofchen bis Behn Tha-

lern geahnbet werden.

S. 31. Bo feftgefeste Gelbftrafen wegen Unvermogene nicht vollftredt werben fonnen, ba tritt bie verhaltnigmäßige Gefangnifftrafe an beren Stelle und zwar in bem Berhaltniffe, bag achttägige Gefängniß= und Funf Thaler Gelbftrafe einander gleich aeachtet werben. *)

S. 32. In ben Provinzen, wo das Allgemeine Landrecht und bie Allgemeine Gerichtsordnung eingeführt find, ift über bie polizeilichen Straffalle (SS. 29 und 30.) von ben refpetitiven Rreisoder Stadtpolizeibehörden, jedoch mit Borbehalt ber Berufung auf richterliches Ertenntniß, so weit solche nach ben Gefegen ftatt finbet, ju enticheiben. **)

*) Die weiter unten mitgetheilte R. D. vom 31. Dezbr. 1836 bat bas Berhaltnig bes Befanguiffes jur Gelbftrafe anberweit bestimmt.

[&]quot;) Diefe Entscheinuge-Befuguiß steht nach bem R. b. D. b. Inn. n. b. Fin. vom 22. Aug. 1837 auch ben Polizeibehörben in ben Statten ber IVten Steuer-Abtheilung (f. oben S. 66.) an, ba bas Befet teine Beschranfung in biefer Beziehung enthalt.

In benjenigen Provinzen aber, wo bas Allgemeine Landrecht und die Allgemeine Gerichtsordnung nicht eingeführt find, gehet tie Festsenung und Einziehung der Strafen von denjenigen Behörden aus, welche nach ben dort bestehenden allgemeinen gesetzlichen Vorschriften über Polzeistrafen zu erkennen, und deren Einziehung zu bewirken baben.

Ueber das Verfahren bei finanziellen Straffällen §§. 26, 27, 28. teftimmt bereits das Gewerbsteuergeses vom 30. Mai 1820.

S. 42.

S. 33. Bon seber Vollstredung einer aus den SS. 26, 27 und 28. erkannten Strafe soll der Ortsobrigkeit des Kontraveniensten von Amtswegen Nachricht gegeben werden, und Lettere, sobald ein solcher Straffall bei einem und demselben Kontraveniensten zum dritten Mal vorgekommen ist, verpflichtet sein, davon bei der gewöhnlichen Berichtserstattung über die Erneuerung der Geswerbscheine der Regierung Anzeige zu machen, die Regierung aber alstann die Besugniß haben, die Erneuerung des Gewerbscheins zu versagen.

S. 34. Bon allen Gelbftrafen und Konfistaten erhalt ber

angebende Beamte ein Drittheil. *)

Transitorische Bestimmungen.

§ 35. Personen, welche ein nach diesem Regulativ auch fünftig erlaubtes Gewerbe umberziehend, bis zur Publikation bestelben vorwurfsfrei getrieben haben, soll die Erlaubnis nicht versagt werden, solches fortzusehen, wenn sie die erforderlichen persönlichen Eigenschaften (§. 11.) nachträglich nachweisen, wobei jedoch das etwa sehlende Alter (No. 5. daselbst) ihnen nicht entzgegen stehen soll.

S. 36. Gehört aber in dem S. 35. gedachten Falle das bisher umberziehend getriebene Gewerbe zu den fünftig nicht erlaubten Gewerben: fo foll, übrigens unter gleichen Bedingungen, die Fortsetzung nur noch auf sechs Monate, nach Publifation dieses

Regulative, gestattet werben.

S. 37. Den sogenannten Lingenschen und andern Packentras gern und Schnittgängern, den Holz-Uhrmachern, Schleifern, Ress selflickern und Sisenwaarens und Leinenhändlern, soll auch aus

^{*)} Einen Anspruch auf den Denunziantenantheil von Gewerbesteuerstrafen haben auch solche Kommunalbeamte, welche nicht Mitglieder der Magistrate oder Bolizeibeamte sind. R. d. W. d. Inn, n. d. Fin. vom 20. Febr. 1840. (Centribi. p. 154.)

nahmsweise gestattet werden, die ihnen bisher zugestandenen Gehülfen noch sechs Monate hindurch beizubehalten, aber keine neuen anzunehmen, es geschehe benn solches biesem Regulativ (§. 13.) gemäß.

Anhang zum Regulativ vom 28. April 1824.

Ergänzungen und Erläuterungen zu ben §§. 26 und folgenden bes Regulativs, betr. die Contraventionen und bas Untersuchungs= Berfahren.

A. Thatbestand bes Bergebens.

a) Refer. b. F. M. vom 3. Novbr. 1825. III, 20, 256.

Auf ben Einwand bes Hausirers, daß er die bei ihm vorgefundenen in dem Gewerbschein nicht benannten Waaren auf Bestellung
mit sich führe, ist nicht zu rücksichtigen, da die Strafbestimmungen
ber SS. 26 und 27. des Regulativs ganz allgemein zur Existenz bes
Straffalles nur erfordern, daß ber Hausirer andere als die ihm gestatteten Waaren bei sich führt.

b) Reser. des M. d. Jnn. und d. F. vom 2. Decbr. 1830. (v. K. Ann. Bb. XIV. p. 830.)

Inländer, welche, ohne festen Wohnsig zu haben, von Martt zu Martt handeln, ohne ihr Gewerbe behufs der Steuer-Entrichtung anzumelben, sind nach den gesetzlichen Bestimmungen über den unbefugten Gewerbebetrieb im Umberziehen zu bestrafen.

c) Das R. b. M. b. Jun. und b. F. vom 22. Apil 1838. (f. oben zu S. 18. bes Regulativs S. 80.)

d) C. R. d. F. M. vom 7. Juni 1831 und Plenarbeschluß b. G. D. Tribunals v. 26. Aug. 1839. (Ann. Bb. XV. J. M. Bl. 1839. p. 315.)

Raufleute und ihre Handelsgehülfen, welche im Umherreisen Waarenbestellungen suchen, ohne sich über die Befugniß dazu mittelst Gewerbscheins für das laufende Jahr ausweisen zu zönnen, sind, wenn auch für diesen Schein nach der R. D. vom 12. Februar 1831. keine Steuer erhoben werden kann, dennoch nach den Bestimmungen des Regulativs vom 28. April 1824. S. 26. und den modistirenden Borschriften der R. D. vom 31. December 1836 zu bestrafen.

e) R. d. M. d. J. u. d. F. v. 24, März 1840. (Gentr. Bl. p. 177.)

Der Juhaber eines Gewerbescheins, welcher bas ihm banach gesstattete Gewerbe in einem Regierungsbezirke, auf welchen ber Gewerbschein nicht ausgebehnt worden, ausübt, begeht, wie auf den Bericht vom 28. Februar d. J. erwidert wird, ein, nach den §§. 21 und 30. des Haustregulativs vom 28. April 1824 polizeilich zu ahndendes Ber-

gehen. Ift ber Gewerbschein zu einem ermäßigten Steuersate ertheilt und begründet die Ausübung des Gewerbes in einem andern Regierungsbezirke, als in dem, für welchen der Gewerbschein ausgefertigt oder ausgebehnt worden, nach dem Regulative vom 4. Decebr. 1836. über den Gewerbebetrieb im Umherziehen, die Berbindlichkeit zur Nachzahlung von Steuer: so ist diese zwar einzuziehen, jedoch die in den §§. 26, 27 und 28. des Haustregulativs vom 28. April 1824 vorgeschriebene Strafe nicht anzuwenden, da der in diesen §§. bezeichnete Thatbestand in dem erwähnten Falle nicht vorliegt.

In biesem Falle tritt vielmehr nach bem R. bes Min. bes Inn. und ber Pinang, vom 17. Decbr. 1834 bie in §. 30 bestimmte Ord-

nungestrafe ein.

B. In Bezug auf bie Strafe felbft.

Im Allgemeinen:

a) bie R. D. vom 31. Decbr. 1836. (f. weiter unten) welche bas Strafmaaß überhaupt mobisizirt.

b) Die R. D. vom 31. October 1841. (3. M. Bl. 1842. p. 176.)

Auf ben Bericht bes Staatsministeriums vom 15. v. M. erkläre 3ch mich mit ber barin entwickelten Ansicht einverstanden, daß die Bestimmungen im S. 64 sqq. Tit. 20. Th. II. des Allgemeinen Landsrechts, über die Strafbarkeit der Theilnehmer, Gehülfen und Begünftiger eines Berbrechens auch bei Polizei-Contraventionen zur Anwendung zu bringen sind, wobei es jedoch dem vernünftigen Ermessen der Polizeibehörden überlassen bleiben muß, nach der Natur undschem Zwecke der Polizeistrasen nicht jede, auch entferntere Theilnahme au einer Polizei-Contravention einer Rüge zu unterwersen.

Insbefonbere:

1) bie Confistation bei Bergehungen gegen bas Regulativ.

a) Das R. d. F. M. vom 20. Juni 1825. III. 11,554.

Baares Geld, welches der Hausirer bei sich führt, selbst wenn es erweislich in der Lösung für Waaren besteht, die er in dem verbote- widrigen handel verkauft hat, unterliegt nicht der Consistation.

b) Die R. b. F. M. v. 21, Juni u. b. Just. M. v. 26 Juli 1826. (v. K. Jahrb. Bb. XXVIII. p. 112. Gr. Bb. I. p. 341.)

Eransportmittel, beren sich Gewerbetreibende zur Fortschaffung ber Gegenstände ihres Berkehrs bedienen, können bei Unwendung des Regulativs vom 28. April 1824. nicht als der Consistation unterworfen angesehen werden.

c) R. d. F. M. vom 6. Mai 1828. (Ann. Bd. XII. p. 539.) und R. d. J. M. vom 4. Februar 1831. (Jahrb. Bd. XXXVII. p. 112. Gr. Bd. VI. p. 401.)

Die Konfistation ber von einem flüchtig gewordenen, unbekannten hausirer zurückgelassen Sachen, kann, wenn er nicht bei einer Polizeikontravention betroffen worden, auf welche die Konsistation der Sachen im Geset besonders angeordnet ist, nur da stattsinden, wo eine Kontravention gegen die Zou- oder Stenergeset vorliegt, und

bann ist die Steuerbehörbe allein zur Untersuchung der Sache kompetent, an welche mithin die qu. Effekten zur weitern Beranlassung abgegeben werden müssen. Die Kompetenz der Regierung in einem solchen Falle kann daher nut begründet werden durch eine von dem Entwichenen begangene Polizeis oder Hausirkontravention, und im ersten Falle ist, wenn die begangene Polizeikontravention an sich die Konsistation der zurückgelassenen Effekten gesetzlich rechtsertigt, das Berkahren sosort den Gerichten zu überlassen.

- 2) Die subsidiarische Berhaftung anderer Personen.
 - a) R. b. K. M. vom 15. Decbr. 1828, III. 25954.

Die SS. 26 sq. bes Regulativs vom 18. April 1824 bezeichnen nur benjenigen für feine Person, ber einen erforberlichen Gewerbschein nicht besaß, ober einen ertheilten mißbraucht als ben allein Strafbaren, und eine subsidiarische Berhaftung Anderer für ihn liegt außer ber Absicht bes Gesetzes.

b) R. d. J. W. vom 25. Februar 1835. (v. K. Jhb. Bb. XLV. p. 284. Gräff. Bb. VIII. p. 129.)

welches ben in dem R. vom 15. Decbr. 1828. ausgesprochenen Grundsat auf Grund einer Allerhöchsten Entscheidung vom 20. Febr. 1835. bestätigt.

3) Die Umwandlung ber Strafe.

Die K. D. vom 31. Decbr. 1836. (s. weiter unten), wonach bas Verhältniß von 8 Tagen Gefängniß zu 5 Thirn. Gelbhuße nicht unbedingt beizubehalten, sondern nach Umständen anderweit zu bestimmen ist.

C. Das Berfahren.

- a) Das Regulativ vom 4. December 1836. §. 8. (f. baffelbe weiter unten.)
- b) Das Rescr. b. F. M. und M. b. Inn. vom 16. Mai 1828. (v. K. Ann. Bb. XII. p. 541.)

Was die Haustr-Stener-Contraventionen abetrifft, so ist auf diese ber S. 179. Tit. 51. Th. 1. der Allgemeinen Gerichtsordnung gar nicht zu beziehen, weil er ausdrücklich nur von Atzise-, Joll- und Polizei-Rontraventionen spricht. In dem Gewerbesteuer-Gesete vom 30. Mai 1820. so wenig, als in dem Regulativ vom 28. April 1824. ist aber den Regierungen ein Bersahren gegen undekannte und entwichene Kontravenienten auf eine ähnliche Weise übertragen, wie in Hinsicht der Zollvergehen durch S. 158. der Jollordnung den Jollbehörden. Die K. Regierung wird daher um so mehr jedes Versahren gegen entwichene Haustrer den Gerichten überlassen müssen, da sie nicht einmal gegen Anwesende zu einem Contumazialversahren berechtigt ist, sondern bei dem Ausbleiben des Denunziaten annehmen muß, er verlange gerichtliche Untersuchung. Das Gericht wird seinerseits die Untersuchung nicht ablehnen dürsen, da es seh Untersuchung zu übernehmen verpslichtet ist, in der die Berwaltungsbehörde von ihrer Besugnis, die Sache zu entschen, keinen Gebrauch machen will.

c) Das R. b. J. M. v. 4. Febr. 1831. (v. K. 356. Bb. XXXVII. p. 112. Gräff. Bb. VI. p. 401.),

welches sich mit ben in bem obigen Rescr. vom 6. Mai 1838 ausgesprochenen Grundsätzen einverstanden erklärt, und die Gerichte anweisset, die Untersuchung einzuleiten, wenn die Regierungen barauf antragen.

Rabinetsordre vom 31. December und Regulativ

über ben Gewerbebetrieb im Umbergieben. (G. G. 1837. p. 13.)

Auf den Antrag des Staatsministeriums vom 4. d. M. will ich bie Befugniß, bie ben Regierungen burch bas Gewerbesteuergeset vom 30. Mai 1820. (Beilage B. Litt. L.) und bem Kinangminister burch Meinen besondern Erlag vom 2. Mai 1821. gur Ermäßigung bes Steuersages von 12 Rthirn. fur ben Gewerbebetrieb im Umberziehen beigelegt ift, nach Maafgabe bes zurudgehenden von Mir genehmigten Regulative vom 4. b. M. erweitern und jugleich bestimmen, bag bie in ben §§. 26, 27, 28. bes Regulative vom 28. April 1824. über ben Gewerbebetrieb im Umbergieben zc. vorgeschriebene Strafe nicht für jeden Fall in vierfachem Betrage ber Sabreofteuer nach bem bochften Sage berfelben, fondern im vierfachen Betrage berjenigen Sahresfteuer bestehen foll, welche dem Gewerbe bes Steuerpflichtigen angemeffen und mit Rucksicht auf bas Regulativ vom 4. b. M. feftzu= fegen ift. Auch foll, wenn neben ber Strafe eine nachzahlung ber Steuer eintritt, die Steuer gleichfalls nur in dem ermäßigten Betrage gefordert werden. Satte ben Rontravenienten bei geboriger Melbung ber Gewerbichein fteuerfrei ertheilt werben fonnen, To ift gur Abmeffung ber Strafe ein Steuersas von 2 Rthlrn. anzunehmen. Wenn nach S. 31. bes Regulativs vom 28. April 1824. Die verwirfte Gelbbuge in Gefängnifftrafe zu verwandeln ift, find nicht unbedingt achttägige Gefängnifftrafe und funf Tha-Ier Gelbbuge gleichzustellen, vielmehr barf, nach Bewandnig ber Umftande, ein milberes Berhaltnig angenommen werden. *) Das Staatsministerium bat bie Befanntmachung biefes Erlaffes und bes beigefügten Regulative burch bie Gefetsfammlung ju verfügen.

^{°)} hierdurch tritt bas Refer. bes Justig-Ministeril, vom 28. Mai 1829. (v. R. Sahrb. Bb. XXXIII. p. 341. Gräff Bb. II S. 341.), wonach von biesem Berhältnisse von 8 Tagen zu 5 Thaleru nicht abgegangen werben sollte, außer Kraft.

Regulativ ben Gewerbebetrieb im Umherziehen betreffenb.")

1. Borfdriften über bie Ertheilung von Gewerbeicheinen zu ermäßigten Gägen.

S. 1. Die Regierungen fonnen fortan

1) außer ben unter bem Buchstaben L. ber Beilage B. zum Gesetze wegen Entrichtung ber Gewerbesteuer vom 30. Mai 1820. genannten Sammlern von Garn, Lumpen, Asche, Febern, Borsten, auch Sammlern (Auffäusern) von Heebe, Flachs, Werg, Glasscherben, Leimleber, Tuchleisten, altem Eisen, Blei, Jinn, Kupfer, Meffing, Haaren, Knochen, Klauen, Hörnern und von andern Abgängen von geringerem Werthe in ber Haus- oder Landwirthschaft, sedoch mit der im S. 14. Nr. 2. des Hausirregulativs vom 28. April 1824. angegebenen Ausnahme,

2) außer Topfbindern, Reffelflidern und Scheerenschleifern, auch Binn. und Löffelgießern, Siebmachern, Leinsaatsiebern, Personen, bie sich umberziehend mit Schärfen von Bohrern, Sägen und sonstigen Instrumenten, mit Ausbessern von Holzuhren, Spinnrabern oder Hausgerathen beschäftigen — Gewerbscheine zu dem Jahressaße von zwei oder vier Thalern

ertheilen.

S. 2. In Ansehung ber Equilibriften, Seiltanzer, Kunstreiter verbleibt es bei ber Borschrift ber Beilage B. zu bem Gewerbesteuergesetse. Außerdem sind die Regierungen ermächtigt, Musisern, welche unter einem Borsteher, ber für die übrigen haftet, in einer aus wenigstens vier unverdächtigen geschickten Personen bestehenden Gesellschaft ihr Gewerbe betreiben (S. 18. des Haustregulativs) eine Steuerermäßigung in der Art zu bewilligen, daß nur für den Borsteher zwölf Thaler, für sede andere Person aber acht, sechs oder vier Thaler sährlich entrichtet werden. Ein Gleiches gilt von Schauspielern.**)

^{*)} Ueber bie Ausführung bes Regulativs erging an bie Regierungen bas Eirc. R. vom 26. Febr 1837. (v. R. Aun. Bb. XXI. p. 225.) bessen Instit, soweit er hierher gehört unten zu §. 8, bes Regulativs mitgetheilt ift.

**) Bezüglich ber hier angeordneten Ermäßigungen sind zu vergleichen

a) das R. d. Fin. M. v. 25. April 1840. (Centribl. 1840. p. 234.) ertheilt, unter Abanberung der bieserhalb in dem C. R. v. 26 Febr. 1837. (s. oben) enthaltenen Beschräufung, den Regierungen die Ermächtigung den Unterthanen ans ben Bollvereinskaaten ohne höhere Genehmis

S. 3. Bum Saufirbanbel

1) mit Brot, Semmel, anderen Badwaaren, Seefe, trodenen Mühlenfabrifaten zum Genusse, Sirfe, Buchweizen, Gemüsen aller Art, mit frischem und geborrtem Obst, mit Milch, Butter, Kase, Honig, Eiern, Febervieh, mit frischen geräuscherten, geborrten, gesalzenen Fischen und anderen Lebens

mitteln von geringem Werthe;

mit Feuersteinen, Schleisteinen, Feuerschwamm, Wachs, Feberposen, Fellen und roben häuten, hopfen, Sämereien, Torf, Holz- und Steinsohlen, Besen, groben Decken aus Schilf ober Stroh, Dachsplitten, Theer, Pech, Kienruß, Kienöl, mit Sieben, hecheln, Kragen, Webeblättern, Nablerwaren, groben hölzeren Waaren, Schaufeln, Sensen, Beilen, Rägeln und anderen groben Waaren aus geschmiedetem Eisen, mit Seilerwober groben Bürstenbinderwaaren, mit ordinairem irdenem Geschirr, ordinairem Steingut, ordinairer Favence, ordinairen Glaswaaren, mit Zwirn, Strickgarn, Band aus Leinen und Wolle, und mit wollenen gestrickten Waaren – können die Regierungen sortan Gewerbscheine gegen eine Steuer nach Umständen von acht, sechs oder vier Thalern sährlich ertheilen.

S. 4. Bon bem Finanzministerium hängt es ab, nach bem Bebürfniß einzelner Provinzen ober Gegenden die in den §S. 1. und 3. bezeichneten Ermäßigungen auch auf andere, den dort bezeichneten ähnliche Gewerbe auszudehnen. Eintretenden Falls ist das Erforderliche durch die Umtsblätter befannt zu machen.

S. 5. Es bleibt bei ber Litt. L. Beilage B. zum Gefete wegen Entrichtung der Gewerbesteuer vom 30. Mai 1820. aufgestellten Regel, daß die Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen für jede Person zwölf Thaler beträgt. Die Bewilli-

gung Gewerbscheine zu ben nach bem Regulativ vom 4. Debr. zuläffigen Saben unter benfelben Umftanben zu ertheilen unter benen sie dergleichen Ermäßigungen Inlandern bewilligen barfen. Auch in Contraventionsfällen haben bie Regierungen die für ben Strafbetrag maaßgebenbe Steuer in gleicher Weise seifzusehen, ber Angeschulbigte mag bem biesseitigen ober einem Bollvereinsstaate angehören.

mate angehoten.
b) das R. d. K. M. v. 30. Inni 1840. (Centribl. 1840. p. 276.)

Benn ber beabsichtigte Gewerbebetrieb nach ben besfalls bestehenden Borschriften (cfr. §. 12. bes Reg. vom 28. April 1824. u. C. R. vom 2. September 1834 zn §. 1. bes Gewerbesteuer=Geses) (s. oben S. 46.) einem Ausländer überhaupt nicht gestattet werden dars, so ist ein Gewerbeschein darunf auch für Bereinständische Unterthanen weber zum vollen, noch zum ermäßigten Sape zu ertheilen.

gung ber in ben §§. 1, 2 und 3. dieses Regulativs bezeichneten, so wie die Fortgewährung der früher bewilligten Ermäßigungen,*) bängt daher lediglich von dem pflichtmäßigen Ermessen der Resterung, in weiterer Instanz des Finanzministeriums, ab und kann in den Fällen der §§. 1. und 3. überhaupt nur dann eintreten, wenn das Gewerbe einen örtlichen Rugen hat. Anf Erstattung schon bezahlter Steuern sindet ein Anspruch auf den Grund der gegenwärtigen Bestimmungen nicht statt.

S. 6. Bei Abmeffung ber Steuerfage ift Folgendes zu be=

achten:

1) Im Allgemeinen ift auf verhältnismäßige Gleichheit in der Besteuerung hinzuwirfen. Der Steuersas bestimmt sich nach Maaßgabe des größeren oder geringeren Umfanges, in welsem das Gewerbe im vorangegangenen Jahre betrieben ist.

— Für den in § 3. gedachten Hauserhandel können die geringeren Steuersäse besonders dann angewendet werden, wenn die Handelsgegenstände selbst gewonnen oder selbst versfertigt sind;

2) ber höhere Sat von vier Thalern für bie im S. 1., fo wie von acht Thalern für die S. 3. aufgeführten Gewerbe tritt ein:

a) in dem Jahre, in welchem das Gewerbe angefangen wird; so daß die unter 1. vorstehend bemerkten Umftände

erft für bie Folge maafgebend werben;

b) wenn ber Gewerbtreibende zur Fortschaffung ber Gegensstände seines Berkehrs sich eines Trägers bedient. — Bebient er sich bazu eines Fuhrwerks ober eines Schiffsegefäßes, so ift eine Ermäßigung ber Steuer von zwölf

Thalern überhaupt nicht julaffig;

c) wenn das Gewerbe in mehr als einem Regierungsbczirfe betrieben wird, ober wenn mehrere der S. 1. Rr. I, bezeichneten Gegenstände von derfelben Person, wenn auch nur in einem Regierungsbezirfe, im Umberziehen aufgekauft werden, wobei zu erwägen ist, ob mit Rückssicht auf den Gewerbsumfang überhaupt eine Steuersermäßigung gerechtsertigt sei.

S. 7. Die Ertheilung von Gewerbscheinen zu niedrigeren, als den in den SS 2. und 3. bezeichneten Sagen, so wie die Freilassung eines der dort und im S. 1. aufgeführten Gewerbe

^{*)} Rach ben Refer. b. F. M. vom 27. u. 31. Oftbr. 1840 so wie vom 19. Mai 1841 bezieht sich bie obige Bestimmung wegen Fortgewährung ber Ersmäßigungen, nur auf die durch bas Gewerbesteuer-Geset vom 36. Mai 1820 ober sonst allgemein ausgesprochenen Steuer-Ermäßigungen für ben Gewerbes betrieb im Umherziehen.

von aller Steuer, bedarf ber Genehmigung bes Finang-Minis |

- II. Borschriften in Betreff ber Festsesung ber bem Gewerbe angemessenen Steuer in Kontraventionsfällen.*)
- S. 8. Die Festschung ber bem Gewerbe angemeffenen Steuer. nach ber fich fünftig bie Strafe ber in ben SS. 26, 27 und 28. bes Regulative vom 28. April 1824. bezeichneten Kontraventionen bestimmt, erfolgt in ben gur Entscheidung ber Regierungen gelangenben gallen mit Rudficht auf bie vorstehenden Borfdriften in bem Straf-Refolute. Belangt bie Sache bemnachft zur gerichtlichen Entscheidung, fo wird bei biefer bie in bem Straf=Resolute angenommene Steuer jum Grunde gelegt, wenn nicht bas Gericht fich veranlagt fiebt, mit Rudficht auf neue, in ber gerichtlichen Untersuchung ermittelte Umftande eine Feftfegung bes Steuersages nochmale zu verlangen. Tritt gerichtliche Untersuchung ein. obne bag bie Cache juvor jur Entscheidung burch bie Regierung gelangt ift, und ift bie Anwendung bes Steuerfages von zwölf Thalern **) nicht unzweifelhaft, fo legt bas Gericht bie gefchloffe. nen Aften por Abfaffung bes Erfenntniffes ber Regierung, in beren Bezirk bas Bergeben verübt ift, zur Feststellung bes Steuersates vor.

Eine besondere Mittheilung an den Angeschuldigten über ben fefigeseten Steuerbetrag, und ein besonderer Refurs gegen die Steuerfestsetung der Regierung an das Ministerium findet nicht

statt.

Finanzministerium.

a) Bei Festsehung ber Steuer bienen die Borschriften §. 1—6. bes Regulativs, so wie die in Berfolg bes §. 4. etwa erlassenen besonderen Bestimmungen zur Richtschung. Im Zweifel ist ber geringere Sat zu mahlen.

c) Die Festjegung ber Steuer in Contraventionsfällen ift jedesmal ju beschleunigen.

[&]quot;) In Bezug auf die hier angeordnete Festsetzung ber Steuer in Contravenstions-Fällen enthalt die C. B. d. F. M. vom 26. Febr. 1837. (v. R. Ann. Bb. XXI. p. 225. s. oben zu S. 1.) folgende Bestimmungen:

a) Bei Festsetzung ber Steuer bienen die Borschriften S. 1—6. bes Regulative,

gur Richtschnur. Im Zweifel ift ber geringere Sat zu mablen. b) In bem Falle, wo bei gehöriger Melbung ber Gewerbeschein fteuerfrei hatte ertheilt werben konnen, sinbet eine Rachforberung ber Stener nicht Statt, sonbern es bewendet bei ber festgesesten Strafe.

^{**)} Der Sat von 12 Thirn. als ber hochfte fur Gewerbe im Umberziehen bilbet bie Regel, die nieberern Sate find Ausnahmen. (ofr. §. 5. bes Regulativs.)

II. Rleinhandel mit Getranfen auf bem Lande, sowie Gaft. und Schantwirthichaft. *)

Rabinetsordre vom 7. Februar 1835. **)

(**6**. **6**. 1835. p. 18.)

Bur herstellung eines gleichmäßigen Verfahrens ber Behörsben in Betreff ber Gestattung bes Kleinhandels mit Getränken auf dem Lande und bes Gasts und Schankwirthschafts Betriebs will Ich, für alle Theile ber Monarchie, hierdurch Folgendes bestimmen:

1) Wer auf bem lanbe einen Rleinhandel mit Getränken, oder in den Städten wie auf dem Lande Gast = oder Schankwirthschaft betreiben, oder überhaupt zubereitete Speisen oder Getränke zum Genuß auf der Stelle, gegen Bezahlung verabreichen will, bedarf dazu eines auf seine Person und auf ein bestimmtes Lokal lautenden polizeilichen Erlaubnissschienes.

*) Ueber ben Hanbel mit Getränken auf bem Lande 2c. verordnete zucrst: Das Gewerbe-Bolizei-Geset vom 7. September 1811 im §. 55:

(G. S. 1811. S. 253.) Siezu erging bemnachst bie K. D. vom 28. Oft. 1827.

Ans ben im Berichte des Staats-Ministeriums vom 16. d. M. angeführten Gründen setze Ich, nach dem Antrage besselben, hierdurch fest: daß vom 1. Juli 1828 an in allen Landestheilen, in welchen das Gewerde-Polizei-Gesetz vom 7. Septbr. 1811 zur Anwendung kommt, den Biktualien-, Materials und Kornshändlern auf bem Lande, sie mögen sich daselbst schon angesetzt haben, oder kunftig ansetzen, der Handen unt Getränken nur auf Genehmigung den Kreis-Posertigelbehörden gestattet, und diese Genehmigung nur unter denselben Bedingungen ertheilt werden soll, unter welchen nach der Bestimmung im §. 55. des G. v. 7. Septbr. 1811 die Einrichtung einer neuen Schankstätte zulässig ift, (G. S. 1827. S. 174.) und endlich als allgemeines Gesetz für alle Theile der Monarchie die oben mitgetheilte R. D. v. 7. Febr. 1835.

**) Mit Rudficht auf ben engen Busammenhang, in welchem bie in ber R. D. v. 7. Febr. 1835 ertheilten gewerbpolizeilichen Borschriften mit ber Geswerbesteuer selbst ftehen, und namentlich vorkommenber gegenseitiger Bezugnahmen in ben bie Gewerbesteuer und bie Gewerbe-Polizei betreffenden Bestimmungen wegen, konnte die Mittheilung ber R. D. v. 7. Febr. 1835 nicht unterbleiben.

Neue Schanfftatten auf bem Laube fonnen nur unter besonderer Genehmis gung der Kreis-Bolizei-Behörbe angelegt werden. Diese Genehmigung wird nur in soferu ertheilt, als fich die Polizei von der wirklichen öffentlichen Nühlichkeit einer solchen Anlage überzeugen kann; auf den blogen Bortheil des Unternehmers kommt es dabei nicht an. Wer jedoch das Recht zum Debit zu brauen und zu brennen hat ober erhält, hat auch bas Recht, das fabrizirte Getrank innerhalb ber Gränzen seines Hofraums im Detail zu verkaufen, nur darf er, wenn er nicht sonft das Recht dazu hat, keine Gäfte segen.

2) Dieser Erlaubnisschein wird in den Städten von der Orts-Polizei-Behörde, nach vernommenem Gutachten der Kommusnal-Behörde, so wie außerhalb der Städte und ihres Polizeibezirfs, nach vernommenem Gutachten der Ortspolizeis und Kommunal-Behörde, von dem Kreislandrathe stempels und sportelfrei ertheitt und darf jederzeit nur für ein Kalenderjahr ausgestellt, kann aber von der ausgestellten Behörde von Jahr zu Jahr durch einen darauf zu segenden Berlängerungs-Bermerf erneuert werden.

3) Die Erlaubniß jum Beginn ber ju 1 gebachten Gewerbe

foll in allen Fällen verfagt werben, wenn

a) die Perfonlichfeit, die Führung und die Bermögensverhaltniffe des Nachsuchenden nach dem Urtheil der Ortspolizeis Behörde nicht die genügende Bürgschaft eines ordnungsmäs gigen Gewerbebetriebes gewähren, oder

b) wenn bas zum Berriebe bes Gewerbes bestimmte Lofal megen feiner Beschaffenheit und Lage bazu nicht geeignet erscheint.

4) Die Erlaubniß zum Beginn des Aleinhandels mit Gestränken auf dem Lande, oder zur Anlegung städtischer oder ländlicher Schankwirthschaften, mit denen die Beherbergung nicht versbunden ist, soll nur in solchen Fällen gestattet werden, in denen sich die Behörde von der Nüglichkeit und dem Bedürsnisse der Anlage überzeugt hat. Wenn die Kommunalbehörde (Nr. 2) in ihrem Gutachten die Nüglichkeit und das Bedürsniss der Anlage nicht anerkennt, die Polizei-Behörde oder der Landrath aber das Bedenken nicht begründet sinden, so hat die Regierung desinitiv darüber zu entschen. Eben dieses soll statt haben, wenn die Kommunalbehörde aus behauptetem Mangel hinreichender Schankanstalten die Ertheilung einer neuen Konzession in Antrag bringt oder bevorwortet, und die Polizeibehörde oder der Landrath das Bedürsniss nicht anerkennen.

5) Behufs der Fortsetzung der zu 1 gedachten, bei dem Erscheinen dieser Verordnung bereits im Betriebe stehenden Gewerbe in dem nämlichen Lokale soll bensenigen, welche diese Gewerbe zur Zeit zwar ohne einen, den Vorschriften zu 1 und 2 entspreschenden Erlaubnißschein, aber doch rechtmäßig betreiben, die Ausstellung eines solchen Scheines für das laufende Jahr, und künfzig bensenigen, welche den Erlaubnißschein auf den Grund des bisherigen Gewerbebetriebes oder der Bestimmungen zu 3 und 4 einmal erlangt haben, die Verlängerung desselben von Jahr zu Jahr nicht versagt werden, sosen sie bis dahin bei ihrem Gewerbebetriebe zu begründeten Beschwerden keine Veranlassungen gegeben haben. Sat die Kommunal-Vehörde Veschwerde erhoben, welche die Polizeibehörde nicht begründet hält, so ist die Sache

gur Entscheidung ber Regierung gu beforbern.

6. Die ertheilte Erlaubnig beschränkt fich febergeit auf bie Verson ber in ben Scheinen benannten Gewerbetreibenden. Die Erben berfelben oder bie Erwerber ihrer Betriebe-Lofalien geniefen hinsichtlich ber Bestimmungen ju 3 und 4 feinen Borgug vor Andern, welche die gedachten Gewerbe in einem neuen Lofale beginnen wollen.

Ueber die Grunde zur Berfagung bes Erlaubniffcheines ober bes Berlangerunge-Bermerte ift bie Polizei-Beborde, abgeseben von der Einwirfung der Kommunal-Beborde (Dr. 2), nur ibrer vorgesegten Inftang nabere Austunft zu geben foulbig.

8. Wer ein Gewerbe, ju welchem ein polizeilicher Erlaubniffchein erforderlich ift, ohne einen folden Schein ober vor bem Unfange bes Jahres, auf welches berfelbe lautet, ober in einem andern, ale bem barin bezeichneten Lofale beginnt ober nach bem Ablaufe bes Ralenderiabres fortfest, ohne einen neuen Erlaubnißichein ober ben Berlangerungs-Bermert auf bem früher ertheilten erwirft zu haben, verfällt in eine Gelbbufe von fünf bis funfzig Thaler, ober in verhältnigmäßige Gefängnifftrafe.*)

Des Ronigs Majeftat haben in Betreff bes Berfahrens bei Untersuchung ber Bolizei-Bergehungen Folgenbes feftzusegen geruht:

2) Diefe Rompetenz ber Lokalpolizei-Behorbe tritt ohne alle Beschrantung auf ein bestimmtes Maag ber gefetlich angebrobten Strafe in Anwendung. 3) Gegen bas Erfenninis ber Lotalpolizei. Beborbe fieht bem Beftraften frei

a. ben Recurs an bie vorgesette Regierung einzulegen, wenn auf eine mäßige forperliche Buchtigung, auf Gefängniß ober Strafarbeit von 14 Tagen, ober auf eine Gelbbufe von 5 Thir, und barunter erfanut worden ift.

b. überfteigt bie Strafe biefes Maaß, fo hangt es von ber Bahl bes Beftraften ab, ob er ben Recurs ergreifen, ober auf rechtliches Gebor ans tragen will, wornber er binnen ber gefetlichen Frift von 10 Sagen ertlas ren muß.

c. hat er ben Refurs gewählt, fo hat es bei der Entscheidung ber obern Behorbe fein Berbleiben, und bie Bernfung auf ben Rechtsmeg fann weis

terhin nicht Statt finben.

^{*)} In Bezug auf das Verfahren und die Strafe in Contraventions:Fällen gegen bas Gef. vom 7. Febr. 1835. ift zu vergleichen a) bas R. b. M. b. Inn. u. b. Fin. v. 12. Novbr. 1836.

⁽v. R. Ann. Bb. XX. p. 1011.), wonach bie Entichelbung in Gemaffheit bes auf Ronigl. Bestimmung vom 8. Mara

¹⁸³⁰ beruhenden Circ. Referipts vom 21. bis 23. Mai 1830 gunachft ben Orte-Boligei:Behorben gufteht. b) bas oben ermahnte Circ. Refer., welches unter bem 21. Dai an bie Juftig,

unter bem 23. Dai 1830 an bie Berwaltunge-Behorben ergangen ift. (v. R. 3hrb. Bb. XXXV. p. 284 Graff Bb. VI. p. 40.)

¹⁾ bie Lotal-Boligei-Behorbe hat überall, auch ba, wo feine besonbern Boligeis Gerichte vorhanden find, nicht allein bie lofalpoligeilichen Kontraventionen, fonbern auch bie Bergehungen in ben Canbespolizei. Borfchriften zu unterfuchen und ju bestrafen, fobalb bie liebertretung berfelben auch ber betreffenben Lokalpolizei entgegen und nicht mit einem Berbrechen verbunden ift, welches gesetlich eine Kriminal = ober fistalische Untersuchung nach fich gieht.

9. In bensenigen Landestheilen, in welchen noch ausschließliche Berechtigungen vorkommen, ober Realberechtigungen namentlich nach S. 54. des Edists vom 7. September 1841. oder nach
S. 6. des Ges. wegen Ausbedung der Zwangs- und Bannrechte
in der Provinz Posen vom 13. Mai 1833. begründete Ansprüche
der Krugsverlags-Berechtigten noch zu berücksichtigen sind, bleiben
die bestehenden Gesetz zwar nach wie vor in Gültigseit, jedoch
nur in soweit, als ihre Anwendung mit den obigen Bestimmungen nicht in Widerspruch sieht; insbesondere kann auch von den
Bestimmungen ach 3. niemals eine Ausnahme zu Gunsten einer
Realberechtigung gemacht werden.*)

Allerhöchke Kabinetsorbre vom 71. Juli 1844.

betreffend den Kleinhandel mit Getranten und ben Gaft- und Schantwirthsichafts = Betrieb. (G. S. 1844. p. 214.)

Bu mehrerer Sicherung ber Erfolge, welche bei Erlaß ber Ordre vom 7. Februar 1835. in Betreff bes Rleinhandels mit

Uebrigens wird die ic. jur Befeitigung von Migverständnissen hinsichte ber obigen Bestimmung sud 3 b barauf aufmerksam gemacht, daß badurch in ben bestehenden besondern gesehlichen Bestimmungen, wonach bei einzelnen Bolizei-Behörden, z. B. in Berlin. die Provokation auf gerichtliches Gehör auf ein höheres Strafmaaß beschränkt ift, nichts geandert wird.

c) Die oben im Anhange bes Regulativs vom 28. April 1824. 6, 87. mit-

getheilte R. D. v. 81. Ofibr. 1841.

*) Bon ben im §. 9 o. allegirten und refp. bamit zusammenhangenben ges fetglichen Bestimmungen lauten:

S. 51. bes Ebikts vom 7. Septbr. 1811. (G. S. 1811. p. 268.) In Rudficht seiner eigenen Consumtion ist Niemand mehr einem Mahle ober

Getrantzwange unterworfen.

S. 54. L. c. Berträge, wodurch ber Inhaber einer Schankftatte fich verpflichtet, das zu feinem Debit erforderliche Getrant aus einer bestimmten Fabrikationsstätte zu entnehmen (bas Berlagsrecht), können auch ferner errichtet, und wo dies Recht auf ben Grund der Berjährung oder ausdrücklicher Berträge bereits besteht, kann es durch gegenseitige Einwilligung aufgehoben werden. Bersträge, wodurch jemand sich unterwirft, den Bedarf zu seiner eigenen Konssumition aus einer bestimmten Schankstätte zu entnehmen, sind dagegen für nicht geschlossen zu achten, ba sie der unter §. 51. bestimmten Freiheit zus wider sind.

Das Gefes vom 13. Mai 1833. (G. C. 1833. p. 52 sq.), hob alle ausschließe Gewerbsberechtigungen ber Bufte und Korporationen ober einzelner Individuen in der Broving Bosen auf, bestimmte aber, daß die Inhaber von ausschließlichen veräußerlichen und vererblichen Gewerbeberechtigungen in den Stabten (Bankgerechtigkeiten) für deren Berluft unter gewissen Bedingungen und nach gewissen Ernnbfähen entschäbigt werden

follten.

Getränken und bes Gast und Schankwirthschafts Betriebes beabsichtigt worden sind, bestimme Ich hierdurch auf den Bericht bes Staatsministeriums vom 11. d. M. für sämmtliche Provinzen ber Monarchie, was folgt:

1) ber Rleinhandel mit Getranfen foll nicht bloß auf bem Lande, fondern auch in ben Städten ben Bestimmungen ber Ordre

vom 7. Kebruar 1835. unterworfen fein.

2) In allen zur vierten Gewerbesteuer - Abtheilung gehörigen Ortschaften sollen die Borschriften jener Ordre wegen des Schankwirthschafts-Betriebes auch auf den Betrieb der Gaft-

wirthschaft Unwendung finden.

3) In ben unter 2 bezeichneten Ortschaften hat fortan nicht bie Orts-Polizei-Behörde, sondern der Kreis-Land Rath die Erlaubnifscheine zum Betriebe dersenigen Gewerbe zu erstheilen, welche den durch die Ordre vom 7. Februar 1835. und durch die gegenwärtige Ordre vorgeschriebenen Beschränstungen unterliegen.

Diefer Befehl ift burch bie Gefet-Sammlung zur öffentlichen

Renntniß zu hringen.



Indirecte Stenern.

I.

Die Getränke-Steuern und die Steuer von inländischen Tabaksblättern.

Gefet bom 8. Februar 1819.*)

wegen Besteuerung des inländischen Branntweins, Braumalzes, Weinmostes und ber Tabaksblätter. (G. S. 1819. p. 97.)

Wir Friedrich Wilhelm, ic. 2e. Die fortgesetzten Berathungen über die Verbesserung des Steuerwesens haben Uns die Ueberzeugung gewährt, daß nächst den durch das Gesetz vom 26. Mai 1818 angeordneten Jöllen und Berbrauchssteuern von ausländischen Waaren, die Vesteuerung des inländischen Vranntweins, Braumalzes und Weins, wie auch der inländischen Tabafsblätter vorzüglich geeignet ist, mit der mindesten Velästigung des Landes einen bedeutenden Theil des erforderlichen Staatseinstommens herbei zu schaffen, welches durch die zur Besörderung der Gewerbe und des freien inneren Verkehrs getroffenen Maaßeregeln verringert worden.

^{*)} Durch die weiter unten mitgetheilten späteren Berordnungen über die Ers hebung ber Branntweins, Braumalzs, Weins und Tabafs-Stener find mehrere Bes fimmungen des Geseses und der nachfolgenden Stenerordnung vom 8. Februar 1819 anfer Anwendung getreten. Des logischen Zufammenhanges und vortomennender Bezugnahme wegen konnten inbeffen die deir. Paragraphen aus bemi Texte nicht füglich weggelassen werden, sie find aber jedesmal als aufgehoben bezeichnet.

Bir haben bie hierauf sich beziehenden Verhältniffe forgfältig prüfen laffen, nnb verorbnen nach erfordertem Gutachten Unfers Staatsrathe beshalb nunmehr wie folgt:

S. 1. Giner Steuer find folgende Gegenstände unterworfen,

wenn sie im Inlande erzeugt werben:

1) ber Branntwein, 2) bas Braumalz,

3) ber Weinmoft,

4) die Tabafeblätter.

. Bestimmung bes Branntwein-Blafenginfes.

§. 2. Die Steuer vom Branntwein foll durch einen Blasenzins in dem Maaße erhoben werden, daß von jedem Quart Branntwein (zu 50 vom Hundert Alfohol nach dem Alfoholometer nach Tralles), welcher bei dem als Regel angenommenen Betriebe gewonnen werden kann, 1 gGr. 3 Pf. entrichtet wird.*)

Als Regel wird angenommen, daß ber in 24 Stunden erzeugte Branntwein von 50° Alfohol sich jum Blasenraum wie 1 zu 4 verhält, wonach ber Blasenzins 1 gGr. 3 Pf. auf Bier Quart

Blaseninhalt für jene Beit beträgt.

S. 3. Bei Brennereien, welche auf einen schnelleren Betrieb, als S. 2. angenommen worden, eingerichtet sind, wird der Blassenzist verhältnismäßig erhöht. Es sindet jedoch die Erhöhung erst Statt, wenn & mehr an Branntwein nach Beschaffenheit det Einrichtung in 24 Stunden erzeugt werden kann, und dann auch lediglich in gleichen Abstusungen mit & der Steuer.

S. 4. Für die schon bestehenden Brennereien, welche erweislich um & und mehr in der oben angenommenen Produktionssfähigkeit zurückleiben, kann in den nächsten zwei Jahren eine Erleichterung des Steuersages, nach Maaßgabe der zu ermitteluden Produktionsfähigkeit, auf & oder & auch bis auf & des S. 2. sestgesetzen Steuersages verlangt werden.

S. 5. Bei abgelegenen Brennereien von unbedeutendem Umfange kann eine Kixation bes Blafenzinses gestattet werben. **)

Bem bie Entrichtung bes Blafenginfes obliegt.

S. 6. Bur Entrichtung bes Blasenzinses als Branntweinsteuer ift ein Jeber verpflichtet, ber Destillirgerathe zur Bereitung

^{*)} An bie Stelle bes Blasenzinses trat in Folge bes Regulativs vom 1. Dogbr. 1820 und ber R. O. vom 10. Januar 1824 (s. unten) bie Maische feuer, und baburch find bie §§. 2 — 4. incl. bes Gesets ansgehoben.

^{**)} Bergleiche S. 14. ber Stenerorbnung über bie Art ber Fixation.

von Brannimein ober Liqueurs benugt. Gine Benugung ber Deftillirgerathe zu biefem Zwede wird allemal vermuthet.

Ausnahme.

S. 7. Frei von der Steuer ift für eine jede Apothete eine

Blase für bas Laboratorium bis zu 15 Quart Inhalt.*)

S. 8. Blasen, welche ber Gewerbtreibende auf einige Zeit zum Wassersochen ober zu einem anderen außergewöhnlichen Zwecke benutzen will, sollen ohne Entrichtung einer Steuer bazu freigesgeben werden, wenn ber Inhaber die Maaßregeln befolgt, welche die Steuerbehörde vorschreibt, um die Ueberzeugung zu erhalten, daß sie nicht zur Branntweinbereitung benutzt werden.

Bann und für welchen Zeitraum ber Blasenzins zu zahlen ift. **)

S. 9. Der Blasenzins muß in der Regel auf einen Zeitzum von 24 Stunden voraus entrichtet werden. Es stehet aber, wenn die Destillirgeräthe auf längere Zeit im Gange bleiben solsten, dem Steuerpflichtigen frei, ihn auch auf beliebige längere Zeit, jedoch immer von 24 zu 24 Stunden fortlaufend, voraus zu bezahlen.

S. 10. Wer erklärt, auf einen Monat, nämlich 30 Tage, ober auf eine längere Beit sein Destillirgerath benugen zu wollen, bem soll verstattet sein, ben Blasenzins erft am legten Monatsetage zu entrichten. Wer aber ben Zahlungstermin einmal verabsfäumt hat, kann in ber Kolge auf biese Erleichterung nicht mehr

Unfpruch machen.

S. 11. Wird wochen ober monatsweise die Bersteuerung angemelbet, so wird ber Blasenzins für eine volle Woche auf sechs Tage und für einen ganzen Kalendermonat auf 25 Tage

berechnet.

S. 12. Bei Versteuerungen über 24 Stunden findet ein verhältnismäßiger Erfas der entrichteten Steuer Statt, wenn wesen eines außerordentlichen Unfalls die Destillation nothwendig aufhören mußte.

**) An bie Stelle ber miter §. 9-13. incl. gegebenen Borfcpriften treten

Die Bestimmungen bes Regulative vom 1. Dezbr. 1820.

^{*)} Den Apothefern in ben Städten kann unter gewissen Controllmaaßregeln amfer jener flenerfreien Blase von 15 Duart zu pharmazentischen Zwecken, zur Bereitung ber bestillirten Wasser eine Blase von 60 bis 80 Quart, und wenn fie sich mit Bereitung ditherischer Dele beschäftigen, noch eine britte von 100—120 Quart verstattet werben. Diese Blasen sind jedoch nach §. 16—20. der Stenerordnung zu behandeln, und unterliegen der allgemeinen Aussicht der Steuserbehörde. C. R. d. F. Mt. dom 16. Aug. 1819.

S. 13. Brennereien in Berbindung mit einer Aderwirth-Schaft, gu welcher Rindvieh gehalten wird, fann eine 12 ftunbige Berfteuerungefrift verftattet werben, wenn mit Brenngerathen, welche die S. 2. angenommene Erzeugungefähigfeit nicht überftei= gen, gebrannt und auch nur eine Blafe bis 330 Duart Inbalt barin gebraucht wird.

Aufficht ber Steuerbeborbe.

S. 14. Das vorhandene Brenngerathe und bie Raume, in welchen Brennerei betrieben wirb, fteben unter Aufficht ber Steuerbeborde. Bon berfelben werden Die Destillirgeratbe für Die Beit, mabrend welcher bas Abzieben von Branntwein nicht geftattet ift, auf angemeffene Beise außer Gebrauch gesett.

Einschränfungen beim Betriebe ber Brennerei und bei Saltung von Brennereigeräthen.

S. 15. Ber Deftillirgerathe fertigt, ober jum Berfaufe vorräthig halt, fann bas Branntweinbrennen weber an bemfelben

Orte, noch im Umfange von 2 Meilen treiben.

S. 16. Innerhalb bes Grenzbezirfe fonnen fruber bestandene Brennereien nur erhalten und fortgefest, und neue nur angelegt und betrieben werden, unter Beobachtung ber Borfdriften, welche bie Bermaltung anzuordnen nothig erachtet, um bas Abgabenintes reffe zu fichern.

6. 17. Ber burch rechtsfraftiges Urtheil bas Recht. Branntwein zu brennen, verloren bat, barf fich fein Destillirgeratbe gang

oder theilweise balten. *)

II. Beffeuerung bes Braumalzes.

S. 18. Ber Bier aus Getreibe verfertigt, foll von jebem Bentner Malgichroot, **) welches jum Bierbrauen verwendet wird.

16 gor. entrichten.

In mit ber Bierbrauerei jugleich eine Effigbereitung vetbunben, ober wird Essig aus Malz in eigende bazu bestimmten Unlagen im Großen jum Bertauf bereitet; fo muß auch von bem Malaschroot zu Essig biese Steuer entrichtet werden.

*) Das Recht jum Brennereibetriebe geht verloren burch wieberholte Defran-

bationen ofr. §. 63. ber Steuerordnung.

**) Die Bierfabrifation aus anderen Substanzen als Branmalz, z. B. aus Bucker, Runtelruben, Kartoffeln 2c., unterliegt keiner Steuer. Geschieht bieselbe aber jum Berfauf und werben baju gewöhnliche Braugerathichaften (Pfannen. Bottiche) gebraucht, fo ift ber Brauer gu ber im S. 28. ber Stenerordnung porgeschriebenen Anzeige verpflichtet, und bie Branerei unterliegt ber allgemeinen ftenerlichen Kontrolle. (R. b. F. M. v. 14. Septbr. 1832.)

Wann bie Steuer vom Braumalze ju gablen ift.

S. 19. Die Bersteuerung bes Braumalzes muß erfolgen, bevor die Einmalschung geschieht.

Ausnahmen.

S. 20. Wer in Brauanlagen lebiglich zum Bedarf seines Sausstandes zu brauen sich verpflichtet, kann die Erlaubniß dazu, gegen Borausbezahlung einer Absindungssumme, auf einen bestimmten Zeitraum erhalten.*)

*) 1) Fernere Erleichterungen in Bezug auf ble Fixation ber Brauftener ent-

a) Die R. D. vom 2 Juni 1827. (G. S. 1827. p. 75.)

Bugleich will Ich ben Finanzminister ermächtigen, Abstüdungen wegen ber Braumalzsteuer bei ländlichen Grundbesitzern auch in weiterem Umfange, als dies nach §. 30. des Gesetze vom 8. Februar 1819 zulässig sein würde, namentlich auch dei bezwerkem Absat an die, dauernd oder zeitweise, im Lohne des Gewerdtreibenden stehenden Tagelöhner und Dienstfamilien, so wie zum Debit an einzelne, bestimmt anzugebende ländliche Schankstäten, unter Kestseung der ersorderlichen Controll-Borschriften, zu gestatten. Deber Absat an andere, als die im Firationsstertrage bezeichneten Bersonen, soll in einem solchen Kalle nach Borschrift der §§. 35 und 76. der Ordnung vom 8. Kebruar 1819 geahndet werden. Ich überslasse dem Staats-Ministerium diese Deklaration durch die Gesessammlung zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

b) Die R. D. vom 17. August 1831. (G. C. 1831. p. 173.)

Bur Erleichterung und Bereinfachung ber Braufleuer Rontrolle will 3ch nach Ihrem Antrage bie burch Deine Orbre vom 2. Juni 1827 ertheilte Ermachtigung ju Abfindungen wegen ber Braumalzstener babin erweitern: bag bergleichen auf Fixation ber Brauftener zeitweise gerichtete Abfindungen nicht blos auf bem Canbe ben Brauern ohne Unterfchieb, fontern auch in ben Stabten ber gesammten Brauerschaft nach bem Antrage ber Dehrzahl ihrer Mitglieber, gefattet werben tonnen, in soweit es mit Sicherung ber gefehlichen Steuer' Gus nahme vom verbrauchten Braumalze vereinbar ift. Auch fann bie Brauftener in ihrem bisherigen Betrage von 20 Gilbergrofchen fur ben Centner Dalgichroot als Mahlsteuer, sowohl bet Abfertigung bes Malzes zur Muhle, als beim Gins gang von Malgichroot in bie Stadt, in benjenigen mahlsteuerpflichtigen Stabten erhoben werden, wo biese Einrichtung nach ben örtlichen Berhaltniffen und nach Ihrem Ermeffen fur julaffig erachtet wirb, und die Debrzahl ber Brauer fich bafür erflart. In biefem Falle bleibt Gerften: und Weigen : Malgichroot, welches ju aubern Zwecken als jum Brauen bestimmt ift, von ber Mahlsteuer für Branmalz nur bann befreit, wenn entweber bas Malz vor ber Abfertis gung jur Muble mit robem Getreibe, ober bas Malgidroot, vor ber Ginfuhr in bie Stabt, mit Schroot aus robem Getreibe hinlanglich gemengt ift, um nicht jum Blerbrauen verwendet werden zu tonnen. Malgichroot ohne biefe Beimengung fann in solchen Stabten, frei von der Mahlsteuer, nur für diejenisgen Brennereien bereitet ober eingeführt werden, welche lebiglich Kartoffeln vers arbeiten und die von Ihnen über ben Berbrauch folches reinen Malgichroots aus quordnenden Kontroll = Maagregeln befolgen. Wo die Braumalgfteuer hiernach ale Mahlfteuer erhoben wirb, finden die gefetlichen Borfchriften und Strafbeftimmungen, welche für die Mahlsteuer bestehen, auch auf die Bereitung bes Braumalgichroots in kontrollpflichtigen Muhlen und auf ben Gingang bes Braus

S. 21. Die Verfertigung bes Haustrunkes in gewöhnlichen Rochkeffeln ift von ber Steuerentrichtung ganz frei, wenn bie Zubereitung allein zum eigenen Bedarf in Familien von nicht mehr als zehn Personen über vierzehn Jahren geschieht.*)

III. Befteuerung bes Beinmoftes. **)

S. 22. Die Steuer vom Weinmoste (Traubensaft) wird, mit Rudsicht auf die örtliche Berschiedenheit bes Gewächses, auf

1 Athlr.,

— 16 gGr.,

— 10

für ben Eimer auf ber Relter gewonnenen Moftes beftimmt.

S. 23. Es foll nach ber Lage und ber Beschaffenheit ber Beinberge und Weingärten festgesett werden, nach welchem Sate ber in jedem gewonnene Most zu versteuern sei.

In allen öftlichen Provinzen bes Staats, ingleichen in ber Provinz Westphalen, und in den Regierungsbezirken von Aachen, Cleve und Duffelborf sinden, wenn dafelbst Weindau getrieben wird, blog die beiden niedrigsten Säge Anwendung.

Ermäßigung.

S. 24. Eine Ermäßigung ber Steuer bis auf ben geringe ften Sat, findet in soweit Statt, als gehörig erwiesen wird, baß noch unversteuert in ber ersten hand befindlicher Wein umgeschlasgen ift.

malzschroots Anwendung. Sie haben biese Bestimmungen burch bie Gesetssamme lung befannt machen zu lassen.

*) Bu S. 21. find an vergleichen: 1) Das E. R. b. F. M. vom 8. Novbr. 1836.

Die Bereitung bes Haustrunks durfte hiernach nur in beweglichen (nicht eingemauerten) Keffeln Statt finden, was, als dem Sinne und der Absicht des Gessetzes entsprechend, von des Königs Majestät bei Gelegenheit einer ständischen Betition sanktioniet worden war. Durch das Circ. R. d. F. M. vom 16. März 1844. (Centribl. p. 40.) ist jedoch auf Allerhöchste Genehmigung für die Bezeitung des Haustrunks auch der Gebrauch eingemanerter Kessel nachgelas

fen, wenn es sonft gewöhnliche Rochfessel und nicht eigends zum Brauen eingerichtete Anlugen find.

2) Die §§. 75, 76 und 77. ber Steuerordnung welche die Kontrollvorschriften für die Bereitung bes haustrunts und bie Strafbestimmungen bei Contraventios

nen enthalten.

**) An die Stelle der §. 22 — 26. inel. find die Borfchriften des weiter unten mitgetheilten Gefebes vom 25. Septir. 1820. getreten.

²⁾ Rudfichtlich bes Berfahrens bei ber Fixation und beren Folgen bezüglich ber fleuerlichen Kontrolle, vergleiche ben §. 35. ber Steuerordnung und bie bort mitgetheilten Borfchriften.

S. 25. Wenn ber Ertrag eines Beinberge in einem Jahre nicht zu einem Sechstheil eines guten herbstes geschätt wird, so soll bavon die Steuer nicht erhoben werden, vielmehr erlassen sein.

Rablungefrift.

S.'26. Die Bahlung ber Steuer ift ber Steuerschulbige in ber Regel erst sechs Monate nach Aufnahme bes Weingewinns zu erlegen verpflichtet. Innerhalb biefer Frift muß aber ein Steuerschuldner bie Abgabe von feinem gangen Gewinn entrichten, sobalb er bie Salfte bavon in andere Sande gebracht bat.

IV. Besteuerung ber Tabafeblätter.*)

S. 27. Wer eine Grundfläche von mehr als fünf muthen mit Tabaf bepflanzt bat, foll vom Centner getrodneter Tabafs. blalter einen Thaler an Steuer entrichten.

S. 28. Was in Unsehung ber Jahlung ber Steuer pom Weinmoft (S. 26.) vorgeschrieben worden, findet auch bei Bablung

ber Steuer von ben Tabafeblättern Anwendung.

Der Eigenthümer, Pachter ober andere Inhaber eines Grund. ftude baftet bem Staate fur ben vollen Betrag ber Steuer von bem barauf gewonnenen Tabaf, auch in bem Fall, daß er ben Tabaf gegen einen bestimmten Antheil, ober unter fonstigen Bebingungen burch einen Andern hat anpflanzen und behandeln laffen.

V. Allgemeine Bestimmungen:

- a) wegen ber eigenen Lage einiger Lanbestheile.
- S. 29. Abgesondert gelegene und solche Landestheile, welche von Entrichtung bes Bolls und ber Berbrauchsfteuer fur frembe Gegenstände ausgeschloffen find, tonnen auch in Beziehung auf bie burch bieses Gefet bestimmten Gegenstände und auf ben Berfehr mit dem übrigen Inlande, eigene der Dertlichkeit angemessene Berfaffungen erhalten. **)
 - b) wegen Berguinngen bei Berfenbungen ins Ausland.
- S. 30. Bergütungen ber Gefälle bei Berfenbungen in bas Musland, finden in ber Regel nicht ftatt. Erforbern jeboch ort-

*) Anftatt ber SS. 27 - 29. incl. gelten jest bie Bestimmungen bes unten

mitgetheilten Gefetes vom 29. Marz 1828 über bie Tabats-Steuer,

**) Eine folche Maaßregel war beispielsweise für die Kreise Gestlingen und Hechlingen im Regierungsbezirk Magbeburg burch bie R. D. vom 25. Rai 1822 angeorbnet worben.

liche Berhältniffe zur Erhaltung bes handelsverfehrs im Großen solche Bergütungen, so sollen biese Berhältniffe berücksichtigt und besondere Bestimmungen deshalb ertheilt werden.*)

") Eine Bergutung ber fur die Fabrifation bes Branniweins entrichteten Maifco-

A. In gewiffen fallen für ben zu Fabrifationezwecken, namentlich zur Bleiweiße fabrifation, erweislich verwendeten Branntwein nach ben Referipten bes F. M vom 5. Febr. 1828 und 3. Dai 1832.

B. Bei Verfenbungen von inländischem Branntwein und zwar

1) in bae Ansland (b. h. über bas Bollvereinsgebiet hinaus)
In blefer Beziehung verordnet bie Allerhochft genehmigte Befannts machung vom 18. Octbr. 1838. (cfr. Amteblätier) unter Aushebung ber früher beshalb ergangenen Befanntmachung vom 19. Juni 1836 im Wefentslichen:

An Bergutung für ben ins Ausland exportirten Branntwein, wird, wenn berfelbe minbeftens 35 Brogent Alfohol nach Tralles enthält und in Mengen von wenigstens einem Gimer (60 Quart) auf einmal ansgeführt wirb, 10 Gilber= pfennige pro Quart Branntwein ju 50 Procent Tralles gewährt, wobei jedoch Die Alfohol-Prozente, welche nicht volle 100 betragen, außer Anfat bleiben. Gin Ursprungs-Nachweis über ben Branntwein wird nicht geforbert aber vorbehalten, und bie Ausfuhr muß über ein Saupt = ober bagu befugtes Nebengollamt 1. Rlaffe Auch zu einer Padhofe-Nieberlage, behufe ber von bort aus gegen Steuer-Bergutung zu bewirfenden Ausfuhr, fann ber Branntwein abgeführt von bort aus aber, wenn er nicht unmittelbar ins Ausland geht nur gegen Entrichs sung der Gingangeabgabe für fremben Branntwein in freien Bertehr ges fest werben. Eine erwiefene Defraubation ber Fabrifationes-Stener vom Brannts wein ober eine heimliche Wiebereinbringung bes gegen Steuer-Bergutung expors tirten Branntweins zieht außer ben Strafen, gleich jebem anberen Digbrauch bei ber Erportation, ben Berluft bes Anspruche auf Steuervergutung nach fich. Liqueure b. h. mit Bucker ober anderen Stoffen verfette Branntweine beträgt bie Bergutung nach ber zu ber obigen Befanntmachung ergangenen Girc. Berf. b. F. M. von bemfelben Tage wie fruber 6 Bfennige pro Quart. Beitere Unweisungen für bie Stenerbehörben hierüber enthält auch bas Circ. Refer. vom 10. April 1839.

2) Bei ber Aussuhr aus bem Inlande in bas Bereinsgebiet.
a) Nach ber Befanntmachung bes F. Di. v. 12. Dezbr. 1841. (Centribl.

1841. p. 273. u. Amteblätter) wird nach ben son ile nocht ben sonftigen Bestimmungen ber zu I erwähnten Besanntmachung vom 18. Octbr. 1838 für den nach Baiern, Murtem berg, Baden, Kurheffen, Großherzogthum Seffen, Raffan und ber freien Stadt Frankfurt ausgeführten inländlichen Branntwein eine Steuers vergutung von 9 Silberpfennigen für das Quart Branntwein zu 50 Prozent Alfohol nach Tralles gewährt; die Ausfuhr barf aber nur über dazu in ber Besanntmachung besonders bestimmte Boll = und SteuersStellen, und auf den für den Berkehr mit übergangspflichigen Gegenkänden (cfr. bei den Uebergangs-Abgaden) eröffneten Straßen erfolgen. Anch ist mit Ausnahme von Rassu und dem Baierschen Kheinkreis neben der Ausgangsbescheitigen ig ung eine jenseitige Eingangsbescheits bei nigung erforberlich. Der zu Packhofs-Niederlagen (cfr.-oben zu 1) abgeführte Brauntwein darf nur ins Aus eland nicht in das Bereinsgebie einet ausgeführt werden.

b) Das C. R. b. F. M. v. 31. Dezbr. 1841. (Centr. Bl. 1842. p. 116.) entshait dine Mobifikation ber in ber Bekanntmachung vom 12. Dezbr. 1841 benannten Steuerstellen, und bas R. b. F. M. vom 24. Juli 1843 (Centr.

c) wegen bet Gremtionen

S. 31. Eine Befreiung von den angeordneten Abgaben oder eine Schadloshaltung wegen behaupteter Exemtionen findet nicht Statt.

VI. Transitorische Bestimmungen wegen ber Borräthe

S. 32. Die Vorräthe an Branntwein, welche Gewerbtreisbende zu der Zeit, wann dieses Geset in Krast tritt, bestigen, und welche disher mit gar keiner, oder mit einer geringern Abzabe an den Staat belegt worden, als das Edist vom 28. Octos ber 1810., Abtheilung II. Rr. 5. (Gesetsfammlung vom Jahre 1810. Seite 36.) festgesetzt hat, sind einer Nachversteuerung unsterworfen. Es gelten dabei die Bestimmungen, welche die Bersordnung vom 26. Mai 1818., Abtheilung II. Rr. 2 die 5., vorsgeschrieben hat.

Shluß.

S. 33. Eine diesem Gesetze besonders beigefügte Ordnung bestimmt die Erhebungsweise der hierin angeordneten Steuern und die Verpflichtungen derer, welche dieselben zu entrichten und babei etwas zu beobachten haben.

Ordnung jum Gefet vom 8. Februar 1819.*)

wegen Berfteuerung, bes inländischen Branntweins, Braumalges, Beinmoftes und ber Tabaksblätter. (G. S. 1819. p. 102.)

Wir Friedrich Wilhelm, 2c. 2c. Ueber die Erhebungs-Beise bei der durch das Gesetz vom heutigen Tage angeordneten, Besteuerung des inländischen Branntweins, Braumalzes, Weinsmostes und der Tabatsblätter setzen Wir nach erfordertem Gutsachten Unsers Staatsraths wie folget fest:

*) Bur Aussuhrung bes Gefetzes und ber Ordnung vom 8. Februar 1819 haben die Stenece-Behorben in ber Instruktion vom 5. Rai 1819. (Schimmele

fennig inbir. Steuern. I. p. 53.) Anweisung erhalten.

Bl. 1843. p. 190.) die Borfchriften bei einer erforderlichen Abanberung ber Richtung eines Transports von auszuführendem Brauntwein. Auch ift durch die Berfügung vom 7. April 1842 eine Stenervergütung auf inländischen ins Bereinsgebiet ausgeführten Aum für unzuläfüg, bei Liqueuren aber nach den Maaßgaben der Bestimmungen oben zu 1. für zulässig ertlärt. (Centril. 1842. p. 278.)

I. Berfteuerung bes Branntweins.

S. 1. Auf den Grund des allgemeinen Steuersages von 1 gGr. 3 Pf., won Bier Quart Blaseninhalt, sollen nach der in den verschiedenen Provinzen geltenden Münzeintheilung, Erhebungstariss bekannt gemacht werden, wonach die Steuer in steigenden Sägen von 4 zu 4 Quart Blaseninhalt, ohne Berückssichtigung der Zwischensummen, zu erlegen ist. Den Brennereisbesigern, welche zu einem höhern Blasenzinse verpflichtet sind, oder welchen ein minderer Blasenzins verstattet wird, sollen in gleicher Art ausgerechnete Spezialtariss zugestellt werden.

S. 2. Wo es auf die Ausmittelung des Gehalts an Alfohol im Fabrifate ankommt, soll dazu allein der Alfoholometer

von Tralles gebraucht werben. **)

Erhöheter Blafengine.

S. 3. Bei schon sest vorhandenen Brennereien, beren Inhaber solche zu einem schnellern Betriebe verändern, tritt der durch die Berbesserung erhöhete Steuersatz erst vier Wochen nach dem Anfange der Benutung der veränderten Anlage ein. ***)

S. 4. Brennereien, welche fich zu einem erhöheten Blafen= ginfe eignen, zeigt bas Steueramt ber Regierung an, welche nach

erfolgter Prüfung ben erhöhten Sag bestimmt.

S. 5. Halt sich ber Besitzer ber Brennerei burch biese Bestimmung verlett, und findet eine Bereinigung mit ihm nicht Statt, so tritt, nachdem er zu einem Sate, ben er mit Berückssichtigung ber Bestimmung im Geset S. 3. geben zu können

Mückschilich ber Stärfe (b. h. ber größeren ober geringeren Berdünung mit Wasser) unterschiebet man boch treftisirten Weingeist (Alsohol), re ktifizirten Weingeist und Branntwein. Branntwein, so wie er im Hans bel vorsonmt und resp. zum Genuß bestimmt ist, ift also, so lange er mit andern Stossen nicht versetzt worden, eine Mischung von Wasser und Alsohol. Bur Ermittelung des Mischungsverhältnisses dienen die Alsoholometer, unter denen die dom Doctor Richter und fräter vom Prosessor kralles hierselbst im Jahre 1810 construirten die besten sind. Der Richtersche glebt den Alsohologehalt nach dem spezissischen Gewichte an, der Trallessche Alsoholometer aber nach dem Bolumen, und da der Branntwein im Handel nicht gewogen, sondern gemessen, b. h. nach dem Bolumen versauft wird, so ist der Trallessche Alsoholometer für den allgemeinen Gebrauch zwecknäßiger, auch in Prensen gesehlich eingesührt. Die gesesliche Stärfe des Branmtweins beträgt übrigens 50 Brozent nach dem Alsoholometer von Tralles, und ein solcher Branntwein besteht hiernach ans einer Mischung von gleichen Scala hat Branntwein von solcher Rischung etwa 36 Proc. also 36 Psind Alsohol unter 64 Psind Basser.

***) Die §§. 3 - 13. incl. find burch bas Maischsteuer-Regulativ vom

1. Dezbr. 1820 außer Unwendung getreten.

^{*)} Der S. 1. ift aufgehoben burch bas Regulativ vom 1. Dezbr. 1820.

glaubt, fich erffart hat, eine ichieberichterliche Enticheidung auf

folgende Art ein:

S. 6. Es bilbet sich eine Kommissionen von drei oder fünf Mitgliebern, nämlich aus dem Landrathe des Kreises und aus Männern, welche mit dem Betriebe der Branntweinbrennerei vertraut sind. In Städten von mehr als 3,500 Civileinwohnern nimmt die Stelle des Landraths der Bürgermeister oder ein ans deres Mitglied des Magistrats ein, welches der Bürgermeister ernennt.

Wenn sich beibe Theile nicht ausbrücklich einigen, jeder nur einen Sachkundigen zu gestellen; so mählt der Inhaber der Brennerei, welche geschätzt werden foll, zwei, und die Steuerbesbörde die beiben übrigen Personen, welche letztere nicht Brenner aus dem Orte sein burfen, in welchem die zu beurtheilende Brensnerei belegen ist.

Nur in Folge folder Gründe, welche gesetlich von der Zeug= nifiablegung vor Gericht entbinden, können sich die gewählten Personen entziehen, in der Sache, nach beren möglichst genauer

Untersuchung, ju entscheiben.

S. 7. Dieser Kommission gesellt sich noch ein Steuerbeamster bei, der jedoch an dem Beschlusse keinen Theil nimmt, sonsbern nur Nachrichten über die Gründe, welche den Antrag auf Erhöhung des Blasenzinses veranlaßt haben, mittheilt.

S. 8. Die Kommission entscheidet auf vorhergegangene Ersörterung nach Mehrheit der Stimmen, ob und um wieviel Sechstel ber Blasenzins zu erhöhen sei. Gegen diese Entscheidung findet

ein weiterer Refurs nicht Statt.

S. 9. Bis die Kommission entschieden hat, wird bei ältern Brennereien nach dem bisherigen, bei neu angelegten Brennereien nach dem allgemeinen Sate (Geset S. 2.) die Steuer gezahlt. Ift durch diese Entscheidung eine Erhöhung ausgesprochen, so muß der erhöhte Blasenzins von dem Tage an bezahlt werden, an welchem die Bestimmung der Regierung nach S. 4. hätte zur Ausführung kommen sollen.

S. 10. Die Entscheidung der Kommission bleibt so lange in Kraft, bis in der Einrichtung der Brennerei eine Berändesrung vorgenommen wird. Alsdann steht es sowohl der Steuersbehörde als dem Inhaber der Brennerei frei, auf eine neue Schätzung anzutragen, wenn eine Bereinigung unter ihnen nicht

Statt finbet.

S. 11. Die Roften ber Schätzung trägt berjenige Theil, gegen bessen Behauptung die Entscheidung ber Kommission ausställt. Bestätigt sie feine der gegenseitigen Behauptungen, so werden bie Kosten von beiden Theilen getragen.

Ermäßigter Bins.

S. 12. Die Ausmittelung ber geringern Produktionsfähigskeit zur Bestimmung eines ermäßigten Blasenzinses sindet, wenn sich der Inhaber der Brennerei bei der Bestimmung der Steuerbehörde nicht beruhigen zu können glaubt, in eben der Art Statt, wie oben in Betreff des erhöhten Blasenzinses vorgeschrieben worden, zu welchem Ende dersenige, welcher darauf anträgt, von den Sägen S. 4. des Geseges densenigen bestimmt angeben muß, welchen er der Produktionsfähigkeit seiner Blase angemessen hält.

S. 13. Eine geringere Produktionsfähigkeit einer Brennereianlage, welche durch bloße Umanderung der Feuerung verbeffert werden kann, begründet die Ermäßigung des Blasenzinses nicht.

Fixation.

S. 14. Eine Firation des Blasenzinses, wo solche nach S. 5. des Gesetze Statt finden kann, hängt von dem freien Uebereinsommen der Verwaltung mit dem Steuerpflichtigen ab. In dem Firationsvertrage sind zu dem Ende die gegenseitigen Bedingungen bestimmt auszudrücken.*)

Jebenfalls tann aber bie Steuerbehörde ben Fixationsverstrag als aufgehoben betrachten, wenn die Brenn-Geräthe veransert worden, ober wenn eine Erweiterung des Betriebes, der bem Abkommen zum Grunde lag, Statt gefunden bat.

Bergütung für unterbrochenen Betrieb.

§ 15. Wenn wegen eines Unfalls die Destillation untersbrochen werden muß, so ist dies sogleich dem Steueramte anzusteigen, welches die Richtigkeit der Angabe an Ort und Stelle untersuchen, und das Destillirgerath vorschriftsmäßig außer Gesbrauch setzen läßt. Die Steuervergütung erfolgt durch Rückzahslung für diesenige Zeit, während welcher noch zu brennen war, nach erfolgter Genehmigung der Regierung. **)

Ermittelung ber Brenngerathe, und Aufficht barauf.***)

S. 16. Jeder Inhaber einer Brennerei ober eines eingerich-

**) An bie Stelle biefer Borfchrift ift bie Beftimmung bes §. 8. bes Regus lative vom 1. Decbr. 1820 getreten.

***) Bu ben §§. 16 und 17. find gu vergleichen:

^{*)} Beitere Bestimmungen über Fixationen bei ber Branntweinsteuer enthält bas unten mitgetheilte Regulativ vom 21. August 1825.

^{1.} Im Allgemeinen ber §. 11 bes Regulativs vom 1. Decer. 1820, wonach bas, was von ben

teten Deftillirgerathe ift gehalten, innerhalb eines Termins, welden jebe Regierung befannt machen foll, bem Steueramte eine Rachweisung einzureichen, worin bie Raume gur Brennerei bie Brenngeräthe, als: Blasen, Schlangen, Rühler, Helme, Maisch-wärmer und Maischbottiche, ingleichen ber Quartinhalt ber Blafen, Maifcmarmer und Maifchbottiche genau und vollständig angegeben fein muffen. Gleiche Berpflichtung gur Unzeige binnen brei Tagen liegt ihm ob, wenn neues Gerathe angeschafft, ober wenn bas vorhandene gang ober jum Theil abgeandert, oder in ein anderes Lofal gebracht wird.

S. 17. Inhaber von Brennereien fo wie andere Perfonen, wenn legtere Destillirgerathe, nämlich Blasen, Selme und Rubler blog besigen, ober folche verfertigen, ober

Deffillir- und Brenngerathen in ber Steuerorbunng gefagt ift, auch von ben Maischgerathen gilt.
2. Begüglich ber Ermittelung ber Gerathe

a) §. 11 bes Regulative vom 1. Decbr. 1820, wonach ber obigen Geratbes

Rachweifung ein Grundrif ber Brennerei beigufugen ift. b) bas R. b. F. M. vom 16. Februar 1841. (Centr.-Bl. 1841. p. 78.), bie Dampfteffel find Theile bes Deftillitigerathes, baber in bem Brennerei-Ins ventarium nachzumeisen und von Seiten ber Brennerei-Inhaber gehörig aus gumelben, refp. in bem Betriebsplan aufzuführen.

c) R. b. F. Dr. v. 14. April 1839 (Centr. 281. p. 112.) Bur Abgabe ber in ben SS. 17 und 28. der Steuerordnung vorgofchriebenen Anmelbungen ber Raume und Gerathe und ber damit vorgenommenen Umanberungen ift bei verpachteten Brennereien und Brauereien nicht ber Gigenthumer, fonbern ber Bachter als berjenige, ber bie fteuerpflichtige Fabrifation betreibt, und mit bem es die Steuerverwaltung allein au thun hat, ver-

Bezüglich ber Aufficht auf bie Gerathe. a) R. b. J. M. vom 22. Mai 1833. (v. R. Ihrb. Bb. LXI, p. 277. Graff.

Bb. VI. p. 323.)

Da zuweilen ber Bertauf von Brenns und Brangerathschaften unmittelbar burch bie Gerichte im Bege ber Auftion ober fonft geschieht, fo merben fammts liche Ronigliche Gerichtsbehörben gur Beforberung ber burch jenes Gefet bezwede ten Controlle ber Steuerbeborben uber bie Befiger folder Berathichaften, bem Berlangen bes herrn Finang = Miniftere gemaß, hiermit augewiefen, in folden Fallen bie Uebergabe ber Gerathichaften an ben Raufer nicht eher ju veranlaffen, als bis berfelbe gefehliche Anzeige bei bem Steueramte felbft gemacht und bie von bemfelben barüber erhaltene Bescheinigung ju ben Aften eingereicht hat.

b) R. b. F. M. vom 10. Juli 1838. Auftione-Commissaire, welche folche Gerathe bloß im Auftrage von Brivatpersonen vertaufen, find nicht Besit er berfelben im Sinne bes Gefetes; fie tonnen baher zu ber vorgeschriebenen Anzeige nicht angehalten und, falls fie unterbleibt, nicht bestraft werben, vielmehr ist dann auf die betr. Privatperson zu-rückzugehen. Bei gerichtlichen Auftionen ist das R. d. J. M. vom 22. Mai 1833. (f. unter a.) maußgebenb.

Die Strafbestimmungen ju S. 16. enthält S. 66. - ju

S. 17. bagegen &. 73 ber Stenerorbnung.

Sandel bamit treiben, barfen diefelben weder gang noch theilweife, weber neu, noch ausgebeffert, aus ihren Sanden geben, bevor fie es bem Steueramte ihres Wohnorts angezeigt, und barüber eine Bescheinigung von biesem erhalten baben.

Bermeffung ber Blafen. *)

Die vorhandenen, die fünftig aus den Kabrifationsftellen verkauften, bie vom Auslande eingehenden, und bie umgeanberten Blafen werben von bem Steueramtern nachgemeffen. ber Quartinhalt wird barauf eingegraben und fie sowohl, als bie Belme und Rubler, werben mit Rummern, und fo weit es thunlich ift, mit einem Stempel verseben. Auch die Daischbottiche muß ber Brennerei-Inhaber nummeriren, und bie Bahl fo wie ben Quartinhalt barauf beutlich mit Delfarbe bezeichnen, ober eingraben. **) S. 19. Bei Bermeffung ber Blafen ift berjenige innere

Raum, welchen fie vom Boden bis zur außerften Mundung bes

Randes baben, obne allen Abzug, auszumitteln.

S. 20. Die Steueramter find verpflichtet, eine amtliche Befcheinigung ber gefchehenen Anmelbung, ber Bermeffung, ihres Ergebniffes, und ber Art ber Bezeichnung zu ertheilen, worin bie Befchaffenheit ber Brenngerathe genau befchrieben fein muß. Diefe Befcheinigung bient zur Ausweifung über ben Befig ber Geratbe.

Aufficht auf bie Blafen.

S. 21. Die ju ben Brennereien geborigen Gerathe muffen in ben Brennerei=Räumen zusammen aufbewahrt werben. maischungen außerhalb ber angegebenen Räume, auch in andern

als ben verzeichneten Maischbottichen find verboten.

Destillirgerathe, vornehmlich Blafen, fteben fo lange, als fie nicht zum Gebrauch angemelbet werben, bergestalt unter befonde= rer Aufficht ber Steuerbeborbe, bag ihre Benugung nicht erfolgen barf. Bei Personen, welche blog bamit handeln, aber fie gum Sandel verfertigen, find folche biefer Aufficht nicht unterworfen.

Berfahren bei ber Benugung und Berfteuerung.***)

S. 22. Wer fleuerbare Destillirgerathe benugen will, erhalt

**) Die Strafe bei Unterlassung ber vorgeschwiebenen Bezeichnung ber Ges rathe bestimmt S. 66. ber Steuerorbnung.

^{*)} Bas in ben §§. 18 und 19 von ber Bermeffung ber Blafen gefagt ift, gilt nach S. 11. bee Regulative vom 1. Decbr. 1820 jest auch fur bie Daifchbottiche.

^{•••)} Die Borfchriften in ben §§. 22 nub 23. find in Folge ber Ginfuhrang

unentgeltlich vom Steneramte ein Versteuerungsbuch, in welchem bie Brenngeräthe und die Mäume verzeichnet werden. Der Brennberechtigte ist gehalten, in den dazu bestimmten Spalten bes Versteuerungsbuchs, jedesmal vor der Einmaischung, den Tag, wann die Einmaischung Statt hat, die Gattung und Scheffelzahl des gemaischten Getreides, oder anderer Fruchtarten, einzutragen, das Versteuerungsbuch bei Anmeldungen des Vernnereibetriebes mitzubringen, ingleichen dasselbe an einem dazu bestimmten Orte reinlich und dergestalt auszubewahren, daß es dem revidirenden Beamten zu jeder Zeit zugestellt werden kann.

Von vier zu vier Monaten wird folches von Brennereibezrechtigten an bas Steueramt gegen ein neues abgeliefert, jedoch fann bas alte, nach bavon gemachtem Gebrauche bei ber Register

revision, ale Eigenthum gurudverlangt werben.

S. 23. Sollen die Blasen in Gang gesett werden, so zeigt ber Brennereibesiger bem Steueramte, innerhalb ber Dienststunden, die Stunde an, wann dies geschehen soll, ingleichen, wie lange sie nach Maaßgabe der gesetlichen Bestimmungen im Gange bleis ben follen.

Das Bersteuerungsbuch wird bem Amte babei mit vorgelegt, welches barin die jedesmalige Anmeldung nach ihrem ganzen Umsfange einträgt und den Betrag der Steuer vermerkt. Unterbleibt die Borlegung des Versteuerungsbuches, so muß der Anmeldende gewärtigen, daß die Freimachung des Destillirgeräths nicht erfolgt.

Freimadung bes Destillirgeraths.

S. 24. Sind die Destillirgeräthe durch Ablieferung eines Theils derselben außer Gebrauch gesetzt, so veranlaßt das Steuersamt die Auslieferung des ausbewahrten Geräths in der angezeigzten Stunde. Ist die Brennerei über eine halbe Meile vom Orte der Ausbewahrung des Geräths entlegen, so wird für das hins und herbringen desselben, sedesmal eine Stunde für sede halbe Meile an Zeit zugegeben.

Wenn die Destillirgeräthe an Ort und Stelle außer Gesbrauch gesett fiud; so bestimmt das Steueramt, nach Maaßgabe der früheren Anmeldungen Anderer, wann sich ein Beamter zur Aufhebung des Berschlusses in der Brennerei einfinden wird. Der Brenner ist nicht gehalten, langer als eine Stunde über die bestimmte Zeit auf den Beamten zu warten, und kaun nach deren

ber Maischsteuer Statt bes Blasenzinses burch bas Regulativ v. 1. Dectr. 1820außer Anwendung gesommen. Mamentlich ist an die Stelle des oben erwöhnten Berstenerungs-Buches eine Betriebsbeklaration nach dem in der Beilage zum Regulativ vom 1. Decbr. 1820 mitgetheilten Muster getreten.

Ablauf, wenn ein befannter und glaubwürdiger Mann gegenwärtig ift, und biefer ben Berichlug als unverfehrt anerfannt bat, benfelben abnehmen. *) Der Besiger ber Brennerei muß bie Materialien jur Berfiegelung ober jum Berfchluffe und zwar in guter brauchbarer Gigenicaft liefern.

Berlangerung ber Anmelbung. **)

S. 25. Dem Steuerpflichtigen fteht es frei, vor Ablauf ber Berfteuerung fie von neuem anzumelben und bie Steuer fur eis nen weitern Termin zu entrichten; geschieht bies nicht, fo muß er bas Deftillirgerath, welches er von ber Steuerbeborbe empfing, aur Stunde abliefern.

Wird die Ablieferung unter 24 Stunden verspätet, fo folgt baraus bie Rachzahlung eines Blafenzinses von 24 Stunden. Bei langerem Berguge muß ber Blasengins boppelt erlegt werben.

- S. 26. Kindet Berfchlug in der Brennerei Statt, fo foll fich ein Steuerbeamter bafelbft einfinden, und nach Ablauf ber Berfteuerungefrift den Berichlug obne Aufenthalt vornehmen.
- Berfteuerung bes Braumalzes, ***) Erforderniß Π. einer Baage.
 - S. 27. Jebe Brauerei foll mit einer Waage mit eifernem

••) Der S. 25. ift burch bas Regulativ vom 1. Decbr. 1820 aufgehoben.

***) Die Rontrollvorschriften fur ben Brauereibetrieb find:

2) Insbefondere bezüglich ber Verwiegung bes Malzschrotes: a) bie & D. vom 2. Juni 1827. Absah I. (G. S. 1827. p. 75.)

To Centuer nicht berudfichtigt wirb,

in gleichem Maage auf bas jur Berfteuerung fommenbe Braumaly Anwens bung finden foll.

b) die R. d. K. M. v. 25. Mai 1833, 11. März 1836 und 18. Sep-tember 1837.; siehe zur R. D. vom 10. Januar 1824 wegen der Bran-Reuer. (unten.)

^{*)} Bebe Berletung bes amtlichen Berfchluffes ber Gerathe außer bem oben erwähnten Falle ift ftrafbar und nach §. 69. ber Steuerordnung jn ahnben.

¹⁾ Im Allgemeinen modifizirt burch bie weiter unten in ben Rachtragen. gu ben Steuergefegen vom 8. Febr. 1819, mitgetheilte R. D. vom 10. Januar 1824.

Auf ben Bericht und nach bem Antrage bes Staatsministeriums, will 3ch in Erganzung und Erlauterung bes Gefehes wegen Beftenerung bes inlanbifchen Branntweins, Braumalzes ic. vom 8. Februar 1819 und ber ju biesem Gefete gehörenben Ordnung vom gleichen Tage, bestimmen, daß bie Borfchriften bes Gefetes über die Dahl= und Schlachtftener vom 30. Mai 1820. S. 4., wonach an b. bei ber Berwiegung von ftenerpflichtigem Korn ober Mahlwert fur ben Sad nichts abgerechnet wirb, auch es feinen Unterschieb macht, ob bas Getreibe troden ober angefenchtet fei, und gu c. bagegen bei ber Berwiegung jeber Getreibepoft ein Uebergewicht unter

gleicharmigen Balten, worauf wenigstens 5 Centner auf einmal abgewogen werden können, und mit den erforderlichen geaichten Gewichten versehen sein. Bis solche angeschafft worden, kann ber Betrieb ber Brauerei versagt werden.

Anzeige vorhandener Braupfannen und Bottiche.

S. 28. Ein Jeder, welcher Bier und Essig zum Berkauf brauet, (Geses S. 18.) ist in eben der Art, wie oben S. 16. in Absicht der Brenngeräthe vorgeschrieben worden, verpflichtet, das Steueramt in Kenntnis bavon zu setzen, wieviel Pfannen und Bottiche er besitzt, und welche Beränderungen in der Folge das mit, oder in Ansehung des Raums vorgehen.

Inhaber von Brauereien und andere Personen, wenn Lettere Braupfannen bloß besitzen, ober sie verfertigen, oder handel das mit treiben, dursen tiese Pfannen nur unter Beobachtung eben ber Bestimmungen aus den händen geben, welche im §. 47. in

Unsehung ber Destillirgerathe vorgeschrieben finb.*)

Berfahren bei ber Berfteuerung. Unmelbung.

\$. 29. Wer eine Brauerei betreibt, ift verpflichtet bem Steueramte schriftlich anzuzeigen, wie viel Malzschrot er zu jestem Gebräube nehmen, an welchem Tage und zu welcher Stuube er einmaischen wird, und bie Steuer von ber angemelbeten Besschidung gleichzeitig zu entrichten.**)

Es fieht dem Steuerpflichtigen frei, diese Anzeige, so oft er brauet, zu machen, oder im Boraus für einen bestimmten Zeitzaum. Im lettern Falle kann er die Steuer für den ganzen Zeitraum vorgus bezahlen, oder für jede Maischung besonders.

por beren Eintritt.

S. 30. Die Anmelbung muß, wenn bes Bormittags gemaischt werben soll, spätestens am Nachmittag bes vorhergehenden Tages, und wenn Nachmittags gemaischt werden soll, spätestens am Bormittage besselben Tages brei Stunden vorher, in beiden Fällen auch mährend ber Dienststunden erfolgen.

Berichtigung berfelben.

S. 31. Berichtigungen biefer Anmeldungen beim Amte sind zuläfsig, wenn sie minbestens an bem ber beabsichtigten Beränderung vorhergebenden Tage geschehen.

[&]quot;) Bergleiche die an §. 16 und 17 ber Steuerordnung (oben S. 110.) mits getheilten Bestimmungen, welche auch auf die Braugerathe Anwendung finden,

"") Die Strafe der ohne Anmeldung und Bersteuerung bewirften Einmaisschung bestimmt §. 75. der Steuerordnung. Das Muster zu den Steuerbuchern ist hinter der K. D. vom 10. Januar 1824 wegen der Brausteuer abgedruckt.

Soll bie Befchidung barnach verftärft werben, ober follen neue Gebraube hinzutreten; fo wird bie Steuer bavon gleichzeitig

entrichtet.

Soll ein Gebräude eingestellt, ober die Beschickung verminbert werden; so bringt ber Steuerschuldige die schon entrichtete Steuer bei ber nächsten Zahlung in Anrechnung.

Einmaischung.

S. 32. Die Einmaischungen burfen nur geschehen in ben Monaten vom Oftober bis einschließlich Marz von Morgens 6 bis Abends 10 Uhr, in ben übrigen Monaten aber von Morgens

4 bis Abends 10 Uhr.*)

S. 33. Der Grauer ist verpflichtet, die Ankunft eines Steuerbeamten zur angezeigten Stunde des Einmaischens (S. 32.) abzuwarten. Findet sich derselbe ein, so muß alsdann sogleich das Malz in dessen Gegenwart abgewogen, und mit der Einmaischung vorgeschritten werden; der Brauer darf aber die Einmaischung erst, nachdem eine Stunde gewartet worden, ohne dessen Gegenwart verrichten.

Nachmaischen.

\$. 34. In der Regel soll die ganze Beschickung auf eins mal eingemaischt werden, so daß keine Nachmaischung Statt fin-

den darf.

Bird aber eine Brauerei regelmäßig mit Nachmaischen betrieben; so muß ein= für allemal angezeigt werden, in wie viel Abtheilungen, und mit welchem Gewichte für jebe Beschickung, gemaischt werden soll.

Brauen zum Sausbedarf.

S. 35. In ben Fällen S. 20. und 21. des Gesets, ift ein sebes Ablassen ber zubereiteten Getranke an nicht zum haushalt gehörige Personen untersagt.

Die Fixation (§. 20. baselbst) geschieht nach freiem Ueber-

einfommen mit ber Steuerbeborbe.

Wer von der Bewilligung im §. 21. des Gefeges Gebrauch machen will, muß solches der Steuerbehörde zuvor in jedem Jahre anmelden, und darüber einen Anmeldungsschein sich ertheilen laffen.**)

^{*)} Die Strafe für bie Abweichung von biefer Borfchrift bestimmt §. 78. ber Steuerordnung (vergleiche auch die Bemerkung jum §. 11. bes Regulative vom 1. Dezbr. 1820 unter 1. litt. d.)

[&]quot;) Bu S. 35. ist zu bemerten:
1) bie Strafen fur bie Contraventionen gegen bie im 1. und 3. Abfag gegebenen Bo-fchriften enthalten bie SS. 76. und 77, ber Steuerordnung.

Berfteuerung bes Beinmoftes. *)

S. 36. Bur Ermittelung bes Steuersages, welcher vom Weinmoft bezahlt werben muß, follen vollftanbige Rachweisungen von ben vorhandenen Beinbergen und Beingarten aufgenommen werden, woraus die Große ber mit Beinftoden bepflanzten Klache. Die Eimergabl, welche in einem guten Berbfte bavon gewonnen

2) Wegen ber Fixation find jundchft bie oben ju §. 20. bes Gefetes vom 8. Rebruar 1819 S. 103, mitgetheilten R. Orbres vom 2. Juni 1827. Abf. 2. und vom 17. Aug. 1831 zu vergleichen. Ueber bie Maafgaben ber Firation felbst bestimmt als allgemeine Norm bas Circ. R. b. F. D. v. 21. Juni 1830 unter Anfhebung ber fruher bieferhalb ergangenen Generalverfugung bom 20. Januar 1828 im Befentlichen Folgenbes:

a) bie Steuerbehörden haben fich ju bestreben bie Fixation bei allen Branereien, beren Inhaber bas unumganglich erforberliche Bertrauen verbienen, namentlich aber bei folden Brauereien Gingang ju verfchaffen, beren Betrieb ben Umftanben nach fcwer unter fpezieller Controlle ge-

halten werben fann.

b) bie Firationevertrage werben von ben Sanptamtern unter Genehmiaung ber Brovingial-Stenerbeborbe minbeftene auf 1 3ahr, jeboch (unter Borbehalt 3monatlicher Runbigung) auch auf mehrere Sahre abgefchloffen.

c) Das Recht den Bertrag vor Ablauf beffelben jebergeit aufzuheben wird

porbehalten

beiben Theilen bet wefentlicher Beranberung in ber Braumalafteners

Berfaffung,

ber Bermaltung, wenn von bem Brauerei-Inhaber Bertragebebingungen verlett, namentlich bie Abfindungesummen nicht punttlich bezahlt werden bem Brauerei : Inhaber im Fall ber Beraugerung ober Berpachtung

ber Brauerei, ober feinen Erben, wenn fie ben Bertrag nicht fortfeben wollen, ober wenn bie Brauerei burch unvorhergesehene Falle gerftort

ober wenigstens & Jahr betriebsunfahig wird. d) Fir die Dauer bes Fixationsvertrages bleiben die §§. 29 — 34, 60 — 65., soweit fie die Brauerel betreffen und 75 — 78. (alles einschließlich) ber Stenerordnung vom 8 Rebr. 1819 fowie bie Bestimmungen ber R. D. v. 10. Januar 1824 auf bie firirte Braueret außer Anwendung, Gben fo uns terbleiben bie gewöhnlichen Revifionen burch bie Steuerauffeher, fo bag ber firirte Brauer, ohne vorherige Meldung, ohne Gegenwart ber Steuerbeamten im beliebigen Umfange brauen fann, auch in ber Dalgichroot:Aufbewahrung und bem Bierzuge nicht beschränft ift. Dber-Controleure und andere Beamte gleichen ober hoheren Ranges fonnen bagegen bie Brauerei besuchen und ber Inhaber ift ihnen in Bezug auf feinen Betrieb jebe erforberliche Ausfunft zu geben schulbig.
e) Borrathe an Bier und Burge burfen nach Ablauf ber Fixations Beriobe

nur in foweit vorhanden fein, als ber Nachweis geführt werben fann, baß gleiche versteuerte Borrathe beim Anfang ber Fixatione-Beriobe mit binuber-

genommen finb.

Spatere Dein. Refer, enthalten noch andere nur fur bie Stenerbehorben

bestimmte Borfchriften für bie Fixation ber Brauereien.

*) Durch bas unten in ben Nachtragen ju ben Stener-Gefegen vom 8. Februar 1819 mitgetheilte Befes vom 25. Septbr. 1820 ift ftatt ber Deins moft-Steuer eine Bein-Steuer eingeführt, und es find baburch bie §§. 36 bis 41, inel. ber Steuerorbnung außer Anwendung gefommen.

wird, und ber Mittelpreis, ber vom Eimer Bein bezahlt zu wer-

ben pflegt, erfichtlich find.

S. 37. Diese Klassischteinerzeichnisse werden von ortstundigen und sachverständigen Beamten aufgenommen, dann in seder Gemeinde 14 Tage lang zur Einsicht der Weinbauer offen gelegt, deren Erinnerungen niedergeschrieben, von dem Landrathe des Kreises geprüft, und nach dessen Gutachten an die vorgeseste Regierung befördert, welche darüber zu entscheiden, und die in der Klassissation etwa nöthigen Abanderungen zu verfügen hat.

Beränderungen durch Anlegung neuer Weinberge, werden mit jedem Jahre zum Kataster gebracht, genießen aber drei Freijahre, eingehende werden abgesett. Dies geschieht fährlich im

Monate September, sobald bie Beinberge geschloffen find.

S. 38. Alsdann läßt jede Regierung zugleich durch unbefangene Sachverständige in den verschiedenen Beinbezirken untersuchen: ob Aussicht zu einem vollen &, &, &, & oder & Berbst vorbanden. Die Ergebniffe bienen zur fontrollirenden Berglei-

dung mit ben nachberigen Angaben.

S. 39. Wird ber Ertrag zu z eines guten herbstes ober höher geschätt: so bestimmt die Regierung durch öffentliche Kundsmachung den Zeitraum, wo jeder Eigenthümer des Gewinns verspsichtet sein soll, dessen Betrag nach Eimern der Steuers oder Gemeinde-Behörde, anzuzeigen, der Wein mag sich noch in Butsten besinden, oder auf Fässer geschlagen sein. Zeder Eigenthümer hat hiermit zugleich die bestimmte Angabe des Ausbewahsrungsorts, und des in einzelnen Fällen etwa nöthig gewordenen Ausschlaß der Lese oder Kelterung zu verbinden.

S. 40. Nach geschlossener Anmelbung findet die Untersuschung der Bestände Statt. Geschieht solche von einem Steuersbeamten, so sind die Gemeindebeamten verpflichtet, denfelben bei diesem Geschäfte nach seiner Anleitung zu unterstützen. Sat die Lese und Kelterung in einzelnen Weinbergen die dahin noch nicht Statt gefunden; so kann die Behörde Maahregeln treffen, um eine Bermischung des zu erwartenden Ertrags mit den bereits ausges

nommenen Beftanden zu verhindern.

S. 41. Unerhebliche Verschiedenheiten zwischen der Anmeldung und der wirklichen Aufnahme werden nach letterer berichtigt. Als unerhebliche Abweichungen sind solche anzusehen, die 20, oder weniger betragen.

VI. Berfteuerung ber Tabafeblätter.*)

S. 42. Wer eine Grundfläche über fünf Ruthen mit Tas baf bepflanzt hat, ift verbunden, der Gemeindebehörde

^{*)} Durch bas unten in ben Rachtragen, ju ben Steuer-Gefegen vom 8. Febr,

1) bie mit Tabaf bepflanzten Grundflude, einzeln nach ihrer

Lage und Größe,

2) ben Gewinn an getrodneten Tabadsblättern und beren Aufbewahrungsort, genau und wahrhaft, schriftlich ober mundlich anzugeben.

S. 43. Die Angabe, wo die bepflanzten Grundstüde belesgen find, und wie viel Morgen und Ruthen preußisch sie entshalten, muß allemal vor Ablauf des Monats Juli erfolgen.

Die Angabe des Gewinns soll geschehen, durch Anzeige ber erhaltenen Anzahl Bunde getrodneter Blätter und des Gewichts nach Centnern und Pfunden preußisch, und zwar innerhalb acht Tagen, nachdem das Abnehmen der getrodneten Blätter von ben Stöden oder Fäden geschehen ift.

Ueber die angezeigten Tabafspfianzungen sowohl als hiernächft auch über die erfolgte Anmelbung der Bunde und des Gewichts der gewonnenen Tabafsblätter, muß die Gemeindebehörde

eine Befdeinigung ertheilen.

S. 44. Der Gemeindebehörbe liegt ferner ob:

a) die Ueberzeugung sich zu verschaffen, ob die mit Tabat bepflanzten Grundstücke fämmtlich auch dem Augenschein nach,
richtig angegeben worden, und wenn Tabatspflanzungen
vom Inhaber gar nicht, oder deren Größe dem Befunde
nach, unrichtig angezeigt worden, solches dem Steueramte
bei der Ueberfendung der erfolgten Angaben, welche in der
Mitte des Monats August erfolgen muß, anzuzeigen;

b) von dem Ausfall der Tabaksernte, wiefern solche als vorzüglich, mittelmäßig oder mißrathen anzusehen sei, oder bessondere Unfälle eingetreten sind, sich zu unterrichten; darnach, wiefern die Angaben über den Gewinn an getrodneten Tabaksblättern mit der Wahrscheinlichkeit übereinstimmen, zu beurtheilen, und von deskallsigen Wahrnehmungen dem Steuersamte bei der Uebersendung der eingegangenen Angaben Nachzricht zu geben, welches von 8 zu 8 Tagen geschehen muß.

S. 45. Die Steuer wird nach dem angezeigten Gewinn getrockneter Blätter berechnet, und Summen unter & Centner bleiben bei der Steuer unbeachtet, so wie nachherige Gewichtse veranderungen, welche durch Anziehen von Feuchtigkeit, oder durch Austrocknen u. s. w. entstehen möchten; auch kann wegen Berderbens, oder Entwendung kein Steuererlaß Statt finden.

¹⁸¹⁹ mitgetheitte Gefet vom 29. Mars 1828, welches die Erhebung ber Tabalsftener nach Magigabe ber mit Tabal bepflanzten Grundflache ftatt nach
bem Ernsegem inn verordnete, find die §§. 42-48. incl. ber Steuerordnung
aufgehoben worden.

S. 46. Die Behörben find befugt, immerhalb vier Bochen nach geschener Einreichung ber Angaben, fich von beren Rich-

tigfeit burch Revision und Rachwiegung gu überzeugen.

S. 47. Um folche bewerkstelligen zu können, durfen bie zum Ablauf dieses Zeitpunkte keine Bersendungen von Tabakblättern, sie mögen ungetrodnet oder getrodnet sein, außerhalb der Gesmeinde Statt sinden, ohne zuvor der Steuerbehörde, oder wenn solche über eine Meile entsernt ift, der Gemeindebehörde davon Anzeige zu machen, und deren Anordnung abzuwarten, damit die Steuer gehörig sicher gestellt werde.

S. 48. Das Berfahren bei Berfteuerung der Tabaksblätter S. 42 bis 47. gilt als die Regel. Wo die Berhältniffe, der Steuer unbeschadet, eine andere Erhebungeweise gestatten, kann folche, auf Antrag einer Kreisbehörde oder eines Magistrats, der

Minister ber Finangen genehmigen.

V. Revisionsbefugniß ber Steuerbeamten.*)

a) In Brennereien und Braucreien.

S. 49. Das Gebäude, in welchem eine Brennerei ober Brauerei betrieben wird, wohin auch die Raume, in welchen bie

1) Bezüglich ber orbentlichen Revisionen. a) §. 11. bes Maifchstener=Regulativs vom 1. Dezbr. 1820 (f. unten), woburch bie Revisionsbefugniß ber Beamten auf die Controlle über bie punktliche Beobachtung ber Betriebsbeklaration in allen ihren Theilen aussgebehnt ift.

b) N. b. F. M. vom 11. April 1834. (Ihrb. Bb. XXXXIII. p. 665. Graff. Bb. IX p. 311.)

Die Steuerbeamten find nach §. 50. ber Berordnung vom 18. Februar 1819 barauf zu sehen besugt, baß keine andern, als die versteuerten Destilslitgeräthe im Gange sind, daß die Brenngerüthe, Braupsannen und Bottiche unverändert so dieselben sind, wie sie angegeben, auch bezeichnet worben, daß keine unangemelbeten Geräthe vorhanden, daß die Eintragung der Einmaischungen in das Bersteuerungsbuch (Destaration) gehörig geschehen ist, daß außer Gebrauch gesetzte Geräthe sich noch in diesem Zustande besinden, und daß nur zur angemeldeten Zeit und Stunde eingemaischt, auch die Einmasschung gehörig versteuert sei. Alle Bermerke, weiche die Beamten bei

baß nur zur angemeldeten Zeit und Stunde eingemasschi, und die Ginsmasschung gehörig versteuert sei. Alle Bermerke, welche die Beamten bei Gelegenheit solcher Revissonen in das Bersteuerungsbuch über die vorgenomsmene Revisson und über das Ergebniß berselben eintragen, sind also undezzweiselt amtliche; es sind amtliche Bescheinig ungen über den Betriebssbesund; sie machen gegen die Steuerpsichtigen, wenn dadurch Abweichungen von dem angemelbeten Betriebe befundet werden, benselben Beweich, wie jede antliche Registratur eines Steuerbeamten über einen von ihm wahrgesnommenen und amtlich bescheinigten Besund, und jede Kalschung eines dahresben, die von dem Steuerpssichtigen oder von Mitschuldigen besselben in bessen Interesse ausgeführt wird, wird daher stets als Fälschung eines amtlich em Bermerkes, d. h. einer öffentlichen Urkunde, zu rügen sein.

[&]quot;) Die in ben §§. 49 bis 55. enthaltenen Gefifegungen über bie Revifiones befugniffe find erlautert und ergangt burch folgende Bestimmungen:

Gefähe jum Einmaifchen, Rochen und Dampfen bes Materials aufgestellt find, geboren, tann, fobald barin gearbeitet wirb. au ieber Zeit, fonft aber nur von Morgens 6 Ubr bis Abends 9 Ubr.

Dag bie Revifionevermerte zugleich ben Debengwedt erfullen, bie bienftliche Thatigfeit ber Steuerbeamten ju fontrolliren, fann beren Gigenschaft einer öffentlichen amtlichen Befcheinigung nicht aufheben, obicon es, wenn es fich um bie Bestrafung ber eigenmachtigen Beranberung eines folchen Bermerfes handelt, allerdings wefentlich in Betracht fommen mag, ob bie Beranberung von bem Beamten gur Berbunflung einer Dienftvernachs laffigung, ober von bem Steuerpflichtigen jur Berbedung einer Defranbas bation vorgenommen worben.

c) R. b. F. M. v. 6 Febr. 1836 III 1531.

Ru ben Controllbefugniffen ber Steuerbehörben in Brauereien gebort and bas Recht innerhalb biefer Anftalten Bortebrungen gu treffen, baf bem Begmien, welcher bem Ginmaifdunge-Afte beigumobnen hat, nicht burch ort= liche ober andere Borrichtungen, (3. B. einer Deffnung über bem Branbots tid, burd welche unbemertt nachgemaischt werben fann) bie Ausübung biefer gefetlichen Controlle erschwert ober unmöglich gemacht werbe. Es fann alfo Schliefung ber Deffnung ober Umftellung bes Bottiche verlangt, event. aber ber Betrieb verfagt werben.

d) R. b. F. M. v. 17. Mai 1836. III. 12048.

Die Befugniß ber Steuerbeamten jur Revifion ju jeber und außer ber Betriebszeit fann nur auf bie jur Aufbewahrung bes Malgichrootes beffarirten Raume felbft, nicht auf bas gange Gebaube, in welchem fie fich befinden, erftrectt merben, fie mußten benn Theile bes Gebaubes fein, in mels dem bie Brauerei betrieben wirb, wo benn bie Revifionsbefugnig nach 6. 49. ber Steuerordnung ju beurtheilen ift.

2) Bezüglich außerorbentlicher Revisionsmaagregeln Im Allgemeinen

a) R. D. vom 27. Juni 1837. (Ann. 1837. II. p. 363.) Aus ben in Ihrem Berichte vom 12. b. M. bevorworteten Granben und nach Ihrem Antrage will ich bie Bestimmung im S. 54. b. St D. v. 8. Februar 1819, nach welcher bie Steuer-Beamten eine Bifitation in ben Bohnftatten auch bei gegrundetem Berbacht einer Steuer-Contravention nur unter Bugiehung eines Communal Beamten vornehmen burfen, fur ben Begirf bes &. Boll-Amte gu Tilfit bahin mobifigiren, bag ben Stener-Beamten gestatiet fein foll, ju ben Sanssuchungen nach Umftanben nicht blos Communal = Beamte, fonbern ftatt beren auch Polizei = Beamte, namentlich Geneb'armen, zuzuziehen.

b) R. b. g. Dt. v. 7. Septbr. 1826. Die nachtliche Revifion ber Brennereien ober Brauereien von 9 Uhr Abende bis 6 libr Morgens fann ohne bie im §. 54. ber Stenerorbunng vorgefchries benen Bebingungen und Formalitaten nur gefdehen, wenn barin gearbeis tet wir b, alfo wenn Rauch, Fener, Licht, Geraufch ober anbere Angeigen an ertennen geben, bag eine handthierung barin vorgenommen wird. Sonft

find die Borichriften bes S. 54. gu beobachten.

c) G. R. b. F. M. vom 23. Febr. 1830. (Ihrb. Bb. XXXV. p. 138. Graff. 'Bb. VI. p. 401.) Die Gerichte follen in Raifchfleuer-Contraventions-Fällen von Amts wes gen feine haussnchungen vornehmen.

B. Inebefonbere. Betr. bie Befugnif ber Stenerbehorbe bie Bucher

von Kaufleuten in Beschlag zu nehmen und einzusehen. a) Die R. b. F. M. vom 22. Nonbr. und b. J. M. vom 6. Decbr. 1819. (346. Bb.: KIV., p. 258. Gr. Bb. II. p. 333.)

von ben Steuerbeamten, behufe ber Revision besucht, und muß ihnen zu bem Behufe fogleich geöffnet werden.

S. 50. In bemfelben erftredt fich ihre Revifionsbefugnig

darauf, nachzusehen:

baß keine anderen, als die versteuerten Destillirgeräthe im Gange sind, daß die Brenngeräthe, ingleichen Braupfannen und Bottiche unverändert so dieselben sind, wie sie angegeben, auch bezeichnet worden; daß keine unangemeldeten Geräthe vorhanden, daß die Eintragungen der Einmaischungen in das Bersteuerungsbuch gehörig geschehen sind, daß außer Gebrauch gesette Geräthe sich noch in diesem Zustande bessinden, und daß, in Brauereien insbesondere, snur zur angemeldeten Zeit und Stunde eingemaischt, auch die Einmaisschung gehörig versteuert sei.

b) Bei Befigern von Deftillirgerathen.

S. 5. Wer Destillirgeräthe besigt, welche nicht im Gebrauch sind, ist bennoch verbunden, sie bem Steuerbeamten auf Erfordern vorzuzeigen, damit er sich überzeugen könne, daß sie noch in dem Zuftande befindlich sind, in welchen sie zur Verhütung des Gestrauchs gesest worden.

Im Staatsministerio ift entschieben worben:

1) daß, wenn die Borlegung ber handelsbucher verweigert wird, solches jedess mal als Bernfung auf richterliche Untersuchung anzunehmen, und in biesem Falle die Sache an die betreffende Gerichtsbehörde abzugeben sei;

3) baß es gur Aussuhrung biejes, nur eine Berwaltunge-Maaßregel betreffenben, Beschlusses eines Gesets nicht bedurfe. Hierzu ferner

b) R. d. J. M. vom 6 Febr. 1833. (Erg. b. Br. Rechteb. B. IX. p. 25.) Bei geschehener Eröffnung ber Untersuchung hat ber Inquirent die Ausgeige bes Bergehens durch Bergleichung ber Bucher. an ben betr. Stellen zu versolgen, nöthigenfalls unter Inziehung eines Sachsnedigen. Den Steuerbeamten aber fann bie inte grale Ginsicht ber Bucher nicht gestattet werben und es liegt dies auch nicht in ber Tenbenz des Staatsministerialbeschlusses vom 22. Novbr. 1819. (In einem Specialfall ergangen.)

c) R. d. J. N. d. 2. Septbr. 1833. (Ebendaselbst.) Die Bollordnung vom 26. Mai 1818 und die Berordnung vom 19. Noobr. 1824 verpflichteten die Kaustente nicht, auch ohne Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung ihre handbungebucher dem Stenerbeamten zur Nachsorichung nach Defrandationschuten offen zu legen. Eben so weite bestimmt dies der Staatsministerialbeschink vom 22. Noobr. 1819, welcher vielmehr durch die Bestimmung zu 1. deutlich beweiset, daß die Botlegung nur im gerichtlichen Versahren verlangt werden (Speziaffall.)

²⁾ baß die Maafregel ber Bersiegelung ber Bucher zwar anzuwenden, solche jedoch in ber Regel ausschließlich nur von ber Justizbehörde zu vollstrecken sei, als Ausnahme aber die Bersiegelung in bem Falle ber Berwaltungsbes behörde zustehe, wenn keine Gerichtsperson alsbalb zu haben ift;

Die Destillirgerathe berfenigen, welche folde blog verfertigen, ober bamit handeln, sind hierunter nicht zu verstehen. (S. 17.)

c) Die Aufbewahrungsbehallniffe bee Beine und ber Tabafeblatter.

S. 52. Personen, welche Bein = und Tabalsbau treiben, sind verpflichtet, ben kontrollirenden Beamten die Behälmisse, wo der Erntegewinn sich befindet, Behufs der Revision und Ersmittelung der Steuern (S. 40 und 46.) nachzuweisen und zu öffnen.

Auch muß diesen Behörden fernerhin, so lange der Steuersbetrag freditirt worden, gestattet werden, noch unversteuerte Bestände in soweit nachzusehen, wie erforderlich sein möchte, sich von der Größe des Borraths, in Remg auf die Sicherheit der verschuldeten Steuer und der etwa eingetretenen Zahlungeverspsichtung (Geses S. 26), zu überzeugen.

d) Im Allgemeinen.

- S. 53. Außer bem S. 49. bestimmten Fall tonnen Mevisionen und Rachsuchungen nur von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr Statt finden.
- S. 54. Ift gegründeter Berdacht vorhanden, daß Unterschleife, um dem Staate die verschuldeten Gefälle zu verkürzen, begangen worden, und beshalb eine förmliche Haussuchung erforderlich, es sei bei Personen, welche Brennerei, Brauerei, Bein- und Tabafsbau betrieben, oder bei Andern: so ist dazu ein schriftlicher Auftrag eines Oberbeamten oder einer noch höhern dem Steuersamte vorgesetzen Behörde erforderlich, und sie darf nur unter Zuziehung eines Gemeindebeamten an solchen Orten Statt sinden, die zur Begehung des Unterschleiss oder Berheimlichung von Besständen steuerpstichtiger Gegenstände geeignet sind.

S. 55. Diesenigen, bei welchen revidirt wird, und beren Gewerbogehülfen sind verbunden, sich ruhig und bescheiden zu vershalten, und den revidirenden Beamten biesenigen Gulfsbienfte zu leiften ober leiften zu laffen, welche erforderlich sind, um die Res

vifion in ben porgeschriebenen Grenzen zu vollzieben. *)

VI. Berpflichtungen ber Steuerbeamten bei Ausführung ihres Dienstes gegen das Publikum. Be. reite Abfertigung.

S. 56. Die Dienststunden, in welchen die Steuerbeamten zur Abfertigung ber Steuerpflichtigen bereit fein muffen, bestimmt die Berwaltung. Als Regel wird festgefest, daß, wo die Steueram-

[&]quot;) Die hieher gehörigen Strafbestimmungen enthalt S. 89. ber Stener-Ordnung.

ter mit zwei ober mebreren Kaffenbeamten befent find, die Dienste

frunden folgende fein follen:

in ben Wintermonaten Oftober bis Februar einschließlich, Bormittage von 8 bis 12 Uhr, und Rachmittage von 1 bis 5 Ubr. In den übrigen Mongten von 7 bis 12 Ubr. und von 2 bis 5 Uhr.

An andern Orten find die Dienstftunden auf die Bormittage-

zeit von 9 bis 12 Ubr eingeschränft.

Wenn es nötbig ift, muß auch außer biefer Zeit bie Abfer-

tigung ber Steuerpflichtigen möglichft bewirft werben.

Abweidungen von vorftebenden Bestimmungen follen an ben Orten, wo bergleichen Statt finden, befonders befannt gemacht merben.

Anständige Behandlung, Bescheibenheit bei Revifionen.

S. 57. Es ift Pflicht eines feben Steuerbeamten, er fei Stants = ober Gemeinbebeamter, ben Steuerschulbigen anftanbig au behandeln, bei feinen Dienstverrichtungen bescheiden au verfabren, feine Rachforschungen und Revisionen nicht über ben 3med ber Sache auszubebnen. *)

Bon ben Steuerschuldigen wird aber auch erwartet, bag fie ihrerseits zu keinen Beschwerden über ihr Betragen gegen bie

Steuerbeamten Anlaß geben werben.

Ablehnen von Privatremunerationen und Befchenken, welche auch nicht angeboten werden dürfen.

Insbesondere bürfen die Steuerbeamten unter keinen Umftanben für irgend ein Dienftgeschäft ein Entgelb ober Geschent, es fei an Gelb, Sachen ober Dienftleiftung, es habe Ramen wie es wolle, verlangen ober annebmen. **)

Steuerpflichtige burfen bergleichen bagegen unter feinen Um-. ftanden und unter feinerlei Borwand geben ober nur antragen,

obne sich straffällig ju machen. ***)

Richtige Berechnung und Erhebung ber Befälle.

S. 58. Die Beamten muffen bei ber ihnen anvertrauten Steuererhebung fich genau nach ben vorgeschriebenen Gagen rich-

tit. 20. b. A. 2. R.

^{*)} Singuweisen ist hier auf bas Gefet vom 25. April 1835 betr. bie von Steuerbeamten mit Beziehung auf ihr Amt verübten Ehrenkrankungen.
**) Die Strafbestimmungen find enthalten in ben §§. 360 und 361. Ih. II.

^{•••)} Die Strafbestimmungen enthält g. 88, ber Steuerordnung.

ten und find bafür verantwortlich. Die bei geboriger Unmelbung zur Berfteuerung burch die Schuld ber hebungsbehörden, gar nicht ober unzureichend erhobenen Gefälle, follen baher nicht von bem Steuerschuldigen, sondern von dem Erhebungsbeamten eingezogen, und biesem soll nur das Recht auf Erfattung gegen jene

vorbehalten werden.

Zu viel erhobene Gefälle sollen bagegen aus ber Staatstasse zurückgezahlt werden, wenn binnen Jahresfrift, vom Tage ber Bersteuerung an gerechnet, ber Anspruch auf Ersas angemelbet und bescheinigt wird. Geschicht bies nicht, so geht nach Ablauf bieser Frist ber Anspruch verloren.*) Außer ben bestimmten Steuersägen wird nichts erhoben; Quittungen und Bescheinigunsgen ber Steuerbehörben werden gebührenfrei ertheilt.

VII. Uebertretungen der Borfchriften und deren Strafen.

1) Dienstvergeben ber Beamten.

S. 59. Die Bergehen der Steuer = und Gemeindebeamten, welche an der Steuerverwaltung Theil haben, sollen nach den Borschriften des Allgemeinen Landrechts Th. II. Tit. 20. Abschuit 8, und nach den später erfolgten Abanderungen und Deflaratio = nen dieser Borschriften bestraft werden.

2) Bergeben ber Steuerpflichtigen.

a) Strafbestimmungen allgemeiner Art. *")

S. 60. Brauer und Branntweinbrenner, ingleichen biejenisgen, welche ben Weins und Tabaksbau betreiben, verfallen in die Strafe der Defraudation, wenn sie Gewerbshandlungen, von beren Ausübung in jedem einzelnen Falle oder in bestimmten Fälslen dem Staate nach Maaßgabe des Gesetzes vom heutigen Tage, eine Abgabe zu entrichten ist, entweder gar nicht oder unrichtig anzeigen.

S. 61. Die Strafe ber Defraubation besteht in einer Gelbbuffe, welche bem vierfachen Betrage ber vorenthaltenen Gefälle

gleich fommt.

Die Abgaben find überdem von den Strafen unabhängig zu entrichten.

") Bu vergleichen ift bas im allgemeinen Theil (oben C. 30.) mitgetheilte Gefes wegen Berjahrung ber öffentlichen Abgaben v. 18. Juni 1840.

^{**)} Die Ergänzungen und Erläuterungen zu ben in ben §§ 60 bis 65. enthaltenen Strafbestimmungen sind mit denen zu den §. 91. sog der Stenewords unng über das Berfahren gegen die Contravenienten, in einem be son deren Anhange unmittelbar hinter der Stenerordnung zusammengestellt. Auf biesen Anhang wird baher hiermit verwiesen.

S. 62. Im Falle der Wiederholung nach vorhergegangener Bestrasung, wird die Strase auf den achtsachen Betrag der Absaaben bestimmt, und außerdem darf der Schuldige, wenn er Brensner oder Brauer ist, das Recht zu brennen oder zu brauen, in einem Zeitraum von drei Monaten weder selbst ausüben noch durch einen Andern zu seinem Vortheile ausüben lassen.

S. 63. Im britten Falle ber Uebertretung, nach vorhergegangener zweimaliger Bestrafung ist ber sechzehnsache Betrag ber nicht erlegten Abgaben als Strafe verwirft, und ist ber Schulbige ein Brenner ober Brauer, so darf er das Gewerbe des Brennens ober Brauens nie und zu keinen Zeiten weder selbst ausüben noch durch einen Andern zu seinem Bortheile ausüben lassen.

S. 64. 3m Falle bes Unvermogens gur Entrichtung ber Gelbftrafe, tritt verhaltnigmäßige Gefängnifftrafe nach ben Be-

ftimmungen bes Allgemeinen Canbrechts ein.

S. 65. Wer, ohne Befugniß dazu zu haben, Brennerei oder Brauerei betreibt, und sich dabei zugleich einer handlung schuldig macht, die als Defraudation zu bestrafen ift, dem werden außer der Defraudations. Strafe, die Brennerei. oder Braugeräthe konsiszirt.

- b) Besondere Strafbestimmungen, in Ansehung ber Brennereien. *)
- S. 66. Wenn die Breungeräthe, oder die damit vorgenommenen Beränderungen nicht, wie vorgeschrieben ist (S. 16.), angezeigt werden; so ist die Konsiskation der verschwiegenen, veränderten ober anders wohin gedrachten Stücke davon die unmittelbare Folge. Auf gleiche Weise erfolgt die Konsiskation der Geräthe, wenn die befohlenen Bezeichnungen (S. 18.) unterlassen, zerkört oder verfälscht worden sind, auch wenn die Einmaischungen in andern als den bekannten Maischbottichen (S. 21.) oder außer den angezeigten Mäumen geschehen.**)

Ueberbem hat ber Brenner, eine Gelbstrafe von 25 bis 100 Mtblr. verwirft, welche im Wieberholungsfalle verdoppelt wird.

Sind unangezeigte Destillirgerathe zum Brennen auch benutt worden; fo wird die dadurch begangene Defraudation noch besfonders nach ben Bestimmungen §. 61. 62. 63. und §. 67. bestraft.

*) Bu vergleichen find bei ben hier gegebenen Strafbestimmungen in Anfebung ber Brennereien bie unten mitgetheilten Gefete und Regulative vom 10-

Januar 1824 und 1. Dezbr. 1820.

[&]quot;) Unter Berweisung auf die zu §. 16 und 17. der Steuerordnung (oben S. 110.) mitgetheilten Bestimmungen ift hier zu bemerken, daß demgemäß, wenn. Brenngeräthe 2c. dem Aupferschmidt oder Böttcher zwar ohne Anzeige übergeben, aber nicht verändert, sondern nur unwefentliche Reparaturen daran vorges nommen werden, die Bestrafung nicht nach §. 66. der Steuerordnung, sondern mur nach §. 73. derselben erfolgen kann.

S. 67. Sind Deftillirgerathe, welche von ber Steuerbehörbe außer Gebrauch geset worden, eigenmächtig wieder in Gang gebracht; so soll die Berechnung der Gefälle und ber Defrandationsftrafe von der Stunde an geschehen, in welcher der leste Berschluß Statt fand, bis zur Zeit der Entbedung.*)

Eben baffelbe findet, wenn ein Brenner andere gleichartige Theile ber Destillirgerathe, Statt ber außer Gebrauch gesetzen, zur Destillation benugt hat, infofern Auwendung, ale nicht eine

größere Gefälleverfürzung ermittelt wirb.

S. 68. Ist eine Blase, bie zu einem andern Gebrauche freigegeben worden, zum Brennen benust; so wird ber Blasenzins und die Strafe wie S. 67. berechnet, und dem Besiger bie

Blafe niemals wieder unverfteuert freigegeben.

S. 69. Eine Berletzung des amtlichen Verschlusses der Des stillirgeräthe zieht, auch wenn kein Berdacht einer Steuerkontravention dabei obwaltet, dennoch eine Gelbstrase von 2 bis 20 Rthlr. nach sich, falls nicht glaubwürdig dargethan wird, daß die Berletzung durch einen vom Steuerschuldigen nicht verschuldeten Jufall entstanden, und davon sogleich nach der Entdedung Anszeige geschehen ist.**)

S. 70. Ber die im Firationsvertrage (S. 14.) festgesesten Bedingungen gur Benachtheiligung ber Gefälle verlest, bat die Strafe ber Defraudation verwirtt, auch wird badurch ber bisbe-

rige Bertrag aufgehoben.

S. 71. Wird in den Fällen, wo nach S. 13. des Steuersgesetztes vom heutigen Tage eine zwölsstündige Versteuerungsfrist verstattet worden ist, dieser Zeitraum, welcher sedenfalls von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends hindurch unabweichlich bestimmt wird, überschritten, oder in andern Stunden als von 6 bis 6 gesbraunt, so ist neben der verwirsten Strase der Defraudation, die Verstattung einer solchen Versteuerungsfrist versoren, und selbige steht für den Kontravenienten nie wieder zu erlangen.

S. 72. Brennereiberechtigte, welche die Vermerkung ber Einmaischungen in das Versteuerungsbuch nicht gehörig und vollsständig, wie S. 23. vorgeschrieben worden, bewertstelligen, wersben, wenn das Versteuerungsbuch unrichtig befunden wird, oder abbänden gebracht ist, mit 2 bis 50 Thalern bestraft. Im erstern

^{*)} Rach bem S. 11. bes Regnlativs vom 1. Dezbr, 1820 wird in bem oben erwähnten Falle bes Migbrauchs ber Gefäße auf jeden britten Tag von ba ab, wo ber lette Verschluß Statt fand, bis zur Beit ber Entbedung eine Einmaischung angenommen.

^{*)} Diefe fur die Destillirgerathe gegebene Bestimmung gitt jest nach §. 11. bes Regulativs vom 1. Dezbr. 1820 auch fur bie Raifchgerathe.

Bieberholungsfalle tritt Berboppelung ber Strafe, und im britten Uebertretungsfalle überbem ber Berluft ber Befugnif zur Betrei-

bung ber Brennerei ein.

Auch derjenige, welcher sein Bersteuerungsbuch nicht reinlich ausbewahrt, oder nicht bereit halt, solches sederzeit dem Revissionsbeamten gleich vorlegen zu können, wird schon deshalb um 1 bis 5 Athlir. bestraft, wenn auch nicht erweislich ist, daß solsches, um eine Kontravention zu verbergen, weggeschafft oder besschädigt worden.*)

S. 73. Brennerei-Inhaber so wie andere S. 17. gedachte Personen, besonders alle Kupferschmiede, welche Destillirgeräthe der Bestimmung S. 17. entgegen, ohne Anzeige beim Steueramt und darüber erhaltene Bescheinigung, einem Andern übergeben, verfatten in eine Strafe von 5 bis 20 Rthlr., welche bei Wies

berholungen von 20 bis auf 50 Riblr. erhöht wird. **)

In Ansehung ber Brauereien.

S. 74. Wenn die Branpfannen und Bottiche oder die das mit vorgensmmenen Beränderungen nicht, wie S. 28. vorgeschries ben ist, angezeigt werden, so tritt die Konsistation der verschwiesgenen, veränderten oder anderswo hingebrachten Geräthe ein.

Ueberdem hat der Brauer eine Geldstrafe von 25 bis 100 Rihlr. verwirft, welche im Wiederholungsfalle verdoppelt wird.

Sind unangezeigte Braupfannen und Bottiche zum Brauen auch benutt worden, fo wird die baburch begangene Defrauda-

tion noch besonders nach S. 61, 62 und 63. bestraft.

S. 75. Hat ein Brauer ohne vorhergegangene Anmeldung und Bersteuerung eingemaischt; so wird die Steuer, und die Strase nach der Beschickung, die zu einem ganzen Gebäude genommen zu werden psiegt, voll berechnet. Hat er aber bloß eine Nachsmaischung unbesugter Weise vorgenommen; so wird er, es mag eine Bersürzung der Gefälle ermittelt werden oder nicht, allemal in eine Strase von 5 Thalern genommen, welche bei Wiederhoslungen verdoppelt wird. Die Strase der Defraudation besteht unabhängig hiervon, wenn eine Bersürzung der Gefälle Statt gefunden hat.

^{*)} Was hier von bem Berftenerung sonch gesagt ift, gilt jest für bie an beffen Stelle getretene Betriebsbeklatation cfr. §. 11. bes Regul, v. 1. Dezbr 1820.

[&]quot;*) Unter Berweisung auf die zu ben §§. 16 bis 17. der Stemerordnung (oben S 110.) so wie zu §. 66 l. c. (oben S. 126.) gegebenen Erganzungen wird bemerkt, daß hier entscheidend für die Anweudung der Strase das Factum der Uebergabe selbst ist, ohne Rücksicht auf den Zweck, daher wird 3. B. auch das Bersehen des Blasenhelms an eine dritte Person ohne Anzeige, mit der Strase des §. 73. bolegt.

S. 76. Wer bloß zum eigenen Sausbedarf zu brauen bie Befugniß erhalten hat, und Bier gegen Bezahlung im Saufe aussichenkt, oder außer seiner Wohnung an Personen, welche nicht zum Hausstande zu rechnen sind, gegen Bezahlung oder Vergeltung überläßt, hat, sofern die Steuer und gewöhnliche Defraudationsstrafe nicht höher ermittelt wird, zehn Thaler Strase zu erslegen, und wird mit Rücksicht hierauf bei Wiederholungen nach den allgemeinen Bestimmungen S. 62. 63. bestraft.*)

§. 77. Wem die freie Zubereitung von Bier aus Malzeschroot verstattet ist, der verfällt, wenn er es unterläßt, jährlich einen Anmelbungsschein sich deshalb auszuwirken (§. 35.), in eine Ordnungsstrafe von 1 bis 3 Athler., die bei Wiederholungen

von 2 bis 10 Rtblr. fteigt.

S. 78. Hat ein Brauer zu einer andern Zeit, als welche vorgeschrieben (S. 32.) und von ihm angezeigt worden, oder vor Ablauf der Stunde, welche auf den Steuerbeamten gewartet werden muß (S. 33.), eingemaischt: so verfällt er in eine Strafe von 2 Riblr., welche bei Wiederholungen auf 5 bis 20 Riblr. erhöhet wird. Außerdem muß, wenn nicht die Beschickung für ein volles Gebräude angemeldet sein sollee, die Steuer und die Strafe für so viel Malzschroot erlegt werden, als zu einem vollen Gebräude mehr genommen zu werden pslegt, wie im vorliegenden Falle angemeldet worden.

S. 79. Brauerei-Inhaber und andere im S. 28. erwähnte Personen, besonders Aupferschmiede, welche Braupfannen der Borschrift des S. 28. zuwider, ohne Anzeige bei dem Steueramte und darüber enthaltene Bescheinigung, einem Andern übergeben, sallen in eine Strafe von 5 bis 20 Thir., welche bei Wiederhos

lungen von 20 bis 50 Riblr. zu erhöhen ift. **)

d) In Ansehung ber Berftenerung bes Beinmoftes und ber Tabateblatter. ***)

S. 80. Die Strafe ber Defraudation ber Steuer von bem Beinmoft, ingleichen von ben Tabakölättern, findet insbesondere Statt, wenn in den Angaben, welche über den Ertrag der Erndte eingereicht werden, solcher über ein Zehntel zu gering angegeben ift, oder auch bei der Revision Vorrathe an früher nicht bezeichsneten Orten vorgefunden werden.

***) Begen ber fpateren Mobification ber §. 80 bis 82 incl. vergleiche bie unten mitgetheilten Gefetze vom 25. September 1820 und 29. Marg 1828.

[&]quot;) Bergleiche hierbei bie zu §. 20. bes Gesetes vom 8. Februar 1819. (S. 103.) mitgetheilten K. D. vom 2. Juni 1827 und 17. Angust 1831.

") Nach bem R. d. F. M. vom 29. März 1838 unterliegt es keinem Bebenken die Borschrift bes §. 79, ungeachtet bieselbe wörtlich nur ber Brauspfannen erwähnt, auch auf Braubottiche und sonstige Braugerathe ans zuwenden.

- 6. 81. Wer Tabat anvflanzt und nicht zur gehörigen Beit ober unrichtig bie Lage und ben Klächeninhalt ber mit Tabaf bepflanzten Grundstude, auch biefen über To zu gering angegeben bat, foll einen Thaler Strafe erlegen; wenn aber bie ftrafbar verschwiegene Klache mehr als 15 Ruthen beträgt, foll fortlaufend für iebe 15 Ruthen mehr, die Strafe um einen Thaler erhöbt merben.
- S. 82. Wer die Balfte ber aufgenommenen Beftanbe an Bein ober Tabafeblättern einem Andern überläßt, und nicht innerbalb bes Berlaufs von 8 Tagen nachher, Die Steuer vom Gangen entrichtet, bezahlt ein Biertel ber Steuer als Strafe.
 - 3) Bertretungeverbindlichfeit für verwirfte Gelbftrafen. *)
- S. 83. Ber Brauerei ale Gewerbe, und Branntweinbrennerei. Beinbau und Tabatebau betreibt, muß fur fein Gefinde,

*) Rudfichtlich ber Bertretung everbinblichfeit find zu vergleichen:

1. 3m Allgemeinen

a) bie im Bezug genommene Deklaration vom 19. Detbr. 1812. (G. S. 1812. p. 193.)

Bir zc. finden une burch bie uber bie Auslegung ber \$5, 293 und 294. Tit. 20. Theil II. bes Allgemeinen Band = Rechts entstandenen Bweifel veranlagt

hierburch ju erflaren und festguseten: bag bie bafelbft vorgeschriebene Berhaftung mehrerer Gewerbtreibenben und anberer Berfonen fur bie Rontraventionen und Defraudationen ihres Gefinbes und ihrer Angehörigen fich nicht bloß auf bie Ronfistation ber Bagren ober Sachen, woran bas Bergeben verübt worben, fonbern auch auf bie verwirfte Belbftrafe beziehe.

Bir befehlen unfern Regierungen und Gerichten fich nach biefer Deflaras

tion gebuhrend zu achten. b) Die Deflaration vom 6. Octbr. 1821 (G. S. 1821. p. 187) Bur Lösung ber nach Ihrem Bericht vom 15. Mai b. 3. enistanbenen Zweifel über ben Sinn und bie Anwendung bes §. 139. ber Boll und Berbranches ftener-Ordnung vom 26. Mai 1818. und §. 83. ber Ordnung jum Gefes mes gen Versteuerung bes inläudischen Brauntweins z., vom 8. Februar 1819. in Betreff ber barin ausgesprochenen Verhaftung mehrerer Gewerbireibenden und anderer Perfonen fur bie, wegen Defraubationen ihres Befintes und ihrer Angehörigen verwirkten Strafen, bestimme 3ch, baß, wenn bie verbotwibrige Sand-lung ober Unterlassung in ben Gesesen mit einer Gelbstrase verront ift, ber subfibiarisch Berhaftete, felbige zu zahlen verpflichtet ift, wenn fie megen Unvermosgene bes eigentlichen Berbrechere an bemfelben nicht jur Bollziehung gebracht werben fann, und bag bie forperliche Strafe an bem eigentlichen Berbrecher erft bann zu vollziehen ift, wenn ber fubfibiarifch Berhaftete zur Bahlung ber Gelbbuffe ebenfalls nicht im Stande fein follte; bagegen in benjenigen Bieberholungsfällen, wo nach ben SS. 113 und 114. ber Boll- und Berbraucheftenerordnung bom 26. Dai 1818. anstatt ber Gelbbuge auf verhaltnigmäßige Gefängniß, Buchthaus- ober Festungestrafe ju erfennen ift, die subsidiarische Bablunge-Berpflichtung einer bafür eintretenben verhältnigmäßigen Gelbftrafe erft eintreten foll, fofern bie forperliche Strafe an bem eigentlichen Berbrecher nicht zur Bollziehung gebracht werben fann.

Diener. Gewerbsaebulfen und feine im Saufe befindliche Chegattin. Rinber und Anverwandten, was die verwirften Strafen be-

c) Fur bie Bollgefete ift bie Deflaration vom 6. October 1821 burch bie Aufhebnug ber Boll: und Berbrauchoftener: Orbnung vom 26. Dai 1818 auger Anwendung getreten, und es gelten fatt beffen bie Beflimmungen in ben §5. 19 und refp. 56 - 59 bes Bollftrafgejetes vom 23. Jan. 1838. (f. baffelbe weiter unten).

2. In Betreff gemiffer Berfonen unb gwar:

a) bes Sequeftere bei fe queftrirten Gutern. In einem speciellen zur gerichtlichen Entscheibung gelangten Falle ift bie Frage, ob ber Sequefice nach §. 83 ter Steuerorbnung vom 8. Febr. 1819. für bie gegen bas Befinde feftgefesten Steuerftrafen in subsidium

verhaftet fei, verneint,

in erfter Inftang, weil ihm felbft im concreto überhaupt gar fein Berfeben gur Laft falle. Der S. 83. ber Steuerordnung lege nur bem Gigens thumer ber Brenneret bie fubfibiarifche Berhaftung, auf und bamit ftimmten auch die §§. 291. seq. bes Allgemeinen Land-Rechte Th. II. Tit. 20. über ein. Nicht ber Cequefter, fonbern bie Daffe reprafentire ben Gigenthumer, folimmften Falle wurde baber nur bie Lettere in subsidium berangezogen merben fonnen:

in 3 meiter Inftang, weil ber Sequefter, wenn er nicht felbft Theil an bem Bergeben genommen habe, auch nicht in subsidium verhaftet fei, ba er bie Brennerei nicht als Bewerbe, fonbern vermoge gerichtlichen

Auftrage betreibe.

Die Nichtigkeitsbeschwerbe ward barauf gestütt, bag ber § 83. ber Steuerorbnung feinesweges nur benjenigen, ber Brennerei als Gewerbe, fonbern benjenigen für subfibigrifch verhaftet erflare, ber Brennerei überhanvt betreibe. Auf fequestrirten Gutern fei bies Diemanb anbere ale ber Sequefter, ber bie bagu nothigen Materialien anschaffe, bie Branntwein-Bereitung anordne und über ben gewonnenen Branntwein biebonire. Beber ber Eigenthumer bes Gutes, bem Befit und Abminiftration beffelben entzogen fei, noch bie Glaubiger, welche die einzelnen Betriebsacte nicht vornahmen, auch überhaupt nicht einmal im Befige ber Brennereis Gebaute und Gerathe feien, fonnten hier ale subfidiarifch verhaftet angefes ben werben, es bleibe baber ber Sequefter, welcher überbies nach §. 124. Th. I. Tit. 24. ber A. G. D. in Ansehung ber ihm übertragenen Bermaltung alle Gerechtsame und Obliegenheiten eines wirklichen Wirthes habe, als die einzige subfibiarifch verhaftete Berfon übrig.

Die Nichtigkeitsbeschwerbe ward verworfen, weil, wenn auch ber g. 83. ber Steuerordnung bie fubfibiarifche Berhaftung nicht von bem Umftanbe abhangig mache, bag ber Berhaftete bie Brennerei als Ge= werbe betreibe, ber Sequefter bennoch überhaupt nicht bie Brennerei betreibe, sondern mur die Aufficht barübet führe, mithin ohne ein eigenes vertretbares Berfeben hiebei, nicht fur verhaftet augesehen werben fonne. Seine Aufsicht erstrecke fich nach S. 114. 117. Tit. 24. Th. I. b. A. G. D. nur auf die Erhebung ber Ginfunfte und Ablieferung berfelben an die Glaubiger und bie Bors schriften bes §. 124. seq. l. c. seien nur in civilrechtlicher, nicht in ftrafrechtlischer hinficht gegeben. (Erg. b. Br. Rechteb. 1. Ausg. Th. V. Abth. 2. p. 63.)

b) Des Abminifirators bei abminiftrirten Domanen

C. R. b. M. b. R. Saufes vom 5. Mai 1836. Bei Ginleitung einer jeben Domanenahminiftration foll ba, wo Steuerbes frandations ober Contraventions-Strafen aus bem Gefet vom 8. Febr. 1819. vorkommen können, dem Administrator burch den Inhalt seiner Instruction und

trifft, mit seinem Bermögen haften, (Deflaration vom 19. Oftbr. 1812) jedoch nur bann, wenn bie Gelbstrafe wegen Unvermösens bes eigentlichen Berbrechers, so wie auch bie an beren Stelle zu erkennenbe Gefängnifftrafe nicht zur Bollziehung gebracht wersben kann.

4) Busammentreffung mehrerer Berbrechen.

S. 84. Treten bei einer Contravention gegen die Steuerord= nung andere Berbrechen hinzu, so kommen die Borschriften des Allgemeinen Landrechts Th. 2. Tit. 20. S. 54. bis 57. in An= wendung.

S. 85. Ist mit einer Defraudation zugleich eine Berletung besonderer Vorschriften bieser Ordnung verbunden; so tritt die barauf gesetze Strafe in der Regel der Strafe der Defraudation

binau.

S. 86. Wer, um dem Staate die schuldigen Gefälle zu entsteben, sich verfälschter und überhaupt unrichtiger Papiere ober Bescheinigungen bedient, soll dafür besonders mit der durch die allgemeinen Strafgesetze für solche Fälschungen geordneten Ahnsbung durch das Gericht, welches das für dergleichen Bergeben

auftanbige ift, belegt werben.

S. 87. Die vorbestimmte Strafe trifft auch benjenigen, welscher in gleicher Absicht, durch Abnahme, Berletung, oder sonstige Unbrauchbarmachung des amtlichen Berschlusses, wodurch Destils lirgeräthe außer Gebrauch gesett worden, mit oder auch ohne Anlegung eines andern, durch eigenmächtige Beränderung des auf Beranlassung der Steuerbebörde eingegrabenen Bermerks der Größe einer Branntweinblase, durch Beränderung oder Nachab-mung der Stempel oder Nummern auf den Geräthen eine Fälsschung begeht.

5) Strafe ber Bestechung ber Steuerbeamten.

S. 88. Wer einem zur Wahrnehmung des Steuerinteresse verpflichteten Beamten, mit welchem er im Amte zu thun hat, Geld oder Gelbeswerth zum Geschenkt anbietet, oder wirklich macht, soll den vier und zwanzigsachen Betrag des angebotenen oder gegebenen Geschenks zur Strafe erlegen. Ift über den Be-

burch fein ausbrudliches Anerkenninig bie fubfibiarifche Berpflichtung aufgelegt werben.

c) Der Schaffer gehört nach einem Erkenntniffe b. G. D. Trib. vom 15. Aug. 1823. (Rechtsfor, Bb. I. p. 219.) ju benjenigen Gewerbegehülfen, für welche bie Gewerbetreibenben in subsidium verhaftet find.

trag nichts auszumitteln; fo tritt eine Gelbbufe von Behn Thalern ein. *)

6) Strafe ber Wiberseplichkeit gegen Steuerbeamte. **)

S. 89. Eine jede Widersetlichkeit gegen die in Ausübung ihres Amts begriffenen Personen, mögen es Steuers oder andere zur Wahrnehmung des Steuerintereste verpflichtete Beamte sein, so wie auch eine Bersagung der Hülfsleistung, deren die Beamsten bei ihrem Revisionsgeschäfte abseiten der Gewerbetreibenden bedürfen (S. 55.) soll an dem Schuldigen mit 10 bis 50 Thalern, oder mit verhältnismäßiger Gesängnisstrafe geahndet werden.

Die Bahl ber Strafgattung bleibt nach ben Umftänden eines jeben einzelnen Falles der Behörde überlaffen, welche in der Sache selbst zu entscheiden hat. Sind aber mit einer solchen Biderseslichfeit zugleich wirkliche oder thätliche Beleidigungen versübt, so treten die dafür geltenden allgemeinen Strafbestimmungen

in Kraft.

Jeber etwanige Migbrauch ber Amtsgewalt von Seiten ber Beamten, wirft eine Milberung der Strafbarkeit besjenigen, ber sich widersest hat.

- 7) Strafe ber Uebertretung sonstiger Borschriften biefer Ordnung.
- S. 90. Die Uebertretung aller andern, in bieser Ordnung gegebenen Borschriften worauf feine besondere Strafe gesetst wors ben, foll mit einer Gelbbuge von I bis 10 Rthlr. geahndet werden.
 - 8) Verfahren gegen die Kontravenienten. ***)
- 5. 91. Sobald ein Uebertreter der Steuergesetze betrof= fen, oder auf andere Weise eine Contravention zuverlässig be=

*) Schreiben b. F. M. vom 3. und b. J. M. vom 15. April 1823. (3hb. Bb. XXI p. 320. Gr. Bb. II. p. 321.) Bur Festschung ber Strafe bes S. 88 find auch die Regierungen (Brovingial-Steuer-Directionen) in ihren Refoluten befugt, die Haupt-Aemter aber nach dem R. d. F. M. vom 25. Juli 1838. nicht.

---) Die Ergänzungen zu ben Bestimmungen über bas Berfahren gegen bie Steuer.Kontravenienten sind mit denen zu den Strafbestimmungen §. 60. sq. in dem nachfolgenden Anhange zur Sienerordnung spstematisch zusammengestellt, auf

welchen baber hierburch verwiefen wirb.

[&]quot;") Die im §. 89. festgesetzte Strafe von 10 bis 50 Ribir. bei Bibersetz lichfeit gegen die Steuerbeamten, ist zwar ebenfalls eine Steuer-Strafe, wie schon barans hervorgeht, daß sie principaliter in einer Gelbouse besteht, während nach allgemeinen Strafrechtebestimmungen die Wibersetzlichseit gegen Beamte mit Freiheitsstrafe geahndet wird, es versteht sich aber von selbst, daß die im §. 83. der Steuerordnung angeordnete subsidiarische Berhaltung der Gewerbtreibenden, für ihre Gehülfen 2c. sich auf die Bertretung einer dem §. 89. gemäß sestgesetzen Strase nicht erstrecht.

kunnt wird, muffen die Steuerbeamten sich ohne Zeitverlust ber Waaren und Sachen, woran das Berbrechen verübt worden, durch Beschlagnahme versichern, insofern es zum Beweise der begangenen Contravention sowohl an sich, als in Bezug auf den Betrag der defraudirten Gefälle erforderlich ift, oder auch begründete Besorg=niß entsteht, daß sonst wegen der zu erlegenden Gefälle, der vers wirkten Strafen und der Kosten die Staatskasse nicht gesichert sei.

Ift der Beschuldigte der Flucht verdächtig, so ift er perfon-

lich anzuhalten, und dem nächsten Gericht zu übergeben.

S. 92. Eine Freilaffung der in Beschlag genommenen Baaren und Sachen ist zulässig, wenn eine Berdunkelung des Sachverhältnisses davon nicht weiter zu besorgen, und wenn entweder
nach dem obwaltenden Berhältniß wahrscheinlich ift, daß der Contravenient dem Staate auch ohne Sicherheitsleistung werde für
das Bergeben gerecht werden können, oder genügende Sicherheit
zeleistet ist.

Db Personalarrest fortzusegen oder zu verhängen sei, bleibt ber richterlichen Beurtheilung nach Beschaffenheit ber Person und

bes Falles überlaffen.

S. 93. Bei ber Untersuchung und Bestrafung ber Steuers vergeben sinden die darüber in der Berordnung wegen Einrichtung der Provinzialbehörden vom 26. Dezember 1808. S. 34. und 45., und in dem Anhange zur Allgemeinen Gerichtsordnung S. 243. 244. 250. 251. und 253. enthaltenen Borschriften Anwens

bung, jedoch mit folgenden Mobalitäten:*)

a) die Steuerämter führen die Instruktion der Sache nach Unsleitung des eben allegirten S. 253. im Anhange zur Allgemeinen Gerichtsordnung. Die Entscheidung gebührt der Resgierung des Bezirks. Es können die Steuerämter Strafressolute nur abkassen, insofern ihnen solches besonders überstragen wird, und zudem die gesesliche Strafe Zehn Thaler nicht übersteigt;

b) dem Angeschuldigten steht es frei, während der summarischen Untersuchung bis zu deren Schluß auf gerichtliche Untersus dung und Abfassung eines förmlichen Erkenntnisses anzutragen;

c) dem Angeschulbigten ift auch unbenommen, binnen Behn Tagen gegen ein Resolut des Steueramts den Refurs an die vorgesette Regierung, und gegen ein Resolut der Regierung den Refurs an das Ministerium der Finanzen zu ergreifen.

^{*)} Das R. b. J. M. vom 19. Februar 1821. (366. Bb. XVII. p. 122. Gr. Bb. II. p. 320.) bestimmt:

daß die int §. 93. in Bezug genommenen Bestimmungen über das Berfahrten in Steuer-Defraudations-Sachen auch in Reu-Bor-Pommen gelten und jur Anwendung fommen muffen.

Sat jedoch ber Angeschuldigte einmal biesen Weg gewählt, so muß er bei dem, was auf den eingelegten Returs festgesett wird, sich beruhigen, und kann nicht weiter auf den

Antrag einer gerichtlichen Untersuchung gurudgeben;

d) in den Rheinprovinzen, sofern bort noch eine abweichende Gerichtsverfassing besteht, besgleichen in dem Großherzogsthum Posen, ist indessen die S. 250. des Anhangs der Allsgemeinen Gerichtsordnung angeordnete Kompetenz der Untergerichte nicht anwendbar. Es wird daher den dortigen Justizbehörden zur Pflicht gemacht, dergleichen Steuerkontraventionssachen, wenn die Alten von den Regierungen an sie abgegeben werden, an diesenigen Gerichte zu verweisen, welche nach dortiger Verfassung dafür kompetent sind.

S. 94. Bei der Verkündung eines jeden Straferkenntnisses oder Resoluts ist der Angeschuldigte auf tie Erhöhung der Strafe aufmerkam zu machen, welche er nach gegenwärtiger Verordnung im Falle einer Wiederholung seines Vergehens zu erwarten hat, und daß dieses geschehen, in der Verhandlung zu erwähnen.

Wird foldes unterlaffen, so hat die Behörde eine Ordnunges frafe von 5 bis 10 Thalern verwirkt, den Uebertreter aber trifft bei der Wiederholung des Vergebens bennoch eine erbobete Gelbstrafe.

S. 95. Die Bollftredung rechtsträftiger Erkenntniffe geschieht von ben Gerichten, bie ber Resolute aber von ben Steuerbehörden. Die Regierungen tonnen nach Umftanben ber Bollftredung Anstanb geben und bie Gerichte haben bem, was von ben Regierungen beshalb an sie ergehet, Folge zu leiften.

VIII. Anwendung biefer Ordnung,

S. 96. Die Vorschriften bieser Ordnung sollen in dem Maaße, wie das Geset vom hentigen Tage zur Aussührung gelangt, auch in allen Provinzen ohne Ausnahme befolgt, und es muß auch in den Provinzen, worin das A. E. R., die A. G. D. und die A. Krim. Drdnung noch nicht eingeführt sind, nach den in diese Ordnung aufgenommenen Vorschriften erkannt werden.
Bebörben.

S. 97. Die Erhebung der sest angeordneten Steuern und beren Kontrollirung geschieht im Grenzbezirf durch die Zollämter und die dazu gehörigen Beamten (Zollordnung vom 26. Mai v. 3. S. 9 bis 12.) im Innern des Landes durch Steuerämter, (eben daselbst S. 14.) welche in größeren und gewerbreichen Städten eingerichtet und denen zur Sicherheit der Gefälle Steueraufseher und Oberaufseher, ingleichen zur Erleichterung der Steuerpsichtigen Ortseinnehmer nach dem Ersorderniß zugeordnet werden sollen.

Bir befehlen Unferen Unterthanen und Beborben, fich nach ben in biefer Ordnung ertheilten Bestimmungen genau ju achten.

-Anhang.

I. Ergänzungen und Erläuterungen zu ben Strafbestimmungen in ben §§. 60 bis 65 ber Steuerordnung.

A. Thatbeftand ber Defraudation.

1. 3m Allgemeinen.

Ertenntniß bes G. D. Trib. vom 13. März 1838. (Erg.

b. Pr. Rechteb. Ausg. 1. Th. 5. Abth. 2. p. 54.)

Die Anzeige einer steuerpflichtigen Gewerbshandlung, welche nicht in der von dem Gesetze vorgeschriebenen Form erfolgt, ist für nicht vorhanden zur erachten, mindestens aber eine unrichtige zu nennen, und mithin ex §. 60. der Steuer-Drdnung strafbar. Denn der Ausbruck "unrichtig" an der betr. Stelle des Gesetze dez zieht sich augenscheinlich nicht allein auf den Inhalt, sondern auch auf die Form der Anzeige. Ein Berstoß gegen diese Form gehört daher nicht unter die Kategorie der §. 90. der Steuerordnung gedachten, nur mit einer Drdnungsstrafe von 1 bis 10 Thir. belegten Uebertretungen, weil der §. 60. ganz im Allgemeinen und unbedingt die Unrichtigkeit der Anzeige mit der ordentlichen Defraudationsstrafe geahndet wissen will.

2. Insbesondere

a) bei Maischsteuer-Defraudationen S. 11. des Regul. v. 1. Decbr. 1820. (f. unten.)

b) bei Braumalz-Stener = Defraudationen R. D. vom 10. Januar 1824 (f. unten.)

c) bei Tabakssteuer-Defraubationen Ges. vom 29. März 1828. (f. unten.)

B. In Bezug auf die Strafe felbft.

1. Im Allgemeinen.

C. R. b. M. b. Geiftl. Angeleg., b. Inn. und b. Fin. vom 5. April 1832. (Ann. Bb. XVI. p. 339.) Betr. bie Unstatthaftigfeit vorläufiger Freisprechung in administrativen Untersuchungen (j. basselbe zu ben Bestimmungen über bas Berfahren. S. 91. sq. b. Steuerordnung.)

2. Insbesondere.

Die Gelbstrafe. Declaration vom 27. Januar 1828. (G. S. 1828. p. 19.)

Bur Beseitigung ber Zweisel, welche barüber entstanden sind, wie die Strafe solcher Steuer-Defraudationen zu bestimmen sei, welche in Bezirten begangen sind, wo neben ber in die Staatstaffen fließenden Abgabe zugleich nach S. 13. des Geses vom 30. Mai 1820. über die Einrichtung bes Abgabenwesens ein Zuschlag für Bezirts-

oder Gemeinde-Ausgaben erhoben wird, erklären Wir auf ben Antrag Unferes Staatsministeriums und nach erstattetem Gutachten Unferes Staatsraths, hierdurch die in folchen Fällen zur Anwendung kommen-

ben gesetlichen Strafbestimmungen babin :.

baß bie durch die Defraudation verwirkte Strafe nicht nach bem Betrage des zu den Staatskassen fließenden Theils der Abgabe allein, sondern nach dem durch Zurechnung des Zuschlages sich ergebenden Gesammtbetrage derselben abzumessen, auch die Strafe ganz und ungetheilt so zu verwenden ist, wie es in den Fällen geschiehet, wo ein Zuschlag für Bezirks- und Gemeindeausgaben nicht erhoben wird.

Die zu substituirende Gefängnißstrafe.

a) R. D. vom 18. Aug. 1824. (Ann. Bo VIII. p. 870.) Auch in benjenigen Provinzen, wo bas französische Recht gitt, follen die Gerichte auf Gefängnißstrafe nach dem im A. L. R. angegebenen Maaßstabe erkennen.

b) Nach bem J. M. N. vom 5. März 1821 (366. Bb. XVII. p. 115. Gr. Bb. II. p. 339.) follte die Borfchrift des A. E. R. Th. II. Tit. 20. S. 88. wonach 5 Thir. Gelb - einer Gefängnißstrafe von 8 Tagen gleich zu achten ist, allgemein als Negel gelten, und nur da eine Ausnahme Statt finden, wo das Gefet selbst eine solche statuire.

Eine folde gefehliche Ausnahme begründet die hinter bem haufir-Regulativ vom 28. April 1824 (oben Seite 89.) mitgetheilte R. D. vom 31. Decbr. 1836, wonach bei hausir-Steuer-Kontraventionen, ben Umftänden, nach ein milderes Berhältniß angenommen werden tann.

Ingleichen bestimmte b. J. M. R. vom 8. April 1831. (36b. Bb. XXXVII. p. 396. Gr. Bb. VI. p. 178.) auf Grund einer K.

D. vom 5. beffelben Monats,

baß die erwähnte Borschrift bes A. L. R. sich, ber Natur ber Sache nach, nur bei Berwandlung kleiner Gelbbußen in Anwendung bringen lasse, weil das Uebel, welches der Berurtheilte durch die Freiheitsstrafe erleide, sich ungleich schneller steigere, als daszenige das ihm durch die Geldbuße zugefügt werde. Bei zunehmender Größe der Gelbstrafe sei daher die Gefängnissstrafe nach einem allmählig abnehmenden Berhältnisse zu substituiren.

c) Das J. M. R vom 20. August 1827. (Jhb. Bb. XXXVII. p. 396. Gr. Bb. VI. p. 178.)

erklärte in Uebereinstimmung mit bem Finanz-Ministerio, wie unter bem Ausbruck "8 Zage" nach gemeinem Sprachgebrauch eine Woche zu verstehen sei, mithin die Berdoppelung ber bestimmten 8 tägigen Gefängnifftrafe nicht in 16., fondern in 14 Tagen bestehe.

d) R. b. F. M. v. 25. September und b. J. M. v. 13. October 1828. (Ann. Bb. XII. p. 656. Ihb. Bb. XXXII. p. 314. Gr.

Bb. II. p. 322.)

Der Werth des Konfistates unterliegt niemals der Umwandlung, sondern muß, sobald das Konfistat selbst nicht bereits im Gewahrsam ber Steuerbehörde ist, durch die gewöhnlichen Exetutionsmittel vom Schuldigen beigetrieben werden.

Die Unterfagung bes Gewerbebetriebs.

a) Schreiben bes J. M., vom 27. Januar 1834. (Erg. b. Pr. Rechtsb. 1. Ansg. Th. V. Abth. 2. p. 55.)
bie Uebertretung bes an einem Steuerkontravenienten nach S. 62 und 63. ber Steuerordnung vom 18. Februar 1819. und dem Mahl- und Schlachtsteuer-Geses vom 30. Mai 1820. rechtsträftig ergangenen Berbots des ferneren Gewerbebetriebs kann nicht nach S. 1269. Tit. 20. Th. II. des A. L. R. geahndet werden; dagegen bedarf es aber auch zur Berhinderung und Ahndung solcher Uebertretungen nicht erst einer, von Seiten der Regierungen nach S. 11. der Regierungs-Instruktion v. 23. Octbr. 1817. zu erlassenden allgemeinen Strafandrohung, vielmehr kann auf den Grund des rechtsträftigen Erkentnisses oder Strafresoluts der Berurtheilte, welcher das ihm verdotene Gewerde zu betreiben dennoch fortfährt, auf die im S. 54. Tit. 24. Th. I. der A. G. D. vorgeschriebene Weise, durch Strafbesehle zur Unterlassung dieses Gewerdebetriebes erekutivisch von dersenigen Behörde, welcher die Vollstreckung des Erkenutnisses oder Resoluts gebührt, angehalten werden.

Daß die angeführten Borschriften der Gerichts-Ordnung auch bei Bollstreckung solcher Straferkenntnisse und Resolute Anwendung sinben, ist um so unbedenklicher, da die Untersuchungen in solchen Fällen ebenfalls nach den Borschriften der Gerichts-Ordnung (Th. I. Tit. 35.)

geführt werden.

b) Staatsministerialbeschluß vom 30. Oktober 1832 laut E. R. d. F. M. vom 6. Febr. 1833. (Ann. 1833. p. 47.) Da die Borschrift im § 54. Tit. 24. der Prozesordnung den

Da die Borschrift im § 54. Eit. 24. der Prozesordnung den Richter alsdann ermächtigt, die angedrohte Strafe beizutreiben, wenn der unterliegende Theil dem an ihn erlassenen unbedingten Strafbefehle zuwider handelt, so setzt sie voraus, daß der berechtigte Theil dem Richter hinreichende Ueberzeugung verschafft habe, daß dem

Strafbefehle jumider gehandelt fei.

Bon bieser Ueberzeugung des Richters ist die Aussührung eines unbedingten Strasbesehls (mandati sine clausula) abhängig, und in solchem Falle muß die angedrohte Strase durch ein Dekret sestgesetz und beigetrieben werden. Wenn dagegen dem Richter die Ueberzeugung nicht verschafft worden ist, mithin die Thatsache, daß die verbotene und verponte Handlung wirklich begangen worden, zuvörderst zu erörtern und durch Beweisausnahme zu konstatiren ist, kann eine Festseung per decretum nicht statssinden, vielmehr muß der Richter nach geschlossener Untersuchung durch ein Erkenntniß entscheiden, wider welches das gesesliche Rechtsmittel zulässig ist.

c) R. b. J. M vom 5. März 1840. (3. M. Bl. 1840. p. 107.) Die bei Excetutionen auf Unterlaffungen eventuell dem Exequendus angedrohte Gelbstrafe tann ebenfalls im Falle seines Unvermögens in Gefängnißstrafe verwandelt werden. II Ergänzungen und Erläuterungen zu ben Bestimmungen ber §§. 91. sq. wegen bes Verfahrens bei Steuersontraventionen.

A. Als allgemeine Borfdrift

gelten bie im §. 93 in Bezug genommenen Bestimmungen, namentlich: 1. Aus ber Berordnung vom 26. Decbr. 1808. (G. S. p. 464.)

S. 34. Fiscus entfagt in Abficht ber Civilprozeffe ganglich feinem bisberigen privilegirten Gerichtsftande und ift baber bei bemienis gen Bericht zu flagen ober fich einzulaffen verbunden, vor welches bie Sache geboren wurde, wenn fie bloß zwischen Privatpersonen fcwebte. Bird Fiscus als Beklagter in Anspruch genommen, so muß bies nur in dem Kall bei dem Obergericht geschehen, wenn der Gegenstand bes Streits unter unmittelbarer Berwaltung ber Regierung ftebt. Dieses findet ebenfalls bei ben moralischen Personen statt, die mittelbar oder unmittelbar unter Bermaltung ber Regierung fteben. Bergebungen gegen Sobeiterechte und Landespolizei-Berordnungen, ingleichen Dienftvergehungen gehören vor bas tompetente Dber-Gericht. Wegen ber lotalpolizeilichen Rontraventionen behält es einstweilen bei ber bisberigen Berfassung fein Bewenden. Ueber Defrandationen landes- ober grundberrlicher Rupungen, überhaupt wegen Bergehungen gegen Finanggesete find bie Untergerichte zu erkennen berechtigt, im Kall die barauf gefette Strafe nicht funfzig Thaler ober eine bieser gleichgestellte Gefängnifftrafe überschreitet. Eine jede Sache, in welcher die Regierung von ber ihr S. 45 nachgelaffenen Befugnif Gebrauch gemacht, und eine vorläufige Refolution abgefaßt hat, gebet jedoch fogleich an bas Obergericht über, wenn ber Kontravenient auf formliches rechtlides Gebor anträgt.

Der weitere Instanzenzug bleibt überall ber ordentliche, wie er bisher bei jedem Gericht Statt gefunden hat; die Sachen geben daher nicht mehr an das Ober-Revissons-Collegium, die Ober-Revissons-Deputation, und die übrigen für die zweite und dritte Instanz über Rechtsangelegenheiten von besonderen Gegenständen anzesesten Spruchbehörben, als welche nach dem Publitando vom 16. d. M. bereits aufge-

hoben find.

S. 45. Bei Kontraventionen gegen Finanz- und Polizei- und andere zum Ressort der Regierungen gehörige Gesetze, ingleichen bei Defraudationen landesherrlicher, den Regierungen zur Verwaltung übergebener Gesälle und nutbarer Regalien, sind die Regierungen berechtigt, nach einer summarischen Untersuchung die Sache durch eine Resolution zu entscheiden, auch die seltgesetzte Strase vollstrecken zu lassen, wenn der Beschuldigte nicht, binnen 10 Tagen nach Empfang der Resolution, auf sörmliches rechtliches Gehör und Erkenntniß bei dem kompetenten Obergericht anträgt Ju dem Ende muß es in der Resolution ihm auch jedesmal bekannt gemacht werden, daß er diese Besugniß habe, ihrer aber verlustig gehe, wenn er binnen 10 Tagen vom Empfange keinen Gebrauch davon mache.

Gefchieht aber Diefes, so geben die Regierungen fogleich die Alten an bas Landes-Juftig-Collegium jur weitern rechtlichen Einleitung ab,

können jedoch die nöthigen Berfügungen wegen Sicherstellung ber rorläufig festgefesten Gelbstrafe treffen, wenn sie foldes für nöthig er-

achten.

Bird bie von ben Regierungen festgesette Strase hinterher im rechtsträftigen Erkenntniß bestätigt, oben gar geschärft, so muß ber Denunziat jedesmal die Kosten der vorläusigen Untersuchung tragen. Wird sie hingegen gemildert, so bleibt er im Fall er nicht von sämmtlichen Gerichts-Rosten entbunden wird, nur in sofern dazu verdindlich, als von der summarischen Untersuchung bei der rechtlichen Einleitung hat Gebrauch gemacht werden können, welches das Landes-Justig-Collegium nach pslichtmäßigem Ermessen selfsest. Auf die von den Regierungen mit höherer Genehmigung in Polizei- und Landesangelegenheiten erlassenen Publikanda sind die Landes-Justig-Collegien bei ihren Entscheidungen insofern Rücksicht zu nehmen verdunden, als darin keine härtere Strase wie in den Gesehen, sestgesest ist, in welchem Falle die Strase nach diesen zu bestimmen ist.

- 2) Ans bem Anhange jur Allgemeinen Gerichtsordnung.
- \$. 243. Bei Kontraventionen gegen Finanz und Polizeis und andere zum Ressort der Regierungen gehörigen Gesetz, ingleichen bei Defraudationen landesherrlicher, den Regierungen zur Berwaltung übergebener, Gesälle und nugbarer Regalien, sind die Regierungen berechtigt, nach einer summarischen Untersuchung die Sache durch eine Resolution zu entscheiden, auch die sestigesete Strase vollstreden zu lassen, wenn der Beschuldigte nicht binnen zehn Tagen nach Empfang der Resolution auf sörmliches rechtliches Gehör und Erseuntniß bei dem kompetenten Obergerichte anträgt. Zu dem Ende muß es in der Resolution ihm auch jedesmal bekannt gemacht werden, daß er diese Besugniß habe, ihrer aber verlustig gehe, wenn er binnen zehn Tagen vom Empfange keinen Gebrauch davon mache.

Gefchieht aber bieses, oder will die Finanz-Behörde ihre Befugniß die Sache durch eine Resolution zu entscheiden, nicht ausüben,
so werden die Atten sogleich an das Landesjustiz-Rollegium zur weitern
rechtlichen Einleitung abgegeben. Die Regierungen können jedoch im
erstern Falle die nöthigen Berfügungen wegen Sicherstellung der vorläufig sestgeseten Gelostrase treffen, wenn sie solches für nöthig erachten. Zu diesen Berfügungen sind selbige auch dann noch berechtigt, wenn die Akten schon an das Gericht abgegeben worden, und
die Justizbehörden sind schuldig, ihnen bei der Beitreibung der Gelb-

ftrafen ben erforderlichen Beiftand zu leiften.

S. 244. Auch bei den von Militairpersonen begangenen Kontraventionen und Defraudationen steht den Civilbehörden nach S. 239. bes Unhangs die Rognition zu, unter folgenden Einschränkungen:

1) Benn von der Bestrafung eines Offiziers die Rede ist und diese nicht bloß in Gelbbuße und Konsistation der befraudirten Sachen bestehet, die begangene strafbare Handlung vielmehr Gefängnisoder Festungsstrafe, oder gar die Kassation nach sich ziehet, so müssen sich die Civilbehörden alles Berfahrens enthalten, und die Sache den Militairgerichten überlassen.

2) In allen Rallen, in welchen fich bie Angeschulbigten bei ben von

ben Regierungen feftgefetten Strafen, beruhigt baben, ober in welchen von den Juftigtollegien auf Strafe erfannt worden, ge-Schieht bie Bollftredung nicht von Seiten ber Civilbeboben. muß vielmehr beshalb in Abficht ber Offiziere bas tompetente Militairgericht, und in Absicht ber Unteroffiziere und gemeinen Solbaten, ber Rommandeur einer folden Militairperfon requirirt Letterer hat alsbann ein Stand - ober Kriegs-Gericht nach Befinden anzuordnen, von welchem die gegen einen Unteroffizier ober gemeinen Soldaten festgesette Strafe in eine verbaltnifmäßige Militairstrafe verwandelt werden muß, wovon der Regierung oder dem Justigkollegio Rachricht zu geben ift. biefer Berwandlung barf fich jeboch bas Stand - ober Rriegs-Gericht auf feine weitere Beurtheilung ber schon entschiebenen Straffälligkeit ber handlung einlaffen.

3) Sat fich ein Unteroffizier ober gemeiner Golbat außer ber Rontravention ober Defraudation noch eines andern Bergebens fouldig gemacht, fo gebührt die Untersuchung und Bestrafung beffel-ben ber Militairbehörbe.

4) Bei der Untersuchung wider einen Unteroffizier oder gemeinen Soldaten foll, zur Erhaltung ber Ordnung, ein von dem Rommandeur einer folden Militairperfon tommanbirter Borgefester des Denunziaten zugezogen sein.

5) In Ansehung der Unterstaabsbeamten tritt bas bei ben Offizieren

vorgeschriebene Berfahren ein.

S. 250. Ueber Defraudationen landes- und grundherrlicher Rugungen, überhaupt wegen Bergehungen gegen Finanzgesete find bie Untergerichte die Untersuchung zu führen, und zu erkennen berechtigt, wenn

1) bie barauf gesetzte Strafe incl. bes Werths der Konfistats nicht funfzig Thaler Geld - ober eine diefer gleich gestellte Gefängnißstrafe überschreitet;

1) ber Kontravenient nicht fur feine Person unter bem Dbergerichte

ftebet, und

3) die Kinanzbehörde von der ihr nachgelaffenen Befugniß: bie Sache burch eine Resolution ju entscheiben, feinen Gebrauch gemacht hat.

S. 251. Die Untergerichte tonnen, wenn biefe Sachen (S. 250. bes Anhangs) einmal an fie verwiesen find, im galle einer Saumseligfeit ober fonft, nur von bem Obergerichte mit Unweisung verfeben merben.

S. 253. Bei geringeren Bergehungen, beren Strafe nach ben Umftanben in einem Berweife, einer magigen forperlichen Zuchtigung, einer Geloftrafe von nicht mehr als funfzig Thalern, oder einem vierwöchentlichen Gefängniß besteben wurde, foll bei ben Obergerichten folgendes abgefürzte Berfahren Statt finden:

1) Sobald bem Rollegio ein bergleichen Bergeben angezeigt wird, und aus ber Denunziation und ben berfelben beigelegten Bescheinigungen ber Zusammenhang ber Sache nicht icon hinlanglich zu erseben ift, wird beshalb ber nabere Bericht ber bavon etwa Biffenschaft habenben Königlichen in Gib und Pflicht ftehenden Ofsizianten erforbert, ober ce ist die Bernehmung bes Denunzianten und ber von ihm mitzubringenden Zeugen, weshalb ihm hei der Vorladung das Röthige eröffnet werden muß, zu verfügen. Die solchergestalt näher substantiirte Denunziation wird dem Angeschuldigten zur Verantwortung binnen einer auf 14 Tage bis 4 Wochen zu bestimmenden Frist, mitgetheilt.

2) Der diesfälligen Verfügung ist die Warnung hinzuzuseßen, daß, wenn die Berantwortung binnen der geordneten Frist nicht eingehen würbe, dafür angenommen werden solle, der Angeschuldigte wolle es auf die gerichtliche förmliche Untersuchung ankommen lassen. Jugleich ist demselben zu eröffnen, daß er die Erlandniß habe, die Berantwortung bei der ihm zunächst wohnenden Justizperson oder dem Kollegio selbst zu Protokoll zu geben, und sich dazu durch Produktion der an ihn erlassenen Verfügung zu legikimizen, damit das Protokoll sodann von dieser Justizperson an das vorgesetze Kollegium befördert werde, wenn der Angeschuldigte Bedenken trage, die Verantwortung selbst schriftlich abzusassen und an die Behörde zu senden.

3) Dem Kollegio bleibt unbenommen, ben Angeschuldigten unter ber erwähnten Berwarnung sofort zu einem Termine zur Abgabe seiner Berantwortung vorladen zu lassen, wenn vorauszusehen ift, daß berselbe sich schriftlich zu vertheidigen nicht im Stande

fein möchte.

4) Nach Eingang einer folchen schriftlichen ober protofollarischen Berantwortung hat das Rollegium, ohne ein weiteres Bersahren einzuleiten, sogleich nach Maaßgabe der Berantwortung zu bestimmen, ob und welche Strafe durch das angeschuldigte Bergehen verwirkt sei, wobei auf die gesehlichen Borschriften, in Berbindung mit den konkurrirenden Umständen, vorzüglich auf die mehrere oder mindere Geisteskultur des Angeschuldigten, und ob er aus Borsah oder Unachtsamkeit gesehlt, billig Rückscht zu neh-

men ist.

Die solchergestalt auf ben Bortrag bes Dezernenten bei bem Kollegio beschlossene Berfügung wird dem Angeschuldigten mit Erössnung der Entscheidungsgründe, mittelst Resolution bekannt gemacht, nebst der Bedeutung, daß er die etwa arbitrirte Geldstrafe sammt Rosten binnen vier Wochen an die ihm namhaft zu machende Behörde, wenn er sich nicht am Orte des Kollegii besindet, berichtigen, oder wenn auf Jüchtigung oder auf Gesängniß konkludirt worden, sich binnen gleicher Frist zur Erleidung der Strafe ebenmäßig bei der ihm zu bezeichnenden Behörde melden müsse. Dabei ist ihm zu erössnen, daß es ihm frei stebe, gegen dergleichen Resolution auf förmliche Untersuchung und Entscheidung zu provoziren, wenn ihm seiner Meinung nach zu nahe geschehen sei, weshalb jedoch die Anzeige gleichfalls dinnen der bestimmten vierwöchentlichen Frist bei der in der Resolution bemerkten Behörde geschehen müsse, widrigensalls die self-gesete Strafe zur Eresution zu bringen.

6) Bu diesem Behuf ift von ber erlaffenen Berfügung bemienigen Juffigbebienten ober Untergerichte, welches bem Angeschuldigten

in ber Resolution benannt wird, mit der Anweisung Rachricht zu geben, die Bollstredung der Strafe nach achttägiger Anfündigung zu bewirken, wenn binnen der geordneten vierwöchentlichen Frisk teine Anzeige des Angeschuldigten eingeht, oder berfeibe noch vor Bollstredung der Strafe auf förmliche Untersuchung provozirt, auch von dem Erfolge des Auftrags zu seiner Zeit an das kommittirende Rollegium zu berichten.

7) Befindet fich der Angeschuldigte am Orte des Gerichts, welches die Strafe festisett, so muß dieses unter Beobachtung der oben beschriebenen Modalitäten für die Realistrung der Berftigung felbst forgen, und den Angeschuldigten zugleich bedeuten, bei

wem er fich zu melben habe.

8) Eines befonderen Documenti insinuationis über bergleichen an ben Angeschuldigten zu richtende Strafverfügungen bedarf es nicht, fondern es ift hinlänglich, wenn folche zur Post gegeben

und die Infinnation zu ben Aften befcheinigt worden.

9) Bas die Gebühren für Berhandlungen dieser Art betriffe, so können nur die Säße der ersten Kolonne der Sporteltare vom 11. August 1787. (23. August 1815., Beilage zum 15. Stück der Gesetzammlung 1815.) zur Anwendung kommen. Der Betrag derselben ist unter Beilegung einer Spezisstation dem Angeschuldigten zugleich in der Hauptverfügung mitzutheilen, die Zahlung auch mit Bestimmung einer vierwöchentlichen Frist zu fordern. Gebet dagegen bei dem Kollegio die Anzeige ein, daß der Angesschuldigte der Strafverfügung sich nicht unterwersen wolle, oder ist das Bergehen, seiner aus der ersten Denunziation zu entnehmenden Erheblichkeit wegen, zu dem eben beschiebenen Bersahren nicht geeignet, so muß dem Besinden nach die Kriminals oder sistalische Untersuchung gewöhnlichermaßen eröffnet, und der Salarienkasse soson liquidirten Gebühren die Lauf werden, daß die etwa schon liquidirten Gebühren bis zur Beendigung der Untersuchung zu suspendiren, wogegen die Kasse die Zahlung zu urgiren hat, wenn dergleichen Benachrichtigung nicht erfolgt.

10) Die Berhandlungen über biefe summarischen Untersuchungen sind gleich den Beschwerbeakten nach Jahrgängen in einem Bande zu sammeln, welchem ein Register vorzuheften ift, worin der Inhalt nach alphabetischer Ordnung, der Namen der Augeschuldigten,

mit Bemertung ber Seite, angegeben werben muß.

B. Spezielle Bestimmungen.

I. Für bie (fummarischen) von ben Berwaltungebehörben geführten Untersuchungen.

Competeng

- 1) Der Berwaltungsbehörben überhaupt.
- S. 2. u. 4. der Deflaration v. 20. Jan. 1820. (G. S. 1820. p. 33.)
- S. 2. Die Befugniff bet Berwaltunge-Beborben, in Steuenfaden, Straf-Refolute abzufaffen, foll hinfort auf biejenigen galle ein-

geschränkt sein, in welchen nach Borschrift ber Gesetze auf Gelbstrafe ober Konfistation zu erkennen ist. Dagegen soll in allen Fällen, in welchen auf Gefängniß-, Juchthaus- ober Festungs-Strafe unmittelbar nach Borschrift ber Gesetz zu erkennen ist, bie Untersuchung und bie Abfassung bes Erkenntnisses sogleich ben ordentlichen Gerichten über-lassen werden.

S. 4. Wenn bei wiederholten Steuer-Bergeben, neben ber andern Strafe auch die Untersagung des Gewerbes erfolgen muß, so wird biese jedesmal von bersenigen Behörde ausgesprochen, welcher nach bem S. 2. bes gegenwärtigen Geses die Festsenng ber andern

Strafe zusteht.

2. Der Regierungen (Provinzialsteuer-Direttionen)

a) R. b. J. M. v. 31. Juli 1813. (Ihb. Bd. II. p. 34. Gr. Bd. II. p. 318.) In Bezug auf Abgaben-Defraudationen ist die Befugniß der Regierungen, Strafen durch eine Resolution festzusehen, auf kein Maximum beschränkt

b) Bergl. bas oben (G. 133.) ju S. 88. ber Stenerordnung ange-

führte R. vom 15. April 1823.

- e) Circ. R. b. F. M. v. 28. Juli 1838. (Etr. Bl. 1842. p. 380.) Den Provinzial-Stenerbehörden ist die Befugniß ertheilt, unter gewissen in der Sache begründeten mildernden Umständen in ihren Entscheidungen eine geringere als die gesetzliche Strafe festzusehen.
- 3. Der Haupt-Aemter.

a) R. b. F. M. vom 25. Juli 1838. Die Kompetenz der Hauptämter zur Entscheidung in Steuerprozessen wird nach der Höhe der Strafe in abstracto und wenn das Gesetz zwischen einer höhern oder geringeren Strafe die Wahl läßt, nach dem Maximum derfelben bemessen, ist also namentlich für die Festsenung der Strafe wegen Widersetzlichkeit ex §. 88. der Steuerordnung ausgeschlossen.

b) R. d. F. M. v. d. Aug. 1839. (Centr. Bl. 1839. p. 251.) Sind in einem Steuerprozesse mehrere Kontravenienten zur Unterfuchung gezogen, so richtet sich die Kompetenz der Hauptämter nicht nach der Summe der Strafen sämmtlicher Tyeilnehmer,

fonbern nach ber Sobe ber Strafe jebes einzelnen.

Das Berfahren im administrativen Wege überhaupt.*)

1) Gegen unbekannte entsprungene Defrandanten. Wegen der Kontraventionen gegen die Zollgesetze disponirt S. 60. des Zollstrafgesetze vom 23. Jan. 1838 (f. unten.) Bezüglich der übrigen Abgabengesetze verbleibt es nach den

[&]quot;) gur die Behandlung bes Brogefinesens bei Uebertreinung ber Bolls und Steuergesehe im summarischen Berfahren find ben haupt au entern von ben Propingial-Steuerbehorben Inftruftionen ertheilt, beren Gine vollständig in Schim-

Referipten b. J. M. vom 25. Novbr. 1815 und 10. Jan. 1820. (366. Bb. VI. p. 13. Bb. XIV. p. 219. Gr. Bb. II. p. 60.) bei bem burch

melfennig indir. Steuern. Ih. II. p. 70. sq. abgebrudt ift. Was in biefer Besiehung hier von Intereffe ift, läßt fich in ber Rurze bahin zusammenfassen:

I. Competenz jur Führung ber Untersuchung.

Das haupt-Amt, in beffen Bezirte bas Bergeben en bedt ift, hat beffen weitere Berfolgung zu betreiben, und nur mit besonderer Genehmigung der Brosvinzial. Steuerbehörbe diese Berpflichtung an dassenige haudt-Amt zu übertragen, in besten Bezirte bas Bergehen verübt ober ber Uebertreter ergriffen ober wohnshaft ift.

Beboch treten folgenbe Ausnahmen ein:

1) Die Verfolgung ber Cache gebuhrt bemjenigen Saupt-Amte, in beffen Be-

2) Sie ist an bas Haupt-Amt abzugeben, in bessen Bezirf ber Uebertreter wohnt: a) bei Bergehen gegen die Borschriften über die Transport-Kontrolle im Binnenlande (§. 92-97. der Boll-Ordnung vom 23. Januar 1838);

b) wenn der Uebertreter ein Unterthan eines Staates ift, dem fartelmäßig die Berpflichtung obliegt, das Bergehen zu bestrafen. (3oll = Rartel vom 11. Mai 1833 & 3., Gesetz-Sammlung von 1833 Seite 258, und Bertrag vom 1. November 1837. Gesetz-Sammlung von 1837 Seite 178), und das Bergehen entweder nicht auf dieseitigem Gebiete verübt, oder zwar innershalb Landes verübt, der Uebertreter aber weber verhastet, noch ein Theil seiner Effetten in Beschlag genommen worden ist.

II. Fest fiellung bes Thatbestantes.

Ueber ben Borgang ber Feststellung bes Thatbestanbes ift von bem Beamten, welcher bas Bergeben entbect hat, flete eine vollständige Berhandlung aufzunehmen.

Das Protokoll muß unverzuglich nach ber Entbeckung ber Uebertretung aufs genommen, von dem Beamten mit der Bersicherung der Richtigkeit des Inhalts auf den Diensteib unterschrieben und mit einer an das Haupt Amt gerichteten Anklageschrift dem haupt Amte selbst oder dem nachsten Unter Amte spätestens binnen 3 Tagen eingereicht werden.

III. Beiteres Berfahren.

Die Ueberweisung ber Alten an ten Juftiziarins fonnen bie Saupt Aemter auch, jedoch nur mit bem Vorbehalte abministrativer Entscheis bung, selbstftanbig beschließen, wenn bie Straffalle so erheblich sind, bag auf eine die Summe von zehn Thalern überftelgende Gelbbuße als ordentliche Strafe zu erkennen ift, und bie Instruktion ohne Beweisaufnahme nicht zweckmäßig gesführt werden kann.

Bei Bergehen von geringerer Erheblichfeit tonnen nur mit Genehmigung ber Brovingialbehorben bie Berhanblungen gur Fuhrung ber Untersuchung an ben

Juftigiarine abgegeben werben

Bon ben ben haupt-Aeintern untergeordneten Beamten foll bas Aufsichts-Bersonal und namentlich die Ober-Kontroleure mit Brozes-Instruktionen nicht bes auftragt werden, und nur in einzelnen dringenden, dann jedesmal im Dekrete bessonders zu motivirenden, Fällen find Ausnahmen von dieser Regel zuzulassen.

Die Denuncianten burfen fich nie mit ber Inftruftion bes Prozeffes befaffen.

IV. Enticheibungebefugniß.

Erfolgt die Entscheidung im Berwaltungewege, fo gebuhrt ben Saupt-Aems

tern bie Abfaffung bes Refoluts:

1) bei Bergehen gegen bas Bollgeset und bie Bollorbnung, wenn bie gesehliche Gelbstrafe und ber Werth bes ber Konfissation unterliegenben Gegenstandes ansammen Funfgig Thaler nicht übersteigt;

10

frübere Gefete bestimmten Berfahren, wonach bie gefetliche Befanntmachung und refp. Ebictalcitation nur bann erfolgt, wenn ber Werth ber in Befchlag genommenen Sachen mehr als 50 Thir. beträgt. Der S. 394 bes Anh. zur A. G. D. findet nur auf Polizei-Rontraventionen Calfo biernach auch auf die Kontraventionen gegen die polizeilichen Bestimmungen bes Saufir-Regulative) Statt.

- 2. Gegen unbekannte ber Klucht verdächtige ober unfichere Contravenienten.
- Instruftion, betreffend bas Berfahren gegen verhaftete, in bie Gerichtsgefängniffe zur Aufbewahrung abgelieferte Steuer = Ron= travenienten von Seiten ber Gerichte. *)
- Die in den Abgaben-Gefegen: Gewerbesteuergeset vom 30. Mai 1820 S. 42. a. (Gefetfamml. S. 147.) verbunden mit S. 91. der Steuer-Dronung vom 8. Febr. 1819 (G. S. p. 102.) — Zollftrafgeset vom 23. Januar 1838 S. 28. (G. G. p. 78.)

enthaltene Bestimmung :

daß fremde, unbekannte oder der Alucht verdächtige Kontravenienten verhaftet, und, bis sie sicht legitimiren und Sicherheit bestellen, an das nächfte Gericht zur Aufbewahrung abgeliefert werben tonnen,

2) bei Bergehen gegen bas Stempelgefen allgemein, ohne Beichrantung auf

einen gewiffen Betrag ber Gelbftrafe; 3) bei Bergeben gegen bie übrigen jum Bereich ber indiretten Steuer-Berwaltung gehörenben Wefege, wenn bie gefetliche Gelbftrafe und ber Berth bee ber Ronfistation unterliegenben Wegenstanbes gufammen genommen Bebn Thaler nicht überfteigt.

In Fällen jedoch, wo bie Einstellung bes Gewerbes bes Angeklagten auf Beit ober für immer verwirft ift, muffen fich bie Saupt Aemter, wenn fie auch außerbem tompetent fein follten, ber Entiche bung enthalten.

Sind nach bem Borftebenben bie Saupt-Memter gur Entscheibung nicht toms

petent, fo erfolgt folche in erfler Stelle von ber Provingial=Steuerbeholbe.

V. Bollftredung ber Entscheibungen.

Die Bollftredung ber rechtefraftigen Erfenntniffe gefchieht von ben Gerichten, die ber Refolute aber burch bie Saupt-Aemter, welche babet nach ben füt Exekutionen im Berwaltungswege ertheilten Borfchriften zu verfahren haben.

Die Einziehung ber einfachen Gefälle muß ftete erfolgen, wo auf bie ore bentliche Strafe ber Defraubation resolvirt ober ertannt ift, und bie Uebergehung ber Frage über bie Nachzahlung ber Gefalle in einem gerichtlichen Ertenntniffe hindert die Emgiehung berfelben um fo weniger, ale bie Entscheidung barüber ber gerichtlichen Rognition entzogen, und ber Berwaltunge-Beharbe überlaffen bleibt. Ift die ordentliche Strafe nicht erfannt, so hangt die Bulaffigfeit der Einziehung ber Gefalle von bem Nachweise ab: daß die Steuer wirflich verschuldet, also die in Brage ftehenbe Sanblung begangen ift.

Wegen bes Berfahrens im Bagatell-Brozeffe und im Falle ber Submiffion

bes Angeflagten f. bie Inftruftion vom 16 Juli 1837.

*) Dieje Juftruttion ift ben Regierungen und Provinzial . Steuerbirettionen burch Circ. R. b. F. M. vom 13. Aug. 1839. (Centr. Bl. 1839. p. 252.) jur Nachachtung mitgetheilt. (f. auch 3. M. Bl. 1839. p. 252.)

hat Zweifel darüber erregt: ob die Gerichte, an welche ein ober mehrere verhaftete Kontravenienten dieser Art abgelicfert werden, sich auf die Ausbewahrung berselben zu beschränten oder sich sofort der Un-

tersuchung und Entscheidung ber Sache zu unterziehen haben.

Jur Beseitigung bieser Zweifel und zur Herbeisührung eines gleichförmigen Bersahrens, wird vom Justiz-Minister, auf Grund ber ihm durch die Allerhöchste Kabinetsordre vom 31. Januar 1833.*) (G. S. p. 14.) beigelegten Befugniß, im Einverständniß mit dem herrn Finanz-Minister, Folgendes verordnet:

I. Für bie Provinzen, in welchen bie A. G. D. und bas A. L. R. gefchliche Kraft haben.

S. 1. Wird, in Folge ber im Eingange erwähnten gesehlichen Borschrift, ein, wegen Bergehen gegen die Steuergeset verhafteter fremder, unbekannter oder der Flucht verdächtiger Kontravenient von Steuer- oder Berwaltungs-Beamten an ein Gericht zur Aufbewahrung abgeliefert, so tritt mit dieser Ablieferung die volle Kompetenz der Gerichte ein; selbst alsdanu, wenn außerdem die Steuerbehörden (Regierungen, Provinzial-Steuer-Direktoren und Haupt-Zoll- und Steuer-Nemter) zur Abfassung eines Straf-Resoluts befugt gewesen wären.

S. 2. Das Gericht, an welches ber verhaftete Kontravenient abgeliefert wird, hat sich, auf Grund ber, von den Steuer- oder Berwaltungs-Beamten bei der Ablieferung des Kontravenienten übergebenen oder zu Protofoll zu erklärenden Denunziation, der Führung

ber Untersuchung fofort zu unterziehen.

Sit das Gericht verfassungsgemäß entweder gar nicht besugt, in stellischen ober Kriminal-Untersuchungssachen zu erkennen oder übersichreitet das, gegen den Berhafteten und bessen Mitschuldige vorliesgende Bergeben die Grenzen seiner Kompetenz (S. 250. des Anhangs zur A. G. D.), so hat sich dasselbe anf die gubrung der Untersuchung zu beschränken und die geschlossenen Alten an das kompetente Ober- oder Unter-Gericht zur Abfassung des Erkenntnisses abzugeben.

In weitläufigen zeitraubenden Kontraventions-Sachen wird jedoch auch in diesem Falle den Untergerichten, welche aus einem Richter bestehen oder deren Gefängnisse zu einer längern Ausbewahrung des Berhafteten nicht geeignet sind, gestattet, die Untersuchung dem kompetenten, und, in Ermangelung eines solchen, demjenigen Gericht zu überlassen, welches das Ober-Gericht, nach vorgängiger Anfrage, dazu bestimmen wird. Die die dahin aufgenommenen Verhandlungen sind sodann zugleich mit dem Verhafteten an dieses Gericht abzuliesern.

10 *

^{*)} Die allegirte R. D. ermächtigt ben Justigminister, die Befugnis a) aller Untergerichte gur Fuhrung ber Untersuchungen

b) Der follegial eingerichteten Untergerichte, ingleichen ber Inquifitoriate gur Ab-

faffung ber Erkenntnisse erster Instanz sowohl in Ariminal- als in stefalischen Untersuchungs-Sachen nach Bewandnis der Umstände zu erweitern, und das Maaß und den Umsang dieser Wirksamkeit der Untergerichte in der Ariminalrechtspstege, wie es das Bedürsniß erheischt fostzusehen.

S. 3. Da Untersuchungen biefer Art vorzüglich beschlennigt werben muffen, fo findet am Schluffe berfelben eine Ruckfrage bei ben Steuerbeborden in ber Regel nicht ftatt; inebesondere bleibt ber, nur auf Untersuchungen, die von ben Steuer-Untersuchungs-Richtern geführt werden, fich beziehende S. 35. des Bollftrafgefepes vom 23. Januar 1838, wonach bie gefchloffenen Untersuchungs-Affen burch bie Proving ia l-Bollbehorbe an bas tompetente Gericht gur Enticheibung gelangen follen, außer Unwendung. Es haben jedoch bie Berichte im Laufe ber Untersuchung bafur ju forgen, bag ber jur 216meffung ber Strafe nachzuweisenbe Betrag ber befraubirten Steuern und Gefälle von dem betreffenden Saupt-Boll- und Steueramte und beziehungsweise von ber betreffenden Regierung (S. 8. des Regulativs vom 4. Dezember und Rabinets-Ordre vom 31. Dezember 1836, — Gesethamml. von 1837 S. 13.) zeitig zu ben Atten angezeigt und nothigenfalls ein bestimmter Strafantrag von benfelben gemacht werbe.

Bird jedoch von den Steuerbehörden bei Eröffnung oder mabrend ber Untersuchung auf Mittheilung ber Aften gur Abgabe befonderer Erklärungen ausbrudlich angetragen, fo find ihnen biefelben, unter

ber Bedingung besonderer Befchleunigung, vorzulegen.

S. 4. Ausgenommen von der, im S. 1. aufgestellten Regel bleibt allein ber fall, wenn bem Berhafteten von Anfang nichts weiter jur laft gelegt wird, ale eine, nur mit einer Dronungeftrafe bedrohte geringe Verletung ber Steuergesete ober der Anordnungen der Kinangbehörden, wie in

S. 90. ber Steuer-Ordnung vom 8. Kebruar 1819,

§. 30. des Gewerbe=(Haustr=)Regulativs vom 28. April 1824 (**G. S. S**. 125.),

§. 18. bes Zouftrafgesebes v. 23. Jan. 1838 (G. S. S. 78.).

S. 5. In biefem Falle finbet:

a) in 3 o I ftraffachen, nach S. 33. bes Bollftrafgefetes vom 23. Januar 1838, überhaupt teine gerichtliche Untersuchung und Ent-Scheidung flatt; bas Gericht hat jedoch den ihm überlieferten Rontravenienten fofort und fpateftens binnen 24 Stunden über feine perfonlichen Berhaltniffe, bie Beranlaffung feiner Berhaftung und über die ibm gemachte Anschuldigung vollständig zu vernehmen, sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß er derzenige sei, welcher von der Steuerbehörde als Kontravenient in das Gefängniß abgeliefert worden, und sein Signalement zu den Aften zu vermerten. b) In ben anbern Steuer-Rontraventions-Sachen ift eben-

falls nach ber vorstehenben Bestimmung (litt. a.) zu verfahren; es ware benn, baß ber Angeschuldigte, wie ihm nach ber Steuers Ordnung vom 8. Februar 1819. S. 93. litt. b. und dem Ge-werbe-(Sausir-)Regulativ vom 28. April 1824. S. 32. freisteht, sofort auf gerichtliches Gebor provocirte, in welchem Falle bie

Borschriften der SS. 1, 2 und 3 maafgebend find. S. 6. Ift es bei der Ablieferung eines Berhafteten zweifelhaft, ob berfelbe nur eine Ordnungsstrafe verwirft habe ober wegen Steuervergebens zur Berantwortung ju gieben sei, so ift die formliche Un-tersuchung nach S. 2. zu eröffnen und über die Sache ju ertennen. Dies muß jederzeit geschehen, wenn bie Steuerbeamten bas Bergeben als eine Steuerbefraube bezeichnen, selbst bann, wenn bas Gericht basselbe nur für eine, mit einer Ordnungsstrafe zu belegende Berlehung ber Steuergeset ober Anordnungen der Steuerbehörben anseben sollte.

S. 7. Die Prüfung ber Art und Höhe ber Kaution, burch beren Bestellung ber Berhaftete seine Entlassung aus dem Gefängnisse bewirken will, so wie die davon abhängige Entscheidung über die Entlassung selbst, steht, mit Ausnahme des Falles, wenn es sich bloß um eine, von der Steuerbehörde sestzusepende Ordnungsstrase handelt (SS. 4 und 5.), dem Gericht zu, welches jedoch die Erklärung der betressenden Berwaltungsbehörde auf die Anträge und Anerdietungen des Berhafteten zu ersordern hat.

In dem Falle der §§ 4. und 5. gebührt die Prüfung und Entscheidung, wosern nicht zu §. 5b. auf gerichtliches Gehör provocirt worben ift, lediglich der betreffenden Berwaltungsbehörde, an welche die, bei den Gerichtsbehörden angebrachten Gesuche und Anträge des

Berhafteten abzugeben find.

- II. Für Neuvorpommern und ben Begirt bes Juftig-
- S. 8. Die Gerichte in biefen Landestheilen haben fich nach ben vorstehenden Bestimmungen unter Berücksichtigung ihrer Berfassung und ber bestehenden Kompetenz-Berhältnisse zu achten.
 - III. Für die Rheinproving, mit Ausnahme der oftrheinischen Landestheile.*)
- 5. 9. In benjenigen Lanbestheilen ber Rheinproving, in welchen bie frangofische Gerichtsverfaffung besteht, tommt es barauf an:

1) ob der verhaftete Kontravenient unmittelbar in die Gefängniffe eines Landgerichts oder eines davon abhängigen answärtigen Untersuchungs-Amtes abgeliefert oder

2) einem Friedensgerichte vorgeführt wirb.

In dem ersten Falle hat das öffentliche Ministerium bei dem Landgerichte oder Untersuchungs-Amte das Erforderliche wegen Berbaftung und Bernehmung desselben nach Borschrift der rheinischen Kriminal-Prozes-Ordnung, zu veranlassen und, nach Unterschied der Fälle S. 1 und SS. 4 und 5, dafür zu sorgen, daß der Angeschuldigte entweder wegen des ihm zur Last gelegten Steuervergehens vor Gericht gestellt oder das, im S. 5. vorgeschriedene Prototol mit dem Berhafteten ausgenommen werde.

In bem zweiten Falle hat ber Friedensrichter mit bem Ber-

^{*)} Nach Analogie ber Art 114 sq. ber Rheinischen Kriminal-Gerichtsorbenung ift Seitens ber Steuerbehörben barauf zu halten, baß ausländische Steuersbefraubanten, wenn fie gegen Kantion in Freiheit geset werden, vor ihrer Entlaffung aus ber haft innerhalb bes Brenstichen Gebiets ein Domicil wählen, basmit sie mit rechtlicher Wirfung bei den hiefigen Gerichten und Abministrationss Behörben verfolgt, auch die erlassenen Erkenntnisse ober Resolute an ihnen vollagrecht werden tonnen,

hafteten, berselbe mag wegen einer Steuerbefraube (§ 1.) ober wegen einer bloßen Ordnungswidrigkeit (§. 4.) verhaftet sein, das §. 5. litt. a. vorgeschriebene Protokoll aufzunehmen und mit den, von den Steuerbeamten ihm eingehändigten Schriftstüden, zusolge Art. 53. der Kriminal-Prozeß-Ordnung, ohne Berzug an das öffentliche Ministerium des betreffenden Landgerichts zur weitern Beranlassung abliefern zu lassen.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

S. 10. Wegen der haft= und Berpflegungs-Rosten der Inhaftirten behält es in denjenigen Fällen, worin den Gerichten die Untersudung und Entscheidung anheimfällt, bei den darüber ergangenen frühern Bestimmungen in den verschiedenen Landestheilen sein Bewenden.

(Allerhöchste Rabinetsordre vom 20. November 1838 und Resc. vom 5. Marz 1838, Justiz-Ministerial-Bl. S. 106. Rr. 90.)

Wird dagegen ein Kontravenient bloß zur Sicherung einer, von der Steu erbehörde festzusetzenden Ordnungsstrafe verhaftet (§S. 4. und 5.), so sind, im Fall derselbe die Kosten seiner Berpstegung nicht selbst bestreitet, die deshalb gemachten Vorschüffe der Gerichte von der Finanzbehörde zu erstatten.

Die gerichtlichen Behörden haben fich nach vorstehenden Beftimmungen, welche ber herr Finang-Minister ben Beborden feines Ref-

forts zur Befolgung mittheilen wird, überall zu achten.

Berlin, ben 28. Juni 1839.

Der Juftiz-Minister.

B. Abgefürztes Berfahren im Berwaltungswege.

a) Aus der Instruktion b. F. Min. v. 16. Juli 1837 wegen Berfahrens der Aemter in Bagatellprozessen ist hier Folgendes zu bemerken.

Bagatell-Prozeffe in biefem Sinne find:

1) solche, in denen die gesetliche Strafe mit dem Werthe des Konfistats nicht mehr als Fünf Thaler beträgt, und weder Gefängnißstrafe noch Einstellung des Gewerbes als Folge des Vergehens eintritt.

2) solche, in denen unzweifelhaft nur auf eine Ordnungsstrafe bis

böchstens Funf Thaler zu ertennen ift, als beispielsweise:

a) wegen Bergehen gegen die Transport-Kontroll-Borfchriften ohne Steuerverfürzung ober andere erichwerende Umftande;

b) wegen Uebertretung ber Kontroll-Borschriften aus ber Gesetzebung vom 8. Februar 1819, welche mit einer Strafe von Einem bis Zehn Thaler verpont sind, und die augenscheinlich nicht in Berbindung mit Steuerverkurzung ober andern besonders zu bestrafenden Bergehen stehen;

c) wegen Bergeben wider die Kontroll = Borschriften in Bezug auf

Mahl = und Schlachtsteuer;

Das Bagatell-Berfahren ift — auch innerhalb ber unter 1. und

2. verzeichneten Grenzen — bann nicht guläffig,

a) wenn der Angeklagte fich demfelben und der Strafe nicht unterwirft;

b) wenn die Ankläger, sofern das Berfahren nicht bei dem haupt-

amte felbst anbängig ift, in ber Bourtbeilung bes Kalles mit ber verhandelnden Steuerstelle nicht einverftanden find, ober fonst gegen bas Bagatell-Berfahren unter Anführung von Grun-

ben im Jutereffe bes Dienstes Einwendungen machen:

c) wenn ber Kontravenient unbefannt, entsprungen ober zahlungsunfähig ift, ober wenn ber Kall zwar nur zur Ordnungsftrafe geeignet icheint, ber Gegenstand, an welchem bas Bergeben verübt worden, aber von einiger fleuerlichen Wichtigfeit, etwa bis Fünf Thaler abgabepflichtig, oder bis Funfzig Thaler werth ift:

d) wenn bie instruirende Stelle findet ober vermuthet, daß Beam-

ten bei dem Borfalle etwas verschuldet haben;

Ru den Bagatell-Prozefiverbandlungen ift ein besonderes Mufter vorgeschrieben und bie Abfaffung eines Resolutes unterbleibt bierbei. ba ber Prozeß durch Verrechnung der sofort einzugablenden Strafe beendigt wird.

b) Circ. R. d. F. M. v. 25. März 1839. (Centribl. 1839. p. 78.)

betr. b. Gubmiffions=Berfahren.

Außer in Bagatell-Prozeffen, worüber bie Instruktion vom 16. Juli 1837 das Röthige bestimmt, ift auch in anderen Boll- und Steuer-Untersuchungen, wenn ber Angeflagte bas Bergeben bei feiner Bernebmung an Amtoftelle einräumt und zur sofortigen Zahlung ber Strafe fich barbietet, die Abfassung eines besonderen Straf=Resoluts nicht erforderlich. Es muß aber, außer der Warnung vor der erhöheten Strafe, wo folche nach dem Gefet begründet ift, jedesmal im Prototoll felbft eine formliche Festsetzung beffen, was Denunziat an Steuer, Ronfistations-Werth, Strafe und Rosten ju zahlen hat, erfolgen, auch bas ansbrückliche Anerkenntniß bes Denunziaten, daß er fich biefer Reftsetung unterwerfe und auf anderweite Entscheidung burch ben Richter ober burch die hobere Berwaltungsbehorde, fo wie auf Abfaffung und Aushandigung eines formlichen Refoluts verzichte, endlich auch, daß ihm die Strafe im Bieberholungsfall befannt gemacht worden, im Protofoll vermerkt und am Schluffe beffelben bescheinigt werden, daß und wie viel von dem Denunziaten gezahlt worden ift. Protofoll muß demnächst von dem Instruenten dem haupt-Amt übergeben werden, welches baffelbe, wenn die Festsegung der Strafe innerhalb feiner Kompetenz liegt, burch einen, am Rande ober am Schluffe beignfügenden, von den Amts-Mitgliedern zu vollziehenden Bermerk:

"Genehmiat"

"Drt, Datum, Unterfdriften"

an legalisiren, ober, wenn die Straffesting feine Rompetenz über-ichreitet, der Provinzial-Steuerbehörde zu gleichem Behuf zu übersenden hat.

Die Zahlung muß an ben Rendanten geschehen und barf ber Inkruent, in so fern er nicht etwa ber Rendant selbst ift, mit beren Un-

nahme fich nicht befaffen.

Der im Stempel-Tarif bei ber Position: "Ertenntnisse" litr. A. f. vorgeschriebene Stempel von 15 Sgr. ist für das Prototoll, weil es bas Straf-Resolut enthält, fällig und zu bemselben zu verwenden.

c) R. d. F. M v. 24. Novbr. 1840. (Centribi. 1840. p. 390.) Bei Erlaß der Instruktion über das Berfahren in Bagatell-Prozeffen vom 16. Juli 1837 ift es allerdings die Absicht gewesen, bas Bagatell-Berfahren auf Fälle der ersten Defraudation zu beschränken, indem für wiederholte Defraudationen eine, den vierfachen Gefälle-Betrag übersteigende Strafe gesehlich vorgeschrieben ift.

Eine Ausdehnung der Maagregel erscheint jedoch zur Bermeidung ber Schreiberei rathfam, auch an fich gulaffig, und es wird beshalb hierdurch gestattet, das in der Instruktion vom 16. Juli 1837 vorgeschriebene Bagatell-Berfahren, wie auch nicht minder das für solche Defraudationen, welche eine größere Strafe, als 5 Thaler, nach sichen, burch bie Circular-Berfügung vom 25. März 1839 vorgefchriebene abgefürzte Berfahren auch auf Falle der zweiten und ferneren Defraudationen anzuwenden, jedoch immer nur unter der Borausfekung, daß die Defraudation bloß eine Geloftrafe, mit Einschluß ber Konfistation, nach sich zieht.

Es tommt hierbei allein auf die Strafe, welche bas Befet vorfchreibt (bie Strafe in abstracto), an, nicht auf die Strafe, welche, nach der Meinung der Behörde, in dem speziellen Falle verwirkt ift (die Strafe in concreto), so daß überall, wo das Geses, als Folge ber Defraudation, Gefängnifftrafe ober, außer ber Geloftrafe und Ronfistation, Gewerbe-Untersagung oder eine sonstige Strafe vorschreibt, das Bagatell-Verfahren nach der Instruktion vom 16. Juli 1837 und bas abgefürzte Berfahren nach der Circular-Berfügung vom 25. März

1839, ausgeschloffen bleiben.

Sonstige spezielle Bestimmungen für bas Verfahren.*)

a) R. d. K. M. v. 27. März 1836. (Ann. Ihg. 1836.)

In Gemäßheit der SS. 54, 55 und 244 des Anhangs zur A. G. D. find die Steuerbehörden angewiesen: von den in Roll- oder Steuer-Untersuchungen erfolgenden Borladungen der Offiziere, Unteroffiziere und Solbaten ben betr. Vorgesetten Nachricht zu geben, ober bie Borladung durch Lettere zu bewirken.

b) Revibirte Megordnung für Frankfurt a. D. v. 31.

März 1831. (G. S. 1831. p. 149.)

S. 52. Bur Instruktion ber Defisteuerprozesse, wohin auch bie Untersuchungen wegen unrichtiger Eingangs-Deklarationen bes Waarenführers gehören, ift mabrend ber Meffe ein besonderer Beamte beftimmt, bem nöthigenfalls ber Sauptamts-Juftigiar gur Sulfe tritt. Die Abfassung der Resolute oder die Verweisung der Sache zum gerichtlichen Berfahren, fo weit ber Gegenstand fich nicht zur Enticheidung des Meg-Steuer-Amts eignet, geschieht burch bie Regierungs-Abtheilung fur die Berwaltung der indiretten Steuern.

c) R. b. K. M. v. 4. Dezbr. 1840. (Centrol. 1841. p. 2.) Den Zeugen, welche in abministrativen Untersuchungen wegen Steuervergeben von den Bermaltungsbehörden vorgeladen werden, follen auf ihren Antraa die taxmäßigen Meilengelber, Zehrungs.

^{*)} Die Bestimmungen wegen ber Roften vergleiche unter 11. bei bem gerichts lichen Berfahren.

und Berfaumniftoften aus dem Steuer-Extraordinario gewährt werben, wenn der Angeschulbigte von ben Roften entbunden, ober bazu unvermögend ift.

d) Minist. R. v. 5. April 1832. (Ann. Bb. XVI. p. 339.)

Die Krage: ob im administrativen Untersuchungsverfahren wegen Steuer = und Polizeivergeben eine vorläufige Freifprechung gulaffig fei? muß unbebentlich verneint werben. Denn auf jenes Berfahren finden die Borichriften ber B. v. 26. Dezbr. 1808 S. 34 und 45., fowie ber SS. 253 u. 254. bes Anh z. A. G. D. Anwendung. Rücksichtlich ber Steuervergeben läßt barüber bie Steuerordnung vom 8. Rebruar 1819 S. 93., worauf bie fpatern Gefete verweisen, feinen Zweifel und was die Polizeivergeben betrifft, fo ift die Befugniß, barüber Strafrefolute ,, nach einer fummarifden Unterfudung" abzufaffen, den Regierungen erft durch die B. v. 26. Dezbr. 1808 Das bis babin gur Anwendung gefommene, fummarifche übertragen. ober abgefürzte Berfarben ift nun aber bas burch die C. B. des Justigministers vom 19. Oft. 1801 angeordnete und aus bieser in S. 253. bes Anh. jur A. G. D. übernommen. Diefes abgefürzte Berfahren unterscheidet sich sehr wesentlich von bem formlichen fistalischen Unter-fuchungsprozeß, worauf sich §. 74. Th. I. Tit. 35. der A. G. D. bezieht. Nirgends ist vorgeschrieben, daß dort, wie hier, eine absolutio ab instantia, und die fie bedingende streng juriftische Beweis-Theorie stattfindet. Es ift nicht einmal möglich, lettere barauf anzuwenden. Denn das fogenannte abgefürzte Berfahren befchränft fich, dem Gefete nach, auf eine substanziirte Denunziation, und eine Berantwortung des Denunziaten, und enthält alfo nicht einmal die nöthigen Materialien für ein angftliches Abmagen ber Starte bes geführten Beweifes.

Bollte man auf die streng juriftische Beweis-Theorie eingeben, fo konnte im summarischen Abministrativ=Berfahren nie auf ordentliche Strafe refolvirt werden, indem diefe danach burch ein gerichtlich abgelegtes und durch gerichtliche Protofolle bewahrheitetes Geständnif. ober durch die Aussage zweier flaffischer, gerichtlich vernommener und

gefeslich vereideter Zeugen bedingt ift.

Wird beim Mangel von Beweisen für die Schuld die Atten-Reposition verfügt, so muffen die Roften eben so wie bei völliger Freifprechung, vom Ristus getragen werden, konnen indeffen nie bedeutenb werben, wenn sich die Behörden an die geseplichen Borschriften bes S. 253. I. cit. halten und nicht unnüper Weise eine Menge Zeugen vernehmen laffen.

e) C. R. d. F. M. v. 29. Mai 1840. (Centrbl. 1840. p. 254.) Returs-Gefuche follen bei ber Beborbe, welche bas Refolut publigirt bat, eingereicht, und die Belehrung hierüber in bem Refolute

ertheilt werden.

Kur gerichtliche Untersuchungen. 1) Antrag auf gerichtliche Untersuchung und Entichei-

bung.

a) Declaration v. 20. Jan. 1820. (G. S. p. 33.) Wir zc. zur Losung mehrerer Zweifel, welche sich über ben Sinn und die Anwendung bes S. 155. der Boll - und Berbrauchsstener-Ordnung vom 26. Mai 1818, ingleichen bes S. 93. ber Ordnung gu

bem Stenergefes vom 8. Februar 1819 ergeben haben, verordnen Bir,

uach erfordertem Gutachten Unferes Staatsrathes, wie folgt:

S. 1. Wir erklären hierdurch den S. 155. der Joll- und Berbrauchsteuer-Ordnung v. 26. Mai 1818, ingleichen den S. 93. der Ordnung zu dem Steuergesetz vom 8. Febr. 1819 bahin, daß die Befugniß des Angeschuldigten, auf förmliches rechtliches Gehör und Erkenntniß anzutragen, nicht bloß während der von den Verwaltungsbehörden geführten Untersuchung, sondern auch in den ersten zehn Tagen nach Eröffnung des von einer solchen Behörde abgefaßten Resoluts, statt sinden soll.

b) C. R. d. J. M v. 12. April 1832. (366, Bb. XXXIX. p. '

468. Gr. Bd. VI. p. 401.)

Die Hauptzoll = und Hauptsteuerämter sind in den Fällen, wo ihnen die summarische Untersuchung und Absassung des Strafresoluts über Joll = und Steuervergehen zusteht, nicht besugt, diesem Rechte ohne Justimmung ihrer vorgesetzten Provinzialbehörde zu entsagen, und die zu ihrer Entscheidung gehörigen Prozesse zur gerichtlichen Untersuchung abzugeben.

Die Gerichtsbehörden follen fich daher in einem folchen Falle die erfolgte Zustimmung durch Mittheilung einer einfachen Abschrift ber

biesfälligen Berfügung ftets nachweisen laffen.

c) R. d. F. M. vom 4. December 1835. (366. Bb. LXVI. p.

586. Gr. Bd. VIII. p. 301.)

Da es zur Abkürzung bes Verfahrens gereicht, wenn wegen Einleitung ber zur Kompetenz ber Untergerichte gehörenden Untersachungen über Steuer-Bergehon und Widersehlichkeit gegen Steuer- und Polizei-Beamte der Antrag unmittelbar bei dem betreffenden Untergericht gemacht wird, auch in den §§. 243 und 251. des Anhangs zur Augem. Gerichtsordnung die Einreichung der Akten über solche Untersuchungen bei dem Ober-Gericht als nothwendiges Erforderniß nicht vorgeschrieben ist; so erhält die Konigliche Regierung übereinstimmend mit der Ansicht des Königlichen Juftizministeriums, hierdurch die Anweisung, sich künstig wegen Einleitung der gedachten zur Kompetenz der Untergerichte gehörenden Untersuchungen unmittelbar an diese zu wenden.

2) Rompetenz

Der Untergerichte überhaupt.

a) R. D. v. 29. April 1842. (G. S. p. 116.)

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 18. d. M. über die Erweiterung der Rompetenz der Untergerichte in Untersuchungen wegen Defrandationen landes - und grundherrlicher Rusungen, so wie überhaupt wegen Bergehen gegen Finanzgesetze bestimme Ich mit Aufbedung des S. 250 des Anh. zur A. G. D. und mit Abanderung des zweiten Sases im S. 35. des Jolstrafgesetzes vom 23. Jan. 1838 (G. S. S. 86.) für alle Landestheile, in welchen der Titel 35. Th. 1. der A. G. D. Gesetzestraft hat:

daß die Untergerichte auch jur Führung ber Untersuchungen und Abfassung der Ertenntnisse in den vorbezeichneten Untersuchungssachen, innerhalb der Gränzen der ihnen zustehenden Strafgerichtsbarkeit tompetent sein sollen. Ift jedoch von dem General-Postamte,

einer Regierung ober Provinzial-Steuer-Direktion eine Strafresolution bereits abgefaßt worden, so verbleibt im Falle der Provokation auf den Rechtsweg, die Abkassung des Erkenntuisses, wie disher, den Obergerichten, so wie es denn auch in Betress der Umwandlung einer im Berwaltungswege festgesetzten Geldbusse in eine Gefängnisstrafe dei der Ordre vom 11. April 1839 (G. S. S. 158.) sein Bewenden behält.

b) Berordnung vom 16. Juni 1834. (G. S. p. 76.) betr. bas

Juftizwesen in ber Proving Pofen.

S. 3. Alle fistalischen Untersuchungen werden von den Landund Stadt-Gerichten geführt, welche auch in erster Justanz erkennen. Die Ober-Gerichte können sie ihnen jedoch abnehmen und den Inquifitoriaten überweisen.

c) R. b. J. M. v. 8. Febr. 1819. (366. Bb. XIII. p. 48. Gr.

28b. II. p. 332.)

Die Gerichte find in den Accife- und Zolltontraventionen an die Stelle der vormaligen Accife- und Zolldirektionen getreten, deren Rompetenz ohne Unterschied und Ansehen der Personen, für denjenigen Distrikt begründet war, in welchem die Kontravention begangen ift. (forum delicti commissi.)

d) R. d. J. M. v. 27. Juli 1829 und 23. Dezbr. 1830. (Mantopff G. D. III p. 52.)

Das R. v. 8. Febr. 1819 gilt als ein Generale auch in Gewerbesteuer-Kontraventions-Sachen. Ueberhaupt steht die Untersuchung wegen Kontraventionen gegen die Abgabengesetze dem foro delicti commissi zu.

e) Die Kompetenz der einzelnen Untergerichte ist übrigens von dem Justizministerium auf Grund der Autorisation in der K. D. vom 31. Jan. 1833 (G. S. p. 14.) vielkach näher bestimmt worden.

Der Patrimonial = Gerichte.

a) R. d. J. M. v. 1. April 1835. (3hrb. Bb. XXXXV. p. 550.

Gr. Bb. VIII. p. 302.)

In den mit dem Staate wieder vereinigten Provinzen sind die Patrimonial-Gerichte auf die Civilgerichtsbarkeit beschränkt, und nur benjenigen, welche ein Kollegium bilden, ist die Strafgerichtsbarkeit in dem Umfange, wie die Königl. Land= und Stadtgerichte sie haben, beigelegt. — (G. S. v. 1814. S. 94. §. 20., G. S. v. 1818. S. 19. §. 2.) — Durch das R. v. 24. Jan. 1831. (Gr. Bd. VI. p. 404.) ist hierin nichts geändert, da dasselbe die Besugniß zur Einleitung sistalischer Untersuchungen nur denzenigen Untergerichten beigelegt hat, welche die Strafgerichtsbarkeit auszuüben besugt sind, zu diesen aber die nicht kollegialischen Patrimonial-Gerichte, welche nur zur Führung polizeilicher Untersuchungen berechtigt sind, nicht gehören.

b) R. b. J. M. v. 20. Januar 1841. (J. Bl. p. 55.) Die Führung fiskalischer Untersuchungen hat zur Zeit der Publikation der A. G. D. überhaupt nicht den Untergerichten zugestanden und ift erst, seitdem die zu ihrer Führung bestimmt gewesenen siskalischen Bedienten nicht mehr bestellt werden (A. G. D. Th. I. Ett. 35. S. 35.), ben Untergerichten, benen bie Strafgerichtsbarteit auftebt, überwiesen worden und zwar in bem Umfange, in welchem fie die letteren auszuüben befugt find (R. v. 24. Jan. 1831 und vom 1. April 1835, Jahrb. Bb. XXXVII. S. 113. und Bb. XXXXV. S. 550.) Demgemäß liegt folchen Patrimonialgerichten, welche bloß mit ber burger-lichen Gerichtsbarkeit beliehen find, nur die Untersuchung und Bestrafung ber geringeren Polizeivergeben ober Berbrechen ob. (A. L. Th. 11. Tit. 17. SS. 61 ff.)

3) Berfahren in ber Untersuchung felbft.

a) R. b. J. M. v. 23. Juni 1821, (Jorb, Bb. XVII. p. 262.

Gr. Bb. II. p. 60.) aa) Es ist bei Requisitionen frember Regierungen, behufs Borladung ausländischer Defraudanten ftete bingugufügen, baß Die Bollftredung der Strafe durch Beschlagnahme eines Dbietts ficher gestellt fei, und daher die Borladung allein im Intereffe des Denun-Riaten geschehe, bamit er nicht ungebort bleibe und in contumaciam wider ihn erkannt werde. Deshalb ersuche man das NR. Gericht um feine Mitwirkung, daß die Borladung ihm gehörig insinuirt, und er fo von ber wider ihn ichwebenden Untersuchung unterrichtet werde.

bb) Berweigert bas requirirte Gericht die Infinuation, ober giebt es gar feine Antwort, fo ift nach Berlauf einer zu bestimmenben Frift, eine unmittelbare Citation durch die Post an den Denunziaten zu wiederholen, und die bloße Beicheinigung ber richtigen Abgabe auf ber biefigen Poft zu veranlaffen. Bugleich ift bem Denunziaten in

ber wiederholten Citation ju eröffnen:

Es sei bereits feine ordentliche gerichtliche Beborde ersucht, ibm die Citation zu infinuiren; ba biefelbe es aber verweigert babe, und er, um fich nicht mit einem Kontumazial-Urtheile auszusetzen, wünichen möchte, vollständig gehört zu werden, so wolle man ibm bierzu

noch Gelegenheit geben.

cc) Wenn der Denunziat fich hiernachst nicht melbet, fo ift alsbann bie, G. D. I. 7. S. II. im vierten Abfag vorgeschriebene, Citation burch bie öffentlichen Blätter zu erlaffen, ohne erft auf bie Motarien ober auf die Postämter an ben Orten, wo die Denunziaten wohnen, zu rekurriren, indem eine Insinuation, die nach den Grundfäßen einer ausländischen Regierung überhaupt verweigert wird, weder ben Notarien, noch ben Postämtern, welche als öffentliche Beborbe von ihr abhängen, und in ihrem Sinne handeln muffen, angemuthet merben fann.

b) R. d. J. M. v. 10. Juli 1826. (366. Bb. XXVII. p. 284.

Gr. Bb. II. p. 60.)

Einer auswärtigen Regierung tann bie perfonliche Geftellung ibrer Unterthanen por ein fremdes Gericht in fistalischen Untersuchungssachen nicht zugemuthet werden.

c) R. b. J. M. v. 19. Oft. 1836. (366. Bb. LXVIII. p. 436. Gr. Bb. X. p. 88.)

Bei den Abdreffen an im Auslande lebende Personen, welden eine Insinuation geschehen foll, ift die größte Genauigkeit in ber Angabe ber Bor- und Zunamen zu beobachten.

d) R. v. 1. Mai 1839. (3. M. Bl. p. 164.) Den Requisitionen um Bernehmung von Defensional-Zeu-gen in Zoll- und Steuer-Defraudations-Sachen foll auch bann genügt werben, wenn sie von auswärtigen, bem Bollvereine nicht angehörigen Staaten eingehen.

e) R. v. 1. Juni 1839. (J. M. Bl. p. 207.)

Die Gerichte im Ronigreich Polen find angewiesen worben, ben Diesseitigen Requisitionen um Bernehmung von Defensional-Zeugen in Roll = und Steuer=Defraudations-Sachen zu genfigen.

f) R. d. J. M. v. 1. Dezbr. 1823. (Jhb. Bb. XXII. p. 213. Gr. Bb. II. p. 336.)

Bei Vorladungen von Steuerbeamten in Defraudations-Sachen ift jedesmal das betr. Hauptamt, resp. bei unmittelbar unter ber Provinzialbehorbe stehenden Beamten, die Lettere von der geschehenen Borladung zu benachrichtigen, damit für die Bertretung im Dienfte gesorgt werden kann.

g) K. D. v. 22. März 1827. (G. S. p. 31.)

Da die Borschrift des S. 53. des Anhangs zur A. G. D., wonach bie von Civil-Gerichten erlaffenen Borladungen ber Unteroffiziere und gemeinen Goldaten nicht biefem, fondern bem Rompagnie-Chef ober bem Rommandeur berfelben insinuirt werden, sich auf bas militärische Subordinations-Berhältniß gründet, und mithin in allen Lanbestheilen zur Anwendung kommen muß, wo Militair steht, so foll banach auch in benjenigen Lanbestheilen verfahren werben, wo zur Zeit die A. G.-Ordnung noch nicht Gesetzes-Rraft erhalten bat.

h) R. d. J. M. vom 26. Septbr. 1821. (366. Bd. XVIII. p. 27. Gr. Bd. II. p. 332.)

Bei fiskalischen Untersuchungen gegen Minderjährige ift ber Bater ober Bormund derfelben zuzuziehen.

i) R. b. J. M. vom 17. Octbr. 1823. und 14. Febr. 1824. (366. 28b. XXII. p. 212. 28b. XXIII. p. 98. Gr. 28b. II. p. 336.)

Die Gerichte sind angewiesen worden, die geschloffenen Aften in Steuer-Defraudations-Sachen por ber Borlegung jum Spruch ben betreffenden Sauptamtern auf Erforbern gur Erflarung mitgutheilen. Dag biefes vor Ginreichung ber Defensions-Schrift geschehen muffe bestimmt bas Refer. bes Justig-Minist. vom 3. Aug. 1836. in Uebereinstimmung mit dem Finang-Ministerio. (v. R. 366. Bb. XLVIII. p. 279. Gr. Bd. X. p. 106.)

k) R. d. J. M. vom 26. März 1825. laut Publ. v. 26. April 1825. (Ann. Bd. IX. p. 314.)

Die Gerichte haben in Boll- und Steuersachen über Tariffate, welche ihnen zweifelhaft werben, vor Abfaffung des Urtels die Gutachten ber betr. Prov. Steuerbehörden oder nothigenfalls Borbefcheibung des Finanz-Ministeriums einzuholen und barauf die Th. I. tit. 35. S. 72. der A. G. D. und 239 des Anh. angeordnete Rücksicht au nehmen.

4) Abfassung ber Erkenntniffe.

a) R. b. J. M. v. 26. Juni 1820. (366. Bb. XV. p. 306. Gr.

28t. II. p. 338.)

Die Kraft bes Botums bes Dirigenten in fiekalischen Untersuchungssachen ist bei ber Parität ber Stimmen im Collegio nicht nach b. Krim.-Ord. sondern nach ber A. G. D. zu beurtheilen.

b) Schreiben b. 3. M. v. 8. Decbr. 1828. (Erg. b. Pr. Rechtsb.

ed. 2. Bb. IX. p. 60.)

Auch in fiskalischen Untersuchungs-Sachen ift ein gerichtliches Geftändniß zur Ueber führung nöthig und es bleibt lediglich dem Ermeffen des Gerichts überlaffen, welche Beweiskraft es einem außergerichtlichen Geständnisse beilegen will.

c) Protokoll d. Staatsministerii v. 10. März 1830. (l. c.) In siskalischen Untersuchungssachen darf die Entscheidung nicht durch Borschriften der Krim.-Ordnung begründet, und die Beweiskraft außergerichtlicher Geständnisse in solchen Sachen um so weniger nach der Krim.-Ord. bemessen werden, als die letztere für gerichtliche Geständnisse nur solche erachtet, die vor gehörig besetzem Kriminalgericht abgelegt sind.

d) J. M. R. v. 13. Mai 1833 und 4. Febr. 1835. (366. Bd.

XLVIII. p. 280. Gr. Bb. X. p. 160.)

Ueber die Berpflichtung zur Zahlung der Steuergefälle darf in Steuerbefraubations-Sachen von ben Berichten nicht erfannt werben, weil hierüber kein Rechtsweg statt findet. Dies folgt nicht nur aus ben SS. 2, 3 und 78. Tit. 14. Th. II. des Allgemeinen Land-Rechts, fondern auch aus ber Bestimmung bes S. 111. ber Boll- und Berbrauchsteuer-Dronung vom 26. Mai 1818. (G. S. p. 132.), wonach ber Defraudant neben ber verwirkten Strafe und von biefer nnabhangig bie einfachen Gefälle nach bem Tarif entrichten foll; was nicht anders verftanden werden tann, als daß die Ginziehung und Begahlung der Gefälle lediglich Sache der Steuerbehörde ift und nicht zur Kompetenz der Gerichte gehört. Des Königs Majestät haben über-bies auch in der A. K. D. vom 18. Novbr. 1828. (G. S. 1829. p. 16.) ausbrücklich zu bestimmen geruht, daß über die Berpflichtung jur Entrichtung allgemeiner Staatsabgaben ber ordentliche Weg Rechtens nicht Statt findet. Eine Ausnahme hiervon, wenn ber Richter erfter Inftang irrthumlich einmal auf Entrichtung ber Steuer neben ber Strafe ertannt bat, läßt fich auch nicht baburch rechtfertigen, baß ber Richter zweiter Inftang bann über alles ertennen muffe, wogu ber Denungiat in erfter Inftang verurtheilt worden ift, und wogegen er das Rechtsmittel eingelegt bat, vielmehr muß in diesem Falle jener als erfennende Beborde in letter Inftang bas Berfeben bes erften Richters burch Berweisung bes bie Ginrichtung ber einfachen Gefälle betreffenden Punttes vor die tompetente Behorde redreffiren.

e) R. D. vom 20. Aug. 1836. (G. S. p. 228.) Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 25. v. M. und nach dessen Antrage bestimme Ich, daß die Civilgerichte, sobald sie bie Einstellung eines in Untersuchung befindlichen Militairpslichtigen in Erfahrung bringen, und das Erkenntniß erster Instanz noch nicht publizirt ist, die Akten an das Militairgericht abzugeben haben, damit dasselbe die Untersuchung abschließe und mit Berücksichtigung der Strasselbe, welchen der Angeschuldigte zur Zeit der verübten That unterworfen war, unter Anwendung der militärischen Strasarten, das Urtheil absasse. Bar dagegen das Erkenntuiß erster Instanz dereits publizirt, so verbleibt die sernere Berhandlung und die Entscheidung in zweiter Instanz dem Civilgerichte, von welchem das Urtheil, sodald es die Rechtskraft erlangt hat, nach Borschrift der Kriminalordnung S. 575. dem Militärgerichte zur Umwandlung der erkannten Strase in eine militärische und zur Bollstreckung zuzusertigen ist. Die Borschrift des S. 30. der Ersas-Aushebungs-Instruktion vom 13. April 1825, nach welcher ein in Untersuchung stehendes Individuum vor der Bollstreckung der Strase nicht eingestellt werden darf, wird hierdurch nicht ausgehoben. Diese Bestimmung ist durch die Gesessammlung bekannt zu machen.

f) K. D. vom 11. Novbr. 1838. (G. S. p. 541.)

Auf Ihren Bericht vom 30. Septbr. b. 3. erkläre Ich, im Einverftändniß mit Ihrer Ansicht, daß im S. 79. Tit. 35. der Prozespordnung nicht bezweckt worden ift, die in siekalischen Untersuchungssachen zu erkennenden außerordentischen Leidesstrafen in ihrer längsten Daner auf sechs Bochen Gefängniß zu beschränken, wie einige Gerichtshöfe irrthümlich annehmen. Diese Beschränkung ist vielmehr nur für den im zweiten Sate des angesührten S. 79. gedachten Fall angevrdnet, wenn gesetlich auf eine willtürliche Leidesstrafe zu erkennen ist. Der S. 79. stellt daher die beiden folgenden, von einander ganz unabhängigen Regeln auf:

1) Ift die ordentliche Strafe des benungiirten Berbrechens eine Leibesstrafe, so muß der Richter die außerordentliche Strafe (§. 75. a. a. D.) in einer gelinderen Gattung und von kurzerer Dauer

bestimmen.

2) Tritt bei bem Berbrechen geschlich eine willfürliche Strafe ein, so kann dieselbe, wenn der Richter eine Leibesstrafe für angemessen erachtet, niemals über sechs Wochen Gefängniß ausgedehnt werden. (S. 35. Tit. 20. Th. II. U. E. R.)

Sie haben biese Belehrung ben Gerichten mittelst Bekanntmachung

biefer Meiner Ordre durch bie Gefessammlung zu eröffnen.

5) Publikation, Insinuation ber Erkenntnisse und Einlegung ber Rechtsmittel.

a) R. d. J. M. v. 27. April 1816. (366. Bb. VII. p. 201. Gr.

Bb. IV. p. 79.)

Bei der Publikation von Straferkenntnissen an Minderjährige sind deren Bater oder Bormund zuzuziehen, event. muß ihnen wenigstens nach Borschrift des S. 12. Tit. 1 der A. G. D. ein Interimsseurator zu diesem Zwecke bestellt werden.

b) R. b. J. M. v. 12. Jan. 1821. (366. Bb. XVII. p. 120.

Gr. Bb. IV. p. 80.)

Straferkenntniffe gegen Landwehrmanner, welche auf Berfetung in die zweite Klaffe bes Soldatenstandes lauten, find jederzeit bem betr. Bataillons-Commandeur der Provinzial-Landwehr mitzutheilen. c) R. D. vom 27. Septbr. 1833. (G. S. p. 118.)

Auf den Bericht und nach dem Antrage des Staatsministeriums declarire Ich hiermit die Borschriften des S. 156. der Joll- und Bersbrauchs-Steuerordnung vom 26. Mai 1818. und des S. 94. der Ordnung zu dem Gesehe über die Bersteuerung des inländischen Branntweins u. s. w. vom 8. Febr. 1819. dahin, daß in den Fällen, in welchen die Publikation des gegen einen Steuer-Kontravenienten ergangenen Straf-Erkenntnisses oder Resoluts durch schriftliche Zusertigung erfolgt, auch die Belehrung, die dem Kontravenienten über die bei Wiederholung des Berbrechens verwirkte höhere Strafe gleichzeitig zu ertheilen ist, durch eine schriftliche Berfügung mit eben der Wirkung erfolgen kann, als wenn sie mündlich zu Protofoll ertheilt worden wäre. Es muß jedoch die Instination dieser Berfügung vorschriftsmäßig, wenigstens auf die im S. 253. Nr. 8. des Anhangs zur Allgemeinen Gerichtsordnung bezeichnete Weise, bescheinigt werden. Das Staatsministerium hat diese Declaration durch die Gesehsammmlung bekannt machen zu lassen.

d) R. d. J. M. v. 20. Octbr. 1838. (366. Bb. LII. p. 635. Gr.

Bb. XII. p. 189.)

In siskalischen Untersuchungen wegen Stenervergehen unterbleibt die Anberaumung besonderer Publikations-Termine und die Erkenntnisse werden unmittelbar vorschriftsmäßig insinuirt. Die Belehrung wegen der Rechtsmittel fällt ganz weg, und muß nur wegen der erhöhten Strafe im Wiederholungsfall ad protocollum erfolgen. Nur bei Personen, bei denen kein Zweifel obwaltet, daß sie Geschriebenes lesen können, genügt der Bermerk hierüber in der Urtelsaussertigung.

e) C. R. d. F. M. v. 8. Novbr. 1841. (Centr.bl. p. 255.)
Die Gerichtsbehörden in den Landestheilen, wo die A. G. D. gilt, sind durch eine im Einverständnisse mit dem F. M. erlassene Berfügung des J. M. v. 23. Octbr. 1811. angewiesen, die den Prov. Steuer-Direktionen zu infinuirenden Erkenntnisse mit den Instinuations-Dokumenten unter Umschlag an den Prov. Steuer-Direktor zu adressiren, welcher das Dokument alsbald vollzieht und remittirt.

f) Berordnung vom 5. Mai 1838. (G. S. p. 273.)

Wir Friedrich Wilhelm 2c. 2c. finden Uns bewogen, zur Einführung eines gleichmäßigen Berfahrens bei der Infinuation richterlicher Erfenntniffe und bei der Einlegung der dagegen zulässigen Rechtsmittel, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten einer aus Mitgliedern des Staatsraths ernannten Rommission, für alle Provinzen Unserer Monarchie, in denen die Allgemeine Gerichtsordnung Gesestraft hat, zu verordnen, wie folgt:

Infinuation ber Erfenntniffe an die Partheien felbft.

Die Borfdrift bes §. 37. ber Berordnung vom 1. Juni 1833. über ben Mandats-, ben summarischen und ben Bagatellprozest soll fortan in allen Civil-Prozesten zur Anwendung gebracht werben.

Es foll baber die Infinuation von Erfenntniffen, Kontumagial-, Agnitions-, Purifikations-Resolutionen, Praklusions- und Adjudikations-Bescheiden in der Regel binnen acht Tagen nach Abfassung oder

Publikation berfelben nicht bloß an bie Stellvertreter ber Partbeien, fondern auch an biefe felbst erfolgen. Die Partheit fertigungen, bie Stellvertreter Abschriften berfelben. Die Partheien erhalten Aus-

S. 2. Die bei Publitation und Bufertigung von Erkenntniffen, Resolutionen und Bescheiden bisher vorgeschriebene Belebrung ber Partheien burch ben Richter über bie ihnen auftandigen Rechtsmittel wird hierdurch allgemein aufgehoben.

Bie fie ju bewirten:

Die Infinuation ber Ertenntniffe zc. an die Vartheien ift auf biefelbe Beise, wie die Insinuation ber Borladungen, nach Borfchrift ber Allgemeinen Gerichtsordnung Th. I. Tit. 7. §. 19. u. f. zu bewirten. Es treten jedoch nachfolgende nabere Bestimmungen ein:

a) Sind Litistonforten vorhanden, fo ift bie Ausfertigung bes Ertenntniffes ac. nur Ginem berfelben zuzustellen. Die übrigen Theile nehmer find hiervon unter Beifügung einer Abschrift des Tenors der Entscheidung zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung kann auch durch eine Kurrende geschehen. Bei Litistonsorten, welche gur Berhandlung des Prozeffes Deputirte aus ihrer Mitte bestellt

haben, erfolgt die Zustellung nur an diese. b) Ift der Aufenthaltsort einer Parthei unbekannt, hat insbesondere im Laufe des Prozeffes nach ber Anzeige des mit ber Infinuation beauftragten Beamten eine Parthei ihre bisherige Wohnung aufgegeben und über ihren neuen Aufenthalt teine Rachricht gurudgelaffen, fo erfolgt bie Publifation bes Erfenntniffes zc. burch einen öffentlichen Aushang an ber Gerichtoftelle. Dat bas Ertenntniß zc. vierzehn Tage lang ausgehangen, fo ift bie Infinnation für bewirkt anzunehmen.

c) Eine gleiche Art ber Infinuation (S. 3. b.) findet statt, bei Pratlusions - Bescheiben und Kontumazial - Erkenntniffen, welche

auf eine Ediktal=Ladung ergangen find.

d) An Partheien, welche nicht am Drie des Gerichts, ober in beffen nächster Umgebung sich aufhalten, erfolgt die Zusendung durch die Post. Der Nachweis der Insinuation wird durch ein Post-Insinuations-Dokument geführt (Instruktion vom 24. Juli 1833. Daffelbe muß außer der Quittung des Empfängers bas Attest eines vereideten Postboten über die gehörig erfolgte Buftellung ber verschloffenen Ausfertigung unter Beibrudung eines Amtsfiegels enthalten.

Busenbungen in bas Ausland werden, wo bies gulaffig ift, auf

gewöhnliche Beife retommandirt.

Wenn das Erkenntnig ic. von der Post als unbestellbar guruckgeliefert wird, fo tritt ber Aushang beffelben nach ber Bestimmung unter litt. b. ein.

e) Wenn die Parthei im Publikations-Termine oder nach beffen Ab-haltung erklärt, "daß sie die Zustellung einer Ansfertigung des Erkenntnisses nicht verlange," eben so, wenn sie dasselbe anzunehnehmen, oder einen Empfangschein zu ertheilen verweigert, fo bertritt die barüber aufgenommene Registratur oder die Anzeige bes mit ber Buftellung beauftragten Beamten bie Stelle ber Infinuation

S. 4. Die Infinuation an ben Stellvertreter einer Parthei genügt: a) wenn ber Stellvertreter bie Gerechtsame einer Barthei vermoge einer gesetlichen Borichrift mabrzunehmen bat, als fistalische Beborde, Magistrat, Bormund, Kurator, Borsteber u. f. w.; ober

b) wenn berfelbe zur Empfangnahme bes Ertenntniffes ausbrudlich beauftragt worden ift, es fei in der Prozeß - oder in einer besonbern Bollmacht, beren Beglaubigung es jeboch nicht bedarf;

c) wenn die Parthei sich im Auslande an einem Orte befindet, wobin rekommanbirte Zusendungen durch die Post nicht statt finden. hat die Parthei in biefem Kalle teinen Stellvertreter bestellt, fo wird ihr ein Mandatar von Amtswegen zugeordnet, ber ihre Gerechtsame gleich einem Kurator, S. 1003. Lit. 18. Th. II. bes Allgemeinen Landrechts,

nach pflichtmäßigem Ermeffen wahrzunehmen bat, ohne bag jeboch

die Einleitung einer formlichen Ruratel erfolgt.

Anfang ber Krift zur Einlegung ber Rechtsmittel.

Der Lauf ber gesetlichen Frift zur Ginlegung bes Rechtsmittels ber Appellation, ber Revision und ber Nichtigkeitebeschwerbe, ingleichen bes Refurfes wider Erkenntniffe und ber Restitution gegen Rontumazial - und Pratlufione-Bescheibe, beginnt mit ber Infinuation bes Erkenntniffes zc. an die Partbei.

Ausnahmen.

S. 6. Eine Ausnahme tritt ein:

1) in den Källen des S. 4.

Die Frist beginnt in diesen Fällen mit ber Insinuation an die bort bezeichneten Stellvertreter ber Partheien.

2) in ben Fallen bes S. 3. b. und c., wenn ein Aushang an öffent-licher Gerichtoftelle die Stelle ber Infinuation vertritt.

Die Frist beginnt hier erft mit bem Ablauf des für ben bffentlichen Aushang bestimmten vierzehntägigen Zeitraums.

3) in Bagatellsachen.

Die Frift beginnt mit bem angestandenen Termine, in welchem das mit der Borladung verbundene Mandat wegen Nichterscheinens bes Berklagten in die Kraft eines Kontumazial-Erkenntniffes übergegangen ift.

Dauer ber Rrift jur Ginlegung ber Rechtsmittel.

S. 7. Die in ben SS. 21 und 22. ber Berordnung vom 14. Degember 1833 bestimmte Frift von feche und zwölf Wochen gur Ginlegung bes Rechtsmittels ber Appellation, Revision und Nichtigkeitsbeschwerde findet auch Anwendung auf die Einlegung des Returfes gegen Ertenntniffe ber ordentlichen Gerichte,

Rabinetsorbre vom 8. August 1832. (G. G. S. 199.);

S. 10. der Berordnung über die Exefution in Civilsachen vom 4. März 1834. (Gef. S. S. 33.); §. 3. Rr. 2. Tit. 14. Th. I. ber Allgemeinen Gerichtsorbnung,

und S. 110. bes Anhanges; und auf die Einlegung des an das vorgesette Minifterium gulässigen Returses gegen definitive Entscheidungen ber General-Rommissionen

und ber ihre Stelle vertretenden Regierungs-Abtheilungen.

In Betreff bes Rechtsmittels ber Restitution gegen Kontumazialund Präklusions-Bescheibe verbleibt es bei der bisherigen Frist von zehn Tagen.

S. 8. In Injuriensachen finden nur die Borfchriften der SS. 1 bis 4. dieser Berordnung Anwendung; in Ansehung der Fristen zur Einlegung der Rechtsmittel bewendet es bei den bestehenden Borschriften.

S. 9. Der Lag ber Insinuation wird bei allen Friften nicht

mitgerechnet.

Einlegung eines Rechtsmittels bei ber ungehörigen Behörbe.

S. 10. Die Frift zur Einlegung jedes zulässigen Rechtsmittels ist gewahrt, wenn baffelbe innerhalb des gesehlich bazu bestimmten Termins bei einer berjenigen Gerichtsbehörden angebracht wird, zu beren Ressort die Sache in ber ersten ober in einer höheren Instanz

gang oder theilweise gehört.

Hat bie Parthet sich irrthümlich an eine andere, inkompetente Justizbehörde gewandt; so ist die lettere verpflichtet, das Gesuch von Amtswegen sofort an das betreffende Gericht zur weitern Berfügung abzugeben. Der Parthei wird jedoch die Zeit von der Präsentation des Gesuchs bei der inkompetenten Justizbehörde bis zur Präsentation bei dem gehörigen Gericht nicht angerechnet.

Präflufivifche Frift zur Rechtfertigung ber Appellation.

S. 11. Ift im ordentlichen Prozesse (A. G. D. Th. 1. Tit. 14.) mit der Anmeldung des Rechtsmittels der Appellation nicht zugleich die Rechtsertigung derselben erfolgt, so wird der Appellant ohne Unterschied der Fälle, ob er neue Thatsachen oder Beweismittel anzusühren hat oder nicht, zu einem Termine vorgeladen, um die Rechtsertigung der Appellation zu Protosoll zu erklären, oder die Rechtsertigungsschrift (Appellationsbericht) zu überreichen. Die Vorladung zu biesem Termine ersolgt unter der Verwarnung:

"daß, wenn ber Appellant nicht erscheinen sollte, angenommen werden wurde, er wolle sich lediglich auf die Berhandlungen

ber ersten Instanz berufen."

Der Appellat ift von biefer Berfügung ju benachrichtigen.

Der Termin muß nach Beschaffenheit ber Sache so abgemeffen werden, daß dem Appellanten eine Frist von vier bis acht Wochen frei bleibt. Die Berlegung des Termins findet, in so fern der Gegner nicht einwilligt, nur einmal, und nur dann Statt, wenn dieselbe unter Angabe und Bescheinigung der hinderungsursachen spätestens im Termine selbst nachgesucht wird.

Aufhebung ber bisberigen entgegenstehenden Borfchiften.

S. 12. Alle biefen Bestimmungen entgegenstehende Borfchriften ber bisher ergangenen Gefeße werben aufgehoben.

11 *

g) Berordnung, betreffend bie Einlegung ber Rechtsmittel. Bom

21. Juli 1843. (G. S. p. 294.)

Wir Friedrich Wilhelm, 2c. 2c. haben Uns die Bedenken vortragen lassen, welche aus der Borschrift des S. 10. der Berordnung vom 5. Mai 1838. wegen Einführung eines gleichmäßigen Verfahrens bei Insinuation der Erkenntnisse und bei Einlegung der "Rechtsmittel in Beziehung auf die Bollstreckung ergangener Urtheile und die Attestirung ihrer Rechtskraft entstanden sind.

Jur Beseitigung bieser Bebenken verordnen Wir auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten einer aus Mitgliedern des Staatsraths ernannten Kommission für alle Landestheile Unserer Monarchie, in welchen die Allgemeine Gerichtsordnung

Gesetzestraft hat, was folgt:

§. 1. Die Frist zur Einlegung jedes zuläfsigen Rechtsmittels ift nur dann gewahrt, wenn dasselbe innerhalb der gesetzlich dazu bestimmten Zeit bei demjenigen Gerichte angebracht wird, welches das Erkenntniß erster Instanz abgefaßt hat.

In Auseinandersetzungsfachen ift das Rechtsmittel ftets bei ben bie Auseinandersetzung leitenden General-Rommissionen ober ben ihre

Stelle vertretenten Regierungs-Abtheilungen anzumelben.

Nur diesenige Behorde, bei welcher hiernach bas Rechtsmittel angebracht werben muß, ist die Rechtstraft eines Erkenntniffes zu atte-

ftiren befugt.

S. 2. Der Appellationsrichter hat das von ihm abgefaßte Ertenntniß, Behufs der Infinuation an die Partheien, an diesenige Behörde, bei welcher das Rechtsmittel anzubringen (S. 1.), zu übersenben.

Rur die Mittheilung der Abschriften des Ertenntniffes an die Mandatarien tann durch den Appellationsrichter unmittelbar erfolgen.

S. 3. Alle ber gegenwärtigen Berordnung entgegenstehende gesetliche Bestimmungen, namentlich der S. 10. der Verordnung vom 5. Mai 1838, die Ordre vom 19. März 1839 und die Ordre vom 8. August 1832 Rr. 2. werden aufgehoben. *)

h) Resc. d. J. M. v. 15. Sept. u. 28. Septbr. 1843. (3. M. Bl.

p. 231, 236 u. 240.)

Wenn in erster Instanz vermöge Substitution statt bes in firuiren ben ein and eres Gericht ertannt hat, so ist das Rechtsmittel bennoch nach S. 1. der Berordnung vom 21. Juli 1843 stets bei bem Gerichte, welches das Erkenntniß abgefaßt hat, also bei bem substituirten, anzubringen, welches auch die Rechtstraft attestiren muß. Meldet sich die Parthei bei einem andern als dem nach S. 21. der Betordnung bestimmten Gerichte, so ist die Anmelbung so fort dem competenten Gerichte zu übersenden.

6) Rechtsmittel und Inftanzen-Zug.

a) Begen ber Ginlegung ber Rechtsmittel, Bahrung ber Friften

^{*)} Die allegirten Bestimmungen find burch die Ges. Samulung resp. pro 1839 S. 107 und pro 1832 S. 199 publigirt, und betreffen die Entscheibungen der General - Kommisssionen und resp. die Einlegung des Recurses in Bagatell-Brozessen.

2c. f. die oben unter Ro. 5. mitgetheilten Gefete vom 5. Mai 1838. und 21. Juli 1843.

b) Geses v. 11. Juni 1838. (G. S. p. 377.)

Bir Friedrich Wilhelm zc. verordnen zur Bereinfachung ber Rechtsmittel und des Inftanzenzuges, und zur Erhaltung der Einheit der Grundsähe in den Untersuchungen wegen Bergehen wider die Borschriften über die Entrichtung und Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle für diesenigen Provinzen Unferer Monarchie, in welchen die Allg. Ger.-Ord. Kraft hat, auf den Antrag Unferes Staatsministeriums und nach erfordertem Gutachten einer, aus Mitgliedern des Staatsrathes ernannten Kommission wie folgt:

S. 1. Gegen Erkenntnisse in fiskalischen Untersuchungen wegen Bergeben wider die Borschriften über die Entrichtung und Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, als Steuern, Jölle, Postgefälle, Rommunikations-Abgaben 2c., soll künftig das Rechtsmittel der Apellation nach den für den ordentlichen Civil-Prozest geltenden Borschriften, jedoch ohne Unterschied der Sohe der Strafe Statt sinden, und der zur Verwaltung der Abgaben oder Gefälle bestellten Beborde und

bem Angeschuldigten gleichmäßig gufteben.

S. 2. In gleicher Weise soll gegen Entscheidungen zweiter Instanz bas Rechtsmittel ber Revision ober bas ber Nichtigkeitsbeschwerbe nach Maaßgabe ber Berordnung vom 14. December 1833. eintreten und die Bestimmung im S. 2. bieser Verordnung wegen Zulässigkeit ber Revision bei einem, nicht in Gelbe abzuschästenden Gegenstande auf diesenigen Fälle Anwendung sinden, in benen über eine unmittelbar und nicht subsidiarisch zu verhängende Freiheitsstrafe oder die Untersagung des Gewerbes zu erkennen ist.

S. 3. Die Fristen zur Einlegung der Rechtsmittel (S. 1 u. 2)

S. 3. Die Friften zur Einlegung der Rechtsmittel (S. 1 u. 2) richten sich nach ben für den ordentlichen Civil-Prozes bestehenden

Borschriften.

S. 4. Die Borschriften ber Prozesorbnung Tit. 35. SS. 87 bis 99. und 101 bis 103. über die Rechtsmittel in siefalischen Untersuchungen, werden in Ansehung der im S. I. bezeichneten Untersuchungsschen aufgehoben; die Borschrift des S. 100. a. a. D. bleibt für die Fälle, in benen von Seiten der Behörde das Rechtsmittel einge-

legt worden ift, in Rraft.

§. 5. Die bei Publikation ber gegenwärtigen Berordnung bereits anhängigen Sachen werden in der Instanz, in welcher sie sich besinden, nach den bisherigen Borschriften erledigt; nach beendigter Instanz treten aber die Borschriften der gegenwärtigen Berordnung ein, und ist die Bestimmung im §. 2. wegen der Nichtigkeitsbeschwerde auch auf die in zweiter Instanz auf Niederschlagungs- oder Milberungsgesuche erlassenen Resolutionen anzuwenden.

c) R. b. J. M. 1839. (J. M. Bl. p. 216.)

Die durch die Verordnung vom 11. Juni 1838. eingeführten Rechtsmittel beziehen sich nicht bloß auf die Untersuchungen wegen Einführung verbotener Waaren und begangener Defraudationen, sonbern auch auf bloße Kontraventionen wider die Vorschriften zur Sicherung und ordnungsmäßigen handhabung der Steuer- und Gefälle-Er-

bebung, wohin namentlich die im S. 17. bes Bollftrafgefetes vom 23. Ranuar 1838, & 66 und 72 ber Steuerordnung bezeichneten, und anbere ähnliche Bergeben geboren.

Wo dagegen gemeine Bergeben konkurriren, foll darüber in ab-

gefonderten Aften verhandelt und erkannt werden.

d) K. D. vom 8. Aug. 1836. (G. S. p. 220.)

Betr. die Reffortverhaltniffe ber Gerichte in ber Graffchaft Ber-

nigerode ift bier bestimmt:

In Civilsachen (also hiernach und nach ber Ordre vom 11. Juni 1838 auch in Steuer-Kontraventions-Sachen) foll, wenn die Regierung zu Wernigerobe nach S. 5 und 6 ber Berordnung vom 14. Decbr. 1833. jur Berhutung einer Nichtigfeitsbeschwerbe fich bes Erfenntniffes zu enthalten hat, ein Urtel 1. Inftang vom erften, und ein Urtel 2. Juftang vom zweiten Genate bes Dber Landes-Gerichtes zu Magdeburg gesprochen werden.

e) R. b. J. M. vom 4. Febr. 1837. (366. Bb. XLVII. p. 285. Gr. Bd. X. p. 162.).

Nach einem früher ergangenen Refer. v. 27. April 1822. (366. Bb. XIX. p. 314. Gr. Bb. II. p. 139.) war bie Rullitätsklage in fistalischen Untersuchungesachen wegen Steuervergeben, nicht für unjulaffig erachtet; in dem obigen Refer. aber ift anerkannt, daß jest, wo die Nichtigkeitsbeschwerde in diesen Sachen Statt finde, eine Rullitätsklage nicht mehr zuzulassen sei.

7) Strafvollstreckung.

a) Publ. b. Staatsminift. v. 8. Detbr. 1826. (G. S. p. 106.) Des Königs Majestät haben mittelft A. R. D. vom 10. April

b. J. zu bestimmen gerubt:

baß zur Einziehung von Gelbbugen für Steuer = Defraubationen niemals Subhastationen von Grundstücken extrabirt, sondern in biesem Kalle die Geldbugen allemal in Gefängniß= oder nach Befinden der Umstände in Zuchthausstrafen durch das betreffende Gericht verwandelt werden sollen.

b) Bubl. beffelben v. 14. Dctbr. 1829. (G. G. p. 127.)

In Bezug auf die Bekanntmachung vom 8. Ottbr. 1828., betr. bie Unzuläffigkeit ber Antrage auf Subhaftation gur Dedung ber in Steuer-Defraudationen erfannten Geldbuffen, wird hierdurch fernerweit bekannt gemacht, daß nach ber A. R. D. vom 12. Juli b. 3. burch jene Berfügung die Exetution in die Substang von Grundfluden, beren Eigenthumer für Steuerstrafen verhaftet, aber außer Landes sind und tein anderes Bermögen im Lande, aus welchem die Strafe erfolgen kann, besiten, nicht ansgeschloffen sein foll.

c) R. b. J. M. vom 21. Septbr. 1837. und 9. April 1838. (36b. Bb. L. p. 112. Bb. LI. p. 326. Gr. Bb. XII. p. 151.)

Das unentbehrliche Wirthschafts-Juventarium, bas erforberliche Gerath und Getreibe zc. find bei Exetutionen gegen Gutsherrschaften und bauerliche Ackerwirthe ber Mobiliar-Erefution nicht unterworfen, auch wenn ber Besitzer in die Auspfändung willigen follte.

d) R. b. J. M. v. 28. April 1823. (366. Bb. XXI. p. 319. Gr.

26. II. p. 360.)

Die Gerichte sollen bie von ihnen in Joll- und Steuersachen gefällten Urtheile sofort nach beschrittener Rechtsfraft, ohne besondern Antrag der Joll- und Steuerbehörden vollstrecken, salls der Berurtheilte nicht binnen einer ihm allenfalls zu gestattenden Praeclusivfrist den Erlaß oder die Milderung der Strafe nachweiset.

e) R. b. J. M. v. 18. Juni 1823. (l. c.)

Bor Bollftredung ber wegen Unvermogens substituirten Gefangnifflrafe ift die betr. Steuerbehörbe zur Erklärung aufzufordern, ob fie noch einen Gegenstand ber Exefution nachweisen könne.

f) R. b. J. M. v. 26. Juli 1823. (Jhb. Bb. XXII. p. 106. Gr.

Вы. П. р. 361.)

Bei Zusertigung der Erkenntniffe ist dem committirten Gericht zu sagen, daß es dem Berurtheilten aufgebe: Strafe, Gefälle und Kosien binnen gewisser Frist an das betr. Haupt-Amt abzuführen, widrigenfalls die Exekution auf Antrag des Amts vollstreckt werden solle. Auch soll von dem in dieser Weise Berfügten sowie demnächst vom Ausfall der Exekution dem betr. Hauptamt Kenntniß gegeben werden.

g) R. b J. M. v. 20. Octbr. 1838. (366. B. LII. p. 635. Gr.

Bb. XII. p. 189.)

Die Einlegung ber Richtigkeitsbeschwerbe halt auch in Untersuhungen wegen Steuervergehen die Bollstreckung des Erkenntnisses in ber Regel nicht auf. So weit es zu Gunsten des Denunciaten ausgefallen ift, muß es sofort vollstreckt werden, wenn nicht daraus ein unersestlicher Schade entstehen wurde, worüber der Richter in jedem

einzelnen Falle nach seinem Ermeffen zu beschließen hat.

Eine Ausnahme von der in den Rescripten unter c d e u. f. angeordneten so fortigen Bollstreckung begründen aber die übereinstimmenden Rescripte des J. M. vom 30. Juni und 10. Juli 1831 und 20. Juli 1832, die Instruktion vom 30. Juni 1834. §. 1—3. und die Rescr. vom 14. Septbr. 1834. und 31. Decbr. 1835, nach welchen die Strasvollziehung zu suspendiren ist, wenn Jmmediat-Begnadigungse, Aufschubse, oder Strasverwandlungsgesuche eingereicht worden sind; und auch, wenn die Bescheinigung solcher Gesuche sehlt, vorher an den Minister berichtet werden soll. (Gr. Bb. VII. p. 44. 76. Bb. IX. p. 22. 29.)

h) J. M. n. v. 9. April und 21. Mai 1814. (346. Bb. III. p.

289. Gr. Bb. II. p. 319.)

Die Gerichte dürfen auch bei Bollftreckung der von den Berwaltungs = Behörden festgesetzten Strafen ihre Hülfsleistung nicht versagen.

i) In Bezug auf die Frage in wie weit nach 1. 363. Th. I. tit. 9. b. A. E. R. Gelbstrafen aus der Erbschaft des in Steuer- und Zoll-Defraudationssachen Berurtheilten beigetrieben werden konnen, ist Folgendes zu bemerken:

Die gedachte Borfchrift forbert, daß die Strafe icon erkannt fei ober daß wenigstens ihrer rechtlichen Festsenung nichts im Bege ftebe. Beibe Bedingungen fegen offenbar ein gerichtliches Ber-

fabren voraus. Mit Rudficht barauf aber, bag bie Berordnung vom 2 Decbr. 1808. (G. S. pro 1808. p. 464.) im S. 45. ben bon ben Finang - und Landespolizei-Behörben abgefaßten Refoluten, im Fall ber Berurtheilt: micht auf rechtliches Gebor provocirt, die Birtung beileat: daß baraus bie Eretution vollstrectt werben tann, ift es nicht zweifelhaft und ichon in bem Just. Min Refer. vom 29. Jan. 1814 (v. R. 366. Bb. III. p. 18. Gr. Bb. I. p. 36.) anerkannt: baf bie oben erwähnte Borschrift auf solche Straf-Resolute der Berwaltungs-Behörden, welche entweder burch Beruhigung bes Deunnciaten ober burch Entscheidung in ber höheren Berwaltungs-Instanz, die Rechts-kraft beschritten haben, Anwendung finde. Dagegen ift, wie ein Rescript bes S. Gen.-Dir. ber Steuern vom 24. Januar 1837. be-stimmt, auf Grund ber im Berwaltungswege ergangenen Resolute bie Beitreibung ber Strafe aus ber Erbschaft nicht julässig, so lange bem Denunciaten bas Recht auf gerichtliche Enscheibung anzutragen noch frei steht, also wenn er entweder vor Abfassung bes Refolutes, ober zwar nachber, aber innerhalb ber zehntägigen Frift . gestorben ift, ohne sich über bas einzuwendende Rechtsmittel erklärt zu haben. Auf bloße Confiscate tann der S. 263. Th. 1. Tit. 9. des A. L. R. überhaupt nicht bezogen werden. Diefe nimmt der Staat als fein Eigenthum an fich (S. 69. Tit. 14. Th II. 1 c.), fie konnen gegen ben bisherigen Gigenthumer, fo lange er fie befist, in Unfpruch genommen, (§. 297. 298. Tit. 20. l. c.) und beren Berabfolgung tann aus bem Nachlaffe des Berftorbenen ohne Rucksicht auf den Abschluß der Untersuchung verlangt werden.

k) R. bes F. M. v. 5. Septbr. 1839.

Nach S. 30. der Ersaß-Aushebungs-Instruktion vom 13. April 1825. soll ein in Untersuchung stehendes Individuum, vor der Bollstreckung der Strafe, in den Soldatenstand nicht eingestellt werden. Wird nach dieser Bestimmung, worauf in der Allerh. Rab.-Ordre vom 20. Aug. 1836. (f. oben S. 158) ausdrücklich hingewiesen ist, versfahren, also der Ersaß Aushebungs Behörde von der Untersuchung Mittheilung gemacht, so kann ein Constitt bei der Bollstreckung der Strafe gar nicht vorkommen.

Aber auch in Fällen, wo jene Bestimmung nicht beachtet ober die Untersuchung erst nach dem Eintritt in den Soldatenstand eingeleitet ist, wird es einer ergänzenden Borschrift nicht bedürfen. Denn der Kriegsartikel 31. verdietet nicht unbedingt, sondern nur in der Regel bie Anwendung von Geldstrafen gegen Soldaten. An Ausnahmen ist, wie die Worte win der Regel zeigen, gedacht, und es werden sich Fälle, die nicht anders als durch Anwendung der Geldstrafe gegen den Soldaten zu erledigen sind, unter die Ausnahmen subsummiren lassen.

1) K. D. v. 8. Januar 1842. laut R. b. J. M. v. 29. Januar. (J. M. Bl. 1842. p. 40.)

Die von Civil-Gerichten gegen Landwehr-Offiziere erkannten Gefängnißstrafen sollen in Ermangelung bazu geeigneter anständiger Locale in ben betr. Militär-Arrest-Anstalten vollstredt werben. m) R, b. 3. M. v. 6, Juni 1835. (366. Bb. XLV. p. 548. Gr.

28b. VIII. p. 303.)

Rach §. 3. der Allerhöchsten Deklaration vom 20. Januar 1820. (G. S. S. 33. 34.) haben die Gerichte die Geld = in Gefängnißstrase umzuwandeln, wenn bei der Exekution des Strafresoluts der Berwaltungsbehörde die Zahlungs-Unfähigkeit des Berurtheilten sich ergeben hat. Ist in Folge bessen die Gefängnißstrase einmal ausgesprochen, so ist das Gericht nicht befugt, die Bollstredung derselben durch die

Annahme ber Gelbbuge zu beseitigen.

Nach § 157. ber Joll-Ordnung und §. 95. der Steuer-Ordnung dürfen die Gerichte der Bollftreckung nur alsdann Anstand geben, wenn die Berwaltungsbehörden dies beantragen Wenn daher zur Abwendung der substituirten Gefängnißstrase die Geldstrase offerirt wird, so hat sich das Gericht mit deren Annahme nicht zu befassen, sondern den Denunciaten mit Bestimmung einer sechswöchentlichen Frist zur Beidringung der Erklärung der Verwaltungsbehörde an diese zu verweisen. Geht binnen dieser Frist eine Erklärung der Berwaltungsbehörde ein, so ist die Gefängnißstrase ohne Weiteres sosort zu vollstrecken, und nur erst auf den ausdrücklichen Antrag der Verwaltungsbehörde wieder aufzuheben.

Rach biefen im Einverständniß mit bem Königl. Finanz-Ministerium ergehenden Bestimmungen hat sich bas Königl. Ober-Landesgericht genau zu achten und seine hierbei betheiligten Unterbehörden danach

anzuweisen.

n) R. d. J. M. v. 8. Juli 1836. (Jhb. Bb. XLVIII. p. 282. Gr. Bb. X. p. 161.)

Der bortige Ober-Profurator hat nach einer Mittheilung bes Ronigl. Kinangministeriums vom 26. v. DR. in ber Untersuchungefache wider E. S. aus F. Unftand genommen, nach dem Antrage ber Ronigl. Regierung von ber Bollftredung einer Gefängnifftrafe abzufteben, in welche eine von der Verwaltungs-Beborde wegen Gewerbesteuer-Kontravention festgesette Gelbstrafe verwandelt worden war, indem er ber Meinung ift, daß eine im Wege ber Berwandlung gerichtlich festgefeste Gefängnifftrafe jeder andern gerichtlich ertannten Gefängnißftrafe gleichstebe, und nicht als eine subsidiarifche zu betrachten fei, und daß deshalb auch Seitens ber Bermaltungebehörde bie Bollftredung bieser Strafe durch Annahme der ursprünglich festgesetzten Geldbufe nicht angewendet werden konne. Diese Unsicht ift aber nach ber Allerhöchsten Deklaration vom 20. Januar 1820. (G. S. S. 33. u. 34.) und nach § 42. bes Gewerbesteuer-Gesetzes in Berbindung mit bem §. 95 ber Steuer-Dronung vom 8. Februar 1819. (G. S. S. 117.) nicht für richtig, vielmehr die Gefängnifstrafe, in welche eine Gelbbuße zufolge Resc. vom 2. Februar 1827. (Lottners S. Bb. III. S. 93.) umgewandelt worden, einer subsidiarischen Gefängnisstrafe völlig gleich zu achten.

o) Schreiben bes J. M. v. 29. Novbr. 1839. (J. M. Bl. 1840. p. 84.) In Straffachen, worin auf eine Gelbstrafe, alternativ aber auf eine Gefängnifftrafe ertannt ift, tann ber von bem Berurtheilten eingegabite Gelbbetrag wider beffen Billen nicht junachft auf bie Untersuchungetoften und bann erft auf die Strafe angerechnet werden.

Dies findet aber nach dem R. b F. M. vom 14. Oft. 1840. (Centribl. p. 376.) auf die bei den Steuer- und Berwaltungsbehörben anhängigen Untersuchungen teine Unwendung, vielmehr find bier Rablungen ftets junachft auf bie Stener, fobann auf die Roften und aulest auf bie Strafe zu verrechnen.

8) Umwandlung ber Gelbftrafen in Gefängniß.

a) R. b. F. M. v. 27. Juli 1838. u. R. b. J. M. v. 30. beff. Mon. (366. Bb L11. p. 231. Gr. Bb. XII. p. 188.)

Die Anträge auf Strafverwandlung werden von den hauptamfern unmittelbar bei ben Gerichten gemacht, ohne bag es bazu einer Genehmigung der Provinzialbehörde oder Einreichung der Aften bedarf.

b) R. b. J. M. v. 8. Septbr. 1838. (366. Bb. LIII. p. 199.) Die bisberige Bestimmung, nach welcher die Umwandlung ber wegen Uebertretung ber Gesetze über indirekte Steuern von den Prov.=Steuerbehörden, sowie ber in Gemäßheit bes Bollftrafgeseges vom 23. Jan. 1838 überhaupt von den Boll = ober Steuerbeherden

erkannten, uneinziehbaren Gelbstrafen in Kreibeitoftrafen nur burch bie betr. Dbergerichte vorgenommen werden foll, hat in einzelnen Källen

zu nachtheiligen Unordnungen Unlaß gegeben.

Bur Bermeibung berfelben verordnet ber Juft.-Min., im Ginver-ftandniffe mit bem herrn Fin.-Min., auf den Grund ber ihm burch bie Allerh. R. D. v. 31. Jan. 1838. (G. G. G. 14.) beigelegten Autorifation jur Feststellung ber Rompetenzbefugniß ber Untergerichte in Untersuchungefachen, unter Abanderung ber Borfdrift bes S. 250. Anh. gur G. D., foweit fie biefem entgegenftebt, baß

1) alle mit Erim.-Gerichtsbarteit versebene Untergerichte, in soweit fie nach ber bestehenden Berfaffung gur Führung ber Unterfuchung und Abfassung des Ertenntnisses über Steuervergeben berechtigt gewesen sein wurden, auch zur Umwandlung ber in biefen Sachen bon ber Steuerbeborbe festgefesten uneinziehbaren Geloftrafen in Freiheitsstrafen befugt sein,

2) bie hierunter begriffenen nicht tollegialifchen Untergerichte auf bas Maag ber verhängten Geloftrafe bis zur Sohe von 50 Thir. be-

schränkt bleiben sollen.

c) R. b. J. M. v. 8. Febr. 1839. (J. M. Bl. p. 107.) Dem Erim.-Senat bes Kön. D. L. G. wird, im Einverständnisse mit dem herrn Fin.-Min., hierdurch eröffnet, bag bie in der Berf. vom 8. Aug. 1838 ausgesprochene Kompetenz der Untergerichte zur Umwandlung der von den Steuerbehörden feftgefesten uneinziehbaren Geloftrafen und Freiheitsstrafen, fich auch auf folche Fälle beziehen foll, in welchen von den Regierungen Strafresolute wegen Kontraventionen birekter Steuern abgefaßt worden find.

d) R. D. v. 11. April 1839. (G. S. p. 158.) 3ch babe auf ben Autrag bes Juftigminiftere bestimmt, bag, wenn es in Zoll- und Stener-Kontraventions-Sachen barauf ankommt, eine im Berwaltungswege burch ein Resolut festgesette Gelbbufe megen Unvermögens eines Berurtheilten in eine Gefängnifftrafe umauwandeln, biese Umwandlung binfichtlich eximirter Personen, zwar, wie bieber, von dem competenten Obergerichte erfolgen, hinfictlich ber Nichterimirten aber ben mit Strafgerichtsbarteit verfebenen Untergerichten in ber Art übertragen werben foll, daß

1) die tollegialisch formirten Gerichte biefe Umwandlung ohne Be-

schränkung;

2) einzeln ftebenbe Richter biefelbe aber nur bann anszusprechen befugt find, wenn die verhangte Geldbufe 50 Thir. nicht überfteiat.

In Reuvorpommern und im Ostrheinischen Bezirk bes Justig-Senates zu Robleng bestimmt fich bie Rompeteng ber Gerichte zu einer folden Strafumwandlung nach ihrer Befugniß zur Ausübung der Rriminal-Gerichtsbarteit, wogegen es in den übrigen Theilen ber Rheinproving bei dem bisherigen Berfahren fein Bewenden behalt, baff bie Strafumwandlungen auf ben Antrag ber Dber-Profuratoren, welche bie Stenerbeborben bie Berhandlungen einzureichen haben, burch Die Strafrathstammern ber Landgerichte erfolgen. Das Staatsminifterium bat biefen Meinen Befehl burch bie Gesetsfammlung befannt an machen.

e) Declar. v. 20. Jan. 1820. S. 3. (G. G. p. 33.)

Benn bei ber Exetution eines Refoluts ber Bermaltungsbehörben bie Zahlungsunfähigkeit des Berurtheilten erhellt, so ift in den Rheinprovingen nach Borfchrift bes Art. 165 und 197. ber Kriminal-Prozeß-Ordnung und bes Art. 52 und 53. des Strafgefegbuchs zu verfahren, in den übrigen Provinzen hingegen haben die Gerichte in diesem Kalle burch ein Refolut, gegen welches tein Rechtsmittel zuläffig ift, bie Bermandlung in Gefängnifftrafe 2c vorzunehmen, ohne in die Beurtheilung ber Sache felbst einzugehen.

f) Begen bes Berhältniffes ber ju fubstituirenben Gefängniß-Strafe au der erfannten Geldstrafe vergleiche bie im Anhange ber Steuer- Dronung (oben S 137.) unter B, 2 a u. b mitgetheilten Bestimmungen.

9) Straf-Erlaß und Ermäßigung.

a) Wegen des Berfahrens bei Immediat-Antragen vergleiche bie unter Dr. 7 g. mitgetheilten Bestimmungen.

b) R. b. J. M. v. 18. Aug. 1837. (366. Bb. L. p. 233. Gr.

Bd. XIII. p. 31.)

Die Begnadigungs-Gefuche in Kontrav.-Sachen gegen bie indiretten Steuergesete, welche bei ben Gerichten eingeben, find nicht an ben Juftigminifter, fondern mit beren Gutachten begleitet an ben Provinzial-Steuerdirektor abzugeben.

c) R. D. vom 8. Novbr. 1835. (Jhb. Bd. XLVI. p. 582. Gr.

Bb. IX. p. 33.) Die remittirten Immebiat-Begnadigungs-Gesuche sind nicht für gurudgewiesen gu erachten, fonbern gu prufen, und wenn bie Burud-weifung nicht gerechtfertigt fein wurde, anderweit mit Bericht Allerbodft einzureichen.

d) R. d. J. M. vom 15. April 1834. (366. Bd. XLIII. p. 647. Gr. Bb. VIII. p. 301.)

Der Justig-Minister ift mit bem Kinang-Minister barüber einver-

baß eine wegen Steuervergehen eingeleitete gerichtliche Unterfudung auf Berlangen bes Provinzial-Steuer-Direktors nicht obne

Weiteres niedergeschlagen werden kann.

Es fleht jedoch bem Kinang-Minifter, nach bem Straf-Stifte vom 26. Marg 1787. S. 87. und einer Allerhochften Rab. Drore v. 4. Gept. 1798 bie Befugniß zu, die wegen Steuer-Bergeben erkannten Strafen aus erheblichen Urfachen gang ober jum Theil zu erlaffen liegt baber auch in Beziehung auf ben S. 9. Th. II. Tit. 13. bes Allgem. Landrechts, feinem Bebenten, baf mit Genehmigung beffelben eine wegen Steuer-Bergeben eingeleitete gerichtliche Untersuchung niebergeschlagen werden barf.

Die allegirten älteren Bestimmungen find abgebruckt in Rabe.

Th. 1 Abth. 4. p. 329. Abth. 6. p. 10.)

e) R. v. 8. Juni und Schreiben v. 27. Juni 1834. (366. Bb.

XLIII. p. 648. Gr. Bb. IX. p. 28.) Das unter d gebachte Befugniß bes F. M. bezieht fich nicht auf Strafen in Rontraventionssachen gegen die birecten Steuergesete.

f) R. b. Staatsmin, vom 30. April 1820. (Pofener Amtebl. p. 324)

So wenig die Oberpräsidenten als die Regierungen können in ben, nach ber Boll - und Berbrauchssteuer-Dronung v. 26. Dai 1818 und ber Ordnung jum Gefet wegen Berfteuerung bes inlandischen Brauntweins, Braumostes, Beinmostes und ber Tabatsblätter b. 8. Febr. 1819 zu bestrafenden Kontraventionsfällen, ohne Rücksicht auf ben Betrag bes Gegenstandes, im Wege ber Gnabe, Straferlag bewilligen.

10) Roften.

A. Ansas.

Die Sporteltaxe für fistalische Bediente vom 28. Januar 1788. ward aufgehoben durch:

a) R. D. vom 19. Decbr. 1830. (laut R. b. J. M. v. 28. ej.)

(366. Bb. XXXVI. p. 341. Gr. Bb. VII. p. 104.) Ich will bem Borschlage bes Juft.-Min. v. 14. b. M. gemäß bie Aufhebung ber Sporteltare für bie fistalischen Bebienten v. 28. 3an. 1788 und bie allgemeine Anwendung ber ber Krim.-Dronung angehängten Gebührentare genehmigen. Rach biefer soll in fistalischen Untersuchungssachen in ber Regel nach ben nieberen Gagen berfelben liquibirt werben, bei Untersuchungen über Bergeben, bie nur mit Gefängnißftrafe von 4 Bochen und darunter, oder einer verhältnigmäßigen Geldbuße bedroht sind, aber sollen ftatt aller Roften nur ein Dauschquantum pon 10 Sgr. bis 2 Rthlr. und die etwanigen baaren Auslagen an Reiseund Zehrungstoften ber Beamten und Zeugen jum Anfag tommen.

b) R. d. J. M. v. 11. Febr. 1831. No. 6. und 28. Decbr. 1832.

(366. Bb. XXXVII. p. 134. Bb. XL. p. 555. Gr. Bb. VI. p.

405. Bb. VII. p. 113.)

Dies Pauschquantum follte auch in fietalischen Untersuchungen wegen Steuervergeben, und zwar ohne Rudficht auf ben Werth bes Konfistates eintreten, weil bie Konfistation nur bie Civilfolge bes Bergebens fei, ber Werth bes Ronfistates mithin nicht, fonbern nur bie Strafe felbst den Maakstab für ben Ansat ber Rosten gebe. Daaeaen bestimmte:

c) Das R. b J. M. v. 2. Juli 1840. (J. M. Bl. p. 236.) mit Rudficht auf das Zollftrafgefes v. 23. Januar 1838, welches bie Roufisfation als einen Theil ber Strafebehanbelt und ben Werth bes Ronfistates mit ber Gelbbuße auch in anderer Beziehung gufammenrechnet; unter Aufhebung b. Refc. v. 28. Decbr. 1832. baß ein Paufchquantum nicht genügt, wenn in fistalischen Untersuchungen wegen Steuervergeben, Die Strafe incl. Des Berthes ber Konfistates Die Summe von 50 Rthlr. überfteigt, vielmehr alsbann bie entsprechenden Gebührenfage ber Rriminalgebühren-Tare zur Anwendung kommen.

d) R. b. J. M. v. 3. Novbr. 1832. Ro. II. III. (366. Bb. XL. p. 551. Gr. Bb. VII. p. 112.)

Das Pauschquantum ist auch wenn bie Untersuchung gegen mehrere Angeschulbigte gerichtet ift, nur einmal, jedoch nach bem höchsten Sage zu nehmen. In Betreff bes Ausbrucks b. R. D. v. 23. Decbr. 1830 "verhältnismäßige Gelbbuße" ift aber nicht ber Maaßgab des Artifels Th. II. tit. 20. S. 88 anzulegen, fondern nach bem S. 87. Th. I. tit. 35. ber A. G. D. und Anh. S. 253. bas Quantum von 50 Eblr Gelb- einer Gefängnifftrafe von 4 Bochen gleich zu ftellen.

e) R. d. J. M. v. 11. Febr. Nr. 5. und 12. Decbr. 1831. v 9. März und 3. Novbr. 1832. (366. Bb. XXXVII. p. 134. Bb. XXXVIII. p. 454. Bb. XXXIX. p. 214. Bb. XL. p. 551. Gr.

28b. VI. p. 405 28b. VII. p. 109. 110.)

Bei Festfegung bes Pauschquantums kommt es nicht auf bie in concreto erkannte, sondern auf Die gesetlich angedrobte Strafe an, und hiernach regulirt sich auch der Rostenpunkt in der zweiten Inftang, wenn auch in erfter Inftang unter 4 Wochen erkannt ift.

Berhaftung für bie unbeitreiblichen Roften.

Bei den Kosten des summarischen (administrativen) Berfahrens.

a) R. D. vom 20. Novbr. 1838. (3. M. Bl. 1839. p. 106.) Auf ben Bericht bes Staatsmin. vom 24. v. Dt. bestimme 3ch, nach bem Antrage ber Majorität beffelben, bag in allen Steuer-Rontraventions-Untersuchungen bie zur Niederschlagung nicht geeigneten Roften des, von der Steuerbehörde eingelegten und guruckgewiesenen Rechtsmittels, welche nicht in ben außergerichtlichen Dtanbatarien-Gebühren des fiskalischen Anwalts, oder in baaren, die Person des Haupt-Steuer - Amte - Justitiarius betreffenden Auslagen befteben, und, wie bisber, dem Steuer-Konds zur Last fallen, auf den Kriminal-Roften-

Konde anguweisen find, indem bie in ber zweiten Juftang bem fielalifchen Civilprocet fich annähernbe Form bes Berfahrens feine bin-reichenbe Beraulaffung ift, ber Roften wegen von bem Grundfage,

ber in ber ersten Instanz angewendet wird, abzuweichen. Diese R. D. ift ben betr Berwaltungsbehörden burch bas F. M. R. vom 28. Decbr. 1838 gur Rachachtung mitgetheilt worden. (Cen-

tralbl. 1839. p. 79.)

b) C. R. b. J. M. vom 5. März 1839. (J. M. Bl. p. 106.) Dies bestimmt mit Rudficht auf Die R. D. v. 20. Robr. 1838.

Dem Steuer-Fonds fallen zur Laft:

1) bie Roften in allen administrativen Untersuchungen, auch folchen, bie vom Untersuchungs-Richter inftruirt, von der Steuerbeborbe aber entschieden find, in fo weit fich biefe Roften nicht jur Rieberfcblaaung eignen.

2) bie Diaten und Reifekoften ber Saupt-Steuer-Amts-Justitiarien, auch bann, wenn bie Sache zur gerichtlichen Entscheibung

aelanat.

3) besgleichen bie Reise- und Zehrungstoften ber Steuerbeamten, and wenn fie als Zeugen ober Sachverständige vernommen werben.

4) bie Roften des fistalischen Unwalts.

Alle übrigen nicht einziehbaren und nicht zur Niederschlagung geeianeten Roften trägt ber Kriminalfonds. (Die Bestimmungen der R. v. 12. April 1837 find hierdurch aufgehoben.)

c) bas C. R. b. F. M. v. 26. März 1839. (Centribl. p. 79.) theilt bies C. R. b. J. M. ad b. ben Bermaltungsbeborben gur

Beachtung mit.

Roften bes gerichtlichen Berfahrens.

a) R. b. J. M. v. 9. Octbr., 1. Decbt. 1820. u. 5. Septbr. 1823. (366. Bb. XVI. p. 269. Bb. XXII. p. 112. Gr. Bb. II. p. 346. 348.)

In Steuer-Rontraventionssachen werden die unerläßlichen Rosten aus bem Rriminalfonds entnommen. Urtels = und andere jur Salarientaffe fliegende Gebühren werden nicht angesett.

b) R. d. J. M. v. 9. Abril und b. K. M. v. 26. März 1822.

(346. Bb. XIX. p. 332. Gr. Bb. II. p. 347.) Die vorstehenden Bestimmungen (sub a.) finden auch auf Gewerbe- und Rlaffen fteuer-Defrandationssachen Anwendung.

c) Bergleiche bie oben unter littr. b. Nr. 1 mitgetheilten Bestimmungen.

Roften ber Strafvollstredung.

a) R. d. J. M. vom 28. Febr. 1823. (Jhb. Bb. XXI. p. 323.

Gr. Bd. II. p. 349.)

Wenn bie gegen Boll- und Steuer-Defraubanten feftgefetten Gefängnifftrafen nicht in eigentlichen unter Berwaltung ber Regierung ftebenben Strafanstalten vollstredt werben, fo find bie Roften ber Bollftredung entweder aus bem für die Anstalt bestimmten Fonds, ober in Ermangelung eines folden aus dem Kriminal-Fonds zu bestreiten.

b) R. D. vom 6 und R. b. J. M. vom 11. Rovbr 1836, (366,

Bb. XLVIII. p. 524. Gr. Bb. X. p. 162.)

Die Bestimmung bes S. 262. b. Anhanges gur A. G. D., wonach Magistrate und Gutsberrschaften für bie Roften in fiscal. Untersuchungen niemals haften, ift bis auf Beiteres auch refp. ber Strafvollstredungs-Roften anzuwenden.

Bei Patrimonial-Gerichten.

R. d. J. M. v. 1. Mai. 1835. (366. Bb. XLV. p. 551. Gr.

28b. VIII. p. 304.7

Bei Steuer-Defraudationen haben auch die Patrim. Gerichte gegen ben Fiscus Anspruche auf Erstattung ber Roften, und bas Gericht weiset in folden Källen die Anslagen, wie sie der Ristus gablt, auf ben Kriminalfonds an.

11) Bestimmungen wegen Anstellung von Justitiarien bei ben hauptamtern.

Allaemeine Anordnungen.

Die erste Allerhöchste Genehmigung zur Anstellung von Hauptamts-Justitiarien wurde ertheilt burch eine R. D. vom 19. April 1823. Dazu erging

a) Das R. b. J. M. vom 20. Juni 1833. (Jhb. Bb. XXI. p. 318. Gr. Bb. II. p. 330),

Borin bie Gerichtsbeborben angewiesen murben, gur Befchleunigung des Berfahrens die Instructionen biefer Sauptamts-Justitiarien besonders zu berücksichtigen und bieselben bei ber ferneren Ginleitung des Verfahrens zu Grunde zu legen.

b) R. D. vom 13. April 1824 (Ann. Bb. VIII. p. 711.)

In Berfolg meiner am 19. April v. J. an Gie, ben Finang-Minister, erlaffenen Orbre ermächtige Ich Gie auf Ihren gemeinschaftlichen Antrag vom 4. b. Dt. alle Steuer-Rontraventionen in den einzelnen Hauptamtebezirken, beren richterliche Erörterung entweder von ben Berwaltungsbehörden nöthig befunden, ober von dem Angeschuldigten verlangt wird, nach Maakgabe bes Bedürfniffes burch verpflichtete Instizbeamte, welche dazu bleibend zu beauftragen find, in der Eigenichaft gewöhnlicher Untersuchunge-Richter erörtern zu laffen.

c) C. R. d. Min. d. Just. und ber Fin. vom 12. Juni 1824. (v. R. Ann. Bb. VIII. p. 713.)

Des Königs Majestät haben in Berfolg ber ben fämmtlichen Gerichtsbehörden unterm 24. Juni, und ben Ronigl. Regierungen unterm 29. Juni v. 3. befannt gemachten Allerhöchsten Rab.-Orbre vom 19. April v. J. mittelft Allerhöchster Rab. Drore vom 13. April b. J.

ferner zu bestimmen geruht,

daß die den einzelnen Saupt-Zoll- oder Saupt-Steuer-Aemtern beigeordneten Justig-Beamten alle Steuer-Kontraventionen, deren richterliche Erörterung entweder von der Berwaltungs = Beborde nöthig befunden oder von dem Angeschuldigten verlangt wird, in der Eigenschaft gewöhnlicher Untersuchungs-Richter instruiren follen.

Rontraventionsfälle, in welchen ber Antrag bes Angeschulbigten bie gerichtliche Untersuchung nicht veranlaßt, find nur bann von ben Sauptamtern an bie gur Untersuchung ber Steuer-Bergeben bestellten Buftig-Beamten abzugeben, wenn ber Thatbeftand ohne Beihülfe richterlicher Untersuchungsgewalt, b. b. ohne Beweises-Aufnahme ober Rontumazial-Berfahren nicht zuverläffig festgestellt werben tann, und wenn folde Rontraventions-Falle zugleich fo erheblich find, bag auf eine die Summe von zehn Thalern übersteigende Gelbuffe als orbentliche Strafe zu erkennen ift. Bergehungen, welche nach ben Strafbestimmungen ber Steuergefete mit Arreftstrafe geabnbet werben follen (wozu die Falle der Straf-Berwandlung wegen Zahlungs-Unfähigkeit jeboch nicht gehören) und Steuer = Bergehungen, bei benen gemeine Berbrechen, g. B. Falfdung, thatliche Wiberfetlichkeit u. f. fonfurriren, muffen bagegen ohne Unterschied vom Juftig-Beamten untersucht werben. Damit ber Allerhöchften Abficht, burch biefe Maagregel fchleunige und zwedmäßige Untersuchung ber Steuer-Rontraventionen zu bewirken, und inchefondere ben Zeitverluft zu beseitigen, welcher bisber mit den einzelnen Requisitionen der Berwaltungsbeborde an die Ober-Berichte und mit ben besonderen Auftragen ber letteren an bie einzelnen Juftizbeamten verbunden gewesen, pflichtmäßig entsprochen werde, muffen die hiernach mit Untersuchung der Steuer-Bergehungen ein für alle Mal beauftragten Justizbeamten unmittelbar nach bem Empfange bes Antrages bes betreffenden Sauptamtes oder ber Berufung der Angeschuldigten die Untersuchung einleiten und folche felbstständig nach den allgemeinen für den Untersuchungsprozeß gegebenen Borschriften spruchreif instruiren.

Sie laffen übrigens nach wie vor in Befolgung des Circular-Rescripts vom 4. November 1822 ben Ober-Inspettor ober ein anderes von biesem deputirtes Mitglied des haupt-Amtes bei den Unterfuchungs-Berhandlungen zu, und beachten deffen gutachtliche Bemertungen, infofern folche nicht auf Rechtsfragen, fondern auf bie Steuerverfaffung Bezug haben. Die gefchloffenen Berhandlungen find ben Sauptämtern auf beren Antrag zur Abgabe eines Gutachtens porzulegen. In Untersuchungs-Sachen, in welchen von einem Angeschul-Digten auf gerichtliche Untersuchung und Entscheidung angetragen morben, werden die fpruchreifen Aften vom Untersuchungs-Richter gur Abfaffung bes Erkenntniffes an die kompetenten Beborben eingesenbet. Die auf ben Antrag ber Berwaltungs-Beborbe vom Untersuchungs-Richter geführten Untersuchungen geben aber junachft an bie Regierung Der an ben Provinzial-Steuer-Direktor gur Abfaffung eines Straf-Resoluts. Provocirt ber Angeschuldigte nach bem Empfange bes Refolute, welches allemal ber Untersuchunge-Richter publigirt, auf richterliches Ertenntniß, fo geben nach gefchloffenem Berfahren bie Atten unmittelbar vom Untersuchunge-Richter an den tompetenten Gerichtsbof. Aften, ju benen ber Denunziat wider bas Resolut ber-Regierung ober bes Drov. Steuer-Direktore ben Reture an bas Fin.=Dinifterium anmelbet, fendet ber Untersuchungs-Richter gur weitern Berfügung an die Provinzial = Steuer = Bermaltunge = Beborde gurud. hauptamtern beigeordneten Juftigbeamten, benen ichon burch bas Unterfuchungsgeschäft nähere Renntnig ber angestellten Steuerbeamten bes überwiesenen Hauptamte-Bezirks zugeht, sollen auch zur Führung berjenigen schwierigen Untersuchungen ber Dienst-Bergehungen, auf beren Grund nach Allerhöchter Kabinets-Ordre vom 2. November 1822 Degravation ober Gehaltskürzung bei dem Finanz-Ministerium ober aus dem Geset vom 21. Februar 1823 Amts-Entsetung beim K. Staats-Ministerium in Antrag gebracht werden soll, in der Regel beauftragt werden. Der Untersuchungs-Nichter ist serner, gleich andern Justizbeamten gehalten, die ihm im §. 50. der Berordnung vom 26. Dezember 1808 wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden in Gegenständen der Steuer-Berwaltung von den Steuer-Berwaltungs-behörden der Provinz zugehenden Aufträge ausrichten, und hat sich namentlich der Aufnahme der Kautions-Berhandlungen von Steuer-pssichtigen zu unterziehen.

Die den hauptämtern beigeordneten Justizdeamten werden aus den Fonds der Steuer-Berwaltung fixirte honorare beziehen. In den Untersuchungen solcher Straffälle, welche entweder von den Steuer-Berwaltungsbehörden entschieden werden, oder in denen das richterliche Erfenntniß den Angeschuldigten freispricht, sind so wenig, als für außerprozessualische Berhandlungen, Gebühren oder Ropialien anzusezen. Baare Auslagen, wozu auch regulativmäßige Reisekosten und Diäten in geeigneten Fällen gehören, liquidiren bieselben den hauptämtern zur Erstattung und diese sollen deren Festsetung und Anweisung un-

gefaumt bei ben Provingial-Steuerbeborden in Antrag bringen.

Die Gerichte und fammtliche Steuerbehörden, denen biefe Berfügung augeht, haben fich hiernach gebührend au achten.

d) R. v. K. M. v. 4. August 1824.

Umfländliche Korrespondenz zwischen ben Haupt-Aemtern und ben Untersuchungs-Richtern muß vermieden, und die Mittheilungen sollen mögliche brevi mann bewirkt werden. Die Justiziarien sollen aber jedesmal an die Provinzial-Behörden unter Einsendung der Akten gutachtlich berichten, wenn sie dafür halten, daß nach Lage der Sache auf gänzliche ober vorläusige Freisprechung erkannt werden musse.

e) C. R. v. 29. Novbr. 1828. (Ann. Bb. XII. p. 981.)

Die Insinuationen werden zur Beschleunigung der Sache von ben bei ben hauptämtern angestellten Amtsbienern bewirkt; welche ju bies sem Zweite in die hande bes Amts-Justitiarii folgenden Supplemen-

tar-Eid ablegen:

"Daß sie bie ihnen vom Untersuchungsrichter ertheilten Aufträge fleißig ausrichten und die Insinuationen ber, von dem Untersuchungs-Richter zur Besorgung erhaltenen Citationen und Berordnungen zt. nach Borschrift der Gesetz, und den besondern, vom Untersuchungs-Richter erhaltenen Anweisungen geborig verrichten und davon getreuen und der Wahrheit gemäßen Bericht erstatten wollen."

1) R. d. F. M. v. 18. April 1829.

Bei Gelegenheit eines Specialfalles ift ansgesprochen: baß die Funktionen der hauptamts-Justiciarien sich über den gesammten Geschäftsbereich der betressenden hauptamter erstrecken, daß mithin auch die Untersuchung von Chausseegld-Defraudationen und Excessen in ben bazu geeigneten Fallen von ihnen ge-führt werden muffe.

g) R. b. J. M. v. 15. April 1834. (366. Bb. XLIII. p. 647. Gr.

Bb. VIII. p. 302.)

Es ist zwar an sich nicht unzulässig die Führung der Untersuchung auch einem andern Richter als dem Hauptamts-Justitiar zu übertragen; doch soll dies nur nach Rücksprache mit der Prov.-Steuerbehörde aus erheblichen Gründen, wofür die Entfernung des Angeschuldigten von dem Wohnorte des Justitiars nicht immer zu erachten ist, geschehen.

h) Bergleiche auch bas unter Littr. B. c weiter unten mitgetheilte

Refer. v. 12. April 1837. Nr. VII.

i) Schreiben b. J. M. v. 1. Septhr. 1837. (Ihb. Bb. L. p. 132. Gr. Bb. XII. p. 226.) Die Steuer-Untersuchungsrichter sind auch zu Akten der freiwilli-

gen Gerichtsbarfeit in Steuer-Angelegenheiten fompetent.

k) R. d. K. M. v. 11. Juli 1839.

Die Untersuchungsrichter können sich bei Exekutionen an ihrem Wohnfite, wo sich bas hauptamt besindet, zu den Exekutionen aus gerichtlichen Exkenntnissen unbedenklich derjenigen Beamten bedienen, welche bas hauptamt mit der Vollziehung der Resolute beauftragt.

1) C. R. d. F. M. v. 16. Novbr. 1839. (Centrol. p. 400.)

Es ift die Frage entstanden,

ob die, den Haupt- Zoll- und Haupt-Steuerdmtern beigeordneten Untersuchungs-Richter, außer in solchen Untersuchungen, die in dem Hauptamtsbezirk, für welchen sie fungiren, anhängig sind, auch in den in andern Hauptamtsbezirken anhängigen Zoll- und Steuer-Untersuchungen, auf Requisition der auswärtigen Behörzen und Beamten, eidliche Zeugen-Vernehmungen vorzunehmen,

befugt und verpflichtet find

Diefe Frage ift, im Ginverftandniß mit bem Ronigl Juft .- Din. babin entschieden worden, daß in gerichtlichen Steuer-Untersuchungen bie Requisition an ben orbentlichen Richter bes Beugen gerichtet werben muß, weil ber Untersuchungsrichter, mit Rudficht auf die Borfchrift ber SS. 175. und 176. ber Allgem. G. D., Eb. I. Tit. 10., nicht befugt ift, Zeugen ohne Borwiffen bes orbentlichen Richters vorzuladen und von ihnen Gehorfam und Folgeleiftung zu erwarten, baß aber in ben, noch im Berwaltungs-Berfahren begriffenen Boll- und Steuer-Untersuchungen es unbebenflich ift, Die Untersuchungerichter anguweifen, in Bertretung bes betreffenden Sauptamte, auch in auswartigen Sachen Beugen zu vernehmen, weil in folden Sachen bie Beugen verbunden find, ben an fie von ben Boll- ober Steuerftellen erlaffenen Borladungen Folge gu leiften (S. 42. bes 3oll-ftraf-Gefeges vom 23. Januar v. 3.) und baber binfichtlich ber Rompetenz fein Sindernif entgegen fteht. Bu ben biernach gulaffigen Zeugen-Bernehmungen bedarf es teines fpeciellen Auftrages Seitens ber Provinzial-Steuer-Beborbe in febem einzelnen Falle, fondern nur einer allgemeinen Anweisung an den Untersuchungs-

richter, bergleichen Requisitionen auswärtiger Steneramter und Behörden zu erledigen.

m) R. b. J. M. im Einverftanbnig mit bem F. M. v. 28. Decbr. 1839. (3. M. Bl. 1840. p. 18. Centrbl. 1840 p. 125.) Unter Aufhebung ber früheren entgegenstehenden Anordnung vom 28. April 1839 ift bestimmt:

bag bie Untersuchungsatten ber Steuer-Untersuchungerichter, nach vollstreckter Strafe und Erledigung bes Rostenpunttes, an bas betr. Hauptamt gur Aufbewahrung abgegeben werden follen.

n) Befcheib b. 3. M. vom 18. April und Refer. vom 20. Juni

1843. (3. M. Bl. p. 179)
Die Inftruktion vom 28. Juni 1839 bestimmt zwar, daß bas nächste Gericht, an welches fremde, unbekannte, ober ber Flucht verbächtige und beshalb von ber Berwaltungsbehörde verhaftete Bollober Steuer-Rontravenienten, zur Aufbewahrung abgeliefert worden, auch jur Führung ber Untersuchung tompetent fein folle. Befindet fich aber ber Steuer-Untersuchungerichter an bemselben Orte, an welchem das Gericht seinen Sit hat, dem der Verhaftete übersendet worden ift, fo fallt der Grund gu einer Ausnahme von der ordentlichen Romvetenz weg, und ber Steuer-Untersuchungerichter muß fich ber Untersuchung unterziehen.

Es tann übrigens ein forum speciale, wie bas ber hauptsteneramte-Justitiarien, überhaupt nur als eine Ausnahme von der Regel angefeben, fein Gebiet muß baber auf bie ausbrudlich vom Gefet be-

zeichneten Kalle beschränft werben.

Gemeine Berbrechen zu untersuchen und zu bestrafen, liegt außer bem 3wede bes Inftitute ber hauptsteueramte-Juftitiarien. Die Unterfuchung ift baber ben ordentlichen Gerichten vorbehalten und ba, wenn gemeine Berbrechen mit Boll- und Steuervergeben gusammen treffen, ein zwiefaches Berfahren vor verschiedenen Beborben unangemeffen ware, die Ueberweifung ber Untersuchung wegen ber Boll- und Steuervergeben an das wegen ber gemeinen, als ber Regel nach fowereren Berbrechen, tompetente Gericht angeordnet worden. Daffelbe hat bann aber beiberlei Arten von Berbrechen, nämlich bie gemeinen Berbrechen und die Boll- ober Steuvergeben, mit hinficht auf bas abweichende Verfahren in ben bobern Instanzen, in gesonderten Aften ju verhandeln.

Innerhalb ihrer Rompetens haben die Gerichte bei einem folden Ronturrengfalle, auf Grund bes Gefetes vom 29. April v. J. (G. S. p. 116) auch über bie Boll und Steuervergeben zu erkennen.

Die Befugniß, die Ginleitung einer Untersuchung, welche bie Provinzial-Jollbehörde dem Juftitiarius aufgetragen bat, abzuleb-nen tann nicht eingeraumt werden; benn bie Allerhöchfte Rabinets-Orbre vom 13. April 1824 bestimmt gang unbebingt, bag die Steueramte-Juftitiarien alle Steuer-Kontraventionen unterfuchen follen, beren richterliche Erbrierung von der Bermaltungsbehörde nothig befunden wirb.

Unbenommen bleibt es zwar bie etwanigen Bedenken ber Prov. Steuerbehörde vorzutragen, gegen beren Berfügung barf aber, mas ble Einleitung ber Untersuchung betrifft, bie entgegengesehte Ansicht bes Steuer-Untersuchungerichters nicht geltenb gemacht werben.

- B. Diäten, Roften, Gebühren, Auslagen 2c. ber haupt-Amts-Juftitiarien.
 - a) R. b. J. M. v. 20. Juni 1823. (Jhb. Bb. XXI. p. 318. Gr. Bb. II. p. 330.)

Die tarmäßigen Gebühren in ben zur richterlichen Enticheibung inftruirten gallen fliegen in die Salarienkaffen.

b) R. b. J. M. vom 22. Octbr. 1830 und vom 31. Octbr. 1832. (366. Bb. XXXVI. p. 347. Bb. XL. p. 544. Gr. Bb. VII. p. 113 und 114.)

In Fallen, wo bie Sanptamtojustitiarien Reifen unternehmen muffen, erbalten fie neben ihrem Sonorar

regulativmäßige Reisetoften und Diaten, Erftattung ber baaren Auslagen, und

die für Copialien und Botengebuhren eingehenden Summen. In unvermögenden Sachen werden nur die unvermeidlichen baaren Auslagen, wozu Copialien und Infinuationsgebühren nicht gehören, fo wie sie Fiscus zu zahlen hat, aus dem Kriminalfonds entrichtet.

c) R. b. 3. M. vom 12. April 1837. (366. Bb. XLIX. p. 532. Gr. Bb. XI. p. 29.)

I. Bei ben in den Neser. vom 20. Juni 1823, 22. October 1830 und 31. Octbr. 1832. getroffenen Bestimmungen wegen der Kosten behält es bis auf Weiteres sein Bewenden, jedoch mit der Maaßgade, daß bei solchen Sachen, in welchen nur ein Pauschquantum zulässig ist, die Vertheilung besselben nach den Bestimmungen d. R. vom 31. Octbr. 1832 und in der Art erfolgt, daß von dem Bauschquantum

a) die Salarientaffe an Gerichtsgebühren, Ropialien und Botenge-

bühren ein Drittel empfängt,

b) die übrigen zwei Drittel aber auf die Kosten der eigenthümlichen Untersuchung gerechnet werden: und zwar je zum dritten Theile, also zu 3 des ganzen Pauschquantums, auf Gerichtsgebühren, Ropialien und Botengebühren. Die zwei Reuntheile Gerichtsgebühren sließen zur Salarienkasse, die 3 Ropialien und Botengebühren dagegen erhält der Steuer-Untersuchungsrichter. Letzteres gilt jedoch nur für solche Sachen, welche der Steuer-Untersuchungsrichter selbst beendigt. Ist derselbe aber genöthigt andere Gerichte im Laufe der Sache zu requiriren, so erhalten diese einen angemessenen Theil sowohl von den für die Salarienkasse bestimmten 3, als von den 4 des Steuer-Untersuchungsrichters.

Der Steuer-Untersuchungsrichter hat aber, wenn bemselben nicht in bieser Qualität, sondern nur als richterlichem Beamten überhaupt für seine Person der Auftrag ertheilt wird, eine Untersuchung zu instruiren, deren Führung zu seinen Amts-Ibliegenheiten als Steuer-Amts-Institiarius nicht gehört, dieselben Ansprüche auf Rommissions-

gebühren wie jeber andere Rommiffarins.

hiernach ift bas R. v. 31. Oft. 1832 in Beziehung auf bie Feftfegung, bag bie Gebühren in allen von ben Steuer-Amts-Juftitiarien

zur richterlichen Entscheibung inftruirten Källen zur Salarientaffe flieken.

zu erflären.

Much in solchen Sachen muffen Roften angesett werden, in welchen es nicht zum Erfenntnif tommt, fondern in welchen ber Angefchulbigte im Laufe ber Inftruttion von der Provotation auf richterliches Ertenntniß absteht, und fich bei ber Entscheibung ber Steuer-Bermaltungsbehörde beruhigt.

Die fammtlichen gum Unfas tommenben Gebühren und Auslagen werden von ben ertennenden Berichtsbehörden feftgefest, jur Goll-Ginnahme geftellt, eingezogen und meiter per-

rednet.

Hierbei beschränkt sich bemnach

III. Die Einwirtung bes Steuer-Untersuchungerichters auf bie Liquidation ber burch seine und burch die Berhandlungen ber von

ibm requirirten Gerüchte entstandenen Gebühren und Auslagen.

1V. Wenn es zu feinem Erfenntniß fommt (oben 1.), fo muf-fen bie entstandenen Gebuhren und Auslagen bemjenigen Gericht überwiesen und bei demselben verrechnet werden, welchem die Abfaffung bes Erkenntniffes, fofern es bagu getommen mare, jugeftanden haben mürbe.

Diese Ueberweisung an das betreffende Gericht erfolgt ebenfalls feitens bes Stener-Untersuchungsrichters mittelft formlicher Liquida-

tion und unter Beifügung ber Aften.

Als Kosten sind in diesen Sachen in Ansatz zu bringen: 1) in Untersuchungen, in welchen auch für den Fall der Fortfetung nur ein Paufchquantum julaffig gewesen fein murbe, nach Unterschied des Falls und nach bem Ermeffen des festsegenden Richters, ein geringes Pauschquantum, das notirte Porto und die etwanigen baaren Auslagen. Bon dem Pauschquantum selbst erhält der Steuer-Untersuchungerichter ebenfalls ben oben bestimmten Theil:

2) in Untersuchungen, in welchen tein Paufchquantum angufegen gewesen sein wurde, die vollen Gebühren und die etwa veranlagten Auslagen.

hinsichts ber bisherigen Form ber Festsepung fammtlicher Roften seitens ber Gerichte wird durch bie gegenwartige Anordnung nichts verandert. Die Festsetzung selbst darf aber in teinem Falle unterbleiben und muß der Eintragung zur Soll-Einnahne, fo wie der Einziehung vorangehen; die lettere demnächst auch ohne Berzögerung bewirft, und ber Steuer-Untersuchungerichter von ber für ihn festgefesten Roftensumme benachrichtigt werben.

VI. Zu bensenigen Auslagen, beren Berichtigung nicht von ber erfolgten Einziehung abhängig ift, sonbern beren sofortige Zahlung bie betheiligten Personen verlangen können, gehören Zeugengebühren,

Diaten und Reifetoften.

1) Bewirft ber Stener - Untersuchungerichter bie Zeugenvernehmung und wird bie Berichtigung von Zengengebuhren nothwendig, sohtt das erfennende Gericht Dieselben, — fofern nicht etwa bie Steuerverwaltungsbehörde ben Borichuß leiftet, in welchem Falle ber Steuer-Untersuchungsrichter bas Nöthige in ben Untersuchungs-Alten vermerten muß, - auf ben Antrag des Untersuchungerichters vorfcummeife aus feiner Salarientaffe, und letterer ift ber Borfchuf aus bem Rriminalfonds zu erstatten, wenn die Roften von bem Debenten nicht beizutreiben find, fondern niebergeschlagen werden muffen.

Sat die Steuervermaltungsbehörde den Borfchuß geleiftet, fo fann beffen Tilgung feitens des ertennenden Berichts, fobalb bie Roften-Liquidation feftgefest ift, alfo ohne daß ber Erfolg ber Roften-

Einziehung abgewartet wird, nicht verweigert werden.
2) Sat bagegen ber Steuer-Untersuchungerichter ein Gericht um die Bernehmung der Zeugen requirirt, fo berichtigt daffelbe bie etwanigen Beugengebühren ebenfalls vorschufweise aus feiner Salarientaffe, und führt ben Borfchuß entweder bis zur Ginzahlung ber Roften ober bis zu seiner Erstattung aus dem Kriminalfonds fort. Ift bas requirirte Gericht ein anderes, als bas erfennende, fo gablt letteres die Gebühren und Auslagen des ersteren, sobald die Roften von bem Debenteu eingezogen find, benachrichtigt baffelbe event. von ber erfolgten Niederschlagung zu gleichem Bebuf und forgt gleichzeitig für die Erstattung ber Auslagen beffelben aus dem Kriminalfonds.

3) Diefe Festsegungen (ad 1 und 2) finden auch auf die Diaten und Reisekoften, jedoch nur in Unsehung ber regulativmäßigen Gate,

Anwendung.

4) Die requirirten Gerichte muffen bem Steuer-Untersuchungsrichter bei Erledigung der Requisition zugleich bie Liquidation ibrer Bebühren und Auslagen, unter Ungabe ber von ben lettern etwa porgeschoffenen Betrage, mittheilen, bamit berfelbe biefe Roften in bie feinerseits, anzufertigende Roftenliquidation mit aufnehmen kann.

Die Publifation bes ergangenen Ertenntniffes und bie

Strafvollstredung wird an sich nicht kontrollirt.

Kur die Strafvollstreckung muß ber Steuer-Untersuchungerichter

forgen:

Da dies indessen in der Regel nur durch Requisition der Gerichte geschehen tann, so ift ber Steuer-Untersuchungerichter befugt, mit ber Einreichung ber Roften-Liquidation die Antrage wegen Bollfredung bes Erfenntniffes zu verbinden.

Die in ber Exetutions-Instanz entstebenden Rosten konnen teine Schwierigkeiten verursachen. Die Gerichte, welche requirirt werden oder Auftrag erhalten, ziehen die ihrigen, wie immer in Executivis

geschieht, vom Exequendo ein.

Der Steuer-Untersuchungerichter selbst tann zwar, weil er für die Bollstreckung des Erkenntnisses zu forgen hat, auch noch durch Aufforderungen, Monitorien u. f. w. Kosten veranlassen. Derselbe vertritt indeffen babei nach ergangenem Erkenntniffe nur bie abministrative Behörde, und es sind daher dergleichen Kosten ganz außer

Ansak zu laffen.

Nach ber gemeinschaftlichen Berf. bes Juftig - und bes Finang-Minift. vom 12, Juni 1824. (Jahrb. Bd. XXIII. p. 214.) muffen in folden Steuer-Rontraventionefallen, in welchen bas richterliche Erkenntniß ben Angeschuldigten freispricht, Die vorkommenden Auslagen von den Steuer Berwaltungsbehörden getragen werden. Sollten bemnach, weil fich ber Ausfall bes Ertenntniffes bei Ginleitung ber gerichtlichen Untersuuchne nicht vorberfeben läßt, feitens ber Gerichtsbehörden Auslagen vorgeschussen werben, so muß beren Erstattung sofort, nachdem bas Erkenntniß rechtskräftig geworden ist, betrieben werden.

d) C. R. b. J. u. F. M. v. 7. Juli 1839. (J. M. Bl. p. 258. Centrol. p. 215.)

In Anwendung ber R. D. vom 12. Mai 1836. (366. Bb. XLVII.

p. 581. Gr. Bd. XI. p. 79.) wird bestimmt:

baß Steuer-Untersuchungsrichter für die in dieser Eigenschaft vorgenommenen Reisen die Fuhrkoften und Diäten, ohne Rücksicht auf ihre sonstige amtliche Stellung und Rangverhältnisse, nur nur nach den, in der Berordnung vom 28. Juni 1825. (G. S. p. 163.) für einzeln stehende Unterrichter vorgeschriebene Säte liquidiren können.

Bei ber burch bie Circ. Berf. vom 24. Aug. 1822. ertheilten Ermächtigung, bie Fuhrkoften-Bergütigungen burch ein mit bem Untersuchungsrichter zu treffendes Abkommen ein für allemal

ju reguliren, behalt es fein Bewenden.

e) R. d. F. M. v. 28. Mai 1840. (Centribl. p. 254.) Die Honorare der Haupt-Amts-Justitiarien werden gleich den Besoldungen der ausübenden Steuer-Beamten mondtlich pränumerando gezahlt.

12) Bestimmungen wegen bes Denunziantenantheils.

a) Im Allgemeinen") begründete ben Anspruch auf den Denunzian. ten-Antheil von Defraudations-Strafen aus den Abgabengeseten

vom 8. Febr. 1819 und 30. Mai 1820:

Die R. D. vom 17. Dezbr. 1820. (Ann. Bb. XIX. p. 951.) Ich genehmige Ihrem Antrage vom 14. b. M. gemäß, daß von ben nach dem Gef. v. 8. Febr. 1819 und 30. Mai 1820 eingezogenen Steuer-Defraudations-Strafen und etwanigen Konfiskaten ein Drittheil den Steuerbeamten mit Ausschluß der Mitglieder der Hauptsämter, ingleichen den Polizei= und Forst-Offizianten und Gensdarmen, sofern sie Steuer-Defraudationen entdecken, oder dazu Hülfe leisten, als Belohnung zu Theil werde; ein Drittheil aller Steuerstrafen und Konfiskate aber zum Unterstüßungsfonds der hinterbliedenen bedürftigen Wittwen und Kinder von Steuerbeamten sließe. In allen Fällen aber, wo Ich den Denunziaten begnadige, fällt sowohl der Denunziantenantheil, als der Antheil des Unterstüßungsfonds weg, falls nicht einer oder der andere ausdrücklich vorbehalten wird.

Uebrigens ermächtige Ich Sie alle Strafantheile und Konfiskate bei Abgabendefraudationen aller Art, welche nach jenen Berwendungen übrig bleiben, mit dazu zu benuten, um würdig sich auszeichnende ver-

^{*)} Specielle Bestimmungen über Denunziantenantheile an gewissen Steuersstrafen enthalten g. 34 bes Haustregulativs vom 24. April 1824. (f. oben S 85.) und §. 11. bes Maischsteuerregulativs vom 1. Decbr. 1820. (flehe nache folgenb.)

Bas bezüglich ber Strafen aus ben Bollgesein Rechtens ift, ergiebt bas Bollftrafgesey vom 23. Januar 1838 mit feinen Erganzungen. (f. nachfolgenb.)

bienftliche und auch bedarftige Steuerbeamte zu renumeriren und zu unterftugen. Ariedrich Wilbelm.

b) R. b. J. M. vom 17. Juni 1826. (366. Bb. XXVII, p. 323, Gr. Bb. II. p. 338.)

Wenn Denunziant sich auch zum Bortheile bes Denunziaten seines Strafantheils begiebt, so muß die Strafe bennoch mit Einschluß bes Strafantheils zur Kasse entrichtet, resp. verrechnet werden, und die Verzichtleistung kann nur durch Zurückzahlung des Antheils an den Denunziaten seitens des Denunzianten in Wirkung treten.

c) R. d. M. d. J. n. d. Fin. v. 6. Febr. 1838. (Ann. Bd. XXII., p. 309.)

Die Bestimmung der R. D. vom 17. Decbr. 1820, wonach Mitglieder der hauptämter keinen Denunziantenantheil beziehen sollen, sinbet auf Kreissecretare keine Anwendung, diese sind vielmehr in den geeigneten Källen dazu berechtigt.

d) R. d. M. d. J. 4 d. F. v. 20. Febr. 1838. (Ann. Bd. XXII.

p. 279) Durch Ermößigung ber Strafe im Wege ber Gnade wird auch der Denunziantenantheil verhältnismäßig reducirt.

e) R. b. F. M. v. 13. Novbr. 1838. (Unn. Bb. XXII. p. 894.)
Ju benjenigen Polizeibeamten, welche nach der Ordre vom
17. Decbr. 1820. Anspruch auf den Denunziantenantheil haben, gebören auch die Mitglieder der Magisträte in allen Städten ohne Rücksicht auf beren Umfang.

C. Nachträgliche zu den Gesetzen v. 8. Febr. 1819, ergangene Bestimmungen.

I. In Bezug auf Die Branntwein-Steuer.

Rabinetsorbre vom 20. Juni 1822.

Aus Ihrer bes Finanz-Ministers Anzeige v. 27. April b. 3. geht hervor, daß die Gerichtsbehörden, im Widerspruch mit dem Berfahren der Finanzbehörden, Anstand nehmen, bei Raischsteuer-Rontraventionen nach dem durch die Amtsblätter der Regierungen zur öffentlichen Kenntniß gebrachten interimistischen Regulativ vom 1. December 1820. zu erkennen, und nach wie vor auf das Gesfep vom 8. Februar 1819. zurückgehen zu muffen glauben. 3ch

bestimme baher, daß bis zur Promulgation des neuen Getränkensteuer-Gesetzes, durch welches im Wescntlichen die setzige Besteuerungsweise beibehalten werden wird, die Gerichte eben so, wie die Steuerbehörden gehalten sein sollen, bei Beurtheilung und Entscheidung der Kontraventionen gegen das gedachte Regulativ vom 1. December 1820. sich nach den darin enthaltenen Strafsbestimmungen zu achten und nur in so weit auf diesenigen des Gesetzes vom 8. Februar 1819. zurückzugehen, als es mit dem Regulativ verträglich ist. Hiernach werden Sie das Nöthige verfügen. (G. S. 1822. p. 176.)

Regulativ vom 1. December 1820 bie anderweite Befteuerung bes Branntweins betr. (Unn. 36b. 1820. p. 714).

In Berücksichtigung ber Beschwerben, welche bie Erhebung ber Steuer von inländischem Branntwein durch den Blasenzins veranlaßt hat, und die aus der Betriebszeit, so wie aus der unsichern Bestimmung der Blasenzinssäße nach der Erzeugungsfähigkeit der zum schnellern Betriebe verschiedenartig eingerichteten Brenngeräthe hervorgegangen sind, haben des Königs Masestät nach ersfordertem Gutachten des Staatsraths, durch eine Allerhöchste Rabinetsordre vom 20. November a., befohlen, daß ein neues Geset vorgelgt werden soll, wonach die Besteuerung des Branntsweins nach dem Quart-Inhalt der zur Maischbereitung benutzen Bottiche schigestellt, und die dieses Geset emanirt sein wird, schon vorläusig nach derselben Grundlage bei der Branntweinbesteuerung verfahren werden soll.

Es find daher nachfolgende Bestimmungen vom 1. Januar

1821. an jur Anwendung ju bringen.

S. 1. An Steuer ist Ein Groschen von Zwanzig Quart Inhalt des Bottichs bei seder Einmaischung Behuss der Branntweinsabrisation zu erlegen. Es wird mithin, da die Abgabe von einem Quart Branntwein 1 Sgr. 3 Pf. nach dem Geset vom 8. Februar 1819 betragen soll, angenommen, daß, um ein Quart Branntwein zu 50 Proc. Alsohol (nach Tralles) zu erzeugen, mit Rücksicht auf das Aussteigen der Maische bei der Gährung, 25 Quart Maischraum erforderlich sei.*)

*) In §. 1, ift zu bemerken a) Die Mobifikation des Steuersates von 1 Groschen pro 20 Quart Bottichraum durch die nachfolgend mitgetheilten K. D. vom 10. Januar 1824 und 16. Juni 1838.

¹⁸²⁴ und 16. Juni 1838.
b) Die R. b. B. W. vom 2. Septiv. 1822., 21. Marz 1828 und 7. Dezbr. 1833 bestimmen, daß auch diejenigen Bestiher von Destillirgerathen, welche Maische bereiten und daraus Entter ziehen, bloß um Effig daraus zu fabriziern, der im §. 1. des Regul angeordneten Bestimmung unterworfen sind.

S. 2. Wer eine Brennerei in Betrieb fegen will, ift ver= pflichtet, mindeftens 8 Tage vor ber ersten Einmaischung seinen

v) Bum befferen Berftanbnig bes Unterschiebes zwischen bem Blasenzins und ber Maischbottichfteuer, welche bas Regulativ vom 1 Dezb. 1820.

natt bee erfteren einführte, mogen folgenbe Bemertungen bienen:

Die frühere Erhebung der Branntweinsteuer geschah von dem Rauminhalte ter Destillieblasen und flügte sich auf den Erfahrungesat, daß dei Anwendung ganz gewöhnlicher einsacher Brennavparate, binnen vier und zwanzig Stunden, ver vierte Theil des Inhaltes der Blase an Branntwein von 50 Prozent Weingeschgehalt nach Tralles Alsoholometer produzitet werden kann; es wurde daher als Regel angenommen, daß von dem Betriebe eines gewöhnlichen Apparates, sir den Zeitraum von 24 Stunden, die Steuer mit 1½ ger., nach dem damaligen Münzsüge, für wier Quart des vollen Blaseninhalts zu erlegen sei. Da es unter solchen Umständen das Interest des Steuerpstichtigen erheischte, in der wöglich fürzesten Krist die möglich ft größte Wenge Branntwein zu erzeugen, so wurden vielfältige und zweckmänige Verbesserungen in der Konstruktion der Geräthe selbst ausgesührt, und Apparate ersunden, durch deren Anwendung das disherigen Zichen eines sehr schwachen Branntweins (Lutter), sowie dessen abermaliges Abtreiben auf die gehörige Stärke Wienen), entbehrlich gemacht und durch eine einzige Deskillation, aus der Maische sogleich Branntwein oder Alls oh ol, nut einer großen Ersparung von Zeit, Kosten und Krast gewonden wird.

Daraus entstand für den größeren Theil berjenigen namentlich land wirths schaftlichen Brennereien, deren Berhältniffe die Beschaffung eines verbefferten Apparats nicht aestatteten, ein Migverhältniß, zu bessen Beseitigung das Reguslativ vom 1. Dezbr 1820 an die Stelle der Besteuerung der Broduktions fähigkeit der Apparate eine Besteuerung des Raumes der Maischges

få fe anordnete.

Diefe Befteuerung beruhte auf folgenben Brunbfagen.

a) Um ein Quart Branntwein zu 50g Alfoholgehalt nach Eralles zu erzielen, werben 6 Pfund Getreibe ober trodine Substanz ber verarbeiteten Materia- lien verwenbet.

b) Das Berhaltniß bes Getreibes ober ber trodnen Gubftang gu ber bei bene

Maifchen und Stellen angewenbeten Fluffigfeit wird wie 1 ju 8,

c) ber beim Ginmaifden fur bas Auffteigen ber gahrenben Maifche unbenust ju laffenbe Raum, ju einem Funftheil von bem gangen Inhalte bes Maifche

ober Gahrungegefäßes angenommen.

Nach biefen Grunbfaten waren also zur Erzengung von einem Quart Branntwein zu 50g Alfobolgehalt, 25 Quart Maischraum, 20 Quart Maische und 6 Pfund trockne Frucht ersorberlich und es ward angenommen daß diese 20 Quart Maische, weil sie neben den 6 Pfund trockner Substanz das achtsache Gewicht an Flüssigkeit enthietten, überhaupt ein Gewicht von 54 Pfund ergaben; obschon sie eigentlich nur ben Raum von 52 Psund oder 20 Quart umfassen, da das Getreide, mit Wasser vermengt, nur drei Viertel dessenigen Bolumens einnimmt, welchen es im trocknen Justande ausfüllte.

Da nun das neue Besteuerungsprinzip auf ben Rauminhalt ber Maischots tiche begründet war, so ergiebt das Borstehende daß vier Prozent des gesammten Bottichinhaltes als das gewöhnliche Erzeugniß an Branntwein von normalmäßiger

Starfe angenommen wurde.

Gine natürliche Folge ber Bestenerung bes Maischraumes war nun bie Besmahung ber Brenner, möglichst viel Branntwein aus möglich ft wenig Botstich raum zu ziehen, und die Industrie wußte diesen Bemuhungen einen solchen Grfolg zu geben, baß ber ursprünglich angeprdnete Erhebungs : Sag sehr balb

Betriebsplan, nach einem dazu vorgeschriebenen Muster, welches hier liegt, für einen vollen Kalendermonat, oder, sofern der Betrieb zuerst mährend des Laufes des Monats seinen Anfang nehmen soll, bis zu Ende des Kalendermonats dem Steueramte zu erklären, und bei dem Betriebe genau und ohne alle Abweichung

ju befolgen.*)

S. 3. Die Erflärung muß beutlich geschrieben, und ohne baß barin etwas abgeändert ober ausgelöscht ist, zwiesach dem Steueramte übergeben werden. Beide Eremplare werden vom Amte genehmigt und pollzogen; das eine bleibt bei demselben, das andere wird dem Brennerei-Inhaber zurückgegeben, welcher gehalten ist, noch vor Anfang der ersten Einmaischung dasselbe an einem hellen Orte in der Brennerei, welchen der Steuerbeamte dazu auswählt, offen anzuhesten, und dort, so lange der Betrieb declarirt ist, unbeschädigt zu erhalten, damit der Aufsichtsbeamte und jedweder, der in die Brennerei eintritt, alsbald solches einsehen kann. Wenn die Betriebszeit abgelausen ist, wird dieses Exemplar an das Steueramt zurückgeliesert, und kann alsdann gegen das erste umgewechselt werden.

S. 4. Dem Brennerei-Inhaber ist gestattet, die Maische am britten und vierten Tage nach ber Ginmaischung abzubrennen

und barnach die Declaration einzurichten.

Ein früheres oder späteres Abbrennen der Maische ist in der Regel nicht gestattet. Wird in außerordentlichen Fällen eine Ausnahme nöthig, so muß zuvor dem Steueramte davon Anzeige geschehen und dessen schriftliche Genehmigung dazu ertheilt sein. Solches kann aber bei Unter-Steuerämtern nur unter Mitunter-

(Ein Rufter ju ben Betriebsanmelbungen nach ber neuen feit bem 1. Jau. 1830 eingeführten Ferm Aft hinter biefem Regulativ abgebruckt. Die Brenner erhalten baffelbe unent geltlich, burfen fich aber auch feines andern ju ihren

Betriebeteflarationen bebienen.)

hinter bem in §. 2 bes Gesches vom 8. Febr. 1819 als Norm vorgeschriebenen Steuersate von 1 Sgr. 63 Bf. von jedem Quart Branntwein zu 50 Broz. nach Tralles erheblich zurücklieb. Durch die Allerh. K. D. v. 16. Juni 1838 ward baher der Erhebungs-Sag anderweit auf 2 Sgr. für jede 20 Quart Malschraum und für landwitthschafiliche Brennereien auf 1 Sgr. 8 Pf. normirt, worin also eine Erhöhung der durch das Gesey vom 8. Febr. 1819 ausertegten Branntweinsteuer in der That nicht zu finden ist.

^{*)} Nach dem Refer des F. M. vom 9. Dezember. 1836 foll der Brennereis besitzer, wenn er die Leitung seiner Brennerei nicht selbst übernimmt, der Steuersbehörde ein für allemal densenigen benennen, der hierbei in seinem Auftrage handelt, und dieser muß dei Bollziehung der Betriebs oder sonligen Anmeldungen seiner Unterschrift die Bemerkung "daß er im Namen und Auftrag e des Brennereibesigers handele" bedsmal hinzusügen. Giner besondern Bollmacht bedarf es aber in diesen Killen nicht, da Berwalter, Hausossifizianten ic. vermuthete Bollmacht haben. (A. E. R. Th. I. Tit. 13. §. 122.) und der Brensnereibesiger ohnehin nach §. 83. der Sener-Ordnung in subsidium verhaftet ist.

entbalten. .

schrift bes Ober-Rontrolleurs geschehen, und muß bie Genehmis aung an ber Tafel in ber Brennerei angeschlagen werden.

S. 5. An jedem zur Einmaischung beclarirten Tage dürfen nicht unter 600 Duart Maischraum beclarirt werden, auch wersten fleinere Maischottiche, als von 300 Duart, fünftig nicht mehr zugelassen. Die Einmaischungen dürfen nur in der §. 32. der Steuer-Ordnung vom 8. Februar 1819. bestimmten Zeit gesschehen.

Dem Brennerei-Inhaber bleibt zwar freigestellt, wie oft und wann er während des Monats, für welchen er declarirt, die de-clarirten Maischgefäße und Blasen benußen will; die Benußung der declarirten Maischgefäße muß jedoch in einer regelmäßigen Reihefolge dergestalt geschehen, daß in dem zuerst geleerten Maisch-bottich die Einmaischung auch zuerst wieder begonnen wird. Während des Betriebs der Brennerei darf die angezeigte Stellung der Maischgefäße in dem Brennhause nicht verändert werden. Etwanige Maischwärmer und Maischreservoirs müssen besonders declarirt werden, und dürsen nie andere als reise Maische auch

Sind sämmtliche beclarirte Maischgefäße nach einander abgebrannt, so kann eine neue Einmaischungsperiode zwar erst nach einer beliebigen declarirten Frist wieder begonnen werden. Ist aber zwischen mehreren Einmaischungen ein Zwischenraum von der Art, daß ein oder das andere Maischgefäß einen Tag oder länger dergestalt außer Gebrauch bleibt, daß an demselben Tage, wo es leer geworden, nicht wieder darin eingemasscht wird, so

nur während ber Beit, wo die Maifcblafen in Betrieb find,

muß es für den Tag, oder die Tage des Richtgebrauchs, schief gestellt, oder wenn derfelbe länger als brei Tage dauert, nach Befinden der örtlichen Umstände, durch Berschluß oder Bersiege= Jung von Seiten des Steueramts außer Gebrauch gefest werden,*)

^{*)} Die namentlich im §. 5. bes Regulativs enthaltenen Borschriften, welche fich auf die Kontrolle der Maisch = und Brenngerathe beziehen, haben durch die Fortschritte der Industrie bet der Branntweinsabrikation erhebliche Modifikationen erlitten, und es haben theils Erleichterungen bewilligt, theils Kontrollen angeords net werden muffen, welche im Geset die dahin nicht vorgesehen waren. Dabin gehört:

a) bie Befugniß, gewise Theile ber Brennapparate über Racht mit Schlempe (Branntweinspillich), Basser und selbst mit Naische gefüllt stehen zu lassen. Es wurde bies schon im Jahre 1825 zuerst bei Bistorius schen Brennsapparaten, und bemnächst burch Girc. Rescr. d. F. M. v. 12. Dezember 1836 bet allen Arten von Brennapparaten gestattet, welche gleich ben Pistoriusschen aus brei in unzertrennlicher Berbindung mit einander siehenden, zur successiven Ansinahme ber in bestimmter Stufensolge durch ben Apparat geleiteten Maische, bienenden Behältniffen — Blasen, Maischwärmer, Borwarmer — bestehen.

§. 6. An ben Tagen, wo Branntweinblasen zum Betrieb beclarirt sind, darf in der Regel von 7 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens nicht gebrannt werden, es müßte denn nach dem Ermeffen der Steuerbehörde, der Maischinhalt der versteuerten Maischbottiche, welche an diesem Tage abgebrannt werden sollen, in 14 Stunden nicht verarbeitet werden können, in welchem Fall der Steuerbeamte in der Declaration zu bemerken hat, wann und anf wie lange das Nachtbrennen nachgegeben worden ist. Db die

Durch die E. R. b. F. M. v. 29. Dft. 1840 und 29. Januar 1841 (Centrbi. 1840. p. 392. 184t. p. 31.) warb bies auch auf Galliche Brennapparate ausgebehnt. Allgem eine Bebingungen ber Gestattung sind nächst einer gewissen, die Revision bes Inhalts erleichternden, Einrichtung ber Geräthe, Rechtslich feit und Auverläfigfeit bes Brennereibesigers, und die Berpflichtung bafür zu forgen, daß das Brennlofal für die Beamten auch über Nacht jederzzeit leicht zugänglich sei, mithin entweder unverschlossen bleibe, oder fofort geöffnet werde.

b) Die Gestattung bes ftenerfreien Gebranche von Salfes und Rebengefagen, welche theils in Folge ber verbefferten Methoden bei ber Maischbereitung theils burch die Berbindung anderer Zwede, namentlich ber Bes reitung und Benngung fünklicher Gahrmittel (hefe) bamit, erforberlich wurden.

Ueber bie Rontrolle biefer Gefaße erging junachft ein R. u. Bublifanbum b. 3. M. v. 16. Juni 1827 (Hun. Bb. XI. p. 637), welche bie Bewilligung von Rebengerathen aller Art (Bormaisch-Bottich, Maischreservoir, Gefengefaß) an bie allgemeinen Bebingungen fnupfte, bag bie Gefaße jum Betriebe wefentlich noth wendig feien und bie Befiger, welche bes Bertranens ber Behörbe wurdig fein muffen, beren Rontrolle ficher ftellen. Außerbem ift beftimmt, bag die allgemeinen Borschriften des Maischftenerregulatives auch auf blese Nebenges fäße Anwendung finden. In Bezug auf den Gebrauch der Hefengefäße bei gewiffen funftlichen Gabrmitteln inebefonbere ift burch bie R. b. &. D. bont 28. Marg 1836, 17. Juni 1841 und 24. Juni 1842. (Centrbl. p. 149 sq. 1842. p. 330.) bie Rontrolle naber bestimmt, namentlich angeordnet, bag über bie Art ber Bennpung berfelben jebergeit neben bem Brenneveibetriebe:Blaue eine befonbere Rebenbetlaration nach bestimmtem Mufter gegeben und in ber Brennerei anfgehangt werben foll, auf welche in bem Sauptbetriebe-Blane bingumeifen ift. Die fpeziellen Bebingungen, unter benen ben Brenneret-Inhabern bie ftenerfreie Benngung von hefengefagen ju ben verschiebenen funftlichen Gahrmitteln geftattet ift, find abrigens jest in bem C. R. b. F. D. vom 31. Januar 1844. (Gentr. Bl. p. 23 sq) aufammengestellt. (vergl. übrigens §. 5. b. R. D. vom 10. Jan. 1824.)

c) Außerbem ift gu bemerfen :

b. A. b. F. M. vom 15. Februar 1839. (Centribl. p. 36.)
Die Meinung, daß jur Aufftellung von Malich-Refervoirs in den Bromwereien die ausbrückliche Genehmigung der Stenktbehörde nicht erfordertich sei, sondern daß es genüge, wenn die Malich-Refervoirs eben so, wie die Malich-Bottiche detlarirt und vermessen die Wenischen ist vollkommen richtig. Darones solgt aber nicht, daß der Stenkerbehörge kein Bersagungsrecht dagegen zustehe, vielmehr hat dieselbe allerdings die Besuguss, die Benugung von Malich-Reservoirs zu versugen, welche entweder den revidirenden Beamten unzugänglich find, oder, ihrer Stellung zum Deftillirapparat oder dem geringen Unfange des Betweds nach, ihrem Zwed nicht entsprechen können und daher die Bernmithung-etweden nüssen, daß sie nur zur Berdeckung beabsichtigter Defraudationen dienen sollen.

Blasen für den ganzen Monat der Declaration außer Berschluß bleiben, oder mährend ihres Richtgebrauchs unter Berschluß zu setzen sind, bleibt gleichfalls dem Ermessen des Steueramts, nach der Dauer des Richtgebrauchs und den örtlichen Umständen, überslassen.

Für die Zeiträume, wo nicht beclarirt worden, konnen die Blasen und die Maischbottiche unter Verschluß gesetzt werden.*)

S. 7. Die Steuer für den declarirten Monat muß in der Regel am letten Tage besselben entrichtet werden. Wer aber diesen Zahlungstermin einmal verabsäumt hat, kann in der Folge auf diese Erleichterung nicht mehr Anspruch machen, sondern muß die Steuer bei jeder fernern Declaration vorauszahlen.**)

") In Bezug auf die im §. 6. bestimmten Brennfristen ist zu bemerken: Die Steuerbehörben können nach dem Publikandum b. F. M. v. 29. Oft. 1829 (Ann. 1829. IV. 786.) und oem R. d. F. M. vom 11. Januar 1837 bestwaren gur Berlangerung der gefeglichen Brennfrist im Falle des Bedürfnisses ertheilen. Es bleibt dies aber unter allen Umständen an die Bedüngung geknüpft, daß den Beamten der Zuteitt zur Breuenerei, ohne das minde ste hindernis, mahrend des Betriebs offen kebe.

Dagegen ift burch bas Bublifanbum bes & M. v. 18. Febr. 1843 (Centrbl. p. 119.) auf Grund Roniglicher Genehmigung bestimmt, bag bie Borfchrift, nach welcher nur folden Brennerei-Inhabern bie Steuer gestundet werben foll,

welche ein Lager von mindestens 50 Eimer felbst fabrigirten Branntweine

porräthig haben,

so wie die Borschrift, nach welchet Brennerei-Besiger, die für den ertheilten Aredit keine Sicherheit bestellt haben, mahrend der Areditperiode eine, der Areditfumme entsprechende Eimerzahl von Branntwein vorräthig halten oder für das Fehlende die Stener entrichten sollen,

funftig nicht weiter zur Anwendung gebtacht werden und fur bie Bufunft bas Salten eines gewiffen Branntwein-Borraths als Bebingung bet Reebitirung bet

Branntweinfteuer megfallen foll.

Bugleich ift angeordnet, daß in allen Fallen, wo die Branntweinftener gegen Bestellung von Sicherheit freditirt wird, die Saupt-Aemter ben Arebit ofne bobere Genehmigung, unter Beobachtung ber ferner in Kraft bleibenden Borfdriften ber Befanntmachung vom 27. Dezember 1825, ju gewähren befugt find, bei Kreditbewilligungen ohne Sicherftellung dagegen die Gewährung der Brov. Stenerbes horbe vorbebalten bleibt.

^{**)} Bon der Regel des §. 7. wonach die Stener am lestens Tage des deflarirten Monats gezahlt, also nur einen Monat cestunder merden foll, macht die für Brennereiinhaber, welche Branntwein behufs des Absates in Borrath brennen, bewilligte langere Kreditirung der Stener eine Ausnahme. Das hierüber unter dem 27. Dezdr. 1825 ergangene durch K. D. v. 13. besselben Monats und Jahres genehmigte Publikandum des K. M. knüpste die Bewilligung des Kredits v. 1. Oktbr. eines = die zum letzten Septhr. des anderen Jahres im Wesenklichen an die Bedingungen: daß der Kreditnehmer sahrtich über 600 Thir. Masschlichener nichte, ein kager von mindestens 50 Eimern selbst fabrizirten Branntwein nicht unter 503 Tralles vorräthig habe, außerdem anf höhe des kreditten Betrages Sicherheit leiste durch Staatspapiere oder sichere acceptire Wechsel, oder statt dessen ein der creditirten Stener im Geldwerthe gleiches Quantum Beanntwein unter Mitverschluß der Stenerbehörden stelle.

S. 8. Eine Bergätigung ober ein Erlaß der Stener kann nur dann erfolgen, wenn dem Inhaber der Brennerei durch einnen außerordentlichen unverschuldeten Zufall ein versteuerter unangebrochener Maischbottich ganzlich unbrauchbar geworden, und muß alsdann dem Steueramt fogleich davon Anzeige gemacht werden, um die Richtigkeit der Angabe an Ort und Strille zu untersuchen. Daß die Maische fauer geworden, wird seboch als ein folcher Zufall nicht angenommen. *)

S. 9. In Ansehung der Branntweinsteuer solcher Gewerbstreibenden, welche neben der Branntweinsabrisation, oder auch ohne dieselbe, Branntwein über Ingredienzen abzieben, oder Branntwein aus Weinhefen, Juderwasser oder andern Substanzen, welche vorher keiner Zubereitung durch Einmaischen bedürfen, oder aus Weintrestern, Obst und andern nicht mehlichten Substanzen brensnen, bei deren Einmaischung die Gährungszeit an keine vorher zu bestimmende zwei oder dreitägige Frist gebunden werden kann, bleibt es einstweisen bei den bisherigen Bestimmungen.

Deftillirgerathe, welche ausschließlich zu anderem Gebrauch als zur Branntwein- ober Liqueur-Fabrifation, gehalten werden,

In Fallen, wo bie Ausführung bes angemelbeten Monats Betriebs einer

Brennerei unmöglich wirb:

a) burch Benersbrunft vber Bafferenoth; b) burch Unbrauchbarwerben gewiffer Thelle bes Brennerei - Gerathe, welchem

^{*)} Durch bas C. R. b. F. M. vom 26. Juni 1841 (Centrol. p. 156.) find Die Bebingungen ber im §. 8. bewilligten Stenet-Berglitung im Befentlichen babin feftgestellt.

fich ohne Betriebs-Unterbrechung nicht abbelfen läßt, fann eine anderweite, nach ben veranderten Umftanben eingerichtete Studf-Deflaration an bie Stelle ber von ba ab aufguhebenben monatlichen Betriebe-Anmelbung für ben Reft bes Monats gefest, ober bie Stener fur bie unbranchbar geworbenen ober unterbliebenen Ginmaischungen in ber beizubehaltenben Betriebe - Anmelbung abgefest, ober im Bege bes Restitutions: Verfahrens bie Erstattung ber Steuer In biefen Kallen muß ber Brennerei - Inhaber aber ben nachgefucht merben Anlag ju ber Betriebe-Unterbrechung und bie Abbeidnung von ber Declaration, ber Steuer-Debeftelle bes Begirts fofort fchriftlich angeigen, welche bemnachft bie amtliche Festfellung bes Sachftanbes Bemirten läßt. Dat aber ber Brennereis Inhaber entweber langer ale 24 Stunden nach ber Betriebe-Unterbrechung mit ber bavon ju erflattenten Anzeige gezogert, oter ben Steuerbetrag bes Befriebes planes bereits im Borans bezahlt, fo tann nicht bie anderweite Feftftellung ber Betriebo-Nachweisung erfolgen, vielmehr find bann bie Brovinglal-Steuerbehörben ermachtigt, bei gu entichulbigenber Bergogerung und wenn fonft einer Abanberung ber Betriebe-Annielbung nichte entgegen geftanden haben wurde, bie Reftitution bet Stener von ben unzweifelhaft unbtauchbar geworbenen ober unterbliebenen Einmalfchungen zu verfügen. Wein bagegen andere als bie oben bezeichneten unvermeiblichen Urfachen, zu welchen jeboch angeblicher Schroct - ober Waffermangel nur in gewiffen gaffen und bas Sanerwerben ber Maifthe gar nicht gu rechnen find, ausnahmeweise einen Steuer-Erlaß von angemelbeten, aber nicht erfolgten Ginmaifchungen gu rechtfertigen fcheinen, fo ift bie Genehmigung bagn bei bem Finang=Dinifterium nachgufuchen.

boren zwar auf, fteuerpflichtig zu fein, und unter ber biebetigen engern Kontrolle, soweit folde fur bie Branntweinbrenner und Liqueur-Rabritanten biernach fortbauert, zu fteben, bleiben aber gur Berbutung etwanigen Digbrauche, einer allgemeinen Aufficht

pon Seiten der Steuerbeborbe unterworfen.*)

S. 10. In Rolge ber angeordneten Besteuerung ber Daifchbottiche fatt bes Blafenginfes, fommen aus bem Gefette vom 8. Rebruar 1819. wegen Befteuerung bes inländischen Branntweins und ber bazu geborigen Ordnung einstweilen folgende Varagraphen nicht mehr zur Anwendung, außer wo in ben Fällen bes §. 9. biefes Regulativs etwa noch Bezug darauf zu nehmen sein möchte: und zwar aus bem Gefes bie Varagraphen 2 bis 4 und 9 bis 13, aus der Ordnung die Paragraphen 1, 3 bis 13 (alles einschließlich) 15, 22, 23 und 25.

S. 11. Die hiernach ferner in Rraft bleibenden SS. ber Steuerordnung erhalten folgende jufagliche ober abandernde Beflimmungen. Was barin von dem Destillir = ober Brenngerathe und beffen unbefugtem Gebrauch jum Maischen gefagt worden, gilt im Allgemeinen auch von dem Maischgerath und deffen unbefugtem Gebrauch jum Daifchen. Der nach S. 16. einzureichenben Rachweisung über die Raume gur Brennerei, Die Brennge= rathe ic. ift ein einfacher Grundriß besjenigen Raumes, in wels dem fich die Maischgefäße befinden, und ihrer Stellung in bemfelben, nach bem beispieleweise anliegenden Schema, boppelt beizufügen. Ein Exemplar, vom Steueramte bescheinigt, muß in derfelben Art, wie im S. 3. Diefer Berordnung wegen ber Declaration bestimmt worden, in ber Brennerei aufgehängt; und die barin bezeichnete Stellung mabrend feber Betriebszeit fo

Sudem ich biefe Allerhochfte Beftimmung hierdurch jur öffenelichen Reuntnig bringe, bemerte ich, bag Deftillirgerathe, bie nicht gur Branntmein-gabrifation vans Maische ober andern Substanzen, sondern lediglich zur Annunerpatrituting ben nut werben, und beren Inhaber nicht im Besig von Maischgefäsen find, sernen ber allgemeinen Aufsicht der Steuerbehörde, gleich wie Deftillirgeratie, welche ausschließlich zu anderem Gebrauche, als zur Branntweindereitung gehalten wer-

ben, unterworfen bleiben.

^{*)} Der Blafengine fur bie Ligneur-Rabrifation ift aufgehoben laut

Bubl. b. F. M. vom 23. Degbr. 1833. (Mun. Bb. XVII, p.: 917.) Des Konigs Majeftat haben mittelft Allerhöchfter R. D. vom 14. Degbr. c. genehmigt, bag ber fur bie Liquenrbereitung neben ber Malichftener bieber ent-richtete Blafengins vom 1. Sannar fünftigen Jahres fernerhin nicht erhoben, und bie im S. A. bes Regulative vom 1. Dezember 1820, hieruber enthaltene Borg fchrift in Ansehung folcher Gewerbetreibenben, welche neben ber Branntwein-Babritation, ober auch ohne bieseibe Branntwein über Ingrebienzien abziehen, ober überhaupt durch weitere Destillation von Brauntwein Liquenr bereiten, nicht meis ter in Anwendung gebracht werbe.

lange unverändert beibehalten werden, als etwanige Abanderunsen dem Steueramte nicht mittelft Einreichung eines abgeänderten Grundriffes angezeigt worden sind. Was SS. 18 und 19 wegen Bermeffung der Blasen angeordnet worden, gilt auch von den Raischbottichen.

Die ben Steuerbeamten im §. 50. beigelegte Revisionsbes fugnig erftredt fich auch auf bie Kontrolle ber punitlichen Beobs

achtung ber Deflaration in allen ihren Theilen.

Bu ben Fällen, wo nach S. 60. die Defraudationsstrafe eine tritt, gehört auch ber, wenn Gewerbshandlungen, von beren Aussübung bem Staat nach diesem Regulativ eine Abgabe zu entriche ten ift, entweder gar nicht ober unrichtig angezeigt werben.

Jebe Einmaischung in anderen als den dazu deklarirten Gefäßen oder außer den angezeigten Räumen, oder zu einer andern,
als der im S. 5. dieses Regulativs bestimmten Zeit, oder an anbern als den für seden Bottich declarirten Tagen, ohne Rücksicht
auf die Größe besselben, zieht außer der gewöhnlichen Defraus
dationsstrafe und der Konsiskation der Geräthe noch die im S.
66. festgesetzte höchste Geldstrafe von 100 Thirn., welche dem
Entdeder ganz zu Theil werden soll, nach sich.

Die §§. 67 und 68. ändern sich bahin, baß, wenn Maischgefäße, welche von ber Steuerbehörde außer Gebrauch gesett waren, eigenmächtig zum Einmaischen benugt worden sind, bie Berechnung der Gefälle und der Defraudationsstrafe in der Art geschehen soll, daß auf seben dritten Tag von da ab, wo der Berschluß statt fand, bis zur Zeit der Entdeckung eine Einmaischung

angenommen wird.

Der §. 71. ändert sich bahin, daß Abweichungen von den beclarirten Stunden, wo eingemaischt oder angesangen werden soll, die Maische abzubrennen, besgleichen Abweichungen von den beflarirten Tagen des Blasenbetriebes, oder der im §. 6. dieses Regulativs bestimmten oder vom Steueramte weiter nachgegebenen Brennzeit, nach Analogie des §. 78. der Steuerordnung mit 2 Thirn. und bei Wiederholungen mit 5 bis 20 Thirn. bestraft werden.

Was im S. 72. von bem Versteuerungsbuch gesagt ift, ist fünftig auf die Declaration zu beziehen.*)

[&]quot;) Bezüglich ber im §. 11. bes Regulative angebroheten Strafe von 100 Ofinn. ift zu bemerken

¹⁾ beren Anwendung betreffend a) bie forrespondirende Strafbestimmung des Art. 5. d. R. D. vom 10. Jan. 1824. (nachfolgend.)

b) R. b. F. M. vom 12. April 1828. (Ann. Bb. XII. p 328.) Bur naberen Beurtheilung, welches Strafmaß auf bie Falle anzuwenben

sei, wo aus ben Maischbottichen, Maische vor, ober während ber Gahrung in unangezeigte Nebengefäße abgeschöpft wird, um nach anderweitiger Absonderung gewisser Theile ober auch bloß nach beenbigter Gahrung in den Maischbottich zuruckgegosien zu werden, finde ich für nothig Folgendes zu eröffnen: Das Abstüllen kann

1) in eine förmliche Steuer-Defraubation übergehen, benn bei Bestimmung ber Maischstener ift auf bas Bedürsniß eines leeren Steigeraums im Maischbotztiche schon gerechnet. Wer also in bemselben weniger Steigeraum, als für bas Ganze erforderlich ist, leer läßt, und das Fehlende dadurch ersetzt, daß er einen Heil der Maische in einem besonderen Nebengefäße steigen läßt, wwnn er anch das Nebengefäß, nach der Gahrung, wieder in den Sauptbotztich ausleert, der hat sich daburch in den Stand gesetzt, in dem Legtern mehr einzumaischen, als er ohne das Nebengefäß hätte einmaischen frunen; er hat seinen Maischaum vermehrt, ohne deshalb mehr Steuer zu bezahlen, und da dies eine Gewerdshandlung ist, wodurch der Staat an der Steuer verzfürzt wird, so ist nach §. 60. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819. u. §. 11. des Maischstener-Regulativs vom 5. Dezdr. 1820 eine Defraudation begangen.

Dag von ber Steuerverwaltung gur Barme-Bereitung ein Nebengefag unter Umftanben fleuerfrei erlaubt, und babei ber Gewinn an Maischraum für ben Branntweinbrenner übersehen wirb, fann in ber Straffälligkeit ber Benupung eines Nebengefäßes, wenn sie ohne Erlaubnig ber Steuerbehorbe ge-

fchiebt, nichte anbern.

Bollte man aber auch bavon absehen, bag baburch ber ftenerbare Daifch=

raum gum Rachtheil ber Stener vermehrt wirb, fo wurbe

2) immer bas Abgahren abgeschöpfter Maifche in einem bagu vorher nicht angezeigten Rebengefage mit ber Ronfiefation beffelben und ber Strafe bon 100 Athlen zu belegen fein, weil die Allerhöchste Rabinetsorbre vom 10. Jan. 1824 jebe Einmaischung ober Bubereitung ber Maische in anberen als ben angefagten Befägen, and wenn feine Defraubation vorhanden ift, mit ber Strafe von 100 Rihlen. belegt. Unter Ginmaifchen ift aber nach ben Brannimein-Steuergesegen nicht bloß bas Ginteigen bes Schrootes als bie erfte Sanblung ber Ginmaifchung, fonbern bie gange Daifchbereitung von bem Gintelgen bes Schrootes bis gur volligen Ausgahrung und Reife ber Maische zu verstehen; benn sonft mußte fich ja auch bie Steuer-Rontrolle bloß auf jene erfte handlung bes Ginteigens beschränten und hattte fein Recht fich um alles übrige Berfahren mit ber Maische zu befünimern. Bum Ueberfing ift in ber angeführten Stelle ber Allerhochften Rabinets Drbre vom 10. Januar 1824 noch "Bubereitung ber Daifche" hingugefügt. Dag aber bas Aussegen ber Daifche gur Gahrung ein Theil ber Bubereitung berfelben ift, wirb Riemand in Abrebe ftellen.

Es ift flar, bag, wer bies in einem unangezeigten Rebengefage bewirft, außer ber Ronfistation biefes letteren in 100 Rthir Strafe zu verurtheilen ift.

o) R. b. F. M. vom 2. Junt 1832, C. R. b. F. M. vem 16. Juni 1827. (Unn Ihg. 1827. p. 637.) R. b. F. M. v. 25. Marz 1839. (Centil. p. 83.) Die Berbunnung ber rei fen Maifche im Maifche ober Gahrbottig ober im Maifchefervoir ift als ein nener Maifch ung selft in einem nicht zur Eine maifchung bestimmten nub nicht bazu angemelbeten Gefäße anzusehen, mithin nicht zu gestatten.

d) Es ift in ben Entscheidungen bes Fin. Min. mehrfach, namentlich unter bem 14. Marz nud 28. April 1837, ausgesprochen worden, daß die Strafe von 100 Thirn., welche ber §. 11. des Requiativs vom 1. Dezdr. 1820 Absag 4 für unserichtige Einmasschungen androht, auf Abweichungen von der im §. 32. der Steuserordnung (auf den §. 5. bes Regul. verweiset) setzgesetzt acgeszeit nicht angeswendet werden kann, für welche vielmehr der im Absag 4. des Regulativs bezos

gene §. 78. ber Stener-Ordnung die Strafbestimmung enthält. Wenn bagegen an anbern Tagen als den beclarirten, also z. B. am 20. statt am 19. Januar eingemaischt ist, so ist die Strase von 100 Athlir. verwirkt, (cfr. anch Art. 5. d. R. D. vom 10. Januar 1824.)

e) R. b. F. M. vom 12. Sepibr. 1838,

Wenn mehrere Personen an einer beclarationswidrigen Maliciung Theil nehis men, ist die Strafe ber 100 Thir. zwar nur ein fach verwirft; die Theilnehmer aber haften dafür in solidum und es ist angerdem der Antheil, in welchen jeder berselben verfällt, jedesmal besonders auszusprechen, damit bei der Strafverwandslung keine Schwierigkeiten entstehen

2) Die Berechnung ber Strafe betreffenb.

a) R. D. vom 18. April 1838. (Amteblaiter.)

Bon ber nach S. 11. bes Regul und nach Artifel 5. ber R. D. v. 10. Jan. 1824 eingezogenen Gelbstrafe von 100 Riblir. mit Ausschluß ber eigentlichen Desfranbationsftrafe erhalt ber Denunciant vom 1. Juli 1838 ab nur 3, und 3 wird zur Unterflügung hinterbliebener Wittwen und Kinder von Bolls und Steners Besamten verwendet.

b) R. b. F. M. vom 6. April 1842. (Centribl. p. 251.)

Andficitlich ber Denunziantenanthelle von ber eigentlichen Defranbationes Strafe und bem Werthe ber confiszirten Gegenstäube ift durch bie R. D. vom 18. April 1838 nichts geanbert, es bleibt alfo bieserhalb bei ben bestehenben Borschriften (s. oben im Anhange zur Steuerordnung unter Nr. 12. C. 183.)

Rur Maisch-Brennereien.

Begirf ber Stener-Bebeftelle au Rummer bes Inventariums.

Rummer bes Unmelbunge-Registere. Nummer bes Bebe-Regifters.

unb

Monat

Betriebs=Vlan für

die Brennerei be - in ber

Strafe unter ber Band - Nummer von ber Bebeftelle entfernt.

Meile

Anleitung für ben Brennerei=Besiter.

1. Bu bem Betriebs-Blane barf nur allein bas von ber Steuer-Bebestelle unentgelt= lich au liefernbe Formular benutt werben.

2. Derfelbe muß in ber Regel auf einen vollen Ralenbermonat ober, wenn ber Betrieb erft im Laufe eines Monate beginnen foll, auf ben noch übrigen Theil bes Monate lauten und ber Bebeftelle minbeftene 3 Tage por ber erften Ginmai= fcung in bopvelter Ausfertigung eingereicht werben.

3. Bon bem Brennerei-Befiger find auf ber zweiten Seite bes Formulars bie Chalten 1 bis 9 und auf ber vierten Seite fur ben Monat bie Spalten 1 bis 3 ausznfüllen. Die hier abjugebende Betriebe : Erflarung muß beutlich geschrieben und es barf barin nichts abgeandert ober ausgestrichen fein. Auf ber zweiten Seite am Schluffe ift bie Betriebs-Erflarung mit bem Ortenamen und Datum zu verfehen und von bem Brennerei-Beliger burch Unterschrift an vollziehen.

4. Mangelhaft gefertigte Betriebe = Plane giebt bie Bebeftelle fofort gurud und es wird in folchen Fällen bie Ginreichung

ale nicht geschehen betrachtet.

5. Finbet fich bei ber Brufung bes Betriebs. Bland nichte gu erinnern, fo werben beibe Gremplare von ber Bebestelle genehmigt und vollzogen; bas eine Exemplar wirb bem Brennerei = Befiger jurudgegeben, welcher gehalten ift, baffelbe noch vor ber erften Ginmaischung in ter Brennerei in bem bagu bestimmten Behaltniffe angus heften und bafelbft mahrend ber gangen Dauer bes Betriebe unbeschäbigt zu erhalten

6. Nach Ablauf ber Betriebszeit muß biefes Eremplar von bem Brennerei = Bes figer binnen 3 Tagen an die Hebestelle gurudaeliefert und fann alebann gegen bas bei berfelben gurudgebliebene zweite Gremplar ausgetaufcht werben.

		ntwein= root
Material=Konto.	zum ersten	gum zweiten
	Mahlf	euerfaße.
		Centner
Madans and Sam Ma		

Bestand aus bem Monat

Bugang mahrenb bee Monats

Bufammen

Rerbrauch nach ums ftebenbem Betriebes Plane mährend bes Monats

Sollbestanb Enbe

Bei ber heutigen Res vifion finb vorge= funben und auf ben folgenben Monat gu übertragen

Also gegen smehr ben Solle. bestanb weniger

> ben ten

183

Betriebs . Erflarung bes Steuernben,

-									
ottiche.	Einger wi	naifcht rb	Die Einmaischi			Das Abbrens nen ber Maische geschieht			
Rummer ber Maischottiche.	Fruchtart.	Denge.	Bochentag.	Datum	Ob Bormittags (B) ober Nachmittags (R)	auf ben Bla= fen No.	Datum	a) Bormaisch mit An- bottiche b) Maischtühls gabe gefäße c) hefengefäße mern. d) Anbere Blasen, mit Angabe ihrer Nums- mern u. bes Zweckes ihrer Benutzung.	
1.1	2,	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	
	Aus 1	origem I	Monate find orennen:	abzu=					
	• •	• •							
	• •	• •							
			Sonntag						
			Montag						
			Dienstag						
			Mittwoch						
			Donnerstag						
			Freitag						
			Sonnabend 2c.						

Revisions = Befund.

Ben Ger Gefage, in revibirens		fion,	inbe	-		_	en fi	1	-	Beti	ieb.	~	anberer, zur Maisch=	Name
	Aag.			frifd	rifch eingeme fleigenber Cabnether	100	gum Abbrenn		mit Maifche.	mit Malfche. mit Lutter anbern Zwecken.		wahrung bienenber Gefäße, in Bezug auf ihre Fül- lung und fonstige Bemerkuns	und Diensteis genschaft bes revidirens ben Beam	
				No-	No.	No.	_	_	_		-		market of the contract of	100

Bezeich:

Inventarium und Abfertigung.

Anzahl

gu ver-

flenernber

Bemerfungen.

Bon ber in ber Brennerei befindlichen Maischund Destillir-Geräthen find zum Betriebe angemelbet:

Inhalt

nung ber Geräthe,	No.	nach Quarten.	Einmais schungen.	Maisch- raum.	
1,	1 2.	3.	4,	5.	6.
				l	
Gang außer	Gebra	uch bleiben:		Bem	ertungen.
für ben Me in l	das An erechne	melbungs = {	Register ein aum beträg Sgr.	getragen.	eingereichter Betriebs : Plan uft, festgestellt und unter Die Steuer von dem oben - Saze von 1 Sgr. Pf.
1=+ 40 44	n∙ ••	ben	ten		183

Die Steuer : Bebeftelle.

Rabinetsorbre vom 10. Januar 1824.

bie Erhebung ber Maischbottich-Steuer betreffend. (v. R. Ann. Bb. VIII. p. 48.)

Nach dem Antrage des Statsministeriums habe Ich nunmehr befinitiv genehmigt, daß in die Stelle des durch das Geseg vom 8. Februar 1819 angeordneten Blasenzinses eine Maischbottichseteuer eingeführt, und bei deren Erhebung nach dem vorläufig von Mir gebilligten Regulativ vom 1. December 1820. verfahren werde. Um sedoch den geseglichen Steuersag von 1 gGr. 3 Pf. vom Quart gewonnenen Branntweins zu erreichen und dabei dem ländlichen Gewerde eine Erleichterung zu gewähren, sege Ich solgende nähere Maaßregeln sest:

1) Die Abgabe don ber Bereitung des Branntweins aus Getreide oder mehlichten Substanzen, ohne Unterschied der Stärke, oder Bestimmung deffelben foll von den zur Einmaischung oder Gährung der Maische benutten Gefäßen mit einem Silbergroschen sechs Pfennigen, für jede zwanzig Quart ihres Raum-Inhalts

und für jede Einmaischung, erhoben werben.

2) Laudwirthschaftliche Brennereien, die nur vom 1. Novbr. bis 1. Mai im Gange sind, nur aus selbst gewonnenen Erzeug=nissen brennen, und an einem Tage nicht über 900 Quart Botstich=Raum zum Einmaischen ansagen, entrichten Einen Silbergrosschen Bier Pfennige von 20 Quart Maischraum.

3) Die Gewerbesteuer ber Branntweinbrenner, wie sie burch bas Geset vom 30. Mai 1820 angeordnet ift, wird neben ber Steuer von ber inländischen Branntweinbereitung ferner nicht er-

hoben.

4) Für die Branntweinbereitung aus anderen, als mehlichsten Substanzen ist statt des Blasenzinses eine gleichmäßige Steuer von der zu verarbeitenden Substanz, nach deren Duantität, sests zusezen und zu erheben. Sie haben dieserhalb das Erforderliche zu verfügen und zugleich Sorge zu tragen, daß da, wo solche Branntweinbereitung nur eine Nebennutzung des Wein= und Obstsdaues ist, eine ähnliche Erleichterung, wie unter Nr. 2. eintrete.

5) Die Einmaischung ober Zubereitung von Maische, die dem Steuerbeamten gar nicht angesagt, ober die an andern Tasgen, in anderen Räumen, ober in anderen Gefäßen, als den ansgesagten, vorgenommen wird, soll an und für sich mit einer Gelds duße von Hundert Thalern und der Confiscation der gebrauchten Gefäße bestraft werden, die gesesliche Defraudationsstrafe danes ben aber nur alsdann eintreten, wenn die Absicht einer Verkurzung der Steuer nachgewiesen wird.

Diese Bestimmungen follen vom 1. Rebruar b. 3 an in Rraft treten, wesbalb Sie folde ungefaumt befannt zu machen baben. Rach Ablauf bes Jahres haben Sie über ben Erfolg ber gegenwärtig angeordneten Magregeln und über beren Beibebaltung oder Modification, an Mich zu berichten, und bann bas Regulativ vom 1. December 1820. als Gefet abgefaßt, mit Aufnahme ber nach vorstehender Maggabe bleibenden Bestimmungen, ju Meiner Bollziehung einzureichen.*)

*) Bu ber R. D. vom 10, Jan. 1824 find zu vergleichen:

2) In Betreff ber Strafbestimmung bes Art. 5.

b) R. b F. M. vom 20. Febr. 1838.

c) In ber Anwendung ber im Artifel 5 ber R. D. v. vom 10. Jan, 1824 und beziehungemeife im S. 11. bes Regulative bom 1. Decbr. 1820, festgefesten befonberen Strafe von 100 Thir. wird nicht leicht ju fehlen fein, wenn man fich mit Rudficht auf bie ber Maifchfteuer zu Grunde liegenben Brincipien (f. oben S. 186.) vergegenwärtigt, "bag ber amtlich vermeffene Raum ber in einer Brennerei vorhandenen gur

Daifcbereitung bestimmten und bagu beclaririen Gefage bas alleinige gefetliche Fundament fur bie Berechnung ber Steuer ift, und bag man bei Beftimmung des Normalfages, auf ben für bie Gahrung erforberlichen Steiges

raum bereits ausreichende Rucksicht genommen hat." Es barf also weber ein größerer noch überhaupt ein and erer als ber beclarirte Raum gur Ginmaifdung benutt werben. Ueber bie Anwendung ber Strafbestimmungen bes Art. 5 bei bem Auffangen ober Abichopfen gahrenber Maifche fpricht bas jum S. 11. bes Regul. vom 1. Decbr. 1820. (oben S. 194.) mitgetheilte Rescript vom 12. April 1828 ausführlich; bezüglich einer andern eben fo haufigen Contravention burch Erhöhung bes Ranbes eines gabrenben Daifche bottiche mittelft Auflegung von Lebm, Strob, Golgftuden ober anderen Gegenfanben, mag hier folgende Bemertung Blat finden. Es beruht in ber Erfahrung, bag um bas Ueberlaufen einer gahrenben uber ben Ranb bes Gefafes hinausfteis genben Bluffigfeit zu verhindern, bie Erhohung bes gangen Umfange bes Gefages nicht erforberlich, vielmehr bie ftellenweise Belegung bes Randes volltommen genugend ift. Der febr gewöhnliche Ginmanb:

"baß bie entbedte Borrichtung nicht ben gangen Rand bes Bottichs

umschloffen habe," ift alfo, wenn fonft burch bie Borrichtung bas Abfließen ber Maische erweis-Ii d verhindert, und ein ju ermittelnder undeclarirter Steigraum gewonnen ift, nicht erheblich, um bie verwirkte Defraubationeftrafe auszuschließen. Strafe von 100 Thir, aber ift in biefem Kalle unter allen Umftanten verwirft, benn fie ift fur bie Einmaischung in anberen Raumen ober Gefäßen ale ben angefagten angebrobt, umb bag burch Auslegung von Golgftuden,

¹⁾ In Betreff bes Steuerfages. Die nachfolgend unter 4 mitgetheilten Rab. Drbres vom 16. Juni und 10. August 1838.

a) Die correspondirende Bestimmung bes oben unter Dr. 3. mitgetheilten Regulative vom 1. December 1820. S. 11. und bie bagu ergangenen Ergangun= gen (oben G. 193.)

Die Strafbestimmung im Art. 5. ber R. D. finbet auch auf hefengefäße Anmenbung, welche an anderen ale ben fur ihren Gebrauch beclarirten Tagen benunt

Kabinetsorbre vom 16. Juni 1838.

(G. S. p. 358.)

Da nach bem Berichte bes Staatsministeriums vom 6. b. De ber burch Meinen in ben Amteblättern befannt gemachten Befehl vom 10. Januar 1824. angeordnete Erhebunge-Sag ber Branntwein-Steuer von 1 Sgr. 6 Pf. für febe 20 Quart bes Rauminhalts ber Maischgefaße gegenwärtig binter bem im S. 2. bes Gefeges wegen Besteuerung bes inlandischen Branntweins u. f. w. vom 8. Februar 1819. vorgefdriebenen Steuerfage von 1 Sar. 63 Pf. (1 gGr. 3 Pf.) von jedem Quart gewonnenen Branntweins zu 50 Procent Alfohol nach bem Alfoholometer von Tralles erheblich jurud bleibt, und die Staatstaffe bierdurch eis nen bebeutenden Ausfall an ber burch die Besteuerung bes Branntweins beabsichtigten und aus berfelben erwarteten Ginnahme erleibet, fo ift es erforberlich, biefes burch bie allmählige Bervollfommnung bes Betriebes ber Branntweinbrennerei nach und nach entstandene Diffverhältniß zu beseitigen, und die von bem Dlaifdraum zu erhebenbe Abgabe bem eigentlichen Steuerfage wieberum naber zu bringen. Bu biefem 3wede verordne 3ch mit Aufhebung ber in Meiner Orbre vom 10. Januar 1824 unter No. 1 und 2 enthaltenen Bestimmungen, Folgenbes:

1) bie Abgabe von ber Bereitung bes Branntweins aus Gestreide ober andern mehlichten Stoffen ohne Unterschied der Stärke ober Bestimmung besselben, soll für jede 20 Quart des Raum-Inhalts der zur Einmaischung oder Gährung der Maische benugten Gefäße, und für jede Einmaischung, zwei Silbergroschen (für 10 Quart Maischraum ein Sgr.) be-

tragen.

2) Landwirthschaftliche Brennereien, welche nur vom 1. Novbr. bis 1. Mai im Betriebe find, nur selbst gewonnene Erzeugs nisse verwenden und an einem Tage nicht über 900 Quart Bottichraum bemaischen, haben die Abgabe von 20 Quart Maischraum mit Einem Silbergroschen und Acht Pfennigen

Strohkranzen 2c, ber Raum bes Bottichs verändert, das Gefäß mithin ein ans deres wird als das beclarirte, unterliegt keinem Bedenken. Wenn übrigens Auffahrunge auf Bottichen gefunden werden, die zur Zeit der Entdeckung gar nicht im Betriebe sondern leer sind, so wird nicht die Strase von 100 Ahle, im S. 5. der R. D. vom 10. Jan. 1824 sondern der S. 66 der Steuer-Ordnung vom 8. Kebr. 1819 (s. oben) zur Anwendung zu bringen sein, welches für jede nicht beclarirte Veränderung der Maischgefäße eine Strase von 25 die 100 Ahle. verorbnet.

(für 10 Quart Maifchraum 10 Silberpfennige) zu enterichten.

Diefe Bestimmungen find unverzüglich befannt zu machen, und vom 1. August b. 3. ab in Ausführung zu bringen. *)

Regulativ vom 21. August 1825.

vie Hebung und Kontrolle der Steuer von der Branntweinsabrikation aus Obsi, Beeren, Wein und aus den Abfällen davon, betreffend. (v. K. Ann. Bb. XI. p. 900**)

In Gemäßheit bes Allerhöchsten Königl. Befehls vom 10. Januar 1824. S. 4. werben nachfolgende Borschriften für bie Hebung und Kontrolle der Steuer von der Branntweinfabrikation aus Obst, Beerenfrüchten und Wein, und aus den Abfällen das von, zur einstweiligen allgemeinen Achtung ertheilt, mit dem Borsbehalte der in dem definitiven Getränkesteuer-Gesege demnächst etwa für nothwendig erachteten Abanderungen.

Steuersas.

S. 1. Die Steuer wird zwar nach dem Maafstabe S. 2. bes Geseges vom 8. Februar 1819, jedoch von der Menge bes

2) Bezüglich ber Erleichterung für fandwirthichaftliche Brennereien.

⁹⁾ Bu biefer Orbre vergleiche

¹⁾ Bezüglich ber barin enthaltenen Motive für bie eingetretene Mobification bes Steuersages bie Bemerfung zu S. I. bes Regulativs vom 1. Decbr. 1820. litr. c. (oben S. 186.)

a) K D. vom 10. Aug 1838. (G. S. p. 431.)
Auf Ihren Bericht vom 24. v. M. will Ich ous ben barin angeführten Gründen nach Ihrem Antrage genehmigen, daß die als Bebingung der Zulassung landwirtsschaftlicher Brennereien zu dem mindern Maischsteuersage, auf den Zeitzaum vom 1. Novdr. die 1. Mai beschränkte Betriedsfrist solcher Brennereien die min 16. Mai, diesen Tag mit eingeschlossen, erweitert werde. Sie haben den gegenwärtigen Besehl, durch welchen die betreffende Festsehung in meiner Ordre an das Staatsministerium vom 16 Juni d. J. eine Abanderung erleidet, durch die Gesehammlung befannt zu machen.

b) R. b F. M. vom 6. April 1842. (Centribl. p. 250.) Die in ber R. D. vom 10. Aug 1838 festgesette Betriebsfrist wird so berechnet, taß am 16. Mai bie lette Einmaischung, bas Abbrennen ber Maische also noch an ben folgenden Tagen geschehen kann.

Dies Regulativ, welches ursprünglich für die Rhein-Provinz, wo bie Branntweinbereitung ans ben barin genannten Stoffen im Großen betrieben wurde, bestimmt war, ist spater auch für die anderen Provinzen im Fall bes Besburfnisse anwendbar ertlart.

Stoffes erhoben, welcher zur Branntweinbereitung verwendet wird. Sie beträgt bemnach

a) für einen Eimer eingestampfter Beintreber, Kernobstes, ober auch Treber von Kernobst und Beerenfrüchten aller Art vier Silbergroschen:

b) für feben Eimer Traubens ober Obstweins, Beinhefen und

Steinobstes, acht Silbergrofchen.

Betriebszeit und Betriebsart im Allgemeinen.

S. 2. Der Betrieb für den ganzen Kalendermonat muß im Boraus declarirt werden, es mag den ganzen Monat hindurch ununterbrochen, oder nur in einem Theil desselben gebraunt werben wollen. Die Declaration tarf für einen Monat nur auf Stosse von einem und demselben Steuersaße gerichtet sein, auch darf in demselben Monate nicht zugleich, oder abwechselnd, aus Getreide oder Kartosseln gebraunt werden; wer sedoch für den ganzen Betrieb die Steuer § 1. Lit. b. entrichtet, ist in der Bahl der nicht mehlichten Stosse und deren Abwechselung keiner Besschränkung unterworfen.*)

Wer in einem Jahre nicht mehr als 15 Eimer Stoffe ber ersten, ober 7 Eimer ber zweiten Art, zu Branntwein verwenden kann ober will, muß biesen Borrath innerhalb eines Kalendersmonats abbrennen, auch darf überhanpt weniger für einen Mos

nat nicht beclarirt werben.

Betriche=Declaration.

S. 3. Wegen ber Betriebsbeclarationen ift S. 2 u. 3 bes Maifchfteuer-Regulative zu beobachten, nur daß sie nach dem anliegenben Mufter abgefaßt sein muffen.**) Die Aufstellung geschicht von
bem Eigenthumer, ober, wenn er bie Brennerei nicht felbst be-

1) für jede verschieben besteuerte Substanz eine besondere Declaration ausges stellt wird, welche nicht burch einander laufen, sondern so eingerichtet find,

3) ber Breimer für jebe Substang ben eigenthumlichen Steuers und Ronfrolls porfcbriften nachfommt.

**) Das Dufter folgt hinter bem Regulativ.

^{*)} Diese Beschränkung rudsichtlich ber Berwendung eines und beffelben Masterials innerhalb eines Monats ist durch das Refer. d. F. M. vom 10. Juni 1827 aufgehoben und das Berarbeiten von Getreibe ober Kartoffeln — und von nicht mehlichten Substanzen im Laufe eines Monats unter der Bedingung nachsgegeben, daß

baß bie eine an bem Tage ansängt, wo bie anbere aufhört;
2) ber Betrieb einer anbere besteue ten Substanz nicht eher beginnt, bie ber zum Berbrauch beelarirte Borrath bes anbern Materials vollständig abgetries ben ist, so baß während bes Betriebes mit nicht mehlichten Substanzen wes ber Brennschroot noch Kartossels ober Getreibe-Maische vorrathig sein barf;

treibt, pon seinem Bachter ober Berwalter. Im Kalle ber Schreibunfähigfeit muffen fie mit feinem von ber Ortsbeborbe zu bescheis nigenben Sandzeichen verseben werden. Mangelhaft gefertigte Declarationen giebt bie Steuer-Bebeftelle bem Aussteller gur Berpollftändigung jurud. Als Tag ber Ginreichung bei ber Steuerftelle kann auch in folden Fällen nur berfenige Tag gerechnet merben, an welchem fie von ber lettern angenommen wirb.

Brennzeit.

S. 4. In Ansehung ber Brennzeit wird es zwar im All= gemeinen eben fo gehalten, wie nach S. 6. bes Maifchfteuer=Regulative. Wenn die Anzahl ber beclarirten Blafenfüllungen, welche nicht unter zwei an einem Tage fein barf, jeboch ber Produftions-Fähigfeit der Blase innerhalb der 14 ftundigen Brennzeit nicht entspricht, so muß die Dauer ber Brennzeit auf bas wirkliche Beburfnig vermindert, und bas Ende berfelben in ber Declaration angegeben werben.

Bur Beurtheilung ber Produktionsfähigkeit ber Blafen mer-

ben folgende erfahrungemäßige Grundfage angenommmen:

a) Daß jebe Fullung ber Blafe für einen Abtrieb minbeftens

1) an gestampften Weintrebern ober an gestampftem Rernobst und gestampften Trebern von Kernobst zwei Drittheile,

2) an gepregter Weinhefe ein Drittheil. 3) an fluffiger Weinbefe ein Salb, und

4) an Steinobst ober Beeren ober Bein Drei Biertbeile bes vollen Rauminhalts ber Blase forbert:

b) Dag zu einer Deftillation

1) auf Weinhefen feche Stunden.

2) auf die übrigen &. 1. genannten Stoffe vier Stunden.

3) auf Lutter feche Stunden bochtens bei gang ichlechter Ginrichtung ber Deftillir-Gerathe nothig find, und baff

c) seche Destillationen auf gestampfte Weintrebern ober Kerns

obst, oder Abfälle von Kernobst, so wie

d) fünf Destillationen auf jeden andern der §. 1. genannten Stoffe, wenigstens so viel Lutter liefern als erforlich ift gu

einer Füllung berfelben Blafe.

Eine ftarfere Blafenfüllung, weniger Beit für feben Abtrieb, und mehr Abtriebe jum Gewinn eines Lutter-Aufquffes find gulaffig; entgegengefeste Ausnahmen jeboch nur mit Bewilligung bes Hauptamtes.

Besondere Material = Borrathe = Berzeichnisse.

S. 5. Außer ben Betriebs-Declarationen und gleichzeitig mit ben-

felben übergiebt ber Brennerei-Inhaber an bie Steuer-Bebeftelle. ein nach bem ferner beiliegenben Mufter ju fertigenbes Bergeichniß feiner übrigen, in die Betriebs-Declaration nicht aufgenommenen Borrathe an Material ber im S. 1. bezeichneten Gattung, mit Angabe ber Art und Menge in jedem Gefäße, und bes Aufsbewahrungs-Ortes, in boppelter Ausfertigung.

Revision ber Material. Borratbe. a. im Allgemeinen.

S. 6. Die Revision ber Vorräthe an Material geschieht von ben Steuerbeamten in nachfolgenber Art. Es werden babei alle bergleichen Borrathe enthaltende Gefage für voll angenommen; bei abgestampften Weintreftern, Rernobst und Treftern von bemfelben, für bie obere unbrauchbare Schicht jedoch 10 Procent von bem

Inhalte bes Gefäßes in Abzug gebracht.

Der Inhalt bes Gefäßes wirb, wenn es geaicht ift, nach bem Aichzeichen, fonft aber nach ber Bermeffung burch bie Steuerbeamten, ober, wenn fie icon einmal von ihnen vermeffen find. nach bem daran angebrachten Steuerzeichen, so lange solches als unverfälscht erfannt wird, bestimmt. Jedes, wie angegeben, resvidirte Gefäß, versieht der Steuerbeamte mit einer dem Verder= ben durch Feuchtigkeit nicht leicht ausgesetzten Marke, am besten von Holz, auf welcher Name und Wohnort des Declaranten, die Nummer des Gefäßes und bessen Rauminhalt bemerkt ift. In ben obern Rand bes Gefäges muß ein Loch gebohrt fein; burch biefes Loch wird ein. Bindfaden gezogen und beffen beibe Enben werben mit bem Siegel bes Steuerbeamten in Lad, ober auf andere angemessene Beise, auf jene Marte versiegelt. Der Brennerei-Inhaber besorgt Borrichtung und Material

zu biefer Bezeichnung.

b. Nach ber Betriebe-Declaration.

Das in der Betriebs-Declaration angegebene Material außerhalb ber Brennerei, muß beim Abgeben ber Declaration wenig-

ftens an bem Orte ber Brennerei befindlich fein.

Der Revisionsbefund wird von bem Steuerbeamten in ber Betriebs - Declaration unter feiner Unterschrift bemerkt. folder für bie auf die Betriebszeit bes Ralenbermonats erflärte Gefammt-Material-Menge einen Dehrvorrath von und über ein Behntheil, und bestätigt fich biefes Ergebnig bei einer Nachmeffung, fo wird gegen ben Declaranten ein Strafverfahren eingeleitet. Geringerer Mehrbefund hat wie Minderbefund nur Berichtigung ber Betriebs Declaration jur Folge. Die Steuerzeichen an ben Gefäßen muffen wenigstens, bis ber Inhalt berfelben gang abges brannt ift, unverlegt erhalten werben.

c. Nach ben Material=Borrathe=Bergeichniffen.

Das nach S. 5. abzugebende Verzeichniß bersenigen Materials Vorräthe, welche für die Betriebsfrist nicht zur Verwendung komsmen, wird von dem revidirenden Beamten nach seinem Befunde bescheinigt, in einem Exemplare bei der Steuers Sebestelle zurücksbehalten, im zweiten Exemplare aber dem VrennereisInhaber zus rückgegeben, der solches aufbewahrt und bei Aufstellung seiner serneren Betriebs-Declarationen benust.

Berhalten wegen ber Material=Borrathe.

S. 7. Während ber Betriebszeit, und so lange die Brennerei nicht unter Siegel gelegt worden ist, darf weder in der Brensrei, noch in den übrigen Räumen des Brennerei-Inhabers, anderer, als der declarirte Borrath von den S. 1. bezeichneten Stoffen, sich vorsinden Werden neue Borräthe während dieser Zeit angeschaft, so müssen solche der Steuerbehörde angemeldet und unter gehöriger Revision in dem Verzeichnisse S. 5. in Zugang gebracht werden. Sehn so muß sede andere Verwendung des in diesen Verzeichnissen enthaltenen Materials, als unter gehöriger Declaration zum Branntweindrennen, der Steuerbehörde angezeigt und nachgewiesen werden; es müßte denn auf serneren Vernnereis Betried die zum nächsten Septembermonate ganz verzichtet werden, in welchem Falle die Material-Kontrolle, von der Verzichtung ab, dis dahin, aushört.

Verfahren, wenn Material verdorben ift.

S. 8. Materiat, welches bei der Revision verdorben und untauglich zur Berwendung auf Branntwein gefunden werden möchte, ist von dem revidirenden Steuerbeamten, wenn es mehr als die oben nach S. 6. zu vergütende Schicht begreift, entzweder mit Zustimmung des Brennerei-Inhabers aus dem Aufbewahrungsgefäße sogleich auszusondern, und von der Borraths-Erflärung S. 3. oder S. 5. abzuseßen, oder aber, wenn der Brennerei-Inhaber dieses nicht will, oder nicht zugegen ist, das ganze Gefäß, worin sich dieses verdorbene Material befindet, aus der Borraths-Erflärung auszuscheiden. Außerdem kann auf angebeliches Berdorbensein von Material keine Rücksicht genommen werden.

Berfahren bei Unterbrechung bes Blafenganges.

S. 9. Wird durch Unfall an den Destillir-Geräthen eine Unterbrechung des Blasenganges unvermeiblich, und will der Bren-

nereisInhaber solchen sich zugut gerechnet wissen, so muß er von ber Unterbrechung und beren Anlaß, sogleich, wenn sie eintritt, den SteuersBeamten des Orts unterrichten, oder aber, wenn kein SteuersBeamte am Orte sich befindet, durch zwei ihm nicht verswandte und nicht in seinen Diensten stehende, auch sonst unverswersliche Zeugen Kenntniß nehmen lassen, und deren Bescheinisgung darüber und über die Zeit, zu welcher sie von der Untersbrechung Einsicht genommen haben, unverzüglich, sammt einem dazu von der Steuerbehörde ein für allemal bestimmten Theile des DestillirsGeräthes, an die Steuer Hebestelle senden.

Die Betriebs Declaration tritt bamit außer Kraft und es muß für ben Wieberanfang bes Betriebes eine neue Declaration

abgegeben werden.

Außergebrauchfegung bes Deftillir-Geräthes.

a) Bur bie Beit bet Rube außer ben taglichen Betriebeftunben.

S. 10. Wenn der Betrieb nur für die Tageszeit erklärt ift, so muß nach Ablauf der Stunde, mit welcher der Blasengang, gemäß der Betriebs-Declaration, seden Tag schließen soll, ein von der Steuersbehörde zu bestimmendes Stück des Destillir-Geräthes entweder an die Steuer-Hebestelle, wenn diese nicht mehr als eine Viertelmeile vom Brennereiorte entfernt ist, oder an eine von der Steuerbe-börde dafür gut geheißene Person des Orts abgegeben werden.

Eine bagu willfährige Perfon ju fuchen, ift Sache bes Brennerei-Inhabers; fie fur ben 3med anzuerfennen ober nicht, bangt von der Steuerbehörbe ab. Findet fich feine folche, beiben Theis Ten genehme Perfon im Orte ober in ber nächften Umgebung, fo fann entweder mit Genehmigung bes Sauptamtes gestattet werden. bas aus ber Brennerei zu entfernende Stud bes Deftillira Geras thes, außerhalb ber Brennerei an einem andern Drie im Gebofte bes Brennerei-Inhabers niederlegen zu laffen, ober es muß 216. fendung an bie Stener = Bebeftelle eintreten. Was hierunter ac= schehen foll, bemerkt die Steuer-Bebestelle in ber Betriebsbecla-Das so an eine Person im Orte abgelieferte ober bei bem Brennerei-Inhaber niebergelegte Stud bes Deftillir-Gerathes. barf von bem Orte ber Aufbewahrung vor Anfang ber Betriebs. zeit des folgenden Tages nicht entfernt werden. Ift sedoch ber Aufbewahrungsort von der Brennerei entlegen, so wird auf die Beit bes Transports von dort zur Brennerei für jede Biertelmeile Entfernung eine halbe Stunde gut gethan; und bas Gerath tann um fo viel früher abgeholt werben, wie es auch um fo viel fpater bei ber Ablieferung am Aufbewahrungeorte eintreffen barf.

b) für langeres Stillfteben bes Betriebes.

Sobalb aber die Brennerei gleichviel, ob sie nur für die Tageszeit oder auch des Nachts im Gange gewesen ist, auf eine Woche oder länger ganz außer Betrieb kommen soll, müssen die von der Steuerbehörde bestimmten Stücke des Destillirgeräthes von dem Brennerei-Inhaber, gleich nach dem letzen aus der Betriebse beklaration zulässigen Blasengange, an die Steuer-Hebselelle gessendet werden, welche letztere diese Stücke sogleich unter gehörig sicherndes Siegel legt, und so außer Gebrauch gesetz, dem Brennerei-Inhaber zur Ausbewahrung zurück giebt, dessen übrige Gestätte denn, so weit nöthig, von dem revidirenden Beamten in der Brennerei ebenfalls außer Gebrauch gesetzt werden.

Steuerberechnung und Erhebung.

S. 11. Die Steuerberechnung für den Monat geschieht nur auf Thaler und Silbergroschen, mit Weglassung bessen, was unter einem Silbergroschen ist. Wegen der Steuerentrichtung gilt dasselbe wie bei der Naischsteuer nach S. 7. des Regulativs für diese.

Firation.*)

- S. 12. Für Brennereibetrieb, ber ununterbrochen wenigstens sieben Tage fortgeben soll, kann auch, und zwar auf biese ober längere Zeit, innerhalb jeden Kalendermonats, Fixation der Steuer eintreten. Diese wird dann berechnet nach Maaßgabe der zu verswendenden Materials Gattung und dersenigen Menge dieses Masterials, welche während der erflärten Betriebszeit ohne Unterbreschung mit den zum Gebrauch bestimmten Destillirs Geräthen nach ihrer Betriebsfähigseit S. 4. in Branntwein umgewandelt werden kann. Bei dieser Berechnung für fortgesetzten Betrieb auf Steuers Firation sind in Rücksicht auf Rube, Reinigung und nächtliche Störung und Erschwerungen des möglichst schnellen Ganges
 - a. auf jebe volle Woche nur 6 mal 21 Betriebsstunden;
 - b. auf jeden vollen Kalendermonat nur 24 mal 21 Betriebs-ftunden und
- c. für jeben Tag über eine volle Woche nur 21 Betriebsstunben also beispielsweise für eine volle Woche nur 3 Tage ober überhaupt für 10 Tage nur 9 mal 21 Betriebsstunden in Anschlag zu bringen.

Es wird von bem Sauptamte bes Bezirkes mit bem Bren-

^{*)} In bem R. b. F. M. vom 21. Aug. 1825., womit bas Regulativ ben betr. Behörden jugefertigt wurde, ift bie Beförberung ber Fixation gang befons bers empfchlen.

nerei-Anbaber, der darauf einzugehen wünscht, ein Fixations-Bertrag abgeschloffen, auf die Bedingung

1) ber nicht zu überschreitenden Dauer bes Brennereibetriebes:

2) während diefer Betriebszeit

a. feine andere Deftillirgerathe zu benugen, als bie bazu nas mentlich bestimmten:

b. biefe Gerathe auf feine Beife in ihrer Beschaffenheit und

Einrichtung zu verändern;

c. feine andere, ale bie bagu erflärte Material = Gattung von

einerlei Steuerfas zu verwenden;

d. ber Steuerentrichtung am Monatichluffe bes Betriebes nach bem Sate jener Gattung für biejenige Materialmenge. welche ben obigen Grundfagen gemäß fur die vorbestimmte Betriebszeit, mit ben bafur erflarten Gerathen, ale erforberlich fich berechnet.

Die Steuer-Kontrolle beschränkt fich alebann allein barauf. bie Berathe nur mabrend ber Betriebszeit außer Berfchlug au laffen, und bahin zu sehen, daß feine höher besteuerte Materials Gattungen zur Berwendung auf Branntwein fommen.

Die oben vorgeschriebene Material-Kontrolle ruht für fo firirte Brennereien, und fie find nicht gehalten, besondere Betriebe. beclarationen abzugeben, ober ihre Material-Bestände nachzumeifen.

Anwendung ber Steuergeschgebung vom 8. Rebruar 1819 auf biefes Regulativ.

S. 13. Auf die im gegenwärtigen Regulativ behandelte Steuer bleiben in voller Anwendung die SS. 6, 8, 14, 15, 16, 17. bes Gefeges vom 8. Februar 1819, und die SS. 16, 17, 18, 19, 20, 21, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 70, 73 und 83 bis 97 ber Steuerordnung von demfelben Tage. Es fommen ferner in Anwendung die SS. 14 und 15 ber

Orbnung, nach Maafgabe ber SS. 9 und 12 bes gegenwärtigen

Reaulative.

Bas im S. 72. ber Ordnung von ben Steuerbuchern gesagt ift, gilt von den Betriebsdeclarationen und Material-Borrathes

angaben diefes Regulativs.

Die Revisionsbefugnig ber Steuerbeamten SS. 49 bis 51 und 53 bis 55. ber Ordnung erftredt fich auch auf bie Raume und Gefäße, in welchen bas fteuerpflichtige Branntweinmaterial Dieses Regulativs, ober wo Theile bes Destillirgerathes jur Au-Bergebrauchsegung aufbewahrt werden.

In den Källen SS. 67 und 68 ber Ordnung wird bie verfürzte Steuer und beren Mehrfaches als Strafe von berienigen Materialmenge berechnet, welche feit bem letten Berichlufie bes gemigbrauchten Deftillirgerathes bis jur Beit ber Entbedung auf biefem Gerath bat ju Branntwein verwandelt werden fonnen.

Die Borfdrift S. 69 tritt nicht minder in Rraft auch für ben Berschluß ober bie Bezeichnung ber Materialgefäße S. 6 bes

gegenwärtigen Regulative.

Eben so findet ber S. 90. ber Ordnung auch volle Anwens bung auf Uebertretung aller in biefem Regulativ gegebenen Borschriften, welche nicht schon auberweit in den Gesegen verpont ift.

Desgleichen bes Regulative vom 1. Dezember 1820 und ber Allerhöchten Bestimmung vom 10. Jan. 1824.

S. 14. Da das Material, von dessen Besteuerung zur Brannts weinbereitung das gegenwärtige Regulativ spricht, eben so wie die Getreides oder Kartossels-Maische, von welcher das Regulativ vom 1. Dezember 1820 und die Königk. Allerhöchste Bestimmung vom 10. Januar 1824 handeln, der eigentliche Gegenstand der Besteuerung, und unangemelbeter Vorrath von jenem Material der unangemelbeten oder der Deklaration zuwider laufenden Maischzubereitung gleich zu behandeln ist, so sind etauch auf solchen unangezeigten Vorrath der S. 11. des Regulativs vom 1. Dezdr. 1820 und der S. 5. des Allerh. Besehls vom 10. Januar 1824 Anwendung.

Das Borhandensein von solchem Material in der Brennerei oder in den übrigen Räumen des Brennerei-Inhabers, oder das Vorhandensein von solchem, dem Brennerei-Inhabers erweislich zugehörigen und in den Räumen anderer Personen in seinem Wohnorte sich vorsindenden Material, es besinde sich dasselbe wo es wolle, verwirft daher gegen den Brennerei-Inhaber, wenn solcher Material-Borrath und dessen Ausbewahrung an dem Orte, wo dasselbe gefunden wird, nicht durch die Betriebs-Deklaration S. 3. oder durch das besondere Borrathsverzeichnis S. 5. gerechtsfertigt ist, eine besondere Strase von Einhundert Thalern, welche ganz dem Entdeder zu Theil wird, und neben der die Strase der Steuerverkürzung eintritt, wenn nicht ganz offenbar zu Tage liegt, daß keine Steuerumgehung beabsichtigt worden.

Behandlung bes Brennerei-Betriebes aus Getreide und Kartoffeln.

S. 15. Brennereien, welche außer ben S. 1. genannten Stoffen auch Getreibe, Kartoffeln zc. auf Branntwein verarbeiten, find in biefer hinsicht ganz nach ben für bie Branntweinbereitung aus solchen Materialien, bestehenden Borschriften zu behandeln.*)

⁾ Außer ben in bem obigen Regulativ gebachten, werben gwar auch noch

andere nicht mehlichte Stoffe auf Branntwein verarbeitet, jedoch nicht in erheblichem Umfange. Dahin gehören: Honigwaffer, Kartoffels und Anntels
rliben-Sprup, Ebreichen, Bachholderbeeren (lettere namentlich in Beftphalen in größerer Ausbehnung) und besonders Buckerwaffer Für bie Besteuerung der Berarbeitung ber meisten dieser Gegenftande hat es am zweckmäßigsten geschienen, ben Blasenzins betzubehalten. Für das Zuckerwaffer, deffen Berarbeitung auf Branntwein namentlich in Schlessen an Ausbehuung gewonnen hat, wird die Steuer von dem Material ver Oxhost zu 180 Auart und nach ber svecisischen Dichtigseit erhoben, Die Bedingungen sind hierbei im Wesentlichen

a) Reben bem Budetwaffer batf feine anbere Substang auf Branntwein vers

arbeitet werden.

b) Bebe Jusendung von Material hat der Brenner fich von der Buderfieberei nach ber Menge bescheinigen ju laffen.
c) Bor dem Beginn des Betriebes ift die Menge bes ju verarbeitenden Mas

terials bem Steueramte anzumelben, und bie Steuer bavon zu erlegen.
d) Benn nicht gebrannt wirb, bleibt bie Blafe unter Siegel, ober ber Belm

unter Aufficht ber Stenerbehörbe.

e) Die Dichtigfeit bes Juderwassers, welches, außer mit ber hefe, mit feiner anbern Subftang verbidt werben barf, barf 1,012, bis 1,014. nicht übersfteigen.

f) Bei bem ersten entbecken Unterschleif verliert ber Btenner bas Recht gur Betftenerung bes Materials und wird bem Blafengins unterworfen, Unter Diefen Botaussehungen ward die Stener pro Orhoft von 1,012 bis 1,014 specifichet Dichtigkeit aufänglich (Refer. v. 2. Febr. 1820) auf 5 Sgr. 6 Pf., fpater jedoch (Publ. v. 29. Aug. 1837.) in Schlesten auf 15 Sgr. normiet,

Kur Brennereien aus nicht meblichten Stoffen.

Begirf ber Steuer-Bebeftelle gu Nummer bes Inventariums.

bes Unmelbungs=Regifters Nummer 9tummer bes Bebe Regiftere.

Monat

183

Betriebs-Plan

die Brennerei de

in ber

Strafe unter ber Saus: Nummer von bet Bebeftelle entfernt.

unb Deile

Anleitung für den Brennerei=Besiger.

1. Bu bem Betriebe-Blane barf nur allein bas von ber Steuer-Gebefielle unents

geitlich zu liefernbe Formular benutt werben. 2. Der Betrieb muß fur einen ganzen Ralenber-Monat im Boraus angemelbet werben, es mag ben ganzen Ronat hindurch ununterbrochen ober nur mah-

rend eines Theils beffelben gebrannt werben.

3. Der Betriebsplan, welcher ber Bebeftelle minbeftene 3 Tage vor bem erften Brenutage in boppelter Aussertigung eingereicht werben muß, barf fur bie Berlobe, auf welche er lautet, in ber Regel nur auf Stoffe zu einem und bemfelben Steuersage gerichtet fein. Wer fur bie gange angemelbete Betriebszeit ben hobern Steuerfat entrichtet, ift in ber Bahl ber nicht mehlichten Stoffe und beren Abwechselung feiner Beschranfung unterworfen.

4. Beniget als 15 Eimer Material jum mindern, ober 7 Gimer Material jum

hohern Steuersage, barf fur einen Monat nicht angemelbet werden.

5 Bahrend bee Beitraums, auf welchen ber Betriebsplan lautet und fo lange bie Brennerei nicht unter Siegel gelegt worben ift, barf in ber Brennerei fein anberer, als ber in bem Betriebeplan angegebene Material-Borrath vorhanden fein.

6. Bon bem Brennereibefiger find auf ber zweiten Seite bes Formulars bie Spalten I bis 10 und auf ber vierten Ceite bie Spalten 1 bis 3 auszus fullen. Die hier abzugebenbe Betriebserflarung muß beutlich gefchrieben und es darf nichts abgeandert ober ausgestrichen sein. Auf ber zweiten Seite am Schluffe ift bie Betriebeerklarung mit bem Ortonamen und Daium gu verseben und von tem Brennereibefiger burch Unterschrift ju vollziehen.

7. Mangelhaft gefertigte Betriebs = Blane giebt bie Bebeftelle fofort gurud und es wird in folden Fallen die Einreichung als nicht geschehen betrachtet.

8. Findet fich bei ber Prufung bes Betriebs-Plans nichts zu erinnern, fo werben beibe Gremplare von ber Debeftelle genehmigt und vollzogen ; bas eine Gremplar wird bem Brennerei = Befiger gurudgegeben, welcher gehalten ift, baffelbe noch vor bem erften Brenntage in ber Brennerei in bem bagu bestimmten Behältniffe anzuheften und baselbst mahrend ber gangen Dauer bes Betriebs unbeschäbigt zu erhalten

Nach Ablauf ber Betriebszeit muß biefes Eremplar von bem BrennereisBefiber binnen 3 Tagen an bie Bebeftelle jurudgeliefert und fann alebann gegen bas bei berfelben gurudgebliebene zweite Gremplar ausgetaufcht werben.

Betriebs-Erflarung bes Steuernben.

							Das Anbrennen b. Materials gefit feht				
*6		Der Vorrathe: Gefäße.					1	an jebem Tage in		海北	Birb.
Gattung bes Materials.	Benennung nach ber Reihefolge jum Abtriebe.	No.	AufbewahrungseDrt.	um=Inbalt, bezi	-Jug von is fur die O obere Schicht.	B auf ber Blafe.	an folgenben Lagen	folgenden Stunben,	Blafen-Abtrieben.	Nummer d. Borraths-Gefaß. aus welchem gebrannt wird.	Erkaung, an welchen Lagen und mit welcher Blafe der gewon- nene Lutteer destillirt wird.
1.	2.		3.	4.		5.	6.	7.	8.	9.	10.
					•					·	

Revisions-Befund.

ions	Der Revision			Bon den Materials Gefäßen fanden sich.			Bon ben Blasen- fanben fich in Betrieb			ett.	bee
Laufende Rummer ber Revisions.	Lag.		Nachmittags.	. unangebrochen.	o angebrochen.	No.	5, mit Daterial.	No.	No.	Sonstige Revisions-Bemer- fungen.	Name und Dienst-Eigenicaft revibirenben Beamten.
11.	12.	1	3.	14.	15.	16.	17.	18	19.	20.	21.

Inventarium und Abfertigung.

Bon ben in ber Br Geräthen find jum B Bezeichnung ber . Geräthe.	ennerei etriebe No.	vorhandenen angemeldet: Inhalt nach Quarten.	Bemerkungen,
1.	2.	3.	4.
Gang außer &	ebran	ıch bleiben	

Borstehenber, am ten 183 eingereichter Betriebs-Plan für den Monat 183 ist geprüft, sestgestellt und unter No. in das Aumelbungs-Register eingetragen. Nach dem Revisions-Besunde sind zu Branniwein verwendet Eimer Quart wovon die Stener zu Sgr. für jeden Eimer Rthlr. Sgr. beträgt.

Die Steuer-Bebeftelle.

Berordnungen, betr. die Einführung der Branntweinsteuer in den zum Thüringischen Boll- und Sandels-Berein gehörigen Preußischen Landestheilen.

Rabinetsorbre vom 8. December 1838.

(Erfurter Amteblatt 1833, Rr. 47.)

In Verfolg ber am 10. und 11. Mai bieses Jahres abgesschlossenen und von Mir ratissicirten, auch bereits durch die Gessetzgammlung zur allgemeinen Kuude gebrachten Verträge über die Bildung des Thüringer Jolls und Handels-Vereins, und in Gesmäßheit der auf den Grund dieses Vertrages stattgefundenen weisteren Verabredungen über die im Umfange jenes Vereins einzussührenden gleichförmigen Gesetz und Verwaltungsordnungen für die Erhebung der Jölle und inneren Steuern vom Branntwein, Praumalz, Wein und Tabak, will ich hierdurch

a) für ben Erfurter Stadt = und Landfreis,

b) für ben Kreis Schleusingen, und

c) für ben Kreis Ziegenrud, Erfurter Regierungsbezirfs, unb gleichzeitig

d) für die ebenfalls bisher von dem Zollverbande ausgeschloffen gewesenen Drischaften Schnellmannshausen und Großburschla, Mühlhauser Kreises.

Folgendes bestimmen:

1. Es soll in senen Kreisen und Orten bas Jollgesetz und die Jollordnung vom 26. Mai 1818, nebst den zur Erläuterung und Ergänzung dieser Gesetze ergangenen Borschriften, welche bisher dort nicht eingeführt waren, vom 1. Januar 1834 gleichmäßig, wie in allen Provinzen der Monarchie, zur Anwendung kommen, und die Steuer nach dem sedesmaligen allgemein güttigen Tarif der Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben auch dort erhoben werden.

2. Die Verordnungen über die Besteuerung bes inländischen Branntweins, Braumalzes, Weinmostes und Tabakbaues, wie sie in dem Gesetze und der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 enthalten, und durch spätere, mit gesetzlicher Krast erlassene Vorschriften erläutert und ergänzt sind, sollen ebenfalls, auch so weit dies bisher noch nicht der Fall gewesen, in jenen Kreisen und Ortschaften allgemein zur Anwendung gebracht werden, und dabei, in Bezug auf die Branntweinsteuer, das anliegende, von Ihnen nach den hierüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften zusammens

gestellte Regulativ vom 24. v. M. jur Richtschnur bienen. *) Das gegen werden

3. von bem eben gebachten Beitpunfte ab in jenen Rreisen

und Orten folgende bisherige Abgaben hiermit aufgehoben:

a) die besondere Eingangs = und Durchgangs = Abgabe, welche in der Stadt Erfurt in Folge des Tarifs vom 3. Oftober 1826

zur Zeit besteht, und

b) die Klassen = und Gewerbesteuerzuschläge, welche im Landfreise Erfurt und den Kreisen Schleusingen und Ziegenruck, ingleischen in den Ortschaften Schnellmannshausen und Großburschla in Folge Meines Befehls vom 3. Oftober 1826 als Ersat für die jest eingeführten Abgaben aufsommen, endlich,

c) alle Lokalzölle, auch die Eingangs und Rachschuß-Abgaben, welche bisher von Erzeugnissen und Fabrikaten aus jenen Kreisen und Orten beim Eingange in das von der Zolllinie

umschlossene Land entrichtet werben mußten.

Gleichwie die Aufsicht auf die unter 1. und 2. bezeichneten Steuern in den Kreisen Erfurt, Schleusingen und Ziegenruck nach den Bestimmungen des Eingangs gedachten Bertrages durch den als Gemeinschaftsbeamten fungirenden General-Inspetior in Ersurt geführt werden wird, so ermächtige Ich Sie, diesem Beamten auch die Berwaltung der andern dort auffommenden indirekten Steuern und des Salzmonopols mit densenigen Besugnissen und Obliegens heiten zu übertrageu, welche seine Dienst-Instruktion für die übrisgen Steuern sesteuern sestenen wird. Sie haben diesen Meinen Beschl mit dem Regulativ wegen der Branntweinsteuer durch das Amtesblatt der Regierung zu Ersurt zur Kunde der hiebei betheiligten Behörden und Insassen bringen zu lassen, und in allen Theilen auszusühren.

Friedrich Wilhelm.

Regulativ wegen Erhebung und Kontrolirung ber Branntweinsteuer in ben Kreisen Erfurt, Schleusinsgen und Ziegenrud, besgleichen in den Ortschaften Schnellmannshausen und Großburschla, Mühlhauser Kreises.

I. Allgemeine Bestimmungen.

S. 1. Die Steuer vom Branntwein foll für jedes Quart

[&]quot;) Diefer Bestimmung gemäß ift bas Regulativ gleichzeitig als eine ans thentifche Rebaftion ber gefehlichen Borfcriften über bie Branntweinftener zu betrachten, auf welche Behufe ber Interpretation ober Declaration zweifelhafter Bestimmungen jurudauchen fein burfte. Wegen ber fpateren in Bezug anf

Branntwein zu 50 Prozent Alfohol, nach bem Alfoholometer von Tralles, einen Silbergrofden und feche brei Biertel Vfennige betraacn.

S. 2. Diese Steuer wird erhoben:

a) bei ber Bereitung bes Branntweins aus Getreibe, Rartoffeln, Mebl und andern mehlichten Stoffen, nach dem Rauminhalte ber zur Einmaischung und Gabrung bienenben Befafe (Daifd. bottich=Steuer):

b) bei ber Bereitung bes Branntmeine aus nicht mehlichten Stoffen nach ber Menge ber bagu zu verwendenden Materialien

(Branntwein. Material-Steuer).

Die Maischbottich = Steuer (S. 2a.) wird auf einen Silbergr. und sechs Pf. für jebe 20 Duart bes Rauminhalts ber

Maischbottiche und für jede Ginmaischung festgesett.

Bon landwirthschaftlichen Brennereien, welche nur in ben feche Wintermonaten, vom 1. Novbr. bis letten April, im Gange find, in dem vorbergegangenen Sommerhalbjahre gang geruht haben, aus felbftgewonnenen Erzeugniffen brennen, und an feinem Betriebstage über 900 Quart Bottichraum bemaischen, foll jedoch nur ein Sgr. und vier Pf. fur 20 Duart Maischraum erhoben werben. *)

An Branntwein-Material-Steuer (S. 2b.) foll ent-6. 4.

richtet werden:

a) für geben Eimer von 60 Quart eingestampfter Beintreber, Kernobst, ober auch Treber von Rernobst und Beerenfruchten aller Art, vier Sgr.;

b) für jeden Eimer Trauben= ober Obstwein. Beinbefen und

Steinobst, acht Sgr.

Für andere nicht mehlichte Stoffe, welche gur Branntweinerzeigung verwendet werden mochten, wird ber Steuerfat nach Berhaltniß bes Normalfages (S. 1.) besonders bestimmt werden.

Eine Kiration ber Branntwein - Material - Steuer ift unter ben von ber Steuerbehorde festzusegenden Bedingungen gulaffig.

S. 5. Brennereibesigern, welche ben von ihnen gefertigten Branntwein im Großen nach bem Auslande abfegen, fann eine Steuervergutung nach ben barüber befondere erlaffenen Bestimmungen zugeftanden werben. **)

*) Bergl. wegen bes Stenerfages bie R. D. vom 16. Juni und 10 August

Die Branntweinfleuer ergangenen allgemeinen Bestimmungen, welche fich felbftrebend auch auf bas nachfolgende Regulativ beziehen, wird zur Bermeibung von Wieberholungen auf die Erganzungen zum Gefen und ber Orbnung vom 8 Febr. 1819 verwiefen.

^{1838. (}oben S. 199 und 201.)
.*) Bergleiche bie Bemertungen ju §. 30. bes Gefeges vom 8. Febr. 1819. (oben G. 106.)

II. Borfdriften über bie Erhebung und Rontrolirung ber Steuern.

S. 6. Wer eine Brennerei einrichten ober einen Destillirs Apparat anschaffen will, ist gehalten, solches vorher dem Steuersamte anzuzeigen, und demselben mindestens acht Tage vor Ansang bes Betriebs eine Nachweisung nach einem besonders vorzuschreisbenden Muster einzureichen, worin die Räume zur Ausstellung der Geräthe und zum Betriebe der Brennerei, die Brenns und Maischgesäße, als: Blasenhelme, Maischwärmer, Kühlapparate, Maischsbottiche, Vormaischbottiche, Kartosseldämpfer, und andere Dampfsgesäße, Kühls, Hefens und Schlemgesäße, Maischslutter und ans dere Reservoirs u. s. w., ingleichen der in Duarten ausgedrückte gesammte Raumschhalt sedes einzelnen dieser Geräthe, genau und vollständig angegeben sein müssen.

Dieser Nachweisung muß ein einfacher Grundrif dessenigen Maumes, in welchem sich die Brennereigeräthe befinden, und ihs rer Stellung in demselben nach einem von der Steuerbehörde vorzuschreibenden Muster beigefügt, und die darin bezeichnete Stellung der Geräthe während seder Betriebszeit so lange unversändert beibehalten werben, als Abanderungen nicht durch Einreischungen eines anderweiten Grundriffes angezeigt worden sind.

Eben so liegt dem Besiger einer Brennerei, eines Destillirs Apparats ob, wenn Geräth angeschafft wird, oder wenn das bezeits angemeldete ganz oder zum Theil abgeändert worden ist, vor oder unmittelbar nach der Empfangnahme des Geräths dem Steueramte davon Anzeige zu machen, und dasselbe nicht ohne die von letzterem zu ertheilende amtliche Bescheinigung in Gesbrauch zu nehmen.

Bur Anzeige binnen brei Tagen ift berfelbe auch verpflichtet, wenn bas bereits angemelbete Gerath gang ober zum Theil in

ein anderes Lotal gebracht wird.

Diesenigen, welche zur Zeit der Publifation dieses Regulativs eine Brennerei oder einen Destillir-Apparat bereits besigen, sind verpflichtet dem Steueramte die vorgeschriebene Nachweisung der Betriebsräume und Geräthe, wenn ein Betrieb statt finden soll, mindestens acht Tage vor Anfang desselben, sonst aber jedenfalls im Laufe dessenigen Monats, welcher der Publisation dieses Regulativs folgen wird, einzureichen, in sofern dies nicht schon früsber geschehen ist.

S. 7. Besitzer von Brennereien durfen teine Brennereigerathe (S. 6.) und andere Personen feine Destillir-Gerathe, namlich Blasen-Belme und Rühler, weber ganz noch theilweise aus ihren Banden geben, bevor sie es bem Steueramte ihres Bezirks angezeigt und von diesem eine Bescheinigung barüber erhalten

haben.

S. Die in ben Brennereien vorhandenen, die künftig bingutommenden und die abgeänderten Brennerei-Geräthe und Gefäße werden nach der Bestimmung der Steuerbehörde numerirt, auch von derselben nachgemessen, und, soweit es thunlich ift, mit einem Stempel versehen. Den ermittelten Quartinhalt und die Rummer muß der Brennereibesiger an den Geräthen deutlich bezeichnen, und diese Bezeichnung gehörig erhalten lassen; wie solche zu bewirfen und wo sie anzubringen sei, wird für jedes Geräth von der Steuerbehörde bestimmt.

So lange die Maischgefäße amtlich nicht nachgemessen sind, wird bie Maischbottichsteuer nach dem angemeldeten Rauminhalte der Gefäße berechnet und erhoben. Wird demnächt bei der Rachmessung ein größerer als der angemeldete Rauminhalt ermittelt, und beträgt ein folcher Mehrbefund nicht über 5 Procent der angemeldeten Quartzahl, so bleibt derselbe für die Bergangenheit aus ger Betracht, wogegen ein größerer Mehrbefund außer der Berspssichtung zur Nachzahlung der verfürzten Steuern auch die Strafe der Defraudation (SS. 54 bis 56) und die Strafe der unrichtigen Anzeige der Geräthe (S. 64.) neben einander zur Folge hat. Ein bei der Nachmessung sich ergebender Minderbefund gegen die Anmeldung giebt keinen Anspruch auf Erstattung der etwa zu viel entrichteteten Steuern.

§. 9. Die vorhandenen Brennereigeräthe und die Räume, in welchen Brennerei betrieben wird, stehen unter der Aufsicht der Steuerbehörde. Bon derfelben werden die Maisch = und Destillirgeräthe für die Zeit, während welcher ein Betrieb nicht angemeldet und gestattet worden, auf angemessene Beise außer Gebrauch gesett.

S. 10. Wer eine Brennerei in Betrieb feben will, ift verspflichtet, vor bem Beginn beffelben feinen Betriebsplan nach ben näheren Bestimmungen bes S. 24. und fig. und ben baselbst vorsgeschriebenen Muftern bem Steueramte anzumeiben, biefen Betriebsplan in ber Brennerei auszuhängen, folchen reinlich aufzusbewahren, und bemselben bei bem Betriebe genau nachzukommen.

S. 11. Wer Branntwein aus ben im S. 4. genannten Stoffen bereiten will, hat zuvor dem Steueramte nach näherer Borschrift des S. 33. ein Berzeichniß seiner sämmtlichen Mate-rial-Borräthe, welches zugleich den Ort ihrer Ausbewahrung angeben muß, einzureichen, auch seden fernern Jugang zur Nachstragung in das Verzeichniß sogleich anzumelden. Der zur Berzarbeitung bestimmte Theil des Materials wird auf den Grund des Betriebs-Plans, welcher den Ausbewahrungsort mährend der

Betriebszeit angeben muß, in bem Borrathe Berzeichnisse abge=

fdrieben.

Während des Zeitraums, auf welchen der Betriebsplan lautet, und so lange die Brennerei nicht unter Siegel gelegt worden ift, darf in der Brennerei kein anderer als der in dem Bestriebsplan angegebene Borrath von den im S. 4. bezeichneten Stoffen vorhanden sein.

S. 12. Die vorstehend zur Kontrollirung der Steuer erstheilten Borschriften (SS. 6 bis 11.) und die zu deren Bervollständigung getroffenen reglementairen Bestimmungen ift nicht nur derfenige, welcher die Brennerei betreibt, oder für seine Rechnung betreiben läßt, sondern auch ein jeder, welcher bei der Brennerei beschäftigt ist, zu beobachten schuldig.

S. 13. Die Branntweinsteuer muß spätestens am letten Tage bes Monats, in welchem ein Brennereibetrieb statt gefunsten hat, entrichtet werben.*) Wer diesen Zahlungstermin einsmal verfäumt, muß die Steuer bei jeder fernern Anmeldung vor-

ausbezahlen.

S. 14. Ein Erlaß der Steuer fann nur dann erfolgen, wenn burch einen außerordentlichen Zufall

a) eine unvermeidliche Unterbrechung des Betriebs entsteht,

b) bie Maische eines versteuerten unangebrochenen Bottichs ganzlich unbrauchbar geworden ist.

In beiden Fällen bleibt es ber Entscheidung ber Steuerbehörde vorbehalten, ob ein Erlag an ber Steuer zu gewähren sei. **)

S. 15. Die Beamten muffen bei ber ihnen anvertrauten Steuererhebung sich genau nach den vorgeschriebenen Sägen richten, und sind dafür verantwortlich. Zuviel erhobene Gefälle wersten, und sind dafür verantwortlich. Zuviel erhobene Gefälle werstenerung an, der Anspruch auf Erfat angemelbet und bescheinigt wird. Zu wenig, ober gar nicht erhobene Gefälle können gleichsfalls innerhalb Jahresfrist von den Steuerschuldigen nachträglich eingezogen werden. Nach Ablauf des Jahres ist seber Anspruch auf Zurückerstattung oder Nachzahlung der Gefälle beziehungsweise gegen den Staat und den Steuerschuldigen erloschen, dem Staate bleiben jedoch seine Rechte auf Schadenersat gegen die Beamten, durch deren Schuld die Gefälle gar nicht oder unrichtig erhoben werden, seberzeit vorbehalten, ohne daß die Behörden besugt sind,

^{*)} Bergl. S. 7. bes Regulative vom 1. Dezbr. 1820 mit ben Erganjungen (oben S. 190.)

^{••)} Bergl &. 8. bes Regulative vom 1. Dezbr. 1820 mit ben Ergangungen (oben S. 191.)

ben Steuerschuldigen wegen Nachzahlung der Gefälle in Anspruch zu nehmen. Dieselbe Regreß-Verpflichtung der Beamten tritt ein, wenn durch ihre Schuld Gefälle, unerhoben geblieben sind, und biese auch vor Ablauf der eben bemerkten Berjährungsfrift von den Steuerpflichtigen nicht beigetrieben werden können.

III. Betriebs-Borschriften.

S. 16. Die Einreichung bes nach S. 6. bem Steueramte zu übergebenden Grundriffes ber Brennereiräume und Geräthe muß in doppelter Aussertigung geschehen, und ein Exemplar vom Steueramte bescheinigt, in derselben Art, wie weiter unten im S. 25. wegen des Betriebsplans bestimmt werden wird, in der Breunerei ausgehängt werden.

S. 17. Bei Bermeffung der Blasen und der Maischbottiche ift, in ihrer magerechten Stellung, derjenige innere Raum, welchen sie vom Boden jum außersten Rande bis jum Ueberlaufen haben.

burch bie Steuerbeamten ohne allen Abzug auszumitteln.

S. 18. Das Steueramt ift verpflichtet, über die Anmelbung, die Bermeffung und ihr Ergebniß, und die Art der Bezeichnung eine Bescheinigung zu ertheilen, in welcher die Beschaffenheit der Brennereigerathe genau beschrieben sein muß. Nur durch diese Bescheinigung, welche nebst den Bermeffungs Berhandlungen in der Brennerei ausbewahrt werden muß, kann der Nachweis gessührt werden, daß die Geräthe vorschriftsmäßig angemeldet worden.

S. 19. Die zu den Brennereien gehörigen Geräthe muffen in den Betrieberäumen zusammen aufbewahrt werden. Dabin nicht gehörige Gefäße durfen in denselben nicht vorhanden fein.

Destillirgeräthe und Maischgefäße stehen so lange, als sie nicht zum Gewerbebetriebe angemelbet werden, bergestalt unter besonderer Aufsicht der Steuerbehörde, daß ihre Benugung zu einem außerordentlichen Zwecke, namentlich auch zur Bereitung von Biehfutter, ohne Steuerentrichtung nur auf vorgängige Ansmeldung und unter den von der Steuerbehörde anzuordnenden Sicherheitsmaaßregeln erfolgen darf. Bei Personen, welche mit dergleichen Geräthschaften bloß handeln, oder sie zum Handel versfertigen, sind solche dieser Aussicht nicht zu unterwerfen.

S. 20. Wer Destillirgerathe besitht, welche nicht im Gebrauch find, ist bennoch verbunden, sie dem Steuerbeamten auf Erfordern vorzuzeigen, damit er sich überzeugen könne, daß sie noch in dem Zustande befindlich sind, in welchen sie zur Verhütung ihres Ge-

brauche gefest worden.

Diejenigen, welche Destillirgerathe blog verfertigen oder bamit bandeln, find hierunter nicht begriffen.

S. 21. Destillirgerathe, welche ausschließlich zu anderem

Gebrauche, als zur Brauntweinbrennerei gehalten werden, fieben zwar nicht unter ber für Branntweinbrennerei angeordneten Konstrolle (S. 19.), bleiben aber, zur Berhütung von Migbräuchen, ber allgemeinen Aufsicht ber Steuerbehörde unterworfen.

S. 22. Um für die Beit, wo die Maisch= und Destillirgerathe nicht in Betrieb sein durfen, ihre unbefugte Benugung für lettes

ren zu verhindern, werden entweder

a) die Geräthe an Ort und Stelle durch einen Steuerbeamten unter Berfchluß gefest, in welchem Falle der Brennereibesiker die Materialien zur Bersiegelung oder zum Berschlusse, und zwar in guter brauchbarer Beschaffenheit zu liesern hat, oder

b) es muß ein Theil des Destillir-Geraths gleich nach Ablauf der Betriebsfrist an das Steueramt abgeliefert werden. Besfindet sich Letteres nicht am Orte, so wird für den Transport des Geraths auf eine halbe Meile Entfernung eine

Stunde gut gerechnet.

c) Kommt es darauf an, in Brennereien, welche zum Betriebe angemeldet sind, das Destillirgerath mahrend einzelner betriebsstofer Tage und Stunden außer Gebrauch zu setzen, und ist das Steueramt über eine Viertelmeile entfernt, so kann auch gestattet werden, daß ein von der Steuerbehörde zu bestimmendes Stück des Destillirgerathes, entweder bei einer zusverlässigen Person im Orte, oder in Ermangelung einer solschen, in einem von dem Brennereislofal möglichst entfernten Raum im Gehöste des Brennereibesigers niedergelegt werde.

Eine zur Aufbewahrung bes Destillirgeraths geeignete und willfährige Person zu ermitteln, ift Sache bes Brennereibefigers; sie für ben 3wed anzuerfennen ober nicht, hängt von

der Steuerbehörde ab.

d) Findet in Maischbrennereien zwischen mehreren Einmaischungen ein Zwischenraum in der Art statt, daß in Maischgesfäßen an demselben Tage, wo sie leer geworden, nicht wiesder eingemaischt wird, so kann die Steuerbehörde verlangen, daß seue Maischaefäße für den Tag oder die Tage des Richts

gebrauchs schief gestellt werben.

Wenn eine Brennerei ganz ruht, tritt in der Regel Verschluß der Geräthe an Ort und Stelle ein, über dessen Anlegung von dem Steuerbeamten eine Verhandlung ausgenommen wird, welche bis zur Wiederahnahme des Verschlusses in der Brennerei ausbewahrt werden mnß. Ob innerhalb der Vetriebszeit einzelne Geräthe, und welche, außer Sebrauch zu sezen, und welches der oben unter a. bis d. angegebenen Mittel dazu in Anwendung kommen soll, ist nach den Umständen von der Steuerbehörde zu bestimmen.

S. 23. Wenn in ben im S. 14. erwähnten Fallen ber Brennereibetrieb unterbrochen wird, so ist dies sogleich der Steuerbehörde anzuzeigen, welche die Richtigseit der Angabe an Det und Stelle untersuchen, und die Geräthe vorschriftsmäßig außer Ge-

brauch fegen läßt.

Befindet sich kein Steuerbeamter im Orte, und will ber Geswerbetreibende sich gleichwohl den Antrag auf Steuererlaß vorbeshalten, so muß er durch zwei, weder ihm verwandte noch in seinen Diensten stehende, glaubwürdige Personen von der Unterbreschung des Betriebs und den dieselbe veranlassenden Umftänden Kenntniß nehmen lassen, und deren Bescheinigung über den Bessund und die Zeit ihrer Besichtigung unverzüglich an das Steuersamt senden.

Kann die Ursache ber Unterbrechung nicht alsbald gehoben werden, so tritt der Betriebsplan (§§ 21 bis 36) außer Kraft, und es muß für den Wiederanfang des Betriebs in dem nächsten Monat ein neuer Betriebsplan eingereicht werden. Die Steuer wird hiernächst nur nach Maaßgabe des wirklich statt gehabten

Betriebs berechnet und erhoben.

A. Maischbrennereien.

§. 24. Der im §. 10. vorgeschriebene Betriebsplan muß nach beiliegendem Muster für einen vollen Kalendermonat, oder, wenn der Betrieb erst im Lause eines Monats beginnen soll, für den noch übrigen Theil des Kalendermonats eingereicht werden, und die Einreichung mindestens drei Tage vor der ersten Einmatsschung erfolgen.*)

Außer ben im S. 14. erwähnten Fällen fann eine Abandestung best angemelbeten Betriebs einmal im Monate bann gestattet werben, wenn bas Bedurfniß gehörig nachgewiesen und ber Be-

trieb dadurch verstärft wird.

§. 25. Der Betriebsplan, zu bessen Ansertigung nur allein bas von dem Steueramte gegen Erstattung der Drucksosten zu liefernde Formular benutt werden darf, muß deutlich geschrieben, und ohne daß darin etwas abgeändert ober ausgelöscht ist, zweisfach dem Steueramte übergeben werden.

Mangelhaft gefertigte Betriebspläne giebt das Steueramt sofort zur Berichtigung zurud, und es wird in folden Fällen die Einreichung als nicht geschehen betrachtet. Findet sich bei der von dem Steueramte vorzunehmenden Prüfung bes Betriebsplanes nichts zu erinnern, so werden beide Exemplare von demselben ge-

^{*)} Das Mufter ift hinter bem Maifchftener-Regulativ vom 1. Dezember 1820 (S. 196. fig.) abgebruckt.

nehmigt und vollzogen; das eine bleibt dem Steueramte, das andere wird dem Brennereibesiger zurückgegeben, welcher gehalten ist, noch vor Anfang der ersten Einmaischung dasselbe an einem hellen Orte in der Brennerei, welchen die Steuerbehörde dazu auswählt, anzuhesten, und dort in einem Behältnisse, über dessen Beschaffenheit die Steuerbehörde nähere Anleitung geben wird, während der ganzen Dauer des angemeldeten Betriebs unbeschäsdigt zu erhalten, damit die Aufsichtsbeamten und Jeder, der in die Brennerei eintritt, alsbald solches einsehen können. Wenn die Betriebszeit abgelausen ist, muß dieses Exemplar von dem Brennereibesiger binnen drei Tagen an das Steueramt zurückgesliesert, und kann alsdann gegen das erstere ausgetauscht werden.

\$. 26. Vormaischbottiche und Rühlgefäße dürsen nur frische, noch nicht gährende Maische, auch nur in dem Verhältnisse, wie die entsprechenden Maischbottiche leer oder wenig gefüllt sund, Maischwärmer und Reservoirs aber nie andere als reise Maische, auch nur während der Zeit, wo die Maischlasen in Betrieb sind.

enthalten.

S. 27. Für jeden zur Einmaischung bestimmten Tag barf nicht unter 600 Quart Maischraum angemeldet werden, auch sind kleinere Maischbottiche, als von 300 Quart, nicht zuläsig.

Die Einmaischungen durfen nur geschehen:

in den Monaten Oftober bis einschließlich März von Morsgens 6 bis Abends 10 Uhr,

in ben übrigen Monaten aber von Morgens 4 bis Abends 10 Ubr.

S. 28. Dem Brennereibesiger bleibt zwar freigestellt, wie oft und wann er mahrend bes Monats, für welchen er ben Betrieb angemelbet hat, die angemelbeten Maischbottiche benugen will, die Benugung berselben muß jedoch in einer regelmäßigen Reihefolge bergestalt geschehen, daß in dem zuerst geleerten Maischbottiche

auch mit ber Einmaischung zuerst wieder begonnen wird.

S. 29. Wenn die Bereitung und Aufbewahrung der Maische bis zum Abbrennen berselben nicht in den versteuerten Maischotetichen allein geschehen soll, sondern dazu, oder zu einer mit der Branntweinfabrisation zu verbindenden Hefenbereitung aus Maische, die steuerfreie Benugung noch anderer Gefäße oder Geräihe geswünscht wird, so muß dazu die besondere Erlaubniß der Steuerbehörde nachgesucht werden, welche dieselbe in der Regel unter den von ihr festzusezenden Kontrollbedingungen ertheilen wird, sedoch den Umständen nach auch zu versagen besugt ist Außersdem sinden die allgemeinen Borschriften wegen der Ans und Absmeldung, Bezeichnung, Bermessung, Beaussigeräthe auch auf die Nebengesäße Anwendung.

Eigenmächtige Abweichungen von ben allgemeinen Borschriften, ober von ben besonders festgesetzen Bedingungen für den steuerfreien Gebrauch von Nebengefäßen ziehen, neben den sonst etwa zur Anwendung kommenden Strafen, die Bersagung ber ferenern Erlaubniß, dergleichen Gefäße balten, und steuerfrei benugen

gu burfen, nach fich.

S. 30. Dem Brennereibesiter ift gestattet, die Maische entsweder am britten oder am vierten Tage nach der Einmaischung, den Tag derselben mitgerechnet, abzubrennen, und danach den Betriebsplan einzurichten. Die an einem Tage bereitete Maische muß auch an einem Brenntage vollftändig abgeluttert werden. Ein früheres oder späteres Abbrennen der Maische ist in der Regel nicht gestattet. Wird in außerordentlichen Fällen eine Ausnahme nöthig, so muß zuvor dem Steueramte davon Anzeige gemacht, und dessen schriftliche Genehmigung, welche sedoch bei Anträgen auf späteres Abbrennen nicht über den vierten Tag hinaus gegeben wird, muß dem Betriebsplane beigeheftet werden.

S. 31. An ben Tagen, wo Branntweinblasen jum Betrieb angemelbet sind, barf in ber Regel von 7 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens nicht gebrannt werden. Ift wegen ber Stärke bes Bestriebs, ober nach ber Eigenthümlichkeit bes Brenngeraths, ober in anbern besondern Fällen eine Ausnahme nöthig, so ist darauf bei der Steuerbehörbe anzutragen, welche nach Prüfung der für ben Antrag geltend gemachten Gründe, die Genehmigung, den

Umftanben nach, nicht versagen wirb.

S. 32. Wenn unter amtlichen Berschluß gesetzte Maisch = und Destillirgerathe in Betrieb kommen sollen, so bestimmt bas Steueramt, wenn sich ein Beamter zur Abnahme bes Berschlusses

in ber Brennerei einfinden foll.

Der Brenner ift nicht gehalten auf ben Beamten länger als eine Stunde über die bestimmte Zeit zu warten, und fann nach beren Ablauf, wenn ein bekannter und glaubwürdiger Mann gegenwärtig ift, und biefer ben Berschluß als unversehrt anerkannt

hat, denselben abnehmen.

S. 33. Wer im Winter nach bem für landwirthschaftliche Maischbrennereien (S. 3.) gestatteten mindern Steuersate gebrannt hat, und den Betrieb der Brennerei über den Monat April hinaus fortsest, bleibt zwar wegen der Nachzahlung des Unterschieds zwisschen dem geringern und dem höhern Steuersate für die verstoffene Zeit anßer Anspruch, muß aber den höhern Steuersat vom ersten Mai ab, und ferner so lange entrichten, die die Brennerei wieder sechs volle Sommermonate (Mai die Oftober einschließlich) ganz geruht hat.

S. 34. Bei bem gleichzeitigen Betriebe ber Brauerei und

Brennerei barf fur bie lettere, falls nicht bie von ber Brauerei zu entrichtende Steuer firirt ift,

a) reines Malzschroot nicht verwendet, auch in ber Regel

b) bie steuerfreie Benutung von Rebengefagen gur Bereitung funftlicher Gabrungsmittel nicht gestattet werben.

Das zur Brennerei bestimmte Malz muß vor dem Schroten auf der Mühle wenigstens zum vierten Theile mit ungemalztem Roggen vermischt werben. Wird neben der Brauerei Branntswein aus Kartoffeln gebrannt, so ist zu letzterm Behufe der Gesbrauch von reinem Malzschrot zwar gestattet, dasselbe muß sedoch besonders angemeldet und aufbewahrt werden, und steht unter der Aufsicht und Kontrolle der Steuerbehörde.

- B. Brennereien zur Bereitung von Branntwein aus nicht mehlichten Stoffen.
- \$. 35. Der Betrieb muß für den ganzen Kalendermonat im Boraus angemeldet werden, es mag den ganzen Monat hins durch ununterbrochen, oder nur in einem Theile beffelben gebrannt werden.

Der Betriebsplan barf für die Periode, auf welche er lautet, in der Regel nur auf Stoffe von einem und demselben Steuersate gerichtet sein; wer für die ganze angemelbete Betriebszeit den höhern Steuersat (§. 4 Litr. b.) entrichtet, ift in der Wahl der nicht mehlichten Stoffe und deren Abwechselung keiner Besschränfung unterworfen.

Wer in einem Jahre nicht mehr als 15 Eimer Stoffe ber ersten (S. 4. Litt. a.), oder 7 Eimer der zweiten Art (S. 4. Litt. b.) zu Branntwein verwenden fann oder will, muß diesen Borrath innerhalb eines Kalender-Monats abbrennen, auch darf überhaupt nicht weniger als resp. 15 und 7 Eimer für einen Monat angemeldet werden.

S. 36. Wegen ber Betriebsplane find bie Borichriften S. 25. gu beachten, mit bem Unterschiebe, bag folde nach bem beiliegen.

den Mufter abzufaffen find.

S. 37. In Ansehung der Brennzeit wird es zwar im Allgemeinen eben so gehalten, wie nach SS. 27 und 31. Wenn jedoch die Anzahl der angemeldeten Blasenfüllungen, welche nicht unter zwei an einem Tage sein dauf, der Produktionskähigkeit der Blase innerhalb der vierzehnstündigen Brennzeit nicht entspricht, so muß die Dauer der Brennzeit auf das wirkliche Bedürfniß vermindert, und das Ende derselben in der Anmeldung angegeben werden.

Bur Beurtheilung ber Produktionsfähigkeit ber Blafen wers ben folgende erfahrungsmäßige Grunbfate angenommen:

a) baß jebe Füllung ber Blafe für einen Abtrieb minbeffens

1) an gestampften Weintrebern ober an Kernobst und gestampften Trebern von Kernobst zwei Drittbeile.

2) an gepreßter Beinhefe ein Drittheil,

3) an fluffiger Beinhefe bie Balfte, und

4) an Steinobft ober Beeren ober Bein brei Biertheile bes vollen Rauminhalts ber Blafe erforbert;

b) bag zu einer Deftillation

1) auf Beinhefen 6 Stunden,

2) auf die übrigen S. 4. genannten Stoffe 4 Stunden.

3) auf Lutter 6 Stunden bochftene, bei gang fchlechter Ginrichtung ber Destillirgerathe, nothig find, und baff

c) feche Destillationen auf gestampfte Beintrebern, Kernobst ober

Abfalle von Rernobft, fo wie

d) funf Deftillationen auf feben andern ber S. 4. genannten Stoffe wenigstens fo viel Lutter liefern, als erforberlich ift

zu einer Füllung berfelben Blafe.

Eine ftarfere Blasenfüllung, weniger Beit für jeden Abtrieb, und mehr Abtriebe jum Gewinne eines Lutteraufguffes find julaffig; entgegengefeste Ausnahmen feboch nur mit Bewilligung ber Steuerbebörde.

S. 38. Die im S. 11. vorgefdriebenen Materialvorraibs-Berzeichniffe muffen in boppelter Ausfertigung übergeben werben. und bie Art und bie Menge bes in jedem Gefage befindlichen

Materials, fo wie ben Aufbewahrungeort enthalten.

Auf biefes Berzeichniß findet basjenige ebenfalls Anwendung, was im §. 25. wegen ber Betriebsplane vorgeschrieben ift.

S. 39. Bei Revision ber Vorrathe an Material werben alle. bergleichen Borrathe enthaltende Gefäße für voll angenommen; bei eingestampften Weintrestern, Kernobst und Treftern von beme felben, jeboch fur bie obere unbrauchbare Schicht 10 Prozent von

bem Inhalte bes Gefäges in Abzug gebracht.

S. 40. Der Revision wird bas nach S. 38. abzugebenbe Berzeichniß zum Grunde gelegt, und unter bemfelben ber Befund von bem revibirenden Beamten bescheinigt. Ergiebt fich bierbei nach dem im vorigen Paragraph gedachten Abzuge gegen ben angezeigten Gefammtvorrath ein Mehrbetrag, nnb beläuft fich biefer nicht auf ein Zehntheil, fo tritt, wie bei einem Minderbefund, nur eine Berichtigung bes Berzeichniffes ein; wegen eines größern Mehrbetrages muß jederzeit bas Strafverfahren eingeleitet werben. Das eine Eremplar bes mit ber Revisionsbescheinigungen verfebenen Berzeichniffes wird bei bem Steuer-Amte gurudbehalten. bas andere Exemplar bem Brennereibesiger gurudgegeben, ber foldes aufbewahrt, und bei Aufstellung ber Betriebsplane benutt: S. 41. Berben neue Borräthe angeschafft, so muffen solche bem Steuer-Amte angemelbet, und unter gehöriger Revision in bem Berzeichnisse (S. 38.) in Zugang gebracht werden. Eben so muß jede Berwendung bes in diesem Berzeichnissen enthaltenen Materials zu andern Zweden, als unter gehöriger Anmeldung zum Branntweinbrennen, dem Steueramte angezeigt und nachgewiesen werden, es mußte benn auf fernern Brennereibetrieb bis zum nächsten Septembermonat ganz verzichtet werden, in welchem Falle die Materialkontrolle von der Berzichtung ab bis dahin aufhört.

S. 42. Der zum Brennen angemeldete und von dem Borrathsverzeichnisse zu diesem Zwede abgeschriebene Theil der Materialien wird auf Grund des Betriebsplans besonders revidirt, und
unter demselben der Befund von dem Steueramte bescheinigt. Bei Abweichungen des Befundes von dem angemeldeten Betrage sinbet die bieserhalb in dem S. 40. gegebene Borschrift Anwendung.

Die Steuerzeichen an ben Gefägen muffen, bis beren Juhalt

gang abgebrannt ift, unverlett erhalten werben.

S. 43. Material, welches bei der Revision verdorben und untauglich zur Verwendung auf Branntwein gefunden werden möchte, ist von dem revidirenden Steuerbeamten, wenn es mehr als die oben nach S. 39. zu vergütende Schicht begreift, entwesder mit Zustimmung des Vrennereibesigers aus dem Aufbewahrungszgefäß sogleich auszusondern, und von dem Vorrathsverzeichnisse oder dem Betriebsplane abzusezen, oder aber, wenn der Vrennezreibesiger dieses nicht will, oder nicht zugegen ist, das ganze Gefäß, worin sich dieses verdordene Material befindet, aus der Vorzrathserklärung auszuscheiden.

Außerbem fann auf angebliches Berborbenfein vom Material

feine Rudficht genommen werben.

S. 44. Für Brennereibetrieb, ber ununterbrochen wenigstens sieben Tage fortgeben foll, kann auch, und zwar auf biese ober längere Zeit innerhalb seben Kalendermonats, Firation der Steuer eintreten. Diese wird dann berechnet uach Maaßgabe der zu verswendenden Materialgattung und dersenigen Menge dieses Materials, welche während der erklärten Betriebszeit ohne Unterbrechung mit den zum Gebrauch bestimmten Destillirgeräthen nach ihrer Betriebssfähigkeit (S. 37.) in Branntwein umgewändelt werden kann.

Die Steuerkontrolle beschränkt sich alebann allein barauf, bie Gerathe nur mahrend ber Betriebszeit außer Verschluß zu laffen, und bahin zu sehen, daß keine höher besteuerten Materialgatiun=

gen gur Berwenbung anf Branntmein fommen.

Die oben vorgeschriebene Materialfontrolle ruht für so fixitte Brennereien, und fie find nicht gehalten, befondere Betriebsplane abzugeben, oder ihre Materialbestände nachzuweisen. Gine folche

Steuerfixation hängt übrigens von dem freien Uebereinsommen der Berwaltung mit dem Steuerpflichtigen ab, und es find zu dem Ende die Bedingungen in der Fixations-Bewilligung bestimmt auszubrüden.

Die Steuerbehörde fann ju feber Beit bie Firations=Bewils lignng gurudnehmen, wenn die Gerathe verandert, und die fefiges

festen Bebingungen nicht erfüllt werben.

S. 45. Brennereien, welche außer ben S. 4. genannten Stoffen auch Getreibe, Kartoffeln zc. auf Branntwein verarbeiten, sind in dieser hinsicht ganz nach ben für die Branntweinbereitung aus solchen Materialien bestehenden Vorschriften zu behandeln.

IV. Recte und Pflichten ber Steuerbeamten bei Ausübung bes Dienftes.

S. 46. Das Gebäube, in welchem eine Brennerei betrieben wird, wohin auch die Räume, in welchen die Gefäße zum Einmaischen, Abfühlen, Kochen und Dämpsen des Materials ausgesstellt sind, so wie die Gefäße, in welchen nicht mehlichte Stoffe, und die Räume, in denen außer Gebrauch geseste Theile des Destillirgeräths ausbewahrt werden, gehören, kann, sobald die Brennerei zum Betriebe angemeldet ist, zu jeder Zeit, sonst aber nur von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr, von den Steuerbeamten, Behufs der Revision, besucht, und muß ihnen zu dem Behufe sogleich geöffnet werden.

So lange in ber Brennerei gearbeitet wirb, muß ber Bu-

gang zu berfeiben ftets unverschloffen fein.

§ 47. In berfelben erftredt fich bie Revisions-Befugniß

ber Beamten barauf, nachzusehen, baß

a) überhaupt die Brennereigeräthe unverandert so, wie sie ansgegeben und bezeichnet worden, auch keine unangemelbeten Geräthe vorhanden sind, und außer Gebrauch gesette Gesräthe sich noch in diesem Zustande befinden;

b) ber abgegebene Betriebsplan in allen Theilen punktlich befolgt werbe, auch, in sofern aus nicht mehlichten Stoffen
gebrannt wird, keine unangemelbeten Gefäße mit bergleichen

Stoffen vorhanden find.

S. 48. Ift bringenber Berbacht vorhanden, daß Unterschleise, um dem Staat die schuldigen Gefälle zu verfürzen, begangen worden, und beshalb eine förmliche Haussuchung erforderlich, es sei bei Personen, welche Brennerei betreiben, oder bei andern, so muß dazu von einem Oberbeamten, oder einer höheren, dem Steueramte vorgesetzen Behörde, ein schriftlicher Auftrag ertheilt werden und sie darf nur unter Zuziehung eines Gemeindebeamten

bei ben legtgebachten Personen, auch nur von Sonnenauf= bis

Connenuntergang ftattfinben.

S. 49. Diesenigen, bei welchen revidirt wird, und beren Gewerds-Gehülfen sind verbunden, sich ruhig und bescheiben zu verhalten, und den revidirenden Beamten diesenigen Hülfsbienste zu leisten, und leisten zu lassen, welche erforderlich sind, um die ihnen obliegenden Geschäfte, es mögen solche in Revision des Betriebs, Nachmessung der Geräthe, Anlegung des Verschusses oder Feststellung des Thatbestandes bei vorgefundenen Unrichtigsteiten bestehen, in den vorgeschriebenen Grenzen zu vollziehen.

S. 50. Die Dienststunden, in welchen die Erhebungsbeamsten zur Abfertigung der Steuerpflichtigen bereit sein muffen, bestimmt die Berwaltung. Als Regel wird festgesetzt, daß, wo die Steueramter mit zwei oder mehreren Beamten besetzt sind, die

Dienststunden folgende fein follen;

Bormittage von 8 bis 12 Uhr, und Nachmittage von 2 bis

6 Uhr.

An andern Orten sind die Dienstftunden auf die Vormittags von 9 bis 12 Uhr eingeschränkt. Wenn es nöthig ist, muß auch außer dieser Zeit die Abfertigung der Steuerpflichtigen möglichst bewirkt werden.

Abweichungen von vorftebenben Bestimmungen follen an ben Orten, wo bergleichen staufinden, besonders befannt gemacht werben.

S. 51. Es ist Pflicht eines jeden Steuerbeamten, die Steuerpflichtigen anständig zu behandeln, bei seinen Dienstverrichtungen bescheiden zu versahren und seine Nachforschungen und Revisionen nicht über den Zweck ber Sache auszudehnen.

Bon ben Steuerpflichtigen wird aber auch erwartet, daß fie threrseits zu feinen Beschwerben über ihr Betragen gegen bie

Steuerbeamten Unlag geben werben.

S. 52. Insbesondere durfen die Steuerbeamten unter feisnen Umftanden für irgend ein Dienstgeschäft ein Entgeld oder Geschent, es sei an Geld, Sachen oder Dienstleistung, es habe Namen wie es wolle, verlangen oder annehmen.

S. 53. Außer den bestimmten Steuersätzen wird nichts er= hoben; Duittungen und Bescheinigungen der Steuerbeborden wer-

ben gebührenfrei ertheilt.

V. Bon ben Strafen und bem Strafverfahren.*)

S. 54. Ber eine Gewerbehandlung, von deren Ausübung

^{*)} Bergleiche hierbei bie im Anhange ber Steuererbnung vom 8, Febr. 1819 mitgetheilten Ergangungen (oben S. 136 fgl. und 139 fgl.)

vie Entrichtung der Branntweinsteuer abhängig ift, vornimmt, welche entweder in einem vom Steueramte vollzogenen Betriebsplane gar nicht angegeben ist, oder von der hierin angegebenen bergestalt abweicht, daß daraus eine Berfürzung der Steuer folgt, hat eine Geldbuße verwirft, welche dem viersachen Betrage der vorenthaltenen Steuer gleichsommt. Die Steuer ist, von der Strafe unabhängig, zu entrichten.

\$. 55. Im Falle der Wiederholung nach vorangegangener rechtsfraftiger Verurtheilung tritt eine dem achtsachen Betrage der Steuer gleichkommende Strafe und die Untersagung des Brennereibetriebs so wie der Hulfsleistung dabei für einen Zeitraum von drei Mo-

naten ein.

S. 56. Bei fernerer Wiederholung des Bergehens und nach vorhergegangener rechtsfräftiger Berurtheilung in die Strafe des S. 55. ift der sechzehnsache Betrag der nicht erlegten Steuer als Strafe und der Berluft der Besugniß zum Brennereibetriebe, so

wie gur Sulfeleiftung babei für immer verwirft.

S. 57. Ist durch heimliche Einmaischungen in unangemeldeten Gefäßen eine Steuerverfürzung verübt worden, so soll die Berechnung der Steuer und der Defraudationsstrase in der Art geschehen, daß vom Tage der Entdedung ab, auf jeden dritten Tag der zulest vorhergegangenen sechs Monate, eine Benugung der gemißbrauchten Gefäße zur Maischbereitung angenommen wird, in sofern nicht entweder eine größere Steuerverfürzung ermittelt wird, oder die Unmöglichseit der vorangenommenen Benugung vollsständig bewiesen werden kann.

§. 58. Wenn Maischgefäße, welche von der Steuerbehörde außer Gebrauch gesett worden, unbesugter Weise zum Einmaischen benust worden sind, so soll die Berechnung der Steuer und der Defraudationsstrafe in der Art geschehen, daß auf seden dritten Tag von der Stunde ab, wo die Maischgefäße zulest amilich unster Verschluß gefunden worden sind, die zur Zeit der Entdedung,

eine Ginmaischung angenommen wird,

S. 59. Sind in Brennereien, wo Branntwein aus nicht mehlichten Stoffen bereitet wird, unangemeldete Destillirgeräthe in Betrieb gesett worden, so werden die verfürzte Steuer und der Betrag der Defraudationsstrase nach dersenigen Materialmenge zum höchsten Steuersate berechnet, welche während der letten sechs Monate vor dem Tage der Entdedung auf dem unbesugter Beise gebrauchten Geräth hat zu Branntwein verarbeitet werden können, insosern nicht entweder eine größere Steuerverkuzung ermittelt wird, oder die Unmöglichseit des vorgenommenen Betriebs vollständig bewiesen werden kann.

S. 60. Sind in Brennereien, wo Branntwein aus nicht

mehlichten Stoffen bereitet wird, Destillirgeräthe, welche von ber Steuerbehörde außer Gebrauch gesest worden, unbesugter Weise wieder in Betrieb gebracht, so werden die verkürzte Steuer und ber Betrag der Defraudationsstrase nach tersenigen Materialmenge zum höchten Steuersaße berechnet, welche seit der Stunde, wo das unbesugter Beise gebrauchte Destillirgeräth zulest amtlich unster Verschluß gefunden worden ist, die zur Zeit der Entdeckung auf diesem Geräth zu Branntwein hätte verarbeitet werden können.

S. 61. Bird ben in Firations = Bewilligungen festgesetten Bebingungen gur Berfurzung ber Steuer entgegen gebanbelt, fo

tritt die Strafe der Defraudation ein.

S. 62. Ift an andern Tagen, in andern Räumen, ober in andern Gefägen als ben in bem amtlich bestätigten Betriebsplane bazu angemelbeten eingemaischt, ober Maische zubereitet ober auf= bewahrt, so tritt, es mag einer ober ber andere biefer Källe, ober fie mogen vereinigt ftatt gefunden haben, in jedem Entbedungs= falle die Ronfisfation ber gebrauchten Gerathe und eine dem Entbeder gang zu Theil werdende Geldbufe von Einhundert Thalern ein.*) Diefelbe Strafe findet ftatt, wenn ber Rauminhalt ber gur Einmaischung, Bubereitung ober Aufbewahrung von Maische angemelbeten Gefäge burch bewegliche ober unbewegliche Borrichtun= gen eigenmächtig vergrößert, ober Maifche, wenn auch nur auf furze Zeit, aus folden Gefägen in andere, bagu nicht angemelbete, abgeschöpft, übergegoffen ober aufgefangen wird. Auch foll, wenn Maische in nicht bazu angemelbeten Gefägen außer ber angemelbeten Zeit ihrer Benugung vorgefunden wird, auf ben Gin= wand, bag folche ju nicht fteuerpflichtigen 3meden bestimmt fei, feine Rudficht genommen werden.

Ift bei Zuwiderhandlungen obiger Art zugleich eine Berkur= zung der Steuer begangen worden, so tritt außerdem noch die

gefegliche Defraubationsstrafe bingu.

S. 63. Wenn, ber Vorschrift bes S. 11. entgegen, steuerspsichtige Materialien entweder gar nicht angezeigt, oder in grösperer Menge, oder an andern Orten, als das Vorraths-Verzeicheniß und der Betriebsplan ergeben, vorgefunden werden, so sindet eine Geldbuße von Einhundert Thalern statt, welche dem Entdecker ganz zu Theil wird.

Ist bei Zuwiderhandlungen obiger Art zugleich eine Steuers verkurzung begangen worben, so tritt außerdem noch die Defrau-

bationsftrafe bingu.

S. 64. Wenn bie Brennereigerathe ober bie bamit vorzus

^{*)} Wergl, hiebei bie R. D. vom 18. April 1888. (S. 195.)

nehmenden oder vorgenommenen Beränderungen nicht, wie im S. 86. vorgeschrieben ist, angezeigt worden, so tritt die Konfissakation der verschwiegenen, veränderten oder anders wohin gebracheten Stücke und eine Gelbstrafe von 25 bis 100 Thalern ein.

Die nämliche Strafe sindet Anwendung, wenn der Raumins halt der Brennereigeräthe der Borschrift S. 6. zuwider zu gering angezeigt worden ist. Ist diese unrichtige Anzeige dem Betriebssplane zum Grunde gelegt worden, so tritt, in sofern badurch eine Berkürzung der Steuer statt gefunden hat, die Strafe der Defrausdation hinzu.

S. 65. Wer, ber Borschrift im S. 7. zuwider, Brennereis ober Destillirgerathe, ohne Anzeige beim Steuer-Amte und barüber erhaltene Bescheinigung, einem Andern übergiebt, verfällt in eine Strafe von fünf bis zwanzig Thalern, welche bei Wiederholungen

auf Zwanzig bis Funfzig Thaler erhöht wirb.

S. 66. Werben bie im S. 8. vorgeschriebenen Bezeichnungen ber Geräthe unterlaffen, so tommen bie Strafbestimmungen bes

S. 65. jur Unwendung.

S. 67. Abweichungen von den Tageszeiten, in welchen eins gemaischt werden soll, so wie die Abweichungen von den declarirsten Tagen des Blasenbetriebs, oder von der an diesen Tagen gesstatteten Brennfrist, werden mit zwei Thalern und bei Wiederhos

lungen mit fünf bis zwanzig Thalern bestraft.

S. 68. Eigenmächtige Beränderungen in dem vom Steuers amte vollzogenen Betriebsplane (S. 10.) werden, insofern dadurch nicht eine härtere Strase verwirft ist, mit zwei die sunfzig Thaslern bestrast. Im ersten Wiederholungsfalle tritt Berdoppelung der Strase, und im zweiten Wiederholungsfalle überdies der Versust der Befugniß zur Betreibung der Brennerei ein. Auch dersenige, welcher seinen Betriebsplan abhanden kommen läßt, solchen nicht reinlich ausbewahrt oder nicht an dem gehörigen Orte zu Jedermanns Einsicht offen hält, wird schon beshald mit einem die fünf Thalern bestrast, wenn auch nicht erweislich ist, daß dersselbe, um eine Kontravention zu verbergen, weggeschasst oder besschäbigt worden.

Was porfiehend in Betreff ber Betriebsplane angeordnet worden, gilt auch für die Material-Borrafhe-Verzeichniffe (S. 11.)

S. 69. Ist mit einer Defraudation zugleich eine Verletung besonderer Borschriften bieses Regulativs verbunden, so tritt die darauf gesetze Strafe in der Regel der Strafe der Defraudation hinzu.

S. 70. Die Uebertretung anderer in biefem Regulativ ents haltenen Borfchriften, und ber in Gemäßheit derfelben erlaffenen und gehörig befannt gemachten Berwaltungs Borfchriften, auf

welche feine besondere Strafe gefest worden, foll mit einer Gelb-

buffe von einem bis gehn Thalern geahndet werben.

S. 71. hinsichts aller vorstehend S. 54. bis einschließlich 70. bestimmten Geloftrafen muß berjenige, für dessen Rechnung die Brennerei betrieben wird, für sein Gesinde, seine Gewerbeges bülfen und Hausgenossen mtt seinem Vermögen haften, wenn solche von dem eigentlichen Schuldigen nicht beigetrieben werden können.

§. 72. Wer, ber rechtsträftig ausgesprochenen Untersagung (§§. 55 und 56.) zuwider, fortfährt das Brennereigewerbe zu betreiben, oder Hülfsleiftung dabei zu verrichten, hat eine Gelds-ftrafe von 25 bis 100 Thalern verwirft, welche im Wiederhostungsfalle verdoppelt wird.

S. 73. Treten ber Steuer-Kontravention gemeine Berbrechen bingu, fo fommen bei biefen bie allaemeinen Strafgefete in Un-

wendung.

S. 74. Wer, um dem Staate die Steuer zu entziehen, den amtlichen Verschuß, durch welchen Maisch., Destillir= und andere Geräthe außer Gebrauch gesetzt worden, abnimmt, verlegt oder sonst unbrauchbar macht, die vorgeschriebenen Bezeichnungen der Geräthe (S. 8.) zerstört, verändert oder nachmacht, wird außer der durch die Verfürzung der Steuer verwirkten Strase, mit der

Strafe ber Fälschung öffentlicher Urfunden belegt.

Ift eine Steuerverfürzung nicht beabsichtigt, so tritt bei eisner Beränderung oder Zerstörung der vorgeschriebenen Bezeichsungen die im §. 64. bestimmte Strase und bei Berletung des amtlichen Berschlusses der Maischs oder Destillirgeräthe, eine Geldsbuße von zwei dis zwanzig Thalern ein, falls nicht glaubwürsbig dargethan wird, daß die Zerstörung der Bezeichnung oder die Berletung des Berschlusses durch einen vom Steuerpsichtigen nicht verschuleten Zusall entstanden und davon gleich, nachdem solche wahrgenommen worden, Anzeige geschehen ist.

In Bezug auf biefe lettern Strafen fommen bie Bestim-

mungen bes S. 71. gur Unwendnng.

S. 75. Wer einem zur Wahrnehmung bes Steuerintereffe verpflichteten Beamten, mit welchem er im Amte zu thun hat, Gelb ober Geldwerth zum Geschenk anbietet, ober wirklich giebt, soll ben vier und zwanzigsachen Betrag bes angebotenen ober gesebenen Geschenks zur Strafe erlegen. Ift über ben Betrag nichts auszumitteln, so tritt eine Gelbbufe von 10 Thalern ein.

S. 76. Widerfestichfeit gegen bie jur Wahrnehmung bes Stenerintereffe verpflichteten Beamten bei Ausübung ihres Amts, sowie auch Berfagung ber im S. 49. ben Gewerbetreibenden jur Pflicht gemachten Gulfeleitung foll, wenn baburch nach ben all-

gemeinen Strafgefegen nicht eine hartere Strafe verwirft ift, mit zehn bis zwanzig Thalern, ober mit verhaltnismäßiger Gefang-

nigftrafe geahnbet werben.

S. 77. In Absicht bes Strasversahrens kommen die allgemeinen Vorschriften wegen Untersuchung und Bestrasung der Steuervergehen in den SS. 91 bis 95 der Steuerordnung vom 8. Febr. 1819. mit der Maaßgabe in Anwendung, daß in Fällen, wo es sich nur um die Festsegung einer Ordnungsstrase die zu 10 Thalern handelt, ohne Ausnahme, in allen übrigen Fällen aber, sofern der Angeschuldigte nicht auf gerichtliche Untersuchung provocirt, die erste Entscheidung von dem General-Jolls und Steuer-Inspector in Ersurt erfolgt und der Necurs von dessen Entscheidungen an das Finanzministerium zulässig ist.

Berlin ben 24. Novbr. 1833.

Der Finanzminifter.

II. In Bezug auf die Braumalzsteuer.

Rabinetsorbre vom 10. Januar 1824. (Annalen Bb. VIII. p. 50.)

Die Mangelhaftigkeit der durch das Geset vom 9. Februar 1819. angeordneten Kontrolle für die Braufteuer und die dars aus entstehende-Ungleichförmigkeit der Besteuerung zum Nachtheil der gewissenhafteren Gewerbtreibenden veranlassen Mich auf den

Antrag bes Staats-Ministerii, Folgendes zu bestimmen:

1) Jeder Brauer ist verbunden, seinen Vorrath an Malzsschrot nur an einem gewissen, ein= für alle Mal zu bestimmenden Ort, welcher zu jeder Zeit der Revision der Steuerbeamten unterliegt, auszubewahren. Alles Malzschrot, welches sich sowohl an diesem Orte, als anderwärts bei dem Brauer über das zur Einmaischung längstens für den solgenden Tag declarirte und versteuerte Quantum vorsindet, soll ohne Rücksicht auf die angebliche Bestimmung als Gegenstand einer beabsichtigten Defraudation angesehen und die Ausbewahrung an einem andern als dem dazu declarirten Orte abgesehen von der Defraudationsstrase, mit einer Ordnungsstrase von einem Thaler für den Centner, geahndet werden.

2) Die Declaration bes Brauers Behufs ber Berfteuerung, soll fich auch barauf erftrecken, wie viel Bier er aus bem anges

gebenen und zu versteuernden Malzschrot ziehen will. Abweischungen von biefer Angabe, welche 10 Procent übersteigen, sollen eben so wie Abweichungen von der angemelbeten Zeit der Eins

maifdung bestraft werben.

3) Beim gemeinschaftlichen Betriebe ber Brauerei und Brennerei darf zu letzterer reines Malzschrot nicht verwendet werden. Ein Gemenge von Schrot aus gemalztem und ungemalztem Getreide ift zulässig, die Mischung muß sedoch vor dem Schroten auf der Mühle in den Körnern geschehen. Wird neben der Brauerei Branntwein aus Kartoffeln gebrannt, so soll zwar der Gebrauch von reinem Malzschrot zu letzterem Behuf gestattet werden, das hierzu sowohl, als zur Brauerei zu verwendende muß sedoch besonders declarirt und ausbewahrt werden, und sind auch die Räume für senes unter Aussicht und Kontrolle der Steuersbeamten zu sesen.

Diese Borschriften haben Sie vom Tage ber Befanntma-

dung ab in Ausführung zu bringen.*)

1) Bezüglich ber Erleichterungen in ber Kontrolle und Erhebung ber Stener

a) Circ. Refer v. 27. April 1824.

Die Bestimmung, wonach alles Malzschrot, welches sich bei bem Brauer über bas zur Einmalschung langstens für ben folgenden Tag beclarirte und versteuerte Quantum vorsindet, ohne Rucksicht auf die angebliche Bestimmung, als Gegenstand einer beabsichtigten Defrandation angesehen werden soll,

[&]quot;) Als Mobificationen, refp. Erlanterungen ber R. D. vom 10. Jan. 1824 fi b zu bemerken

a) bie R. D. vom 2. Juni 1827. (f. zu §. 20 bes Gefetes und §. 27. ber Steuerordnung vom 8. Febr. 1819. S. 103. u. 114.)

b) bie K. D. vom 17. Aug. 1831. (f zu S. 20. b. Steuer-Drb. S. 103.)
c) bie Bestimmungen wegen ber Fixation ber Braustener (f. zu S. 35. ber Steuerordnung S. 117.)

²⁾ Bezüglich ber Strafbestimmung S. I. Ehatbestanb.

ist verschiedentlich dahin verstanden worden, daß einmal bei den Branein, anch an den dazu eins für allemal bestimmten und angezeigten Räumen, kein Malzsschrot vorhanden sein der, welches nicht verher declarirt worden, und für's ansbere, daß Braumalzschrot nicht früher als den Tag vor der Einmaischung in die Branerei gebracht werden darf. Dies ist jedoch unrichtig. Der Brauer, welcher Malzschrot von der Rühle bekommt, kann solches an den dazu angezeigten Ort bringen, und bis dahin, wo er nach S. 30 der Stenerordnung die vorhabende Einmaischung beclariren muß, undeclarirt ansbewahren. Will er aber einmaischen, so muß er vorher in der nach diesem Paragraph bestimmten Frist alles bei ihm verhandene Malzschrot declariren und die Branstener davon entrichten, es müßte sichm benn, sedoch nur in mahlstenerpslichtigen Städten oder sonst aus derfenern, alse er längstens sür den folgenden Tag verbranen will, und den Rest sür solgenes Gebräude unter Kontrolle und Mitverschluß der Stenerbehörde einstweilen unverskeuert aufzubetwahren, in welchem Falle sedoch, wie sich von selbst versieht, die dahin, daß der Rest gleichfalle zur Einmalschung und Berstenerung deelarirt worden, das der Rest gleichfalle zur Einmalschung und Berstenerung deelarirt worden, das der Rest gleichfalle zur Einmalschung und Berstenerung deelarirt worden, das der Rest gleichfalle zur Einmalschung und Berstenerung deelarirt worden

ben, jeber Bugang an nenem Malgichtot fofort bet bet Antunft ber Stenerfe-

Anmer t. Ans ber Bestimmung ber R D. zu 1 folgt übrigene anch, baß ein Brauer, ber an einem nicht beclarirten Orte Braumalzichrot aufsbewahrt, schon beshalb jedesmal in die Ordnungsftrafe verfällt, die Strafe der beabfichtigten Defrandation aber nur bann rere wirft, wenn er Malzichrot zum Brauen beclarirt hatte und fich mehr vorsindet als angemelbet war.

b) R. b. F. M. v. 21. April 1828. und 13. Mai 1839.

Unfer bem Ausbrud "Brauer" in bem Gesete vom 8. Februar 1819 und ber Rab. Orbre vom 16. Januar 1824 wird nicht blos berjenige, welcher Braus erei als Gewerbe treibt, fonbern allgemein jeber verftanden, welcher brauet ober für seine Rechnung brauen läßt.

c) Die R. d. F. M. vom 25. Mai 1833, 11. Matz 1836. und 18. Seps tember 1837.

Die Bestimmung, nach welcher bei ber Berwiegung bes Branmalzes als Bergutung bes Gewichtes ber Gade und in Betracht ber Anfenchtung bes Male ges 1/16 Gentner unberudfichtigt bleiben follte, hat burch bie R. D. vom 27. Juni 1827 bie Abanberung ethalten, baß, gleichwie bei ber Mahistener, auch bei ber Berwiegung bes Malgichrootes ein Uebergewicht unter 1/1. Gentner nicht beachtet werben foll. — hiernach fann bie Defurtirung eines vollen Sechzehntel-Centners von einer Boft Malgidrot nicht ferner ftattfinden und nur die Frage entfleben, ob fogleich ein Untersuchungeverfahren einzuleiten ift, wenn fich ein Uebergewicht von wenigftens einem Sechzehntel-Centner fiber bie beclarirte Denge ergiebt. Die oben ermahnte Bestimmung ließ anger jenem, bamale fur flenerfrei erflarten, in Rolge ber R. D. vom 27, Juni 1827 aber micht mehr fur fteners frei an erachtenben vollen Sechzehntel-Centner, 2 Procent als ein ftraffreies Maximum gu. Ge mag auch bei biefem ftraffreien Daximo von 2 Brocent in ber Art verbleiben, bag bei Berwiegung einer beclarirten Quantitat Dalgichrot. wenn 1/16 Ceniner und ein hoheres Mehrgewicht fich finbet, ermittelt mirb, ob ber Mehrbefund in vollen Sechzehntel-Ceninern 2 Brocent ber Gefammt-Declaras 3m erften Falle ift Strafverfahren einzuleiten, im tion überftelat ober nicht. lentern nur burch Racherhebnug ber Steuer ju erlebigen.

Sollte übrigens vorstehende Bestimmung von einzelnen Gewerbetreibenden gemißbraucht werden und dieselben es sich zur Gewohnheit machen, mehr Malzsichrot als beclarirt, wenn gleich innerhalb des straffreien Maximi, zur Ginmaisschung bereit zu halten und abzuwarten, ob dasselbe bei der Berwiegung entbeckt werde, dann ist schon alsdann das Untersuchungs-Berfahren einzuleiten, wenn

fich auch nur 1/16 Centner über bas beclarirte Gewicht vorfinbet.

Rorm ber Strafe.

a) R. b. g. M. v. 12. August 1826 und 13. Mai 1839.

Da bas Borhandensein von Braumalz über bas langstens fur den folgenden Tag beclarirte und versteuerte Quantum als Gegenstand einer beabsichtigten Gefälle-Bertürzung angesehen werden soll, so folgt darans, daß in solchen Kontrasventionsfällen nur der Thatbestand des verursachten, nicht des vollführten Bergeheus als begründet angenommen werden kann. Es wird daher die Defrans dationsstrafe nach §. 77. Ih. I. tit. 35. d. A. G. D. nur außerordentlich in Anwendung gebracht.

b) R. b. F. M. vom 3. Aug. 1838.

Benn Malzschrot bei einem Brauer an einem anberen, als bem beclarirten Orte in Mengen aufgefunden wird, die feinen vollen Centner erreichen, oder ben Betrag eines Centners in Bruchtheilen übersteigen, ift die in der K. D. vom 10. Januar 1824 Nr. 1. bestimmte Strafe von I Thir. für den Centner nach dem wirklichen Gewichte des vorgefundenen Malzschrotes in Anwendung zu brin-

gen, also belipleleweise bei Mengen von 1, 4 und & Ceniner, resp. 15 Sgr., 18 Sgr. und 9 Bf. und 22 Sgr. 6 Bf. und bei Mengen von 21, 21 und 24 Centnern, refp. 2 Thir. 15 Sgr., 2 Thir. 18 Sgr. 9 Pf. und 2 Thir. 22 Sgr. 6 Pf. an Strafe festzuseten.
c) R. b. F. M. vom 17. Mai 1839.

Bei Braumalgfteuer. Defraudationen fowohl bei verübten ale bei verfuch. ten tritt bie Ronfisfation bes Malgichrots nicht ein, weil bas Gefet fie nicht vorschreibt. Eine Ausnahme biervon macht ber Fall, wo bie Braumalgfleuer (nach Maafgabe ber oben zu S. 20. b. Steuer-Orbn. (S. 103) mitgetheilten K. O. vom 17. Aug. 1831.) im Wege ber Mahlstener erhoben wirb, weil hier die Beftimmungen fur Dabifiener-Defrandationen maaggebend finb.

Bezirf'bes Saupt-Amts

1u

No.

bes Inventariums.

Steuer-Buch für

bie

Brauerei be

<u>au</u>

für bas

Biertelfahr 183

Anleitung für ben Brauerei-Befiter.

1) Diefes Buch muß ber Steuer-Bebeftelle bei jeber Bran-Unmelbung vorgelegt werben, außerbem aber ftete in ber Brauerei felbft an bem bagu ein fur allemal bestimmten Orte, nämlich . . porzufinden fein.*)

2) Die Spalten 1 bis 8. einschließlich find gur Betriebs. Unmelbung bestimmt und von bem Brauereibefiger auszufullen.

3) Soll ber Betrieb fur einige Zeit im Boraus auf mebrere Brautage angemelbet werben, fo gefchieht bie Unmelbung für jeben einzelnen Brautag auf einer besonderen Beile.

4) Abanderungen bes einmal angemeldeten Betriebe, foweit folde nach S. 31. ber Steuerordnung gulaffig find, muffen befonbers fdriftlich ober munblich angezeigt werben, mit Borles gung biefes Buchs, in welchem bie abgeanderte Melbung von

ber Steuer-Bebestelle berichtigt wird.

5) Wird in ber Brauerei für einen Undern gebraut, fo ift gleichwohl ber Brauereibesiger berjenige, ber bie Anmelbung, Berfteuerung u. f. w. ju bewirten bat und für bie Befolgung ber geseglichen Borschriften verhaftet bleibt. Ift berfenige für welchen gebraut wird, ebenfalls ein Brauer, fo fann unter feiner Mitunterschrift bemerkt werben: "bas Brauen gefchieht für ben N. N." und in biefem Falle wird bie erlegte Malgiteuer nicht bem Brauereibesiger, fondern bem andern Brauer zur Bemeffung ber Gewerbesteuer angeschries ben werben.

6) Die Stellung ber in ichiefer Lage vermeffenen Ruhlgefage barf ohne Anmelbung und Antrag auf neue Bermeffung

nicht verändert werden.

") Diefer Bestimmung tritt nach bem C. R. b. F. M. v. 9. Septbr. 1840.

⁽Centribl. p. 359.) noch Folgenbes bingn: "Rach Ablanf bes Bierteifahres, ift foldes an bie Steuer-Debeftelle abguliefern, von welcher ber Brauereibefiger baffelbe jeboch nach bavon gemachtem Gebrand bei ber Register-Revision auf Berlangen guruderhalten fann.

S. S.	Nachweisung ber in ber Bran Der vorhandenen Braugeräihe Benennung.	Rafterei no Mahalt. Duart.	Nachweisung ber in ber Brauerei nach bem Inbentarium vorhandenen Geräthe und anderweite Der vorhandenen Braugeräthe Ben ennung. Ben ennung. Duort. 1. Bestand an Waagen und Gewichten. 2. Der Platz zur Ausbewahrung des Walzschen eit kerzelen und gewichten.
			der Studeret wird in Abtheilungen für f Zentner Malzschrot für sebe

volle. | xz. Centner. Bei der hentigen Revision sind vorgesunden und auf das solgende Bierteljahr zu übertragen . Bleft. Also gegen ben Sollbestand { mehr . weniger Zusammen-Während bes legtern Biertekfahrs find, wie umseitig angegeben, versteuert . . . blieb an Malzschrot Bestand Braumalgidrot. Berechnung. ift dazu gekommen ŧ E A Während bes jest abgelaufenen. ten Riertelfahrs 18 Am Shluffe bes vorigen ten Biertelfahrs 18

-(Einlage : Bogen jum Stenerbuche.)

Ramensschrift Hebebeamten. Duittirende Steuer - Entrichtung. Hegifters. No. bee Betrag Braumalz-Ruf By: 18 Steuer. Ħ Det Namensschrift Eigenhandige Anmelbenben. 200 Betriebs - Anmelbung bes Steuernben. giebenz glebenz ben Blere. Connen. ge Deg Bor: | Rach: Sturn De. ber Einmaischung. mittags. 3 e i t ف સુ જ Nenge bes zu ver-vendenden Malzvolle. 18. volle. 18. Centner | Centuer Weizen. | Gerfte. forots aus α. Anmelbung. 802 ğ

(Bweite Seite.) Revisson und Befund des Brauerei-Betriebes. Ш

Revision Db und wie lange and bis zu welcher Periode bes Brauverschrens demfelben beigewohnt wade made triebe besunder in und außer dem Be- triebe besunden worden ist. 13. 14. 15.		Name und e, Diensteigenschaft bes et revibirenden en. Beamten.				
Revision und Sot: Nach. und mittage.	Centrotes	Bete Beleg				
š	III. Itenitor uno zeluno ver zeunerera	Db und wie lange und bis zu welcher Pertode bes Brauverfahren bemfelben beigewohnt und wie die Brauerei in und außer dem B triebe befunden worden ist.				
š				Rach.	14.	
		Revisio	<u> </u>	Sor:	13.	
16*		Der !		છે એ	12.	

III. In Bezug auf die Weinsteuer.

Gefes vom 25. Septembet 1820. (G. S. p. 193.)

Wir Friedrich Wilhelm, 2c. 2c. sind durch die Wünsche Unsferer Beindau treibenden Unterthanen, und durch deren eigenthümsliche Berhältnisse bewogen worden, die bisherige Beinmost-Steuet in eine Beinsteuer zu verwandeln, die Steuersäße der geringeren Sorten zu ermäßigen, eine mannigfaltigere Abstusung zu verordnen, und die Steuer in manchen Fällen nicht mehr von dem Weindauer, sondern von dem Käuser entrichten zu lassen. Wir verordnen deshalb, mit Ausbedung der SS. 22 bis 26. des Gessess vom 8. Februar 1819 und der SS. 36 bis 41. der dazu gehörigen Ordnung, nach eingeholtem Gutachten Unsers Staatseraths, wie folgt:

S. 1. Die Steuer von bem in Unserer Monarcie erzeugten Wein wird nach ber verschiebenen örtlichen Beschaffenbeit auf

1 Riblr. 4 Gr.

20 — 14 —

14 — 10 —

š --

6 --

für ben Eimer bestimmt.

S. 2. Die Beinberge und Beingärten sollen nach ihrer Lage und Beschaffenheit im Bezirke eingetheilt und für jeden dersselben ein für allemal, jedoch mit Vorbehalt der unten bemerkten Revision, die ihm zugehörige Steuerklasse bestimmt werden.

Diese Eintheilung geschieht in den Rheinprovinzen durch eine einzige aus Mitgliedern der betreffenden Regierungen und Sachverftändigen gebildete Kommission. Auch können für die übrigen Beingegenden ähnliche Kommissionen zu diesem Zweck angeordnet werben, im Fall das Finanzministerium solches für erforderlich hält.

Die Bezirke können nach der Dertlichkeit mehrere Gemeinen, oder eine einzelne Gemeine, oder auch nur einzelne Weinderge umfassen, je nachdem der darin erzeugte Wein auf einem oder mehreren Kelterhäusern zusammen gekeltert zu werden pflegt, oder sonst ziemlich von einerlei Beschaffenheit und Preis ift, und unter einerlei Namen zum Verkauf kommt.

Die Rlaffifitation wird an bas Finanzministerium eingereicht,

und von bemfelben genehmigt, welches auch bestimmt, wie oft eine Revision berfelben vorgenommen werden foll.

In allen öftlichen Provinzen bes Staats finden feine andere

als bie brei unterften Rlaffen Anwendung.

S. 3. Wird ber Wein por bem erften August bes auf feine Erzeugung folgenden Jahres verkauft und abgeliefert, fo ift ber Raufer verbunden, Die Steuer por Empfang bes Beine ju erlegen, und bem Weinbauer bie Quittung einzuhandigen, fann fich jeboch eine Duplifat = Duittung von ber Steuer = Beborbe geben Geschieht bie Ablieferung nach bem Abstich, fo wird ber abgelieferte Wein nach ben im S. 1. vorgeschriebenen Gaten versteuert; geschieht sie vor bem Abstich, so werden von ber abgelieferten Quantitat Bein Funfzehn Procent abgerechnet, und von bem Ueberreft wird bie Steuer nach jenen Gagen entrichtet.

S. 4. Mit bem 1. August bes auf bie Erzeugung bes Beines folgenden Jahres erhebt bie Steuerkaffe von fammtlichen Bein-bauern bie Steuer nach ben für jeben Ort in Gemäßheit ber SS. 1 und 2. festgestellten Gagen. Bei biefer Berfteuerung wird bie Quantitat bes gewonnenen Moftes jum Grund gelegt, nachbem davon Funfzehn Prozent abgerechnet sein werden. bem Beinbauer bei bem früheren Berfauf bes Beines, in Gemäßbeit bes S. 3. Steuerquittungen überliefert worben, fo fann er biese ber Steuerkaffe als baare Zahlung zurechnen.*)

S. 5. Da es zu ber im S. 4. angeordneten Steuererhebung nöthig ift, zu wiffen, wie viel Moft von jedem einzelnen Weinbauer gewonnen wirb, fo foll jum 3med biefer Ausmittelung fol-

gendes Berfabren beobachtet werben.

Jährlich macht bie Regierung ben Zeitraum öffentlich befannt, wo jeber Weinbauer verpflichtet fein foll, ben Betrag feines Gewinnes nach Eimern ber Steuerbeborbe anzuzeigen, ber Bein mag fich noch in Butten befinden, ober auf Faffer gefchlagen fein. Jeber Eigenthumer bat biermit zugleich bie bestimmte Angabe bes Aufbewahrungsorts, und bes in einzelnen gallen etwa nothig gewordenen Aufschubs ber Lefe ober Relterung, zu verbinden.

S. 6. Rach geschehener Anmelbung findet die Untersuchung ber Beftanbe Statt. Die Gemeindebeamten find verpflichtet, Die Steuerbeamten bei biefem Geschäft nach ihrer Anleitung ju unterftugen. **) Sat bie Lefe und Kelterung in einzelnen Beinbergen

**) Far bas linte Rheinufer gilt

^{*)} Die §§. 3 und 4. find aufgehoben burch bas unten mitgetheilte Befes vom 28. September 1834.

bie R. D. vom 2. Otibr. 1834. (Aun. Bb. XVIII. p. 975.) Rach Ihrem Antrage vom 7. b. M. setze Ich hierdurch fest, daß am linken Rheinufer so lange, bie durch die Kommunal. Ordnung anderweit eine entspres

bis babin noch nicht Statt gefunden, fo tann die Behörde Maagregeln treffen, um eine Bermischung des zu erwartenden Ertrags

mit ben bereits aufgenommenen Beständen zu verhindern.

Ueberhaupt bleiben während ber Lese und Kelterung, und bis bahin, daß die Untersuchung der Bestände geschehen ist, die einzelsnen Weinsteuerbezirke dergestalt geschlossen, daß kein Transport von Trauben oder Most aus einem in den andern, oder im Orte, wo die Weinsteuer gar keine Anwendung sindet, anders, als unter steueramtlicher Kontrolle, geschehen kann.

S. 7. Unerhebliche Berichiebenheiten zwischen ber Anmelsbung und ber wirklichen Aufnahme, werden nach letterer berichstigt. Als unerhebliche Abweichungen sind folche anzusehen, bie

ein Bebntel ober weniger betragen.

S. 8. Eine Ermäßigung ber Steuer bis auf ben geringften Sat findet in so weit Statt, als gehörig erwiesen wird, daß noch unversteuert in der ersten Hand befindlicher Wein umgeschla-

gen ober untrinkbar geworden ift.

S. 9. In Jahren, wo ungewöhnlich schlechter Wein gekeltert, wird, kann mit Genehmigung bes Finanzministeriums die Steuer bis auf drei Viertel oder selbst bis auf die Hälfte ermässigt werden, welche Ermäßigung nach Verhältniß der Weinpreise um die Zeit des ersten Abstichs zu den Preisen gewöhnlicher Weinjahre zu bestimmen ist.

S. 10. Was in der Ordnung vom 8. Februar 1819. von den Befugnissen und Pflichten der Steuerbeamten, so wie von den Uebertretungen der gesetlichen Borschriften bestimmt worden, behält auch in hinsicht auf die Weinsteuer, nach wie vor seine Gültigkeit, und muß dasselbe in dieser hinsicht überall auf die vorstehenden Paragraphen bezogen werden.*)

chenbe Einrichtung getroffen fein wird, die Schöffen ber Gemeinen zur Anshulfe und mit den Befugniffen ber verwaltenden Kommunal-Beamten den Stenerbeamsten die im Gefete wegen Erhebung der Beinsteuer vom 25. September 1820 §. 6. bei Untersuchung der Bestände angeordnete Unterstützung leiften durfen.

") In Bezug auf die Anwendung der hier in Bezug genommenen Straf-

[&]quot;) In Bezug auf die Anwendung ber hier in Bezug genommenen Strafbestimmungen aus der Stenerordnung vom 8. Februar 1819. ist zu bemerken: a) R. d. F. M. d. 12. Mai 1834.

Der §. 60. ber Steuer-Dronung ift auf ben Weinfäufer nicht anzuwenden, weil berfelbe ausbrucklich nur von benjenigen spricht, welche den Weindau bestreiben: ben Känfer kann vielmehr für die unterbliebene Zahlung der Steuer vor Empfang des Weins nur die im §. 90. bestimmte Ordnungstrase treffen. Aber auch gegen den Berkaufer ist wegen unterbliebener Berkaufe-Anzeige und Berkeuerung die Defrandationsstrasse nicht gerechtsertigt. Er kann nämlich, sos bald die gewonnene Wenge Most einmal sesstlethit, eine Berkuzung des zu entrichtenden Steuerbetrages nicht mehr unternehmen, und wenn er auch durch unterbliebene Anzeige des Berkaufs den Fissus in hinkops auf die Zahlungszeit

Die Bestimmung bes S. 82. ber lettern in Ansehung ber Bestrafung bersenigen, welche bie Salfte ber aufgenommenen Bestanbe an Wein einem anbern überlaffen, und nicht innerhalb bes Berlaufs von acht Tagen nachher bie Steuer vom Ganzen entsrichten, wird aufgehoben.

Urfundlich von Uns Sochfteigenhandig vollzogen, und mit

Unferem Königlichen Inflegel verfeben. *)

ber Stener, und möglicher Beise in Sinsicht auf die Sicherheit, beeinträchtigen möchte, so liegt hierin doch keine Defrandation nach dem im §. 60. davon ausgestellten Begriff. Diese ist hiernach nur bei unrichtiger Declaration des Weingewinnes vorhanden, wegen anderer Inwiderhandlungen aber nur eine Drdnungsstrasse gegen den Weinsdauer, und nach Unterschied auch gegen den Beinkäuser zulässig, wobei es sich jedoch von selbst versteht, daß Legterer, wenn er, der Vorschrift im §.3 des Geses vom 25. September 1820 zuwider, die Stener nicht alsbald gezahlt hat, mit dem Weindauer sollbarisch für dieselbe verhastet ist.

b) R. b. F. M. vom 18. Septbr. 1835.

Auch nach dem Ericheinen der Allerhöchten Kabineteordre vom 28. Septbr. 1834 (f. nachfolgend) ift in Absicht der Einziehung und Berrechnung der inländischen Weinsteuer in Kontraventionefällen das frühere Berfahren bahin beizubehalten, daß die Bollftredung der Entscheidungen zugleich auf die danach zu zahlenden Gefälle mit gerichtet werde.

*) Bur Ausführung bes Gesets vom 25. Septbr. 1820 ergingen: A. Als allgemeine Borschrift bie Instruktion b. F. M. v. 14. Octbr.

1820. (Ann. Bb. IV. p. 723.) Diefelbe ordnet im Wefentlichen bas Berfahren

a) bei ber Rlaffification ber Beinbegirfe burch eine baju gu ernen-

nende Commission

b) bei ber De claration bes Weingewinnes, für welche ber Beitraum jes besmal burch bie Amisblatter festgesett wirb,

a) bei ber Revision ber Declarationen, fo wie d) bei ber Erhebung und Berrechnung ber Steuer,

und ift für richterliche Enifcheibungen nicht von Wichtigfeit.

B. Für bie Abeinproving bie Anweisung vom 28. Febr. 1826. (Ann.

Bb. X. p. 693.) Ans berfelben find fur bie Entscheibung in Defraubationsfällen folgende Bes

flimmungen von Erheblichfeit.

S. 1. Wer Trauben teltert, welche entweber felbft gewonnen, ober von Andern bezogen worben, ift verbunden, in jenem Fall ber Steuerbehörde bes Orts, wo die Trauben gewachsen find, in diesem ber Steuerbehörde bes Orts ber Kels

terung, ben bavon gewonnenen Doft ober Bein anzumelben.

§. 2. Die Anmelbung bes Weingewinns erfolgt, nach Maafigabe ber für ben jebesmaligen herbst burch bas Amtsblatt ergangenen Bekanntmachung bes Provinzial-Steuer-Direktors, in jeder Gemeine während ber nachflen 20 Tage nach bem von ben Ortsbehörden bestimmten Anfange ber Weinlese in bieser Gemeine.

Wenn die Relierung früher vollendet ift, fo geschieht die Aumelbung inver-

halb ber nachften 3 Tage nach bem Enbe ber Relterung.

Wer bis jum 20ften Sage nach bem Aufange ber Lefe mit ber Relferung noch nicht fertig geworben, muß frateftene an biefem 20ften Lage ber Steuersbe-

Rabinetsorbre vom 28. September 1834.

(G. S. p. 185.)

Auf ben Bericht bes Staats = Ministeriums vom 29. v. M. sete Ich, um ben Weinbauern die Abgabe der Weinsteuer zu erleichtern, unter Aufhebung ber SS. 3 und 4 bes Gefetes vom 25. September 1820, bierburch folgenbes feft:

bestelle ichriftlich melben, bag er fich in foldem Falle befinde, und mit welchen Tage bie Relterung für ihn beenbet fein werbe.

Für biese Ausnahme-Fälle wird bann bie Anmelbung innerhalb 24 Stunden

nach Beenbigung folder verspateten Relterung noch angenommen werben.

Bon bem Anfange ber Beinlese und etwanigen Abanderungen biefes Termins hat die Gemeinebehorbe ber Steuer-Bebefielle alebald guverlaffige Rach-

richt ju geben.

Die Anmelbung, wozu bie Formulare wenigstens 14 Tage vor Ans fang ber Weinlese von bem hauptamte bes Bezirks burch bie Gemeinebeborbe an biejenigen, welche Weinbau treiben, unentgeltlich geliefert werben follen, ift zweifach, beutlich und ohne Abanberungen ausgefüllt an bie Steuer-Gebeftelle abzugeben.

Das eine Eremplar erhalt ber Anmelbenbe bescheinigt zur Aufbewahrung jurud, und bient ihm als Ausweis, so wie tfluftig als Steuer-Abrechnung und Quittung.

In ber Anmelbung muß ber burch bie Relterung gewonnene Bein insgefamt. und ohne irgend einen Abjug auf Befe und bergleichen, angegeben werben, ba folder Abgug fpater burch Bergutung ven 15 Prozent von ber Steuer-Debeftelle

berechnet wird.

Es ung alfo auch barin nachgewiefen werben: ber von bem eigenen Bes winn an Rirchen, Geiftliche, Schullehrer, Rufter und andere Berfonen ale Rente, Bins, Bacht ober fonftigen Untheil abgegebene fogenannte Defi-, Bins-, Liefere, Rompetenge ze. Bein; besgleichen berjenige Bein, ber auf anbere Beife vor ber Anmelbung in Abgang gefommen, woruber bie Steuer-Qulitung bei ber Revifion porzulegen ift.

Ueber ben von andern Berfonen empfangenen Bein hat fich ber Anmelbenbe bei ber Revifion auszuweisen, und zwar, wenn ber Bein aus bem Grenzbezirfe gekommen ift, burch ben baruber fprechenben Legitimations : Schein, in welchem bie Steuerftelle jugleich bie erfolgte Steuergahlung bemerft haben wirb; wenn aber ber Bein aus bem Binnenlande getommen ift, burch ben Frachtbrief mit

eben folder Berftenerunge-Befcheinigung.

Für Wein, welcher aus bemfelben Drie bezogen ift, wird ber Revifor bie gefchehene Berfteuerung bei bemjenigen untersuchen, von bem ber Bein gefone

Jedes Gefag, in welchem ber junge Bein aufbewahrt wird, ift mit einer Nummer zu verfehen, und biefe Rummer in ber 4. Spalte ber Anmelbung an bemerfen.

S. 4. Es wird zwar nicht unterfagt, auf bie zu telternben Tranben altern Dein zu gießen und biefen mit jenen zu feltern, ober altere und junge Beine

auch por ber Revision ber lettern zu vermischen.

Soll jedoch bas Eine ober Andere geschehen, fo muß bavon 3 Tage porber ber Steuer-Bebeftelle fdriftlich Anzeige gemacht werben, bamit ein Steuerbeamter jugegen fei und leberzeugung nehme, wieviel alterer Wein angethan morben if.

1. So lange Bein im Besite bessen, ber ihn gewonnen, und in der Gemeine verbleibt, in deren Heberegister er eingetragen ist, soll die Versteuerung besselben künftig nicht gesordert werben. Nur wenn der Weindauer als Gast- und Schanswirth oder als Weinhändler gewerbesteuerpsichtig ift, liegt ihm ob, am 1. Mai nach der Lese, von dem gewonnenen Wein so viel, als bis dahin verkauft oder verbraucht ift, und am folgenden ersten No- vember den ganzen Ueberrest zu versteuern.

2. Am 1. Mai ober 1. November jeben Jahres tritt auch für alle übrige Weinbauer bie Berbindlichkeit zur Berfleuerung bessenigen Weins ein, welchen sie bis zu jedem dieser Termine verzehrt, ober aus der Gemeine, in deren Steuerregister derselbe

eingetragen ftebt, weggebracht haben.*)

3. Wein, ber von bem ersten Besitzer an einen andern übergeht, muß von diesem sofort versteuert werben. Wer daher Wein von einem Weinbauer erwirbt, ber sich nicht durch Zeugniß der Steuerbehörde darüber ausweiset, daß er nur versteuerten Wein besitze, ist verpflichtet, bevor ihm der Wein übergeben und

Trifft zu bem erklärten Beitpunkte folcher Mengung ein Stener-Beamter nicht ein, so muß ber Anmelbenbe noch ferner einen Tag auf benselben warten, und erst nach Ablauf dieses Tages darf er, fofern der Stenerbeamte ausbleibt, auch ohne besten Anwesenheit zu der erklärten Mischung schreiten, dieses jedoch nur im Beisein zweier unverwerslicher Zeugen.

Bon bem Steuerbeamten ober von biefen Zengen wird zur Stelle barüber, bag bie Mischung geschehen, und wie viel alterer Wein, auch in welches Gefäß folcher beigemengt worben ift, mit bem Anmeldenben furze Berhanblung aufge-

nommen, welche bei bem Lettern niebergelegt bleibt.

3ft Beimifchung ohne Beobachtung ber vorstehenb angegebenen Regeln gesichen, fo werben bie Revisoren bas ganze vorhandene Gemenge von alterem und jungem Beine als jungen fteuerpflichtigen Bein annehmen und in Anfat bringen.

*) Eine Erleichterung in Bezug auf die Borschriften ber §§. 1 und 2. enthalt die K. D. v. 27. Januar 1836 laut Bubl. v. 24 Febr. 1836. (Kölner Umteblatt), welche eine Erweiterung der Bestimmungen der Kab.-Drbre vom 28. September 1834 bahin genehmigt, daß benjenigen Meingutsbesitzern, welche ihren Bein von der Gemeine, wo er gewonnen und gekeltert worden, wege und ihren ihrem anderweitigen Wohnorte ziehen, auch wenn sie nicht Weinhandler oder Gast und Schanswirthe sind, die Meinsteuer fortlaufend die zum Verkauf oder bie zur Kousumtion a conto gestellt werde, insofern sie

1) in einem Orte wohnen, ber in einem weinbautreibenben Spezial-Bebebezirf liegt, an bem Orte aber, wo ber Bein gewachsen ift, fie felbft feine zu beffen langerer Aufbewahrung geeigneten Keller befigen; wenn fie hiernachft

3) bie Orte-Beranberung gleich bei ber Gewinn-Anmelbung anzeigeu, und folde nicht vor beenbigter Berbft-Revifion ber Beinbeftanbe, langftens jedoch bis

14 Tage nach berfelben, geschieht.

²⁾ ben Wein, set es von eigenem Wachsthum ober von erkanften, mit demfelben jugleich gekelterten Tranben, in Mengen von nicht weniger als einem Fuber Brutto aus der Gemeine, wo er gewachsen ift, in die ihres Mohnorts bringen, und wenn fie

verabfolgt wird, die Steuer bavon bei ber betreffeuben Steuerbeborbe zu entrichten und berfelben ben Anmelbe- ober Steuerzettel bes Bertäufers zur Abschreibung bes verkauften Weins vorzulegen. Wird ber Wein verabfolgt, ehe biefes geschehen ift, so verfallen Räufer und Berkäufer in die §. 90 ber Steuerordnung vom 8. Rebruar 1819. angebrobte Ordnungeftrafe von 1 bis 10 Thalern, und bleiben fur bie nachträgliche Entrichtung ber Steuer folibarifch verbaftet.

Die Berechnung ber Steuer erfolgt wie bisber; unter Gewährung eines Abzugs von funfzehn Prozent bes gewonnenen

Moftes.

5. Die unverfteuert gebliebenen Beinvorrathe werben in Die Steuerregister bes folgenden Jahres übertragen. Die Wein= bauer haben biefe Borrathe zugleich bei Anmelbung bes Beingegewinnes aus ber Lefe bes laufenben Jahres ober, wenn feine Weinerndte fattfindet, in jedem Jahre bis zum 1. November,

anzuzeigen.

Außer der im 6. 6 bes Gesetzes vom 25. September 6. 1820 angeordneten Aufnahme bes neu gewonnenen Weins, welche fich fünftig auch auf die anzumelbenden altern, unverfteuert gebliebenen Bestände erftredt, und für biefe jedenfalls auch bann. wenn feine Beinernote erfolgt, ftattfinden muß, foll gur Siches rung ber Steuer auch im Mai jeben Jahres eine Revision ber Beinbestände in allen Gemeinen, in welchen unverfteuerter Bein vorhanden ift, gehalten werden.

Diefe Bestimmungen find burd bie Gefetfammlung befannt ju machen, und von bem Finanzminister, mit Ansbehnung auf bie noch in ber erften Sand befindlichen Weinvorrathe aus frubern Sabren, von welchen die Steuer einstweilen blos geftundet mor-

ben, in Ausführung zu bringen. *)

*) 1) Bur Ausführung biefer Orbre erging bas Bublifanbum b. F. M. v. 10. Septer. 1835. (Rolner Amtebl. p.

^{271.)} aus welchem folgende Bestimmungen hierher gehören.
§. 2. Geschieht die Anmeldung durch Agabe der ausgefüllten Formulare an die Steuer-Hebestelle später, als im §. 2. ber Anweisung vom 28. Februar 1826 (f. oben) vorgeschrieben ist, b. h. später, als 2 Tage nach der Kelterung, ober wird, wenn Lettere innerhalb der ersten 20 Tage nach dem Klafang der Weinlese noch nicht erfolgt ift, an biefem 20. Tage bie Rachsuchung einer befonbern Frift-Berlangerung fur bie Ammelbung unterlaffen, fo tritt gegen ben Saumigen nicht nur Ordnungestrafe nach §. 90. ber Steuer-Ordnung vom 8 Februar 1819 ein, fondern es entfieht fur ibn auch ber Rachtheil, bag er beim Bufammentreffen

IV. In Bezug auf die Tabaks-Steuer.

Rabinetsorbre vom 29. März 1828. (G. S. p. 39.)

Nach bem Antrage bes Staatsministeriums vom 17. b. M. fege 3ch jur Erleichterung bes inlandischen Tabatebaues, mit Aufbebung aller im Steuergeset und in ber Stenerordnung vom 8. Kebruar 1819, so wie in Meiner Orbre vom 9. Januar 1822.*)

mehrerer Anmelber vor ber Gebestelle allen benen in ber Abfertigung nachstehen muß, welche zwar fpater gefeltert baben, ale er, aber zur Anmelbung ihres Gewinns rechtzeitig erschienen finb.

§. 10. Jebe Berauberung ber Aufbewahrunges Drie unverftenerter Beinbes fande auch innerhalb ber Gemeine, in beren Regifter fie eingetragen ftehen, muß bei Bermeibung einer Ordnungestrafe nach f. 90. ber Steuerordnung vom 8. Febr. 1819 ber Bebeftelle guvor angezeigt werben.

2) In Bezug auf S. 2, bes Bublifanbums vom 10. Sept. 1835 beftimmte

bas Publifandum b. F. M. v. 22. Juli 1837.

Da nach S. 60. ber Steuer-Ordnung, die unterlassene ober unrichtige Anzeige ber Gewerbshandlung, von beren Ausübung ber Beinbauer bem Staat bie Beinfteuer zu entrichten hat, die Defraubationoftrafe nach fich gieht, und biefe Bewerbshandlung in ber Relterung besteht, auch bie R. D. vom 28. Septbr. 1834 bierin nichts anbert, fo wird bie Bestimmung im S. 2. ber Befanntmachung vom 10. September 1835, wonach gegen ben Caumigen nur eine Ordnungestrafe nach 6. 90. ber Steuerordnung vom 8. Rebruar 1819 eintreten foll, babin berichtigt, bag in allen Fallen, mo bie Anmelbung bee Weingewinnes nach ber Lefe, in ben vorgeschriebenen Friften gar nicht, ober unrichtig erfolgt, bie Defraubations frafe nach 5. 60. und nicht bie Orbnungestrafe nach 5. 90. ber Steuerordnung eintritt.

3) Für ben fofort bei ber Relterung ju Effig beclarirten Traubenfaft, fo wie fur ben im Gewahrfam bes Producenten untrintbar gewordenen Bein wirb bie Stener auf Grund einer R. D. vom 7. Febr. 1829 nach gewiffen in bem Bublif. vom 24. Febr. 1830 fefigeftellten Maaßgaben erlaffen.

4) Weinbauer, welche ihren Gewinn nicht fofort nach ber Lefe insgesammt verfteuern wollen, erhalten nach bestimmten, in ber Befanntmachung v. 10. Sept. 1835 (f oben unter 1.) enthaltenen Grunbfagen Rrebit auf ihre unverfteuerten Weinbestände, entweder nach einem jährlichen ober nach einem fortlaufenden Ronto.

*) Diese in ber Ges. S. pro 1822. p. 40. publizirte Berordnung feste feft, bag jur Grleichterung fur bie Landwirthe, welche Tabat anpflangen, wenn inlandische Sabateblatter vor bem 1. August bes auf ihre Erzeugung folgenden Jahres verkauft und abgeliefert murben, ber Raufer verbunden fei, bie Steuer vor dem Empfang der Tabakeblatter gegen Quittung an den Producenten ju erlegen, wogegen bei der an dem oben gedachten Termine vorzunehmenden Steuer-Erhebung biefe Quittung ale baare Bablung angerechnet, und nur ber von ber vorjährigen Ernte noch vorhandene Borrath baar verfteuert werden folle.

über die Besteuerung bes Tabats und die Erhebungstontrollen

enthaltenen Bestimmungen, hierburch Folgendes fest:

1. Die Steuer vom inländischen Tabat soll fünftig nach ber Größe ber allährlich mit Tabat bepflanzten Grundfläche, in vier Abstufungen, entrichtet werden.

2. Sie foll von je feche Quabratruthen Preugisch (einen

Dreißigtheil Morgen) mit Tabaf bepflanzten Bobens,

in ber erften Rlaffe 6 Silbergrofchen,

. = aweiten . 5

• britten • 4

s vierten s 3

jährlich betragen.

3. Nach welchem dieser Säge die Steuer in sedem Kreise gleichförmig zu entrichten ist, soll auf erstattetes Gutachten des Ober-Präsidenten der Provinz, nach deffen näherer Berathung mit den Regierungen und dem Provinzial-Steuer-Direktor, durch den Finanzminister, im Einverständniß mit dem Minister des Innern, zeitweise festgesetzt werden.*)

4. Bo die Duadratruthenzahl ber Gefammtfläche, von wels cher die Steuer erhoben wird, burch sechs nicht theilbar ift, bleibt das unter 6 Ruthen betragende Maag bei der Steuer unberuds

sichtigt.

5. Der Inhaber einer mit Tabak bepflanzten Grundfläche von 6 und mehr Quadratruthen ist verbunden, vor Ablauf bes Monats Juli der Steuerbehörde die bepflanzten Grundstüde einszeln nach ihrer Lage und Größe in Morgen und Quadratruthen Preußisch, genau und wahrhaft, schriftlich oder auch mündlich anzugeben, und erhält darüber von derfelben eine Bescheinigung.

6. Die Steuerbehörde prüft die Angaben auf dem einfacheften und zuverläffigsten Wege, ohne daß dadurch dem Tabakspflanszer besondere Bermeffungekoften verursacht werden dürfen. Die Gemeindebeamten sind verpflichtet, sie bei dieser Prüfung zu unters

flüßen.

7. Wer eine mit Tabak bepflanzte Bobenfläche unrichtig angiebt, ober ganz verschweigt, macht sich einer Steuerdefraubation schuldig, und wird nach ben Bestimmungen ber Steuerordnung vom 8. Februar 1819 SS. 60. u. f. bestraft, sobald das verschwiesgene Flächenmaaß über den zwanzigsten Theil des ganzen mit Tabak bepflanzten Bodens, und 6 Quadratruthen oder mehr besträgt. Ist der Unterschied zwischen der Angabe und dem Befunde

^{*)} Rabere Borfchriften über bas Berfahren hiebei find ben Ober-Prafibene ten in bem Circ. Refc. vom 4. April 1828 ertheilt.

geringer, so wird die gesestliche Steuer ohne weitere Strafe nacherhoben.*)

*) Ale Ergangungen und Gelauterungen der Strafbestimmung ih 5. 7 find an bemerten:

a) R. D. v. 30. Juli 1842. (G. S. p. 245.)

Auf ben Antrag bes Staatsministeriums v. 13. v. M. will Ich bie in ber Orbre vom 29. März 1828, bie Steuer von inländischem Tabat betreffend, unter Rr. 7. ertheilte Borschrift bahin abanbern, daß fortan nur berjenige als Steuersbefraubant anzusehen und nach ben Bestimmungen ber Steuercrbnung v. 8. Febr. 1819 S. 60. u. sig. bestraft werden soll, welcher bei einem auf einer Grundsläche von sechs ober mehr Quadratruthen betriebenen Tabatsbau die vorschriftsmäßige Anzeige ganz unterläßt. Wer dagegen diese Anzeige zwar macht, babei aber die Grundsläche bergestalt unrichtig anglebt, daß das verschwiegene Flächenmaaß bei einer 120 Quadratruthen erreichenben ober übersteigenden Ausbehnung der mit Tabat berstanzten Grundsläche mehr als den zwanzigsten Theil der Letzteren ober bei einer geringeren Ansbehnung des mit Tabat bepflanzten Bodens sechs Quadratruthen ober mehr ausmacht, verfällt nir in eine Drbuungestrase, welche bis zur Göhe der doppelten Steuer von dem verschwiegenen Flächenmaaße seigesest werden kann. Ist der Unterschied zwischen der Angade und dem Besunde gerinsger, so wird die geschliche Steuer ohne weitere Strase nacherhoben.

b) Die R. b. F. Di. v. 25. Febr. 1837 und 11. Septbr. 1839.

Der Art. 5. der R. D. vom 29. März 1828 verördnet, daß die Anmeldung vor Ablauf des Monats Inli geschen foll, Wenn indesien Erundstücke erst uach Ablauf des Inli mit Tabaf bepfianzt werden, so folgt schon daraus, daß die Bepflanz nug die Gewerbshandlung sie, deren Ausübung die Verpstichtung zur TabakssteuersEntrichtung nach sich zieht, daß die Anmeldung iedenfalls vor der Bepflanzung erfolgen misse, und wenn sie die Anmeldung geschehen, nach S. 60. der Stenerordung vom 8. Kebr. 1819 die Defrandationskrafe anzubens den sei. Um indeß jedem etwanigen Einwande wegen Ungewisheit über den Ansmeldungstermin, der erst nach Ablauf des Juli mit Tabaf bepflanzten Grundstücke zu begegnen, ist in der durch die Amtsblätter jährlich im Juni zu erlassend Ausglörderung wegen Anmeldung des Tabakslandes hinzuzusügen, daß für den Fall, wo die Bepflanzung etwa erst später, als die Ende Iuli, erfolgen sollte, die Ansmeldung jedensalls bevor jene geschehen, dei Vermeidung der Desrandationsstrase bewirft sein muß.

c) R. d. F. M. vom 13. Januar 1838.

In Fallen, wo bei ber Nachvermeffung ein kleineres Plachenmaaß als das beckarirte fich herausstellt, ist ber Declarant mit allem Strafanspruch zu verschonen. d. Entscheibung bes G. D. Tribunals vom 15. Mai 1838.

Die Bittme R. ju D., zeigte unter bem 30. Juli bem bortigen Steuereins

nehmer munblich an:

"baß sie Tabat gepflanzt habe, und noch mehr zu pflanzen beabsichtige." melbete aber erst am 3. August ej. a., mithin nach Ablauf der vorgeschriebenen Frist die mit Tabat bepflanzte Grundsläche nach ihrer Lage und Größe schrifts lich an. Das erste Urtheil lankete auf eine Ordnungsstrase von 1 Thir., weil die Dennnziatin die Aupstanzung des Tabats bereits am 30. Juli 1836 dem Stenerseinnehmer munblich angezeigt, und die bepflanzte Grundsäche, wenn gleich erst nach dem 31. Juli, wirklich verseuert, sich der Desraudation also nicht versdächtig gemacht, sondern die Anzeige nur verspätet, mithin eine bloße Ordnungsswidrigkeit begangen habe.

Dieje Enischeibung warb in zweiter Inftang beftätigt, inbem angenommen

wurbe:

bağ bie Denungiatin weber eine unrichtige noch gar feine, fonbern unt eine

8. Der Eigenthamer, Pachter ober andere Inhaber eines mit Tabat bepflanzten Grunbftude baftet für ben vollen Betrag ber Steuer, auch wenn er ben Tabat gegen einen bestimmten Untheil, ober unter sonstigen Bebingungen, burch einen Andern bat

anvflanzen und bebandeln laffen.

Rach geschehener Prüfung ber Angaben wird bem Tabafepflanger bie ju entrichtenbe Steuer berechnet und befannt gemacht. Die Zahlung muß erfolgen, sobalb ber Steuerschuld-ner die Hälfte seines Erntegewinnes in andere Hände bringt, oder, wenn eine Beräußerung des Tabais nicht früher statt gefunden hat, zu Ende Julius des nach der Ernte folgenden Jabres. *)

Eine Bonififation auf bie Steuer für ben ins Ausland **10.** verkauften Cabak findet nicht ftatt. Ereten bagegen ganglicher Migwachs ober andere Unfalle ein, bie außerhalb bes gewöhnlis den Witterungswechsels liegen und bie Ernte gang ober zum größten Theil verberben, fo foll bie Steuer nach bem Umfange bes Schabens erlaffen werben fonnen. Ueber bie Bebingungen und bas Berfahren bei biefer Remission bleibt Ihnen, bem Kinanaminister, überlaffen, bas Rabere anzuordnen und befannt zu maden.

11. Die Steuer für bie Tabaksernte bes Jahres 1827 wird nach ben bisherigen geseglichen Bestimmungen erhoben. Firationsverträge, fo weit sie sich über folgende Ernten erstreden, bleiben nur in fofern besteben, als die Steuerpflichtigen beren

unvollständige Anzeige gemacht habe, welche bas Befet nicht mit ber Strafe ber Defrandation bebrohe.

Auf bie biergegen eingelegte Nichtigkeits : Beschwerbe kaffirte inbeffen bas Geb. Ober-Tribunal das Urtheil 2. Inftanz und erfanute gegen die Denungiatin auf die Defraudationsstrafe; benn die im S. 5. d. R. D. vom 23. Marg 1828 vorgefdriebene Anzeige muffe

a) bie mit Tabat berfangten Grunbftude einzeln nach ihrer Lage und Große in Morgen und Quabratruthen preugisch angeben, muffe

b) vor Ende Juli gemacht, und

c) von ber Steuerbehörbe bescheinigt werben.

Eine Anzeige, welche biefen Borfchriften nicht entspreche, mithin auch bie von der Dennuziatin munblich gemachte Meldung fei für nicht erfol'gt zu ersachten, und es fei nicht zweifelhaft, daß Denunziatin demgemäß das Flachenmaaß ihrer Tabakspflanzung die nach Eintritt des für die Anzeige vorgeschriebenen Beitpunttes ganglich verschwiegen habe.

^{*)} In ben R. b. F. Dt. v 21. Mai, 4. unb 26. Aug. 1829 ift nachgegeben, daß auch im Fall ber Berangerung bes Erntegewinnes bie Stener erft bis Ende Juli nach der Ernte berichtigt zu werben braucht, mithin bie Bestimmung bes &. 82. ber Stenerorbnung (wonach ein Biertel der Stener als Strafe ent-richtet werben follte, wenn die Jahlung nicht binnen acht Tagen nach dem Berfaufe erfolgte) nicht gur Anwendung fommen barf.

Aufbebung, welche ihnen freigeftellt wird, bis jum Monat Juni 1828 nicht nachfuden. *)

Die Mahl- und Schlacht-Steuer.

Geset vom 80. Mai 1820.

wegen ber Mabl- und Schlachtsteuer. (G. S. p. 143.)

Bir 2c. verordnen biermit, im Berfolg Unferes heutigen Gesets über die Einrichtung des Abgabenwesens, wegen Erbe-

") 1) Bur Ansführung bes Gefebes erging bie allgemeine Anweifung b. 8. D. v. 30. Aug. 1828 (Ann. Bb. XII. p. 972.), welche hauptfachlich bas Berfahren bei ber Revision ber angemelbeten Tabatelanbereien fur bie Stenerbeamten im Befentlichen babin feftftellt:

daß ber Beitpuntt ber vorzunehmenden Revifion jedesmal naher bestimmt und ben Gemeine-Borftebern mit ber Aufforberung gegenwartig ju fein befannt gemacht, bie Revifion felbft möglichft burch Abschreiten ber Flachen, event. mit ber Deftette bewirdt, auf Antrag bes Betheiligten und auf beffen Koften auch ein Felbmeffer jugezogen werben foll. Die Revisionen find in ber Regel burch bie Dberfontrolleurs gu bewirten.

2) In Bezug auf bie Remiffionen erging gunachft bas Remiffiones Reglement b. F. D. v. 29. Dezbr. 1828. (Ann. Bb. XII. p. 973) Daffelbe bewilligte, jeboch nur wenn bie Befchabigung innerhalb

breier Lage amtlich angezeigt worden war,
1) wenn gangliche Umpflugung bes Lanbes vor ber Ernte nothig war,

ben Erlaß ber gangen Steuer, 2) bei Sagelichlag ober Ueberichwemmungen vor ober mahrent ber Ernte von g ober mehr ber Gruntflache, fo bag nach ber Abichagung nicht gober gangen im zweiten von zwei Drittel ber Steuer,

3) bei Fener chaben ber noch unverfauften Ernte vor bem 1. Dezember

bes Erntejahre ben Erlaß resp. ber gangen obet 3 ber Steuer.

4) Bei Groft, Durre cher Maffe feinen Grlag. In Folge ber Berheißung in bem Lanbtageabschiebe bom 31. Dezbr. 1838

für Sachsen erging aber bemuachtt bas Bublit. b. F. M. v. 27. April 1840. (Gentrbl. p. 242.), worin and fur Froftschaben welche fich in ben Monaten Juli, August und Gevt .. jeboch jebenfalls nach ber erfolgten Anmelbung ber Tabatepflanzung ereignen, unter ben für Sagelichlag und Ueberschwemmung gestellten Bebingungen Remiffion bewilligt murbe.

bung einer Mahl- und Schlachfteuer nach angebortem Gutachten

Unseres Staatsraths, wie folgt:

S. 1. Die Dahl - und Schlachtfleuer werben in ber Regel neben einander entrichtet.

Bon ber Mahlfteuer.*)

- S. 2. a) Die Mahlsteuer wird von allen Getreidearten, Körnern und Gülsenfrüchten erhoben, welche zu Mehl, Schrot, Graupen, Grüße und Gries burch eine Mühle bereitet werden.
- b) Alles Malz und bassenige Getreibe, welches die Inhaber einer Brennerei ober Brauerei erweislich zur Destillation ober zum Brauen verwenden, ist dieser Steuer nicht unterworfen.
 - S. 3. Es follen erhoben werben: von 1 Centner Beigen 16 Grofchen,

von I Centner Roggen, Gerfte, Buchweizen und andern Getreibearten und Gulfefrüchten 4 Groschen Brandenburgisch.

S. 4. a) Wenigstens ein Biertel Centner muß auf einmal zur Mühle gesandt werden. Rein Müller darf eine geringere Duantität annehmen.

b) Bei ber Berwiegung wird für ben Sack nichts abgerechnet, auch macht es bei ber Bersteuerung keinen Unterschied, ob

bas Getreibe troden ober angefeuchtet fei.

c) Dagegen foll auch bei ber Berwiegung jeber Getreibepoft ein Uebergewicht unter einem Sechzehntel Centner nicht berüdssichtiat werben.

Das Geset vom 30. Mai 1820 verlangt eine zwei fache Art von Mahl-

ftener, namlich :

2) bie Steuer von Muhlenfabrifaten beim Eingange in ben fleuerpflichtis gen Bezirk, sofetn nicht bie zu 1 gebachte Steuerfreiheit eintritt. (§. 15a bes Gefeges.)

[&]quot;) Ueber bie Dafist einer und bie Art ihret Entrichtung mag bier gleichzeitig zum nabern Anhalte bei Benrtheilung von Defrandationefallen folgende Bemerkung Blag finden:

¹⁾ bie Steuer von Kornern, welche burch eine Muhle zubereitet werben, nach bem Gewichte bes zur Muhle zu versenbenben Getreibes, und mit ber Besugnis bas Fabrikat ans biesem vor ber Bearbeitung versteuerten Getreibe, frei in die steuerpsichtige Stadt einzusühren. (S. 2a b. Ges.)

Bur Begrundung biefer Steuerfreiheit ift in bestimmter Form ber Nachweis erforderlich, daß das einzuführende Fabrifat aus Körnern bereitet sei, die vor der Abführung jur Mühle versteuert sind. Wer es ohne biesen Nachweis einführen will muß es Behufs Entrichtung der Fabrifat=Steuer anmelden, sonst bes fraudirt er die Lettere; wer also 3 Centner Roggenmehl einführt und nur über das zur Bereitung von 2 Centner Roggenmehl erforderliche Getreibe sich mit Steuerquittung (über die bezahlte Körner=Steuer) ausweisen kann, bestandirt die Fabrifat-Steuer von 1 Centner Roggenmehl.

S. 5. Wer Beizen mit anderem Getreibe vermischt mahlen läßt, muß von dem Gewichte der ganzen Mischung die Beizensteuer entrichten.*)

S. 6. a) Die Steuer muß erlegt werden, bevor bas Getreibe

zur Mühle kommt.

b) Alles Getreide muß mit einem vom Steucramt ausgegebenen Mahlzettel versehen, und seder Sad muß mit dem Ramen

bes Steuerpflichtigen bezeichnet fein.

c) Mahlzettel werben in ber Regel nur zum Vermahlen bes Getreides in ben zur Stadt gehörigen Mühlen ertheilt. Doch kann beren Ertheilung zum Mahlen des Weizens auf entlegenen Mühlen vom finanzminister, oder ber dazu von ihm beaustragten Behörde, auch in solden Fällen nachgegeben werben, wo die städtischen Mühlen den Bedarf zu beschaffen nicht vermögen. Die Vorsichtsmaaßregeln zur Sicherung des richtigen Eingangs der Steuer werden alsdann der Dertlichsfeit gemäß besonders bestimmt.**)

S. 7. In ben Stätten, wo bie Mahlsteuer erhoben wird, ist a) es nicht erlaubt, bewegliche Mahlmühlen, Sandmühlen und

Stampfen zu halten, und

b) zur Anlegung einer Mühle, die mit thierischer Kraft ober

2) in Bezug auf bie Teftsetzung ber Defranbationestrafe aber erheblich, bas ber immt

a) das eben gedachte Rescript, baß eine ganz geringe, nach bem Urtheil Sachverständiger nur als zufällig zu betrachtende Bermischung mit Weizen nicht als beabsichtigte Des frandation zu betrachten sei.

b) ber Plenar-Beschluß bes G.D. Tribunals v. 19. Dezbr. 1836. (Entsch. b. G. D. T. Bb. I. p. 368.)
baß es in Beziehung auf die Defraudationsstrase bei Anwendung bes §. 5. auf die Duantität des mit anderem Getreibe vermischten Weizens ankomme, indem sonst schon eine ganz geringe Anzahl Weizenkörner, welche ohne Beranlassung und Zweck des Steuerpflichtigen unter das andere Getreibe gekommen, seine Berurtheilung in die Defraudationsstrase wurde nach sich ziehen können.

Diefe Bestimmungen erfolgen burch bie Ortsregulative, worüber bie weiter unen mitgetheilten Bemerfungen zu vergleichen find.

^{*)} Das quantitative Berhaltnif ber eingetretenen Bermischung ift 1) in Bezug auf die Berpflichtung zur Entrichtung der höheren Steuer gleichgültig, baher bestimmt b. R. F. M. vom 3. Januar 1838.

de, bon 3. Januar 1838. Die B. Wi. bom 3. Januar 1838. Daß, fobalb fich unter bem in mahlsteuerpflichtigen Städten zur Muhle beklarirten Roggen auch nur eine geringe Menge Weizen besindet, davon nach §. 5. bes Gesess vom 30. Mai 1820 bie Mahlsteuer nach bem erften Sage zu entrichsten, und wegen unterbliebener Anmeldung der Mischung ein Strafverfahren einzzuleiten sei.

burch Dampfe getrieben wird, die Genehmigung ber Regierung erforderlich. *)

Bon ber Schlachtfteuer.**)

S. 8. Die Schlachtsteuer wird von allem geschlachteten Rinds vieb, Schaafen, Ziegen und Schweinen, mit Einschluß ber Kälber, Lämmer und Kerkel entrichtet.

S. 9. Bon einem Centner Fleisch foll Ein Thir erhoben werden.

S. 10. Bei erfolgender Berwiegung wird bas ganze ausgeschlachtete Stud unzerschnitten mit dem Fleische, den Knochen und dem Fett gewogen. Füße, Eingeweide nud Darmfett werden nicht mitgewogen.

S. 11. a) Die Steuer fann auch nach Studfagen entrichtet

werben.

b) Der Finanzminister soll in seber Stadt die nach der Lokalität angemessenen Sage, se nachdem gewöhnlich großes und schwereres, oder kleineres und leichteres Bieh geschlachtet wird, für das Stud von seber Art Schlachtvieh bestimmen.

c) hiernach bleibt es fodann bem Steuerpflichtigen überlaffen, entweder bie Steuer von jedem Stude vor bem Schlachten

[&]quot;) Bezüglich ber Borfchriften für hande und andere Mühlen ift zu bemerken:
.a) bie ften erliche Genehmigung zur Anlegung einer Rühle ad b. wird ba, wo Brovinzials Steuers Direktionen bestehen von biesen ertheilt; außerbem ist aber in polizeilicher hinsicht bie Genehmigung ber Regierungen noch fetner erforberlich.

b) b. R. b. V. M. v. 25. Mai 1838.

Der §. 7. bes Mahls und Schlachtstener-Gesets vom 30. Mai 1820 unstersagt unbedin'gt in mahlsteuerpflichtigen Städten bewegliche Handmublen oder Stampsen zu halten. Bu den keuerpflichtigen Städten, auf welche dieses Verbot Anwendung sindet, ift daher auch der außere Stadten, auf welche dieses Verbot Anwendung sindet, ift daher auch der außere Stadten, auf welche biesest vorfen sind, um so unbedenklicher zu rechnen, als der Zweck des Verbots durch die entgegen gesetzt Ausdehuung großentheils verloren gehen würde. — Mer aber Vorschrift des §. 7. im Plahls und Schlachtsteuer-Gesetz entgegen handelt, kann nach §. 17 b. ebendas, in Berbindung mit §. 90. der Steuer-Ordnung vom 8. Federaar 1819 mit einer Geldünge von 1 die 10 Thalern belegt und demnächst durch Eresutiv-Maaßregeln und zwar nach §. 48. Ar. 2. der Verordsmung vom 26. Dezember 1808 (siehe oben S. 13.) durch Geldbussen bis zu 100 Thalern oder Gesängniß bis zu 4 Wochen zur Wegschaffung der Nühle ic. angehalten werden.

^{**)} Auch die Schlachtsteuer wird auf zweifache Att, nämlich 1) für das Schlachten

²⁾ für bas Einbringen schlachtfleuerpflichtiger Gegenstänbe erhoben.

Bu 1. giebt ber §. 10. bes Gefetes bie Norm, es werben alfo Fuße, Eine geweibe und Darmfett nicht mitgewogen, überhaupt muß bas Stud im Allsgemeinen fo jur Bage gebracht werben, wie es jum Berfanf an ben hafen kommt. Bu 2. giebt ber §. 15. bes Gefetes bie Norm; beim Eingange von geschlache

Bu 2. giebt ber §. 15. bes Gefetes bie Norm; beim Engange von geschlachsteten Fleische find also auch Lüge und Darmfett fenervflichtig. Im Allgemeinen wird jedoch hierbei ber Grundsat festgehalten, daß nur die zur menschlichen Nahstung bienenden Fleisch und Fettwaaren Kenerpflichtig find, daher bleibt z. B. geschmolzenes Thierfett (Talg oder Unschlitt) von der Stener frei.

ju erlegen, ober vorber, unter bem Erbieten zur Versteuerung nach dem Gewicht, gegen Bestellung eines Pfandes ben Schlachtzettel bes Steueramtes auszuwirfen und den Rumpf bes geschlachteten Viebes hiernächft zur Waage zu bringen.*)

Allgemeine Borfdriften.

§. 12. Es findet keine Steuervergütung auf mahl und schlachtsteuerpflichtige Waaren statt, die, nachdem sie in Folge des gegenwärtigen Gesetzes versteuert worden sind, in Landestheile gebracht werden, wo statt der Mahl und Schlachtsteuer die Klassensteuer eingeführt ist. Auch begründet bei Versendungen aus einer steuerpflichtigen Stadt in die andere die etwanige Verschiesbenheit der zugeschlagenen Kommunal-Steuersäpe keinen Anspruch auf Nachsteuer oder Vergütung. **)

*) Das R. v. 19. Februar 1827 gestattet außer ben beiben vorgebachten Arten ber Bersteuerung nach bem Gewicht ober nach Studfagen, auch bie Steuer: Fixation für bie Gewerbetrelbenben einer Stadt, unter nachstehenden Bebingungen:

1) Sammtliche Fleischer im innern und angern Stadtbezirk werben für die Dauer der Fixation von der speziellen Erlegung der Schlachtsteuer, so wie von der damit verdundenen Kontrolle entbunden, und erlegen dassir ein nach mehrjähzeigem Durchschnitt bestimmtes Fixum für die Steuerkasse und an Kommunal-Buschlag pranumerando an die namhat gemachte Kasse; haften aber für die richtige Einzahlung des Fixums solldarisch.

2) Reifch und Reifchwaaren, welche burch bie im außern Stabtbezirk wohs nenben Fleischet, im Betrage zu 1,16 Centner und barüber eingeführt werben, entrichten bie gesehlichen Eingange Abgaben, ohne Rudficht auf bie Fixation, eben fo, ale menn bergleichen von anbern Versonen in bie Stabt eingeführt wirb.

3) Die Fixaten verzichten auf Ertheilung von Bersenbungsscheinen zu Fleischs und Rleischwaaren Bersenbungen nach andern schlachtsteuerpflichtigen Siddten während ber Dauer ber Fixation.

4) Bon allen nicht in ber Firation begriffenen Einwohnern ber Stadt muß, nach wie vor, die Schlachtsteuer gezahlt werben. Auch hinsichtlich bes Eingangs von Fleisch und Pleischwaaren aus bem außern Stadtbezirf und ber klaffensteuerspflichtigen Umgegend wird in ber bisherigen Eteuer-Erhebung von bergleichen Artifeln nichts geöndert.

Artifeln nichts geanbert.

5) Fleischer, bie innerhalb ber Fixations-Beriode zutreten, muffen fich vor ihrer Aufnahme in die Gewerbestener-Rolle wegen ihres Beitrags zur Fixation mit den übrigen Fixaten einigen.

**) 1) Bergutung auf Mahle und Schlachtsteuer findet ausnahmes weise Statt

a) Nach einer R. D. v. 13. Febr. 1825 und ben bemgemäß ergangenen abmis nistrativen Bestimmungen, wird bei Exportation von Mehl über See, wenn sie über Prenßische Seepläße erfolgt, nicht bloß die Steuer kreditirt föndern auch eine Bonisikation auf das ansgeführte Mehl oder MehleFabrikat gewährt. Die Bedingungen und Kontroll-Borschriften für diese Bergünstis gungen sind besonders vorgeschrieben. b) Nach dem R. d. K. M. vom 11. August 1828.

3n Fallen, wo lebenbes Schlachtvieh aus einer ichlachtsteuerpflichtigen Stabt, wo sofoices nach ber Lokal-Berfaffung gleich beim Eingang und nicht erft vor bet

S. 13. a) Wer innerhalb bes Begirfs ber fleuerpflichtigen Stadt-Gemeine oder überhaupt im Umfange ber Stadt fich aufbalt, ift, obne Ausnahme, bie Steuer zu tragen verpflich-

b) Einzelne Borftabte, Borwerfe ober andere bewohnte Unlagen, bie ber Dertlichkeit nach nicht unter gehöriger Aufsicht zu balten find, fonnen burch bie Regierung unter Buftimmung

Schlachtung verfleuert worben, in eine anbere ichlachtfleuervflichtige Stabt verfenbet wirb. ift bie Reftitution ber in ber erften Stadt von bemfelben erweislich gezahlten Schlachtsteuer zulaffig. c) Rach bem R. b. F. M. v. 29. Septbr. 1836.

Wenn Bieh beim Schlachten unrein befunden wird, fand bie Restitution bet Stener bafur auf Antrag gemahrt merben, fobalb bas Fleisch entweber unter amtlicher Aufficht als ungeniegbar vergraben, ober aus bem fteuerpflichtigen Bes

girfe weggeschafft wirb.

d) Nach ben R. D. v. 12. Aug. 1824 und 13. Febr. 1836 wird bie Roms munal-Steuer (Rommunalzuschlag) fur bas von bem Dilitar in Garnisonstabten, Lagern und Rantonnements confumirte Fleifch jurudgezahlt, fo weit ber nachweis und bie Rontrolle genau geführt werben fonnen.

2) Die ftenerfreie Ginführung von Mehl ans einer fleuerpflichtigen Stadt

in bie andere ift beschranft,

a) burch bie R. D. v. 24. Offbr. 1832. (G. S. p. 226.) Bei ber migbrauchlichen Ausbehnung, in welcher nach bem Berichte bes Staats-Ministerii vom 29. v. M. bie in ben §§. 12 und 15. a. bes Mahl- und Schlachtfteuer-Gefetes vom 30. Mai 1820 nachgelaffene fteuerfreie Ginfuhrung bes Beigen = und Roggenmehle aus einer fleuerpflichtigen Ctabt in bie anbere feither, gur Umgehung der von blefen Mühlen-Kabrifaten zu entrichtenden Roms munalfteuer, benutt worben ift, und bei ben Rachtheilen, welche hieraus fowohl für ben Gemeinbehaushalt, als fur bie Bewerbetreibenben einzelner Stabte erwachfen, will 3ch, mit Aufbebung obiger Borichriften, hierburch beftimmen: bag fortan bie fleuerfreie Ginführung von Beigen- und Roggenmehl in Quantitaten aber Ginen Centner, aus einer mahlftenerpflichtigen Stabt in bie andere, nicht weiter jugelaffen, fonbern fowohl bie landesherrliche Stener, ale ber Rommunals aufchlag von folchen Sendungen in berjenigen Stadt entrichtet werden foll, in welche bas Mehl jum Berbrauch eingeführt wirb. Sie, ber Finang Minister, haben bemgemaß bas weiter Nothige anzuordnen, zugleich aber auch dahin Bors kehrung zu treffen, daß auf Mühlen, welche innerhalb mabliteuervflichtiger Städtebegirte belegen find, Beigen und Roggen unter Rontrolle ber Steuerbeborbe ohne Entrichtung ber Dahlsteuer gemahlt werben fann, wenn bie Anmelbung vorhergehet, bag bas baraus bereitete Dehl nicht in bem Orte, ju welchem die Duble gehort, verbleiben, fonbern in Quantitaten über Ginen Gentner verfenbet werben foll.

b) für bie Stabt Berlin befondere burch bie R. D v. 28. Juli

(Botebam. Amteblatt St. 38. Beilage.)

Danach foll von allen nicht ichon nach ber Orbre unter a. von ber fteuers freien Ginführung ausgeschloffenen mahl . und schlachtftenerrflichtigen Gegenftanben, die von Charlottenburg und Spandow im verfleuerten Buftande eingehen, ber Unterschied zwischen bem Rommunalzuschlage am Orte ber Bersendung und bemienigen in Berlin nacherhoben werben.

*) In Bezug auf Die Bervflichtung zur Entrichtung ber Mahle und Schlachte ftener bei geitweifem Aufenthalt an flaffenftenerpflichtigen Orten vergleiche Die gu S. 2. bes Rlaffenfteuer. Gefeges (oben G. 38.) mitgetheilte R. D. vom 18. Juli 1825 und bas R. vom 26. Marz 1836 ebenbafelbft.

bes Finanzministere jur Rlaffensteuer angezogen, und von ber Mahl - und Schlachtsteuer ausgeschlossen werden.

S. 14. Bäder, Schlächter ober andere Personen, die mit Mehl, Graupen, Grüße, Gries, geschrotetem Getreide, geschroteten Hülsenfrüchten, Brot, Badwerk, Rubeln, Stärke und Puber, oder mit Fleisch und Fett von Rindvieh, von Schaafen, Ziegen und Schweinen, so wie mit Waaren, die aus solchem Fleische und Fette zubereitet sind, als Talglichten, Schinken, Würften u. s. w. einen Handel treiben, sollen von den Früchten, welche sie versmahlen lassen, aber vermahlen einführen, und von dem Biebe, welches sie schlachten lassen, oder geschlachtet einführen, auch dann, wenn sie nicht in der Stadt, aber in nicht größerer Entsernung als einer halben Meile von dem steuerpflichtigen Stadtbezirk an einem der Klassenteuer unterworfenen Orte sich niedergelassen haben, die Mahl= und Schlachtseuer eben so zu entrichten schulsbig sein, als wenn sie zur Stadt gehörten, ohne deshalb von der Klassenkeuer ihres Wohnorts entbunden zu werden.*)

a) Die R. b. F. M. v. 12, Januar 1838 und 15. Juli 1839. (Centribl. 1839. p. 249.)

Gaft . und Schant-Birthe find, fo lange fie nicht Bad . und Bleifchwaaren

^{*)} Rabere Bestimmungen über bie Steuerpflichtigkeit ber Gewerbtreibenben im außeren Stabtbegirf enthalten

Bur Borbengung mehrfach vorgefommener Irrthumer wird barauf aufmerts sam gemacht, daß die Mahl. und Schlachtsteuerpstichtigkeit in dem im §. 14. gebachten Berhältnisse nur davon, daß ein Sandel betrieben, nicht aber davon abhängt, ob dieser Sandel auch gewerbsteuerpstichtig ift, daß daher in dens jenigen Fällen, wo ein handelsbetrieb festlicht, dieser aber von solcher Beschaffens heit gewesen ist, daß er, nach den besfalls ertheilten Auordnungen, von der Gewerbesteuer freigelassen werden darf, wie 3. B. bei dem Handel, welchen Müller mit dem, aus der Mahlmehe gewonnenen Mehle treiben, der Fall ist, die in dem Mahl= und Schlachtsteuer-Gesehe vorgeschriedene Strase angewendet werden kann und muß.

b) Das R. b. F. M. vom 3. Mai 1836.

Mach ben bestehenden Gesehen können Gewerbetreibende, welche in dem außern Schuthezirt mahl = und schlachtsteuerpstichtiger Stabte, ohne darin sich niedergelassen ju haben, mahle und schlachtsteuerpstichtige Gegenstände zum Berkaufe eindringen und in dem gedachten Bezirke um herzieh end fell bieten, zur Entrichtung der Mahle und Schlachtsteuer von diesen Gegenständen nicht augehalten werden, da der S. 14. des Gesehes wegen Entrichtung der Mahle und Schlachtsteuer von diesen Gegenständen nicht und Schlachtsteuer vom 30. Mai 1820 dies nicht vorschreibt. Dagegen ift es den bezeichneten Gewerbetreibenden nicht gestattet, mahl = oder schlachtsteuerpstichstige Gegenstände in dem haldmeiligen Bezirke unversteuert in Buden, oder andern öffentlichen Gelassen feil zu halten; auch mussen die steuerpstichtigen, in dem haldmeiligen Bezirke ansässigen Gewerbetreibenden, bevor sie von den, außerhalb dieses Bezirke in klassenkenerpstichtigen Orten wohnenden Personen steuerpsichtige, in den gedachten Bezirk eingestürte Gegenstände an sich dringen, die Steuer entrichten, da dies in Ansehung der kenerpstichtigen Gegenstände, welche sie Steuer entrichten, in dem vorerwänhten §. 14. vorgeschrieben ist.

c) Die R. d. F. M. v. 27. Ditbr. 1825 und 23. Navbr. 1836.

§. 15. a) Werden die im §. 14. benannten Gegenstände in Quantitäten von einem Sechzehntel Centner und darüber in eine steuerpslichtige Stadt eingebracht, so müssen sie gleich bei der Anfunft dem Steueramt angemeldet und versteuert oder es muß demselben nachgewiesen werden, entweder, daß sie aus dem Anslande eingeführt und die Steuer an der Grenze entrichtet worden, oder daß sie aus einer mahl- und schlachtsleuerpslichtigen Stadt herfommen.

b) Für bas Gewicht bes Sades ober ber sonstigen Umgebung, womit die Waare zur Verwiegung gelangt, wird bei ber Versteuerung tein Abzug gestattet, es bleibt aber auch ein Nebergewicht, welches nicht z's Centner ber auf einmal zur Verwiegung gesommenen Quantität beträgt, unberücksichtigt.

c) Die Entrichtung ber Steuer von folden Baaren wird dahin

bestimmt:

aa) von Kraftmehl, Puder, Graupe, Grüge und Gries wird das Doppelte,

bb) von Mehl das Ein = und Eindrittelfache,

cc) vom Schrot und Badwerf aller Art bas Einfache bes Sates bezahlt, welchen bas Getreibe, woraus diese Erzeugnisse bereitet worden, steuert,

dd) die Fleisch = und Fettwaaren werden mit Gin = und Gin = brittel bes Sages von bem in ben Städten ausgeschlachs

teten Fleische berechnet.*)

jum Berkaufe außer bem Hause fell halten, sondern nur zum eignen Birthschaftss bedarf Getreide vermahlen und Bieh schlachten lassen, nicht der Bestimmung des §. 14. des Gesches als mahls und schlachtsteuerpflichtige Gewerbetreibende untersworfen.

^{*)} Bu ben obigen Bestimmungen über bie Erhebung ber Eingan ge-Steuer für mahl : und schlachtsteuerpflichtige Gegenstanbe ift zu bemerten :

¹⁾ bezüglich ber ftenerfreien Denge unter 1/16 Centu.

a) In Folge bes Migbrauche, daß die Quantitäten fteuerpflichtiger Baaren, bloß in ber Absicht die Steuer zu umgehen, verkleinert und einzeln in Mengen unter 1/16 Centner in fteuerpflichtige Stadte eingebracht wurden, warb laut Bekanntmachung des F. N. vom 18. Oft. 1828 auf Grund einer R. O vom 27. Juli bestelben Jahres zunächst in einem Spezialfalle die betr. Bestimmung des §. 15 a. bahin modifiziert:

baß Gegenstände, von welchen die Mahl= ober Schlachtstener zu entrichten ift, schon wenn fie zufammen und auf einmal in einer Menge von zwei Pfund und barüber in den stenerpstichtigen Stadtbezirf eingebracht werben, gehörig aus zumelden sind, und die Mahl= oder Schlachtstener davon erhoben werden soll, in sofern sie nicht erweislich von einem Gewerbetreibenden innerhalb einer halben Meile des keuerpstichtigen Stadtbezirfs entnommen worden, in Anselpung welcher letzern es bei dem, was §. 14. lit. a. bes Geses festgeset ift, verbleibt.
Die Erhebung der Stener von Mehl= und Fleischwaaren in Quantitäten

Die Erhebung ber Stener von Mehl : und Flesschwaaren in Quantitaten unter 1/1,6 Gentner geschieht nach einem besonderen Tarif. Um fie ftenerfrei eins zubringen, muß der Einkauf von ftewerpsichtigen Gewerbetreibenden, die innerhalb-

d) Gine Unterlaffung ber Anzeige bei ber Anfunft ber Waaren in der Stadt, oder eine Abweichung von dem burch bie Steuerbehorbe vorgeschriebenen Wege, welchem ber Steuerpflichtige bis jum Steueramt folgen muß, wird als eine Defraudation angeseben und geabndet.

e) Auch berjenige macht fich einer Defraudation foulbig, welcher bergleichen Waaren jum Sandel in fleineren Quantitäten

mittelft Biederholung einbringt oder einbringen läßt.

bes halbmeiligen Bezirts wohnhaft find, burch Bescheinigung bes Bertaufers bei ber Thor-Routrolle, wo bie Anmelbung gefchehen muß, nachgewiefen werben.

Diefelbe Maagregel ift feitbem fur mehrere Stadte gur Anwendung gefommen.

b) Die R. b. F. 28, vom 11. Januar 1830 und vom 18. Mai 1839.

Die Borfchrift bes §. 15a. fann nicht bahin ausgelegt werben, baß bie Steuerfreiheit der von außen in fteuerpflichtige Stadte in Quantitaten unter 1/16 Centner eingehenden Gegenstände jeder einzelnen Art folcher Artifel ju Theil werde, und alfo g. B. 6 Pfund Beizenmehl, eben fo viel Roggenmehl und eben fo viel Brot, in einer Boft eingebracht, fteuerfrei fei. Die Erleichterung bezweckt vielmehr hauptfachlich nur bie Vermeibung ber Bifftationen beim Gingange in ftenerpflichtige Stadte, und bezieht fich baber auf mable und ichlachtfteuerpflichtige Gegenstande überhaupt, bie gusammengenommen in Quantitaten unter 1/16 Gentu. eingehen. — Berichieben beffenerte mahlfteuerpflichtige Segenftanbe, beren Denge ansammengenommen 1/16 Centn. beträgt, find alfo fteuerpflichtig, und nur folachtpenerpflichtige, gleichzeitig eingeführte Artifel werden für fich behandelt, und jenen nicht beigerechnet.

2) Frei von ber Gingange = Stener bleiben

a) Talglichte nach ber R. D. vom 31. Mai 1822. (Ann. Bb. VI p. 343.)

b) Sago ohne Unterschied ber Art nach bem R. b. F. M. vom 12 Marg 1828. c) Pfeffertuchen und Combitor-Baaren (feine) nach ben R b. F. M.

vom 30. Juni 1824 und 30. Sept. 1829. d) Getrodnete ober gefalzene Darme R. b. F. M. v. 4. Dez. 1832.

- e) Reis welcher, ju Gries ober Dehl vermahlen wirb, unterliegt weber ber Rorner-Steuer (ofr. Bemerfung ju S. 2. oben C 256) noch ber Gingange . Stener nach ben R. b. F. M. vom 5. Oftbr. und 28. Rovbr. 1838.
- f) bas fogenannte Dextrin und geröft ete Starte jedoch nur bann, wenn fie jum gewerblichen Gebrauche fofort angemelbet, und burch Bufas von Terpentinol fur die Konfumtion untauglich gemacht werben, nach bem R, b. F. D. vom 21. Mai 1841. (Centrbl. p. 127)

3) In Bezug auf ben Steuerfat vergleiche: a) Die oben zu §. 12. (S. 260.) mitgetheilte R. D. vom 24. Ofibr. 1832. b) Die R. D. v. 14. Marg 1840. (G. S. p. 101.)

Auf Ihren Antrag vom 27. v. Dr. bestimme 3ch jur Befeitigung bee 3weifels über die Anwendung ber §\$. 14 und 15. bes Gefetes vom 30. Mai 1820 wegen Entrichtung ber Dahl- und Schlachtfleuer, bag bas aus Rartoffeln bereitete Dehl beim Eingange in mahlfteuerpflichtige Stadte und beren halbmetligen Bezirk, berfelben Steuer unterliegt, die für das aus Weizen bereitete Mehl gesestich zu entrichten ift. Diese Deflaration ift burch die Gesetssammlung bes fannt zu machen.

c) Die R. D. 19. Dit. 1834. und 27. Febr 1841. (Centrol. 1841. p. 103. 104.) Sowabengrage wird bei bem Eingange in mablitenerpflichlige Studte zum Sabe von 1 Thir. 10 Sgr. pro Genin. (ohne Rommunalzuschlag) besteuert. S. 16. a) Müller und Schlächter muffen bem Steueramte anzeigen, welche Mühlengebaube, Schlachthäuser und andere Räume sie zum Betriebe ihres Gewerbes und zur Ausbewah-rung ihrer Vorrathe benugen.

b) Rur in ben angezeigten Lotalen, die unter Aufsicht bes Steuseramtes fieben, durfen sie ihr Gewerbe treiben, und ihre zum

Gewerbebetriebe bestimmten Borrathe aufbewahren.

c) Müller und Schlächter sind verpflichtet, dassenige genau zu beobachten, was von der obersten Verwaltungsbehörde wegen zu führender Mahl- und Schlachtbücher, wegen des Versahrens mit den Mahl- und Schlacht-Zetteln, wegen Aufbewahrung dieser Bücher und Zettel und überhaupt zur Kontrolle der Steuer entweder allgemein oder, mit Verücksichung örtlicher Verhältnisse, besonders vorgeschrieben wird.*)

d) Das Müllers und Bäcker-Gewerbe fann nur mit Erlaubniß der obersten Berwaltungsbehörde vereint betrieben werden. §. 17. a) Defraudationen ziehen die Konsistation der Baaren, woran solche begangen werden, sowohl für Gewerbetreis

bende als für andere Steuerpflichtige nach fic.

b) Außer der Konsissation treten die Strafen ein, welche die Steuerordnung vom 8. Febr. 1819. SS. 60—65. SS. 83—90. auf die Uebertretung der gesesslichen Borschriften zur Gefährs dung der Steuer angedroht hat. Ueberall, wo in diesem Vorschriften von Brennern und Brauern geredet wird, sindet die Anordung auf diesenigen Gewerbetreibenden Anwendung, welche die Mahl= und Schlacht=Steuer zu entrichten schuldig sind.

c) In Ansehung des Versahrens gegen die Kontravenienten werden die Bestimmungen der Steuerordnung vom 8. Februar 1819. §§. 91—95. und der Deklaration des §. 93. vom

20. Januar b. J. angewendet.

d) In gleicher Art sollen biejenigen Vorschriften ber Steuerordnung vom 8. Februar 1819, welche bie zur Kontrolle
ber Steuer getroffenen Maaßregeln ber Steuerbehörde zum
Gegenstande haben, namentlich die §§. 49. 54—59. und 72.
sowohl von den Steuer-Beamten als von den Steuerpflichtisgen beobachtet werden. **)

S. 18. Die Erhebung ber Steuer geschieht burch bie Boll-

oder Steuer-Aemter.

*) Ueber bie Erweiterung ber Bestimmung ju §. 16. litr. c. fo wie über bie Ortsregulative im Allgemeinen vergleiche bie Bemerkungen ju §. 19.

^{••)} Die Ergangungen und Erlauferungen zu ben Strafbestimmungen bes ' §. 17. find in einem besonberen Anhange hinter bem Gesetz vom 30. Dai 1820 jusammengestellt, auf welchen hierdurch verwiesen wird.

S. 19. Wir übertragen bem Finang. Minister bie Ausfühs - rung obiger Borschriften, welche von allen Unsern Behörden und Unterthanen gemessenft zu befolgen sind.*)

*) 1) Bur Ausführung bes Mahl: und Schlachtsteuer-Gefetes erhielten bie Provinzialbehörden mittelft Circ. Refer. b. F. M. v. 25. Natz 1821. (Aun. Bb. V. p. 534 sq.) eine befonbere Anweisung, welche bie Beftimmungen über Die Grengen ber Stenerpflichtigfeit, bie naberen Borfchriften über bie Erhebung ber Steuer, und bie babet flatifinbenbe Kontrolle burch Berwiegung und Rudvers wiegung ber Dahlpoften resp. burch befonbere Beauffichtigung ber betreffenben Ges werbireibenben und ihrer Betriebslofale, namentlich ber Mublen ac , enthalt. Rach biefer Anweisung find, mit Berudfichtigung ber jebesmaligen Dertlichkeit, Die Res gulative jur Erhebung und Routrolle ber Dabl's und Schlachtsetener, fur eine jebe mahl- und folachtfleuerpflichtige Stadt von ben Brovingialbehörben entwors fen, von bem Finangministerio genehmigt und burch bie betr. Amteblatter publigirt Meber ben mefentlichen Inhalt biefer Anweisung, soweit berfelbe bier von allgemeinerem Intereffe ift, vergleiche bie Bemertung unter Rr II. bes Ans hangs jum Gefet vom 30. Dai 1820. (f. unten.) Der vollftanbigen Dittheilung bedarf es bagegen um fo weniger, als bei Entscheidung von Kontraventionsfällen gegen bas Mahl: und Schlachtfleuer-Gefet, bie betr. Orteregnlative in Bezug anf bie Grengen ber Stenerpflichtigfeit und bie Berlegung ber befiehenben Rone trollmaagregeln ohnehin jeberzeit ju Grunde ju legen find.

Neber bie Beftrafung ber Kontraventionen gegen biefe Orteregulative, unb

die Berbindlichkeit der darin gegebenen Kontrollvorschriften erging Die R. D. vom 22. Dezbr. 1843. (G. S. 1844. p. 46.)

Bur Beseitigung ber Zweisel, welche bei einigen Gerichten barüber entstanden find, ob die von dem Finanzminister, nach §. 16c. und §. 19. des Mahls und Schlachtsteuer-Gesetze vom 30. Mai 1820, zu ertheilenden Borschriften über bassenige, was zur Kontrolle der Steuer entweder allgemein oder wegen örtlicher Berhaltiniste zu beodachten ift, nur für die im §. 16 c. jenes Gesetze namentich erwähnten Müller und Schlächter oder auch für andere Gewerbtreibende verbinds lich sind, will Ich auf den Bericht des Staatsministeriums vom 10. d. M. hiers burch Folgendes bestimmen:

a) Die Kontrollvorschriften ber, von bem Finang-Minister erlaffenen ober noch zu erlaffenben örtlichen Mahle und Schlachtsteuer Regulative, so wie bie, auf die Uebertretung biefer Kontrollvorschriften angebrohten Ordnungsstrafen bis zum Betrage von zehn Thalern, sinden auf alle Gewerbtreibende Answendung, deren Gewerbe fich auf die Berfertigung von Gegenständen ber Mahle und Schlachtsteuer, ober auf den Sandel mit solchen Gegenständen bezieht.

b) Der Finangminister ift ermächtigt, in ben mahl nub schlachtftenerpflichtigen Stabten, wo eine Kontrolle ber Biehbestanbe nothig befunden worben, die beshalb getroffenen Anordnungen auch auf Biehbanbler, Biehmafter und überhaupt auf folche Gewerbtreibende, welche, ihres Gewerbes wegen, Bieh halten, auszubehnen und Uebertreibende, welche, ihres Gewerbes wegen, Bieh an Behn Thalern zu bedroben.

Diefe Bestimmungen find burch bie Gefet-Sammlung jur öffentlichen

Renninig gu bringen.

Anhang,

1. Erganzungen und Erläuterungen zu ben Borfdriften über bic Mahl = und Schlachtfleuer=Rontraventionen. (g. 17. des Gefenes.)

A. In Bezug auf bie Strafen.

Im Allgemeinen find im Anhang der Steuerordnung v. 8. Februar 1819. (oben S, 136.) mitgetheilten Bestimmungen zu vergleichen.

Insbesondere.

1) In Bezug auf ben Thatbeftanb.

a) R. b. F. M. v. 15. Aug. 1837.

In allen Källen, wo amtliche Bezettelungen auf eine bestimmte Beit gultig ansgefertigt werden, erlischt beren Gultigkeit mit bem Ablaufe diefer Frift. Bird alfo ein Gemablpoften mit einem Mahlzettel, beffen Gultigfeits = Frist bereits abgelaufen ift, vorgefunden, fo tann nicht ohne Weiteres angenommen werden, daß nur verabfaumt worben, die Berlangerung ber Gultigfeite-Krift nachzusuchen, fonbern es ift ber ungultige Dablichein als nicht vorhanden, bemnach ber fragliche Mahlpoften als gang unbezettelt zu betrachten und ber Müller wegen des Berbachts, eine Defraudation begangen gu haben, gur Untersuchung an gieben. Rann er hierbei ben Beweis führen, bag bie in Anfpruch genommene Gemahlpoft biefelbe fei, auf welche ber babei vorgefundene nicht mehr gultige Mablichein früher ertheilt worden, bag also nur eine Ordnungswidrigfeit, nämlich die Unterlaffung des An-trages auf Berlängerung des Mahlscheins, in der Mitte liege, so bewendet es bei einer, nach S. 90 ber Steuerordnung feftaufegenden Ordnungestrafe, beren Sobe nach bem Umftanben abzumeffen ift. Rann aber ber Müller ben obigen Beweis nicht führen, fo ift bas blofe Borhandenfein eines nicht mehr gultigen Dabliceins nicht binreichend ihn gegen die Defraudationsstrafe zu schützen, ba es in die Augen fpringt, daß bergleichen Scheine leicht zur Berkurzung wirklicher Unterichleife benust werben.

b) R. b. F. M. v. 9. Octbr. 1838.

Benn lebendes Bieh heimlich gur Rachtgeit eingebracht und bei dem Betreffen durch die Steuerbeamten von den Eindringern verlassen wird, so läßt sich die Absicht, daß dieses Bieh nur zu dem Zwecke eingebracht worden ift, um dasselbe demnächt auch heimlich zu schlachten und die Schlachtstener zu defrandiren, nicht bezweifeln. Es liegt in diesem Falle also auch tein bloß mit einer Ordnungsstrasse zu bezegendes Kontroll-Bergehen in der Mitte, sondern der Versuch der Steuer-Defrandation, welche die Konfiskation des Gegenstandes, wwram die Defrandation verübt werden soll, zur Folge haben muß. hiernach kann es nur gebilligt werden, wenn die Haupt-Nemter bei

bergleichen Beschlagnahmen nach ber Allgemeinen Gerichts - Ordnung Th. I. Tit. 51. S. 79. sq., so wie S. 394. bes Anhangs zu berselben verfahren, wobei noch bie Unalogie bes neuen Zoll - Etrafgeses S. 60 zur Seite steht.

c) R. b. F. M. vom 13. Februar 1839, (Centrbl. p. 37.)

Es unterliegt keinem Zweisel, daß ein Schlächter, welcher für einen Andern in einer fleuerpflichtigen Stadt unversteuertes Bieb schlachtet, als Theilnehner der Defrandation, nach g. 243. Tit. 20. Th. II. des Allgemeinen Landrechts anzusehen und, in Gemäßheit der Bestimmungen g. 17. des Mahl- und Schlachtsteuer-Gesess vom 30. Mai 1820 und der Steuerordnung vom 8. Februar 1819. S. 60 f., mit der Defrandationsstrafe zu belegen ist.

Die in Bezug genommene, in Schimmelfennigs Sandbuch ber inbiretten Steuern Seite 202 Rr. 4. abgedruckte Berfügung vom 16.

November 1832 wird als irrthumlich hierdurch gurudgenommen.

2) In Bezug auf bie Strafe.

a) die in dem Anhange der Steuerordnung mitgetheilte R. D. vom 27. Januar 1828. wegen Berechnung der Strafe mit Rudficht auf Communalzuschläge (oben S. 136).

b) R. d. K. M. v. 16. Novbr. 1832.

Das Mahl- und Shlachtsteuer-Geset verordnet nicht, daß in solchen Fällen, wo das Objekt, an welchem die Defraudation begangen worden, nicht vorhanden ist, und deshalb bessen Konsistation nicht stattsinden kann, der Defraudant den Werth des Objekts als Strafe erlegen soll.

Bei Mahl- und Schlachtstener-Defraudationen ift alfo jedesmal auf Ronfistation und nicht auf Werthserlegung zu erkennen. Eine Ausnahme findet nur dann Statt wenn der Einbringer ein Schiffer oder Frachtfuhrmann mithin die Borschrift der §§. 291. 295

und 296. Th. II. tit. 20. b. A. &, R. maaggebend ift.

c) R. vom 9. Mai 1830.

Schlächter, welche auf dem klassensteuerpflichtigen Laube angerbalb des Bezirks steuerpflichtiger Städte wohnen, sind, wenn sie Fleisch in solche steuerpflichtige Bezirke einführen, als Gewerbetreibende anzusehen, welche die Mahl- und Schlachtsteuer zu entrichten haben. Desfraudationen dieser Steuer ziehen nach §. 17. a. und b. des Gesches zc. die dort und in der Steuer-Ordnung v 8. Febr. 1819, §§. 60—65. und §§ 83—90. auf die Uebertretung der gesehlichen Borschriften zur Gefährdung der Steuer angedrohten Strafen nach sich, und es sindet nach demselben §. 17. d. überall, wo in diesen Borschriften von Brennern und Brauern geredet wird, die Anordnung auf diesenigen Gewerbetreibenden Anwendung, welche die Mahl- und Schlachtsteuer zu entrichten schulbig sind.

Der oben allegirte § 62. ber Steuerordnung, welcher im Falle ber Wiederholung nach vorangegangener Bestrafung bei Defraudationen der Brenner und Brauer die dreimonatliche Untersagung der Gewerbs-Ausübung vorschreibt, ift daher auch auf Defraudationen der nicht auf steuerpflichtigem Territorio wohnenden Schlächter, die sich

einer Defraudation ber Schlachtsteuer nach S. 15. d und e bes Gefepes schuldig machen, in Anwendung zu bringen.

d) R. vom 14. April 1835.

In Bezug auf die Frage: welche Personen das Geset in §. 17b unter "Gewerbtreibenden, welche die Mablsteuer zu entrichten haben" verstehe und ob namentlich "Müller" als solche dahin gehören, ift zu bemerken:

Das Geset unterscheidet, in bieser Berbindung, den Gewerbetreistenden von dem Konsumenten, und sett ben Gewerbetreisbenden, welche Mahlstener zu entrichten haben, diesenigen Personen entgegen, welche Mahlstener zur Konsumtion entrichten. Für die Ersteren vrdnet es eigenthümliche Kontrollen und Berpstichtungen an, und welche Gewerbtreibende darunter iusbesondere verstanden sind, ergiebt der S. 14. des Gesetes, so weit derselbe durch spätere Bestimmungen nicht abgeändert ist. — Andere Personen können ebenfalls in den Fall kommen, Mahlstener zu entrichten, aber nicht im Betriebe ihres Gewerbes, sondern zum eigenen Gebrauch, und dahin gehören die Müller, in so sern sie sich auf die Bereitung des Mühlensabrikats für Andere aus dem ihnen eingelieserten Getreide beschränken, und nicht zugleich eins von den oden bezeichneten Gewerden betreiben. Nach der Eigenthümlichkeit des Müllergewerbes aber steht dessen Betrieb mit der Mahlsteuer in naher Beziehung.

Daher sind für die Müller eigenthumliche Berpflichtungen bei dem Betrieb ihres Gewerbes im §. 16 zu a, b, c, angeordnet, und zu der Bereinigung des Müller- und Bäder-Gewerbes, wodurch der Müller zugleich ein gewerblich Mahlsteuerpflichtiger wird, fordert das Geses unter d a. a. D. ausdrückliche Erlaubniß der oberften Berwaltungs-

Beborde.

Das Müllergewerbe allein bringt ihn also nicht in ben Fall, Mahlsteuer zu entrichten; sondern er entrichtet sie entweber als Konssument, ober weil er außer dem Müllergewerbe noch ein anderes, die Mahlsteuer-Entrichtung veranlassendes Gewerbe: Bäckerei, Mehlhandel und dergleichen, betreibt. Deshalb tann auch, wenn in einem solchen, mit der Mahlsteuer verknüpften Gewerbsbetriebe eine wiederholte Defraudation begangen wird, die hierdurch verwirkte Untersagung des Gewerbsbetriebes nur über dieses lestgedachte Gewerbe ausgesprochen, nicht aber auch auf den Betrieb des Müllergewerbes ausgedehnt werden.

- e) Rach allgemeinen ftrafrechtlichen Grundfähen und wie namentlich §. 50. Th. II. tit. 20. d. A. L. R. vorschreibt, tann die Berfchärfung der Strafe nur für die Wiederholung gleicher Bergeben eintreten. In Anwendung dieser Principien auf die Bestrafung wiederholter Bergehen gegen das Geset vom 30. Mai 1820. hat also, wie auch ein R. d. F. M. vom 6. April 1838 ausspricht, der, einer Mahlsteuer-Defraudation wegen, Bestrafte, wenn er hiernächst eine Schlachtsteuer-Defraudation begeht, und umgekehrt, die für den Wiederholungsfall verordnete erhöhete Strafe nicht verwirkt.
- 3) In Bezug auf die fubsidiarische Berhaftung. Mit Rüdficht auf die in dem Refer. v. 14. April 1835. (unter

2 gu d) aufgeftellten Grunbfate folgt, wie unter anderm b. R. v. 24. Detbr. 1828. ausspricht, daß Muller als folde für ihre Gehülfen nicht in subsidium verhaftet find, weil ber S. 17 b. bei ber hinweifung auf S. 83. ber Steuerordnung v. 8. Februar 1819. ansbrucklich hingufügt: bag überall, wo barin von Brennern und Brauern gerebet wird, bie Anordnung auf biejenigen Gewerbetreibenben Anwendung finde, welche Dahl- und Schlachtftener als folche zu entrichten foulbig find. Ereiben bie Müller aber jugleich Mehlhanbel, bann find fie für ihre Diühlenburichen fubfibiarifc gu haften verbunden.

B. In Bezugauf bas Berfahren.

a) Zu vergleichen find die im Anhange zur Steuerordnung (oben S. 139 sq.) mitgetheilten allgemeinen Bestimmungen.

b) Insbesondere das Reser. b. F. M. v. 15. Juli 1839. (Centribl.

p. 249.) Der §. 14 bes Mahl- und Schlachtsteuer-Gesets vom 30. Mai Der havin hezeichneten Versonen zur Ent-1820 macht die Bervflichtung ber barin bezeichneten Personen gur Entrichtung ber Dabl- und Schlachtfteuer babon abhängig, baß fie einen Sanbel im außern Begirte einer mabl- und ichlachtfteuerpflichtigen Stabt treiben. In Fallen, wo die Dabl- und Schlachtftener nicht entrichtet, alfo eine Untersuchung beshalb einzuleiten ift, muß biefe burch ben Rachweis, daß ein Sandel betrieben ift, begründet werden. Ronfirt ber Sanbel, burch Eintragung bes betreffenben Inbividuums, aus ber Gewerbestener-Rolle, fo tann ber Rachweis des Sandels als geführt angenommen und ohne Beiteres von der, mit Erhebung der Mabl- und Schlachtstener beauftragten Beborde über bas Mabl- und Schlachtfleuer-Bergeben entschieden werden. Ronftirt aber ber Danbel nicht, burch Eintragung bes betreffenden Individuums, aus der Gewerbesteuer-Rolle, fo muß die Frage, ob ein Sandel betrieben ift, thatsachlich erft festgestellt, auch jedesmal, wegen ber gleichzeitig begangenen Uebertretung bes Gewerbesteuer-Gefetes, noch befonders von ber Gewerbesteuer-Beborbe bie Untersuchung verhängt werben.

Da es nun zwedmäßig ift, über bie gur Begrundung beiber Untersuchungen nöthige Thatsache nur von einer Behörde verhandeln gut lassen, so ergeht hierburch, indem, nach den gemachten Erfahrungen, hierunter bisher nicht gleichsbrmig verfahren ist, die Anweisung, die Antersuchung wegen Berlegung bes Gewerbesteuer-Befeges jedesmat berjenigen wegen bes angezeigten Dabl- und Schlachtsteuer-Bergebens vorangehen, ju biefem Behufe bie Aften erft ber Gewerbeftener-Be-borbe vorlegen ju laffen und erft, nach rechtstraftiger Entscheibung berfelben, über bas Mabl- und Schlachtsteuer-Bergeben zu entscheiden.

II. Aus ber Unmeifung vom 25. Marg 1821. jur Ausfuhrung bes Mahl = und Schlachtsteuergefepes (cfr. bie Bemerfung au S. 19. oben G. 265.) ift bier im Allgemeinen gu bemerten:

Die brilichen Grenzen der Steuerpflichtigkeit.

Unter bem mabl- und ichlachtfteuerpflichtigen Stadtbezirt ift berfenige bebaute Theil einer Stadt und ihrer naberen Umgebung verein:

Ane Unterspiet, flatt der Klassensteuer Bas danach, in Beziehung auf mahl- und schlachtsteuernacht. able und schlacht und schlachtsteuerpstichtis und Schlachtsteuerpstichtis genera may: und folachtsteuerpflichti-ein bem Orts-Regulativ) für jeben gemacht. Bortabligung wird biefer mahl- und folachtftenerpflichtige Smethotingung Stadtbegirte genannt. Der meitere umfang biefes Stadtbegirts, in welchem nur bie im S. 14. bes Gefesed som 30. Mai 1820 genannten Gewerbetreis im S. 14. Des Befesed som 30. mai 1820 genannten Gewerbetreis im \$ 14. bed Gegebe Schlachtsteuer gu bezahlen fchulbig find, wirb benben bie Dabl- und Stadtbegirt" genannt. Die Minner benden oue Zea Stadtbegirfe genannt, aber außere bemochnten Anlage bes Stadtbegirts bis gur gefdiebt von ber festen bewohnten Anlage ber enigen Drte. melde nan gefdieht von ernange berjenigen Drte, welche von bem erfteren erften bewohnten Mnlage berjenigen find in ben bem erfteren erften bewoonnen Meile entlegen find, fo bag biefe Orte gang mit puntte eine halbe Meberirk fallen, mabei inden Drie gang mit Puntte eine Detabtbezirt fallen, wobei jeboch, für besonbere Drtsin ben aup Mobififationen vorbehalten bleiben. Auch der außere verhaltniffe, mirb für febe Stadt unter verbaltungt wird für jede Stadt unter namentlicher Benennung aller Granin belegenen Dorfer und Anlagen befannt gemacht.

Die Rlaffifitation ber Mühlen in Bezug auf die Steuerkontrolle.

Die Mühlen sind in dieser Beziehung, entweder

a) folche, welche unter ber befonderen Rontrolle ber Steuer-Be-

b) folde, welche nur unter einer allgemeineren Kontrolle ber-

felben steben, oder aber

c) folche, welche gar nicht ber Kontrolle berfelben unterliegen. 3n der Klaffe ber unter besondere Kontrolle gesetten Mühlen ge-

a) jeberzeit bie innerhalb ber Stabte belegenen Mublen;

b) in ber Regel bie vor ben Stabten belegenen Dublen bann, wenn bie Stadt ungeschloffen ift, ober, wenn zu ber geschloffenen Stadt ein größerer Stadtbezirk vorhanden, zumal, wenn biefer mit ben Muhlen in naberem Zusammenhange ift;

c) unter Umftanben folde weiter entlegene Mublen, es fei in bem Stadtbezirk, ober bem außeren Stadtbezirk, beren Befiger einen ausgebreiteten Dehlhandel betreiben, und welche in ber

Regel nicht für Mahlgafte arbeiten.

Bu der Klaffe nur unter einer allgemeinen Kontrolle stehender Mühlen gehören sämmtliche in dem Stadtbezirk und dem äußeren Stadtbezirk belegene Mühlen, welche nicht unter besondere Steuer-Kontrolle gesett worden. Die außer beiden Bezirken belegenen Mühlen bleiben ganz außer der Steuer-Kontrolle.

Außerdem unterscheiden fich die Mühlen, in Bezug auf Steuer-Befen, noch darin, ob bloß die Körner, welche auf selbigen für mahlsteuerpflichtige Orte und Bewohner verarbeitet werden, der steuerpflichtige Gegenstand, oder ob dies die unmittelharen Fabritate aus

den Körnern find, als Mehl, Graupe 2c.

Bei ben Mühlen, welche unter befondere Kontrolle gefest find, wird nur die Korner-Stener entrichtet. Rudfichtlich der übrigen, fie mögen nun im inneren ober in bem äußeren Stadtbezirk, ober auch ganz aus beiben Bezirken liegen, wird ben obwaltenden Umftänden gemäß be ft immt, ob die Fabrikate auf denfelben der steuerpstichtige Gegenstand sind, oder ob es das Getreide ist. Dies, so wie überhaupt: welcher Kontrolle die in dem inneren und äußeren Stadtbezirke belegenen Mühlen, worauf Getreide verarbeitet wird, gehören, wird für jeden Ort in dem Ortsregulative bestimmt und bekannt gemacht.

Die Rüchverwiegung bes Fabrifates aus ben gur Mühle gebrachten Körnern.

für bas zurucktommende Gemahl, im Bergleich zu ben verftenerten Kornern gelten folgende Gewichts. Cage:

Bon Einem Centner Weizen, geschrotet: 109 Pfd. Schrot; gebentelt: 92 Pfd. Mittelmehl, 12 Pfd. Kleie, 2½ Pfd. Steinmehl. Bon Einem Centner Roggen, geschrotet: 109 Pfd. Schrot; gebentelt: 94 Pfd. Mehl, 11 Pfd. Kleie, 3 Pfd. Steinmehl. Bon Einem Centner Gerfte geschrotet: 108 Pfd. Schrot; geben-

telt: 91½ Pfd. Mehl, 13 Pfd. Kleie, 2 Pfd. Steinmehl.

Bon Ginem Centner Safer gefchrotet, 108 Pfo. Schrot. Kindet fich nun bei ber Rudverwiegung einer in Rornern verftenerten, aus ber Mühle gurudtommenben Dablpoft gegen bie regulativmäßigen Gewichtsfaße ein Uebergewicht an Dehl und beträgt biefes Uebergewicht weniger als To Centner, fo bleibt foldes gang außer Be-tracht. Beträgt ber Gewichts-Ueberschuß an Mehl aber 16 Centner ober brüber, fo tommt es barauf an, wie fich bas Gesammigewicht an Debl, Rleie und Steinmehl zu bem Rornergewicht verbalt. letteres von jenem Gesammtgewicht nicht erreicht, so ift von bem Uebergewicht an Dehl bie Eingangssteuer nach S. 15. bes Gesets ju erheben, iufofern aber bas Gefammtgewicht an Debl, Rleie und Steinmehl bas Rornergewicht erreicht ober überfteigt, ift jederzeit die nabere Untersuchung einzuleiten und nach ben fich babei eraebenben Umftanden ju bestimmen, ob es bei ber Rachverfteuerung bes Debrgewichts an Debl bewenden tonne ober Strafe eintreten muffe. hierans ergiebt fich, daß die Rachversteuerung nicht von einem etwanigen Mehrgewichte bes gefammten, jur Rudverwiegung gelangenben Kabrifats, sondern von dem Debrgewichte an Mebl abbangig ift, und bas Gefammigewicht bes Kabrifats babei nur infofern in Betracht tommt, um nach bem Berbaltniffe beffelben jum Rornergewichte ju bestimmen, ob es bei ber blogen Rachverfteuerung bes Heberschuffes an Mehl bewenden tonne, oder die nabere Untersuchung eintreten muffe. (R. d. F. M. v. 20. Juli 1837.)
3n Betreff endlich ber Mahlmuhlen, welche burch

In Betreff endlich ber Mahlmuhlen, welche burch Dampf ober thierische Kräste betrieben werden, enthält das R. vom 29. August 1827 allgemeine Bedingungen und Kontrollvorschriften. Für eine jede bedeutendere Gewerbsanstalt dieser Art werden in der Regel spezielle Bestimmungen und Kontrollen, denen der Besiger sich vor ber Ertheilung der steuerlichen Genehmigung zu anterwerfen hat, sest-

geftellt.

III. Bestimmungen über ben Berfchluß mahl. und schlachtsteuerspflichtiger Städte, sowie über bie Beschaffung der Cotalien für bie Erhebung der Steuer.

a) R. D. vom 20. Juni 1830. (G. S. p. 113.)

Ich bin mit ben im Berichte bes Staatsministerii vom 5. v. M. entwickelten Ansichten barin einverstanden, daß den Stadtgemeinden die willfürliche Abtragung ihrer Stadtmauern, Thore, Thürme, Bälle und anderer, zum Berschlusse sowohl, als zur Bertheibigung der Städte bestimmten Anlagen, weder in polizeilicher, noch in militärischer, noch in sinanzieller Rücksicht gestattet werden kann, und daß der §. 33. Tit. 8. Th. 1. des Allgemeinen Landrechts auf diesen Gegenstand allerdings zu beziehen ist. Um allen ferneren Zweiseln hierüber vorzubeugen, verordne Ich Folgendes:

1) Wenn die Stadtbehörden die Stadtmanern und andere obenbenannte Anlagen ganz, oder zum Theile abzutragen, oder damit Beränderungen vorzunehmen beabsichtigen; so haben sie diese Absicht zuvörderst der Regierung anzuzeigen und vor der Aussührung deren Entschließung zu erwarten. Die Regierungen sind von den Ministerien des Innern, des Krieges und der Finanzen wegen der anzustellenden weiteren Erdrterungen mit Instruktion

ju verseben. *)

2) Dafern eine Anlage ber gebachten Art von selbst durch die Zeit verfällt, und beren Erhaltung und Wiederherstellung in polizeilicher, militärischer, ober sinanzieller hinsicht für nothwendig erachtet wird, so soll das bestehende Sach und Rechtsverhältniß untersucht und hiernach, nöthigenfalls im Rechtswege, sesigestellt werden, wem die Verbindlichteit zur Tragung der diesfallsigen Kosten obliegt. Wenn aber die Wiederherstellung des schadhaften Berschlusses mahl und schlachtseuerpkichtiger Städte lediglich und ausschließlich zur Sicherung der Steuergefälle ersorderlich ist, so sollen diesenigen Städte, welchen zu Deckung ihres Kommn-nalbedürsnisses ein Zuschlag zur Mahl und Schlachtseuer dewilligt ist, jedenfalls einen nach dem Verhältnisse dieses Juschlags zur Hauptseuer abzumessenden. Beitrag zu den Kosten derzenigen Bortehrungen leisten, welche die Steuerverwaltung zur Erreichung des obgedachten Zweckes für nothwendig erkennt.

Diefen Meinen Befehl hat bas Staatsministerium burch bie Ge-

fet-Sammlung befannt gu machen.

b) Allerhöchte Kabinetsorbre vom 6. November 1837., wegen ber Beiträge ber Städte, für welche indirekte Kommunal-Abgaben burch die landesherrlichen Steuerbehörden erhoben werden, zu den Kosten biefer Steuer-Erhebung und wegen Ueberlaffung städtischer Lokalien an die Steuerverwaltung. (G. S. p. 159.) Jur Beseitigung der Zweisel, ob und in wie weit diesenigen

^{*)} Diese Justruktion ist ertheilt burch bie Eirc. Reser. b. Ministerien bes Krieges, ber Finangen und bes Innern vom 21. Okt. 1830 resp. vom 15. Sepk. 1835.

Städte, für welche indirekte Kommunal-Abgaben burch die landeshertlichen Steuerbehörden, nud zwar entweder als Zuschläge zu den Staatsesteuern, oder ohne Berbindung mit solchen, erhoben werden, einen Beitrag zu den Rosten dieser Steuer-Erhebung zu leisten verpflichtet, und
in wie weit städtische Lokalien der Steuerverwaltung zu überlassen,
sind, sehe Ich auf den Bericht des Staatsministeriums vom 8. September d. J. Folgendes fest:

tember d. J. Folgendes fest:

§. 1. In Städten, denen für ihre Kommunalbedürsnisse Zuschläge auf die landesherrlichen indirekten Steuern oder besondere indirekte Abgaben bewilligt sind, welche durch die landesherrlichen Steuerbehörden und Beamten erhoben werden, kommen 5 Prozent dom Brukto-Ertrage derselben als Beitrag zu den Erhebungskosten für die Staats-

taffe in Abzug.

§. 2. Jur Erhebung und Kontrolirung ber Mahl- ober Schlachtftener haben die pflichtigen Städte ber landesherrlichen Steuerverwaltung diesenigen ihnen zugehörigen Gebände ober Geschäftstokalien einzuräumen, welche entweder von der Steuerbehörde seither schon bennst worden find, ober nach Bestimmung der Laudes-Polizeibehörde ohne Beeinträchtigung nothwendiger Kommunalzwecke dazu hergegeben werben können.

§. 3. Städte, welche keine Zuschläge auf die Mahl- ober Schlachtstener beziehen, erhalten von der landesherrlichen Steuerverwaltung für die zu ihrer Benutung überlaffenen Gebäude ober Geschäftsräume eine in Ermangelung gultiger Einigung durch die Landes-Polizeibehörde für die Dauer der Benutung festzusehnde jährliche Miethe. Die Unterhaltung im gewöhnlichen baulichen Stande liegt dagegen der Stadt als Eigenthümerin ob. Die Kosten außerordentlicher Einrichtungen oder Beränderungen, welche lediglich der Steuerwerwaltung wegen erforderlich sind, werden aus landesherrlichen Fonds bestritten.

S. 4. Städte, benen jene Zuschläge bewilligt find, erhalten für bie Benutung ihrer Gebäude und Geschäftsräume von Seiten ber landesherrlichen Steuerverwaltung keine Bergütigung. Werden jedoch von jest ab den landesherrlichen Steuerbeamten in solchen städtischen Gebäuden Dienstwohnungen angewiesen, die von der Art sind, daß in landesherrlichen Steuergebäuden nach den bei der Steuerverwaltung bestehenden Borschriften eine Miethsvergütigung nach gewissen Prozenten vom Gehalt verlangt werden konnte, so soll eine solche Miethsvergütigung zur städtischen Rommunalkasse entrichtet werden.

§. 5. In Butunft follen die Koften, welche bei folden ftabtischen Gebäuden (S. 4.) durch gewöhnliche bauliche Unterhaltung fowohl als burch außerordentliche, Behufs der Steuerverwaltung erforderliche Einrichtungen ober Beränderungen entstehen, von der landesherrlichen und städtischen Raffe gemeinschaftlich, nach Berhältniß ihrer Autheile an den Steuern, zu deren Erhebung und Kontrolirung die Gebäude bienen, getragen werden. Rücksichtlich der für die Bergangenheit aufgewendeten berartigen Rosten steht den Städten so wenig ein Rücksorderungsrecht als ein Entschädigungsauspruch zu.

8. 6. In Betreff ber baulichen Unterhaltung ber Stadtmauern und anderer jum Berichluß ber mahl- und folachtsteuerpflichtigen

18

Stabte bienenben Anlagen hat es bei Meiner Debre vom 20. Juni 1830 (Gesetsammlung S. 113.) sein Bewenden.
Das Staatsministerium hat diese Meine Bestimmungen burch

bie Gefet-Sammlung gur öffentlichen Renntniß zu bringen.")

ŤIŤ.

Die Steuer von der Labrikation des Runkel-Rüben-Buckers.

Verordnung vom 21. Mätz 1840.

wegen Erhebung einer Rontrolle-Abgabe von ben, gur Buderbereitung ju verwendenden Runtelruben. (G. G. p. 109.)

Wir Friedrich Wilhelm, 2c. 2c. Um ber, in Folge bes zu= nebmenben Umfanges ber Buderbereitung aus Runtelrüben, fo wie bes baraus fur bie Staatstaffe mittelbar, burch ben verminberten Berbrauch bes Kolonialzuders, zu beforgenden bedeutenben Ausfalls an ber Ginnahme, nothwendig werdenden Besteuerung bes inländischen Runfelrubenzuders naber zu treten und bie Ginführung einer Fabrifationssteuer von gedachtem Buder vorzubereiten, follen vom 1. September 1840 ab, bis auf Beiteres. bie folgenden Bestimmungen gur Anwendung gebracht werben. **)

I. Allgemeine Beftimmungen.

1) Söbe ber Abgabe.

S. 1. Der aus Runkelrüben erzeugte Rohzuder wird mit einer Kontrolle-Abgabe von 1 Riblr. für ben Centner belegt.

*) Den betr. Berwaltungs Behörden ift diese Orbre burch Circ, Rescr. b. B. W. vom 8 Dezember 1837 jur Befolgung mitgetheilt.

**) Die Steuerbehörben haben burch bas Circ, Rescr. b. F. M. vom 24.

Juni 1840. (Centribl. p. 327.) bie erforberliche Anweisung jur Aussuhrung bes obigen Gesehes erhalten. Einzelner Bestimmungen baraus geschieht an bem betr. Stellen bes Gesehe Erwähnung.

welche von ben, zur Buderbereitung bestimmten Ruben erboben werben foll und bis auf weitere Anordnung auf einen Biertel-Silbergrofchen vom Centner rober Rüben festgesett wird.

2) Wie solche erhoben wird: a) auf Grund fpegieller Gewichts-Ermittelung.

a) Das Gewicht ber Rüben wird, bevor folche auf bie Berfleinerungsapparate gelangen, durch Berwiegung ermittelt, zu welchem Behufe in jeder Runkelrübenzuder-Fabrif und in jeder, von der eigentlichen Kabrif getrennt bestehenden Unstalt zur Vorrichtung von Rüben gur Buderbereitung eine Baage nebst ben erforderlichen Gewichten vorbanden fein muß.

b) Sind bie Behältniffe, in welchen die Rüben zu den genannten Apparaten transportirt werben, von wesentlich übereinftimmender Größe, fo fann bie Gewichtsermittelung, nach bem Ermeffen der Steuerbehörde, durch Probeverwiegungen

erleichtert werben. *)

c) Die zur Berwiegung nothwendigen mechanischen Berrichtungen ift ber Fabrifinhaber ichulbig, burch feine Arbeiter lei-

ften zu laffen.

d) Sollten für eine Kabrif, welche bie Ruben im getrodneten (geborrten) Buftanbe verarbeitet, bergleichen getrodnete (geborrte) Ruben von andern Personen gefauft ober auf ans bere Beise erworben werden, so findet die Berwiegung berfelben bei ihrer Ginbringung in das Betriebstokal ftatt und es werden, Behufs ber Abgabenentrichtung, auf jeben Ceniner getrodnete feche Ceniner robe Ruben gerechnet.

b) im Bede ber Riration. "")

Für Fabrifen von unbedeutendem Umfange, wobin **§**. 3.

**) Die wefentlichen Bebingungen eines folchen Firationevertrages finb: 1) Es burfen ohne besondere Angeige weber mehr noch andere als bie ans

18*

^{*)} Die Berwiegung geschieht in Gegenwart eines Steuerbeamten, welcher bas Gewicht bes mit Ruben gefüllten Behalters, bevor die Ruben in bie Berfleinerunge-Apperate gelangen, in ein baju vorgeschriebenes Rotirbuch einträgt, ans welchem für jeben Tag bie Gewichtszusammenstellung gemacht, bas Gewicht ber Behalter (bie Tara) aber nach bem Onrchschnitt in Abzug gebracht wirb.

gemelbeten Ruben verarbeitet werben. 2) Erlaß ober Erftattung ber Abgabe wegen verborbenen Materiale finbet nicht Statt. Befragt ber Abgang erweislich fiber 25 Procent ber anges melbeten Menge, fo fonnen bie verborbenen Ruben inbeg burch anbere ers fest werben.

³⁾ Das Firum muß in angemeffenen Raten pranumerando entrichtet merben. 4) Die Bration befreit nur von ber fpeciellen Gewichteermittelung. Den übrigen Bestimmungen bes Gefeges, namentlich im S. 6 bie 9, bleibt ber Rirat unterworfen.

solche zu rechnen sind, welche innerhalb einer Betriebsperiode (von der Rübenernte bis zur Erschöpfung des Materials) weniger, als 6000 Centner robe Rüben verarbeiten, kann, auf Grund der angemelbeten und revidirten Materialvorräthe, eine Firation der zu entrichtenden Kontrolle-Abgabe eintreten. In diesem Falle unterbleibt die, im §. 2. angeordnete specielle Verwiegung der Rüben und es sindet nur eine allgemeine Beaussichtigung des Vetriebs statt.

Sollte sedoch im Laufe der Fabrikation sich etgeben, daß die Menge der zur Berarbeitung bestimmten Rüben unrichtig angegesben worden oder durch heimliche Zufuhr vermehrt werde, so ist die Steuerbehörde befugt, die specielle Kontrolle der betreffenden

Fabrif auf Koften bes Inhabers berfelben anzuordnen.

3) Erlaß ober Erstattung ber Abgabe.

S. 4. Ein Erlaß oder eine Zurückahlung der Kontrolles Abgabe aus dem Grunde, weil Zuder während oder nach der Fabrifation unbrauchbar geworden oder burch ein zufälliges Erseigniß verloren gegangen ift, wird nicht gewährt.

4) Befdrantungen bes Betriebe.

S. 5. a) Der vereinigte Betrieb ber Zuderfabrikation aus Runkelrüben und aus Kolonialzuder darf nur unter Beobachtung ber, von dem Finanzminister, zur Verhütung von Migbräuchen und zum Schuße bes Abgabeninteresse, zu tref-

fenben Unordnungen ftatt finden.

- b) Runkelrübenzuder-Fabriken innerhalb bes Grenzbezirks unterliegen, außer ben, in der gegenwärtigen Berordnung
 enthaltenen Bestimmungen, den Vorschriften im §. 35. des
 Zollgesese und in den §§. 88. dis 90. der Zollordnung
 vom 23. Januar 1838, und dürsen daher nur unter Beobs
 achtung der, zur Sicherung des Gewerds und des Zollinteresse nöthig erachteten Bedingungen und Beschränkungen
 angelegt und betrieben werden.
- II. Borfdriften über bie Kontrollirung bes Betriebs und bie Entrichtung ber Kontrolle = Abgabe.
 - 1) Unmelbung ber Betrieberaume und Gerathe.
 - S. 6. a) Wer, um Juder aus Runfelrüben zu bereiten, eine Fabrifanlage machen ober sonst Einrichtungen treffen will, ist verpflichtet, solches der Steuerbehörde mindestens sechs Wochen vor dem Beginn des ersten Betriebs schriftlich anzuzeigen, und derselben spätestens acht Tage vor Eintrütt

bieses lettern Zeitpunktes eine Nachweifung, nach einem näher vorzuschreibenden Muster, in doppelter Aussertigung
einzureichen, worin die Räume zur Auftellung der Geräthe
und zum Betriebe der Zuckerbereitung, einschließlich aller
dazu gehörigen oder damit im Zusammenhang stehenden Vorbereitungen und Operationen, die Räume zur Ausbewahrung
der Rüben und diesenigen zur Ausbewahrung der perschiedenen Fahrisate; ferner die zu benugenden setstehenden Geräthe als: die Apparate zum Waschen, Zerkleinern und
Dörren der Rüben, zum Extrahiren und Auspressen des Rübensaftes, die Kessel, Pfannen und sonstigen Vorrichtungen zum
Rochen, Läutern und Klären des Zuckers u. s. w., ingleichen der, in Preußischen Quarten ausgedrückte Rauminhalt
der Ressel und Pfannen, von sedem dieser Geräthe besonbers, genau und vollständig angegeben sein müssen.

b) Dieser Nachweisung muß ein Grundriß der Betrieberäume und der Stellung der darin befindlichen feststehenden Geräthe, nach der, von der Steuerbehörde zu gebenden näheren Anleitung, zwiesach beigefügt, ein Eremplar, von der Steuerbehörde bescheinigt, in dem Fabristotale ausbewahrt und die darin bezeichuete Stellung der Geräthe so lange unveränbert beibehalten werden, als Abänderungen nicht durch Einreichung eines anderweiten Grundrisses angezeigt worden

find.

c) Richt minder liegt den Inhabern von Aunkelrübenzucker-Fabriken ob, wenn neue Geräthe der unter a. bezeichneten Art angeschafft oder die bereits angemeldeten ganz oder zum Theil abgeändert werden, vor oder unmittelbar nach dem Empfange der Geräthe der Steuerbehörde davon Anzeige zu machen und dieselben nicht ohne die, von der letteren zu ertheilende amtliche Bescheinigung in Gebrauch zu nehmen.

d) Bur Anzeige innerhalb ber nächsten brei Tage find bieselben auch verpflichtet, wenn bereits angemelbete Geräthe ganz ober zum Theil zum Zwecke ber Fabrikation, in ein anderes

Lofal gebracht werden.

e) Diejenigen, welche zur Zeit, wo diese Verordnung in Kraft tritt, eine Anlage zur Gewinnung von Kunkelrübenzucker bereits bestigen, sind verpstichtet, der Steuerbehörde die vorsgeschriebene Nachweisung der Vetriebsräume und Geräthe, in sofern ein Betrieb stattsinden soll, mindestens acht Tage vor Anfang desselben, sonst aber jedenfalls im Laufe des Monats September 1840 einzureichen.

2) Bezeichnung und Bermeffung ber Gerathe.

S. 7. Die in den Betrieberaumen vorhandenen feststebenden Gerathe werden nach der Bestimmung der Steuerbehörde numerirt, welche, wenn sie dazu Beranlassung findet, auch eine

Nachmeffung ber Reffel und Pfannen vornehmen fann.

Die Rummer und ben angegebenen ober ermittelten Quartinhalt muß ber Fabrifinhaber an ben Geräthen beutlich bezeichnen
und diese Bezeichnung gehörig erhalten lassen; wie solche zu bewirken und wo sie anzubringen sei, wird für jedes Geräth von
ber Steuerbehörde bestimmt.

3) Amtliche Bescheinigung barüber.

S. Die Steuerbehörde ist verpflichtet, über die Anmelbung, Vermessung und Bezeichnung der Geräthe eine, die Beschaffenheit derselben genau beschreibende Bescheinigung zu ertheisten. Nur durch solche Bescheinigungen, welche in dem Fabrikloskal ausbewahrt werden mussen, kann der Nachweis geführt wers den, daß die Geräthe und die damit vorgenommenen Verändezungen vorschriftsmäßig angemeldet worden.

4) Aufficht ber Steuerbehörde.

S. 9. a) Die angemelbeten Betriebsräume und die darin vorhandenen Geräthe stehen unter der Aufsicht der Steuersbehörde. Bon derselben können die Apparate zum Zerkleinern der Rüben (Reibes und Schneidemaschinen), so wie diesenigen zum Extrahiren oder Auspressen des Rübensaftes für die Zeit, während welcher ein Betrieb derselben nicht statt sindet, auf angemessene Weise außer Gebrauch gesett werden.*)

b) Die Inhaber von Runkelrübenzucker-Fabriken sind verpflichtet, über ihren gesammten Fabrikationsbetrieb Bücher (Betriebs- ober Fabrikbücher), aus welchen die Menge der verarbeiteten Rüben und der erzielten Fabrikate verschiedener Gattung ersichtlich sein muß, zu führen, und folche den Ober-Beamten der Steuerverwaltung (Ober Rontrolleurs, Ober-Inspektoren oder noch höher stehenden Beamten) jederzeit, andern Beamten aber nur, wenn dieselben dazu von der Provinzial-Steuerbehörde besonders beauftragt sind, auf Erfordern vorzulegen.

^{*)} Dies geschiebt entweber burch Berfiegelung ober burch Anlegung eines funftlichen Borlegeschloffes, je nach ber Anwendbarfeit einer ober ber anbern Borrichtung.

- c) Den, mit der Kontrolle beauftragten Steuerbeamten muß in dem Fabrilgebaude die Mitbenugung eines erwärmten, mit den zum Schreiben erforderlichen Mobilien ausgestatteten Lofals zum Aufenthalt und darin ein verschließbares Behältniß zur Ausbewahrung von Papieren eingeräumt werden.
 - 5) Anmelbung bes Betriebes.
 - S. 10. a) Wenn eine neu angelegte Aunkelrübenzuder-Fabrik zuerst, ober eine außer Thätigkeit gewesene ältere Anlage ber Art wieder in Betried gesett werden soll, so muß der Inhaber solches der Steuerbehörde vierzehn Tage dor dem muthmaßlichen Beginn des Betrieds schriftlich anzeigen und sich von derselben eine Bescheinigung darüber ertheilen lassen.
- b) Befinden fich Geräthe unter amtlichem Berfcluß, fo veranlagt bas Steneramt, daß sich ein Beamter zur Abnahme beffelben rechtzeitig in ber Kabrif einfinde.
 - 6) Einreichung von Material-Borrathe-Berzeichniffen.
 - S. 11. a) Wer Juder aus Runkelrüben bereitet, hat im Herbste seben Jahres, brei Tage nach Beendigung der Ernte, und, wenn diese über den Schluß des Monats November hinaus dauern sollte, spätestens am letten Tage des gedacheten Monats, der Steuer-Hebestelle ein, nach einem besonderen Muster anzusertigendes Berzeichniß seiner sämmtlichen Rübenvorräthe, worin zugleich der Ort ihrer Ausbewahrung angegeben sein muß, zwiesach einzureichen, auch seden ferneren Jugang an Rüben, zur Nachtragung in dem Verzeichnisse, sogleich anzumelden.
- b) Das eine Exemplar biefes Berzeichnisses wird, mit bem Bisa ber Steuer = hebestelle versehen, zurückgegeben und muß in bem Betriebslofal reinlich bergestalt aufbewahrt werden, baß solches auf Erforbern zur Stelle vorgelegt werden kann.
 - 7) Berpflichtung zur Befolgung ber Kontrolle-Borfdriften.
- S. 12. Die in der gegenwärtigen Berordnung und insbessondere in den vorstehenden SS. 6 bis 11. ertheilten Rontrolles Borfdriften ift nicht nur Derjenige, welcher die Zuderfabrifation betreibt oder für seine Rechnung betreiben läßt, sondern auch ein Jeber, welcher dabei beschäftigt ift, zu beobachten schuldig.
 - 8) Wann und von wem bie Abgabe zu entrichten ift.
- S. 13. Am Schluffe eines jeden Ralendermonats wird ber Betrag zu ber entrichtenden Rontrolle-Abgabe festgestellt und bem zur Zahlung berfelben verpfichteten Fabrifinhaber befannt gemacht.

Die Abtragung ber schuldigen Summe muß nach Beendigung ber Winter=Betriebsperiode erfolgen und kann in drei gleichen Theilen am 1. Mai, 1. Juni und 1. Juli bewirft werden. Wer diese Zahlungstermine einmal verabsäumt, kann auf die darin liegende Erleichterung in der Folge nicht mehr Anspruch machen, sondern muß die Kontrolle-Abgabe am Schlusse eines seben Monats entrichten.

- III. Behörden und Beamten gur Erhebung und Beauffichtigung.
 - S. 14. a) Die Erhebung der Kontrolle-Abgabe und die Beaufsichtigung der Aunkelrübenzucker-Fabrikation geschieht von benjenigen Behörden und Beamten, denen die Erhebung und Kontrollirung der Branntwein = und Braumalzsteuer obliegt, und es kommen rücksichtlich der inne zu haltenden Dienststunden der Hebestellen, so wie des Verhaltens der Beamten gegen die Abgabenpslichtigen, die Vorschriften SS. 56 und 57. der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 auch hier zur Anwendung.
 - b) Richt minder sollen die, in den §§. 49. 53. dis einschließlich 55. 58 und 59. der Steuerordnung vom 8. Febr. 1819
 enthaltenen Bestimmungen sowohl von den Steuerbeamten,
 wie von den Abgabenpflichtigen, und zwar mit der Maaßgabe
 beobachtet werden, daß, soweit in diesen Vorschriften von
 Branntweinbrennern die Rede ist, solche auf Diesenigen zu
 beziehen sind, welche Zuder aus Runkelrüben bereiten.
 - W. Bon ben Strafen und bem Strafverfahren.
 - 1) Strafe ber Defraubation:
 - a) im erften Falle.
- a) Wer Aunkelrüben in die Zerkleinerungs-Apparate aufnimmt oder sonft mit denselben eine, zur Zuckergewinnung dienende Operation vornimmt, bevor solche, den Bestimmungen des S. 2. dieser Verrordnung gemäß, amtlich verwogen und ihr Gewicht, Behufs der Steuerentrichtung, notirt worden, begeht eine Defraudation und hat eine, dem viersachen Betrage der vorenthaltenen Abgabe gleichkommende Geldbuße, welche jesdoch niemals weniger als 10 Rthlr. betragen darf, verwirkt. Die Abgabe selbst ist von der Strafe unabhängig zu entsrichten.
 - b) im erften Rudfalle.
- b) Im Falle ber Wiederholung nach vorhergegangener rechts-

fräftiger Berurtheilung tritt eine, bem achtfachen Betrage ber Steuer gleichkommende Strafe, welche jedoch wicht weniger, als 25 Rehlr. betragen barf, ein.

c) fei ferneren Rudfallen,

c) Bei fernerer Wiederholung des Vergehens und nach vorhers gegangener rechtsfräftiger Berurtheilung in die Strafe des ersten Rückfalls (litt. b) ist der sechzehnsache Betrag der nicht erlegten Abgabe oder, wenn solcher 50 Athlr. nicht erreicht, dieser lettere Betrag als Strafe verwirkt.

2) Sonstige Strafbestimmungen.

S. 16 a) Die Uebertretung aller übrigen, in bieser Berordsnung enthaltenen Bestimmungen und ber, in Gemäßheit bersselben, erlassenen und gehörig bekannt gemachten Berwaltungsvorschriften soll mit einer Gelbbuße von 1 bis 10 Rthlr. geahndet werden.

b) Außerdem treten die Strafen ein, welche die Steuerordnung vom 8. Februar 1819 in den §S. 83 bis einschließlich 89. und die Deflaration vom 6. Oftober 1821 androhen.

c) In Ansehung bes Versahrens gegen die Kontravenienten kommen die Vorschriften der Steuerordnung vom 8. Februar 1819 §§ 91 bis einschließlich 95., so wie die, zur Destlaration der §§. 93 und 94., ergangenen Bestimmungen vom 20. Januar 1820 und 27. September 1833 zur Answendung.

V. Uebergangs = Maagregel.

S. 17. Die Inhaber von Runkelrübenzuder-Fabriken sind verpflichtet, innerhalb der letten drei Tage des Monats August 1840 ihre Borräthe an Zuderfabrikaten und Halbfabrikaten der Steuerbehörde anzumelden, welche befugt ist, die Richtigkeit der Anmeldung durch Revision der Waarenlager und nothigenfalls durch Gewichtsermittelung zu prüfen.

Uebereinfunft vom 8. Mai 1841.

zwischen Preußen, Baiern, Sachsen, Württemberg, Baben, Kurheffen, bem Großherzogthume Heffen, ben zu bem Thüringischen Joll- und Handels-Bereine verbundenen Staaten, Raffan und der freien Stadt Franksurt, wegen der Besteuerung des Runkelrübenzuckers. *)

(G. S. p. 151,)

Im Jusammenhange mit dem heutigen, die Fortsetzung des Boll- und handels-Bereins betreffenden Bertrage ist zwischen den betheiligten Regierungen die folgende Uebereinfunst wegen der Besteuerung des Runkelrubenzuckers getroffen worden.

Artifel 1.

Der im Umfange bes Zollvereins aus Runkelrüben verfertigte Zuder soll mit einer überall gleichen Steuer belegt werden, beren Ertrag gemeinschaftlich ist und nach den nämlichen Grundsäßen, wie das Einkommen an Eingangszöllen, unter die Bereinsstaaten getheilt wird.

Neben biefer Steuer barf in keinem Falle eine weitere Abgabe von dem Runkelrübenzucker, weber für Rechnung des Staats, noch für Rechnung der Kommunen erhoben werden.

Artifel 2.

Die Besteuerung nach einem überall gleichen Steuersate tritt mit dem 1. September 1841 ein; die Gemeinschaftlichkeit des Steuer-Einkommens dagegen wird die zum 1. September 1844 ausgesest, um auf der Grundlage der während dieses dreisährigen Zeitraums zu gewinnenden Ersahrungen zuvor die angemessenke Besteuerungsweise zu ermitteln und eine allgemeine und übereinsstimmende Gesetzgebung zu vereindaren.

Da bie hohen kontrahlrenden Theile eine Bestenerung bes im Umfange bes Bereins aus Runkelruben bereiteten Zuders für nothwendig erachtet haben, so ist hierüber bie anliegende besondere Uebereinkunft getroffen worden, die einen Bestandtheil des gegenwärtigen Bertrages bilden und ganz so angessehen werden foll, als wenn sie in diesen selbst ankgenommen ware.

[&]quot;) Diese Uebereinkunft grundet fich auf ben bie Fortsepung bes Boll = und handels-Bereins betreffenden Bertrag vom 8. Mai 1841. (G. S. p. 148.) welcher im Artikel 4 wie folgt, bestimmt:

Diefelben find ferner babin einverstanden, baß, wenn die Fabrifation von Buder ober Syrup aus anderen inländischen Grzengnissen, als aus Runfelzuben, 3. B. ans Stärfe, im Bollvereine einen erheblichen Umfang gewinnen follte, bieje Fabrifation ebenfolls in sammtlichen Bereinsstoaten einer über- einstimmenden Besteuerung, nach den für die Rübenzuckersteuer verabredeten Grundsägen zu unterweifen sein wurde.

Bereinigungen mehrerer Bereinsstaaten zu bem Zwede, noch por bem 1. September 1844 eine übereinstimmende Gesetzebung und Verwaltung rücksichtlich ber Steuer vom Rübenzucker, unter Gemeinschaftlichkeit bes Ertrages ber letteren, einzusühren, sind jedoch burch biese Bestimmung nicht ausgeschlossen.

Artifel 3.

Während des Zeitraums vom 1. September 1841 bis bahin 1844 bleibt die Wahl der Besteuerungsweise dem Ermessen einer seden Vereins-Regierung in der Art anheimgestellt, daß sie die Rübenzucker-Steuer entweder

a) von bem fertigen Fabrifate ober

b) von den zur Zuderbereitung zu verwendenden roben Rüben, und zwar entweder bei deren Einbringung in die Aufbewahrungsräume oder unmittelbar vor ihrer Berwendung zur Kabrifation

erheben laffen fann.

Artifel 4.

Ueber die Höhe bes Steuersates wird Folgendes bestimmt: a) Die Steuer soll in dem ersten Betriebssahre, vom 1. September 1841 bis dahin 1842, Zehn Silbergroschen (35 Ar.)

für ben Bollgeniner Ruben-Robzuder betragen.

b) Dieser Steuersat wird auch im zweiten und britten Betriebs jahre, nämlich vom 1. September 1842 bis dahin 1843, und vom 1. September 1843 bis dahin 1844 beibehalten, wenn, nach Zusammenrechnung des in dem vorangegangenen Betriebssahre im gesammten Bereine versteuerten Quantums Rübenzucker mit der im vorangegangenen Kalenderjahre verzollten Menge ausländischen Zuckers, sich ergiebt, daß unter 100 Zentnern der also ermittelten Gesammtmenge weniger, als 20 Zentner Rohzucker begriffen sind.

Erreicht aber bie Menge bes Rübenzuders 20 Prozent, so wird die Steuer vom Zollzentner Rübenzuder auf & Ribir. (1 Fl. 10 Ar.) festgesetzt; erreicht oder übersteigt sie endlich 25 Prozent der gesammten Zudermenge, so wird die Steuer

auf 1 Rthir. (1 gl. 45 Er.) erbobet.

Artifel 5.

Die Bereins-Regierungen werden sich die, von ihnen in Gemäßheit der Artikel 2. 3. und 4. erlassenen Gesetze, Berordnungen und Instruktionen mittheilen, und räumen sich gegenwärtig das Recht ein, durch die Bereins-Bevollmächtigten oder durch besondere Kommissarien von der Aussührung der getroffenen Steuer-Einrichtungen und deren Ergebnissen Kenntniß zu nehmen.

Artifel 6.

Nach dem Ablauf der dreisährigen Periode, also mit dem 1. September 1844, tritt in Absicht der Besteuerung des Rübens zuders, eben so, wie solches hinsichtlich der gemeinschaftlichen Eins. Auss und Durchgangszölle der Fall ist, eine völlig übereinstimmende Gesetzgebung und Verwaltung in sämmtlichen Vereinsstaaten ein.

Artifel 7.

Bei Abmeffung der Steuer von dem Rübenzucker wird ale-

bann nach folgenden Grundfägen verfahren werden.

a) Der Eingangszoll vom ausländischen Juder und Sprup und die Steuer vom vereinsländischen Rübenzuder zusammen sollen für den Kopf der seweiligen Bevölkerung des Joll-vereins jährlich mindestens eine Brutto-Einnahme gewähren, welche dem Ertrage des Eingangszolles vom ausländischen Juder und Sprup für den Kopf der Bevölkerung im Durch-schnitte der drei Jahre 1838 gleichkommt.

b) Der Betrag ber Rübenzuder-Steuer wird jedesmal für einen breijährigen, vom 1. September an laufenden Zeitraum festgeset und wenigstens 8 Wochen vor Anfang bes lettern

öffentlich befannt gemacht.

Gleichzeitig mit ber Rübenzucker-Steuer werden auch bie Eingangs-Bollfäße für den ausländischen Zucker und Sprup feftgestellt, verkündigt und in Anwendung gebracht, daher solche aus der Reihe der übrigen, mit dem Kalenderjahre

laufenben Gage bes Bolltarife ausscheiben.

c) Die Steuer vom vereinsländischen Rübenzuder wird gegen ben Eingangszoll vom ausländischen Zuder stets so viel niedriger gestellt werden, als nöthig ist, um der inländischen Fabrifation einen angemessenen Schutz zu gewähren, ohne zugleich die Konkurrenz des ausländischen Zuders auf eine, die Einkünfte des Bereins oder das Interesse der Konsumenten gefährdende Weise zu beschränken.

d) In keinem Falle, und wenn auch bereinst die Einnahme von Eingangszoll vom ausländischen Zuder hinter dem durchsschnittlichen Ertrage der Jahre 1838 nicht zurückleiben sollte, wird die Steuer vom Rüben-Rohzuder unter den Betrag von 20 Prozent des Zollsages für ausländischen, zum Ver-

fieben eingehenden Rohzuder gestellt werben.

Artifel 8.

Alle burch die Zollvereinigungs-Berträge ober in Folge berfelben getroffene Bestimmungen und Berabredungen über die, ben Bereins = Regierungen ruchsichtlich ber Joll = Abgaben zustehenbe Theilnahme an der gemeinschaftlichen Gesetzebung und an der Kontrolle der Verwaltung, wohin insbesondere die Stipulationen wegen Bestellung der Vereins = Vevollmächtigten und Stations = Kontroleure und wegen der jährlichen General-Konferenzen gehösen, ingleichen die Vereinbarungen in dem unter den Vereins Regierungen abgeschlossenen Zollfartel vom 11. Mai 1833, sollen auch in Beziehung auf die Rübenzucker Steuer volle Anwendung sinden.

Verordnung vom 30. Juli 1841.*)

wegen Befteuerung bes Rübenzuders. (G. G. p. 140.)

Wir Friedrich Wilhelm, 2c. verordnen, in Gemäßheit ber zwischen den Staaten des Bollvereins wegen Besteurung des Runfelrübenzuders getroffenen vertragsmäßigen Vereinbarung, auf den Bericht Unseres Finanzministers wie folgt:

S. 1. Der S. 1. ber Berordnung wegen Erhebung einer Kontrolle-Abgabe von den, jur Zuderbereitung zu verwendenden Runfelrüben vom 21. März 1840 tritt mit Ablauf des Monats

August d. 3. außer Wirksamfeit.

S. 2. Bom 1. September b. J. ab wird ber ans Runfelstüben erzeugte Rohzuder mit einer Steuer von & Thaler für ben Zollzentner belegt, welche von den zur Zuderbereitung bestimmsten Rüben mit einem halben Silbergroschen von jedem Zollzents

ner rober Rüben erhoben werden foll.

S. 3. Die übrigen Bestimmungen ber Berordnung vom 21. März 1840 bleiben auch ferner, jedoch mit der Maaßgabe in Kraft, daß, so weit dieselben das Gewicht der Rüben betreffen, unter letterem überall das für die Berechnung der Eine, Auseund Durchgangs-Zölle und die zu diesem Zwecke vorkommenden Berwiegungen durch die Verordnung vom 31. Oftober 1839.**) (Gefes-Sammlung, Seite 325.) eingeführte Jollzewicht verstanden werden soll.

^{*)} Bur Vussubrung biefer Berordnung erging das Circ. Resc. d. F. M. vom 5. August 1841 (Centrbl. p. 164.) worin bestimmt ist daß die Inhaber von Munkel-Rubenzuckersabriken wegen Beschaffung der erforderlichen Bollges wichte auf ihre Kosten, sich an die hauptamter zu wenden haben.

**) Diese Berordnung ist unten bei der Bollgesetzebung mitgetheilt.

Die Eingangs- Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben (Bölle).

Berordnung vom 83. Januar 1838.

bas mit ben zollvereinten Staaten vereinbarte Jollgeset und die bemselben entsprechende Zollordnung betreffend. (G. S. p. 1838. S. 33.)

Bir 2c. haben mit ben zollvereinten Staaten) ein gemeins schaftliches Jollgeses und eine bemselben entsprechende Bollordnung vereinbaret, und verordnen auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums wie folgt.

S. 1. Dem anliegenden Zollgesetze und ber gleichfalls beis gefügten Zollordnung ertheilen Wir für ben ganzen Umfang Uns

ferer Monardie Gefegesfraft.

S. 2. Gleichzeitig heben wir das Jollgeses und die Jollordnung vom 26. Mai 1818, ersteres sedoch mit Ausnahme des S. 19 **), auch die Berordnung vom 19. November 1824, hierdurch auf, nicht minder alle andere über diesen Gegenstand ergangenen Berordnungen, in so fern in den anliegenden Gesesen etwas Unberes bestimmt worden ist.

**) Der nach bem Obigen noch gultige §. 19. bes Bollgesetes vom 26. Mai 1818 (G. S. p. 65) bezieht fich auf bie in ben §§. 17 und 18. dafelbst aufs gehobenen Staats, Kommunals und Privat-Binnen-Bolle und lantet wie folgt:

[&]quot;) Die Forfvaner bes Joll: und hanbelsvereines nuter ben Staaten: Prensfen, Baiern, Sachsen, Wuviemberg, Baben, Aurhessen, Großherzogthum Bessen, ben Staaten bes Thuringischen Bollvereine, Rassan und ber freien Stadt Franksfurt ift vereinbart burch ben Vertrag vom 9. Mai 1841. (G. S. p. 148) vorsläusig bis zum Jahre 1853 incl.

[&]quot;Bit inbeffen die Kommunale ober Privats Erhebung (98. 17 und 18), durch specielle laftige Erwerbs-Litel begrundet, so wird dafür sofort ein Erfagt nach dem Durchschnitts-Beirage des reinen Einkommens ans den drei letzten: Jahren ermittelt und zur Bahiung in monatikhen Raten auf die Regiest rungskaffen angewiesen."

Joll-Gefet vom 23. Januar 1838.

(**6. 6.** p. 33.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

I. Berfehr mit andern ganbern.

S. 1. Alle fremden Erzeugnisse der Ratur und Kunft fonnen im ganzen Umfange bes Staatsgebiets eingebracht, verbraucht und burchgeführt werden.

S. 2. Allen inländischen Erzeugniffen ber Natur und Runft

wird bie Ausfuhr gestattet.

S. 3. Ausnahmen hiervon (SS. 1 — 2.) treten ein beim Berkehr mit Salz und benjenigen Stoffen, woraus Salz ausgesschieden zu werden pflegt, so wie mit Spielkarten, und können auch für andere Gegenstände aus polizeilichen Rücksichten auf bestimmte Zeit angeordnet werden.*)

*) 1) Bezüglich bes Salgregals find bie gefehlichen Bestimmuns gen enthalten in

b) Der R. D. v. 19. Aug. 1823, (Ann. Sb. VII. p 556 u. vom 31. Aug. 1824, woburch für bie Grenzbezirfe zur Berhütung ber Kontrebande mit Salz einen besondere Salz verbrauch ofontrolle eingeführt warb.
c) Der R. D. vom 21. Juni und bem bazu gehörigen Regulativ vom 29.

d) ber Berordnung vom 22. November 1842, (G. S. p. 310.), worin bes Breis bes Salzes für bie ganze Monarchie auf 12 Thir. pro Tonne von 405 Bfb. herabgeset wirb, und ben zur Ausführung bieser Berordnung ergangenen G. R. d. F. M. vom 5. Decbr. 1842. (Centribi.

1843. p. 12.)

2) Die Jabrifation und ber Berfauf ber Spiele Rarten ift burch bae Gefes vom 16. Juni 1838. (G. S. p. 1838. p. 370, fig.) vom 1.

a) Der R. D. v. 17. Januar 1820. (G. S. p. 27.), wonach ber Berkaufspreis überall auf 15 Thir. pro Tonne von 405 Bib. festgesest wurde, und bie Kontrebande mit Salz nach ben Bestimmungen bes S. 111. ber Boll-Ordnung vom 26. Mai 1818 geahnbet werden sollte, an deren Stelle jeboch jest das Bollstrafgeses vom 24. Januar 1838. §. 1. sq. (f. unten) zur Anwendung kommt.

c) Der A. D. vom 21. Juni und dem dazu gehörigen Regulativ vom 29. Juni 1838. (G. S. p. 359. sq.) worin der Verkauf eines billigeren Salzes nud zwar des Viehfalzes für 5 Ahr. pro Tonne von 400 Pfd. netto, des Salzes für Kabrikanten je nach der Güte für 5 Ahr. pro Tonne von 405 Pfd. refp. für 3 Ahr. 10 Sar. pro Tonne von 406 Bfd. angeordnet wurde. Wer das zu diesen ermäßigten Preisen erhaltene Salz Anderen überläßt oder zu anderem als dem bestimmten Iweck verwenzdet, zahlt die gesesliche Preise Differenz nach, und den zehusachen Betrag bieser Vifferenz, mindestens aber 50 Thir. als Strafe, verliert auch die Bez günftigung Salz zu ermäßigten Preisen zu erhalten. Wer in den schristlichen Aumeldungen zur Erlangung von Viehfalz seinen Viehbestand unrichtig angiebt verwirft eine Geldduße von 10 — 50 Thir. und die Begünstigung auf Abslassung von Biehfalz

Il. Abgaben vom Berfehr mit andern gandern. (3olle.)

1. Gingangezoll.

S. 4. Bon eingehenden fremden Waaren wird ein Einsgangszoll erhoben, beffen Sobe, so wie die von demselben ganz befreiten Gegenstände, die Erhebungsrolle (der Zolltarif) nach= weiset.

Welche Waaren als fremde anzusehen.

S. 5. Alle aus andern Ländern eingehende Gegenstände werben in Beziehung auf die Zollpflichtigkeit, der Regel nach, und nur unter Zulassung der im gegenwärtigen Gesetze ausdrücklich bestimmten Ausnahmen, als fremde Waaren angesehen.

2. Anegangezoll.

S. 6. Bei bem Ausgange gilt bie Zollfreiheit als Regel. Die Ausnahmen ergiebt ber Tarif.

3. Durchgangezoll.

S. 7. Bon fremden Waaren, die nicht im Lande verbleiben, sondern bloß durchgeführt werden, wird ein Durchgangszoll erhosben, bessen Höhe ber Tarif bestimmt.

4. Erleichterungen bes Durchgange.

S. 8. Gegenstände des Durchgangs können gegen Entrichstung ber Durchgangsabgabe innerhalb des Staatsgebiets, unter

Januar 1839 ab freigegeben worben. Dabei bleibt inbessen bie Einfuhr frember Spielfarten nach wie vor verboten, und die Durchsuhr nur unter den in dem Bollgesetze und der Jollordnung vom 23. Januar 1838 gegebenen Controllen erslaubt. Kür die Kartensabriken sind beschoere zur Sicherung der Steuer erforderliche Kontrollmaafregeln durch das Gesetz vom 16. Juni 1838 angeordnet. Die Karten werden wie dieber gestempelt, und sind mit einer Etem pelest eu er von rest. 8 und 3 Silbergroschen für das Spiel belegt. Karten Fabrikanten dürsen nicht gleichzeitig den Detailhandel damit freiben, und wer ohne Genehmisgung des Fin. Minist. Karten versertigt, wird neben Consistation der Geräthe und Karten, mit einer Gelostrase von 500 Thir. helegt. Ungestempelte Karten werden consistent, und wer sie eindringt verfällt sir jedes Spiel in eine Strase von 10 Thir., ingleichen Gastwirthe 2c., welche das Spieln mit dergleichen Karten dulben, Constige nicht besonders verpänte Berlegungen der Berordnung vom 16. Juni 1838, werden mit 1 bis 10 Thir bestrast und in zudsickium tritt bei allen Geldstrasen Freiheits-Strase ein. Megen der subsidium tritt bei allen Geldstrasen Freiheits-Strase ein. Megen der subsidium tritt bei allen Geldstrasen Freiheits-Strase ein. Megen der subsidiatischen Berschlichseit derfen bieselben und des Straseversahrens überhaupt fommen die §§. 19 siche Bollstrassesenden, der Besteuer Bronten der Griordern offen legen müssen, namentlich die §§. 54. 55 der Steuer-Dronung vom 8. Kebruar 1819. (s. oben S. 123.) zur Anwendung.

ber angeordneten Aufsicht, umgelaben, auch ber Spedition ober bes Zwischenhandels wegen gelagert werben.

III. Ausnahmsweise Erleichterung in ben Abgaben beim Berkehr mit andern Ländern.

1. 3m Allgemeinen.

- S. 9. Erleichterungen, welche die Bewohner des Landes in andern Ländern bei ihrem Verkehr genießen, fonnen, so weit es die Verschiedenheit der Verhältnisse gestattet, erwiedert werden. Dagegen bleibt es vorbehalten, Beschränfungen, wodurch der Verfehr der Bewohner des Landes in fremden Ländern wesentlich leibet, durch angemessene Maaßregeln zu vergelten.
 - 2. Insbesonbere beim Berfehr mit ben jum Bollverein gehörigen ganbern.
- S. 10. Mit Ländern, die sich mit dem Staate zu einem gemeinschaftlichen Jollspftem (zu dem Jollvereine) verbunden has den, besteht, unter Ausschluß der im S. 3. bezeichneten Gesgenstände ein unbeschränkter und der Regel nach völlig abgas benfreier Berkehr, wie unter den einzelnen Theilen des eigenen Staatsgediets. Ausnahmsweise unterliegt dieser Berkehr bei eisnigen Erzeugnissen einer Abgabe zur Ausgleichung der in beiden Ländern bestehenden innern Steuern.

Die naberen biefem Berhaltniffe entsprechenben Bestimmungen werben, so weit es nothig, befonders befannt gemacht wer-

ben.*)

B. Besondere Bestimmungen.

I. Erhebung bes Zolles.

1. Erhebungefuß.

S. 11. Die Erhebung bes Zolles geschieht nach Gewicht, nach Maaß ober nach Studzahl.**)

auch werben aberhaupt unr folche Stude ausgepragt, welche ber bem vereinbarten Dungfuße entfprechenben Rechnungsweise gemaß finb. Bollhaltigfeit und Boll-

19

^{*)} Die Bestimmungen wegen ber Ausgleichunges (Ueberganges) Abgaben find weiter unten mitgetheilt.

[&]quot;) Bu bemerten find hier:

a) Die Rüngfonvention unter ben gollvereinten Staaten vom
30. Inli 1838. (G. S. 1839. p. 18.)

Danach gilt in allen Bereinslanden als Landesmüngfuß:

onach gut in auen Vereinstanden als Landesmunzzup:
entweder der Bierzehnihalerfuß (bie Mark = 14 Ribie. und 1 Ribie.
= 12 Gulben)

oter ber Bierundzwanzig und ein halb Gulbenfuß (bie Marf = 24 Gnisben und 1 Gulben = 4 Rithft.);

2. Begettelungs : und Berichluggelber.

S. 12. Außer bem Zolle kann, wenn Waaren nach ben Borschriften bieses Gesetzes unter besonderen Kontrollsormen abgesertigt, ober mit Verschluß belegt werden, die Entrichtung des im Zolltarif bestimmten Bezettelungs- oder Verschlußgeldes verlangt werden.

3. Berichtigung bes Bolltarife.

§. 13. Der Zolltarif kann nur alle brei Jahre im Ganzen berichtigt, und muß sodann für die nächsten brei Jahre acht Boschen vorher vollständig von Neuem herausgegeben werden. Abanderungen einzelner Zollfäße ober Erläuterungen über lettere, sollen ber Regel nach nur jährlich auf einmal ausgesprochen, wenigstens acht Wochen vor dem 1. Januar zur öffentlichen Kunde gebracht und erst von diesem Tage an angewendet werden.*)

wichtigkeit ber einzelnen Stude ift gegenseitig bebungen, auch jur Vermittelung und zur Erleichterung bes gegenseitigen Berkehrs unter den kontrahirenden Staaten eine den beiden oben erwähnten Münzsügen entsprechende gemeinschaftliche Hanpfillbermunze — Vereinsmunze — ausgeprägt (zu 2 Mat keinen Silbers) im Werth von 2 Athlie. ober 3& Gulden, zu dem sie im Arivatverkehr, auch bei werteinken Staaten, bei allen öffentlichen Kassen wie im Privatverkehr, auch bei Wechselzahlungen, unbeschräufte Gultigkeit gleich den eigenen Landesmünzen hat. In Prensen ist die Anspragung dieser Vereinsmunze durch die K. D. vom 5. Mat 1839 in Vollung gekommen (G. S. 1839. p. 92.) Sämmtliche der Münzskonvention beigetretene Staaten haben sich übrigens gegenseitig zugesichet, der Begehung von Münzverbrechen auf das Nachbrücklichste entgegen zu wirken, auch da, wo das Interesse einer andern Vereinsregierung betheiligt ist, die letztere von den gemachten Entbedungen und von dem Ergebnisse der Untersuchung ungefär mit zu benachrichtigen. Die Münzkonvention ist vom Tage der Auswechselung der Ratisstationen (ben 7. Januar 1839) ob in Krass gesteten und dauert vorläusig bis zum Schlusse des Jahres 1858.

b) Das Gefet wegen bes Bollgewichts vom 31. Octbr. 1839. (f. baffelbe im Anhange jum Bollgefet.)

*) In Bezug auf die Frage: "nach welchem Tariffage beim Einetritt einer nenen Tarifperiode ober bei Abanderung einzelner Tariffage bie Abgabe entrichtet werden foll" gelten nach dem C. R. d. F. M. v. 31. December 1841. (Centribl. 1842. p. 114) im Wefentzlichen folgende unter den zollvereinten Regierungen gemeinschaftlich festgestellte Grundsage:

1) Der Eingangezoll wieb nach benjenigen Tariffagen entrichtet, welche an dem Tage gelten, an welchem bie Waare zur Berzollung ober zur Abfertigung auf Begleitschein II. bei der kompetenten Bollftelle angemelbet wird.

Bei Baaren, die auf Begleitschein I. abgefertigt werden, kommt es bagegen wieder lediglich auf den Beitvuntt ihrer Anmeldung zur Berzollung au, so daß sie, wenn fie auch noch vor Ablauf der Tarisperiode beim Grenzamt eingehen und auf Begleitschein I abgefertigt werden, ihren Bestimmungssort aber erst nach dem Eintritt der neuen Tarisperiode erreichen, nach den neuen Säzen verzollt werden muffen.

4. Baaren-Bergeichnif.

S. 14. Bur richtigen Anwendung bes Bolltarife bient bas amtlich bekannt zu machenbe Baarenverzeichnif, welches bie eingelnen Waarenartifel nach ihren im Sandel und fonft üblichen Benennungen in alphabetischer Ordnung aufgabit, und ben auf ieben berfelben anwendbaren Tariffat bezeichnet. Wo bennoch über die richtige Anwendung bes Tarifs auf die einzelnen zoll= pflichtigen Gegenftanbe ein 3meifel eintritt, wird letterer im Berwaltungswege und in letter Inftang von bem Kinangminifter entfdieben. *)

5. Berbfichtung jur Entrichtung bee Bolles.

\$. 15. Bur Entrichtung bes Bolles ift bem Staate berjenige berpflichtet, welcher zur Zeit, wo ber Boll zu entrichten, Inhaber (natürlicher Befiger) bes jollpflichtigen Gegenstandes ift. Dem Inhaber fieht berjenige gleich, welcher ben gollpflichtigen Gegenstand

aus einer öffentlichen Rieberlageanstalt entnimmt.

In wiefern ber Inhaber, ber nicht zugleich Eigenthumer ift, von legterem ober bem Absender ober Empfänger bes zollpflichtign Gegenstandes bie Erstattung ber Abgaben verlangen fonne. ift nach ben, unter ihnen bestehenden rechtlichen Berbaltniffen. ben Grundfagen bes Civilrechts gemäß, ju beurtheilen, und in ftreitigen Rallen ausschließend von ben Gerichten au enticheiden.

6. Saftung ber Baare.

S. 16. Die jollpflichtigen Gegenstände haften ohne Rudficht auf die Rechte eines Dritten an benfelben, für punktliche und vollftandige Entrichtung des darauf ruhenden Bolles, und fonnen, fo lange biefe nicht erfolgt ift, von ber Bollbehorbe gurudbebalten ober mit Befchlag belegt werden. Das an ben Inhaber bes jollpflichtigen Gegenstandes von einem Bollbeamten ergangene Berbot über ben fraglichen Gegenstand weiter zu verfügen, bat bie polle Wirfung ber Befdlagnahme.

Die Berabfolgung ber Baaren, auf welchen noch ein Bollanspruch haftet, fann in teinem Falle, auch nicht von ben Ge-

richtet, ber an bem Tage gilt, an welchem bie Baare jur Ausfuhr ange-

²⁾ Der Durchgangezoll wird von birect transitirenben Baaren nach bem am Tage ber Anmelbung gur Durchfuhr beim Grenzeingangsamte, bei mittelbarer Durchfuhr aber nach bem am Tage ber Anmelonng gur Berfenbung nach bem Anelande bei bem Nieberlage-Amte guttigen Tariffage erhoben. 3) Der Ausgangszoll wird in ber Regel nach bemienigen Tariffat ent-

^{*)} Das Nabere fiber bas amtliche Baarenverzeichnis ift im Anhange gur Bollordnung unter III. mitgetheilt. 19 *

richten, Gläubigern und Glitervertretern (Maffe-Curatoren) bei Konfursen eher verlangt werden, als bis die Abgaben bavon bes zahlt sind.

7, Berjahrung ber Abgabe.

S. 17. Für die Erhebung der Zollgefälle findet, sowohl gegen den Staat als gegen den Zollpsichtigen, eine einjährige Berjährung in der Art statt, daß nur binnen Jahresfrist, vom Tage der geleisteten Berzollung an, ein Anspruch auf Ersas wegen zu viel entrichteter Gefälle angebracht und binnen gleicher Frist, von gleichem Zeitpunkte an, eine Nachforderung an den Zollpsichtigen wegen zu wenig erhobener Zollbeträge gestellt werden darf. Auf das Regresverhältnis des Staats gegen die Zollbeamten und auf Nachzahlung hinterzogener (befraudirter) Gesfälle sindet diese abgekürzte Berjährungsfrist keine Anwendung.

8. Berfebr im Junern.

S. 18. Der Berkehr mit zollfreien ober verzollten ausläns bischen und mit gleichartigen inländischen Waaren im Innern bes Staats ift frei und unterliegt nur ben jum Schute ber Bollein-

richtung nöthigen Auffichtsmaagregeln.

Bon Gegenständen, für welche ber tarifmäßige Eingangszoll entrichtet ift, fann weiter keine Berbraches noch sonstige Abgabe für Rechnung bes Staats erhoben werden, mit Ausschluß jedoch berjenigen innern Steuern, welche auf die weitere Berarbeitung, ober auf anderweite Bereitungen aus solchen, sowohl fremden, als inländischen gleichartigen Gegenständen gelegt sind.

9. Ungnläffigfeit ber Binnengolle.

- §. 19. Binnenzölle, sowohl bes Staats, als ber Rommunen und Privaten find unzuläffig.
- 10. Desgleichen ber Kommunal : und Brivatabgaben vom Sanbel und Berbrauch ausländischer Waaren.
- S. 20. Abgaben an Kommunen ober Privaten vom Hanbel und Berbrauch ausländischer Waaren dürfen nicht ftatt finden, wenn nicht ähnliche Umftande, wie rücksichtlich der Staatsabgasben S. 18. erwähnt worden, auch hier eine Ausnahme begründen.
 - 11. Borbehalt wegen ber Baffergolle und anberer Abgaben.
- S. 21. Die konventionellen Wafferzölle auf benjenigen schiffsbaren Flüffen, welche bas Gebiet verschiedener Staaten berühren, so wie alle anderen wohlbegründeten Erhebungen und Leiftungen, welche zur Unterhaltung ber Stromschifffahrt und Klößerei, der

^{*)} Bergl. §. 2. bee Gef. vom 18. Juni 1840. (oben G. 31.)

Ranale, Schleusen, Brücken, Fähren, Kunststraßen, Wege, Krahnen, Waagen, Niederlagen und anderer Anstalten für die Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, gehören dagegen auch künstig nicht zu den in den SS. 19 und 20 als unzulässig bezeichneten Abgaben.

12. Befonbere Borfdriften für einzelne ganbestheile.

S. 22 Abgesondert gelegene, auch vorspringende Landestheile, für welche besondere Berhältnisse es erfordern, können von Enterichtung der durch dieses Gesetz angeordneten Abgaben ausgenommen bleiben, und in dieser Beziehung eigene, der Dertlichkeit ans gemessene Einrichtungen erhalten.*)

Der Berfehr biefer Landestheile mit dem übrigen Staatsgebiet unterliegt den Beschränfungen, welche bies Berhaltniß er-

forbert.

13. Ausschluß von Befreiungen.

- S. 23. Gine Befreiung von ben burch biefes Gefet bestimmten Abgaben findet nicht ftatt.
- II. Einrichtungen zur Beaufsichtigung und Erhebung bes Bolles.

 1. Boll-Linie, Grenz-Bezirk, Binnenlinie.
- S. 24. Wo das Staatsgebiet an Ausland, d. i. an fremde nicht zu demselben Zollspstem gehörige Länder angrenzt, bildet die Landesgrenze zugleich die Zollgrenze oder Zollinie, und der zu-nächt innerhalb derselben gelegene Naum, dessen Breite nach der Dertlichkeit bestimmt wird, den Grenzbezirk, welcher vom übrigen Staatsgediete durch die besonders zu bezeichnende Binnenlinie gestrennt ist.

2. Bollftragen und ganbungeplage.

S. 25. Bon ben aus dem Auslande in und durch den Grenzbezirk führenden Land = und Wasserftraßen sollen die zum Waarenverkehr mit dem Auslande vorzugsweise geeigneten, als Zollftraßen bezeichnet werden. Auch sollen, wo die Jollgrenze durch ein schiffbares Wasser gebildet wird, die erforderlichen Landungspläge bestimmt werden.

3. Bollbehorben.

S. 26. Bur Feststellung und Erhebung ber Ein =, Aus = und Durchgangegolle werden im Grenzbezirte Grenggollamter, in ben

^{*)} Dergleichen ausnahmsweise Einrichtungen find beispielsweise angeorduet burch die R. Ordres vom 25. Mai 1822 und 3. Oftbr. 1826. (G. S. 1826. p. 87.) haben aber zu m Theil in Folge bes Anschlusses von Braunschweig an ben Bollverein für die damals davon berührten Ortschaften wieder aufgehört.

übrigen Theilen bes Landes andere Sebestellen, auch da, wo bie Grenzzollämter nicht nabe genug an der Zollinie liegen, an diefer besondere Ansageposten errichtet.

4. Grenzbewachung.

- S. 27. Die Auflicht auf ben Waaren Ein = und Ausgang wird längs der Zollgrenze und im Grenzbezirke durch eine uniformirte und bewaffnete Grenzwache geübt, die zum Gebrauche ihrer Waffen nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juni 1834 befugt ist. *)
 - 5. Berpflichtung anberer Angestellten in Bezng auf ben Bollichus.
- S. 28. Andere Staats = und Kommunalbeamte, namentlich die Polizei = und Forstbedienten, sind zur Unterstügung der Grenz-wache verpflichtet. Sie haben insbesondere Uebertretungen der Zollvorschriften, welche bei Ausübung ihres Dienstes zu ihrer Kenntniß kommen, möglichst zu hindern und auf jeden Fall zur nähern Untersuchung sofort anzuzeigen.
- 6. Allgemeine Borfdriften fur bie Baaren-Gin-, Durchs und Ansfuhr.
- S. 29. Wer zollpflichtige ober zollfreie Waaren mit fich führt, barf über die Zolllinie zu Wasser und zu Lande nur wähstend der Tageszeit und nur auf einer Zollstraße ein sober ausstreten, auch nur bei einem erlaubten Landungsplate anlanden.

Die Bafen am Meere, mit ben polizeilich bazu angewiesenen

Einfahrten, find die Bollftragen an der Seefeite.

In wiefern ber Ein= ober Ausgang zu anderer, als ber vorbestimmten Zeit und auf andern als den Zollstraßen, auch das Anlanden an andern als den bezeichneten Landungsplägen ausnahmsweise zulässig ist, wird durch die Zoll-Ordnung bestimmt.

- b) Fortfegung bes Weges bis jum Bollamte; Declaration. Revifion.
- S. 30. Der Weg von der Zolllinie die zum Grenzzollamte muß ununterbrochen fortgesett, auch mussen beim Zollamte die Menge und die Art der Waaren vollständig und genau angegeben (declarit) und lettere dem Zollamte zur Einsicht (Revision) vorgezeigt werden.

^{*)} Die Mittheilung bes Gesedes über ben Bassenrach vom 28. Juni 1834 erfolgt weiter unten. Die Unisorm besteht von nun ab nach bem C. R. b. K. M. vom 17. Febr. 1844 (Genirlbi, p. 19.) wie bei bem stehenden heere in bem Baffeurock.

c) Behandlung ber ein : und bureigehenben Bagren.

S. 31. Eingehende, sei es nach einem intanbischen Bestimmungsorte, oder zum unmittelbaren Durchgang verlarirte Waaren, werben nach Verschiedenheit der Fälle entweder sogleich beim Grenzzollamte vollständig abgesertigt (in freien Versehr gesett) oder von solchem unter Zollsontrolle (mittelst Begleitschein) und geeigneten Falls unter Verschluß und gegen Sicherheitsleistung für den Vetrag des Zolles an eine andere Hebestelle zur Schluß-absertigung verwiesen.

d) Behanblung ber ausgebenben Baaren.

- S. 32. Bei ausgehenden, einem Ausgangszolle unterliegenben Waaren geschieht die Ermittelung der Menge und Art derselben, so wie die Erhebung des Jolles nach der Wahl des Waarenführers entweder beim Grenzzollamte am Ausgangspunkte, oder bei einer hebestelle im Innern unter Borbehalt der Revision beim Grenzzollamte.
- e) Beiteres Berhalten ber Baarenführer und Berpflichtung berfelben im Allgemeinen.
- S. 33. Waaren, die nach S. 31. an eine andere Hebestelle zur weitern Abfertigung verwiesen, oder zur unmittelbaren Durchsfuhr bestimmt, oder nach S. 32. zum Ausgange declarirt sind, hat der Waarenführer unverändert ihrer Bestimmung zuzussühren, dem Zollamte, von welchem die Schlußabsertigung zu bewirken ist, zuzustellen, auch bis dahin den etwa angelegten amtlichen Berschluß unverletzt zu erhalten.

Die näheren Borschriften über die Berbindlichkeiten, welche in hinsicht auf Declaration und Revision der Waaren, auf die Sicherheitsteistung für die schuldigen Zollgefälle und auf den Waavenverschluß von Seiten der Berkehrtreibenden zu erfüllen sind,

enthält bie Zollordnung.

- 7. Baaren-Berfehr und Transport im Grenzbezirfe.
- S. 34. Innerhalb bes Grenzbezirks unterliegt aller Waarenverkehr und Transport einer genauen und speziellen Aussicht, und ist densenigen Beschränkungen und Kontrollmaaßregeln unterworfeu, welche zur Sicherheit gegen die verheimlichte Waaren-Einsuhr und Aussuhr ersorberlich und in der Zoll-Ordnung näher angegeben worden sind.
 - 8. Gewerbebetrieb im Grenzbegirte.
- S. 35. Inverhalb bes Grenzbezirfe fonnen früher bestandene Gewerbe mit zollpflichtigen fremden, einem höhern, ale bem all-

gemeinen Eingangszoll unterliegenden oder mit gleichnamigen insländischen, so wie mit allen, einem Ausgangszolle unterworfenen Gegenständen nur fortgeset und neue nur angefangen und bestrieben werden, unter Beobachtung derjenigen Borschriften, welche von den obersten Berwaltungsbehörden mit Berückschigung der Frilichen Berhältnisse anzuordnen, so wie durch die gewerbspolizieilichen Gesetz gegeben sind, um das Gewerds = und Joll-Interresse zu sichern.

Die weitern Bestimmungen hierwegen und zwar insbesondere wegen Führung von handelsbuchern von Seiten der Rausleute im Grenzbezirfe, dann wegen Beschränfung der Krämer und ansberer Gewerbetreibender in kleinern Orten des Grenzbezirfs bei dem unmittelbaren Waarenbezuge aus dem Auslande, so wie wegen der Beschränfung der hausirgewerbe im Grenzbezirfe, sind

burch bie Boll-Ordnung ertheilt worden.

9. Baarenverfehr außerhalb bes Grenzbezirfs.

S. 36. Ueber ben Grenzbezirk hinaus findet im Inlande nach Unleitung der näheren Vorschriften, welche die Joll-Ordnung hierüber enthält, eine weitere Beaufsichtigung des Waarenverkehrs nur in so weit ftatt, daß

1) bie aus bem Auslande ober aus dem Grenzbezirke in bas Innere des Landes übergehenden Waaren mit den im Grenzbezirke empfangenen Abfertigungsscheinen bis zum Bestim-

mungeorte begleitet fein muffen, bag

2) bei gewissen bochbesteuerten Waaren bie Bersenbungen im Inlande zu größeren Quantitäten nur auf Frachtbriefe ober

Transportzettel geschehen burfen, bag

3) von den Sandeltreibenden, welche dergleichen hochbesteuerte Waaren unmittelbar aus dem Auslande beziehen, über den Handel mit denselben Buch zu führen, und darin der Tag und der Ort, an welchem die Berzollung geleistet worden, sedesmal beim Empfang der Waare anzumerken ist; daß endlich

4) Waarenführer und Hanbeltreibende bei dem Transporte zollpflichtiger fremder oder gleichnamiger inländischer Waaren auch außerhalb des Grenzbezirks den Joll-, Steuer- oder Polizei-Beamten über die transportirten Waaren und in so fern es Artikel der vor- (2.) bezeichneten Art sind, auch darüber aufrichtige Auskunft zu geben haben, von wem und woher die Waaren bezogen worden sind und wohin, auch an wen sie abgeliefert werden sollen.

10. Sausvifitationen und Revifionen ber Baarenlager. *)

S. 37. Sind Gründe vorhanden zu vermuthen, daß irgend jemand im Grenzbezirke sich einer Uebertretung der Zollgesete schuldig gemacht habe, oder zu einer solchen Uebertretung durch Bergung verbotener oder zollpstichtiger Waaren mitwirke, so könenen zur Ermittelung derartiger Kontraventionen Nachsuchungen nach solchen Borräthen unter Erforderung des Ausweises über die geschehene Verzollung oder den inländischen Ursprung der vorzesundenen Waaren und selbst Hausvisitationen von Zollbeamten unter Leitung eines Ober-Kontrolleurs oder eines andern Beameten gleichen oder höhern Ranges vorgenommen werden; Hausvisstätionen jedoch nur unter Zuziehung der Ortsbehörden und nur nach Sonnenausgang und vor Sonnenuntergang.

Der Beobachtung biefer Förmlichkeiten bedarf es nicht, wenn auf der That betroffene, von den Zollbeamten verfolgte Schleich= händler in häusern, Scheunen u. f. w. einen Zufluchtsort suchen.

In solden Fällen muffen bie verbächtigen Raume ben verfolgenden Jollbeamten sofort und zu jeder Zeit geöffnet, und es durfen lettere in Ausübung ihrer Dienstpflicht gegen die Flüchtigen auf keine Beise gehindert werden.

Auch find unter ben vorgebachten Nachsuchungen bie gewöhnlichen Revifionen ber, auf ben Grund bes § 35. biefes Gefeges unter Kontrolle ftebenben Gewerbtreibenden nicht begriffen.

S. 38. Haussudungen außerhalb bes Grenzbezirfs jum 3wede ber Berfolgung einer Uebertretung ber Joligesege können nur von ben zur Untersuchung solcher Uebertretungen fompetenten Behörben angeordnet und unter beren Leitung vorgenommen werben.

II. Rörperliche Bisitationen.

S. 39. Personen, gegen welche ber Augenschein ben Berbacht erregt, daß sie Waaren unter den Kleidern verborgen haben und welche der Aufforderung der Zollbeamten, sich dieser Gegenstände freiwillig zu entledigen, nicht sogleich vollständig genügen, können der förperlichen Bisitation unterworsen werden. Sie müssen jesdoch — wenn sie die Bisitation bei der nächsten Zollftelle oder Orts. Behörde nicht wollen geschehen lassen — deshalb vor die zur Untersuchung der Zollstraffälle kompetente Behörde gesührt werden.

^{*)} Bu vergleichen find hier die ju ber Steuerordnung vom 8. Februar 1819 (oben S. 121) wegen ber Saussuchungen ze. mitgetheilten Bestimmungen.

12. Anstalten gur Beforberung bes mittelbaren Durchfuhrhandels und bes innern Berfehrs.

S. 40. Bur Beförderung des mittelbaren Durchfuhrhandels und des innern Berkehrs dienen die in den wichtigern Sauptsplägen des Inlandes unter amtlicher Auflicht stehenden öffentlichen Riederlagsanstalten, — Pachöfe, Sallen, Freihäfen — nach welchen die zollpslichtigen Waaren von der Grenze aus, unter den porsgeschriebenen Sicherheitsmagsregeln abgefertigt werden.

Nicht minder werben auch bei ben Sauptzollämtern an der Grenze, wo fich ein besfallfiges Bedürfniß zeigt, Riederlagen einsgerichtet, in welchen Waaren bis zu ihrer weitern Bestimmung

unverzollt gelagert werden fonnen.

Ausnahmsweise endlich kann für solche Waaren, welche sich zur Aufbewahrung in den öffentlichen Niederlagen nicht eignen, bei genügend gewährter Sicherheit gegen Beruntreuungen und Berluste, auch die Besugniß zum Privatlager, jedoch jederzeit wis berrustlich und nur auf besondere Genehmigung der obersten Finanzsbeborde gestattet werden.

Ueber die Verpflichtungen bei hiernächstiger Verzollung ber niedergelegten Waaren, ingleichen über die Fristen, binnen welchen die eingegangenen Waaren auf den Pachöfen und Zollniederlagen lagern durfen, so wie endlich über das Perfahren mit den nach Ablauf jener Fristen nicht abgeholten Waaren, sind durch die Zolls

ordnung bie nothigen Borfdriften ertheilt worben.

Der Inhaber, Eigenthumer ober Absender ber Baaren muß fich, wenn er bie Baaren zum Padhof beclarirt ober beclariren tagt, jenen Borschriften unterwerfen, ohne daß es darüber einer besondern Erklärung bedarf.

13. Ausnahmsmeife Bollfreiheit.

a) für Berfenbungen aus bem Inlande burch bas Ausland nach bem Inlande.

S. 41. Berzollte ober inländische Erzeugnisse, welche vom Inland durch das Ausland nach dem Inlande versendet werden, bleiben beim Aus- so wie beim Wiedereingange dann von aller Zollentrichtung befreit, wenn die vollständige Ueberzeugung vorshanden ist, daß dieselben Gegenstände wieder eingehen, welche aus dem Inlande ausgegangen sind.

Fremde Waaren, welche unter Jollfontrolle versendet werden, und auf ihrem Wege zum Bestimmungsorte zwischenliegendes Ausland berühren, werden hierdurch unter gleicher Koraussenung von keiner andern, als der vermittelst ber Jonkontrolle vorbehaltenen

Boll-Entrichtung betroffen.

Wo bie eine ober die andere biefer Begunftigungen juge= ftanden wird, muffen genau die Borfchriften und Bebingungen erfüllt werben, welche die Bollverwaltung ertheilen wird, um bie obige Ueberzeugung zu begründen.

b) Beim Des. und Markiverfehr.

S. 42. Bur Erleichterung bes Besuche auswärtiger Meffen und Martte mit inlanbifchen Erzeugniffen fann für gewiffe, fich bierzu eignende Gegenftanbe, unter Beobachtung ber erforberlichen Kontrollvorfdriften bie sollfreie Rudbringung ber unvertauft gebliebenen Waare verstattet werden.

Nicht minder wird ben fremden Sandel - und Gewerbtreibenben, welche inländische Meffen und Märkte besuchen, von ihren nnverfauften Baaren Erlag bes Gingangezolls bei ber Bieberausfuhr, auf vorschriftsmäßigen Rachweis über bie Ibentität ber ein = und gurudgeführten Baaren, gewährt. *)

- c) Bei Baaren, bie jur Berarbeitung ober Bervollfommnung mit ber Beftimmuna bes Ausgange eingebracht werben und umgefehrt.
- S. 43. Gegenstände, welche jur Berarbeitung ober gur Bervollkommnung ber Arbeit mit ber Bestimmung, bie baraus gefertigten Waaren guszuführen, eingeben, fonnen im Boll erleichtert werben.

In besonderen Källen fann bies and geschehen, wenn Gegenftanbe jur Berarbeitung ober jur Bervollfommnung nach bem Auslande gehen und im verpollfommneten Zuftande zurückfommen. Ausnahmen ber einen, wie ber andern Art bedürfen aber febesmal ber Genehmigung bes Finanzministers. **)

a) Die Mefordnung vom 31. Mar; 1832. (G. S. p. 149) im §. 11. sq. b) Die R D, vom 6. Juni 1838. (G. S. p. 351.)

bie hieber gehörigen abminiftrativen Bestimmungen.

1) für baumwollne und wollne Gewebe, welche roh jur Bervolltommung ober

Beredlung (Appretur, Bebrudung ac.) eingehen, 2) für robe Leinwand und Garn ju inlanbifden Bleichen, 3) für Mahlgut, welches auf inlanbischen Mublen vermahlen wirb,

4) für robe Bolle ju Gortirunge-Anftalten.

11. Für inlandifche Fabritate, welche bom Auslande jur Mes appretur eingehen.

III. Beim Anegange inlänbifcher Fabritate, nament' Hich Schnittmaaren, Die im Anslande gefarbt werden und bemnachft wieber ein gehen follen.

Die Dauptbebingung für bergleichen andnahmeweife Begunftigungen ift, nachft bem nachgewiesenen Bedurfuiffe, bie Unweubbarteit von Kontrollmaagregelt, welche bie Ibentitat ber refp. wieber eine ober ausgehenben Fabrifate fichern.

[&]quot;) Fur bie inlanbischen Deffen zu Frankfurt a. D. enthalten:

^{**)} Dergleichen jebesmal von ber Genehmigung bes Rinangminifters abbangige Erleichterungen werden namentlich gewährt! L Für anelanbifche Fabrifate, inebefonbere

d) Beim Grengverfebr.

6. 44. a) Db und welche Erleichterungen in Bezug auf ben fleinen Grengverkehr mit bem benachbarten Auslande ftattfinden konnen, wird nach Maggabe bes Bedürfniffes von dem Kinanzminister burch besondere Berfügungen bestimmt.

e) Beim Seeverfebr.

S. 44. b) In welchen Fallen bei bem Seeverfehr Ausnaha men von ben allgemeinen Regeln wegen Entrichtung bes Bolles eintreten, ift in ber Bollordnung bestimmt worden.

III. Bollzugs = Vorschriften.

S. 45. Die naberen Bestimmungen über bie Ausführung und Anwendung bes gegenwärtigen Gesetzes find in der Bollordnung enthalten.

Anhang zum Bollgeset.

Berordnung vom 31. Oftober 1839. betr. die Einführung des Zollgewichts. (G. S. p. 325.)

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaben, Konig von Prenfen 2c. 2c. verordnen, mit Radficht auf die, in den Zollvereinigungs-Berträgen enthaltenen Berabrebungen wegen Annahme eines gemeinschaftlichen Bollgewichts in fammtlichen jum 3oll- und handelsrereine verbundenen Staaten, und in Erwägung der hkeraus für die Boll-Erhebung und Entrichtung hervorgehenden Erleichterungen, nach dem Antrage Unseres Staatsministeriums, wie folgt:

§. 1. Bom 1. Jan. 1840 an follen bie Berechnung ber Gin-, Aus- und Durchgangegolle und bie zu biefem Zwede bei ben Bollftellen vorkommenden Berwiegungen nach dem, in sammtlichen Zollvereinsstaaten gleichmäßig zur Anwendung kommenden Zollzentner und bessen Unter-Abtheilungen (Zollgewicht) stattsinden. Die Bestimmung des §. 27. der Anweisung zur Berfertigung der Probemaaße und Gewichte bom 16. Dai 1816, wonach bei allen öffentlichen Berbandlungen teine andern, als bie, in biefer Anweisung bestimmten, Gewichte angewendet werben follen, wird baber in Betreff ber Bollerhebung bierdurch aufgeboben.

Der Zollzentner, welcher 100 Rollpfunde enthält, beren S. 2. jebes in 30 Lothe getheilt wirb, ift gleich 106 Pfb. 28,91581434 Loth Preußisch ober ziemlich nabe 106 Pfund 283f Loth (Einhundert und sechs Pfund und Acht und zwanzig und neun und zwanzig zwei und dreißigftel Loth) Preußisch.

Das Zollpfund ift gleich 1 Pfund 2,209158143 Loth Prenßisch ober ziemlich nabe an 1 Pfund 2½ Loth (Ein Pfund und zwei und breizehn vier und sechzigstel Loth) Preußisch.
Das Zollloth ift gleich 1,14030527 Loth Preußisch ober ziemlich

nabe 1. Loth (Gin und neun vier und fechaiaftel Loth)

Preußisch.

Die, bem Bollgentner und beffen Unter-Abtheilungen ent-8. 3. fprecenben Gewichte (Bollgewichte), mit welchen bie Bollftellen verfeben werben, muffen gehörig gestempelt fein, und es tommen bie Beftimmungen ber \$5. 13 und 18. ber Maag- und Gewichtsordnung vom 16. Mai 1816 auch binfichtlich biefer Gewichte gleichfalls zur Anwendung, mit ber Maaggabe, daß bie regelmäßige Prufung berfelben nur alle brei Jahre, und zwar bei ben Aidungs-Rommiffionen. au veranlaffen ift.

S. 4. Sowohl die Rormal-Aidungs-Rommission au Berlin, als bie Aichungs-Rommissionen in ben Regierungs-Departements sind mit einem Sage von Normalgewichten zu verseben, welche ben, im S. 2. bestimmten Berhaltniffen jum Preuß. Gewichte entsprechen, und, in Gemäßheit bes §. 5. ber Maaß- und Gewichtsordnung vom 16. Mas 1816, in Ansehung ihrer fortbauernben Richtigkeit, regelmäßig zu prüs

fen find.

S. 5. Rur ben gemeinen Bertehr bewendet es, in Anfebung der Berpflichtung gur Anwendung bes Preuß. Gewichts, überall bei ben Bestimmungen ber Maag- und Gewichtsordnung vom 16. Mai 1816 und beren Erläuterungen und Erganzungen. ")

^{*)} In Bezug auf bie Anwendung bes Bollgewichts erging a) Die Befanntmachung v. 13. Februar 1840. (Centribl. p. 148.)

Der Gebranch ber Bollgewichte, nach Inhalt ber Berordnung v. 31. Dette. v. 3. beschränft fich lediglich auf bie, behufe ber Erhebung und Kontrollirung ber Gin- Aus- und Durchgangeabgaben, portommenben amtlichen Berwiegungen, und es burfen bergleichen Gewichte nur für bie Bolls und Steueramter, nicht aber für fonftige Beborben ober fur Brivatpersonen gestempelt, auch nicht jum Bertaufe feil geboten werben.

So weit in einzelnen Fallen (vergl. . B. bei ber Rubenguderfabritation oben S. 275 283.) einem Anbern ale ber Stenerverwaltung bie Beichaffung ber nothigen Gerathichaften in amtlichen Berwiegungen obliegt, with bas betr. Saupte amt bie Aufchaffung und Stempelung ber nothigen Bollgewichte auf Roften bes Berpflichteten beforgen.

b) Das C. R. D. F. D. v. 16. Febr. 1840. (Centbl. p 144.)

Die Menge ber nach S. 93 ber Bollorbnung v. 23. Januar 1838 bei ihrer Berfenbung im Binnen lande, tontrollpflichtigen Baaren ift in ben Frachte briefen nach Prengischem und nicht nach Bollgewicht anzugeben.

Roll-Ordnung vom 23. Januar 1838.

(G. S. p. 42.)

Erfter Abidnitt.

Bon ber Erhebung ber Bolle und ber Baaren-Abfertigung, so weit folde an ber Grenze fatt finden.

- I. Beim Baaren Eingange.
 - Allgemeine Bestimmungen.
- 1. Berhalten beim Gingange über bie Bolllinie.
- Wer aus dem Auslande fommt, und zollbflichtige Waaren, ober zollfreie Gegenstände, lettere im verpadten Buftande, mit fich führt, barf folde, ben im 6. 29 und 6. 30. bes Bollgefeges enthaltenen Bestimmungen zufolge, nur mahrend ber Tages geit (S. 86.) und nur auf einer Bollftrage in bas Land bringen. Er barf von der Zolllinie ab die Zollftrage nicht verlaffen, fonbern muß fich auf berfelben, ohne Abweichung und willfürlichen Aufenthalt, und ohne eine Beranderung an der Labung vorzunehmen, mit biefer jum Grenggollamte begeben.

Muf Gewäffern, welche langs ber Bollgrenge fich erftreden, barf, Falle bringender Gefahr ober höherer Gewalt ausgenommen, nur an ben bagu bezeichneten Canbungeplägen gelandet und ause

gelaben werden.

Bas Seeschiffer beim Einlaufen auf ben Rheben und in ben Safen und Binnengewäffern zu beobachten haben bestimmen bie Safenordnungen und die vom Finanzminister für ben Waareneingang feewarts erlaffenen Regulative. *)

c) für bie Beichfelmundungen von bemfelben Tage

d) für bas furifche Baff unb e) für bas frifche Gaff vom 20. Novbr. 1821.

e) Das C. R. b. F. M. vom 28. Marg 1840. (Centbl. p. 200.) Bei ber Transportfontrolle im Grenzbegirf wird fomohl fur bie Angaben ber Transportanten, als fur bie Ausfertigung ber Begettelungen und bie guhrung bes Legitimationefcheineregistere, bas Breußische Gewicht beibehalten, fo weit nicht ber Ausfertigung bee Legitimationescheins und ber Gintragung in bas Regifter eine amtliche Gewichtsermittelung vorhergeht, welche lettere, wie fich von felbft verfieht, nur nach Bollgewicht geschehen fann.

^{*)} Dergleichen Regulative bestehen im Befentlichen übereinftimmenb a) für die Mundungen ber Persante, Wipper und Stolpe v. 6. Decbr. 1820. b) für die Obermundungen vom 12. December 1820.

Die in biefem Regulativen gegebenen fpeciellen blos abminifixativen Borfcriften für bie Abfertigung ber feemarte eingehenben Baaren gehoren nicht

Un bet Seefeite leibet bie Bestimmung (S. 29. des Bollges fepes), wonach Baaren nur in Safen (Bollstraßen) einzuführen find, Ausnahme:

a) bei Kischerfahrzeugen, welche bloß frische Erzeugniffe bes

Meeres einführen;

b) bei ber Bergung bes Stranbgutes.

2. Anmelbung bei bem Grengzollamte, ober bem vorliegenben Aufage : (Anmele bunges) Boften.

S. 2. Bei bem Grengollamte bat ber Waarenführer seine

fammtlichen, bie Labung betreffenben Papiere ju übergeben.

S. 3. Wo bas Grenzzollamt entfernter von ber Grenze gelegen und beshalb naber an ber Grenze ein Anfageroften errichtet ift, hat ber Waarenführer seine Papiere über die Ladung bei Tenterem abzugeben und überdies die Bahl ber Bagen und Pferbe und, wo möglich, auch bie ber gelabenen Stude anzumelben.

Die von bem Waarenführer übergebenen Papiere werden in feiner Gegenwart eingefiegelt, an bas Grenzzollamt abbreffirt und einem Grenzauffeber überliefert, welcher bas gubrwert ober Schiffs-

gefäß zum Grengzollamte begleitet.

Diese Begleitung soll regelmäßig und so oft geschehen, als

hleber. Im Allgemeinen bilbet, wie bei anbern Baarenabferligungen, bas Las bungs-Bergeichniß (bie Sauptbeclaration) — welche ber Schiffer (Capitan) bei ber betr. Bollstelle abzugeben hat, sobalb bas Schiff auf ber Rhebe anlangt und die hafenpolizeilichen Borfchriften erfüllt hat - bas gundament für bie Revision ber Labung und fur die Bollentrichtung. Diese Declaration ift gegen ben Schiffer verbindlich, und jede bei der Revision ober bei det Entloschung ents bectte Unrichtigkeit zieht die Bollbefraubations-Strafe nach fic.

Ueber ben Waaren-Gin- und Ausgang auf ber Rheinischen Gifenbahn ift tin besonderes Regulativ unter bem 10. September 1843. (Centribl. 1844. p. 130.) bon bem Finangminifterium erlaffen worben. Danach muffen im Befente licen: bie Transportwagen verschlußfählg eingerichtet fein, bie Transporte felbft nur innerhalb ber Tageszeit bewirft auch ben etwalgen begleitenben Steuers Beamten unentgeltlich Plate eingeraumt werben. Die Anmelbung geschieht bei bem bestimmten Abfertigunge-Amte burch Uebergabe eines vollftanbigen Labungebergeichniffes, welchem refp. Die Frachtbriefe beigufügen finb. Wegen Unrichtigfeiten in biefem Ladungeverzeichniffe und beffen Auszugen, fo wie in ben Ramens ber Eifenbahngesellichaft ju übergebenden Bollberlarationen wird junachft berjenige in Anfpruch genommen, ber jene Schriftftude unterzeichnet hat. In Aufehung ber mit ben Baffagier-Effetten begangenen Defraudationen und Contraventionen finbet ein Strafanfpruch gegen bie Gifenbahnbeamten nur im Falle ihrer Theils nahme an bem Bergeben Statt. Fur bie von ben Gifenbahnbeamten felbft verwirften Gelbitrafen, Gefalle und Roften haftet bie Gefellichaft nach §. 19 bes Bollftrafgefetes, beffen Beftimmungen auch fonft im Allgemeinen gur Anwendung fommen. Contraventionen gegen bas Regulativ felbft werben, wenn nicht bobere gefetliche Strafen eintreten, burch Drbnungeftrafen von 1 bis 10 Thalern gen abnbet. (§. 29, bee Regulative.)

es die Beschaffenheit bes Berkehrs erforbert und die Stärke bes Bersonals, so wie die Entfernung des Grenzzollamtes zulaffen.

Bei jebem Ansageposten wird an der Thur bes Abfertigungszimmers eine Befanntmachung angeheftet sein, aus der zu ersehen ift, zu welchen Stunden täglich die Begleitung der bis dahin ein-

getroffenen Baarentransporte jum Bollamte erfolgt.

S. 4. Reisende, welche Gepäck bei sich führen, und weber mit der gewöhnlichen Post, noch mit Extrapost reisen, sind zur Anmeldung nach den Vorschriften der SS. 2 und 3. verpflichtet, mit dem Unterschiede, daß sie dem Ansageposten nur ihren Namen, Stand und Wohnort, so wie den Namen und Wohnort des Fuhrsmanns anzeigen und einen Schein darüber erhalten, mit dem sie sich dis zum Grenzzollamte ausweisen, bei welchem derselbe abgesliefert wird. In besonderen Fällen kann der Ansageposten, wenn er es nöthig erachtet, Reisende begleiten lassen, jedoch ohne Aussenthalt.

3. Declaration.

a) Aufforberung bagu.

S. 5. Nach Ablieferung ber über die Labung sprechenden Papiere an das Jollamt, forbert bieses ben Waarenführer zur Declaration der Ladung auf, welche, mit Einschluß des Reises oder Schiffgeräths und etwaniger Mundvorräthe, so lange unberührt bleiben muß, bis das Jollamt die Anweisung zum Abs und Ausladen ertheilt.

b) Form und Inhalt ber Declaration.

S. 6. Die Declaration muß, bem darüber vorgeschriebenen Formulare gemäß, enthalten:

a) die Zahl ber Wagen und Pferde, aus welchen ber Transport

besteht;

b) ben Namen bes Fuhrmanns, bei Schiffen ben Namen ober bie Rummer bes Schiffsgefäßes und ben Namen bes Schiffs- führers;

c) Namen und Wohnort bes Waarenführers (nach ben Fracht-

briefen);

d) bie Bahl ber Kolli und beren Zeichen und Nummern im Einzelnen;

e) bie Menge und Gattung der Waaren, für jedes Kolli nach ben Benennungen und Maagstäben des Tarifs;

f) bie Abfertigungsweise, welche ber Waarenführer für bie ganze Labung ober für bie einzelnen Theile berfelben begehrt;

g) bie Bersicherung bes Waarenführers, bag bie Declaration richtig sei und seine Unterschrift.

Die Declaration muß sich auf alle Theile ber Labung, nichts davon ausgeschlossen, erstreden, mithin, wenn zollpflichtige Baaren mit zollfreien Gegenständen zusammengeladen sind, auch lettere enthalten.

c) Bie folche ausgefertigt werben muß.

S. 7. Es steht bem Waarenführer frei, ob er über seine ganze Ladung nur eine Declaration, ober mehrere Theildeclarationen übergeben will. Im letteren Falle muß er solche aber selbst beforgen, wenn auch sonst die Fertigung der Declaration durch das Zollamt nach den Bestimmungen der folgenden SS. 8 und 9. zulässig wäre; auch muß er den einzelnen Declarationen noch eine besondere Generaldeclaration beisügen, und in derselben eine Versicherung abgeben, daß der ganze Inhalt der Ladung richtig beclaritt sei.

Die Declarationen muffen in deutscher Sprache abgefaßt, leserlich und — besonders was die Zahlen betrifft, — deutlich geschrieben sein, und durfen weder Abanderungen noch Rasuren enthalten. Declarationen, welche diesen Erfordernissen nicht ent-

fprechen, fonnen gurudgewiesen werben.

Jebe Declaration über Ladungen, von welchen der Eingangszoll mehr als 10 Rthlr. beträgt, muß zweisach ausgesertigt wers den. Bei Ladungen, von welchen der Eingangszoll nicht über zehn Thaler und nicht unter drei Thaler beträgt, ist nur eine einsache Aussertigung der Declaration nothwendig. Bei Ladungen, von welchen der Eingangszoll weniger als 3 Thaler beträgt, kann der Zollpflichtige verlangen, taß an die Stelle der Aussertigung einer förmlichen Declaration die Eintragung der Gegensstände nach seiner mündlichen Angabe in das für die Zollquittung vorgeschriebene Formulare trete.

d) Wem bie Ausfertigung ber Declaration obliegt.

S. Die Ausfertigung der Declaration muß in der Regel der Waarenführer selbst besorgen, oder durch eine sich hiermit beschäftigende Privatperson (Kommissionär, Zollabrechner) besorgen lassen, welcher Letztere dann, sofern der Waarenführer des Schreisdens unkundig ist, die Declaration im Ramen und aus Auftrag des Declaranten unterzeichnet. Ist der Waarenführer des Schreisdens unkundig, und besindet sich kein Kommissionär am Orte, so erfolgt die Aussertigung der Declaration durch das Zollamt, welches dieselbe unentgeltlich auf den Grund der übergebenen Papiere oder der mündlichen Anzeige bewirkt. Gleiches geschieht, wenn der Eingangszoll von der ganzen Ladung nicht über 10 Thaler

beträgt und ber Waarenführer in biefem Falle bie Ausfertigung

bie Ausfertigung von bem Bollamte verlangt.

Der vom Jollamte angefertigten Declaration muß, nach vorheriger Borlefung, der Declarant feine Unterschrift oder fein gewöhnliches handzeichen beifügen, deffen Richtigkeit von zwei Beamten oder Zeugen zu bescheinigen ift.

Der Declarant haftet für die Richtigkeit der Declaration, ohne Unterschied, ob diese von ihm selbst, oder für ihn von einem

britten, ober bem Bollamte ausgefertigt worden ift.

9. Befitt ber Waarenführer feine Frachtbriefe ober anbere über seine Ladung sprechende Papiere, oder nur folche, bie gur Anfertigung einer vollständigen Declaration ungureichend find. und ift ihm fonft die Ladung nicht genug befannt, um die vorge= fdriebene Declaration zu fertigen, ober fertigen zu laffen, fo muß er, wenn er nicht ben bochften Gingangezoll zu entrichten erbotig ift, die Versicherung zu Protofoll abgeben, daß er gar keine, oder keine anderen als bie vorgelegten Papiere besite, und auch sonft bie Ladung nicht vollständig fenne. Es tritt alsbann bie Anfer= tigung ber Declaration burch bas Bollamt ein, welches folche nach porberiger spezieller Revision ber Ladung, in Gegenwart bes Waarenführers, auf den Grund einer darüber aufzunehmenden Berhandlung bewirft. Die vom Zollamte aufgenommene Declaration muß von bem Waarenführer, welcher für bie richtige Stellung ber Labung gur Revision haftet, unterschrieben, ober, wenn berfelbe bes Schreibens untundig ift, nach Borfchrift bes vorbergebenden S. unterzeichnet, und bescheinigt werben.

Der Waarenführer muß in diesem Falle sich gefallen lassen, daß die gehörig declarirten Ladungen, auch wenn sie später eintressen, in der Absertigung ihm vorgezogen werden, und daß die Ladung inzwischen nur auf seine Kosten unter amtlicher Bewachung und Verschlusse gehalten wird. Ist derselbe nur Frachtsührer, so ist er, wenn er senes Versahren nicht eintreten lassen will und zuvor die oben vorgeschriebene Versicherung abzegeben hat, einen Zeitraum zu bestimmen besugt, innerhalb dessen er die Declaration nachträglich beibringen will. Lesternfalls bleiben die Waaren bis dabin auf Kosten des Waarenführers im Gewahrsam des Amtes.

- e) Anleitung zur richtigen Anfertigung ber Declaration und Bekanntmachung ber Dienste Inftruktionen in Bezug auf bie Anfertigung.
- S. 10. Eine besondere Anleitung gur Ausfertigung der Declaration ift bei jedem Zollamte und Ansageposten gur allgemeinen Renntnisnahme auszuhängen.

Auch wird aus den Geschäftsanweisungen für die Bollamter bassenige, was sich auf die Abfertigung bezieht, und neben ben

gefehlichen Bestimmungen bem Publifum befonders zu wiffen nöthig

ift, jur Rachachtung öffentlich befannt gemacht werben.

Die nöthigen gedruckten Formulare zu den Declarationen werden den Declaranten einzeln unentgeltlich von den Zollämtern verabreicht, von denen solche auch in beliebiger größerer Menge gegen Erstattung der Papier= und Drucksosten entnommen werden können.

f) Befonbere Borfdriften fur Reifenbe.

S. 11. Reisende mit Ausschluß bersenigen, welche zur gewerbetreibenden Klasse gehören, steht es frei, bei ihrer Ankunst am Zollamte auf die Frage der Zollbeamten, ob sie verbotene oder zollpsichtige Waaren bei sich führen, statt eine bestimmte Antwort zu geben, sich sogleich der Revision zu unterwerfen. In diesem Falle sind sie nur für die Waaren verantwortlich, welche sie durch die getrossenen Anstalten zu verheimlichen bemüht gewesen sind. Ueber die vorgesundenen zollpsichtigen Waaren hat das Zollamt die Declaration zu fertigen.

4. Revifion ber Baaren.

3med ber Revision.

S. 12. Nach Berichtigung bes Declarationspunktes wird, soweit nicht ausnahmsweise bas im S. 9. bezeichnete Berfahren hat eintreten müssen, zur Revision der Waaren geschritten. Bersmöge berselben sollen die Beamten, entweder durch den Augenschein, oder durch Werkzeuge sich die Ueberzeugung verschaffen, daß die zum Eingange angemelbeten Gegenstände nach Menge und Gattung mit der Declaration übereinstimmen, und daß weder ein verbotener Gegenstand, noch ein mit einer höheren Abgabe belegter als der angemelbete, vorhanden ist.

Allgemeine Revision.

S. 13. Es geschieht die Prüfung entweder bloß nach Zahl, Zeichen, Verpackungsart und Gewicht der Kolli, ohne Eröffnung der Fässer, Ballen u. s. w. (allgemeine Waarenrevision), oder es sindet außerdem noch Eröffnung statt, um die eigentliche Menge der in dem Kolli enthaltenen Waaren zu ermitteln, und die Ueberzeugung zu erlangen, daß keine andere, als die angemeldete Waasrengattung, oder daß diese in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit vorhanden sei, (spezielle Waarenrevision).

Brutto = Gewicht.

S. 14. Es wird bei ber Revision entweder das Bruttogewicht, oder auch das Rettogewicht ermittelt. Unter Bruttogewicht wird das Gewicht der Waare in völlig verpacktem Zustande, mits hin in ihrer gewöhnlichen Umgebung für die Ausbewahrung, und mit ihrer besondern für den Transport, verstanden.

Tara.

Das Gewicht ber für ben Transport nöthigen besondern

äußern Umgebungen wird Tara genannt.

Ist die Umgebung für den Transport und die Ausbewahrung nothwendig eine und dieselbe, wie es z. B. bei Sprup 2c. die gewöhnlichen Fässer sind, so ist das Gewicht dieser Umgebung die Tara.

Retto-Gewicht.

Das Nettogewicht ist das Bruttogewicht nach Abzug der Tara, die kleinern, zur unmittelbaren Sicherung der Waaren nöthigen Umschließungen (Flaschen, Papier, Pappen, Bindfaden u. dgl.) werden bei Ermittelung des Nettogewichts nicht in Abzug gebracht, so wenig wie Unreinigkeit und fremde Bestandtheile, welche der Waare beigemischt sein möchten.

Weiteres Berfahren nach Berfchiedenheit ber Fälle.

S. 15. Wie weit die Revision auszudehnen, und welches Berfahren für die fernere Abfertigung in Anwendung zu bringen sei, richtet sich nach der näheren Bestimmung über die eingegangenen Waaren, und ist verschieden, je nachdem diese

1) gleich an der Grenze in den freien Berkehr treten; oder

2) bei bem Eingangsamte niedergelegt werden follen; ober 3) nach einem anderen Orte bestimmt sind, wo sich ein Bollober Steueramt mit Riederlage besindet; ober

4) zur Berzollung bei einem Boll- ober Steueramte ohne Rie-

derlage; ober

5) zur unmittelbaren Durchfuhr angemeldet werden.

Obliegenheiten ber Zollpflichtigen bei ber Revision.

- S. 16. Der Zollpflichtige muß die Waaren in solchem Zusstande barlegen, daß die Beamten die Revision, wie erforderlich ift, vornehmen können, auch muß er die dazu nöthigen Handleistungen, nach der Anweisung der Beamten auf eigene Gefahr und Rosten verrichten oder verrichten lassen.
- B. Weitere Behandlung, wenn die Waaren gleich an der Grenze in den freien Berkehr treten sollen.
 - 1. Ermittelung bes Bollbetrags burch bie Revision.
 - S. 17. Sollen bie eingegangenen Baaren gleich an ber

Grenze in ben freien Berkehr übergeben, fo muß die Reviston, ba es in biesem Falle auf die Feststellung des Bollbetrags von

ben angemelbeten Waaren anfommt, eine spezielle fein.

Wünscht der Waarensührer, daß die Ladung, oder ein Theil berselben, von der speziellen Revision befreit bleibe, so kann hierin, gegen Entrichtung des höchsten Zollsases im Tarif, gewillsahrt werden, in sofern nicht besonderer Verdacht vorhanden ist, daß dadurch die Uebertretung anderer Landesgesetze beabsichtigt werde, z. B. die Einbringung falscher Münzen u. s. w., in welchem Falle die Revision und, nach dem Besunde, die Beschlagnahme der betreffenden Gegenstände eintreten muß.

2. Ermittelung bes Rettogewichts.

S. 18. Es bleibt ber Wahl bes Zollpflichtigen überlassen, ob er bei Gegenständen, deren Berzollung nach dem Nettogewicht geschiehet, die tarismäßige Tara gelten, oder das Nettogewicht, entweder durch Berwiegung der Waare ohne die Tara oder der letteren allein, ermitteln lassen will.

Bei Flüssigkeiten und andern Gegenständen, beren Nettoges gewicht nicht ohne Unbequemlichkeiten ermittelt werden kann, weil ihre Umgebung für den Transport und für die Ausbewahrung bieselbe ist, wird die Tara nach dem Tarif berechnet, und der Zollpslichtige hat kein Widersprucherecht gegen Anwendung desselben.

In Fällen, wo eine von der gewöhnlichen abweichende Berspackungsart der Waaren und eine erhebliche Entfernung von den in dem Tarif angenommenen Tarafähen bemerkbar wird, ist auch die Jollbehörde befugt, die Nettoverwiegung eintreten zu lassen.

3. Entrichtung bes Eingangezolls.

S. 19. Nach beenbigter Revision erfolgt die Entrichtung bes Eingangezolles.

Der Waarenführer erhalt barüber eine Duittung, und zwar, wenn bie Declaration zweifach ausgefertigt worden ift, auf bem

einen Eremplar berfelben.

Hat der Waarenführer über Waaren für verschiedene Empfänger nur eine Declaration übergeben, so kann er verlangen, daß das Jollamt neben Ertheilung der allgemeinen Quittung auf dem Duplikate der Declaration, auf jedem Frachtbriefe den summarischen Betrag des entrichteten Eingangszolles von den darin verzeichneten Waaren anmerke.

4. Schluß ber Abfertigung.

S. 20. In dem quittirten Exemplar der Declaration, oder in der besonders bazu angesertigten Duittung, wird bem Baa=

renführer vorgeschrieben, innerhalb welcher Frist und auf welcher Straße er seine Ladung durch den Grenzbezirk zu führen, und ob und bei welcher Kontrollstelle er solche anzumelden habe. Sollen die Waaren im Grenzbezirk bleiben, so wird demgemäß das Ersforderliche bemerkt.

S. 21. Hiermit ist die Abfertigung geschlossen, und ber Waarenführer erhält sämmtliche Frachtbriefe und sonstige, in Bezug auf seine Ladung von ihm übergebenen Papiere (S. 2.), nachzbem jedes einzelne Stück derselben mit dem Zollstempel versehen worden, zurück, um sich damit gegen die Waarenempfänger über die Declaration der Waaren ausweisen zu können.

5. Anmelbung bei einer Kontrollstelle an ber Binnenlinie.

a) Beim Canbtransport.

S. 22. Ift die fernere Anmeldung bei einer Kontrollstelle an ber Binnenlinie vorgeschrieben, so mussen berselben die Quittungen, oder die Duplikate der Declarationen übergeben werden. Die Ladung wird mit diesen sie begleitenden Papieren äußerlich verglichen, welche, wenn sich dabei nichts zu erinnern findet, der Waarensührer, mit der Bescheinigung über die geschehene Anmeldung versehen, zurück erhält. Die Kontrollstelle ist indessen auch zur näheren, und bei erheblichen Gründen selbst zur speziellen Revision besugt.

b) Beim Waffer=Transport.

S. 23. Waarentransporte auf großen Strömen in Gefäßen, bie eine Tragfähigkeit von 5 Lasten (die Last zu 4000 Pfund) und darüber haben, sind kur zur einmaligen Anmeldung im Grenzsollamte und nicht zu einer zweiten bei einer Kontrollstelle an der Binnenlinie verpsichtet. Dagegen unterliegen Transporte in kleineren Gefäßen, wie bei dem Verkehr zu Lande in den vorgesschriebenen Fällen, der nochmaligen Anmeldung bei einer solchen.

6. Abfertigung jollfreier Gegenstänbe.

- S. 24. Ueber zollfreie Gegenstände, so weit sie nach S. 1. anzumelben, erhält der Waarenführer einen Legitimationsschein, um sich damit bei dem weitern Transport durch den Grenzbezirf ausweisen zu können.
- c) Beilere Behandlung, wenn bie Baaren bei bem Eingangsamte niebergelegt werben follen.
- S. 25. Wenn eingegangene Waaren bei bem Eingangsamte niedergelegt werden follen, fo ift zu unterscheiben:

a) ob ber Ort bas vollständige Rieberlagsrecht (§. 60.) hat; ober

b) ob nur ein gewöhnliches Zolllager (§. 6&) bei bem Hauptzollamte vorhanden ift.

Im ersten Falle ift bas Abfertigungsverfahren burch bas für

ben Ort erlaffene Padhofsregulativ (S. 67.) bestimmt.

In dem zweiten Kalle erfolgt die Annahme der Waaren zum Lager, nach vorausgegangener, spezieller Revision, auf den Grund der Eingangsbeclaration.

- d) Beitere Behanblung, wenn bie Waaren nach einem Orte bestimmt fint, wo sich eine öffentliche Nieberlage fur unverzollte Baaren befindet.
- S. 26. Sind Waaren nach einem Orte bestimmt, wo sich eine öffentliche Niederlage für unverzollte Waaren besindet, und wird vor dem Waarensührer darauf angetragen, solche unverzollt dahin abzulassen, so muß für den Eingangszoll entweder durch Pfandlegung, oder durch einen sichern Bürgen, der sich als Selbstaschuldner verpslichtet und den bürgschaftlichen Rechtsbehelsen entsagt, Sicherheit gestellt werden. Ob statt derselben in einzelnen Fällen die Begleitung des Transports auf Kosten des Waarenssührers Statt sinden könne, hängt von der Bestimmung des Abssertigungsamtes ab.

Die Pfandlegung ober Burgichaft muß, wenn die Waare genan befannt ift, auf den zu berechnenden Betrag bes Eingangs.

zolls, fonft aber auf ben bochften Bollfag gerichtet werben.

Das Abfertigungsamt ist befugt, bekannte sichere Waarenführer, sowohl In = als Ausländer, von der Sicherheitsleistung zu entbinden.

S. 27. Das Abfertigungsamt hat die Waaren zur Revision zu ziehen. Diese ist eine allgemeine, insofern nicht besondere Gründe eine Ausnahme erfordern. Statt der Zollentrichtung tritt die Ertheilung eines Begleitscheins Nr. L (S. 41.) ein, und die Waaren werden unter Verschluß gesetzt.

Auch können nach ben Niederlagsorten Waaren auf Begleitsichen Rr. II. (§. 50.) abgelaffen werben, um bei ben bort be-

ftebenben Bollftellen fofort zur Berzollung ju gelangen.

Die erforderliche Legitimation zur Durchfahrung des Grenzbezirks erhält der Waarenführer in diesen, wie in allen übrigen Fällen der Begleitschein=Ertheilung, nach Borschrift des §. 29. durch das Duvlikat der Declaration.

- 6. Beitere Behandlung, wenn bie Baaren jur Berzollung bei einem Amte ohne Nieberlage beclarirt werben.
- S. 28. Für die Prüfung der Zulässigseit des Antrags, Waaren unverzollt abzulassen, um bei einem hierzu besugten Amte ohne Niederlage die Verzollung vorzunehmen, gelten beziehungsweise die Vorschriften des S. 26. Wird der Antrag zulässig befunden,

so erfolgt bie spezielle Revision gang ebenso, als wenn ber Gingangezoll fofort entrichtet werden follte.

Nach Beenbigung berfelben wird ein Begleitschein Rr. Il. (6. 50.) ertheilt, wogegen bie Anlegung bes Berichluffes unterbleibt.

f) Beitere Behandlung, wenn bie Baaren jur unmittelbaren Durchfuhr beflimmt finb.

1. Allgemeine Borfchriften.

S. 29. Bei ben Abfertigungen gur unmittelbaren Durchfuhr werden bie Baaren so weit revidirt, als foldes zur Ermittelung bes Durchgangszolls erforderlich ift. Die spezielle Revision kann unterbleiben, wenn bie Baaren auf einer Strafe burchgeführt werden follen, für welche ein Unterschied in dem Durchgangezoll, ben Gegenständen nach, nicht ftatt findet, ober, wenn ba, wo ein folder Unterschied besiebt, ber Waarenführer ben Durchaangezoll nach bem bochften Sabe fur bie zu befahrende Strafe entrichtet, in beiben Källen jeboch unter ber Boraussegung, bag bie Baaren, worüber bas Bollamt allein zu entscheiben bat, unter völlig fichern Berfcluß genommen werden fonnen.

Nach Beendigung der Revision wird der Durchgangszoll erhoben, wobei fur bie Ertheilung ber Quittung die im S. 19. megen bes Eingangezolls gegebenen Bestimmungen gelten und für ben Unterschied zwischen bem Durchgangs = und bem auf ben an= gemelbeten Waaren rubenben Gingangezoll bie Sicherheit nach ben Bestimmungen bes S. 26. ju leiften ift. hiernachft wird ein Begleitschein Nr. I. ausgefertigt, und ber Waarenverschluß angelegt. Wegen bes weitern Berfahrens mit ben Begleitscheinen fommen bie

Borfdriften SS. 36. 43. und folgende in Unwendung.

2. Befonbere Boridriften.

a) für Baaren, wovon ber Ausgangezoll hoher ift, ale ber Durchgangezoll.

S. 30. Werben Baaren gur unmittelbaren Durchfuhr beclarirt, von welchen ber Eingangezoll höher ift, ale ber Durchgange.

goll, fo unterbleibt bie Begleitschein-Ausfertigung.

Statt berselben wird in bem Duplifat ber Declaration außer ber gewöhnlichen Zollquittung, angegeben, bag und wie bie Waaren unter Verschluß geset worden find, und innerhalb welcher Krift und über welches Bollamt ber Wieberausgang berfelben ohne weitere Bollentrichtung erfolgen burfe.

b) Auf furgen Strafenstreden.

S. 31. Auf furgen burch bas Land führenden Strafen fonnen bei ber Abfertigung Erleichterungen eintreten, welche bann besonders befannt gemacht werden sollen.

c) Auf Fluffen, auf welche befonbere Staatevertrage Anwenbung finben.

§. 32. Beim Transit auf Flüssen, für welche in Folge bestehender Staatsverträge besondere Sicherungsmaaßregeln zum Schuse der Zolleinrichtungen durch Manisestirung, Verschluß der dazu gehörig vorgerichteten Schiffe oder durch Schiffsbegleitung u. s. wereindart sind, treten diese, so weit sie Plat greifen, an die Stelle des gewöhnlichen Absertigungsversahrens und es ergehen hierüber besondere Befanntmachungen.

II. Beim Baaren = Ausgange.

A. Waaren, die einem Ausgangezoll unterworfen find.

S. 33. Werden Waaren ausgeführt, welche mit einem Ausgangszoll belegt find, so muß ber Joll entweder bei dem Grenz-Zollamte, über welches der Ausgang statisindet, oder vorher bei

einem hierzu befugten Umte im Innern entrichtet werben.

§ 34. Bei ber Declaration ber ausgehenden Waaren sind die Vorschriften der §§. 5—10. und bei der Revision die Vorschriften der §§. 12—18. zu beobachten, lettere sedoch mit der Maaßgabe, daß die Prüfung darauf gerichtet wird, daß nicht mehr und keine mit einem höhern Zolle belegte Waare, als declaritt worden, ausgehe.

S. 35. Ueber die Zollentrichtung wird auf dem Duplifate

ber Declaration quittirt.

Ist der Ausgangszoll bei einem Amte im Innern entrichtet, so wird in der Quittung zugleich bemerkt, auf wie lange solche gültig ift, und welche Straße nach der Angabe des Waarenfüh-

rere befahren werden muß.

Der Ausgang barf nur über ein Grenz-Zollamt statisinden, bei welchem die Duittung vorgezeigt werden muß. Die Ladung wird mit der Duittung verglichen, und wenn sich babei nichts zu erinnern sindet, lettere mit darauf gesetzer Bemerkung, daß der Ausgang erfolgt sei, dem Waarenführer zurückgegeben.

Wählt ber Waarenführer die Entrichtung des Ausgangszolls, bei dem Grenz-Zollamte, so ist er, insofern die Versendung nicht aus einem Orte des Grenzbezirks selbst erfolgt, jedesmal zur Ansmeldung und Stellung der Waare bei einer Kontrollstelle an der

Binnenlinie, ober zunächst berfelben verpflichtet.

Er leistet daselbst Sicherheit für die Entrichtung des Jolles bei dem Grenz-Jollamte und erhält einen Legitimationsschein (§. 83.) über die Waaren, um sich im Grenzbezirke ausweisen zu können, Die erfolgte Abgaben-Entrichtung wird von dem Grenz-Jollamte auf dem Legitimationsscheine bemerkt und letzterer zurückgegeben um zur Einlösung des Pfandes bei der Kontrollstelle zu dienen.

- B. Baaren, beren Ausfuhr erwiesen werben muß.
- S. 36. Kommt es auf den Beweis der wirklich erfolgten Aussuhr an, so muß der Waarenführer den Begleitschein, welcher ihm auf seinen Antrag ausgesertigt wird, von der an der Binnenlinie belegenen Kontrollstelle (wenn die zum Zollamte führende Straße mit einer solchen besetzt ist) bescheinigen lassen, und die Waaren daselbst zur Besichtigung stellen. Hierauf muß ohne Unsterschied, ob eine Voranmeldung statt gefunden hat, oder nicht, die Waare bei demjenigen Grenz-Zollamte angemeldet und gestellt werden, über welches die Aussuhr nach Inhalt des Begleitscheins geschehen soll, und dieses bewirft die Absertigung, nachdem es sich durch genaue Revision der Waare die Ueberzeugung verschafft bat, daß diesenigen Gegenstände vorhanden sind, auf welche der Begleitschein lautet.

Ift eine biefer Förmlichkeiten verabsaumt, so bleibt es bem Ermeffen des Finanzministers überlaffen, ob der Ausgang in Bezug auf die Ansprüche der Bollverwaltung als erwiefen anzunehmen sei.

- C. Waaren, die einem Ausgangs-Bolle nicht unterworfen find.
- S. 37. Gehen Waaren aus, die einem Ausgangs Zolle nicht unterworfen sind und deren Ausgang auch nicht erwiesen zu werden braucht, so bedarf es einer Anmeldung bei dem Ausgangs zollamte in der Regel nicht, die Waaren unterliegen aber der gewöhnlichen Transportkontrolle im Grenzbezirke (§S. 83. u. flg.)

Das Gepad ber Reisenden ift bei bem Ausgange nur aus

besonderen Berbachtsgründen einer Revision unterworfen.

III. Besondere Borschriften für die Behandlung bes Berkehrs mit ben Staats-Poften.

A. Gewöhnliche Fahr=Poften.

S. 38. Die mit gewöhnlichen Fahrposten eingehenden Baasren muffen mit einer Inhaltserflärung in deutscher oder französssischer Sprache versehen sein, und werden im ersten Umspannungssorte entweder revidirt oder unter Berschluß gelegt.

Die Entrichtung bes Eingangszolles erfolgt bemnächst im Mohnorte bes Empfängers, ober, wenn keine bazu befugte Erbebungsbehörde baselbst vorhanden ift, bei ber junachst gelegenen.

Die zum Durchgange bestimmten Poststüde werden im letten Umspannungsorte von den Jollbeamten des Verschlusses wegen nachgesehen und der Durchgangszoll wird von dem Postamte vorschussweise berichtigt.

Sollen Wegenstände mit ber Voft verfenbet werben, welche

einem Ausgangszolle unterliegen, so muß biefer vorher entrichtet werben.

Das Paffagiergut wird im erften Umspannungsorte revidirt

und abgefertigt.

Besteht baffelbe aber in Gegenständen, welche zum Sandel bestimmt find, so fommen die allgemeinen Borschriften fur die

Waaren-Abfertigung zur Anwendung.

Die näheren Bestimmungen wegen der Behandlung des Berkehrs mit den Fahrposten sind in einem besondern Regulative enthalten.*)

B. Ertrapoften.

1. Dit Reifenben und Relfegepad.

§ 39. Für alle vom Austande eingehenden Straffen, welche

9) In biefer Beziehung erging

a) Die R. D. vom 4. Juni 1825. (Anu. Bb. IX, p. 972.)

Auf den Bericht bes Staats-Ministerii vom 16. d. Mt. genehmige 3ch bie Maaßregeln, über welche sich der Finanzminister und der General-Posimeister zum Behuf der Sicherstellung der Abgaben von den mit der Bost ans dem Auslande eingehenden Waaren ohne wesentliches Erschwerniß der Waaren-Bersendungen vereinigt haben.

Dem gufolge will 3ch hierburch bestimmen, bag

1) bie eine, durche ober ausgehenden Boftftlice mit einer ber Abreffe beigefügten Inhalts-Erflärung jur Einficht ber Grenzämter versehen sein muffen, und daß alle, ohne folde Declaration im verpactten Buftande eine und durchges hende Bosstude, bei benen die Waarengattung, die darin enthalten ift, nicht mit genügender Ueberzeugung durch die außere Besichtigung wahrgenoms men werden kann, die höchsten Sage der Eine und Durchgangs-Abgaben entrichten sollen.

2) Die vom Auslande eingehenden Poststude find an der Grenze unter Steners Berfchluß zu nehmen, welches kostenfrei geschieht, wenn die Ballen verschlußs fähig gepackt find, wogegen die ohne verschlußfähige Berpackung eingehens ben Boststude auf Kosten der Empfänger in verschlußfähigen Bustand vers

fest werben.

3) Die Eröffnung ber Packete und Besichtigung ber barin besindlichen Maaren so wie die Erhebung der bavon zu entrichtenden Steuern, geschieht im Innern von den Haupt-Aemtern und von den mit Ober-Kontrollenren versehenen Unter-Aemtern, fann jedoch an Orten, wo sich das Bedürsniß bazu zeigt, auch von andern Unter-Aemtern erfolgen.

Ich weise Sie, ben Finanz Minister, an, biefe Borfchriften öffentlich bekannt zu machen, auch im Einverständniffe mit bem GeneralsPostmeister Sorge zu tras gen, bag bie Steuers und Bostbeamten nach ber ihnen zu ertheilenden Instruktion

biefem gemäß pflichtmäßig verfahren.

b) Eine Befanntmachung und reft. Auweisung vom 27. Septemb. 1825. (Unn. 1. c.), welche bie betr. freciellen Borfchriften für die Abfertis

gung ber mit ben Poften eingehenben Baaren enthalt.

c) Ein Berzeichniß ber Orte in Preußen und ben mit ihm verbundenen Staasten, wo die mit den Posten vom Austande eingehenden Gegenstände revidirt und verzollt werden können und einen Nachtrag dazu enthält das Centribl. Ihrg. 1839. p. 203. u. 1840. p. 288.

von Extraposten besahren werden, werden die Orte bestimmt, und öffentlich besannt gemacht, wo die Extrapost-Reisenden verpflichtet sind, anzuhalten, ihr Reisegepäck zur Revision zu stellen, und von

gollpflichtigen Gegenständen ben Gingangezoll zu entrichten.

Gegen Leistung vollständiger Sicherheit für den höchstmöglischen Zollbetrag, kann die Revision beim Eingange unterbleiben, der Waarenverschluß muß aber angelegt, und die weitere Behandslung einem zuständigem Amte im Junern, oder dem Ausgangsamte vorbehalten bleiben.

2. Dit Raufmannemagren.

Ertraposten mit Kaufmannswaaren siud den allgemeinen Borschriften unterworfen. Sie werden ohne Rücksicht auf den Ort, wo sich die Poststation befindet, bei dem Grenz-Zollamte re-vidirt, geben aber in der Abfertigung anderen Waaren vor.

Zweiter Abschnitt.

Bon verschiedenen Cinrichtungen und Anstalten zur Erhebung und Sicherung ber Bolle.

- 1. Bon ber Begleitschein=Kontrolle.
 - `A. Zwed und Ausfertigung ber Begleitscheine.

S. 40. Begleitscheine find amtliche Ausfertigungen zu bem

Zwede, entweder

- a) ben richtigen Eingang im inländischen Bestimmungsorte, ober bie wirklich erfolgte Aus- ober Durchfuhr solcher Waaren zu sichern, die sich nicht im freien Berkehr besinden, sondern auf welchen noch ein Zollanspruch haftet (Begleitschein Nr. I.), ober
- b) lediglich die Erhebung bes burch vollständige Revision ermittelten und festgestellten Eingangszolles für folche Waaren einem andern dazu befugten Amte gegen Sicherheitsleiftung

zu überweisen (Begleitschein Rr. II.)

B. Begleitschein Rr. I.

1. Wefentlicher Inhalt beffelben.

S. 41. Der Begleitschein Nr. I., welcher die Ladung bis zum Bestimmungsorte begleiten muß, soll ein genaues Berzeicheniß der Waaren, auf die er lautet, nach Maßgabe der vorhandenen Declaration, die Zahl der Kolli, Fässer u. s. w. deren Bezeichnung, ferner den Namen und Wohnort der Waarenemspfanger, das Erledigungsamt, so wie den Zeitraum enthalten, für

welchen er gultig ift, ober innerhalb beffen ber Beweis ber er-

reichten Bestimmung geführt werben muß.

Der nach Umftanben und Entfernung abzumessende Zeitraum soll in der Regel für den Transport zu Lande und auf Strösmen vier Monate, beim Transport über See aber sechs Monate, nicht überschreiten. Ist der bestimmte Zeitraum wegen ungewöhnslicher Zufälle nicht inne gehalten worden, so entscheidet die dem Aussertigungsamte vorgesetze Oberbehörde, ob die gesetlichen Folgen dieser Versäumniß eintreten sollen, oder eine weitere Nachssicht zu gestatten ist.

Auch foll in dem Begleitschein bemerkt werden, ob und burch welche Pfander oder Burgschaften Sicherheit für die Erreichung des Bestimmungsortes geleistet, so wie ferner, welche Art des Waarenverschlusses gewählt und wie derfelbe angelegt worden ift.

- 2. Beschränfungen bei ber Begleitschein-Aussertigung auf Aemter im Innern mit Rieberlage.
- S. 42. Bei ber Declaration zur Abfertigung auf Aemter im Innern mit Niederlage werden Begleitscheine, wenn beren Ertheilung auch sonft zulässig wäre, nur bann gegeben, wenn ber Eingangszoll von den Waaren, auf welche ein Begleitschein besehrt wird, über drei Thaler beträgt.

Eine Ausnahme hievon findet nur in Betreff ber Reisenden ftatt.

- 3. Berpflichtung aus bem Begleitscheine.
- S. 43. Derjenige, auf bessen Berlangen ein Begleitschein ausgestellt wird, (Ertrahent des Begleitscheins), übernimmt mit der Unterzeichnung und dem Empfang desselben die Berpstichtung, für den Betrag des Eingangszolls von den darin verzeichneten Waaren, und wenn die Urt derselben durch spezielle Revisson nicht festgestellt worden, für den Betrag dieses Jolles nach dem darauf anzuwendenden pöchsten Erhebungssat des Tariss zu haften, insgleichen die Berbindlichseit, dieselbe Waare in unveränderter Gestalt und Menge in dem bestimmten Zeitraume und an dem ansgegebenen Orte zur Revisson und weitern Absertigung zu stellen.
 - 4. Nachweis, bag biefelbe erfüllt worden fei.
- S. 44. Diese Verpflichtungen erlöschen nur bann, wenn burch bas im Begleitschein bestimmte Umt bescheinigt wird, bag jenen Obliegenheiten völlig genügt sei, worauf sodann bie Löschung ber geleisteten Sicherheit oder Bürgschaft erfolgt.
 - 5. Folgen vorfommenber Gewichteunterschiebe.
- S. 45. Das auf ben Grund allgemeiner oder spezieller Revision beim Eingang ermittelte und im Begleitschein angegebene

Gewicht, bient in ber Regel zur Grundlage, nach welcher bie Berzollung der eingegangenen Waaren, es sei zum Berbrauch im Lande oder für den Durchgang, zu leisten ist, unbeschadet jesoch der näheren Untersuchung, welche wegen etwa vorgekommesner Irrthümer in der Abkertigung oder wegen versuchter Zolldesfraudationen einzuleiten ist, wenn bei der im Bestimmungssoder Ausgangsorte veranlaßten abermaligen Berwicgung sich Gewichtesverschiedenheiten gegen das beim Eingange ermittelte Gewicht hersausstellen.*)

Gewichtsunterschiede von 2 Prozent und darunter, gegen das beim Eingang über die Grenze ermittelte Gewicht der einszelnen Kolli oder einer zusammen abgefertigten gleichnamigen Waarenpost, bleiben indessen bei der Abfertigung am Bestimmungss oder am Ausgangsorte für die Staatskasse sowohl als für die Zollpslichtigen dergestalt außer Berückschigung, daß solschen Falls die Zollschuldigkeit unbedingt nach dem beim Eingange

ermittelten Gewichte zu bemeffen ift.

6. Berpflichtung bes Baarenführers bei eintretenber Transportverzögerung.

S. 46. Sollten Naturereignisse ober Unglückfälle bei bem Transporte innerhalb Landes ben Waarenführer verhindern, seine Reise fortzusepen und ben Bestimmungsort in dem durch ben Begleitschein festgesetzen Zeitraume zn erreichen, so ist er verpfich-

°) Das C. R. b. F. M. v. 15. Januar 1842. (Centribl. p. 127.) ents ball in Bezug auf ben S. 45. ber Bollorbnung im Wefentlichen folgende auf besonderer Bereinigung unter ben zum Bollverbande gehörigen Staaten beruhende Grundsate.

11. Bei allen andern auf Begleitschein I. eingehenden Waaren ist dagegen 1) eine Absertigung ohne alle Verwiegung unzuläfsig, und wo sie bennoch unterblieben ist, hat das Empfangsamt das im Begleitschein als beclarirt angegebene Gewicht als das wirklich ermittelte auzuschen.

a) rücksichtlich des probewelse verwogenen Theils der Waarenpost das hiebei er mittelte

I. Bei Waaren, welche auf größeren Fluffen (3. B. Rhein und Elbe) nach befonders vorgeschriebenen Kormen unter Schiffsverschluß ober Begleitung abges fertigt werden (s. oben §. 32. der Bollordnung S. 313) bleiben die Bestimmunsgen des §. 45. ganz außer Betracht. Sie werden vielmehr bei dem im Besgleitschein genannten Amte ganz nach den für die erste Revision eingehender Waaren vorgeschriebenen Maaßregeln behandelt.

²⁾ Probeweise Berwiegung muß auf die fonft unbebenflichen Falle bes wirflichen Beburfnisses eingeschränkt, bei entstandenen Differenzen zwischen bem angemelbeten und bem ermittelten Gewicht aber die ganze Baarenpost vollständig verwogen werden. Finden fich keine ober nur die gewöhnlichen vorschriftsmäßig für unerheblich zu erachtenden Differenzen so ist bei dem Empfangsamte

b) rudfichtlich bes nicht verwogenen Theils, bas beclarirte Gewicht ber Bergollung jum Grunde zu legen.

tet, bem nächten Jolls ober Steueramte Anzeige davon zu maschen, welches ber fünftigen Erledigung bes Bürgschaftspunktes wegen, entweder den Aufenthalt auf dem Begleitschein bezeugen oder, wenn die Fortsetzung der Reise ganz unterbleibt, die Waarren unter Aussicht nehmen muß.

Privatbescheinigungen können biefe amtliche Beurkundung

nicht erfegen.

7. Wie ju verfahren ift,

- a) wenn eine Labung fur berichiebene Empfanger ober Orte bestimmt ift.
- S. 47. Der Begleitschein = Extrahent kann verlangen, daß für jeden Waarenempfänger ein besonderer Begleitschein ertheilt werde; mindestens aber muß, wenn die Ladung für verschiedene Orte bestimmt ist, für jeden Abladeort ein eigener Begleitschein ausgefertigt werden.
 - b) wenn bie Bestimmung ber gangen gabung unterwege veranbert wirb.
- S. 48. Wenn eine Waarenladung, worüber nur ein Besgleitschein ertheilt worden, eine veränderte Bestimmung erhält, so muß dies sofort dem nächsten Amte angezeigt werden, welches alsdann, insofern hierdurch in den übrigen von dem Ertrahenten des Begleitscheins aus letzterem übernommenen Verpflichtungen nichts geändert wird, den abgeänderten Bestimmungsort auf dem Begleitscheine nachrichtlich zu bemerken befugt ist.
 - c) wenn eine Labung unterwege getheilt werben muß.
- S. 49. Machen besondere Verhältnisse es nöthig, daß eine Waarenladung, worüber nur ein Begleitschein ausgesertigt ist, während des Transports getheilt werden muß (was sedoch nur der Rollizahl, nicht aber dem Inhalte der einzelnen Rolli nach, geschehen dars) so soll dem Waarensührer freistehen den Begleitschein bei dem nächsten Hauptzolls oder Hauptsteueramte abzugesden und die Ladung daselbst auf solche Weise unter Aussicht stellen zu lassen, daß nach Berichtigung der älteren Verpslichtung neue Begleitscheine auf einzelne Theile der Ladung ausgesertigt werden können.

C. Begleitschein Rr. II.

1. Wefentlicher Inhalt beffelben.

S. 50. Der Begleitschein Nr. II. soll bie Menge und Gatzung der Waaren nach den Ergebnissen der speziellen Revision, die Zahl der Kolli, Fässer u. s. w. und deren Bezeichnung, den Namen und Wohnort des Waarenempfängers, den Betrag des gestundeten Eingangszolls, wo derselbe zu entrichten, welche Si-

cherheit geleistet, was wegen Borlegung bes Begleitscheins und Stellung ber Waaren zu erfüllen ist, sowie den Zeitraum entshalten, für welchen er gultig sein soll, oder innerhalb beffen der Beweis ber erfolgten Zollentrichtung geführt werden muß.

Die Stellung der Waaren im Bestimmungsorte ift nur fo weit erforderlich, als foldes in Bezug auf die Baarenkontrolle

im Binnenlande (S. 92. u. fig.) vorgefchrieben ift.

Begen Bestimmung der Gultigfeitsfrift gelten die Borfchriften bes §. 41.*)

2. Befchranfung bei beren Ertheilung.

S. 51. Begleitscheine Rr. II. werden nur dann ertheilt, wenn der Eingangszoll von den Waaren, auf welche ein Begleitschein begehrt wird, 10 Rthlr. oder mehr beträgt.

3. Berpflichtung aus bem Begleitscheine.

S. 52. Jeber, auf bessen Berlangen ein Begleitschein ausgestellt wird, übernimmt aus letterem die Berpflichtung, für den Eingangszoll zu haften und denselben in dem bestimmten Zeitraume bei der dazu bezeichneten Erhebungsstelle zu entrichten, auch dasjenige zu erfüllen, was wegen Stellung der Waaren und Abgabe des Begleitscheins im letteren vorgeschrieben wird.

4. Nachweis, daß biefelbe erfüllt worben fei.

- S. 53. Diese Berpflichtung erlischt, sobald bem Waarenführer durch das zur Empfangnahme des Eingangszolles bestimmte Amt bescheinigt wird, daß er jenen Obliegenheiten völlig genügt habe, worauf sodann die Löschung der geleisteten Sicherheit oder Bürgschaft ersolgt.
- D. Borbehalt eines speziellen Regulative über die Begleitschein= ausfertigung.
- S. 54. Ueber bas bei ber Ausfertigung und Erledigung ber Begleitscheine zu beobachtenbe Berfahren wird ein besonderes

*) Ueber die Folgen einer Ueberschreitung ber Gultigkeits-Frift bei Begleits scheinen Ro. II. bestimmt bas R. d. F. M. v. 18. August 1841. (Centribl. p. 190.):

Bei Ueberschreitung ber Gultigkeitsfrift in Begleitscheinen II. läßt sich eine Ordnungsstrafe nach § 52. ber Bollordnung und §. 18. des Bollstraf-Gessetzes (s. unten) zwar rechtfertigen, in der Regel wird jedoch bavon Abstand zu nehmen und nur da Gebrauch zu machen sein, wo der Begleitschein über Waaren lautet, die der Kontrolle im Innern unterliegen und in kontrollpslichstiger Renge transportirt werden.

Regulativ erlaffen und, so weit bei beffen Inhalt das Publifum betheiligt ift, auszugsweise bekannt gemacht.*)

II. Bon bem Waarenverschluffe.

1. Amed beffelben.

- S. 55. Der Waarenverschluß soll das Mittel sein, sich zu versichern, daß die Waare bis zur Lösung des Berschluffes durch ein dazu befugtes Amt, nach Menge, Gattung und Beschaffenheit unverändert erhalten bleibe.
 - 2. Worin er besteht, auch wann und wie er anzulegen ift.

S. 56. Er besteht in ber Regel in ausgeprägten Bleien (Plomben), begreift aber auch bie Anwendung jedes andern paffenden Berschlufimittels 3. B. die Berstegelung u. s. w., in sich.

Das abfertigende Amt hat allein zu bestimmen, ob Verschluß eintreten, welche Art desselben angewendet und welche Zahl von Bleien, Siegeln u. f. w. angelegt werden soll. Es kann verlansgen, daß bersenige, welcher die Abfertigung begehrt, die Vorrichstung treffe, welche es für nöthig halt, um den Verschluß anzus bringen.

Wie die am häufigsten vorkommenden Berpackungen beschafs fen und vorgerichtet sein muffen, um als verschlußfähig aners kannt werden zu können, ergiebt eine besondere Anleitung, welche bei den Aemtern ausgehängt und auf Berlangen gegen Erstat-

tung ber Papier- und Drudfoften verabreicht wird.

3. Roften beffelben.

S. 57. Das Material an Blei, Lad, Licht und Bersiche= rungsschnur hat die Zollverwaltung anzuschaffen, welche bafür die im Tarif festgesetzten Gebühren zu beziehen befugt ist.

Das übrige ju ber Borrichtung erforderliche Material hat berjenige zu beforgen, welcher bie Waare jum Berschluß stellt.

4. Berfahren bei Berletung bes Berfchinffes.

S. 58. Bei eingetretener Verlegung bes Waarenverschlusses kann in Folge bes Begleitscheins für die Waaren, je nachdem sie genau bekannt sind ober nicht, die Entrichtung ihres tarifmäßigen ober des höchsten Eingangszolles verlangt werden.

Wird ber Berfchluß nur durch zufällige Umftande verlegt, so fann ber Inhaber ber Waaren bei bem nächten gur Ber-fchluganlegung befugten Boll- ober Steueramte auf genaue Un-

21

^{*)} Das vorbehaltene Begleitscheinregnlativ ift unter bem 25. Rovbr. 1839 erschienen und im Anhange jur Bollorbnung unter Ro. I. mitgetheilt.

terfuchung bes Thatbeftandes, Revision ber Waaren und neuen

Berichluß antragen.

Er läßt sich die barüber aufgenommenen Verhandlungen aus bändigen, und giebt sie an dasjenige Amt, welchem bie Waaren zu stellen sind, ab. Die dem Amte am Bestimmungsorte vorgesseste Oberbehörde wird alsdann entscheiden, in wiefern die eben angegebene Folge des verlegten Waarenverschlusses eintreten soll oder zu mildern ist.

III. Bon ben Rieberlagen unverzollter Waaren.

A. Padhofe, Sallen, Lagerhäufer, Freihafen.

1. Bas barunter verftanben wirb.

S. 59. Deffentliche Niederlagen, in welchen fremde unversollte Waaren unter Aufsicht bes Staats aufbewahrt werden, heis gen Pachböfe, Sallen, Lagerhäuser und Freihafen.

2. Nieberlagerecht, Lagerfrift und Lagergelb.

\$. 60. Das Recht, frembe, unverzollte Waaren auf gewisse Zeit in einem Pachofe niederzulegen, heißt das Niederlagsrecht, diese Zeit die Lagerfrift, und die Gebühr für die Benut-

jung bas Lagergelb.

Das Niederlagsrecht wird nur Kauflenten, Spediteuren und Fabrifanten, und auch diesen nur für solche fremde Waaren beswilligt, von welchem der Durchgangszoll geringer als der Einsgangssoll, oder als beide zusammen ift, und welche nicht durch die besonderen Pachoss-Regulative von der Lagerung ausgeschlossen sind.

Auf Bein findet das Rieberlagsrecht nur ausnahmsweise und nur dann Unwendung, wenn dazu geeignete Raume im Pachofe vorhanden sind, und die Beine keine Behandlung er-

fordern.

Die Lagerfrist foll einen Zeitraum von zwei Jahren nicht überschreiten.

3. Betrag bes Lagergelbes.

S. 61. Das Lagergelb wird für feben Pachof nach bem örtlichen Kostenbebarf besonders festgestellt, darf jedoch (wo bie Riederlagen für Rechnung des Staat:s verwaltet werden) die folgenden Sage nicht überschreiten.

Für das Lager monatlich

a) von trodenen Waaren vom Centner 3. Thaler,

b) von flussigen Waaren vom Centner 214 Thaler.

4. Rechte bee Staats auf bie Baaren im Bacthofelager.

S. 62. Die im Padhofslager befindliche Waare haftet bem Staate unbedingt für die davon zu entrichtenden Abgaben nach demjenigen Tarif, welcher am Tage ber Berzollung gultig ift.

Wird bie Berabfolgung ber Waaren aus dem Pachhofslager vom Deponenten oder einer britten Person verlangt, so ist biesem Berlangen nur unter ben S. 16. bes Bollgefeges enthaltenen Bestimmungen zu willfahren.

5. Befugnig gur Bearbeitung bet Baaren auf bem Laget.

S. 63. Den Eigenthumern und Disponenten ber lagernben Guter fteht es frei, in ber Rieberlage unter Aufficht ber Beamten, die Maagregeln zu treffen, welche die Erhaltung ber Bagren nothig macht, und lettere ju bem Ende umzufturgen, anbere

ju verpaden ober aufzufüllen.

Das Nettogewicht ober ber Inhalt ber Rolli bei ber erften Revision ift jedoch auf biesen Fall als Grundlage ber Bergollung festzuhalten, so wie bei der Berabfolgung der Waaren aus der Niederlage keine Bergütigung für verzollte Waare erfolgt, welche zur Erganzung ber unverzollten gebient bat.

Beranberungen bes Gewichts ber Tara find unter obigen

Umftänden erlaubt.

In wie weit eine Bearbeitung der auf dem Pachofe lagernden Baaren auch für andere 3mede, ale ben ber bloffen Erhaltung, ftatt finden fonne, bestimmen bie befonderen Pachoferegulative (S. 67.) nach ben örtlichen Bedurfniffen.

6. Berminberung ber Bagren mahrent bes Lagers.

S. 64. Gine Berminberung ber Baaren, welche erweislich im Padhofslager burch zufällige Ereigniffe ftatt gefunden hat, begründet einen Anspruch auf Boll-Erlaß.

Unter folden gufälligen Ereigniffen wird aber eine Berminberung bes Gewichts, welche burch Gintrodnen, Gingebren, Berftauben und Berdunften ber Waaren und namentlich bei Fluffigfeiten burch bie gewöhnliche Leffage entsteht, nicht verftanden.

- 7. Berpflichtungen ber Berwaltung rudfichilich ber lagernben Baaren.
- S. 65. Die Pachofeverwaltung muß für bie wirthschaftliche Erhaltung ber Padhofsräume in Dach und Fach, für sichern Berschluß derfelben, für Aufrechthaltung ber Rube und Ordnung unter den im Pachofe beschäftigten Personen, so wie für Abwendung von Feuersgefahr im Innern des Gebaudes und feinen nächsten Umgebungen durch Anschaffung und gehörige Inftandhalstung der erforderlichen Feuerlösch-Gerähtschaften sorgen, und haf-

tet für Beschäbigung ber lagernden Baaren, welche aus einer ihr zur Last fallenden Unterlassung ober Vernachlässigung dieser Fürsorge entstehen. Diese Verpsichtung tritt erst ein, nachdem die Waare in die Riederlage aufgenommen, und amtliche Besscheinigung hierüber ertheilt worden ist.

Andere Beschädigungen ber lagernden Waaren und Unglude-falle, welche bieselben treffen, hat die Padhofeverwaltung nicht

au vertreten.

8. Berfahren mit unabgeholten Baaren,

a) beren Eigenthumer unbefannt ift.

S. 66. Sind Güter, beren Eigenthümer und Disponenten unbekannt sind, ein Jahr im Pachofe geblieben, so soll dies unter genauer Bezeichnung berselben zu verschiedenen Malen, mit einem Zwischenraume von mindestens vier Wochen durch die amtelichen Blätter bekannt gemacht werden, und wenn sich hierauf binnen sechs Wochen nach der letten Bekanntmachung Niemand melbet, die Pachossverwaltung berechtigt sein, die Güter öffentlich meistlietend zu verkaufen. Der Erlös bleibt nach Abzug der Abzaden und des Lagergeldes sechs Monate hindurch ausbewahrt, und fällt, wenn er die zu deren Ablauf von Niemand in Anspruch genommen wird, einem Wohlthätigkeitsssonds anheim.

Sind dergleichen Waaren einem schnellen Berderben ausgesfest, so kann ein früherer Berkauf mit Genehmigung der dem Sauptamte vorgesetzten Behörde in der Art geschehen, daß der Licitationstermin im Orte zu zwei verschiedenen Malen innerhalb

acht Tagen öffentlich bekannt gemacht wird.

b. beren Eigenthumer befannt ift.

Haben Güter beren Eigenthümer ober Disponent bekannt ift, länger als zwei Jahre gelagert, so ift berfelbe aufzusordern, solche binnen einer Frist, welche vier Wochen nicht überschreiten darf, vom Pachose zu nehmen. Genügt er dieser Aufforderung nicht, so wird zum öffentlichen Verfauf der Waaren geschritten, und der Erlös, nach Abzug der Kosten und Abzaben, dem Eizgenthümer oder Disponenten zugestellt.

9. Befonbere Bacthofe-Regulative.

S. 67. Für jeden Pachof 2c. wird nach Maggabe der örtlichen Berhältniffe ein besonderes Regulativ von dem Finanzminister erlassen, welches die näheren Bedingungen für die Benugung des Lagers und die speziellen Borschriften über die Abfertigung ber zur Rieberlage gelangenden und aus berfelben zu entnehmenden Waaren enthält.*)

B. Boll-Lager bei Saupt-Bollamtern.

1. Bas barunter verftanten wirb.

§. 68. Bei ben Hauptzollämtern an solchen Grenzorten, welche nicht im Genusse bes Nieberlagsrechts sind, können, wo sich ein Bedürsniß bazu ergiebt, und geeignete Lagerräume vorhanden sind, Waaren zu bem Zweck niebergelegt werben, um solche, besonders bei statt sindendem Frachtwechsel, ihrer weiteren Bestimmung bequemer zuzussühren.

Dergleichen Lager bei Saupt-Bollamtern werden Boll-Lager

genannt.

2. Allgemeine Borfchriften wegen beren Benugung.

\$. 69. Die Benutung ber Jolllager ift nur ben im Orte wohnenden Rausleuten und Spediteuren gestattet, beren Bermittelung sich baber Frachtführer, welche Waaren niederlegen wollen, bedienen mussen.

Die Lagerfrift barf nicht über fechs Monate bauern, und nach Ablauf berfelben treten bie im S. 66. enthaltenen Bestims

mungen ein.

Waaren, die schon in einem Pachofe-gelagert haben, dürfen in der Regel, und wenn nicht besondere Gründe dafür nachge-wiesen werden können, nicht weiter zu einem Zolllager gelangen.

In keinem Falle aber barf burch die nochmalige Lagerung bie zweisährige Lagerfrist (S. 60.) überschritten werden.

Ueber die auf dem Expeditions und Revisions-Hose Statt sindende Behands lung berjenigen Waaren, welche unmittelbar zur schließlichen Absertigung oder weiteren Versenden angemelbet werden, so wie der zur Niederlage bestimmten Waaren bie dahin, wo die Anmelbung und Annahme dazu erfolgt ist, sind für jeden Niederlage. Ort die nothigen Bestimmungen in besonderen Bollhoses resp. Hasen und Bollhoses den zuschmungen zusämmengestellt, zu deren Redaction, so weit ke noch sehten die betr. Behörden durch C. R. d. B. v. 23. April 1842. (Centrol. p. 277.) angewiesen sind.

[&]quot;) Die Zollvereins-Staaten haben unter sich einen Entwurf zu einem allgemeinen Rieverlage Regulativ vereinbart, nach welchem unter Berücksichtigung
ber jedesmaligen Derklichkeit die Spezial Regulative für solche Städte, wo sich
Packhose ic. besuden, zusammengestellt resp. neu redigirt worden sind. Den Behörden ist dieser Entwurf durch E. R. d. vom 17. Jan. 1842. (Centbl.
p. 136 n. 156.) zur Benugung unter Beisügung der erforderlichen Anleitung
mitgetheilt. Gegenstand dieses allgemeinen Niederlage Regulativs ist übris
gens nur die Behandlung und Absertigung der zu der öffentlichen Niederlage bes
stimmten Waaren, von dem Beitpunkte, wo die Anmeldung zur Niederlage anges
nommen, dis zum Zeitpunkte der Berabsolgung dieser Waaren aus derselben.
Ueber die auf dem Cypeditions und Revisions-Gose Statt sindende Behands

Begen bes Lagergelbes tommen bie biesfälligen Bestimmun-

gen für Padhofenieberlagen (S. 61.) in Anwendung.

Eine Umpadung ber Waaren in ben Boll-Lagern ift, unter Beobachtung ber in bem S. 63. enthaltenen Borschriften, nur in so weit julaffig, als die Erhaltung ber Waaren sie erforbert.

Befonbere Lager = Regulative.

S. 70. Für jeden Ort, wo ein Joll-Lager vorhanden ist, sollen die näheren Bedingungen der Benugung und tie Vorschriften über die Abfertigung, durch ein von dem Finanzminister zu erlassendes Regulativ bestimmt werden, welches in dem Geschäftsschale des Haupt-Jollamtes auszuhängen ist.

C. Deffentliche Kredit = Lager.

S. 71. Wo örtliche Bedürfnisse ce erfordern, können auch Waaren, welche auf Begleitschein Ro. II. zum Gebrauch im Lande eingegangen sind, bie zur Entrichtung bes darauf haftenden Ginsgangszolls in öffentlichen Riederlagen unter Berschluß ber Bollbe-borbe gelagert werden.

Auf Niederlagen biefer Art sinden die Borschriften §§. 60 bis 66. ebenfalls Anwendung, mit der Maaßgabe jedoch, daß die Lagerungsfrist sich der Regel nach nicht über 6 Monate und bestängerer Lagerung wenigstens nicht über das Kalenderjahr des Ein-

gangs binaus erftreden barf.

D. Privat = Lager.

1. Bas' barunter verftanben wirb.

S. 72. Niederlagen fremder unverzollter Waaren in Privaträumen unter oder ohne Mitverschluß der Zollbehörden beißen Privat-Lager, und sind entweder Kreditlager, wenn Waaren, welche bloß zum Absaße im Inlande bestimmt sind, zur Sicherung des Staats wegen des darauf ruhenden, aber treditirten Eingangszolles niedergelegt werden, oder Transttlager, wenn die zu lagernden Waaren zugleich oder ausschließlich zum Absaß nach dem Auslande bestimmt sind.

2. Befchränkungen berfelben.

S. 73. Bei Privat-Rrebitlagern barf die Lagerungsfrist sich ber Regel nach nicht über 6 Monate und — bei längerer Lage-rung — wenigstens nicht über bas Kalendersahr des Eingangs hinaus erstrecken. Privat-Transitlager sinden für Waaren, bei welchen es auf die Festhaltung der Identität autommt, in der Regel nicht statt.

Dem Ermeffen bes Kinangminiftere bleibt es überlaffen, wo und unter welchen, in jedem einzelnen Falle feftzusegenden Bebingungen, ein Privatlager zu bewilligen, ob baffelbe wieber aufzubeben ober zu beschränken fei.

- Berpflichtungen bes Inhabers eines Brivatlagers.
- S. 74. Der Inhaber eines Privatlagers haftet für bie Abaaben von ben jum Lager verabfolgten Baaren, in fofern er bie Entrichtung ber Abgaben an andern Orten oder bie Ausfuhr ber Waaren in vorgeschriebener Art nicht nachweiset.
 - Privatlager von frembem Bein.
- S. 75. Was die Bewilligung ber Privatlager von frembem Wein betrifft, fo werden bie Bedingungen, unter welchen fie gu-lässig ift, und bie näheren Verpflichtungen ber Lagerinhaber burch ein besonderes Regulativ bes Finanzministers bestimmt. *)

I. 3m Algemeinen

Danach können 1) Raufleuten und Fabrit = Unternehmern mit faufmannischen Rechten, welche, faufmannifche Bucher fuhren, Gefchafte von Bebentung machen, wenigftens breis taufend Chaler jahrlich an Ginganges, Ausganges und Durchgange-Abgaben ents richten, auch fonft in gutem Ruf fteben, und bie Brafumtion hinreichenber Sicherhait für fich haben, an Orten, in welchen ein SampteBollamt ober Gaupt-Steuers amt feinen Gip hat, bie verfculbeten Abgaben geitweife frebitirt werben.

Intanbifche Banblungehaufer, bie an anbern Orten bestehen, ober beren Barrnlager fich anbermarte befinden, und bie über folche Memter Waaren bes gieben und Rredittrung ber Abgaben bavon wünschen, muffen fich burch ein frebitfabiges Sandlungshaus am Orte veutreten laffen, auf beffen Konto ber Rrebit eingetragen wird, und an welches fich bie Steuerbehorbe allein halt.

Sicherheit muß hierbei jebenfalls, und zwar durch Nieberlegung von Rurs habenben Staatspapieren gum Dennwerth, ober auf anbere im Gefet bearunbete, annehmbare Beife fur ben innerhalb eines Jahres zu gewährenden Rrebit in ber Regel bis jum Betrage von 25 Procent, für angerorbentlich erhoheten Grebit

aber zum vollen Betrage beftellt werben.

2) Im Orte anfaffigen fichern Gewerbetreibenden, die auf ben nach Borfiehens bem bebingten großern Wefalle-Rrebit feinen Anfpruch haben, ober folchen Rrebit nicht begehren, fonnen bie Abgaben bon ben für fie eingehenben fremben Begens fanben, auf ihr Anfuchen, innethalb Monatofrift bon ben Saupt-Memtern geftuns bet merben.

Für folche Kreditertheilung bleiben bie Saupt-Aemter aber verantwortlich,

und es ift ihre Sache, fich Sicherheit dafür bestellen zu laffen.

II. Inebefonbere für Beingroßbanbler 1) bas Regulativ vom 24. Deg br. 1824 nebft ben bagn fpater erganges nen Bestimmungen, namentlich ben R. Orbres vom 19. Oftbr. 1825 und 26. Rebenar 1826.

[&]quot;) In Bezug auf bie Krebitirung ber Abgaben aus ben Gefegen bom 23. Januar 1838 ift gu bemerten :

⁻ bas Reglement bes g. M. v. 29. April 1828 u. C. R. b. g. M. v. -14. Dezbr. 1842. (Centrbl. 1843. p 91.)

Dritter Abschnitt.

Bon Berfehrs-Erleichterungen, Befreiungen und Ausnahmen.

- L. Versendungen aus dem Inlande burch bas Aus-
- S. 76. Bei Bersendungen inländischer Waaren und allgemein ber im freien Berkehr ftebenden Gegenstände aus dem In-

Nach biesen Bestimmungen, burch welche alle bis bahin bestandenen Borsschriften wegen Steuer-Rabat, Steuer-Rrebit und unversteuerter Weinlager von ausländischen Weinen aufgehoben worden sind, wird dem Beingroß-Sandter b. h. solchem, welcher den Belnhandel mit kaufmannissches Buch barüber führt, den Bein in größerer Menge für eigene Rechnung einbringt, solchen hauptsächlich sasweise absetz, und mindestens 3000 Thaler an Eingangsabgaben für ausländissigen Bein entrichtet.

a) ein fortlaufenber Gefälle-Rrecit von bemienigen Weine, welcher innerhalb bes Landes abgeset, — und ein unversteuertes Brivatlager für denjenigen fremden Wein der wieder ausgeführt werden foll, unter bestimmten Kontrolle-Raaßtegeln bewilligt, wenn beim Eingange solchen Weines sofort erklart wird, ob er zum Absatz für das In- ober Ausland bestimmt ift.

b) Den Großhanblern, welche gewöhnlichen Wein in einer Menge von 10 Orhoft, ober feinen Wein, und alle anderen Sorten von Wein, welche einen höhern Werth, als 150 Thir. das Orhoft, haben, in einer Menge von 4 Orhoft zusammen einführen, wird für Abgang und Anslausen ber 15te Theil oder 63 zusammen einführen, wird für Abgang und Anslausen ber 15te Theil oder 63 vom 100 der Steuer, abgeset und erlassen, und wenn Wein in Quantitäten von wenigstens 25 Orhoft zusammen unmittelbar aus spaulichen, französischen, portusgieslichen, italienischen, oder entfernteren Häfen, entweder in die Ok-Seehäfen, oder auf dem Rheine über Emmerich, auf der Elbe über Wittenberge, auf der Weier über Koa blenz, oder über Ed ard 65 erzge, und vornehmlich Ungare Wein über Koa blenz, oder über Keustabt in Ober Schelken eingeführt wirt, neben diesem Kdzug von 63 Procent von der Stener, ein sernerweiter Steuer-Arlaß von 1834 Procent, als Vergütung des Verlustes durch Einzehrung und Sas bewilligt.

Auch sollte endlich an Orten, wo der Weinhandel nach dem Auslande mit ber nnmittelbaren Durchfuhr konkurrirt, — von den eigenthumlichen aus den unversteuerten Lagern ins Ansland versenbeten Weiu-Quantitäten 10 Procent an der Durchgangs-Abgade erlassen werden.

3) Durch bas C. A. b. F. vom 31. Mai 1844. (Centrbl. p. 137.) warb aber bemnachst auf Grund einer Bereinigung unter sammtlichen Bollvereins. Staasten bestimmt:

a) daß die Befähigung zum Bollerlaffe für ben Weinhandel weber baran, daß ber Absat fasweise geschieht, noch an eine bestimmte jährliche Bollzahlung, wohl aber an das regelmäßige Halten eines Weinlagers von bestimmtens Umfange zu knüpfen sei.

b) Dieser Umfang ist bei bem Boll-Erlaß von 63 Broc. auf 60 Oxbost überhaupt ober 25 Oxhost fre mb en Weins, bei bem Boll-Erlaß von 20 Broc. auf 120 Oxhost überhaupt ober 50 Oxhost fremben Weins festgestellt.

c) Der Erlag von 20 Broc. wird unter ben obigen Bebingungen gewährt, wenn jum Abfage im Bollvereinsgebiete minbeftens 20 Orhoft, erweislich unmit-

lande durch bas Ausland nach dem Inlande (S. 41. des Bollgef.) ist dem Bollamte der Ausgangsstation eine Deflaration vorzules gen, worin die Art und Menge der zu versendenden Waaren und

beren Bestimmungsort anzugeben ift.

Es tritt sodann bie Revision und, ber Negel nach, ber amtliche Berschluß ber Waaren ein, und ber Absender erhält bie hiernach bescheinigte Declaration, auf welcher zugleich bie zum Eintreffen beim Wiedereingangsamte verstattete Frist bemerkt wird, zuruck.

Bei lestgebachtem Amte werben bie Gegenstände auf ben Grund ber zu übergebenden Declaration revidirt, und, nach richtigem Befund, unter Legitimationsschein, zum Transport burch

ben Grenzbegirt nach bem Bestimmungeorte abgefertigt.

Sind die Baaren von ber Beschaffenheit, daß ein sicherer Berschluß nicht angebracht werden tann, so muffen fie ihrer Art

und Menge nach besonders fenntlich beschrieben werben.

Bei berartigen Bersenbungen von Flüssigkeiten muß außer ber Verschluß-Anlage, bei Branntweinen jedesmal die Alfoholstärke nach dem Alfoholometer von Tralles geprüft und im Declarationsschein bemerkt, auch hiernach die Revision beim Wiedereingange vorgenommen werden, — bei Weinen für jedes Faß oder für Fässer, welche einerlei Weingattung enthalten, ein mit demsselben Wein gefülltes Probestäschen mit dem Amtssiegel versiegelt und dem Declarationsscheine beigefügt werden.

Die Abfertigung und Berschluß-Anlegung tann für die zum Wiedereingang bestimmten Waaren auch schon bei Aemtern im Insnern, welche hierzu mit den nöthigen Requisiten versehen sind, stattsinden, und bedarf es für diesen Fall bei dem Ausgangsamte

nur ber Recognition bes Berfchluffes.

Bei berartigen Berfendungen von ausgangezollpflichtigen Baaren ift für den Ausgangezoll burch pfandweife Sinterlegung

ober burch Burgichaft Sicherheit zu leiften.

Wird bei dem Transport von fremden Waaren, welche unter Jolffontrolle stehen, zwischenliegendes Ausland berührt, so muß die Waare dem Ausgangs und dem Wiedereingangsamte zur Revision gestellt und der richtige Ausgang, resp. der Wiedereinsgang auf dem Begleitschein bescheinigt werden.

telbar aus bem Caube bes Urfprungs bezogen, für bie Beingrofffanbler eingeben.

d) Bei französischen Weinen, welche unmittelbar über bie Grenze bes Bollver einsgebiets, gegen Frankreich, und bei Ungars ober anberer Destreiche Weinen, jo wie bei Schweizer-Weinen unter berfelben Boraussetzung, bedar es feines Nachweises über ben unmittelbaren Bezug aus bem Ursprungs Laube.

II. Meß= und Marktverfehr.

A. Berfehr inländischer Fabrifanten und Produzenten nach ausländischen Meffen und Märften.

1. Befuch frember Deffen.

S. 77. Wegen der Bedingungen und Kontrollmaßregeln, unter welchen inländische Fabrikanten, die mit eigenen Fabrikaten fremde Messen beziehen, den unverkauften Theil dieser erweislich eigenen Fabrikate ohne Entrichtung des Eingangszolls zurückbringen können, (Zollgeset S. 42.) wird das Nähere durch ein von dem Finanzminister zu erlassendes besonderes Regulativ bestimmt. *)

2. Befuch benachbarter fremter Martte.

S. 78. Inländische Sandwerfer, welche die Märkte in benachbarten Orten des Auslandes mit ihrer selbst versertigten Waare, die sedoch kein Gegenstand der Berzehrung sein darf, besuchen, können den unverkauften Theil derselben unter folgenden Bedingungen zollfrei wieder einführen

a) die Aus = und Wiedereinfuhr muß über eine und diefelbe Boll-Gelle, und zwar über ein Hauptzollamt oder über ein Re-

benzollamt erfter Rlaffe ftatt finden.

*) Mach bem hierher gehörigen Regulativ v. 31. Ang. 1825 (in ben Amteblättern) und ber baffelbe erganzenden C. Berf. d. F. M. v. 6. Febr. 1834 wird bie im §. 77. gedachte Erlaubniß nur fur gewisse besonders genannte Waarrenartisel und nur solchen Gewerbtreibenden, gegeben welche personlich zwerlassig und gewerblich folide find.

Fabrikanten, welche gleichartige Waaren sowohl im Ins als im Anslande fertigen, und Kanfleute, welche gleichartige Waaren sowohl. aus ins als aus ausländischen Lagern zur Meffe führen, bleiben von der Erlaubnist des fteuerfreien Berfehre mit fremden Meffen ausgeschlossen, auch durfen Gegenstände der Berszehrung, als Brauntwein, Tabak u. f. w., überhaupt nicht steuerfrei zurückgeführt werden.

Die unwerkauften Waaren burfen nur fiber bas bazu bei ber Anmelbung zur Berfendung benannte Eingangsamt und nur nach dem Bersendungs Drt, intändischen Megylägen, ober, wenn der Bersender mehrere intändische stehe n de Lager unter eigener Firma (nicht bloße Kommissiones und Speditionslager) hält, nach diesen zurückgesührt werden. Die Waaren mussen namentlich mit den von dem Ausgangsamte angedrachten zweiselsfreien Ersennungsmitteln (Stempel, Siegel, Plomben oder beigesügte Proben) versehen sein und dürsen, so weit sie zu einer Ausgangsammeldung gehören, nur zusammen, nicht in einzelsnen Transporten, auch nur sür den Aussellelter der Bersendungs-Ammeldung zurückgesührt werden, weil die Erlaubniß rein persönlich ist und nicht auf Andere übertragen werden kann. Fabrisanten, welche hierbei Versällschungen und Defraus bationen selbst begehn, oder Andern dazu behüsstlich sind, haben außer der allgemeinen geseulichen Bestrasung dieser Vergehen, dem Berlust des Rechts ver keuersfreien Wiedernich ihr ihrer Waaren sogleich bei dem ersten Falle verwirft.

b) lleber bie Gegenstände ber Ausfuhr muß bem Ausgangeamte eine vollständige schriftliche Anmelbung übergeben werden.

c) Sie muffen bemfelben zur Besichtigung vorgezeigt und auf Koften bes Inhabers, so weit sie bezeichnungsfähig find, be-

zeichnet werden.

d) Die Wiedereinsuhr des unverfauften Theils muß in einer, von dem Amte zu bestimmenden furzen Zeitfrist erfolgen, und die zurückgeführten Gegenstände muffen demfelben Amte wieder zur Besichtigung vorgelegt werden.

S. 79. Inländer, welche Bieh auf ausländische Martte bringen, tonnen bas unvertauft gebliebene Bieh zollfrei wieder einführen, wenn fie die Borschriften des S. 78. — soweit solche

anwendbar find - erfüllen.

- B. Berfehr ausländischer Sandel = und Gewerbetreibender auf inländischen Messen und Märkten.
- §. 80. Wenn ausländische Handel- und Gewerbetreibende inländische Messen und Märkte beziehen, und für den unverkausten Theil ihrer Waaren den im § 42. des Jollgesetzes zugestanzbenen Erlaß des Eingangszolls bei der Wiederaussuhr in Anspruch nehmen, so kommen, mit den sich von selbst ergebenden Abweichungen, dieselben Bestimmungen zur Anwendung, welche im §. 78. für den umgekehrten Fall ertheilt sind. Es wird sodann von den unverkaust zurückgehenden Waaren nur der Durchgangszoll erhoben.

Der Betrag bes Eingangszolls von ben eingeführten Baaren wird burch Pfandlegung ober nach Umftänden burch die Ausferti-

gung bon Begiriffceinen ficher geftellt.

- S. 81. Für biejenigen Orte, wo ein solcher Verkehr von Wichtigkeit ift, und eigenthlimliche Einrichtungen und Borfcpriften erforderlich macht, sollen diese durch besondere Regulative näher bestimmt werden.
- III. Sonftige Erleichterungen und Ausnahme-Gegenftande, welche zur Berarbeitung ober Bervolltomms nung ein und ausgehen.
- S. 82a. Wer auf die im S. 43. des Zollgesetzes erwähnte Erleichterung Unspruch macht, muß genau dasjenige befolgen, was die Zollbehörde in jedem einzelnen Falle zur Verhütung von Mißsbräuchen vorschreiben wird. Gegenstände der Verzehrung bleiben von dieser Erleichterung ausgeschloffen. Ausnahmsweise fann dieselbe auf Getreibe, welches unter Vorbehalt der Wiedereinsuhr bes daraus gewonnenen Mehls, auf ausländische Mühlen gebracht wird, und auf Getreide, welches Ausländer, unter Vorbehalt der

Bieberansfuhr des baraus gewonnenen Mehls, auf inländische

Mühlen bringen, Anwendung finden.

Die näheren Bestimmungen über bie Ausführung bes §. 43. bes Jollgesetzes bleiben in vorkommenden Fällen dem Finanzmisnifter vorbehalten.*)

IV. Seeverfehr.

S. 82b. Inländische Strandguter von Schiffen, welche nach bem Auslaufen verungluden, bleiben frei vom Eingangszolle, wenn die Thatsache vollftändig nachgewiesen und die Bergung und Lagerung des Gutes unter Auflicht von Beamten gescheben ift.

Guter auf Seeschiffen, welche in einen Nothhafen eingelaufen sind, sind vom Durchgangszoll frei, wenn die Ladung des Schiffes, welches den Nothhafen erweislich zu suchen gezwungen ift, nach einem andern Hafen bestimmt war, und wieder ausgeht, ohne daß etwas davon im Orte abgesett oder Berkehr damit getrieben worden.

Ift bas Schiff so beschäbigt, baß es bie Labung nicht wieber einnehmen kann, so ift ber zollfreie Transport nach einem andern Safen in andern Schiffen verstattet. Die Aussuhr bahin muß aber längstens binnen Jahresfrift erfolgen, und die Waare

bis zur Ausfuhr in einem Padhof gelagert baben.

Seeschiffe, welche mit Frachten für in = und ausländische Häfen einlaufen, zahlen von demjenigen Theile der Ladung, wels der nach einem fremden Hafen bestimmt ist, dann keinen Joll, wenn diese Bestimmung unbezweifelt nachgewiesen ist, kein Verkehr mit den Waaren im Hasenplatz getrieben wird, und die Waare unberührt bleibt.

Hiernach sind auch Seeschiffe zu hehandeln, welche nach eisnem andern hafen bestimmt sind, aber in der Absicht, zu überswintern, einlaufen, und davon gleich bei dem Eingange Anzeige

machen.

^{*)} Bu vergleichen fint hierbei bie Bemerfungen jn §. 43 bee Bollgefetes (oben C. 299.)

Vierter Abschnitt.

Bon ben zum Schute ber Zollabgaben bienenben Ginrichtungen und Borschriften. *)

I. Bon ben Rontrollen im Grenzbezirke.

A. Transport - Rontrolle.

1. In wiefern ein Transport-Ausweis erforberlich ift.

S. 83. Auf allen Straßen und Wegen im Grenzbezirf muß jeber, ber Waaren ober Sachen transportirt, sich durch Bescheinigung gegen die zur Aufsicht verpflichteten Beamten ausweisen, daß er besugt sei, die gehörig bezeichneten Gegenstände in einer gewissen Frist und auf dem vorgeschriebenen Wege ungetheilt zu transportiren.

Nur beim Eingange aus bem Austande und nur in ber Richtung von der Grenze nach der Zollftelle findet hiervon die Ausnahme statt: daß der Transport von Waaren oder Sachen auf den Zollstraßen bis zur Zollstelle ohne amtlichen Ausweis ge-

ftattet ift.

Bon der Zollstelle bis zur Binnenlinie haben sich auch diese Transporte durch die bei ersterer erhaltene Bezettelung zu legitismiren.

2. Befreiung von ber Legitimationepflichtigfeit.

S. 84. Bon ber Berpflichtung zur Legitimation im Grenzsbezirke burch Transport-Ausweise (Legitimationsschein S. 83.) sind nur befreit

a) gang zollfreie Gegenstände (Abtheilung I. bes Tarifs), in fos fern sie unverpact find, oder bergestalt vor Augen liegen, bag sie ohne Weitläuftigkeit sogleich erkannt werden können;

b) Gegenstände, beren Menge in einem Transport so gering ift, daß sie beshalb bei ber Berzollung nach den Tarifbe-

stimmungen außer Betracht bleiben wurde;

c) robe Erzeugnisse bes Bobens und ber Biehzucht eines und besselben inländischen Landguts, welches entweder ganz im Grenzbezirfe liegt, oder von der Binnenlinie, oder von der Grenzlinie unmittelbar durchschnitten wird, im lesteren Falle

^{*)} Als einer Maßregel zum Schuge ber Bollabgaben und Berhätung bes Schleichhandels ift hier des Regulativs vom 12. Januar 1839 betr. die Paßspflichtigkeit der Grenzanwohner und die volizelliche Aufsicht über dieselben, zu erwähnen, welches im Anhange zur Bollordnung unter No, 11. mitgetheilt ift.

jedoch nur unter besonderen, nach ber Dertlichkeit vorzu-

schreibenden Aufsichtsmaßregeln;

d) Gegenstände, die innerhalb einer Stadt, eines Dorfes oder einer geschlossenen Ortschaft des Grenzbezirks von Haus zu Haus gesendet werden, vorbehaltlich der auch über solche Trausporte auf Berlangen der Zollbeamten zu liefernden Nachweisung der Berzollung oder zollfreien Abstammung der Waaren;

e) der Gütertransport mit den gewöhnlichen Fahrpoften. Die Postanstalten im Grenzbezirke durfen sedoch, wenn es für nöthig erachtet und ihnen bekannt gemacht wird, entweder allgemein oder von gewissen Personen Päckercien zur Besförderung landeinwärts nur gegen eine, für seden einzelnen Fall zu ertheilende schriftliche Erlaubniß des betreffenden Zollamts annehmen, welche dann das Poststück zum Bestimmungsorte begleitet.

Auch bleibt es bem Finanzminister zu bestimmen überlassen, wiefern unter Berücksichtigung örtlicher und persönlicher Berhältnisse noch andere Erleichterungen durch Befreiung gewisser Gegenstände von dem schriftlichen Transport-Ausweis oder durch
Gestattung des Transports auf besondere für einen gewissen

Beitraum zu ertheilende Freifarten eintreten fonnen.

3. Sachen-Transport auf Gemaffern.

S. 85. An den Ufern der Gewässer in dem Grenzbezirke und auf den in diesen Gewässern gelegenen Juseln darf ohne bestondere Erlaubniß nur an solchen Stellen auss und eingeladen werden, welche zu Landungsplägen bestimmt und als solche bes

zeichnet find.

Den Ufern ber Gewässer, welche längs ber Jollgrenze sich erstrecken, dürfen beladene Fahrzeuge ohne Erlaubnis des nächsten Bollamts sich nur bis auf funfzig Fuß nähern, wovon solche uns verdeckte Nachen eine Ausnahme machen, welche zollfreie Gegenstände (Abtheilung I. des Tariss) geladen haben. Wo außerdem die Beschaffenheit des Fahrwassers eine größere Annäherung ersforderlich macht, wird solches besonders bekannt gemacht werden.

- 4. Befchrantung bes Sachentransports in Abficht ber Beit.
- S. 86. Der Transport von zollpflichtigen ausländischen und gleichnamigen inländischen Gegenständen über die Zollgrenze und innerhalb des Grenzbezirks ist nur in der Tageszeit erlaubt.

Als Tageszeit werden in biefer Beziehung angefeben: in

ben Monaten Januar und December

bie Zeit von 7 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends;

in ben Monaten Februar, October und November

bie Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends; in ben Monaten Marz, April, August und September

die Zeit von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends;

in den Monaten Dai, Juni, Juli

die Zeit von 4 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Ausnahmen hiervon finden nur ftatt:

a) in Ansehung ber Waaren, welche mit ben gewöhnlichen Fahrposten versendet werden, oder welche Extrapostreisende mit sich führen, was sich aber auf den Transport von Rauf= mannswaaren durch Extrapost nicht erstreckt;

b) wenn in außerorbentlichen Fällen die Erlaubniß bes betreffenden Saupt-Zollamtes ober Neben-Zollamtes erster Klasse, soweit letteres zur Absertigung der Ladung überhaupt bestugt ist, vor dem Beginn des Transports ertheilt worden ist. Der Erlaubnisschein muß den Waarenführer, die Waare selbst, die Straße und Zeit, für welche er gültig ist, bezeichnen.

5. Bon mem ber Transport-Answeis ertheilt wirb.

S. 87. Der zum Transport von Waaren und Sachen innerhalb des Grenzbezirks erforderliche Ausweis, deffen Ertheilung die Ueberzeugung der Behörde von dem Vorhandensein und der Verzollung oder zollfreien Abstammung der dabei in Rede stehen= den Gegenstände voraussetzt, wird ausgestellt:

a) beim Eingange aus bem Auslande von bemienigen Greng= zollamte, bei welchem die Anmeldung und Abfertigung ge=

schieht;

b) beim Uebergange aus dem Binnenlande in den Grenzbezirk von benjenigen Aemtern und Expeditionsstellen in der Rähe der Binnenlinie, welche zur Aussertigung von Legitimationsscheinen ermächtigt sind;

c) bei Berfendungen aus Orten besiGrenzbezirfs von ber nach-

ften Boll= ober Erpeditionsftelle;

d) auch fann gestattet werden, bag Ortsbehörben über bie Ersteugnisse bes Orts und ber nächsten Umgegend, so wie Inshaber größerer Gewerbeanlagen über Gegenstände ihres Geswerbes selbst Bersendungescheine ausstellen.

B. Kontrollirung ber Sandel = und Gewerbetreibenden.

\$. 88. Die im \$. 35. bes Zollgesetzes vorbehaltenen Konstrollmaßregeln sollen nach der Eigenthümlichkeit des zu beaufsichstigenden Handelss oder Gewerbe-Betriebes vorgeschrieben werden.

S. 89. Insbesondere hat seder Raufmann im Grenzbezirfe ein handlungsbuch zu führen, worin rudsichtlich aller unmittelbar

aus dem Auslande bezogenen Waaren beim Empfang berfelben ber Tag und Ort, an und in welchem die Berzollung ftattgefunsen hat, bemerkt, und rückstelich ber aus dem Inlande empfansenen Waaren der Nachweis hierüber enthalten sein muß.

S. 90. Krämer und andere Gewerbetreibende, welche sich in bem Grenzbezirke in Orten unter 1500 Einwohnern niedergelassen haben, dürfen Materials, Spezereis und Stuhlwaaren nur dann unmittelbar aus dem Auslande einführen, wenn sie ordnungsmästige, kaufmännische Bücher führen, und die besondere Erlaubnist der betreffenden Behörden erhalten haben.

Ift letteres nicht ber Kall, so burfen bergleichen Krämer und Gewerbetreibende Waaren fraglicher Art nur von inländischen Sandlungen, welche ordnungsmäßige Bücher führen, beziehen, folche lediglich in ihrem Laden absetzen, und keine Bersendung

bavon machen.

S. 91. Sausirgewerbe bürfen im Grenzbezirke nur mit bessonderer Erlaubniß, und unter benjenigen Beschränkungen betriesben werden, welche zum Zwecke bes Jollschupes bereits bestehen, ober noch weiter angeordnet werden.

Auf Material- und Spezereiwaaren, auf Weine, Branntweine und Liqueure aller Art, sowie auf Zeuge, die aus Baumwolle, Seide oder Wolle, ganz oder in Vermischung mit anderen Stoffen, gefertigt sind, soll sich die Erlaubniß nicht erstreden.

I. Bon ber Rontrolle im Binnenlanbe.

- 1. Baaren, bie aus bem Grenzbezirte in bas Binneuland übergeben.
- §. 92. Wer mit den im Auslande oder aus dem Grenzbezirke bezogenen Waaren ein Gewerbe treibt, ift, wenn die Waare mit einem höhern Eingangszoll, als vier Thaler vom Centner, belegt ist, und ihre Menge einen Viertelcentner übersteigt, verbunzben, die im Grenzbezirke empfangene Bezettelung innerhalb der in derselben vorgeschriebenen Frist der darin genannten oder, sofern keine benannt ist, derjenigen Dienststelle, an welche der Bezettimmungsort in dieser Beziehung gewiesen ist, und zwar vor der Abladung, zum Visiren vorzulegen. Auf Erfordern sind auch die Waaren, bevor sie abgeladen werden, zur Revision zu stellen.

Rann für solche Waaren ein einziger Bestimmungsort nicht angegeben werben, so muffen sie ber Dienststelle besjenigen Orts zur Besichtigung gestellt werben, wo ber erste Absat von ben ge-

labenen Waaren geschehen foll.

- 2. Baaren, welche bet ber Berfenbung im Binnenlanbe fontrollpflichtig finb.
 - S. 93. Wer im Binnenlande folgende Waarenartifel, als:

1. baumwollene und bergleichen mit andern Gespinnften ge-

2. Buder aller Art,

3. Raffee,

4. Tabads-Kabrifate,

5. Weine, und

6. Branntweine aller Art,

versendet, muß solche, wenn die Menge ber genannten Stuhlwageren und Zeuge, sowie bes Zuckers, einen halben Centner Rettogewicht übersteigt, mit einem Frachtbriefe versehen.

Derfelbe muß enthalten:

a) bie Bor = und Junamen bes Waarenführers und bes Waas ren-Empfängers;

b) die Menge ber Waaren (von den unter 1 bis 4 genannten nach Centnern und Pfunden, von Wein und Branntwein nach Orhoften und Eimern) in Buchstaben,

c) die Gattung ber Waaren;

d) die Anzahl ber Kolli und beren Zeichen und Nummern;

e) ben Bestimmungsort und ben Ablieferungstermin, ben legtern mit Buchstaben, und

f) ben Bor. und Zunamen des Berfenders, ben Berfendungs-

ort, ben Tag und bas Jahr ber Absendung.

Der Frachtbrief muß vor dem Abgange der Waare der Zolls oder Kontrollstelle des Absendungsorts oder dersenigen, an welche der Ort in dieser Beziehung gewiesen ist, zum Visiren und Absstempeln vorgelegt, auch die Waare auf Verlangen zur Nevision gestellt werden.

Bon der Vorlage an die Zoll = oder Kontrollstelle sind die Frachtbriefe ausgenommen, welche von dem Inhaber einer Fabrik, Brennerei oder Siederei über Gegenstände seines Gewerdes, oder von einem Weinbergsbesiger über eigenes Erzeugniß an Wein ausgestellt werden; jedoch muß diese Eigenschaft des Ausstellers in dem Frachtbriefe neben der Unterschrift angegeben und von der Ortsbehörde oder einer Zoll = oder Kontrollstelle beglaubigt sein.*)

^{*)} Bur Erlauterung bes &. 93 find ju bemerten 1) bas C. R. b. F. M. v. 16. Febr. 1840. (Ceutribl. p. 144.)

In ben Frachtbriefen, welche ber §. 93. bedingt ift das Gewicht zwar nach Breußischem und nicht nach & oll-Gewicht anzugeben. Dagegen ift im I. Allinea unter ben bafelbst genannten Gewichtsgrößen von resp. einem halben und eisnem ganzen Gentner Netto, fein anderes als Bollgewicht zu verstehen.

2) R. b. F. M. v. 25. August 1840. (Centribl. p. 258.)

Da bie Kontrolluflichtigfeit ber im §. 93 ber Bollorbnung bezeichneten Waaren nach bem Nettogewicht bemeffen wirb, fo ift bei einem Frachtbriefe, ber ein bie Kontrolluflichtigfeit bedingendes Gemicht ohne Angabe: ob Brutto ober Netto enthält, zur Abwendung ber verwirkten Strafe ber Einwand, daß Brutto.

b) Borfdriften fur ben Baarenempfanger.

*C. 94. Der Empfänger folder Baaren ift verpflichtet, gleich nach ber Anfunft berfelben ben Frachtbrief ber betreffenben Boll's pber Kontrollstelle vorzulegen, welche benfelben, wo nothig, nach ppraängiger Revision ber Waaren, abgestempelt gurudgiebt.

Eine Ausnahme biervon machen Kabrifanten von baumwolle= nen Bagren, welche Gewebe gur weiteren Berebelung, ingleichen Privatpersonen, welche Wein jum eigenen Gebrauche, nicht über einen Orhoft, und biefenigen, welche Branntwein aus Brennereien bes eigenen Landes erhalten; jedoch muffen fie bie Frachtbriefe ein Nabr lang aufbewahren, und auf Erforbern vorlegen.

- b. Befonbere Beftimmungen fur ben Martiverfehr.
- S. 95. Sollen Gegenftanbe, welche nach S. 93. mit einem Krachtbriefe verfeben fein muffen, auf Jahrmarfte gebracht werben, fo muß ber Berfender ber betreffenden Boll = ober Kontrollstelle ein Berzeichniß übergeben, worin bie Bahl und bas Gewicht ber zu versendenden Ballen ober Riften zc., bie Gattung ber barin befindlichen Waaren, ber Marktort, wohin ber Transport aebt. und die Frift, binnen welcher ber unverfaufte Theil ber Baaren zurudfehren foll, angegeben ift.

Dieses Berzeichniß bient, nachdem es vifirt und abgestem= velt worden, für ben Weg zum Martte und von bort zurud als

Transport-Bescheinigung.

Erfolgt jedoch am Marktorte eine Buladung folder Baaren, fo muß darüber ein befonderes Berzeichniß gefertigt und von der Kontrollstelle im Marktorte vifirt und abgestempelt werden.

- 3. Allgemeine Boridriften fur ben Transport ber im Binnenlande fontrollpfliche tigen Baaren,
- S. 96. Sowohl bie amtlichen Bezettelungen aus bem Grenge bezirke, ale bie für ben Transport im Binnenlande ausgestellten Frachtbriefe muffen mit ber Labung volltommen übereinstimmen,

gewicht gemeint und die Baare nach Abrechnung ber Tara nicht kontrolle

pflichtig fei, erheblich.
3) b. R. b. F. M. v. 22. Septbr. 1841. wegen ber Rompeteng ber hauptams ter gur Untersuchung und Bestrafung ber Kontraventionen gegen bie Borsschriften über bie Baarenkontrolle im Binnenlande (f. baffelbe weiter unten aum Bollftrafgefet.)

⁴⁾ b. R. d. F. Dl. v. 19. Mai 1844 (Centribl. 1844, p. 111.) Auf Grund einer Bereinbarung unter fammillichen Bollvereine-Staaten find fortan alle mit Baumwolle gemischte Stoffe, welche sprachgebrauchlich ale folche bezeichnet werben, ohne Rudficht auf bas quantitative Berhaltniß ber einzelnen Beftandtheile, ber Baarentontrolle im Binnenlande unterworfen.

und es werben solche, wo biese llebereinstimmung mangelt, als gar nicht vorhanden angesehen. Es kann daher der Fracktbrief oder die amtliche Bezettelung über eine geringere Menge eben so wenig als Bescheinigung für eine größere Ladung gelten, als es zulässig ist, mit einer auf eine größere Menge lautenden Bezetztelung einen Theil dieser größern Ladung zu bescheinigen.

S. 97. Waarenführer, welche für verschiedene Empfänger geladen haben, sollen in der Regel für jeden einzelnen Waarensempfänger einen besonderen Frachtbrief bei sich führen. Mindestens aber muß ein für verschiedene Orte bestimmter Transport mit einer besonderen amtlichen Bezettelung oder einem Frachtbriefe

für jeden Drt verfeben fein.

Erhält die Ladung mährend des Transports eine andere Bestimmung, so sind die Transportzettel der nächsten Zoll= oder Kontrollstelle zur Bemerkung des neuen Bestimmungsorts vorzu=

legen.

Waarenführer, welche auf dem Wege zu dem, in den Transportzetteln angegebenen Bestimmungsorte einen Theil der dazu gehörigen Ladung absehen, müssen sich vom Empfänger der abgessetzen Waaren ein schriftliches Empfangsbefenntniß geben lassen, aus welchem die Gattung und Menge der abgesetzen Waaren, der Tag und der Ort, an welchem die Ablieferung geschehen, und der Name des Waarenempfängers ersichtlich ist. Diese Bescheinisgung muß mit den Transportzetteln über die Ladung, von welcher ein Theil abgesetzt worden, bei der Dienststelle des Orts, wo die Abladung geschieht, oder, wenn eine solche am Orte der Abladung nicht vorhanden ist, bei der nächsten Dienststelle auf dem Wege zum Bestimmungsorte der rigen Ladung zum Bistren vorgelegt werden.

- 4. Borfchriften für ben Baarenübergang aus einem Bereinsftaate in ben andern.
- S. 98. In Bezug auf ben Waarenübergang aus und nach solchen Ländern, welche sich mit dem Staate zu einem gemeinsschaftlichen Zollspsteme vereinigt haben (S. 10 des Zollgesetzes), ergeben in Gemäßheit der biesfallsigen Verträge die näheren Bestimmungen, nach denen sich die Waarensührer genau zu achten haben.*)
 - I. Allgemeine Kontrollvorschriften.
 - 1. Sausvifitationen und Revisionen ber Baarenlager.
 - S. 99. Hausvisitationen und Revision der Waarenlaget

^{*)} Das Rabere hierüber fiebe weiter unten bei ben Nebergange-Absgaben.

bürfen, so meit sie erforderlich sind, nur nach ben in ben SS. 37 und 38 bes Bollgeseges hierüber enthaltenen Borschriften stattfinden.

2. Rorperliche Bifitationen.

S. 100. Im Falle körperliche Bisitationen für nöthig erachachtet werben, ift nach ben im S. 39. bes Zollgesepes gegebenen Bestimmungen zu verfahren.

Fünfter Abschnitt.

Bon ben Dienststellen und Beamten, ihren amtlichen Befugnissen und Pflichten gegen bas Publikum.")

I. Bon ben Dienststellen und Beamten und beren amtlichen Befugniffen.

A. Im Grenzbezirfe.

- 1. Legitimation ber Dienststellen und Beamten burch außere Bezeichnung.
- S. 101. Jebe nach ben Vorschriften bes Jollgesetzes (S. 26.) einzurichtende Erhebungs= und Abfertigungsstelle soll durch ein Schild mit dem Landeswappen und einer Inschrift bezeichnet wersben, aus welcher hervorgeht, welche Behörde daselbst ihren Sis hat. Ueberdies soll bei jedem Ansageposten oder, wenn eine solscher nicht vorhanden ist, bei dem Grenzzollamte ein Schlagbaum errichtet werden.

Die nach §. 27 bes Bollgesetes zum Bollschutze bestimmten Grenzaufseher follen mit einem Bruftschilde, worauf sich eine Rummer befindet, versehen sein.

2. Deren Befannimachung.

S. 102. Eine öffentliche Bekanntmachung bezeichnet bie angeordneten Zollftraßen und giebt an, auf welchen berselben und wo die Ansageposten, Haupt-Zollämter und Nebenzollämter Ifter Klasse (S. 103) errichtet worden sind und wo sich Revissionsstellen zur Abfertigung der einzelnen Extraposten (S. 39.) befinden.

3. Bollamter.

S. 103. Die Zollämter sind entweder Hauptzollämter oder Rebenzollämter erster oder zweiter Klasse.

^{*)} Die speciellen Borfchriften und Inftruttionen für bie Bollftellen und bie Beamten find in ben betr. Geschäftsanweisungen gegeben.

Bei ben hauptzollämtern ist sebe Jollentrichtung und sebe burch biese Ordnung vorgeschriebene Absertigung ohne Einschränsfung, sowohl bei der Ein: als bei der Aus- und Durchfuhr zu-

läffig.

Rebenzollämter erster Rlasse werden an benjenigen Straßen errichtet, auf welchen zwar ein Sandelsverkehr mit dem Auslande stattsindet, dieser jedoch nicht von solchem Umfange ist, um die Errichtung eines Sauptzollamts erforderlich zu machen. Neben-Zollämter zweiter Klasse werden für den kleinen Grenzverkehr da errichtet, wo örtliche Berhältnisse es erheischen.

Mit Rudficht auf die hiernach den Neben-Bollamtern beizulegende Wirksamkeit find ihre Erhebungsbefugnisse im Tarif na-

ber bestimmt,

Innerhalb bieser Befugnisse können Neben-Jollämter erster Rlasse Waaren, welche mit Berührung bes Auslandes aus einem Theile bes Inlandes in den andern versendet werden (§. 76.) bei dem Aus- und Wiedereingang absertigen.

Bur Ertheilung und Erledigung von Begleitscheinen (§. 40 und fig.) find fie ohne ausbrudliche Genehmigung bes Finanzmis

niftere nicht ermächtiget.

4 Anfagepoften.

S. 104. Mit ben Ansageposten werden, zum 3wede ber Abfertigung von Reisenden und bes sonstigen kleinen Berkehrs, in der Regel Neben-Zollämter zweiter Klasse verbunden. Auf bessonders lebhaften und mit einem Haupt Bollamte besetzten Zollsstraßen kann der Ansageposten auch in einem Reben-Zollamte erster Klasse bestehen.

5. Legitimationeschein-Erpebitionestellen.

S. 105. Expeditionsstellen, zur Ertheilung von Legitimas tionsscheinen sollen, wo es an Zollämtern fehlt, nach dem örtlischen Bedürfniß angeordnet werden, um die Waaren, welche innerhalb des Grenzbezirks versendet werden oder aus dem Binnenlande in denselben eingehen, mit dem vorgeschriebenen Transsportausweise zu versehen. Zu Geld = Erhebungen sind sie nicht befugt.

b) Grenganffeher.

S. 106. Die Grenzausseher sollen sich burchaus mit keiner Geld-Erhebung befassen. Es liegt ihnen ob, ben Grenzbezirk und bie Binnenlinie ununterbrochen zu beaufsichtigen, und es sind alle Personen, welche Fuhrwerk, Schiffe, Gepäck ober zollpstichtige Gegenkande führen, verpflichtet, benselben Folge zu leisten und bass

jenige zu unterlaffen, wodurch sie in Ausübung ihres Amis gehinbert werden wurden.

Die Greng-Aufseher sind befugt:

a) Frachtsuhrwerk und Geerdenführer anzuhalten, sich den Transport-Ausweis vorzeigen zu lassen, Notizen daraus zu nehmen und ihn durch äußere Besichtigung der Ladung mit dieser zu vergleichen. Stimmen beide nicht überein, so behalten sie Bezettelung bei sich und begleiten die Gegenstände in der Richtung, worin sie dieselben sinden, zur nächsten Dienstestelle.

b) Riepen =, Rorb = und Packträger, Hanbsuhrwerke, Bauerns Fuhrwerke und beladene Lasithiere, welche nicht verpackte Waaren führen, können von den Grenz Aufsehern auf der Stelle revidirt werden, um sich die lleberzeugung zu verschafsen, daß entweder keine zollpstichtigen Gegenstände geladen oder diese gehörig angemeldet sind. Bei förmlich verpackten Waaren versahren sie entweder, wie zu a. vorgeschrieben ist, oder führen solche zur Obrigkeit des nächsten Orts, um mit dieser eine Nachsuchung vorzunehmen. Bei Personen, gegen welche der Augenschein den Berdacht erregt, daß sie Waaren unter den Kleidern verborgen haben, ist nach S. 39. des Zollzgeses zu versahren.

c) Ledig angegebenes Fuhrwert ohne Ausnahme können bie Grenz-Aufseher anhalten, um Ueberzeugung zu nehmen, daß

es wirflich unbeladen ift.

d) Führer von Schiffsgefäßen, welche weniger als fünf Laften tragen, muffen auf ben Unruf der Grenzausseher sobald wie möglich anhalten und, je nachdem es verlangt wird, entweber dem Ufer zusteuern und bort an schicklichen Stellen anslegen, ober die Ankunft der Grenz-Ausseher abwarten.

e) Wer Gegenstände führt, welche von dem Transport-Ausweise befreit sind (§. 84. a—d), ist verbunden, den Grenz-Aufssehern zur Stelle die nöthige Auskunft zu geben, um sie zu überzeugen, daß die transportirten Gegenstände eines Ausweises nicht bedürfen. Kann dies sofort nicht genügerd gesichen, so sind die Grenz-Ausseher befugt, den Transportdahin zu führen, wo die verlangte Auskunft mit Sicherheit zu erlangen ist.

f) Reisenbe zu Wagen mit Gepäck, zu Pferbe und zu Fuß mit Felleisen und dergleichen, welche sich auf einer Zollftraße in der unbezweifelten Richtung nach dem Grenzzollamte befinden, dürfen von den Grenzaufsehern gar nicht angehalten werden. Treffen sie aber dergleichen Reisende entweder auf einem Punkte der Zollftraße, wo bieselben das Grenz-Zollamt schon

im Rüden haben, ober außerhalb einer Zollstraße, fo können sie, mit Ausnahme ber mit ben gewöhnlichen Posten ober mit Extrapost Reisenden, ben Rachweis ber geschehenest Meldung forbern.

Erfolgt dieser, so muffen fie die Personen ohne Störung reisen laffen, im entgegengeseten Falle aber jum nächften

Bollamte führen.

g) Gegenstände, welche nicht mit dem vorgeschriebenen Ausweise versehen sind, damit nicht übereinstimmen, oder auf einer Straße betroffen werden, welche von der darin vorgeschriebenen abweicht, sind von den Grenz-Aufsehern in Beschlag zu nehmen und an das nächste Zollamt abzuliefern.

h) Die Grenz-Aufseher sind eben so befugt als verpflichtet, bie aus bem Grenzbezirke in bas Binnenland geflüchteten ober mit Gewalt entkommenen Defraudanten dahin zu verfolgen, und sich im Betretungsfalle ihrer Person und Waaren zu be-

mächtigen.

7. Andere Staats: und Rommunalbeamte.

S. 107. Die im S. 28. bes Jollgesesses bezeichneten Beamsten haben, um der ihnen bort auferlegten Berpflichtung igenügen zu können, bei vorhandenem Berdachte, daß eine Berletung der Zollgesese beabsichtigt werde, die Befugniß, Personen und Waasren soweit anzuhalten, als solches dem Grenz-Aussehern selbst verstattet ist.

B. Im Innern bes Lanbes.

1. Bebeftellen.

S. 108. Im Innern des Landes bestehen zur Erhebung des Eins, Auss und Durchgangszolls haupt-Boll oder Steuerämster. Sie sind entweder solche, mit denen eine Niederlage für fremde unverzollte Waaren (Pachof, Halle, Lagerhaus, Freihafen) verbunden, oder solche, bei welchen dies nicht der Fall ist.

Die Saupt-Boll ober Saupt-Steueramter mit Riederlage find zu feber Bollerhebung von fremden Gegenständen befugt, welche

nach Maaggabe biefer Ordnung im Junern geschehen barf.

Sie find im Innern in ber Regel allein befugt, Begleit=

scheine zu ertheilen.

Die Sauptämter ohne Nieberlage, ingleichen die hierzu bessonders ermächtigten Bolls ober Steuerämter können den Eingangssoll von fremden Waaren nach Maaßgabe der auf sie gerichteten Begleitscheine Nr. II. erheben. Jur Ertheilung von Begleitscheisnen sind sie ohne besondere Genehmigung nicht ermächtigt, es sei

benn, daß die Theilung eines Waarentransports nach §. 49. no-

thia würde.

An welchen Orten der Vereinslande sich Hebestellen befinden, auf welche Waaren mit Begleitscheinen Rr. I. oder Rr. II. abgesfertigt werden können, soll öffentlich bekannt gemacht werden.

2. Unbere Dienftftellen.

S. 109. Wo in andern Orten zur Erhebung innerer Versbrauchssteuern besondere Erhebungsstellen vorhanden sind, werden diese, soweit es ersorderlich ift, als Aussichts-Aemter und Legitismationsscheinstellen an der Binnenlinie, zur Erhebung des Einsgangszolles von den mit den Fahrposten transportirten Gegensftänden und zur Mitwirfung bei der Waarenfontrolle benutt.

Wo dergleichen nicht vorhanden sind, follen die ftatt ihrer mit den obigen Berrichtungen beauftragten Dienststellen zu öffent=

licher Renntniß gebracht werben.

3. Auffichte=Beamte.

S. 110. Steuer=Auffeher und andere Beamte im Innern, welche mit der Handhabung der Waaren=Kontrolle im Binnen= lande beauftragt sind, muffen, wenn sie sich in Dienstausübung befinden, entweder in Uniform gekleidet oder mit einer vom Ober= Inspektor des Bezirks ausgestellten und untersiegelten Legitimations=

Rarte verfeben fein.

Sie sind befugt, Fuhrwerke und Padenträger, welche dem äußern Anscheine nach kontrollpflichtige Waaren führen, während bes Transports anzuhalten und die Waarenführer zur Auskunft über die geladenen Waaren, so wie, in geeigneten Fällen, zur Borzeigung der erforderlichen Transportzettel aufzufordern, und durch äußere Besichtigung der Ladung, wobei eine Beränderung in der Lage der geladenen Kolli und eine Eröffnung der Berpadung nicht statisinden darf, sich von der Uebereinstimmung der

Labung mit ber erhaltenen Ausfunft zu unterrichten.

Findet sich hierbei, daß über eine kontrollpslichtige Ladung die Transportbescheinigung fehlt, oder ergiebt sich ein Berdacht, daß andere, als die angegebenen Waaren geladen sind, oder daß die Ladung in der Menge von der vorgezeigten Bezettelung erhebsich abweicht, so müssen die Aufsichts=Beamten die Ladung zu der auf dem Wege zum Bestimmungsorte zunächst gelegenen Diensteitelle, oder wenn solche über eine halbe Meile von dem Orte entsfernt liegt, wo der verdächtige Transport angetrossen worden, zu der nächken in dieser Richtung vorhandenen Polizei=Behörde besgleiten, um daselbst die nähere Untersuchung der Ladung vorzunehmen. In Städten, wo zur Erbebung und Beaussichtigung innerer

Steuern besondere Beamte an den Thoren flationirt sind, haben auch diese die Befugniß zur Nachfrage über die geladenen Gegenstände, und sofern sich darunter kontrollpflichtige Artikel befinden, zur Besichtigung der Ladung.

II. Befdafte. Stunden.

1. Bei ben Abfertigungeftellen im Grenzbegirfe.

S. 111. Bei sämmtlichen Greng - Zollämtern und sonftigen im Grenzbezirke vorhandenen Abfertigungsstellen sollen an den Wochentagen in folgenden Stunden die Geschäftslokale geöffnet und die Beamten zur Abfertigung der Zollpflichtigen daselbst gesgenwärtig sein, nämlich:

in ben Wintermonaten Oftober bis Februar einschließlich, Bormittags von 7½ bis 12 Uhr und Nachmittags von 1 bis 5½ Uhr, in ben übrigen Monaten Bormittags von 7 bis

12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 8 Uhr.

Die Abfertigung ber Reisenben muß an allen Tagen ohne

Ausnahme geschehen.

Wo außerbem ber Umfang bes Verkehrs es erforbert, baß auch andere Abfertigungen an Sonn = und Festagen in bestimmsten Stunden ertheilt, oder gewisse Dienstleistungen auch zu andern, als den oben festgesetzen Stunden, verrichtet werden, foll darüber eine Befanntmachung der vom Amte zunächst vorgesetzen Behörde an der Außenseite der Eingangsthür zu dem Geschäftslokal anges heftet werden.

2. Bei ben Abfertigungeftellen im Innern.

S. 112. Bei den Saupt-Boll = und Saupt-Steuer-Aemtern

im Innern follen bie Dienststunden folgende fein:

in den Wintermonaten Oftober bis einschließlich Februar, Vormittags von 8 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 1 bis 5 Uhr, in den übrigen Monaten von 7 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr. Kür die übrigen Dienststellen im Innern sollen die Stunden, in welchen die aus der gegenwärtigen Ordnung entspringenden Abfertigungen ertheilt werden müssen, näher bestimmt und in gleicher Art, wie im §. 141. vorgesschrieben ist, zur Kenntuiß des Publisums gebracht werden.

- III. Allgemeines Berhalten ber Jollbeamten und ber Bollpflichtigen gegen einander.
- S. 113. Es ist Pflicht der Zollbeamten, die Personen, mit welchen sie im Dienste zu thun haben, ohne Unterschied anständig zu behandeln, bei ihren Dienstverrichtungen beschen zu versahren und ihre Nachfragen und Revisionen nicht über den Zweck

ber Sache auszubehnen. Insonderheit bürfen sie unter keinen Umständen für irgend ein Dienstgeschäft, es bestehe in Nachfragen, Revisionen, Aussertigungen, u. s. w. ein Entgelt oder Geschenk es sei an Geld, Sachen oder Dienstleistung und habe Namen, wie es wolle, verlangen oder annehmen. Damit Beschwerden des Publikums, besonders an den Grenzen, wo der Fremde keine Zeit zu einem umständlichen Versahren hat, zur Kenntniß der vorgesetzten Behörde gelangen, foll bei jeder Joll und Absertigungsstelle ein Beschwerderegister vorhanden sein, in welches jeder, der Ursache zur Beschwerde zu haben vermeint, seinen Namen, Stand und Wohnort, so wie die Thatsache, worüber er sich beschweren zu können glaubt, eintragen kann.

Bei Beschwerben gegen Grenz-Aufseher, beren Ramen bem Beschwerbeführer unbekannt find, reicht es hin, die Rummer bes Brustschildes anzusühren, welches ber Aufseher auf Berlangen vorzuzeigen verpflichtet ist. Sat irgend Jemand Gründe, jene Beschwerbe nicht in das Beschwerde-Register einzutragen so kann

er fie bei ber boberen Beborbe anbringen.

Uebrigens wird von bensenigen, welche bei den Bollftellen gu thun haben oder mit den Aufsichts. Beamten in Berührung kommen, erwartet, daß sie ihrerseits zu keinen Beschwerden über ihr Betragen gegen die Jollbeamten, Anlaß geben werden.

Anhang zur Bollorbnung.

1. Begleitschein Regulativ vom 25. Rovember 1839.*) (im Auszuge.) (Centribl. 1840. p. 74. 85. und Amtsblätter.)

Unter Bezugnahme auf die, in der Zollordnung vom 23. Januar 1838 SS. 40 bis 53. enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen über die

^{*)} Dies Begleitschein-Regulativ beruht auf einer Bereinigung unter sämmtlichen zum Bollverbande gehörigen Staaten, in denen es gleichmäßig zur Andeendung kommt. In Breußen ist dasselbe vom 1. Januar 1840 ab in Birksamseit getreten, auch in den das Bublikum unmittelbar betreffenden Bestimmungen durch die Amteblätter publizier. In dem C. A. d. H. W. vom 17. Dezder. 1839. (Centrol. 1840. p. 74.) ist, nächst einigen näheren Anweijungen für die Aemter dei Ausschingung des Regulativs, ansdrücklich bestimmt, daß alle früheren das Begleitschein-Bersahren betreffenden und mit dem Inhalte des Regulativs nicht übereinstimmenden Bestimmungen ohne Ansnahme als ausges hoben anzusehen sind.

Begleitschein-Kontrolle und in Gemäßheit bes Borbehalts S. 54. ber Bollordnung, werden über das bei der Aussertigung und Erledigung ber Begleitscheine zu bevbachtende Berfahren hiermit die folgenden nähern Borschriften ertheilt.

I. Allgemeine Bestimmungen.

- A. Berhaltniß bes Begleitschein-Extrahenten zur Zollverwaltung und baraus folgende Obliegenheiten ber Beamten.
- § 1. Bei bem, in ber Zollordnung §§. 40 bis 53. vorgeschriebenen Begleitichein-Berfahren tommen junächst in Betracht:

a) berjenige, welcher bie Ausfertigung eines Begleitscheins begehrt -

ber Begleitschein-Ertrabent - und

b) bas Amt, an welches ber biesfällige Antrag gerichtet wirb.

Durch Gewährung des lettern und durch Empfangnahme des Begleitscheins von Seiten des Extrahenten werden diesem von der Joll-Berwaltung gewisse Begünstigungen in Bezug auf zollamtliche Behandlung solcher Baaren, von welchen der Eingangszoll noch nicht berichtigt ist, oder in Bezug auf welche sonst noch zollgesehliche Obliegen-beiten zu erfüllen sind, eingeräumt, wogegen der Begleitschein-Extrahent die, mit dergleichen Begünstigungen gesehlich verdundenen Berpstichtungen übernimmt und wegen deren Erfüllung auf die vorgeschriebene Art Gewähr zu leisten hat. Diese Berhaftung aus dem Begleitschein erlöscht mit der Erledigung des Begleitscheins, d. h. mit der amtlichen Bescheinigung auf letterm, daß der Begleitschein-Extrahent alle sene Vernstichtungen politändig erfüllt babe.

alle jene Berpstichtungen vollftändig erfüllt habe.
Die Begleitscheine sind daher sowohl für die Zoll-Verwaltung, wie für den Extrahenten höchst wichtige Dokumente, und deshalb muß nicht nur bei Ausstellung und Erledigung derselben überhaupt mit dessonderer Vorsicht und Ausmerkamkeit versahren werden, sondern die betreffenden Beamten haben sich auch mit den dieskälligen allgemeinen Bestimmungen der Zollordnung gehörig vertraut zu machen und die in gegenwärtigem Regulativ euthaltenen speziellen Vorschriften puntt-

lich mahrzunehmen.

B. 3med und verschiedene Gattungen ber Begleitscheine.

S. 2. Der 3wed ber Begleitscheine ift, nach §. 40. ber Bollord-

nung, entweder

a) ben richtigen Eingang in dem angemelbeten Bestimmungsorte innerhalb des Zoll-Bereinsgebiets oder die wirklich erfolgte Ausoder Durchfuhr folcher Waaren zu sichern, die sich nicht in freiem Berkehr besinden, sondern auf welchen noch ein Zollauspruch haftet (Begleitschein 1.),

b) die Erhebung des, durch vollftändige Revision ermittelten und festgestellten Eingangszolls von folchen Waaren einem andern, dazu befugten Amte gegen Sicherheitsleiftung zu überweisen (Begleitschein II.)

Rach Maakgabe dieser verschiedenen Zwecke, find zwei, in Korm und Wesen verschiedene Gattungen von Begleitscheinen eingeführt, welche burch bie Benennungen : "Begleitschein I." und "Begleitschein II." bezeichnet werden und beren Form aus ben beiliegenden Muftern I. und II. ersichtlich ift.

Anwendung beiber Gattungen von Begleitscheinen.

1) Mit Rudficht auf bie Bestimmungen bes vorigen S., find bemnach Begleitscheine I. über Baaren auszustellen, welche, obne

Entrichtung bes Gingangezolls,

a) bei bem Gingangsamte an ber Grenze gur weitern Abfertigung bei einem ber, nach S. 6. bagu befugten Aemter angemelbet werben, entweder um bavon in bem angemelbeten Bestimmunasorte ben Eingangszoll zu entrichten ober folche baselbst niederzulegen oder endlich dieselben von da unmittelbar nach einem andern Nieberlageorte zu senden oder wieder nach dem Auslande auszufübren; ober welche

b) von bem Grenz-Eingangsamte aus, gegen Erlegung bes Durchgangezolls nach bem Auslande bireft burchgeführt; ober endlich

c) aus einer Rieberlage ober einem Zolllager (Bollordnung S. 68.) in eine andere Niederlage ober in das Ausland geführt werden

In den unter a. und c. erwähnten Fällen ift jedoch, mit Ausnahme ber Abfertigung von Reifenden, Die Ertheilung eines Begleitscheins auf Aemter im Innern, nach \$. 42. ber Bollordnung, nur bann ausässig, wenn ber Eingangezoll von ben Waaren, auf welche berselbe begehrt wird, über 3 Thir. (5 Fl. 15 Kr.) beträgt.

S. 4. 2) Begleitscheine II. bagegen werben über folche unver-

gollte, jedoch fpeziell revidirte Baaren ausgefertigt,

welche bei bem Gingangsamte an ber Grenze ober bei einem Hauptamte mit Niederlage, jum Berbrauch im Bereinsgebiete und jur Ueberweifung bes bavon zu entrichtenben Gingangezolls an ein bazu bequem gelegenes und, nach S. 6., zu einer folchen Abfertigung befugtes Amt angemelbet werben.

Der Eingangszoll von ben Waaren, welche auf biefe Beife abgefertigt werden sollen, muß jedoch, nach Borschrift der Zollordnung S. 51., zehn Thaler (17 Fl. 30 Kr.) ober mehr betragen.

Befugniß ber Aemter.

1) Bur Aussertigung ber Begleitscheine.

S. 5. Begleitscheine durfen in der Regel nur von Saupt-Bollämtern an der Grenze und von haupt-Steuerämtern (haupt-Zollämtern im Innern) in Orten mit Niederlagsrecht ausgefertigt

merben.

Neben-Bollamter und Saupt-Steueramter (Saupt-Bollamter im Innern) in Orten ohne Nieberlagsrecht muffen hierzu vom Finang-Ministerium ausbrudlich ermächtigt fein. In welchen Fällen haupt-Steueramter (Saupt-Bollamter im Innern) in Orten ohne Rieberlagerecht gur Begleitschein - Ausfertigung ausnahmsweise befugt find, ift im S. 57. bestimmt.

2) jur Griebigung berfelben.

8. 6. Bur Erledigung ber Begleitscheine I. und II. find Saupt-Steneramter (Saupt-Bollamter im Innern) in Orten mit Rieberlagsrecht und Saupt-Bollamter an ber Grenze ohne Ausnahme befuat.

Dagegen dürfen Saupt-Steuerämter (Saupt-Rollämter im Junern) in Orten ohne Rieberlagsrecht nur Begleitscheine II., Reben-Bollamter aber in ber Regel weber biefe, noch Begleitscheine I. erledigen.

Jeboch fonnen Aemter, welche ju einer ber beiben ebengenannten Rlaffen gehören, ausnahmsweise zur Erledigung ber Begleitscheine I. vom Finang-Minifterium ermächtigt werden, was für Reben-Bollamter jugleich auch bie Befugniß zur Erledigung ber Begleitscheine II. in fich ichließt. Welche allgemeine Ausnahmen von biefer Bestimmung rucksichtlich ber Saupt-Steueramter (Saupt-Bollamter im Junern) in Drien ohne Niederlagerecht fattfinden, ergeben bie &6. 52-56.

II. Ausfertigung ber Begleitscheine I.

1. Art ber Ausfertigung.

§. 10.*) Jeber Begleitschein wird in zwei gleichlantenben Eremplaren ausgefertigt. Die erfte Ausfertigung — bas Unitat — empfängt der Begleitschein-Extrabent zur Ansbandigung an ben Wagrenführer, die zweite Ausfertigung — bas Duplikat — aber verbleibt einstweilen und bis jum bemnächstigen Austausche gegen bas Unitat (SS. 36 und 70.) bei bem Ausfertigungsamte.

Die beiben Exemplare eines und beffelben Begleitscheins werben auf ber Borberfeite oben linker hand refp. als Unitat und Duplifat bezeichnet und, als genau mit einander übereinstimmend, amtlich be-

glaubigt.

S. 11. Die Ausfertigung eines Begleitscheins I. geschiebt entweber a) burd vollständige Ausfüllung aller Spalten bes Begleitidein-Rormulars, nach Inhalt ihrer Ueberschrift und für sämmtliche, zu ber betreffenden Sendung gehörige Baaren,

øber

b) in ber Art, daß biejenigen Spalten bes Formulars, welche fic auf Gattung, Menge und Berichluß ber Baaren beziehen, nicht im Detail ausgefüllt werben, sonbern barin auf eine, bem Be-gleitscheine angestempelte Boll-Declaration Bezug genommen wird. Auch Begleitschein-Auszuge, Abmelbungen aus ber Nieberlage 2c. können auf die nämliche Beise bem Begleitscheine angestempelt merben.

Ob die eine oder andere Art der Ausfertigung in Anwendung au bringen fei, bat bas Umt in jebem einzelnen Galle, ben Umftanben gemäß und aus bem Gefichtspunkte zu beurtheilen, daß es barauf ankommt, diejenige Abfertigungsweise eintreten zu laffen, welche bie

leichtere, mithin bie weniger zeitraubende ift.

Beftehen bemnach die Baaren, auf welche ein Begleitschein begehrt wirb, nur in wenigen Positionen, so ift ber betaillirten Ausfertigung

^{*)} Die §g. 7 bis 9. incl., welche bloß formelle Borichriften für bie Aemter enthalten, gehören nicht hieher.

bes Begleitscheins ber Borzug zu geben, bei größern Transporten bagegen die Aussertigung mittelst angestempelter Declaration 2c. zu wählen, vorausgeseht, daß so viele Declarationen doppelt vorhanden

find, als Begleitscheine verlangt werden.

S. 12. Da das Verfahren der Declarations-Abstempelung in ben meisten Fällen den Bortheil einer raschen Abstertigung gewährt, so müssen, um solches so oft wie möglich in Anwendung bringen zu können, die Declaranten, insbesondere dei den Grenz-Zollämtern, hieranf aufmerksam gemacht und veranlaßt werden, in den abzugebenden Declarationen die Gewichtsmengen durchgehends speciell und beziehungsweise (f. S. 17) mit Buchstaben auszudrücken.

S. 13. Bei ber im S. 11 unter b. bezeichneten Abfertigungsweise wird jedem Eremplare des Begleitscheins ein Eremplar der Declaration auf folgende Art angestempelt. Lettere wird mit bem Begleitscheine auf einer beliebigen Stelle gegen einander gelegt und auf verschiedenen Stellen ein beutlicher Stempelabbruck bergeftalt angebracht, daß fich ein Theil beffelben auf bem Begleitscheine, ber andere Theil auf der Declaration, beide Theile aber beim Zusammenhalten genannter Papiere als ganger Abbruck bes Stempels barftellen. Befteht bie Declaration aus mehreren einzelnen Bogen ober Blattern, fo find folche entweder mit einem, auf der ersten Seite anzusiegelnden Kaben au durchziehen, ober es ift ein Bogen an ben andern im Kalze ober ein Blatt an das andere an den Rändern in obiger Beise anzustem-Beide Eremplare ber Declaration muffen überbies von einem Beamten, in der Regel einem der Amts-Mitglieder, als mit einander gang genau übereinstimmend, beglaubigt werden; auch ist das eine Eremplar berselben als Unifat, das andere als Duplifat in der obern linken Ede ber Titelfeite zu bezeichnen.

2. Wefentlicher Juhalt ber Begleitscheine I.

S. 14. Aus dem Begleitscheine I. muffen die Personen und Gegenstände, auf welche derfelbe sich bezieht, die Art und Weise der Abfertigung, die getroffenen Sicherheitsmaaßregelu und sonstigen Anordnungen so vollständig hervorgehen, daß die geringste Unregelmäßigkeit und beren Urheber ohne besondere Schwierigkeiten entdeckt werden können.

In den Begleitscheinen biefer Klasse sind baher, beziehungsweise auf den Grund beigebrachter Deklarationen und amtlich unternommener, allgemeiner oder specieller Revision, genaue und bestimmte Anga-

ben über folgende Puntte aufzunehmen:

a) über Namen und Wohnort bes Begleitschein - Extrahenten, bes Waarenempfangers und bes Waarenführers;

b) über Gattung, Maaß oder Gewichtsmenge, Berfaffung und Rolli-

bezeichnung der Waaren;

c) ob, in Bezug auf Gattung und Menge ber Waaren, eine amtliche Ermittelung ober nicht, und, erstern Falls, in welchem Umfange stattgefunden bat;

d) ob und welche Berichlugart, auch an welchen Gegenständen, von

welchem Amte und wie folde angewendet;

e) ob und welche Sicherheit geleistet; ingleichen

f) welche Krift jur Gestellung ber Baaren bei bem angegebenen Erlebigungsamte bestimmt;

g) ob und nach welchen Säten ber Durchgangezoll für zum Durch-

gang angemelbete Guter erhoben worden, und

h) bei welchem Amte die Waare ursprünglich vom Auslande eingegangen ift, endlich aber — bei ber Bersenbung aus einer Nieberlage in eine

i) wie lange die Baare bereits in öffentlichen Nieberlagen gelaaert bat. hierbei find insbesondere nachstehende Borfdriften forgfältig zu beobackten:

a) in Bezug auf bie babei betheiligten Berfonen:

Bor- und Zunamen ober beziehungsweise bie Sandlungsfirma bes Begleitschein-Extrabenten, ber Waaren-Empfanger und bes Baarenführers find, jur Bermeibung jeden Migverständniffes, beutlich und möglichft vollständig in Die hierzu bestimmten Raume ber Bealeitscheine einzutragen und zu biefem Behufe (namentlich bei Baaren-Berfendungen aus Niederlagen) anch die einzusebenden und abzuftempelnden Frachtbriefe nebst Declarationen, folglich nicht munbliche Angaben allein, zu benuten.

Eben fo bat der Begleitschein-Ertrabent ben Empfang des Scheins und bie Uebernahme aller, aus bemfelben für ihn bervorgebenden Berbindlichkeiten, burch unterschriftliche Bollziehung ber Annahmeformel

in beiden Exemplaren bes Begleitscheins, anzuerkennen.

b) in Bezug auf Gattung und Menge ber Baaren.

S. 16. Die Gattung der Waaren ift im Begleitscheine ftets mit bem tarifmäßigen Ausbruck zu bezeichnen, babei jeboch nach Umftanben jur beffern Festhaltung ber Ibentität, Die hinzufügung einer noch fpe-ciellern Benennung ber Waaren nicht ausgeschloffen. hinsichts ber Menge berfelben ift mit Bestimmtheit zu bemerten, welcher Maage ober Gewichtsfuß (ob 3. B. ber Boll- ober ein anderer Centner?) babei zum Grunde lieat.

Zu mehrerer Sicherheit muß jedes Kolli einzeln aufgeführt und fowohl das fummarifche Gewicht ber zu einer und berfelben Poft gleichartiger Baaren gehörigen Rolli, als auch bie Gesammtzahl ber Rolli, auf welche ber Begleitichein lautet, nicht bloß burch Zahlen, fonbern gleichzeitig und unmittelbar barunter auch burch Buchstaben ausgebrückt

werben.

Berpadungsart ber Waare, Nummern und Zeichen ber einzelnen

Rolli sind mit Sorgfalt zu bemerken und zu übertragen.

S. 17. Wird ber Begleitschein unter Bezugnahme auf eine angestempelte Declaration ausgefertigt, fo muffen jedenfalls in ber lettern Die summarischen Gewichtsbetrage ber einzelnen Waarenpoften und bie Gesammtzahl ber Rolli in ber S. 16. vorgeschriebenen Beise mit Borten angegeben fein, wobei jedoch, falls bas Gewicht ber Baaren von bem Declaranten felbst bei jeber einzelnen Poft in ber fiebenten Spalte ber Declaration angemeldet und von ihm der summarische Gewichtsbetrag auf die bezeichnete Beise in bieser Spatte bereits mit Buchftaben ausgedrückt ift, für alle unverwogenen Posten die nochmalige Gewichts-Angabe in der zwölften Spalte der Declaration unterbleiben kann. *)

e) in Bezug auf Sicherftellung bes Bollbetrages;

S. 24. Da bei der Waarenabsertigung mit Begleitschein I., nach Borschrift der Zollordnung SS. 26, 29 und 41., für den nicht erhobenen Zolldetrag und die Erreichung des Bestimmungsorts, entweder durch Pfandlegung (einer baaren Summe Geldes oder eines Gegenstandes von ausreichendem Werth) oder durch annehmbare Bürgschaft, Sicherheit bestellt werden muß, so darf der Begleitschein nicht eher, als die diesem Erforderniß Genüge geleistet ist, ausgehändigt werden, es wäre denn, daß das Aussertigungsamt, nach psichtmäßigem Ermessen, sur zulässig hielte, den Begleitschein-Ertrahenten, weil er eine sicher und bekannte Person ist, von der Sicherheitsbestellung zu entbinden, oder daß sich dasselbe veranlaßt fände, amtliche Begleitung des ganzen Waarentransports eintreten zu lassen.

Bei Durchgangsgütern ift zwar, nach S. 29. ber Zollordnung, nur für benjenigen Betrag Sicherheitsleistung in Anspruch zu nehmen, nm welchen ber Eingangszoll die erhobene Durchgangs-Abgabe übersteigt, jedoch selbstredend nur in dem Falle, wenn sich die Differenz auf den Grund specieller Nevision ermitteln läßt. Außerdem ist die Sicherheitsbestellung auf den Betrag des höchsten Eingangszollsates

zu richten.

S. 25. Daß und wie für ben Eingangszoll und bie Erreichung bes Bestimmungsorts ber Waaren Sicherheit geleistet, ober ob ber Begleitschein Extrahent von beren Bestellung enthunden worden sei, ift

am Schluffe bes Begleitscheins (fiebe Mufter I.) anzugeben.

Ueber eingelegte Pfänder, es mögen solche im baarem Gelbe ober in andern Gegenständen bestehen, ist dem Deponenten eine besondere Bescheinigung auszustellen. Die, in Folge der Begleitschein-Erledigung späterhin zulässige Erstattung des Kautions-Betrages oder sonstigen Unterpfandes kann nur gegen Jurucklieferung dieser Bescheinigung erfolgen. Wird von dritten Personen für den Begleitschein Ertrahenten

Wird von dritten Personen für den Begleitschein - Extrahenten Bürgschaft geleistet, so ist von dem Bürgen, in sofern derselbe nicht etwa für alle, bei dem betreffenden Amte von ihm zu übernehmenden Bürgschaften eine generelle Bürgschafts-Urtunde ausgestellt hat, eine,

nach ber folgenden Formel:

"Unterzeichneter verspricht hiermit, für ben N. N., als Extrahennten bes am . ten 18 . . nach Anleitung bes
"Begleitschein-Regulativs vom (Datum) ertheilten Begleitscheins
"Ar. . . des (Benennung des Amts), wegen sämmtlicher von
ndemselben aus diesem Begleitscheine übernommenen Berbindlichnkeiten, als Bürge, unter Berzichtleistung auf den Einwand, daß

^{*)} Die §g. 18 — 23 incl. enthalten unter littr. c und d Borfchriften fur die Aemter in Bezug auf vorangangene Revision fo wie auf ben Berfchluß ber Baaren, beren fpecielle Mitteilung hier entbehrlich exicheint.

"ber hauptschuldner zuerst belangt werden muffe, zu stehen und zu "haften." auszustellende Bürgschafts-Urfunde zu erfordern, und diese bem, bei dem Aussertigungs-Amte vorerst zurückleibenden Duplikate des Begleitscheins beizufügen. Auch hat in Fällen der letztern Art der Bürge, zum Beweise seiner Kenntnis von dem Inhalte des Begleitscheins.

"Für die vorstehend angegebenen Berpflichtungen ift durch Burg-

"ichaft Sicherheit geleistet"

mit feines Ramens Unterschrift zu verfeben.

in beiden Eremplaren beffelben den amtlichen Bermert:

f) in Bezug auf bie Frift zur Geftellung ber Baaren beim Erlebigunge:Amte;

S. 26. Bei Feststellung der Zeitfrist, binnen welcher die Gestelsung der Waaren beim Erledigungs-Amte erfolgen soll, ist die Entsfernung vom Aussertigungs-Amte dis zu dem Erledigungs-Amte, in Berbindung mit dem etwa unterwegs durch Frachtwechsel oder Spedition entstehenden Ausenthalt, gehörig zu berücksichtigen; im Uebrigen aber daszenige zu befolgen, was die Zollordnung (§ 41.) hierüber bestimmt.

C. Ausfertigung der Begleitscheine II.

\$. 29.*) Bei der Ansfertigung der Begleitscheine II. kommen von den vorstehenden Bestimmungen der §§. 10—28. allein die, in den §§. 10—15., 26 und 28. enthaltenen unbedingt, dagegen diejenigen in den §§. 24 und 25. nur mit der Modistation zur Anwendung, daß von denselben alles dasjenige außer Betracht bleibt, was sich auf

Begleitung ber Baaren und auf Durchgangsguter bezieht.

Die SS. 16—23. bleiben außer Anwendung. Der Abfertigung auf Begleitschein II. muß jederzeit vollständige spezielle Waaren-Revision, so wie die Feststellung des an Eingangszoll zu entrichtenden Betrages vorangehen, wogegen die Anlegung eines Waarenverschlusses unterdleibt, in sofern sich zu derselben nicht eine besondere Veranlassung ergiebt. Aus dem Begleitscheine oder beziehungsweise aus der angestempelten Joll-Declaration müssen die Ergebnisse der speziellen Waaren-Revision rücksichtlich der Gattung, Menge und Verpackungsart der Waaren, so wie des davon für jede einzelne Waarenpost zu entrichtenden Betrages an Eingangs-Joll so genau und bestimmt hervorgehen, daß das Amt, auf welches der Begleitschein gerichtet ist, nur nöttig hat, auf Grund des letzern, den darin ausgeworsenen Abgabenbetrag, nach genommener Ueberzeugung von der Richtigkeit der Verechnung (vergl. §. 69.), zu erheben und zu vereinnahmen.

Berfahren beim Ausbleiben ber Begleitscheine.

S. 37. Bleibt ein Begleitschein I. über bie, nach S. 26., in bemfelben bestimmte Frift zur Gestellung ber Waaren beim Erlebi-

^{*)} Die §§. 27 und 28. enthalten unter litr. f. und g. Borfchriften fur ble Aemter in Bezug auf bie Erhebung bes Durchgangezolles und auf Berfens bungen aus Nieberlagen.

gungsamte längere Zeit, als, nach Maaßgabe ber Entfernung, erforderlich ift, oder ein Begleitschein II. über die, in demfelden festgesetzt Rückunstsfrist aus, so wird der Ertrabent desselben oder derjenige, welcher die Bürgschaft übernommen hat, aufgefordert, die erreichte Bestimmung der Waaren, beziehungsweise die geschehene Entrichtung des Eingangszolls durch Vorzeigung des Begleitschein-Abgabe-Attestes (SS. 63. 64 und 68.) nachzuweisen.

§. 38. Bermag er bies, fo muß bie foldenfalls zu vermuthenbe Berfculbung bes Erledigungs-Amts unverzüglich ber Boll- (Provinzial-Steuer-) Direktion zur weitern Untersuchung angezeigt

merben.

S. 39. Kann bagegen ber im S. 37. geforderte Nachweis nicht geführt worden, so ist der Begleitschein-Extrahent oder der Bürge zur Einzahlung des (bei Eingangs und Lagergütern) schuldigen und trebitirten, oder (bei Durchgangsgütern) nur sicher gestellten Zollbetrags anzuhalten. Letterer wird, nach erfolgter Zahlung, in dem betreffenden Register vereinnahmt, und die Nummer, unter welcher dies geschehen, in der letten Spalte des Begleitschein-Ansfertigungs-Registers angeschrieben.

§. 40. Walten indeß Zweifel ober Anstände über dassenige, was bezahlt werden soll, ober andere Rücksichten ob, ober macht der Zahlungspflichtige erhebliche Einwendungen gegen die Zahlung, so ist ber Fall ber Zou- (Provinzial-Steuer-) Direktion vorzutragen, welche barüber entweder selbst bestimmen, ober, nach Bewanduis ber Umftände,

an bas Kinang-Ministerium berichten wirb.

Daß und wie die Entscheidung erfolgt sei, wird in der, für Anmerkungen bestimmten Spalte bes Aussertigungs-Registers kurz bemerkt. *)

III. Behandlung ber Waaren während bes Transports vom Begleitschein-Ansfertigungs- zum Begleitschein-Erlebigungsamte.

A. Waaren, welche auf Begleitschein I. abgefertigt find.

§. 47. Bei Waaren, welche mit Begleitschein I., in der Regel also entweder unter Berschuß oder amtlicher Begleitung, abgefertigt sind, sindet, außer der Handhabung der, für den Baarentransport im Grenzbezirf und im Binnenlande bestehenden allgemeinen Kontrolle-Borschriften, eine besondere amtliche Beaussichtigung derselben die zu ihrer Ankunst beim Erledigungsamte gewöhnlich nicht statt. Eine Ausnahme hiervon tritt jedoch ein, wenn, vor Erreichung des Erledigungsamts, bei direkt oder mittelbar transstirenden Baaren, die im Begleitschein bezeichnete Richtung des Transports, oder, bei andern Waaren, der im Begleitscheine angegebene vereinsländische Bestimmungsort unterwegs verändert werden soll, oder, wenn Umstände einstreten, welche eine Theilung der Ladung vor Erreichung des Erledigungsamts unvermeiblich machen.

[&]quot;) In ben §§. 41 bis 46. incl. find bie Bestimmungen über bie Fuhrung ber Begleitscheinregister und Nachweisungen bei ben Nemtern gegeben.

- 1) Berfahren, wenn bie Richtung ober Bestimmung ber Baaren unterwege verandert werben foll.
- S. 48. Jeber Waarenführer ist, im Falle einer Beränderung der Richtung oder des Bestimmungsorts der Ladung, verbunden, vor der Ausstührung dem nächsten Joll- (oder Steuer-) Amte Anzeige davon zu machen, und demselben das anderweit gewählte Erledigungsamt anzugeben, worauf von dem Amte, unter Beachtung der, im § 48. der Joll- Ordnung und im §. 7. dieses Regulativs enthaltenen Vorschriften, die veränderte Richtung oder Bestimmung des Transports und das in Folge derselben eintretende, anderweite Erledigungsamt, nehst der sich etwa als nothwendig ergebenden Abänderung der Gültigkeitsfrist, auf der dritten Seite des Begleitscheins deutlich und vollständig zu bemerken, diese Notiz gehörig zu vollziehen und der Amtsstempel beizudrucken, auch von einer etwanigen Fristverlängerung dem Aussertigungsamte alsbald Nachricht zu geben ist.

hat der Waarenführer die vorgeschriebene Meldung unterlaffen und trifft mit seiner Ladung nichts destoweniger bei einem andern, als dem im Begleitschein benannten Erledigungsamte ein, so ist von demfelben nach den deshalb weiter unten §. 59 ff. ertheilten Borschrif-

ten zu verfahren.

- 2) Berfahren bei verhinderter Fortfetung bee Eransports burch ungewöhnliche Bufalle.
- §. 49. Wird die Fortsetzung des Waarentransports durch ungewöhnliche Ereignisse ausgehalten oder verhindert, so hat der Waarenführer, nach §. 46. der Zoll-Ordnung, dem nächsten Zoll- oder Steueramte hiervon unverzügliche Anzeige zu machen, dieses aber den Aufenthalt und dessen Ursachen im Begleitscheine zu bezeugen, oder, dafern der Transport gänzlich verhindert worden wäre, die Waaren unter Aussicht zu nehmen und dem Aussertigungsamte davon schleunigst Nachricht zu geben.

Privatzeugnisse können vorerwähnte amtliche Bescheinigungen nicht

erfeten.

Ob endlich in solchen Fällen die geschlichen Folgen ber Fristübersschreitung eintreten sollen, hat die, dem Aussertigungsamte vorgesette Oberbehörde zu entscheiden, an welche zu berichten ift (Zoll-Ordnung-6. 41).

3) Berfahren, wenn unterwege eine Theilung ber Labung ftatifinben muß.

\$. 50. Eine Theilung ber Ladung während ihres Transports zum Erledigungsamte darf nur aus ganz dringender Beranlaffung, und, wenn eine folche eintritt, auch nur rücksichtlich der Gesammtzahl der Rolli, aus welchen sie besteht, vorgenommen werden. Eine Theilung des Inhalts einzelner Rolli ist unter keiner Bedingung gestattet (Zoll-Dronung §. 49.)

S. 51. Wird eine Theilung der Labung in ber, nach bem vorigen S. zuldffigen Weise, unterwegs nothwendig, so gilt als allgemeine Regel, daß solche nur nach vorgängiger Anmeldung bei dem nächsten, zur Begleitschein-Ertheilung befugten Amte (vergl. unten §. 57.), auch nur, nachdem von lesterm hierzu die ausdrückliche Erlaubniß er-

23-

theilt und wegen bes amtlichen Revisionsverfahrens bas Erforderliche

angeordnet worden ift, erfolgen barf.

S. 52. Befindet fich der Wagen ober das Schiffsgefäß im Gangen unter Verschluß, so wird legterer von dem Amte abgenommen, wogegen der Kolliverschluß bei einer solchen Theilung jederzeit unverlett erhalten werden muß.

Das weitere Berfahren ist nach Berfchiebenheit ber Umftände ebenfalls ein verschiebenes. Sauptfächlich kommt eine Theilung mab-

rend bes Transports nur vor:

a) wenn Schiffsgefäße unterwege einfrieren und

b) wenn über Baaren, bevor solche das Erledigungsamt erreicht haben, ganz ober theilweise anders verfügt wird. Für diese, hier beispielsweise angeführten Fälle werden nachstehende, auch auf andere Källe ähnlicher Art anzuwendende Borschriften ertheilt.

a) Benn Schiffegefaße unterwegs einfrieren.

- S. 53. Friert ein Schiffsgefäß mit Waaren, welche unter Begleitschein-Kontrolle I. stehen, während der Jahrt ein, und soll, nach der Bestimmung des Waarenversenders oder Empfängers, die zur Fortsehung der Fahrt geeignete Zeit nicht abgewartet werden, so wird entweder
 - 1) die gesammte Baarenmenge, auf welche ber Begleitschein lautet, mit einem Mal nach bem Bestimmungsorte zu Lande geführt, ober
 - 2) ber Empfänger läßt fich folde theilweise nach und nach juführen, ober
 - 3) es werben vom Schiffe aus auch nach andern Orten Berfenbungen gemacht.
- aa) Benn bie gange Schiffslabung, auf welche ber Begleitschein lautet, ju Lanbe auf einmal fortgeschafft wirb.
- §. 54. Im ersten Falle bedarf es von Seiten bes Amts, bei welchem ber Borfall, nach §. 51., angemelbet worden, nur einer nachrichtlichen Bemerkung über die, nach Besinden erfolgte Abnahme bes
 ersten und Anlegung des neuen Berschlusses, die veränderte Bersendungsart und die Beranlassung dazu, auf der britten Seite des Begleitscheins.
- bb) Wenn bie Labung nur nach und nach weiter geschafft ober vom Schiffe aus nach anbern Orten versenbet wirb.
- §. 55. In ben beiben lettern Fällen bes §. 53. hingegen ift zu unterscheiben,

ob mit dem Amte, bei welchem, nach §. 51., die Meldung des Borfalls gemacht worden, eine öffentliche Niederlage verbunden

ift ober nicht.

Befindet sich das Amt an einem Orte mit Niederlage, so wird von demfelben der Begleitschein in das Begleitschein-Empfangs-Register (siehe S. 73.) eingetragen, und dieses wiederum durch das Niederlags-Register erledigt. In letterm erhält die ganze, zu dem betreffenden Begleitscheine gehörige Ladung ein eigenes Konto als Lagergut unter Privatverschuff, worin die, mit neuen Begleitscheinen

nach und nach erfolgenden Berfenbungen abgeschrieben werben, und burch welches in gewöhnlicher Art nachgewiesen wird, welche Bestimmung bie Waaren erhalten baben.

Ift mit bem Amte eine Nieberlage nicht verbunden, fo wird ber Begleitschein in bas Begleitschein-Empfangs-Register eingetragen, und

unter ber Eintragnng bemertt:

voie Labung ist hier (ober bei N.) eingewintert, und soll von bier (bort) aus nach und nach versendet werden; wie dies geschehen, wird durch die beiliegende besondere Ans und Abschreibung nachgewiesen.

wonachft ber Begleitschein, mit ber nothigen Erlauterung bes Sachverhaltniffes versehen, an das Ausfertigungsamt zuruchgesant wird

(vergl § . 70 ff.).

Durch die vorstehend erwähnte, gang speziell zu führende Anund Abschreibung soll nachgewiesen werden, wann und unter welcher Rummer des Begleitschein-Aussertigungs-Registers die einzelnen Posten ber Gesammtladung mittelft verschiedener neuer Begleitscheine nach

und nach weiter abgefertigt worden find.

Ift letteres vollständig bewirkt, so wird die An- und Abschreibung, zur Erledigung berjenigen Rummer des Begleitschein-Empfangs-Registers, unter welcher der Begleitschein eingetragen ist, dem Register beigefügt. Sollte sich die Erledigung über den Quartalschluß hinaus verzögern, so wird die betreffende Post des Begleitschein-Empfangs-Registers in der §. 43. angeordneten Weise in das Register des solgenden Quartals übertragen.

- b) Wenn über Waaren vor Erreichung bes Erlebigungsamts gang ober theile weise andere verfügt wirb,
- \$. 56. In dem zweiten, oben (§. 52. b.) erwähnten Falle, wenn nämlich über Waaren vor Erreichung des Erledigungsamts ganz ober theilweise anders verfügt wird, ist die gesammte Ladung von dem Amte, bei welchem, nach §. 51., der Fall angezeigt worden ist, gleichfalls in das Begleitschein-Empfangs-Register aufzunehmen, aber so-gleich, und ohne ein abgesondertes An- und Abscreibekonto, nachzuweisen, welche Bestimmung die Waaren erhalten haben.

weisen, welche Bestimmung die Waaren erhalten haben.
Sollen, in Folge der, über die Ladung anderweit getroffenen Dispositionen, einzelne Tbeile derselben nach verschiedenen andern Richtungen hin dirigirt werden, so ist auf jede einzelne Partie, unter Bevokachtung der, in den SS. 7 bis einschließlich 28, enthaltenen Bestimmungen, ein neuer Begleitschein I. auszusertigen. Der Antrag, einzelne Theile der Ladung zur Berzollung zu ziehen, ist dei solchen Gelegenheiten nur in sofern zulässig, als derselbe an ein zur Erledigung von Begleitscheinen I. überhaupt besugtes Amt gerichtet wird, welchen Falls die, im S. 61. enthaltenen, Borschriften zur Anwendung kommen.

hätte z. B. ein Kölner (Dresbener) Kaufmann über eine aus holland (hamburg) erwartete Ladung von 100 Tonnen Reis noch während ihres Transports in der Art anderweit verfügt, daß 20 Tonnen in Wefel (Weißen) ausgeladen, davon 10 Tonnen dort verzollt, 10 Tonnen aber unverzollt nach Münster (Chempis) versendet und

vie verbleibenden 80 Tonnen nach Köln (Dresben) verschifft werden follen, so würde für lettere beide Sendungen die Aussertigung neuer Begleitscheine I. stattsinden, und solches, so wie die Bersteuerung der in Wesel (Meißen) verbliebenen Menge, würde durch die Spalten 11 — 14 des Begleitschein-Empfangs-Registers nachgewiesen werden müssen.

4. Allgemeine Bestimmungen.

§. 57. Was, nach ben §§. 7 — 30., für die Aussertigung ber Begleitscheine I. überhaupt vorgeschrieben ift, findet auch auf die, in ben oben erwähnten Fällen (§§. 55. und 56.) vorsommende Zwi-

fchen-Ausfertigung folder Begleitscheine Unwendung.

Da übrigens Hälle, in welchen eine Theilung der Ladung unterwegs nothwendig wird, nur selten und ausnahmsweise vorzukommen pflegen, das Bedürsniß aber nicht blos in der Nähe solcher Armter, welche regelmäßig zur Begleitschein-Ertheilung besugt kind, sondern anch an andern Orten eintreten kann, so wird, als Ansnahme von der allgemeinen Regel (S. 5.), gestattet, daß in der dergleichen Fälsen auch Haupt-Steuerämter (Haupt-Bollämter im Innern) in Orten phne Niederlagsrecht Begleitscheine I. aussertigen dürsen.

- B. Waaren, welche auf Begleitschein II. abgefertigt find.
- S. 58. Waaren, welche mit Begleitschein II. abgesertigt sind, unterliegen während ihres Transports nur in so weit einer Kontrolle, als auf dieselben die Borschriften wegen des Transports im Grenzbezirf und der Binnenkontrolle überhaupt Anwendung sinden. (Zu vgl. §. 67.)

IV. Erledigung ber Begleitscheine.

A. Der Begleitscheine I.

1. Prufung ber Papiere und Cintragung in bas Begleitschein-Empfanges Register.

S. 59. Unmittelbar nach bem Eintreffen ber mit Begleitschein I. abgefertigten Waaren im Orte bes Erledigungsamts, muffen folche bem letteren zur weitern Abfertigung gestellt und bemselben von bem Waarenführer sämmtliche, die Ladung betreffenden Begleitscheine, nebst ben dazu gehörigen Declarationen, Frachtbriefen, Manisesten u. s. w. ausgehändigt werden.

Bon bem Erledigungsamte werden zunächst diefe Papiere, nach Form und Inhalt; genau geprüft, und die Begleitscheine in die Spalten 1 bis 9 bes Begleitschein-Empfangs-Registers (fiehe S. 73.) ein-

getragen.

Sat sich bei ber Prüfung ber Papiere nichts zu erinnern gefunben, fo wird zur weitern Abfertigung, nach ben unten folgenden Be-

stimmungen (§. 60. sq.), geschritten.

Ift ber, in bem Begleitscheine vorgeschriebene Zeitraum zur Gestellung ber Waaren bei bem Erlebigungsamte nicht inne gehalten worden, sonft aber, nach ber pflichtmäßigen Ueberzeung bes lettern, kein Grund zum Berbachte eines versuchten ober verübten Unterschleife vorhanden, so kann in Fällen, wo eine erhebliche und unverschuldete Benachtheilung der Interessenten daraus hervorgehen würde, wenn die Abfertigung der Waaren bis zum Eingange der Entscheidung der dem Aussertigungsamte vorgesetten Oberbehörde über die gesetlichen Folgen einer solchen Fristüberschreitung ausgesetzt bleiben müßte, die Abstettigung mit Borbehalt dieser Entscheidung bewirft werden.

In gleicher Art ist zu versahren, wenn ein Waarentransport, ohne daß die § 48. vorgeschriebene Meldung stattgefunden hat, einem andern, als dem im Begleitscheine genannten, jedoch zur Begleitschein-Erledigung ebenfalls befugten Amte zur Abfertigung gestellt wird, und sich in Betreff der Waaren selbst und auch sonst nichts zu erinnern

findet.

In beiden Källen ist bemnach bem, zuvor über die Gründe ber Abweichung von dem Inhalte des Begleitscheins protofollarisch zu vernehmenden Waarenführer zu eröffnen, daß aus der, mit Borbehalt weiterer Entscheidung, bewirften Absertigung für den BegleitscheinsExtrahenten noch kein Anspruch folge, aus den, durch den Begleitschein übernommenen Verpflichtungen entlassen zu werden; die ausgenommenen Verhandlungen sind dem, an das Aussertigungsamt zu remittirenden Begleitscheine beizustügen, und in dem Erledigungsatteste ist auf dieselben und ihre Veranlassung zu verweisen, letzteres auch mur mit Borbehalt der Entschließung über die Folgen der stattgefundenen Abweichung von der Begleitschein-Verpflichtung auszustüllen.")

3. Ertheilung ber Begleitschein-Abgabe-Attefte.

S. 63. Seber Waarenführer kann über die, von ihm abgegebenen Begleitscheine I., und zwar nach seiner Wahl, entweder über seben einzelnen Begleitschein oder über alle oder mehrere zusammen, ein

amtliches Betenntniß verlangen, welches bas

"Begle it ich ein-Abg abe-Attest"
genannt und nach dem, unter V. beiliegenden Muster ausgesertigt
wird. Dasselbe dient dem Begleitschein-Extrahenten für den Fall,
wenn der erledigte Begleitschein nicht zur sestgesesten Zeit an das Aussertigungsamt zurückgelangt sein sollte (siehe §. 37.) zur Legitimation bei dem letztern, daß die Ladung dem Erledigungsamte richtig
gestellt worden und daher ein Auspruch aus dem Begleitscheine an ihn
vorerst nicht zu machen (vgl. §. 39), sondern die Zurückfunst des
Begleitscheins noch fernerweit zu erwarten sei.

°) Ueber bie Folgen ber Nichtinnehaltung ber bestimmten Frift bet Begleitscheinen Mr II. ift bie Bemerkung zu S. 50. ber Bollorbnung (oben S.

³²⁰⁾ zu vergleichen.

Die §§. 60 bis 62 incl. enthalten Borschriften über bas Berfahren bei Revision ber Ladungen; in den §§. 65 und 66 find die formellen Bestimmungen über die amtliche Bollziehung der betr. Bescheinigungen und in den §. 70 bis 74 (bem Schlusse des Regulativs) die erforderlichen Borschriften wegen Rücksendung ber erledigten Begleitscheine an das Aussertigungs-Aut, so wie wegen der Kabrung des Begleitscheinsempfangs-Registers bei den Exledigungsämtern, errifeilt.

S. 64. Bei Ertheilung ber Begleitschein-Abgabe-Attefte find

folgende Borschriften zu beachten:

1) So lange sich das Erledigungsamt nicht von dem unverletten Zuftande des Waarenverschlusses oder, bei unverschlossenen Waaren, von der Identität überzeugt hat, dürfen dergleichen Atteste unter keinen Umständen ertheilt werden.

2) Hat sich dagegen bei ber vorgenommenen Prüfung gegen ben Verschluß nichts zu erinnern gefunden, so ist ferner und bevor ein Begleitschein-Abgabe-Attest ertheilt werden kann, der Waarenführer zu befragen, ob er die Aussertigung des Abgabe-Attestes erst nach erfolgter Waarenrevision oder schon vorher begehre.

3) Erflärt ber Waarenführer, bie Revision ber Waaren abwarten ju

wollen, fo fommt es weiter barauf an,

a) ob der Befund der Revision mit dem Inhalte des Begleitscheins völlig übereinstimmt oder

b) ob vies nicht der Fall ist.

1) Im erstern Falle (Nr. 3. a.) kann das Abgabe-Attest unbedingt ertheilt werden.

5) In bem andern Falle (Rr. 3. b.) bagegen, so wie in ben, im S. 59. gedachten Fällen, wo in Betreff ber Gültigkeitsfrist ober bes Erlebigungsamtes eine Abweichung von bem Inhalte bes Begleitscheins in ber Mitte liegt, ist bem Abgabe-Attest die Bemerkung:

nes hat sich Abweichung ergebenn

hinzuzufügen.

6) Berlangt ber Waarenführer aber (Nr. 2), daß ihm noch vor erfolgter Revision das Abgabe-Attest ertheilt werde, so ist letteres mit der Bemerkung:

"die Revision ist noch nicht geschehen"

auszufertigen.

7) Bird hiernächft in Fällen, wo der erledigte Begleitschein über die festgesete Frist ausgeblieben ist (§. 37.), von dem Ertrahenten desselben ein Begleitschein-Abgabe-Attest produzirt (§. 38.), so ist von einem weitern Anspruche gegen den Begleitschein-Ertrahenten oder dessen Bürgen vorerst abzustehen, die bestellte Sicherheit aber noch nicht aufzugeben und die im §. 38. vorgeschriebene Anzeige an die vorgesetzte Dienstbehörde zu erstatten.

Sollte auch auf biefem Wege Die Burudtunft bes erlebigten Begleitscheins nicht herbeigeführt werben, fo ift zu unterscheiden:

a) ob das producirte Begleitschein-Abgabe-Attest in ber unter Rr. 4 ober

b) in ber unter Rr. 5. und 6. erwähnten Art ausgefertigt worden.

Im erstern Falle fann ber Anspruch an ben Begleitschein-Ertrabenten befinitiv aufgegeben und bie Aufbebung ber bestellten Sicherheit von ber Joll- (Provinzial-Steuer-) Direktion verfügt werden, wogegen im zweiten Falle, auf ben Bortrag ber genannten Behörbe, von bem Finanz-Ministerium, mit Rücksicht auf bie obwaltenden Umftande, entschieden werden wird, ob und wiefern ber Begleitschein-Ertrabent außer Unspruch zu laffen und bie Si-derheit aufzugeben fei.

B. Erledigung ber Begleitscheine II.

S. 67. Die Gestellung ber, mit Begleitschein II. abgefertigten Waaren bei dem Amt des Bestimmungsorts wird in der Regel nicht, und ausnahmsweise nur in so weit erfordert, als sie amtlich verschossen worden oder die Borschriften der Kontrolle im Binnenlande auf dieselben anwendbar sind.

S. 68. Auf Berlangen bes Waarenführers tonnen bemfelben zwar auch über abgegebene Begleitscheine II. Abgade-Atteste ertheilt werden; es darf dies jedoch nicht eher, als nach erfolgter Einzahlung (resp. Kreditirung) und Berechnung des überwiesenen Rollbetrages ge-

icheben.

S. 69. Die Erledigung ber Begleitscheine II. weicht in ber Form von den SS. 65 und 66 ertheilten Borschriften in soweit ganzlich ab, als hier, wenn, nach vorgängiger Prüfung, der vom Aussertigungsamte ausgeworfene und überwiesene Zollbetrag, mit Rücksicht auf Menge und tarismäßige Gattung der Waare, richtig befunden worden ist, nur eine Bescheinigung

a) über bie erfolgte Eintragung in bas Begleitschein - Empfangs-

Register und

b) über erfolgte Buchung bes Gefallebetrags erforberlich ift.

II. Allerhöchstes Regulativ vom 12. Januar 1839.

betr. die Paspflichtigkeit der Grenzanwohner. (J. M. Bl. p. 318 Centrbl. p. 58.)

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen zc. Thun kund und fügen hiermit zu wissen: Um dem Schleichhandel entgegen zu wirken, sind fortan in denjenigen an der Grenze oder theilweise im Grenzbezirke belegenen Kreisen, in Bezug auf welche die Ministerien des Innern und der Polizei und der Finanzen solches nothwendig erachten, die nachstehenden Vorschriften über die Pasppsichtigkeit der in. und ausländischen, des Schleichhandels verdächtigen Grenzbewohner und über die polizeiliche Auflicht bereits bestrafter Schleichhandler, in Ausführung zu bringen.

Paßpflichtigkeit ber bes Schleichhanbels verbächtigen. In- und Ausländer.

S. 1. Alle in den bezeichneten Areisen wohnenden oder zeitweise sich aufhaltenden Inländer, welche wegen Schleichhaudels bereits bestraft oder besselben verdächtig sind, bedurfen auch zu ihren Reisen in die Grenzörter des Auslandes eines Passes, der ihnen nur, wenn sie einen erlaubten Zweck bei der beabstatigten Reise nachzuweisen vermögen, zu ertheilen ist. Auf Grenzbewohner, welche Grundstücke im benachbarten Auslande besitzen, und sich lediglich zum Zweck der Feldarbeit, auf den gewöhnlichen geraden Wegen und zu der gewöhn-

lichen Tageszeit, ju biefen Grundftuden begeben und auf benfelben

aufhalten, findet jedoch biefe Bestimmmung feine Anwendung.

Das betreffende Sauptamt bat ein motivirtes Bergeichnis berjenigen Personen, welche baffelbe nach g. 1. für pafpflichtig erachtet, bem Canbrathe vorzulegen, und ber lettere unter Borbehalt bes bem Sauptamte freiftebenben Returfes an Die porgefeste Regierung in einer bemfelben mitzutheilenden Enticheidung festzusegen, welche von ben bezeichneten Personen ber Pag-Rontrolle zu unterwerfen find, und in Bezug auf welche ber Antrag nicht begrundet erfcheint. für pagpflichtig erflärten Personen ift sodann in bem landrathlichen Umte ober burch die Ortepolizeibeborben zu eröffnen, bag ihnen, in Kolge ber landräthlichen Entscheidung, fortan und so lange, bis biese Maagregel hinfichtlich ihrer wieder aufgehoben worden, bei Bermeidung ber in biefem Regulativ angeordneten Strafen, nicht gestattet fei, fich obne Pag in bas Ausland zu begeben.

Ueber biefe Eröffnung, gegen beren Inhalt ben betreffenden Perfonen ber Refurs an die vorgefeste Regierung gleichfalls freiftebt, ift eine fdriftliche Berhandlung aufzunehmen und babei ben Schreibens untumbigen Personen ein Beiftand juguordnen. Sinfictlich berjenigen Berfonen, benen in Folge ber beshalb ichon bestehenben polizeilichen Borfdriften die protofollarifche Eröffnung bereits gemacht worden,

bedarf es feiner Biederholung berfelben. S. 3. Pappflichtige Perfonen ber vorbezeichneten Art, welche nach erfolgter protofollarischer Berwarnung fich ohne Pag in bas Ausland begeben, verfallen in eine, im Wiederholungsfalle zu verdoppelnde Volizeistrafe von 2 bis 5 Thaler ober bis zu acht Tagen Gefängniß.

\$. 4. Werben bergleichen Perfonen, welche in Gemeinen wohnen, bie nicht unmittelbar an das Ausland grenzen, aber im Grenzbezirte liegen, außerhalb ber Feldmark ihres Bohnorts in ber Richtung nach der Grenze bin oder von derfelben ber, ohne Pag angetroffen, fo baben fie die rechtliche Bermuthung wider fich, daß fie fich ohne Pag in bas Ausland begeben haben, ober borthin begeben wollen, und verfallen, wenn fie diefe Bermuthung nicht vollftandig zu widerlegen

vermogen, in bie \$. 3. angeordneten Strafen.

8. 5. Pagpflichtige Personen, welche in Ortschaften ober Geboften, beren Feldmart an die Landesgrenze reicht, wohnen ober zeitweise fich aufhalten, trifft bie S. 3. angeordnete Strafe ichon bann, wenn fie fich jur Tagesteit innerhalb ber Feldmart ihres Wohnorts auf an-beren als benjenigen gewöhnlichen Wegen, welche zu ihren eigenen ober ihrer Dienftherren Grundftuden, ober ju Orten, wo fie erweislich eine erlandte Berrichtung baben, führen, zwiften gehn Uhr Abends und Sonnenaufgang aber außerhalb ihres Wohnorts ohne Pag betreten laffen, und die alsbann wider fie fireitende Bermuthung einer beabsichtigten oder vollendeten Reise ins Ausland nicht vollständig zu widerlegen bermögen.

Auch ben in ben ausländischen Grenzörtern wohnenden pber zeitweise fich aufhaltenben Auslänbern, welche bes Schleichhandels oder einer Begunftigung beffelben verbächtig und in Folge beffen, auf den Antrag des betreffenden Hauptamts, von dem Landrathe für pappflichtig erklart worden find, ist ber Eingang in die dieffeitigen Staaten nur auf einen von einer bieffeitigen Polizeibehörde ausgestellten Eingangs-Paß gestattet. Bei ihrer nächsten Unwesenheit im Inlande ist ihnen bemnach, sofern dies nicht ichon geschehen ist, auf die im §. 2 vorgeschriebene Art zu eröffnen, baß und in welchem

Umfange fie pagpflichtig feien.

§. 7. Werben Ausländer der bezeichneten Art, nach vorgängiger protofollarischer Berwarnung, ohne einen von einer diesseitigen Polizeibehörde ausgestellten Eingangs-Paß im Julande betroffen, so verfallen dieselben nicht nur in die § 3. angeordneten Strafen, sondern find auch nach deren Abbüßung über die Grenze zu schaffen. Auf Ausländer, welche wegen der Lage ihrer Grundstücke die Grenze zu überschreiten genöthigt sind, sindet die §. 1. gedachte Ausnahme Anwendung; die oben erwähnten Strafen sind mithin blos in dem Falle auf sie anwendbar, wenn sie zur Nachtzeit oder auf anderen als den zu ihren Grundstücken führenden gewöhnlichen Wegen diesseits ohne

Eingangspaß betroffen werden.

§. 8. Alle in dem §. 17. des Allgemeinen Paß-Edikts vom 22. Juni 1817 bezeichneten Personen sind berusen, auf die Aussührung dieser Maaßregeln zu wachen. Insbesondere sind die Grenz-Zollbeamten, einschließlich der zur Grenzbewachung beorderten Anwärter, Militär- und andere Personen besugt, jeden paßpflichtigen Inländer, welcher an einem Orte, wo er die Bermuthung einer beabsichtigten oder beendeten Reise ins Ausland wider sich hat, betroffen wird, ingleichen jeden paßpflichtigen Auslander, zum Zweck der Borzeigung des ersorderlichen Aus- oder Eingangs-Passes anzuhalten, und in Exmangelung eines solchen, an die nächte Polizeibehörde zur Bestrasung abzuliesern. Die amtseidliche Auslage zweier Grenz- Zollbeamten oder zur Grenzbewachung beorderten Personen über den Ort, wo der Paßpflichtige betroffen worden, hat volle Beweiskraft.

Polizeiliche Aufficht über bestrafte Schleichhändler.

S. 9. Jeber Inländer, welcher schon einmal wegen Schleichhandels bestraft, oder zweimal mit den in diesem Regulativ angeordneten Polizeistrasen belegt wurde, ist auf das Ansuchen der Steuerbehörde unter polizeisiche Aussicht zu stellen und ihm alsdann neben den Beschränkungen, welchen er nach §s. 1—5. unterworsen ist, bei Bermeidung einer Polizeistrase von 2—5 Ahlr. oder Gefängniß bis zu acht Lagen, die Berpslichtung aufzulegen, sich nach zehn Uhr Abends und bis zum Sonnenaufgange zu Onnse zu halten. Die Grenz-Josebeamten und zur Grenzbewachung beorderten Personen sind gleich den Polizeibeamten besugt, bei dergleichen Individuen nächtliche Hausvisstationen vorzunehmen, und die das bei ermittelten Uebertretungen des Berbots sind durch die übereinstimmende amtseidliche Aussage von zwei solcher Beamten sur vollständig erwiesen zu achten.*)

^{*)} Bu bewerken find für die Anwendung des Regulativs 1) Die Instruction des F. M. v. 11. Mai 1839. (Centrol. p. 61.) Hierin wird darauf ausmerksam gemacht, daß die Massergain, welche bas

III. Der Zolltarif und bas amtliche Waaren-Berzeichniß.

Der Zolltarif ergeht immer von brei zu brei Jahren; ber jest für die Jahre 1843 bis 1845 incl. gültige ist durch die K. D. vom 18. Oktor. 1842 (G. S. 1842. p. 251.) publizirt. Er enthält in der

Erften Abtheilung: bie Gegenstände, welche gar feiner 26-

gabe unterliegen.

Die zweite Abtheilung enthält bie bei ber Ein- ober Ausfuhr abgabenpflichtigen Gegenstände und bestimmt hierbei im Angemeinen:

Funfzehn Silbergroschen oder ein halber Thaler Preußisch, oder zwei und funfzig und ein halber Kreuzer im 24½ Guldenfuß vom Centner Bruttogewicht wird in der Regel bei dem Eingange, und weiter keine Abgabe bei dem Berbrauch im Lande, noch auch dann erhoben, wenn Waaren ausgeführt werden.

Ausnahmen treten hiervon bei allen Gegenständen ein, welche entweder nach dem Borbergebenden (erfte Abtheilung) gang frei ober

nach bem (bier nicht weiter mitgetheilten) Tarif

a) einer geringern ober höhern Eingangs-Abgabe, als einem halben Ehaler ober zwei und funfzig und einem halben Kreuzer vom Centner unterworfen, ober

b) bei der Ausfuhr mit einer Abgabe belegt find.

Die britte Abtheilung enthält Die Tarifbestimmungen für Die Abgaben von Gegenständen, welche zur Durchfuhr angemelbet werden.

In ber vierten Abiheilung wird hinsichts ber Schifffahrts-Abgaben bei dem Waarentransport auf der Elbe, der Weser, dem Rhein und dessen Nebenstüffen auf die deshalb bestehenden besondern Borschriften verwiesen.

Die fünfte Abtheilung endlich enthält folgende allgemeine für jede Tarisperiode im Wesentlichen wiederkehrende und beshalb hier mitzutheilende Bestimmungen über bie Anwendung des Zolltariss:

I. Der dem Tarif zu Grunde liegende, mit den, in den Großberzogthumern Baden und heffen allgemein eingeführten Gewichten übereinstimmende Centner, der Zoll-Centner, ift in 109 Pfunde getheilt, und es sind von diesen

Megulativ anordnet, hauptsächlich auf solche Versonen, die den Schleichhandel gewerdsmäßig betreiben, namentlich also auf wegen Schleichhandels scho woch deft afte oder sonk desselben notorisch verdächtige Individuen Anwens. dung sinde. Ein einmal unter Passcontrolle gestelltes Individuum bleibt übris gens derselben so lange unterworfen, bis sie entweder von der Regierung im Wege des Rekurses oder vom Landrathe im Einverständnisse mit dem betr. Sauptamte wieder aufgehoben ist.

²⁾ Das R. d. J. M. v. 16. Dezbr. 1839. (J. M. Bl. p. 426.) Die in dem Regulativ vom 12. Jan. 1839 angeordneten Bolizeistrafen find nach die einfachen Polizeigerichts zu erkennen kompetent. Die im §. 9. erwähnte polizeisiche Anflicht aber ist lediglich eine abministrative Maaßregel, welche von dem erkennenden Gericht nicht festgesetzt werden darf.

Joll-Pfunden:

935-422 = 1000 Preußischen (Kurhessischen) Pfunden,
1120 = 1000 Baierischen Pfunden,
2000 = 1000 Rheinbaierischen Kilogrammen,
935-43-6 = 1000 Bürttembergischen Pfunden,
933-6703 = 1000 Sächsischen (Dresbner) Psunden.

Demnach find gleich zu achten: , 3oll-Pfunde:

14 = 15 Preußischen (Rurheffischen) Pfunben,

28 = 25 Baierifden Pfunden,

2 = 1 Rheinbaierischen Kilogramm, 14 = 15 Württembergischen Pfunden, 14 = 15 Sächsischen (Dresduer) Pfunden;

und Boll-Centner:

36 = 35 Preußischen (Rurheffischen) Centnern zu 110 Pfunden,

28 = 25 Baierifden Centnern gu 100 Pfunden,

2 = 1 Rheinbaierischen Dnintal zu 100 Kilogrammen, 36 = 37 Württembergischen Centnern zu 104 Pfunden,

36 = 35 Sächsischen (Dresdner) Centnern zu 110 Pfinnden. II. Werden Waaren unter Begleitschein-Kontrolle versandt oder bedarf es zum Waarenverschlusse der Anlegung von Bleien, so wird erboben:

für einen Begleitschein 2 Sgr. (1½ gGr.) ober 7 Krenzer, für ein angelegtes Blei 1 Sgr. 4 gGr.) ober 3½ Kreuzer. Wegen ber Meßgebühren (Meßuntosten) ist bas Nöthige in ben Meßorbnungen enthalten. Andere Nebenerhebungen find unzulässig.

111. a) Die Zölle werden entweder nach dem Brutto-Gewicht ober

nach bem Retto-Gewicht erhoben.

Unter Brutto-Gewicht wird das Gewicht der Waare in völlig verpacktem Zustande, mithin in ihrer gewöhnlichen Umgebung für die Ausbewahrung und mit ihrer besonderen für den Transport verstanden.

Das Gewicht ber für den Transport nöthigen besonderen auße-

ren Umgebung wird Tara genannt.

Ift die Umgebung für den Transport und für die Ausbewahrung nothwendig eine und dieselbe, wie es z. B. bei Sirup u. s. w. die gewöhnlichen Fässer sind, so ist das Gewicht dieser

Umgebung bie Tara.

Das Netto-Gewicht ist das Gewicht nach Abzug der Tara. Die kleineren, zur unmittelbaren Sicherung der Waaren nöthigen Umschließungen (Flaschen, Papier, Pappen, Bindfaden und bergl.) werden bei Ermittelung des Netto-Gewichts nicht in Abzug gebracht; eben so wenig Unreinigkeiten und fremde Bestandtheile, welche der Waare beigemischt sein möchten.

b) Die Bolle werben vom Brutto-Gemicht erhoben:
1) von allen verpadt transitirenben Gegenstänben;

2) von den im Lande verbleibenden, wenn die Abgabe Einen Thaler oder Einen Gulden und fünf und vierzig Kreuzer vom Centner nicht übersteigt; 3) von andern Waaren, wenn nicht eine Bergütung für Tara

im Carif ausbrudlich feftgefest ift.

c) Bon allen Gegenftanden, von welchen, nach vorftehender Bestimmung, ber Boll nicht nach bem Brutto-Gewicht zu erheben ift, wird bas Netto-Gewicht ber Bergollung ju Grunde aeleat.

d) Bei Bestimmung biefes Netto-Gewichts ift Kolgendes zu beobachten:

1) In ber Regel wird bie Bergutung für Tara nach ben, im

Bolltarif bestimmten Gagen berechnet.

2) Geben Waaren, für welche eine Tara-Vergutung zugeftanben ift, blos in einfachen Gaden von Pad- ober Gadleinen. von Schilf- und Strobmatten ober ähnlichem Material aepactt, ein, fo konnen 4 Pfund vom Boll-Centner für Tara gerechnet werden.

Unter ben, im Tarif mit einem boberen Tarafate, als 4 Pfund aufgeführten Ballen wird in ber Regel eine bobpelte Umschliegung von bem, für einfache Gade bezeichneten Auf einfache Emballage ist biefe Material verftanden. bobere Tara für Ballen nur bann anwendbar, wenn bas bazu verwandte Material, nach dem Ermeffen der Zollbeborbe, erheblich schwerer, als bei Saden ins Gewicht fallt.

3) Es ift ber Bahl des Zollpflichtigen überlaffen, ob er bei Gegenständen, beren Bergollung nach bem Retto-Gewicht Statt findet, ben Tara-Tarif gelten ober bas Retto - Gewicht entweder burch Verwiegung der Waaren ohne die

Tara ober ber letteren allein ermitteln laffen will.

Bei Kluffigfeiten und andern Gegenständen, beren Retto-Bewicht nicht ohne Unbequemlichkeit ermittelt werben fann, weil ihre Umgebung für den Transport und die Aufbewahrung bieselbe ift, wird die Tara nach dem Tarif berechnet und der Zollpflichtige bat tein Widersprucherecht gegen Anwendung beffelben.

4) In Fällen, wo eine, von ber gewöhnlichen abweichenbe Berpactungsart ber Baare und eine erhebliche Entfernung von bem, in bem Tarif angenommenen Tarafate bemertbar wird, ift auch die Zollbehörde befugt, die Netto-Verwie-

gung eintreten zu laffen.

e) Wo, bei ber Waarenburchfuhr auf kurzen Strafenstrecken (britte Abtheilung, Abschnitt IV.), geringere Zollfase Statt finden, tann, auch wenn fonst bie Abschänung bes Gewichts nachgelaffen wird, mit Borbehalt ber fpeciellen Berwiegung, im Gangen berechnet werben:

die Traglaft eines Laftthiers zu brei Centner, die Ladung eines Schubkarrens zu zwei Centner,

- einspännigen Anbrwerts zu funfzehn Centner, - zweispännigen Aubewerts zu vier und zwan-

zig Centner, und für jedes weiter vorgespannte Stud Bugvieh zwölf Centner mehr.

IV. Bei ben, aus gemischten, nicht seibenhaltigen Gespinnsten gefertigten Waaren muß bei ber Declaration auf das darin vorhandene Material, in sosenn dasselbe zu der eigentlichen Waare gehört, Rücksicht genommen und es müssen aus Baumwolle und Leinen 2c., ohne Beimischung von Wolle, gefertigte Waaren, nach ihren Urstossen oder als daumwollene Waaren declarirt werden. Besteht eine Waare aus Seide oder Floretseibe, in Berbindung mit andern Gespinnsten aus Baumwolle, Leinen oder Wolle, so genügt die Declaration als halbseidene Waare Die gewöhnlichen Wederlanten (Anschroten, Saumleisten, Saalband, Lisiere) an den Zeugwaaren bleiben dabei und bei der Zoll-Klassssiere) ausger Betracht.

V. Sind in einem und bemfelben Kollo Waaren zusammengepackt, welche verschiedenen Zollfähen unterliegen, so muß bei der Declaration zugleich die Menge einer jeden Waarengattung nach ih-

rem Netto-Gewichte angegeben werden.

Geschieht dies nicht, so muß entweder der Inhaber der Waaren dieselben, Behus der speciellen Revision, beim Grenz-Jollamte auspacken oder es wird, Falls er das Lettere, ungeachtet der ihm über die Folgen der Unterlassung gemachten Eröffnung ablehnt und seine dieskällige Erklärung in den Begleitschein amtlich ausgenommen worden, im Bestimmungsorte von dem ganzen Gewicht des Kollo der Abgabensat erhoben, welcher von der am höchsten besteuerten Waare, die darin enthalten, zu erlegen ist. Ausgenommen hiervon sind: Glas, Glaswaaren, Instrumente, Porzellan, Steingut und kurze Waaren, so wie alle sprach gebräuchlich zu den kurzen Waaren (Mercerie) gehörigen, im Tarif nicht als solche bezeichneten, sondern unter anderen Nummern ausgestührten Gegenstände, wenn die Beschaffenheit der Emballage solcher Waaren einen ganz zuverlässigen Verschluß gestattet.

VI. Die Declaration ber sprachgebräuchlich zu ben kurzen Waaren (Mercerie) gehörigen, im Tarif nicht als solche bezeichneten,
sondern unter andern Nummern aufgeführten Gegenstände als
"kurze Waaren" (Tarif, Abtheilung II. Nr. 20) soll nicht die
Berzollung derselben nach dem höhern Tarifsate für kurze Waaren zu Folge haben, sondern es soll die Abgaben-Entrichtung nach
bem Revisionsbefunde zulässig bleiben, wenn der Zollpslichtige

por ber Revision auf specielle Ermittelung antragt.

VII. Bon Waaren, welche jum Durchgange bestimmt find, wird,

a) sofern bieselben zu einer Riederlage (Packhof, Sallamt) beclarirt werben, die Durchgangs-Abgabe erft bei bem weitern

Transport von der Niederlage erhoben.

b) Sofern bieselben zum unmittelbaren Durchgange beclarirt werben, erfolgt die Entrichtung der Durchgangs - Abgabe in der Regel gleich beim Eingangsamte, wo nicht aus örtlichen Rücksichten Ausnahmen angeordnet ober, bei veränderter Richtung des Waarenzuges, Nacherhebungen beim Ausgangsoder Pachofsamte nothig werden. c) Bon Baaren, welche keine bhhere Abgabe beim Eingange tragen, als die allgemeine Eingangsabgabe (½ Thaler ober 52½ Kreuzer vom Centner) und nach der dritten Abtheilung beim Durchgange nicht mit einer geringern Abgabe belegt sind, als an Eingangs-Abgabe ober Ausgangs-Abgabe oder an beiden zusammengenommen davon zu entrichten sein würde, müssen die Gefälle gleich beim Eingangsamte erlegt werden,

vorbehaltlich örtlicher Unenahmen, wie bei b.

VIII. Waaren bagegen, welche höher belegt ober nicht unter vorstehenber Ausnahme begriffen und nach einem Orte, wo sich ein haupt-Zoll- ober haupt-Steueramt oder eine andere kompetente Hebestelle befindet, adressirt sind, können unter Begleitschein-Rontrolle von den Grenzämtern dorthin abgelassen und es können daselbst die Gefälle davon entrichtet werden. An solchen Orten, wo Nieberlagen besindlich sind, erfolgt sodann die Gefälle Entrichtung erst, wenn die Waaren aus der Niederlage entnommen werden sollen.

IX. a) Bei Neben-Zollamtern erster Rlaffe können Gegenstände, von welchen bie Gefälle nicht über Fünf Thaler oder 83 Gulden vom Centner betragen in unbeschränkter Menge eingeben.

Höher belegte Gegenstände burfen nur dann über folche Aemter eingeführt werden, wenn die Gefälle von dergleichen, anf einmal eingehenden Waaren den Betrag von Funfzig Thalern ober 87½ Gulden nicht übersteigen.

Den Ausgangs-Boll konnen Reben-Bollamter erfter Rlaffe

vhne Beschränkung hinsichtlich bes Betrages erheben.

b) Bei Rebenamtern zweiter Rlaffe fann Getreibe in unbeschrantter Menge eingeben.

Waaren, welche mit geringern Saben, als Sechs Thaler ober 10½ Gulben vom Centner belegt sind, und Bieh durfen über Neben-Zollämter zweiter Klasse in Mengen eingeführt werden, von welchen die Gefälle für die ganze Waarenladung ober ben ganzen Biehtransport den Betrag von Zehn Tha-

lern oder 171 Gulben nicht überfteigen.

Der Eingang von höher belegten Gegenständen ist aber nur in Mengen von höchstens Zehn Pfund im Einzelnen über folche Neben-Aemter zulässig, mit der Maaßgabe, daß auch die Gefälle von den, in einem Transport eingehenden Waaren solcher Art den Betrag von Zehn Thalern oder 17½ Gulden nicht übersteigen dürfen.

Den Aussuhr-Boll können Reben-Bollämter zweiter Klaffe bis zum Betrage von Zehn Thalern ober 174 Gulben erheben. c) In soweit Reben - Bollämter von der betreffenden obersten Finanzbehörde erweiterte Abfertigungs - Befugnisse erhalten, werden barüber geeignete Bekanntmachungen ergeben.

Die Gefälle muffen bei ben Reben-Bollamtern fogleich erlegt werben, in fofern biefelben nicht ausnahmsweise gur

Ertheilung von Begleitscheinen ermächtiget werben.

A. Es bleiben bei ber Abgaben Erhebung außer Betracht und werben nicht verfteuert: alle Waaren-Duantitäten unter Toog bes Cent-

ners. — Gefällebetrage von weniger, als Seche Silberpfennigen

ober Einem Rreuger werden überhaupt nicht erhoben.

XI. hinsichtlich bes Berhaltniffes, nach welchem die Golb- und Silbermungen ber sammtlichen Bereinsftaaten — mit Ausnahme ber Scheidemunge — bei Entrichtung ber Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Abgaben anzunehmen find, wird auf die besondern Kundmachungen verwiesen.

Das amtliche Waarenverzeichniß, welches nach §. 14. bes Jollgesetzes bem jedesmaligen Zolltarif zum Zwecke ber richtigen Anwendung besselben beigegeben wird ist für die Tarissperiode 1843 burch E. R. d. F. M. vom 11. Decbr. 1842. (Etbl. 1843. p. 5.) ben Beshörben nebst näherer Anweisung zur richtigen Anwendung des Tariss und des Waarenverzeichnisses zugesertigt. **) Zu den allgemeinen Bestimmungen der fünften Tariss-Abtheilung wird hierbei bemerkt

an Rr. III. a.:
daß der Zoupflichtige bei der Retto-Berwiegung folder Kolli, welche mehrere kleinere Kisten, Schachteln, Sade zc. enthalten, nur Aufpruch hat, diesenigen Umschließungen, welche des Transports wegen angebracht sind, nicht aber die bloß zur unmittelbaren Sicherung der Waare dienenden vor der Netto-Berwiegung abnehmen zu lassen.

Als Ausnahme hiervon burfen Kartons aus Pappe und andere ahnliche aus ftartem Material gefertigte unmittelbare Schukmittel, worin seidene Bänder, Krepp, Flortucher 2c. eingehen, auf Berlan-

gen vor ber Nettoverwiegung abgenommen werden.

3n Rr. X. baß bie Borschrift, wonach Waaren-Duantitäten unter 1000 bes Centners (3 Loth) zollfrei bleiben sollen, namentlich auch in folgenden Fällen Anwendung findet:

a) wenn in einem Transport mehrerlei Baaren-Gattungen befindlich find, gilt die Bestimmung für jebe einzelne Baaren-Gattung, be-

ren Gewicht unter ber bezeichneten Größe fteht;

b) wenn das Gewicht einer in größerer Quantität zur Berzollung gelangenden Baaren-Gattung fich so ftellt, daß der überschießende Bruchtheil weniger, als 1000 des Centners (3 Loth) beträgt,

^{*)} Der Bolliarif für 1843 ift übrigens mobifizirt:

a) in Bezug auf einige Postionen ber zweiten Abtheilung butch bie R. D. vom 18. Oftbr. 1842. (G. S. p. 298) vom 14. Juni 1844. (G. S. p. 180.) und vom 1. Juli 1844. (G. S. p. 182.)

b) in Bezug auf ben britten Abich nitt ber britten Abiheilung (Abgaben bei ber Durchfuhr) butch bie R. D, vom 28. Febr. 1844. (G. C.

p. 67.)
••) Ein Nachtrag zu bem amtlichen Baarenverzeichnis ift unter bem 23.
Wai 1844. (Centribi, p. 113) ergangen.

tommt bie Borfdrift bei folden Brudtheilen feber, in einem und bemfelben Krachtbriefe aufgeführten Baaren-Gattung in Unwendung. In gleicher Art wird endlich auch hinfichtlich ber Nichterhebung ber Bollbetrage von weniger, als & Silbergrofchen verfahren.

Endlich ift wegen ber Wagen ber Reisenden und Aubrleute beim

Berfonen - und Baaren-Transporte Folgendes bestimmt:

a) Benn auch, ber Regel nach, Bagen, welche bei bem Gintritte fiber bie Grenze als Transportmittel benutt werben, ohne Ruckficht barauf, ob fie gebraucht ober nen find, Gingange-Bollfreiheit geniegen, fo folieft biefes bie Erhebung ber Gingangs - Abgabe nicht allgemein aus; biefelbe muß vielmehr Statt finden, wenn bie Thatfache vorgängiger Bestellung ober Erwerbung eines nenen Bagens im Austande, um folden fobann jum Gebrauche im Lande einzuführen, bargethan ift, ingleichen, wenn bie Anwenduna eines Bagens als Transportmittel bei beffen Ginführung augenfceinlich ben 3med hat, die Gingangs-Abgabe bavon zu ersparen. b) Bagen ber Reisenden konnen dann auf besondere Erlaubniß ber

betreffenden Provinzial-Steuer-Behörde abgabenfrei belaffen werben, wenn fie erweislich zu bem Transport biefer Reifenben gebient baben und jum weiteren Gebrauche ber Reisenden bestimmt find, follten fie auch zur Zeit ber Einfuhr nicht als Transport-mittel ihrer Besiger verwendet worden sein.

Gefet bom 28. Juni 1834.

über ben Waffengebrauch ber Grenzauffichtsbeamten. (G. G. p. 83, sg.)

Wir 2c. haben für nothwendig erachtet, über bas Recht ber Grenz-Auffichtsbeamten jum Waffengebrauch und über bas wegen Migbrauche berfelben zu beobachtende Berfahren nähere Bestimmungen zu erlaffen. *)

^{*)} Bur gleichmäßigen Ausführung biefes Gefehes erging bie Inftruftion bes &. D. v. 6. Juli 1835. Danach find gunachft unter Greng : Aufficht & beamten nicht blos bie fur ben Greng-Bewachungebienft bleibend angeftellten, fondern auch alle andere Bolls und Steuerbeamte, welche in Folge befondern Auftrage ben Greng-Bewachungebienft ju verrichten haben, ju verfteben. GrengeAuffichtebeamten find überhaupt nur bann, wenn fie ben Bewachungebienft im Grenzbegirte ausüben, und nur berjenigen Baffen fich gu bebienen befugt, welche ihnen vom Staate geliefert werben, ober beren eigene Befchaffung ihnen ausbrudlich gestattet worben. Sie durfen die Schufwaffen unr mit ber vorfchriftemäßigen Munition laben, und haben entgegengefesten Falls nicht nur Disciplinarftrafe verwirft, fonbern bleiben angerbem fur allen Rachthell, ber baraus entfteht, verantwortlich. (Art. I bis V.)

Bir verordnen bemnach auf ben Antrag Unferes Staats-Ministeriums und nach erfordertem Gutachten Unferes Staatsraths für ben ganzen Umfang Unferer Monarchie, wie folgt:

S. 1. Die Greng-Aufsichtsbeamten find bei Ausübung ihres Dienstes im Grenzbezirke von den ihnen anvertrauten Waffen Ge-

brauch zu machen befugt:

a) wenn ein Angriff auf ihre Person erfolgt, ober wenn sie

mit einem folden Ungriffe bedroht werden;

b) wenn biejenigen, welche Fuhrwerke ober Schiffsgefäße führen, Sachen transportiren ober Gepäck bei sich haben, sich ihrer Anhaltung, ber Visitation ober Beschlagnahme ihrer Effekten, Waaren und Transportmittel, ber Abführung zum nächten Zollamte ober zur Obrigkeit bes nächsten Orts, ober ber Ergreifung bei versuchter Flucht, thätlich ober burch gefähre

liche Drohungen wiberfegen. *)

Der Gebrauch ber Waffen darf aber nicht weiter ausgedehnt werden, als es zur Abwehrung des Angriffes und zur Neberwinsdung des Widerstandes nothwendig ist. Der Gebrauch der Schußmaffe sindet nur alsdann statt, wenn der Angriff oder die Widerssetzlichkeit entweder mit Waffen oder andern gefährlichen Wertzeusgen, oder aber von einer Mehrheit, welche stärker ist, als die Zahl der zur Stelle anwesenden Grenzaussüchtsbeamten, unternommen oder angedroht wird. Der Androhung eines solchen Angriffs wird es gleich geachtet, wenn die angehaltenen Personen ihre Wassen oder andere gefährliche Wertzeuge, nach erfolgter Ausstruktung nicht sosort ablegen, oder wenn sie solche demnächst wieder ausnehmen.

S. 2. Die Greng-Aufsichtsbeamten konnen ferner bei Ausübung ihres Dienftes ber Waffen und namentlich ber Schufwaf-

fen fich bedienen,

a) wenn im Grenzbezirke, außerhalb eines bewohnten Ortes und außerhalb der Landstraße, mehr als zwei Personen als Fußgänger, Reiter, oder als Begleiter von Lastsuhrwersken und Lastshieren zur Nachtzeit, (d. h. eine Stunde nach Sonnenuntergang bis eine Stunde vor Sonnenaufgang) oder mit Gepäck oder Ladung auch zur Tageszeit betroffen werden,

^{*)} Rach Art. V bis VII ber Inftruktion vom 6. Juli 1835. barf jur Abs wehrung eines Angriffs und jur Ueberwindung eines thätlichen Wiberftandes von den Waffen ohne Rucklicht auf Tageszeit und Zahl ber jur Stelle befindlischen Grenz-Aufsichtsbeamten, bei der bloßen Bedrohung mit einem Angriffe aber nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn nach den Umftänden an der Ausstührung der Bedrohung nicht gezweifelt werden kann; Beleibigungen allein ohne thätliche oder von gefährlichen Drohungen begleitete Widersehlichkeit berechtigen dagegen nicht zum Baffengebrauche.

und auf einen zweimaligen Anruf, wobei der Anrufende sich als Grenz-Aufsichtsbeamter zu erkennen gegeben hat, nicht anhalten, sich vielmehr einzeln oder sämmtlich entfernen, und wenn im Grenzbezirke Schiffer, welche zur Nachtzeit oder mit verdeckten oder beladenen Schiffgefäßen zur Tageszeit in der Fahrt angetroffen werden, auf einen solchen Anruf nicht anhalten, oder nicht wenigstens ihre Bereitwilligkeit zum Anhalten durch die That unzweideutig zu erkennen geben, sondern sich vielmehr zu entfernen suchen.

Der Gebrauch ber Schufwaffen ift jedoch in ben vorstehend unter a. und b. bezeichneten Fällen den Beamten nur dann erlaubt, wenn wenigstens zwei von ihnen zur Wahrnehmung bes

Dienftes auf einem Poften gusammen find. *)

S. 3. Die nach S. 13. der Jollordnung vom 26. Mai 1818 zur Unterstützung der Grenzbesatzung verpflichteten Polizei = und Korstbeamten sind nur dann, wenn sie mit den Grenz-Aufsichtsbeamten gemeinschaftlich handeln, in solchem Falle aber eben so wie diese, die Wassen zu gebrauchen befugt.

S. 4. Die Beamten muffen, wenn fie fich ber Waffen be-

VIII bis X. ber Instruct.)

Nach Art, XIII. werden unter Landstraßen nicht allein Zollstraßen, sondern überhaupt alle biejenigen öffentlichen Wege verstanden, welche im Sinne der We-

gegefete ale Lanbftragen ju betrachten find.

Beim Anruf find fiets bie Worte: "Salt! Grenzbeamte" zu gebrans chen, und die Schußwaffen nicht eher anzuwenden, als bis die Beamten übers zeugt find, daß ihr Ruf gehört und verftanden ift. Angenommen wird das Letztere, sobald die Schleichhändler auf ben Anruf entfliehen. (Art. XI und XII.)

Bei Reitern ober Fuhrwerfen follen, um bas Eufweichen zu verhindern, die Schuftwaffen, fo weit beren Gebrauch überhaupt gesehlich gestattet ift, zunächt gegen die Thiere gerichtet, und namentlich bei Fuhrwerfen, wo möglich bas Ab-hauen ber Errange als Mittel zur Berhinderung bes Entsliehens benutt werben. (Art. XIV.)

Der Anruf ber Schiffe ift nach §. 12 e ber Bollorbnung auf Schiffe von weniger als 5 gaften Tragfahigfeit beschränft, und ber Gebrauch ber Baffen gesgen Schiffe auf Grenzstuffen (b. h. solchen, welche die Lanbesgrenze bilben) nur dann erlandt, wenn biefelben am bieffeitigen Ufer icon angelegt haben, ober aus zulegen im Begriffe find, und auf ben Ruf ber Grenzaufsichtsbeamten nicht hals ten bleiben, ober au bas Ufer nicht zuruckfehren wollen. (Art. XV.)

[&]quot;) Bur Nachtzeit sollen beim Grenzaufsichtsbienfte stete wenigstens zwei Beamte auf einem Bosten beisammen sein, wenn nicht bie Borgeseten aus bes sonderen Gründen ansnahmsweise ein Anderes angeordnet haben; auch darf der Beamte, welcher den Olenst einzeln verrichtet, in ben, §. 2. Littr. a und b des Gesetes vorgesehenen Fällen siehn niemals der Schuswaffe bedienen, sondern nur in die Höhe gerichtete Signalschüffe geben. Am Tage sind in den Källen des §. 2 des Geses die Waffen nur gegen Bersonen, welche Gepäck ober Ladung haben, und nur gegen beladene ober verbecte Schiffsgefäße zu gebrauchen. (Art. VIII bis X. der Instruct.)

bienen, in Uniform ober mit einem amtlichen Abzeichen verfeben fein. *)

S. 5. Sie find nach Unwendung ber Schufwaffen fogleich nachzuforschen schuldig, ob Jemand verlett worden, soweit es

ohne Befahr fur ihre Perfon gefcheben fann,

S. 6. 3m Falle einer Berletzung haben fie bem Berletten Beiftand zu leisten und deffen Fortschaffung zum nächften Orte zu veranlaffen, wo bie Polizei-Beborbe für arziliche Gulfe und fur Die nöthige Bewachung Sorge ju tragen bat. **)

Die Kurtoften find erforderlichen Falls aus ber Steuertaffe vorzuschießen, welche ben Erfag von dem Berletten und ben Theilnehmern ber Kontravention, ober von den Beamten, je nachbem die Anwendung der Waffen gerechtfertigt befunden worden ift, oder nicht, verlangen fann.

S. 7. Auf die Anzeige, baß Jemand von ben Greng-Auf- sichtsbeamten ober beren Bulfsbeamten im Dienfte burch Anwenbung ber Waffen verlett worden, hat bas Gericht bes Dris, wo bie Berletung vorgefallen ift, mit Zuziehung eines Ober-Steuerbeamten ben Thatbestand festzustellen, und zu ermitteln, ob ein Digbrauch ber Waffen ftatt gefunden habe ober nicht.

Das Gericht ift schuldig, hierbet auf die Antrage Rudsicht zu nehmen, welche ber Ober-Steuerbeamte zur Aufflarung ber

Sache zu machen für nothwendig erachtet.

S. 8. Rach beenbigter vorläufiger Untersuchung find bie Aften an bas betreffende Gericht einzusenden. Daffelbe hat die Berhandlungen, fobalb biefelben als vollftändig befunden werden, ber betreffenden Propinzial-Steuerbeborbe zur Erflarung über bie

Ginleitung ber gerichtlichen Untersuchung mitzutheilen.

S. 9. Nach Eingang Dieser Erflärung faßt bas Gericht einen Befchluß wegen Eröffnung ber Untersuchung ab. Wirb Die Eröffnung ber Untersuchung gegen bie Unsicht und ben Bis berfpruch ber Provinzial-Steuerbeborben beschoffen, fo muß bie Sache nach Anleitung ber über bie Rompeteng = Ronflitte gwifchen ben Berwaltungsbehörden und Gerichten ertheilten Borfchriften erledigt werden.

^{*)} Gin Abzeichen ift unr bei folden Beamten gestattet, bie bei ber Grenge Aufficht Gulfe leiften, und feine Uniform bestigen. Die Uebrigen muffen ftets in Uniform fein. (Art. XVI.)

^{**)} In allen Fallen muffen bie Beamten ben gemachten Gebrauch von ben Sougwaffen in ben Tagebuchern, Dienstfarten ober Orbrebuchern verzeichnen, ober bem Ober-Kontrolleur besondere schriftlich anzeigen, auch ben Berletten, bis bie Bolizeibehorde die Sorge für ihn übernommen hat, bewachen. Bur bie Ansgeige bei ber Polizeibehorde ist namentlich auch ber Patrouillenführer verante wertlich. (Art. XVIII)

S. 10. In ben Rheinprovingen, fo weit bort bie frangoniche Juftig-Berfaffung besteht, werden tie Berbandlungen über bie vorläufige Untersuchung an ben Ober = Profurator bes betreffenben Landgerichts eingefandt, und burch biefen ber Rathsfammer beffelben mitgetheilt, welche auf ben Bericht bes Inftruftionerichters nach Anhörung ber Staatsbeborbe, Die unter S. 8. erwähnte Prufung vornimmt, und ben im § 9 vorgeschriebenen Beidluf abfaft.

S. 11. Mit ber Berhaftung eines bes Baffenmigbrauchs beschulbigten Beamten barf nicht eber verfahren werben, ale bis bie Eröffnung ber gerichtlichen Untersuchung befinitiv feststeht.

S. 12. Gegen ben Beamten, welcher beschulbigt ift, seine Befugniß zum Gebrauch ber Waffen gegen Boll = und Steuerkon= travenienten überschritten ju haben, fonnen bie Angaben bes verletten Kontravenienten, ber übrigen Theilnehmer ber Kontravention, und folder Personen, welche gegen Boll = und Steuer-Bergeben bereits bestraft worden sind, für sich allein feinen gur Anwendung einer Strafe binreichenden Beweis begründen.

S. 13. Wenn ein Beamter gur Rachtzeit gegen eine geringere Personenzahl, ale S. 2. unter Buchstaben a. bestimmt morben, fich ber Waffen bedient bat, bei ber Untersuchung aber ermittelt wird, dag berfelbe Urfache gehabt hat, die Versonengabl für ftarfer zu halten, fo ift er, nach Bewandinif ber Umftande, mit Strafe zu verschonen, ober mit einer gelindern, als ber or-

dentlichen Strafe, zu belegen. §. 14. In Ansehung der Strafe ber Beamten, welche bes Migbrauchs ber Waffen schuldig befunden worden, behalt es bei ben bieberigen Borfdriften ber Gefete fein Bewenden.

Die Bestimmungen wegen Untersuchung und Beftrafung der Bollvergeben.

Bollftraf=Gefet vom 23. Januar 1838. (G. S. p. 78.)

Bir 2c. haben eine Revision ber Bestimmungen wegen Unterfuchung und Bestrafung der Bollvergeben veranlaßt und verordnen nach dem Antrage Unferes Staatsministeriums für ben ganzen Umfang Unferer Monardie, wie folgt:

A. Bon ben Strafen ber Bollvergeben.

a) Strafen ber Rontrebanbe.

S. 1. Wer es unternimmt, Gegenstänbe, beren Ein - ober Aussuhr verboten ift, biesem Berbote zuwider, ein - oder auszuführen, hat die Konsissation ber Gegenstände, in Bezug auf welche bas Bergeben (bie Kontrebande) verübt worden ist, und insofern nicht in speziellen Gesegen eine höhere Strafe sestgeset ift, zusgleich eine Gelbbuse verwirft, welche bem boppelten Werthe jener Gegenstände, und wenn solcher nicht zehn Thaler beträgt, dieser Summe gleichsommen soll.

b) Strafe ber Bollbefraubation.

S. 2. Wer es unternimmt, dem Staate die Ein-, Ausoder Durchgangs-, oder die an der Grenze eines Zollvereinsstaats
zu erhebenden Ausgleichungsabgaben zu entziehen, hat die Konsistation der Gegenstände, in Bezug auf welche das Vergehen (die Zolldefraudation) verübt worden ist, und zugleich eine, dem viersachen Betrage der vorenthaltenen Abgaben gleichsommende Geldbuße, welche jedoch niemals unter einem Thaler betragen soll, verwirkt. Diese Abgaben sind außerdem nach dem Zolltarise zu entrichten.

aa) Strafe bee erften Rudfalle.

S. 3. Im Wiederholungsfalle, nach vorhergegangener rechtsfräftiger Berurtheilung wird die nach SS. 1. und 2. außer der Konfissation der Gegenstände des Bergebens eintretende Geldbuße verdowvelt.

Sobald eine Geldbuse von dem Verurtheilten wegen seines Unvermögens nicht beizutreiben ist, tritt an deren Stelle eine vershältnismäßige Gefängniß, Zuchthaus: oder Festungsarrest-Strafe, welche jedoch im ersten Falle des Vergehens die Dauer von Einem, und bei dem ersten Rückfall die Dauer von Zwei Jahren nicht übersteigen soll.

bb) Strafe bes ferneren Rudfalls.

S. 4. Jeber fernere Mückfall ist mit der Konsiskation der Gegenstände der Uebertretung, mit dem Doppelten der S. 3. bestimmten Geldbuße, sowie auf die Dauer von 1 bis 5 Jahren mit Berlust des Rechts zum Betriebe dessenigen Gewerbes zu ahnden, bei dessen Ausübung die Kontrebande oder Defraudation begaugen worden ist.

In ber Regel aber foll in biefen Fällen ftatt ber Gelbbufe auf verhaltnigmäßige Gefängniß, Festungsarreft = ober Zuchthaus.

strafe ertannt werden, beren Dauer aber niemals auf langer als 4 Jahre, beim britten ober einem ferneren Rückfall bagegen nicht unter einem balben Jahre Kestungsgrreft ober Buchtbausstrafe

au bestimmen ift.

Ausnahmsweise aber kann nach richterlichem Ermeffen mit Berücksichtigung aller Umftände bes vorliegenden und der vorausgegangenen Fälle auf die oben bezeichnete Geldbuße erkannt wers ben, und die Untersagung des Gewerbebetriebes unterbleiben. Diese Ausnahme findet aber niemals statt, wenn der Angeklagte

a) bas Rontrebandiren oder Defraudiren erwerbemäßig betreibt,

ober

b) eine ber frühern ober bie lette Uebertretung unter erschwerens ben Umftänden (§§. 11—14.) oder in betrüglicher Absicht begangen hat.

Reben ber Gelbbufe ift in bem Erfenntniß zugleich, für ben Fall bes Unvermagens bes Berurtheilten, eine verhältnismäßige

Freiheiteftrafe nach ben obigen Bestimmungen festzusegen.

S. 5. Die Strafen bes Muckfalls (SS. 3. 4.) treten auch bann ein, wenn die frühere Berurtheilung des Angeklagten nicht im Inlande, sondern in einem andern der Zollvereinsstaaten ersfolgt ist.

Auch macht es babet keinen Unterschieb, ob bie frühere gegen ben Angeklagten erkannte Strafe eine ordentliche, ober nur eine

außerordentliche mar.

Ferner sind bei Beurtheilung der Frage, ob ein Rückfall vorliegt, die Kontrebande und die Zollbefraudation als ganz gleichartige Bergehen zu betrachten, dergestalt, daß z. B. derjenige, welcher früher einer Zolldefraudation schuldig befunden ist, und dann eine Kontrebande verübt, mit der Strase des Rückfalls belegt werden muß.

- co) Falle, wo bie Defraubation als vollbracht angenommen wirb.
- S. 6. Die Kontrebande oder Zolldefraudation wird als vollsbracht angenommen:

1. wenn bei ber Anmelbung an ber Bollftätte,

a) Gewerbtreibende und Frachtschrer verbotene ober abgabepflich=
tige Gegenstände gar nicht, ober in zu geringer Menge, oder
in einer Beschaffenheit, die eine geringere Abgabe wurde be=
gründet haben, beclariren, oder

b) andere Personen bergleichen Gegenstände wider befferes Biffen unrichtig beclariren, ober bei der Revision verheimlichen;

2. wenn beim Transport verbotener ober abgabepflichtiger Gegenftände im Grenzbezirfe,

a) bie Bollftatte, bei welcher biefelben bei bem Gin - ober Aus-

gange batten angemeldet ober geftellt werden follen, ohne folde Anmeldung überfdritten ober gang umgangen,

b) bie vorgeschriebene Zollstraße ober ber im Zollausweise be-

zeichnete Weg nicht inne gehalten,

c) ber Transport ohne Erlaubniß der Behörde außer der gefestlichen Tageszeit bewirft wird, oder

d) Wegenstände ohne ben vorschriftsmäßigen Bollausweis betrof-

fen werden, ober mit biefem nicht übereinstimmen;

3. wenn über verbotene ober abgabepflichtige Gegenstände, welche aus bem Auslande eingehen, vor der Anmeldung und Resvision bei der Zollftätte, oder wenn über derartige zur Durchfuhr oder zur Verfendung nach einer öffentlichen Riederlage Anftalt beclarirte oder sonft unter Zollfontrolle befindliche Gegenstände auf dem Transporte eigenmächtig verfügt wird,

4. wenn Gewerbtreibende im Grenzbezirke fich nicht, in Gemäßheit ber nach §. 35. bes Bollgeseges getroffenen Anordnungen, über die erfolgte Bersteuerung oder die steuerfreie Abstam-

mung ber vorgefundenen Gegenstände ausweisen fonnen,

5. wenn unverzollte Waaren aus einer Anstalt zur Niederlage berfelben ohne vorschriftsmäßige Declaration (Abmelbung) entfernt werben.

Das Dasein ber in Rebe stehenden Vergeben und bie Answendung der Strafe derselben wird in den vorstehend unter 1 bis 5. angeführten Fällen lediglich durch die daselbst bezeichneten Thatsachen begründet.

Rann jedoch in den unter 2. 3. 4. angeführten Fällen ber Angeschuldigte vollftändig nachweisen, daß er eine Kontrebande ober Jolldefraudation nicht habe verüben können, oder wollen, so findet nur eine Ordnungsftrafe nach Vorschrift des S. 18. ftatt.

S. 7. Wenn in ben im S. 36. des Zollgesetzes bezeichneten Fällen der zollordnungsmäßige Ausweis über die im Binnenlande transportirten Baaren nicht zur Stelle ertheilt werden kann, oder der erforderliche Bermerk in den Handelsbüchern fehlt, oder die verordnete Anmeldung unterblieben ift, so wird zwar hierdurch die Bermuthung einer begangenen Zolldefraudation und dem Besinden nach die vorläusige Beschlagnahme der ohne die vorgeschriebene Bezettelung oder Bermerkung in den Handelsbüchern vorgesundernen Waaren begründet.

Wiberlegt sich aber bie Bermuthung bei naberer Untersu=

dung, fo findet nur eine Ordnungeftrafe nach S. 18 ftatt.

S. 8. Bei Defraudationen foll ohne Rudficht auf die Beshauptung, daß die Gegenstände, woran die Defraudation verübt worden, jum Durchgange bestimmt gewesen seien, auf die Entrichstung des Einganges und, nach Unterschied, des Ausgangezolles

und auf bie nach Maaßgabe biefes Zolles statisudende Strafe erfannt werden. Eine Ausnahme hiervon und die Berücksichtigung der obigen Behauptung ist nur dann zuläsig, wenn die Desfraudation erst bei dem Ausgangsamte, und unter folchen Umständen entbedt wird, daß dabei nur eine Berkurzung des Durchs

gangezolles beabsichtigt fein fann.

S. 9. Wenn ein Frachtführer nach Borschrift bes S. 6. Rr. 1. Littr. a wegen unrichtiger Declaration verurtheilt, berselbe jedoch durch die ihm von dem Befrachter mitgegebenen Declarationen, Frachtbriefe oder andere schriftliche Notizen über den Inshalt der Kolli zu der unrichtigen Declaration veranlaßt worden, oder, wenn in den S. 6. Ar. 4. angeführten Fällen, die Berurtheilung lediglich auf den Grund der daselbst bezeichneten Thatsachen erfolgt ist, ohne daß die Defraudation selbst weiter nachgeswiesen worden; so sindet im Wiederholungsfalle die Strafe des Rückfalles nicht statt, auch soll eine solche Verurtheilung diese Strafe bei einem nachsolgenden Zollvergeben nicht begründen.

S. 10. Werben Gegenftande, deren Gin, Durch= ober Aus-

fuhr verboten ift,

1) bei dem Grengzollamte von Gewerbtreibenden ausdrudlich augezeigt, oder von andern Personen vorschriftsmäßig gur Re-

vision gestellt, oder

2) fommen solche Gegenstände mit ber Post an, und fann berjenige, an welchen sie gesendet sind, einer beabsichtigten Rontrebande nicht überführt werden, so findet feine Strafe, wohl aber Zurudschaffung ber Gegenstände statt.

Im ersten Falle geschieht die Burudschaffung auf Rosten bedjenigen, welcher die verbotenen Gegenstände bei sich geführt hat; im zweiten Kalle haften fur die etwa bem Staate verursachten

Roften bie Wegenftande felbft.

dd) Boll-Defranbation unter erschwerenben Umftanben,

S. 11. Die Strafe ber Kontrebande oder Defraudation

wird um bie Salfte geschärft:

1) wenn die Gegenstände beim Transport in geheimen Behaltniffen und fonft auf eine funftliche und sower zu entbedende

Art verborgen, und

2) wenn zum Durchgang ober Wieberausgange angemelbete ober sonft unter Begleitschein-Kontrolle gehende Gegenstände auf bem Transport vertauscht ober in ihren Bestandtheilen verändert worden sind.

wobei jedoch bas im S. 4. fefigefeste Maximum ber Freiheits-

ftrafe nicht überschritten werben barf.

S. 12. Diese Strafe (S. 11.) tritt gleichfalls ein, wenn Gewerbtreibende, benen zur Beförderung ihres Gewerbes, und unter der Bedingung der Verwendung zu diesem Zwecke, abgabepstichtige Gegenstände ganz frei oder gegen eine geringere Abgabe verabfolgt worden sind, dieselben ohne vorherige Nachzahlung der Gefälle anderweit verwenden oder veräußern, oder wenn Personen, denen Waaren unverzollt anvertraut worden, mit denselben Unterschleif treiben, oder zu treiben verstatten. Außerdem gehen sie in dem einen wie in dem andern Falle der ihnen gewährten Begünstigung für immer verlustig.

S. 13. Wird eine Kontrebande ober Defraudation von brei ober mehreren Personen gemeinschaftlich mit oder ohne vorherige Berabredung verübt, so wird die Strafe für diese Bergehen gegen ben Auführer durch eine dreis bis sechsmonatliche Gefängs

nig=, Buchthaus ober Festunge=Arreststrafe geschärft.

Wird bieses Bergeben nach vorhergegangener Strafverurstheilung wiederholt, oder ift eine berartige Berbindung für die Dauer eingegangen worden, so trifft den Anführer ein bis zweisjährige, die übrigen Theilnehmer sechsmonatliche bis einsährige Gefängniß, Juchthaus, oder Festungs-Arreststrafe neben der verswirften Defraudations oder Kontrebandestrafe.

S. 14. a) Derjenige, welcher Kontrebande ober Zollbefraubation unter dem Schutze einer Bersicherung (Affekuranz) verübt, verfällt neben der auf das Bergehen selbst gesetzten Strafe in eine Gefängniß-, Zuchthaus- oder Festungs-Arrest-

strafe von zwei bis drei Monaten.

b) Wird die Kontrebande oder Zollbefraudation von drei oder mehreren zu diesem Zwecke verbundenen Personen unter dem Schutze einer Versicherung verübt, so ist die nach Verschies denheit der im §. 13. verzeichneten Fälle verwirkte Strafe gegen den Anführer mit achtmonatlicher bis einjähriger und gegen die übrigen Theilnehmer mit vier bis sechsmonatlicher Gefängniß, Zuchthauss oder Festungs-Arreststrafe zu schärfen.

c) Der Versichernde (Affekurateur), sowie der Borsteher einer Bersicherungsgesellschaft, verfällt in den Fällen a und b in eine Gefängniße, Zuchthause oder Festungs-Arreststrafe von ein und einhalb bis zwei Jahren, der Rechnungsführer der Bersicherungsgesellschaft in eine solche von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, seder der übrigen Mitglieder der Gesellsschaft in eine solche von sechs Monaten bis zu einem Jahre.

Die in bem Berficherungsgeschäft angelegten Fonds werben confiscirt; tann bie Ronfistation nicht pollftredt werben, fo ift an beren Stelle auf Erlegung einer Belbsumme von 500 bis 5000 Ribir. zu erkennen, für welche sämmtliche Theilnehmer solibarisch verhaftet find.

6. 15. Wer im Grenzbezirke auf Nebenwegen ober gur Nachtzeit bei einer Kontrebande ober Defraudation mit Baffen ober anderen bergleichen gefährlichen Wertzeugen betroffen wird, foll außer ber Strafe für biefes Bergeben mit einer eine bie breis fabrigen und, wenn er fich ber Waffen gum Biberftande gegen Die Bollbeamten bedient bat, nach Berhaltniß ber ben letteren que gefügten Beschäbigung, infofern bierburch nach ben allgemeinen Strafgesegen nicht eine bartere Strafe verwirft ift, mit einer dreis bis fünffährigen Buchthaus, ober Kestungs-Arreststrafe belegt werben.

ee) Strafe ber Theilnehmer.

S. 16. Die Strafen ber Miturheber, Gebulfen und Begunftiger einer Kontrebande ober Defraubation, sowie berjenigen, welche an ben Bortheilen biefer Bergeben nach beren Berübung wiffentlich Theil nehmen, find, soweit nicht bie besonderen Borfdriften ber SS. 13 und 14 Anwendung finden, nach ben Borschriften ber allgemeinen Strafgesetze zu bestimmen.

Die für den Rudfall bestimmte Strafe trifft aber nur biejenigen Theilnehmer einer Kontrebande ober Defrautation, welche

fich felbit eines Rudfalls ichuldig gemacht haben.

c) Strafe ber Rontravention.

S. 17. Die Berlegung bes amtlichen Waarenverschluffes obne Beabsichtigung einer Gefälle-Entziehung wirb, wenn nicht nachgewiesen werden fann, daß biefelbe burch einen unverschulde= ten Bufall entstanden, und fofort nach ber Entbedung bem nach= ften Steueramte bieruber Anzeige gemacht ift, mit einer Gelbbufe gegbudet, welche bei verbotenen Wegenständen dem fechsten Theile Des Werths berfelben, und bei andern Gegenständen bem fechsten Theile ber Eingangsabgabe gleichfommt.

S. 18. Die Uebertretung ber Borschriften bes Bollgesetes und ber Bollordnung, sowie ber in Folge berfelben öffentlich befannt gemachten Berwaltungevorschriften, für welche feine befonbere Strafe angedrobt ift, wird mit einer Ordnungsstrafe von

einem bis gehn Thaler geahndet.

- d) Subfibiarifche Bertretungeverbinblichfeit britter Berfonen.
- S. 19. A. Sandel = und Gewerbtreibende baben für ihre Diener, Lebrlinge, Martibelfer, Gewerbsgebülfen, Chegatten, Rinder, Gefinde und die sonft in ihrem Dienft ober Tagelohn ftebenden oder fich gewöhnlich bei ber Familie aufbaltenben Versonen,

B. andere nicht zur handels und gewerbtreibenden Klasse ges hörende Personen aber nur für ihre Spegatten und Kinder rücksichtlich der Geldbußen, Zollgefälle und Prozestosten zu haften, in welche die solchergestalt zu vertretenden Personen wegen Verletzung der bei Aussührung der ihnen von den subsidiarisch Verhafteten übertragenen Sandelss Gewerds und anderen Verrichtungen zu beobachtenden zollgeseslichen oder Zollsverwaltungs-Vorschriften verurstheilt worden sind.

Der Zollverwaltung bleibt in bem Falle, wenn die Geldsbuße von dem Angeschuldigten nicht beigetrieben werden kann, vorbehalten, die Geldbuße von dem subsidiarisch Berhafteten einzuziehen oder statt dessen und mit Berzichtung hierauf die im Unvermögenöfalle an die Stelle der Geldbuße tretende Freiheitsstrafe sogleich an den Angeschulzbigten vollstreden zu lassen, ohne daß lesteren Falls die Berbindlichseit des subsidiarisch Berhafteten rückschlich der Gefälle und Prozessosten dadurch aufgehoben wird.

e) Beftimmungen wegen ber Ronfistation.

- S. 20. Der in Folge eines Zollvergehens eintretenhe Verluft ber Gegenstände des Vergehens trifft jederzeit den Eigenthümer. Eine Ausnahme sindet nur dann statt, wenn die Kontrebande oder Defraudation von dem bekannten Frachtsuhrmann oder Schiffer, welchem der Transport allein anvertraut war, ohne Theilenahme oder Mitwissen des sich als solchen ausweisenden Eigensthümers oder in dessen Namen handelnden Befrachters verübt worden ist, und lettere ihrerseits die ihnen als Absender der Waare obliegenden Verbindlichkeiten erfüllt und dadurch den Waarensührer in den Stand geset haben, die Ladung vorschriftsmäßig zu beclariren und die gesetslichen Gefälle zu entrichten, der Waarensührer auch nicht zu benjenigen Personen gehört, für welche der Eigenthümer oder der Befrachter nach Vorschrift des § 19. subsidiarisch verhaftet ist; in diesem Falle tritt statt der Konsistation die Verpstichtung des Waarensührers ein, den Werth jener Gegenstände zu entrichten.
- S. 21. In allen Fällen, in benen die Konfistation felbst nicht vollzogen werden kann, ist statt berfelben auf Erlegung bes Werths der Gegenstände, und wenn dieser nicht zu ermitteln ist, auf Zahlung einer Gelbsumme von 25 bis 1000 Athlrn. zu erstennen.
- § 22. Das Eigenthum ber Gegenstände, bie ber Konfistation unterliegen, geht in dem Augenblick, wo dieselben in Beschlag genommen worden find, sogleich auf den Staat über und tann

nach ben Grundfagen ber Civilgefege über bie Bindifation gegen feben britten Besiger verfolgt werden.

f) Bufammentreffen mit anbern Berbrechen.

S. 23. Ereffen mit einem Bollvergeben andere Berbrechen gusammen, fo tommt die für erstere bestimmte Strafe zugleich mit

ber für lettere vorgeschriebenen gur Unwendung.

S. 24. Bird eine Kontrebande oder Defraudation mittelst Abnahme, Berletung oder sonstiger Unbrauchmachung des amtlichen Waarenverschlusses verübt, so tritt außer der Strafe der verübten Kontrebande oder Defraudation diejenige ein, welche nach dem allgemeinen Strafgesetze bei Fälschungen öffentlicher Urkunden statisindet, jedoch mit Ausnahme der darin vorgeschriesbenen Geldstrafe.

g) Strafe ber Beftechung.

S. 25. Wer einen zur Wahrnehmung des Jollinteresse verspslichteten Beamten, mit dem er im Amte zu thun hat, oder den Angehörigen desselben Geld oder Geldeswerth schenkt oder zum Geschenk anbietet, wird mit einer dem vier und zwanzigsachen Betrage oder Werthe des Geschenks oder des Angebotenen gleichstommenden Geldbuße, und wenn der Betrag oder Werth nicht zu ermitteln ist mit einer Geldbuße von Zehn bis Fünshundert Thalern belegt. Im Fall des Unvermögens zur Erlegung der Geldstrafe tritt eine nach dem allgemeinen Strasgesese abzumessssende Freiheitsstrase ein.

h) Strafe ber Biberfetlichfeit.

- S. 26. Wer sich handlungen ober Unterlassungen zu Schulzen kommen läßt, wodurch ein solcher Beamter in der rechtmäßigen Ausübung seines Amts verhindert wird, hat, in sosern damit keine Beleidigungen und Thätlichfeiten gegen die Person des Beamten verbunden sind, eine Geldbuße von Zehn bis Funszig Thalern verwirkt. Sind dabei zugleich Beleidigungen oder Thätlichsteiten verübt, so treten die in dem allgemeinen Strassespe anges ordneten Strassen der Insurien oder thätlicher Widersetzlichkeit gesgen Abgeordnete der Insurien oder thätlicher Widersetzlichkeit gesgen Abgeordnete der Obrigseit, sedoch mit einer Verschärfung, ein. Jeder etwanige Mißbrauch der Amtsgewalt von Seiten der Beamten bewirft eine Milderung der Strasbarkeit dessenigen, der sich widersetz hat.
 - i) Entichulbigung mit ber Unbefanntschaft ber Gefete.
- S. 27. Unbefanntschaft mit ben Borschriften bes Bollgeseges, ber Bollordnung und bieses Gesetze, und ber in Folge berselben

gehörig befannt gemachten Berwaltungevorschriften foll Riemand, auch nicht ben Ausländern, zur Entschuldigung gereichen.

B. Bon bem Strafverfahren.*)

- a. Berfahren bei Entbedung einer Bollgefet : Uebertretung.
- S. 28. Der erste Angriff und die vorläufige Feststellung des Thatbestandes bei Entdedung einer Zollgesetz-Uebertretung erfolgt durch die mit der Wahrnehmung des Zollinteresse beauftragten Beamten, welche sich der Gegenstände des Vergehens, und wenn es zur Sicherstellung der Abgaben, Strafen und Untersuchungsstosten erforderlich ist, auch der Transportmittel durch Beschlagnahme versichern müssen. Fremde und unbekannte Kontraveniensten können verhaftet und, die sie sich legitimiren und Sicherheit bestellen, an das nächste Gericht zur Verwahrung abgeliesert werden.**)
 - b. Berfahren hinfichtlich ber in Befchlag genommenen Sachen. ***)
- S. 29. Die Freilassung ber in Beschlag genommenen Gesgenstände vor ausgemachter Sache ift nur zulässig, wenn eine Berdunkelung bes Sachverhältnisses bavon nicht zu besorgen ist. Alsbann ist solche in Ansehung ber Transportmittel burch bie Zolls ober Steuerstellen ohne Berzug zu versügen, wenn entweder nach ben obwaltenben Berhältnissen wahrscheinlich ist, daß ber Kontravenient bem Staate auch ohne Sicherheitsleistung für bas Bergehen werde gerecht werden können, ober wenn genügende Sicherheit auf Höhe des Betrages der Gefälle, Strase und Rossten oder auf Höhe des Werths ber Transportmittel, Falls dieser geringer ist, geleistet worden.

In Ansehung ber in Beschlag genommenen Waaren, in Be-

34) Bu vergleichen ift die Instruttion v. 28. Juni 1839. (oben S. 146 fig.)
329) Bezüglich ber Berwendung ber Consistate resp. bes Erlöses bafür, bes fimmt bas R. b. F. M. v. 31. Januar 1839. (Centribl. p. 15.)

Diefes Berfahren folgt aus ber im Gefet begrundeten Regel, bag bie Ge

fälle aus ben bereiteften Mitteln gn berichtigen finb.

^{*)} Bur Bermelbung von Bieberholungen wird hier lebiglich auf bie im Anhange jut Steuerordnung v. 8. Febr. 1819 (oben S. 139 fig.) zusammengeftellsten Erganzungen und Erlauterungen, bas Berfahren in Steuerbefraus bation 6. Sachen überhaupt betreffend, verwiesen.

Bet gleichzeitiger Beschlagnahme eingeschwärzter Maaren sind die Gefälle, welche von den Defraudanten wegen Zahlungsunfähigkeit ober ans andern Gründen nicht eingezogen werden können, aus dem Erlöse sämmtlicher Waaren bergestalt vorweg zu berichtigen, daß werthvollere Gegenstände den etwanigen Ausfall an der Stener für minder werthvolle Gegenstände übertragen muffen, und ohne daß dabei ein Unterschied, ob die Gegenstände derfeiben Position der Zollerhebungsrolle, oder verschiedenen Bositionen angehören, zulässig ift. —

zug auf welche die llebertretung verübt worden, findet unter obis ger Voraussetzung die Freilaffung burch bie Boll- ober Steuers ftellen nur ftatt, wenn bei Bergehen, welche nicht bie Ronfistastion ber Waaren nach fich ziehen, bie wahrscheinliche Summe ber Strafe und Roften, und in andern Fällen ber anerfannte ober geborig ermittelte Werth ber Baaren einschließlich ber Gefälle, entweber baar bevonirt, ober völlige Sicherheit bafur auf andere Art geleistet wirb.

6. 30. In sofern bie in Beschlag genommenen Transportmittel, als Zugthiere u. f. w., nicht innerhalb acht Tagen freigegeben werden fonnen und beren Pflege und Unterhaltung Roften= aufwand Seitens ber Boll- ober Steuerbeborde erfordert, ober Die in Befchlag genommenen Waaren bem Berberben bei ber Aufbewahrung unterworfen find, muß die Beräugerung berfelben als=

balb veranlagt werben.

- c. Fefifiellung bes Thatbestanbes burch Prototolle ber Beamten.
- S. 31. Die Zollgesetz- Uebertretungen werden, so weit sie von ben Boll = ober Steuerbeamten entbedt worden, burch Protofolle berfelben festgestellt.

S. 32. Diefe Protofolle muffen enthalten:

1. bas Datum und ben Ort ber Aufnahme:

2. die Ramen ber babei anwesenden Personent

3. die Unterzeichnung ber anwesenden Personen, ober bie Ermahnung, bag bieselben nicht haben unterzeichnen wollen øber fonnen.

Das Protofoll muß unverzüglich nach Entbedung ber Uebertretung aufgenommen, von ben Beamten mit ber Berficherung ber Richtigkeit bes Inhalts auf ben Diensteib unterschrieben und spätestens binnen 3 Tagen, bei Berluft feiner Glaubwürdigkeit, ber Beborbe eingereicht werben.

Das von zwei Boll- ober Steuerbeamten über eine von ihnen entbedte Bollgesegübertretung porfdriftemäßig aufgenommene Protofoll begründet einen vollen Beweis ber Thatfache, welchen

ne barin aus eigener Wahrnehmung angeben.

d) Rompeteng. ")

S. 33. Die Untersuchung und Entscheibung ftebt in ben

*) In Bezug auf bie Rompefeng ber Sanptamter bestimmt bas R. b. F.

Dr. v. 22. Ceptbr. 1841 unb 27. Decbr. 1838. (Centribl. p. 244). Bei Untersuchung und Entscheidung ber Bergeben gegen bie Borfcbriften über bie Baarenfontrolle im Binnenlande (§. 36 bes Bollgefeges, §. 92 sq. ber Bellorbunng und &. 7. bes Bollgefenes vom 23 .Januar 1838.)

Rallen, mo eine Kreibeitoftrafe unmittelbar ftattfindet, ober beim Ausammentreffen mit anderen Berbrechen (S. 23.) ben Gerichten. und in ben Källen, wo es nur auf eine Ordnungestrafe ankommt. ber Boll - ober Steuerbeborbe ausschließlich gu. In ben übrigen Fällen wird die Untersuchung von ben Sauptzoll - ober Steuers Memtern geführt, und barauf im Bermaltungewege, wenn bie ges fesliche Gelbstrafe und ber Werth bes ber Konfisfation unterliegenden Gegenstandes zusammengenommen funfzig Thaler nicht überfteigt, von den genannten Aemtern, fonft aber von ber Provinzialzollbeborbe entichieden. Lettere fann jedoch, fo lange noch fein Strafbeicheib erlaffen worden ift, die Bermeifung ber Sache zum gerichtlichen Berfahren verfügen, und eben fo ber Ungefdulbigte mabrend ber Untersuchung bei ber Boll- ober Steuerbeborbe. und binnen 10 Tagen praflusivifder Frift nach Eröffnung bes von letterer abgefagten Strafbefcheibes, auf rechtliches Gebor antragen. Der Strafbeideit wird alsbann als nicht ergangen angefeben.

e) Berfahten bei gerichtlichen Unterfuchungen.

S. 34. Die Berufung auf rechtliches Gehör ist bei bemt Sauptzoll = und Steuer-Amte anzumelben, bei welchem die Sache anhängig ist. Daffelbe veranlaßt hierauf die Einleitung der ge= richtlichen Untersuchung, zu deren Führung bei einem jeden Haupt zoll = und Steuer-Amte ein Untersuchungsrichter anzustellen ist.*)

S. 35. Nach geschlossener Untersuchung werden die Berhands lungen burch die Provinzials Boll-Behörde an das kompetente Gezicht zur Entscheidung eingesandt. Kompetent ist in dem Falle, wenn bereits ein Strafbescheid im Berwaltungswege ergangen

ift, nur bas Dbergericht.

S. 36. Die Führung und Entscheidung ber gerichtlichen Untersuchungen erfolgt in der Form und in dem Instanzenzuge, welche für diesenige Gattung von Bergeben, zu welcher die Bollgesep-Uebertretung gehört, in den Prozefgesesen vorgeschrieben sind.

S. 37. Wenn bie Fabigfeit bes Angeschulbigten gur Bab-

b) wenn ber Waarenführer bie Kontravention begangen hat, bas Sauptamt tompetent, in beffen Bezirke bas Bergeben entbeckt und ber Waarenführer angehalten ift,

*) Die Bestimmugen hieruber find im Anhange jur Stenerorbnung (oben

6. 175 sq.) mitgetheilt.

ift a) wenn ber Absender bie Kontravention begangen hat, bas hauptamt in beffett Beziete ber Kontravenient wohnt,

c) wenn ber Kontravenient im Auslande ober in einem Bereinsstaate wohnt, fommen die Borfchriften des Bollfartels v. 11. Mai 1833 (f. unten) zur Anwendung und die diesselfige Kompetenz ist nur durch Berhaftung des Ausgeschuldigten oder Beschlagnahme seiner Effekten zu begründen.

lung der Geldbuße nicht außer Zweifel ift, fo muß zugleich auf bie im Unvermögensfalle eintretende Freiheitestrafe erkankt werden.

f) Berfahren bei Untersuchungen im Berwaltungewege.

S. 38. Die Hauptzoll= und Steuerämter untersuchen bie Uebertretungen summarisch und können sich hierbei der ihnen unstergeordneten Aemter und Beamten bedienen; die Betheiligten und Zeugen werben mündlich verhört und ihre Aussagen zu Protokoll genommen.

S. 39. Die Borlabungen geschehen durch bie Steueraufseher ober Unterbedienten ber Boll = ober Steuerämter, ober auf beren Requisition durch die Ortsbehörden nach ben für die gerichtlichen

Insinuationen bestehenden Borschriften.

S. 40. Erscheint ber Angeschuldigte auf die Vorladung nicht, oder verweigert er die Auslassung vor der Zolls oder Steuerbes hörde, so wird die Sache nach Vorschrift des S. 33. zur gerichts

Hichen Untersuchung und Entscheidung abgegeben.

S. 41. Ift sedoch die Sache zur gerichtlichen Rognition nicht geeignet, so wird, wenn die Uebertretung von einem Beamten aus eigener Wissenschaft angezeigt worden, oder durch Urfunden beschenigt ist, der Angeschuldigte der That in contumaciam für geständig erachtet; wenn aber zum Beweise der Uebertretung noch Zeugen zu vernehmen sind, mit deren Vernehmung in contumaciam versahren und nur auf solche Einwendungen gegen die Glaubwürsbigkeit derselben Rücksicht genommen, welche sich aus deren Ausssagen von selbst ergeben.

Die Untersuchung wird ohne weitere Borladung des Angesschuldigten zu Ende geführt und entschieden. Diese Rachtheile muffen bemfelben in der Borladung ausdrücklich bekannt gemacht

werben.

S. 42. Die Beugen find verbunden, ben an fie von ben Boll = ober Steuerstellen ergehenden Borladungen Folge zu leiften.

Wer sich bessen weigert, wird dazu auf Requisition des Jollsoder Steuer-Amtes durch das Gericht in gleicher Art wie bei gerichtlichen Vorladungen, angehalten. Bei Vereidung von Zeusgen, welche nur in solchen Fällen stattsindet, in denen der Antrag auf gerichtliche Untersuchung und Entscheidung ausgeschlossen bleibt, ist ein mit richterlicher Qualität versehener Justizbeamter zuzusziehen oder die Zeugen sind zur Vereidung vor einen solchen Justizbedienten zu stellen.

S. 43. In Sachen, wo die Gelbbufe und ber Konfisfationswerth zusammen ben Betrag von 50 Thalern übersteigen, muß bem Augeschuldigten auf Berlangen eine Frift von acht Tagen

*. · · · · '

bis vier Bochen zur Einreichung einer fcriftlichen Bertheibigung gestattet werden.

S. 44. Findet die Bollbehörde die Anwendung einer Strafe

nicht begründet, fo verfügt fie bie Burudlegung ber Arten.

S. 45. Der Strafbescheid, welchem die Entscheidungsgründe beigefügt sein mussen, wird durch das Joll – oder Steueramt dem Angeschuldigten nach Besinden der Umstände zu Protokoll publicirt oder in der für die Borladung vorgeschriebenen Form insinuirt. Bei Erössnung des Strasbescheides sind dem Angeschuldigten zugleich die ihm dagegen zustehenden Rechtsmittel bekannt, auch ist derselbe auf die Erhöhung der Strase aufmerksam zu machen, welche er im Fall der Wiederholung jenes Vergehens zu erwarten hat, und daß dieses geschehen, in der Publikations Verhandlung zu erwähnen. Wird solches bei den administrativen oder auch den gerichtlichen Untersuchungen unterlassen, so hat die mit der Publikation beauftragte Behörde eine Ordnungsstrase von Fünf die Zehn Thaler verwirkt, den Kontravenienten trist jedoch dessenungeachtet bei der Wiederholung des Vergehens die auf letztere gesseste Strase:

g) Refurs-Inftang.

S. 46. Der Angeschuldigte kann, wenn er von ber Befugniß zur Berufung auf richterliche Entscheidung keinen Gebrauch
machen will, gegen den Strafbescheid den Rekurs an die zunächt
vorgesetzte Finanz-Behörde ergreifen. Dies muß jedoch binnen
zehn Tagen präflusivischer Frist nach der Eröffnung des Strafbescheides geschehen und schließt fernerhin jedes gerichtliche Berfahren aus. Der Rekurs ist bei dem Boll- oder Steueramte;
welches die Untersuchung geführt hat, anzumelden.

Wenn mit ber Anmeldung des Returses nicht zugleich beffent Rechtfertigung verbunden ift, so wird der Angeschuldigte durch bas Boll- oder Steuer-Amt aufgefordert, die Ausführung seiner weitern Bertheidigung in einem nicht über vier Wochen hinaus anzusenehen Termin zu Protofoll zu geben oder bis dabin swrift.

lich einzureichen.

S. 47. Die Verhandlungen werden hiernächt zur Abfassung bes Refurs-Resoluts an die kompetente Behörde eingesandt. Hat jedoch der Angeschuldigte zur Rechtsertigung des Refurses neue Thatsachen oder Beweismittel, deren Aufnahme erheblich befunden wird, angeführt, so wird mit der Instruktion nach den für die erste Instanz gegebenen Bestimmungen versahren.

S. 48. Das Refurs = Refolut, welchem bie Entscheibungss grunde beizufügen find, wird an bas betreffenbe Boll - ober Steu-

eramt befördert und nach erfolgter Publifation oder Infinuation vollstreckt.

h) Roften.

S. 49. Bei ber Antersuchung im Verwaltungewege kommen außer den baaren Auslagen an Porto, Stempel =, Zeugengebühren u. s. w. keine Rosten zum Ansaße.

i) Strafvollftredung.

\$. 50. Die Beräußerung ber Konsissate wird ohne Untersichied, ob die Entscheidung im gerichtlichen oder im Verwaltungsswege erfolgt ift, durch die Joll= oder Steuer=Behörde bewirft. Die Vollfreckung der rechtskräftigen Erkenntnisse geschieht von den Gerichten, die der Resolute aber von der Joll= oder Steuer=Behörde, welche dabei nach den für die Erekution im Verwalstungswege ertheilten Vorschriften zu verfahren hat. Die Joll= oder Steuerbehörde kann nach Umftänden der Vollfreckung Einhalt thun, und die Gerichte haben ihren desfallsigen Anträgen Folge zu geben.

S. 51. Bur Beitreibung von Gelbbuffen barf ohne bie Buftimmung bes Berurtheilten, in fofern biefer ein Inlander ift,

tein Grundftud fubhaftirt werben.

S. 52. Die Beräußerung ber Konfistate erfolgt in ben Formen, welche für die Beräußerung von Pfandstücken vorgesichrieben sind.

k. Bollftredung bet subsibiarisch eintretenben Freiheitestrafe.

S. 53. Rann bie Gelbbuse ganz ober theilweise nicht beisgetrieben werden, so ift, wenn nicht schon für ben Unvermögendsfall auf eine Freiheitsstrafe erkannt worden, die Gelbbuse von bem Gerichte durch ein Resolut in eine verhältnismäßige Freis

beitoftrafe ju verwandeln und lettere ju vollstreden.

Bei den im Berwaltungswege festgesesten Geldbußen gesschieht die Berwandlung auf den Grund eines von den Zollbesbörden unter der Ausfertigung des Strafresoluts zu segenden Attestes über die Uneinziehbarkeit der Geldbuße durch das komspetente Obergericht, welches dabei auf eine Prüfung der erfolgten Entscheidung nicht weiter eingehen darf.

- 1. Berfahren bei ber Grefution gegen Anelanber.
- S. 54. Ausländer, welche die gegen sie erkannte Geldbuße nicht abtragen, sind, sobald sie im Inlande betroffen werden, von der Jolls oder Steuerbehörde unter Zuziehung der Ortsobrigkeit zu verhaften, und wenn sie hierauf nicht binnen einer, nach den Umftänden zu bestimmenden Frist für die Berichtigung oder

Sicherftellung ber Belbbuge forgen, an bie Gerichte Bebufs ber Bollftredung ber subfidiarifd eintretenden Freiheiteftrafe abzuliefern.

\$ 55. Der Berurtheilte fann von ber ftatt ber Gelbbufie bereits in Bollzug gefesten Freiheitsstrafe fich nur burch Erlegung bes vollen Betrages ber erfannten Gelbbuffe befreien.

Berfahren gegen bie subfibiarifd Berhafteten.

S. 56. Ift für die Geldbuße ein Anderer nach Borschrift bes S. 19 verhaftet, so veranlagt die Boll- oder Steuerbehörde die Buziehung besselben zu ber gegen ben Kontravenienten eingesteiteten Untersuchung, worauf in bem Strafbescheibe ber Bollbeborbe ober in bem gerichtlichen Erfenniniffe megen ber Bollgefen-Uebertretung jugleich über bie subsidiarische Berhaftung mit entichieben mirb.

Dem subsidiarisch Berhafteten fteht gegen die Ent-**6**. 57. Scheidung ber Bollbeborde bie Berufung an die junachst vorgesette Instanz ober an die Gerichte offen. Sat ber Kontravenient gegen ben Strafbescheib eine andere Art ber Berufung, ale ber subfibiarifc Berhaftete, gewählt, fo ftebt es dem Lettern frei, fich ber von bem Ersteren gewählten Berufung nachträglich anzuschlie-Will er Dieses nicht, fo bleibt bas weitere Berfahren ausgesett, bis über die Bollgeset = lebertretung in dem von dem

Kontravenienten gewählten Wege entschieden worben ift.

S. 58. Ift bie Buziehung bes subsidiarifch Berhafteten unterblieben, ober Letterer auf die Borladung ber Bollbehorde bei der im Berwaltungswege rechtsträftig beendigten Untersuchung nicht erschienen, so fertigt diejenige Bollbehörde, welche nach S. 33. zur Entscheidung der Hauptsache kompetent war, nachdem die Exekution gegen den Kontravenienten vergeblich versucht worden, einen Zahlungsbefehl aus, und läßt benfelben bem fubfibiarifc Berhafteten mit bem Bebeuten zugeben, bag, wenn er fich zu ber Bertretung nicht verpflichtet balte, ibm bieferhalb binnen gebn Tagen praflusivifcher Frift bie Berufung an Die bobere Finangbeborbe ober an die Gerichte offen ftebe.

S. 59. Die abgefondert von ber Untersuchung wiber ben Rontravenienten zur gerichtlichen Rognition gelangende fubsibiarifche . Berhaftung wird im Wege bes summarifden Prozestes erortert

und entschieden.

Das Gericht barf hierbei nur auf bie Beurtheilung ber Frage eingehen, ob ber Fall ber subsidiarischen Berhaftung nach den Gefegen porhanden sei. Eben dieses findet ftatt, wenn der Rontravenient fich bei dem verurtheilenden Erfenntniffe beruhigt, der fubsidiarifc Berhaftete aber von den in den Prozefigefegen geordneten Rechtsmitteln Gebrauch macht.

- n. Berfahren gegen einen unbefaunten Defraubanten.
- \$. 60. Wenn ein Unbekannter, welcher auf einer Uebertretung der Zollgesetze betroffen worden, sich entfernt und verbotene oder abgabepsichtige Gegenstände ohne oder mit andern Sachen zurückgelassen hat, so wird hierüber eine öffentliche Bekanntmachung von der Provinzial-Zollbehörde erlassen, und dreimal von vier zu vier Wochen in die amtlichen Blätter eingerückt. Meldet sich hierauf Niemand binnen vier Wochen, nach der letzten Bekanntmachung, so werden die Sachen zum Vortheil der Staatskasse verkauft, dem Inhaber oder Eigenthümer bleibt aber vorbehalten, seine Ansprüche auf Erstattung des Erlöses noch bis zum Ablauf eines Jahres, von der ersten Bekanntmachung an gerechnet, gelstend zu machen.

Beträgt der Werth der Sachen nicht über funfzig Thaler, so bedarf es der öffentlichen Bekanntmachung nicht. Der Berkauf kann alsdann, wenn sich binnen vier Wochen nach der Beschlagenahme Niemand gemeldet hat, verfügt werden, und die einjährige Frift für den Eigenthümer oder Inhaber der Sache zur Geltendmachung seiner Ansprüche auf Erstattung des Erlöses wird vom

Tage ber Beschlagnahme an gerechnet. *)

Bestimmung bes Straf-Fonds.

S. 61. Der Betrag ber nach biesen Grunbfäßen sestgefetzen und eingezogenen Gelbstrafen, so wie der Erlös aus den Ronfissaten (letterer nach Abzug der darauf ruhenden Abgaben) soll zu leinem besondern Fonds fließen, und derselbe theils zu Gratisstationen für die zur Wahrnehmung des Zollinteresse verspsichteten Beamten, mit Ausschluß der Mitglieder der Haupt-Zollsund Steuerämter und der höher gestellten Beamten, theils zur Unterstügung ihrer Wittwen und Waisen verwandt werden.

Ueber die Bertheilung solcher Gratififationen hat Unfer Fisnangminister bas Rabere zu bestimmen, burch die Theilnahme bar-

[&]quot;) Das R. b. F. M. v. 16. Januar 1841. (Centribl. p. 30.) macht barauf auf aufwerffam, bag bie in bem §. 60 vorgeschriebenenen Friften für ben Berekauf solcher Confiscate, welche entweber, wie z. B. lebenbes Bieh, bei langerer Ausbewahrung unverhältnismäßige Koften verursachen, ober bem Berberben anogesetzt find, — nicht maaßgebend sein burfen, daß vielmeht hierbei, nach Maaßgabe ber Bestimmung in §. 30. des Jolistrasgesetzes, ber Bertauf, weun die Bahrichenlichkeit vorliegt, daß sich Niemand melben werbe, sogar unter Umftänden noch innerhalb 8 Tagen Statt finden könne.

an wird bie Glaubwurdigfeit ber amteeiblichen Angaben gedachter Beamten nicht geschwächt.

Die bieber geseglichen Strafantheile ber Denuncianten fallen

fort*)

*) Ueber ben Denunciantenantheil in ben übrigen Stenerbefranbationsfachen ift bas Erforberliche im Anhange jur Steuerorbnung (vben G. 183 fig.) mitgetheilt. Bas die Bollprozeffe anlangt, fo war junachft in bem Boll- und Berbranches fleuer-Gefet vom 26. Mai 1818 und ber bagu gehörigen Ordnung eine Bestimmung wegen eines Strafantheils nicht enthalten. Erft burch bie Berorbnung vom 31. Decbr. 1819. (G. S. 1820. p. 31.) warb ben Steuers und Bolls fo wie ben Gulfe-Beamten, welche Steuerkontraventionen und Defraudationen entbeckten ober jur Entbedung Sulfe leifteten, mit Ausnahme jedoch ber Mitglieber ber Bauptamter, zwei Drittel ber rechtsfraftig feftgefesten Strafen und ber Confiscate als Strafantheil bewilligt. Dies blieb magkgebend, bie bie Borfchrift bes obis gen S. 61 jur Anwendung fam. Rach ber K. D. vom 18. April 1838 follte ber nach S. 61 zu bilbende

Gratififatione-Fonde gur einen Galfte nach naberer Anweisung bee Finangmis niftere ju Grafifitationen, auch fur bie Bolizel = und Rorftbeamten, fo wie fur Beusbarmen, fofern fie gur Entbedung ber Bollvergehen wirklich behulflich gewefen find, gur anbern Balfte gur Unterftugung ber hinterbliebenen Bittwen und Kinder von Bolls und Steuerbeamten verwendet werben (Bergl. bie Amtebl. pro 1838), auch gab bie C. B. bes F. M. v. 8. Dezbr. 1841. (Gentbl. 1842 p. 2 ff.) eine Anleitung fur bas Berfahren bei Bewilligung ber nach S. 61 bes Bollftrafgesetes zu ertheilenben Gratificationen. Durch bie R. D. vom 25. Novemb. 1842. (G. S. 1843. p. 169) wurde jeboch in Bezug auf die Berswendung ber Bollftrafgelber 2c. Folgenbes bestimmt :

In Berudfichtigung ber in Ihrem Berichte v. 15. b. M. bafur geltenb gemachten Grunde will ich die im S. 61 bes Bollgefetes enthaltene Bestimmung wonach bie Bollftrafgelder theilweise auch ju Gratificationen fur Bollbeamte bie-nen sollen, aufheben und ben gesammten Betrag ber auftommenben Bollftrafen, fo wie ben Erlos aus ben Bollconfiscaten — letteren nach Abzug ber auf confiszirten Baaren ruhenden Abgaben — lediglich jur Unterftugung ber Wittwen und Bais fen von Bollbeamten bestimmen; bagegen aber genehmigen, bag bei ber Bermen= dung ber anderweit zu Ihrer Disposition ftebenben, zu Gratificationen und Unterftupungen fur Boll- und Steuerbeamte bestimmten Fonde, Diejenigen Bollbeamten, welche burch lobliche Anftrengung und Aufmerkfamteit zur Gutveckung von Bolls Rontraventionen mitgewirft haben, nach Maaggabe ihrer fonstigen Wurbigfeit besonders beruchsichtigt werben.

In Folge beffen ift burch bie C. B. b. F. M. vom 29. Dezbr. 1842 ans gcorbnet, bağ ber gange Beirag aller vom 1. Jan. 1843 on, fet es im admis niftraliven Bege wber von ben Gerichten erfannten Gelbftrafen in Bollfachen, einschließlich bes Erlofes aus Confiscaten (letterer nach Abzug ber auf ben fonfiszirten Waaren ruhenben Abgaben) bem Fonds gur Unterftugung der Sinters bliebenen von Bolle und Steuerbeamten überwiefen werbe, auch von bem gleis den Zeitpunkte au, die Anleitung vom 8. Dezbr. 1841 (f. oben) wegen bes Berfahrens in Betreff ber fur Entbedung von Bollgefet-liebertretungen ju bes willigenben Gratificationen außer Rraft treten folle. (Centribl. 1843. p. 91.)

Dagegen warb ten betr. Behorben burch bas C. R. b. F. D. vom 13. Marz 1843. (Centribl. p. 123.) eine anderweite Anweisung in bieser Beziehung ertheilt, wobet namentlich über bie Motive ju ber burch bie R. D. vom 25. Rovemb. 1842 angeordneten Mobification ber früheren Bestimmungen gefagt ift, baß bas bisherige Berfahren, wonach auf ben Grund eines Bergeichniffes ben

Berjährung ber Strafen.

S. 62. Die burch bieses Gesetz für bas Bergeben ber Rontrebande und Defraudation bestimmten Strafen verjähren in fünf Jahren, bloge Ordnungsstrafen aber in einem Jahre seit Ber-

übung des Bergebens oder ber Kontravention.

S. 63. Auch die nicht in der Zollordnung vom 26. Mai 1818 und in der Berordnung vom 19. November 1824, derenAufsebung durch das Patent vom heutigen Tage erfolgt ist, enthaltenen geseglichen Bestimmungen über die Untersuchung und Bestrafung der Zollvergehen werden, in so weit in diesem Gesetze etwas Ansberes vergronet worden ist, hierdurch ausgehoben.

Jollfartell vom 11. Mai 1833.*)

(G. S. p. 262.)

Artifel 1.

Die sämmtlichen kontrahirenden Staaten verpflichten fic, ges genseitig auf die Berhinderung uud Unterdrückung des Schleichhan-

Beamten, welche als Denuncianten ober Beschlagnehmer bei ben im Laufe jeden Dalbjahrs zur Kasse gestossenen Bollstrasen und Konsiskaterlösen aufgetreten waren, die Vertheilung der Gratisicationen an diese Beamte ersolgte, besonders um deshalb einer Berdtigung bedurft habe, weil danach die Bewillisung der Gratisication mit der einzelnen Diensthandlung des Beamten, auf welcher die erkannte Strase der Konsiscation beruhte, in zu enger und unmittelbarer Berbindung stand, um nicht auf die Alaubwürdigkeit der amtlichen Angaben dies ser Beamten ein ungünstiges Licht zu wersen; deshald sei jeht der ganze Betrag der Strase und Konsiscate einem Bohlthätigkeits Konds zugewiesen und das durch der vefuniäre Ersolg der amtlichen Anzeige oder Entdeckung außer alle Berbindung mit dem einzelnen Beamten, von welchem die Angabe ausgeht, geset.

Dagegen solle die lobenswerthe Thatigkeit und Umficht berjenigen Beamten, welche burch Beschlagnahmen und Entbedungen sich zu Aufrechthaltung des Sollschuses wirksam zeigen, bei den aus anderweiten Konds zu bewilligenden Gratiscationen berückschtigt werden, und es sei dabei vor Allem der Gesichtspunkt seizung bei daß nicht der Umstand allein, daß ein Beamter bei der Entsbeckung von Boll-Kontraventionen mitgewirft hat, über die besondere Berückstigung bei den Gratiscations-Bewilligungen entscheiden durse, daß vielmehr bei zehteren sederzeit die gesammte Thätgfeit, Dienstbesisseneit und Murdigkeit des Beamten ins Auge gefaßt werden muffe.

*) 1) Das Bollfartell mar junachft zwischen Breugen, Rurheffen und bem Großberzogthume Geffen, ferner Baiern und Burtemberg, sobann Sachsen einerseits, und ben ju bem Thuringschen Boll und Sanbelsvereine verbun-

benen Staaten anbererfeite vereinbart.

bels, ohne Unterschieb, ob berfelbe jum Nachtheile ber fontrabis renben Staaten in ibrer Gefammtbeit, ober einzelner unter ihnen unternommen wird, burch alle ibrer Berfaffung angemeffene Magfis regeln gemeinschaftlich bingumirten.

Urtifel 2.

Es follen auf ihrem Gebiete Rottirungen, ingleichen folde Waaren-Nieberlagen, ober sonftige Auftalten nicht gebulbet merben, welche ben Berbacht begrunden, daß fie gum 3mede baben. Waaren, welche in ben anderen fontrabirenden Staaten verboten ober beim Eingange in bieselben mit einer Abgabe belegt find. bortbin einzuschwärzen.

Artifel 3.

Die Beborben, Beamten ober Bediensteten aller fontrabiren. ben Staaten follen fich gegenseitig thatig und ohne Berzug ben verlangten Beiftand in allen gefeslichen Maagregeln leiften, welche gur Berhutung, Entbedung ober Bestrafung ber Bollfontraventio. nen bienlich find, bie gegen irgend einen ber fontrabirenden Staaten unternommen worben ober begangen find.

Unter Bollfontraventionen werden bier und in allen folgen-

Es haben fich bemfelben aber nach und nach auch bie übrigen bem Bollvereine potert beigetretenen Staaten angeschloffen. (Bergl. v. Kamps Jahrb. Bb. 43. S. 212, 214, 215. Bb. 46. S. 165, 188. Bb. 48. S. 278. Graff. Bb. 8. S. 101, 103, 104. Bb. 9. S. 249. Bb. 10. S. 61.)

2) In Bitreff bet Anwendbarfeit des Zollfartells auf die Uebergangs-Abgaben

⁽f. unten) bestimmt:

a) Das R. b. F. 27. vom 13. April 1843. (Centbl. p. 148.)

Es find fruher bin und wieber Zweifel barüber erhoben worben, ob und wiefern bie Bestimmungen bes Bollfartells vom 11. Mai 1833, auch auf bie in -ben einzenlen Bereinoftaaten ju erhebenden Uebergangofteuern von vereinsländis fcen Erzeugnissen anwendbar seien. Nach ber über ben Gegenkand auf ber let-ten General-Konferenz Statt gefundenen Berathung besteht, insbesondere mit Rudficht auf die Fasinng des Artikels 3 des Kartells, gegenwärtig vollkommenes Einverftandniß über die Anwendbarkeit besselben auf die Uebergangs-Abgaben.

b) Das C. R. b. F. M. v. 21. Mai 1844. (Gentbl. p. 112.) Dach einem Beschluffe ber Bollvereine-Regierungen ift anerkannt :

bag nach ben bestehenben Borfchriften Angehörige eines Bereinsflautes, melche an ber hinterziehung von Uebergangsabgaben jum Rachtheile eines anbern Bereinsstaates durch Ausstellung unrichtiger Frachtbriese Theil nehmen, auf Requisition des lettern, in dem Staate, welchem sie angehören, zur Unterfuchung und Strafe zu ziehen find; und bag baffelbe auch gegen Brembe bie fich in einem Bereinsstaate aufhalten, Statt findet, falls nicht beren Auslieferung nach ben Bestimmungen bes Bollfartells einmeten muß.

Bei geringfügigen Differengen ober in Fallen, wo ein bloger Irrthum gum Grunde liegt ift, jeboch von bem Berfahren gegen ben Frachtbriefaussteller Abstand ju nehmen.

ven Artiseln bieses Bertrages auch die Verlezungen der von den einzelnen Regierungen erlassenen Einsuhr oder Aussuhrverbote, insbesondere auch der Berbote solcher Gegenstände, deren aussschlichen Debit diese Regierungen sich vorbehalten haben, so wie ferner auch diesenigen Kontraventionen begriffen, durch welche die Abgaben beeinträchtigt werden, welche nach der besonderen Berfassung einzelner Staaten, für den Uebergang von Waaren aus einem Staate in einem anderen vertragsmäßig angeordenet sind.

Artifel 4.

Auch ohne besondere Aufforderung sind die Behörden, Beamten oder Bediensteten der kontrahirenden Staaten verbunden, alle gesehliche Mittel anzuwenden, welchen zur Verhütung, Entedung oder Bestrafung der gegen irgend einen der gedachten Staaten beabsichtigten oder ausgeführten Zollfontravention dienen können, und jedenfalls die betreffenden Behörden dieses Staates von demsenigen in Kenntniß zu sezen, was sie in dieser Beziehung in Erfahrung bringen.

Artifel 5.

Den Zollbeamten und anderen zur Wahrnehmung des Zollsinteresses verpslichteten Bediensteten sämmtlicher kontrahirenden Staaten wird hierdurch gestattet, die Spuren begangener Zollstontraventionen auch in das Gebiet der angrenzenden mitsontrabirenden Staaten, ohne Beschränfung auf eine gewisse Strecke, zu verfolgen und es sollen, je nach der bestehenden Versassung, die Ortsobrigseiten, Polizeis oder Gerichtsbehörden in solchen Fällen auf mündlichen oder schriftlichen Antrag dieser Beamten oder Bediensteten, und unter deren Zuziehung, durch Haussuchungen, Veschlagnahme oder andere gesestiche Maagregeln des Thatsbestandes sich gehörig versichern.

Auch soll auf den Antrag der requirirenden Beamten ober Bediensteten bei bergleichen Bisitationen, Beschlagnahmen oder sonstigen Vorkehrungen ein Zollsteuer = oder Geschäftsbeamter oder Bediensteter bessenigen Staates, in bessen Gebiete Maaßregeln dieser Art zur Ausstührung kommen, zugezogen werden, falls ein

folder im Drte anwesend ift.

Bei Saussuchungen und Beschlagnahmen soll ein den ganzen Hergang vollständig darstellendes Protofoll aufgenommen, und ein Eremplar desselben dem requirirenden Beamten oder Bedienzteten eingehändigt, ein zweites Eremplar aber zu den Aften der Beborde genommen werden, welche die Saussuchung angestellt hat.

Artifel 6.

In ben Fällen, wo wegen Bollfontraventionen bie Berhaftung

gefehlich zuläfsig ift, wird die Befugniß, ben ober die Kontravcnienten anzuhalten, ben verfolgenden Beamten oder Bebiensteten auch auf dem Gebiete ber anderen mitfontrahirenden Staaten, jedoch unter der Bedingung eingeräumt, daß der Angehaltene an die nächste Ortsbehörde desjenigen Staates überliefert werde, auf bessen Gebiete die Anhaltung Statt gefunden hat.

Wenn die Person des Kontravenienten dem verfolgenden Beamten oder Bediensteten bekannt und die Beweisführung binstänglich gesichert ift, so findet eine Unhaltung auf fremdem Ge-

biete nicht Statt.

Artifel 7.

Eine Auslieferung ber Zollfontravenienten tritt in dem Falle nicht ein, wenn sie Unterthanen deszenigen Staates sind, in bessen Gebiete sie angehalten worden sind.

Im andern Falle sind die Kontravenienten demjenigen Staate, auf deffen Gebiete die Kontravention verübt worden ift, auf beffen

Requisition auszuliefern.

Nur dann, wenn dergleichen flüchtige Individuen Unterthanen eines britten der kontrabirenden Staaten sind, ist der legtere vorzugsweise berechtigt, die Auslieferung zu verlangen, und daher zunächst von dem requirirten Staate zur Erklärung über die Aussübung dieses Rechtes zu veranlassen.

Artifel 8.

Sämmtliche kontrabirende Staaten verpflichten sich, ihre Unsterthanen und die in ihrem Gebiete sich aufhaltenden Fremden, lettere, wenn deren Auslieferung nicht nach Artikel 7. verlangt wird, wegen der auf dem Gebiete eines anderen der kontrahirensden Staaten begangenen Zollkontraventionen oder ihrer Theilnahme an selbigen, auf die von diesem Staate ergehende Requisition eben so zur Untersuchung und Strafe zu ziehen, als ob die Kontravenstion auf eigenem Gebiete und gegen die eigene Gesetzung begansgen wäre.

Diese Verpflichtung erstreckt sich in gleicher Art auch auf bie mit ben Kontraventionen konfurrirenden gemeinen Verbrechen oder Vergeben, beispielsweise der Fälschung, der Widersetlichkeit gegen die Beamten oder Bediensteten, der körperlichen Verletung zc.

Was solche Kontraventionen betrifft, welche gegen die besons beren Gesetze eines ober mehrerer Staaten begangen werden, wonach die Einfuhr gewiffer Gegenstände (auch aus anderen der fontrahirenden Staaten) entweder gar nicht, ober boch nur gegen Erlegung einer vertragsmäßig bestimmten Abgabe Statt finden darf, oder die Aussuhr gewisser Gegenstände verboten ift: jo

werden biefenigen Stgaten, in welchen für die entsprechende Beftrafung solcher Kontraventionen, etwa noch nicht vorgesehen sein

follte, veranlaffen, baß

1) die Kontraventionen gegen die in anderen kontrahirenden Staaten bestehenden Ein= oder Aussuhrverbote wenigstens mit einer dem zweisachen Werthe des verbotswidrig ein= oder ausgeführten Gegenstandes gleichkommenden Geldbuße;

2) die Defraudationen der vertragsmäßig bestimmten Abgaben wenigstens mit einer bem vierfachen Betrage ber verfürzten

Steuer gleichkommenden Geldbuße

bestraft werden.

Artifel 9.

In ben nach Artifel 8. einzuleitenden Untersuchungen soll in Bezug auf die Feststellung des Thatbestandes den amtlichen Angaben der Behörden, Beamten oder Bediensteten dessenigen Staates, auf dessen Gebiete die Zollfontravention begangen worden, dieselbe Beweisfraft beigemessen werden, welche den amtlichen Angaben der inländischen Behörden, Beamten oder Bediensteten für Fälle gleicher Art in den Landesgesesten beigelegt ift.

Artifel 10.

Die sestgeseten Geldbußen und der Erlös aus den in Folge der Untersuchung und Berurtheilung in Beschlag genommenen und konsiszirten Gegenständen verbleiben demjenigen Staate, in welchem die Berurtheilung erfolgt ist, sedoch nach Abzug des dem Denunzianten (Ausbringer, Angeber) gesetzlich zustehenden Antheils, der auch in dem Falle an letzteren verabsolgt werden soll, wenn dieser ein Beamter oder Bediensteter eines anderen der kontrashirenden Staaten ist.*)

Die von dem Uebertreter verkurzten Gefälle sind dagegen, so weit sie von ihm beigetrieben werden können, jedesmal an die betreffende Behörde desjenigen Staates zu übersenden, auf deffen

Bebiete bie Kontravention begangen worden ift.

^{*)} In wie weit biese Bestimmung in Bezug auf Preußen burch bie Aufscheung bes Anspruchs auf einen Strafantheil mobisizit worden, ergiebt die Besmerkung zu S. 61. des Zollstrasgesetzes (oben S. 391). Außerdem sind die zum Zollschusse verrstichteten Beamten im Königreich Sachsen von jedem Strasantheile ausbrucklich ausgeschlossen (ck. das Sächsische Gesey vom 14. Decht. 1837. Es haben daher auch diesseitige Beamten, welche Zollvergehen zur Anzeige gebracht haben, wegen welcher in Sachsen ein Strasantheil oder eine andere Belohnung dafür nicht zu gewärtigen. (ck. R. d. F. M. vom 21. März und 27. Mai 1839. Genibl. p. 73 und 183.)

Artifel 11.

Den sämmtlichen kontrahirenden Staaten verbleibt die Befugniß, wegen der in ihrem Gebiete verübten Zollkontraventionen,
auch wenn die Uebertreter Unterthanen eines andern derselben
sind, selbst die Untersuchung einzuleiten, Strasen sestzusen und
solche beizutreiben, wenn der Angeschuldigte in ihrem Gebiete vers
haftet ist. Jedenfalls sollen dem beeinträchtigten Staate, wenn
er von dieser Besugniß keinen Gebrauch macht, die etwa in Beschlag genommenen Effetten des Angeschuldigten so lange verbleis
ben, die von dem andern Staate, an welchen der Uebertreter ausgeliesert worden, rechtsträftige Entscheidung erfolgt sein wird.
Die Auslieserung solcher Effetten kann selbst dann nur insoweit
gesordert werden, als nicht auf deren Konsistation erkannt, oder
der Erlös aus denselben nicht zur Berichtigung der verkürzten
Abgaben und daneben entstandenen Kosten erforderlich ist.

Ganz baffelbe tritt auch bann ein, wenn ohne Berhaftung bes Angeschuldigten Effekten beffelben von bem Staate, in welchem er bie Uebertretung begangen hat, in Beschlag genommen worden

find.

Artifel 12.

Die bisher schon bem Zollspfteme ber einen ober ber anbern ber kontrahirenden Staatsregierungen entweder mit ihrem ganzen Länderbestande ober mit einzelnen Theilen besselben beigetretenen Staaten sollen eingeladen werden, diesem Zollfartell sich anzusschließen.

Artifel 13.

Die Dauer bes gegenwärtigen Bertrages wird vorläufig bis zum 1. Januar 1842 festgesett. Wird ber Bertrag während bieser Zeit und spätestens zwei Jahre vor beren Ablause nicht gefündigt, so soll berselbe auf zwölf Jahre, und so fort von zwölf zu zwölf Jahren als verlängert angesehen werden.

Uebereinkunft bom 1. November 1837.

awischen ben zum Zollverbanbe vereinigten Staaten einerseits, Hannover, Oldenburg und Braunschweig*) anderererseits wegen Unterdrückung bes Schleichhandels. (G. S. p. 178.)

Artifel 1.

Die kontrahirenden Staaten verpflichten fich gegenseitig auf bie Verhinderung und Unterdrückung des Schleichhandels durch alle angemessen, ihrer Versassung entsprechenden Maagregeln gemeinschaftlich hinzuwirken.

Artifel 2.

Es follen auf ihren Gebieten Vereinigungen von Schleichs händlern, ingleichen folche Waaren-Riederlagen oder sonstige Anstalten nicht geduldet werden, welche den Verdacht begründen, daß sie zum Zwecke haben, Waaren, die in den andern kontrahirens den Staaten verboten, oder beim Eingange in dieselben mit einer Abgabe belegt sind, dorthin einzuschwärzen.

Artifel 3.

Die betreffenden Behörden, Beamten oder Angestellten (Bebiensteten) ber kontrahirenden Staaten sollen sich gegenseitig den verlangten Beistand in den gesetlichen Maagregeln bereitwillig leisten, welche zur Berhütung, Entdedung oder Bestrafung der Zoll= (Steuer=) Kontraventionen dienlich sind, die gegen irgend einen der kontrahirenden Staaten unternommen oder begangen werden.**

Unter Zolls (Steuers) Kontraventionen werden hier und in allen folgenden Artiseln dieser Uebereinfunft nicht nur die Umsgehungen der in den betheiligten Staaten bestehenden Eingangss, Durchgangs und Ausgangsabgaben, sondern auch die Uebertretungen der von den einzelnen Regierungen erlassenen Einsuhrs und Aussuhrverbote, nicht minder der Berbote solcher Gegenstände, deren ausschließlichen Debit sich diese Regierungen vorbehalten

[&]quot;) Braunschweig ift seitbem bem Bollverbanbe beigetreten.
") Nach bem C. R. b. F. M. vom 28. Januar 1838. (36b. Bb. 51.
p. 179. Graff. 12. p. 97.) begreift ber im Artifel 3 zugesicherte Beiftanb zur Entbeckung ber Bollvergehen zc., namentlich auch bie Bernehmung von Beugen und anberen Bersonen, die Publifation ber Strasbescheibe und anbere berartige Berhanblungen, sobald es sich um bie Bestrafung eines andern, als eines eigenen ober eines Anterthans ber im nämlichen Bollverbande befindlichen Staaten hanbelt.

haben, und endlich biesenigen Kontraventionen begriffen, burch welche die Abgaben beeinträchtigt werden, die nach besonderer Berfassung einzelner ber kontrahirenden Staaten für den Uebersgang der Waaren aus einem ber zu demselben 30U- (Steuer-) Bereine gehörenden Staaten in einen anderen angeordnet sind.

Artifel 6.

Eine Auslieferung der Kontravenienten tritt in dem Falle nicht ein, wenn sie Unterthanen desjenigen Staates, in dessen Gebiete sie angehalten worden, oder eines mit diesem im Zoll-(Steuer-) Berbande stehenden Staates sind.

Im andern Falle sind die Kontravenienten demsenigen Staate, auf dessen Gebiete die Kontravention verübt worden ift, auf dessen Requisition, oder nach Ermessen, auch ohne eine solche, zur

Untersuchung und Bestrafung auszuliefern.

Artifel 7.

Die Uebertretungen von Joll - (Steuer-) Gesethen eines jeden ber paziszirenden Staaten werden nach eben den Strafgesegen gesahndet, welche in dem Staate, in welchem die Untersuchung und Bestrafung eintrittt, hinsichtlich gleicher Vergehen gegen die eigesnen Joll - (Steuer-) Gesethe vorgeschrieben sind.

Auch kommen hinsichtlich der mit den Kontraventionen konkurrirenden gemeinen Berbrechen oder Bergeben, alle diesenigen kriminalrechtlichen Bestimmungen zur Anwendung, welche in Beziehung auf die von Inländern im Auslande begangenen Berbre-

den ober Bergeben in jedem Staate gelten.

Artifel 8.

In ben nach Artikel 7. einzuleitenden Untersuchungen soll in Bezug auf die Feststellung des Thatbestandes, den amtlichen Anzgaben der Behörden, Beamten oder Angestellten dessenigen Staats, auf dessen Gebiete die Kontravention begangen worden ist, dieselbe Beweiskraft beigemessen werden, welche den amtlichen Angaben der inländischen Behörden, Beamten oder Angestellten für gleiche Fälle in den Landesgesesen beigelegt ist.

Die Nebergangs-Abgaben.*)

Vertrag vom 8. Mai 1841.

betr. die Fortbauer des Zoll- und Handelsvereins. (G. S. 1841. p. 141.) Artitel 3.

1) Bon ben innerhalb bes Bereins erzeugten Gegenständen, welche nur durch einen Bereinsstaat transitiren, um entweder in einen anderen Vereinsstaat oder nach dem Auslande geführt zu werden, dursen innere Steuern weder für Rechnung des Staats, noch für Rechnung der Kommunen oder Korporationen erhoben werden.

2) Jedem Bereinsstaate bleibt es zwar freigestellt, die auf der hervorbringung, der Zubereitung oder dem Berbrauche von Erzeugnissen rubenden inneren Steuern beizubehalten, zu verändern oder aufzuheben, so wie neue Steuern dieser Art

einführen, jedoch follen

a) bergleichen Abgaben für jest nur auf folgende inländische und gleichnamige vereinsländische Erzeugnisse, als: Branntwein, Bier, Essig, Malz, Wein, Wost, Cider (Obstwein), Tabak, Mehl und andere Mühlenfabrikate, desgleichen Badwaaren, Fleischwaaren und Fett gelegt werden dürfen. Auch wird man sich.

fdriften enthalt bie weiter unten mitgetheilte Befanntmachung vom 13. Decbr. 1841.

[&]quot;) Die Ethebung von tleberganges (Ansgleichunges) Abgaben finbet ihre neueste gesehliche Begründung in dem oben mitgetheilten Bertrage vom 8. Rai 1841. Danach haben sich Preußen, Sachsen, Aurhessen und Thuringen hinschlich ber Besteuerung des Weins, Tranden mottes und Tadas — Preußen, Sachsen und Thuringen außerdem noch hinsichtlich des Brauntweins und Bieres zu gleichen Einschtungen dergestalt vereinigt, daß zwischen Brenßen, Sachsen und Thuringen ein völlig freier Berkehr — zwischen Preußen, Sachsen und Thuringen ein sollig freier Berkehr nur mit Ausschluß des Brauntweins und Piere Statt findet, von welchen bei dem gegenseizigen Uebergange einerseits von Preußen, Sachsen und Thuringen, andererzseits von Kurhessen, Uebergange-Abgaben erhoben werden. Den übrigen Bereinse Staaten gegenüber, sind sanach hinsichtlich der Erhebung der Uebergangs-Abgaben vom Wein, Traubenmost und Tadas, Preußen, Sachsen, Kurhessen und Phiringen; hinsichtlich der Uebergangs-Abgaben vom Brein, Erauben moft und Tadas, Preußen, Sachsen, Kurhessen und Bier, Preußen, Sachsen und Bier, Breußen, Sachsen und Biere Abgaben Statt finbenden Bors

b) so weit nothig, über bestimmte Sage verftanbigen, beren Betrag bei Abmeffung ber Steuern nicht überschritten werben foll.

3) Bei allen Abgaben, welche in dem Bereiche der Bereinsländer hiernach zur Erhebung kommen, wird eine gegenseitige Gleiche mäßigkeit der Behandlung dergestalt Statt sinden, daß das Erzeugniß eines anderen Bereinsstaates unter keinem Borwande höher oder in einer lästigeren Beise, als das inländbische oder als das Erzeugniß der übrigen Bereinsstaaten, besteuert werden darf. In Gemäßheit dieses Grundsages wird Kolgendes festgesett:

a) Bereinsstaaten, welche von einem inländischen Erzeugnisse feine innere Steuer erheben, durfen auch das gleiche vereinsländische Erzeugniß nicht besteuern. Jedoch soll ausnahmsweise bensenigen Bereinsstaaten, in welchen fein Wein erzeugt wird, freistehen, eine Abgabe von dem vereinsländischen Weine nach den besonders getroffenen Bere

abredungen zu erheben.

b) Diesenigen Staaten, in welchen innere Steuern von einem Konsumtions = Gegenstande bei dem Kause oder Verkause oder bei der Verzehrung desselben erhoben werden, dürsen diese Steuern von den, aus anderen Vereinsstaaten her rührenden Erzeugnissen der nämlichen Gattung nur in gleicher Weise fordern; sie können dagegen die Abgabe von den, nach anderen Vereinsstaaten übergehenden Gezgenständen unerhoben oder ganz oder theilweise zurückgeben lassen.

c) Diesenigen Staaten, welche innere Steuern auf die Hervorbringung oder Zubereitung eines Konsumtions-Gegenftandes gelegt haben, können den gesetzlichen Betrag derselben bei der Einfuhr des Gegenstandes aus anderen Bereinsstaaten voll erheben, und bei der Aussuhr nach diesen Staaten theilweise oder bis zum vollen Betrage

guruderftatten laffen.

Welche, dem dermaligen Stande der Gesetzgebung in den gedachten Staaten entsprechenden Beträge hiernach zur Erhebung kommen und beziehungsweise zurückerstattet wers den können, ist besonders verabredet worden. Treten späterhin irgendwo Beränderungen in den für die inneren Erzeugnisse zur Zeit bestehenden Steuersätzen ein, so wird die betreffende Regierung den übrigen Bereins-Regierung gen davon Mittheilung machen und hiermit den Nachweis verbinden, daß die Steuer-Beträge, welche, in Folge der eingetretenen oder beabsichtigten Beränderung, von den

20

vereinständischen Erzeugniffen erhoben und bei der Ausfuhr der besteuerten Gegenstände vergütet werden follen, ben vereinbarten Grundsägen entsprechend bemeffen seien.

d) So weit zwischen mehreren, zum Zollvereine gehörigen Staaten eine Bereinigung zu gleichen Steuer-Einrichtungen besteht, werden diese Staaten in Ansehung der Befugniß, die betreffenden Steuern gleichmäßig auch von vereinsländischen Erzeugnissen zu erheben, als ein Ganzes betrachtet.

4) Die Erhebung ber inneren Steuern von den damit betroffenen vereinsländischen Gegenständen soll in der Regel in dem Lande des Bestimmungsortes Statt sinden, in sofern solche nicht, nach besonderen Bereinbarungen, entweder durch gemeinschaftliche Hebestellen an den Binnengrenzen, oder im Lande der Bersendung für Rechnung des abgabeberechtigten Staates erfolgt. Auch sollen die, zur Sicherung der Steuers-Erhebung erforderlichen Anordnungen, so weit sie die, bei der Bersendung aus einem Bereinsstaate in den andern einzus haltenden Straßen und Kontrollen betreffen, auf eine, den Bersehr möglichst wenig beschränkende Weise und nur nach gegenseitiger Berabredung, auch, dasern bei dem Transporte ein dritter Bereinsstaat berührt wird, nur unter Zustimmung des letztern, getroffen werden.

5) Die Erhebung von Abgaben für Rechnung von Kommunen ober Korporationen, sei es durch Zuschläge zu den Staatssteuern oder für sich bestehend, foll nur für Gegenstände, die zur örtlichen Konsumtion bestimmt sind, nach den deshalb getroffenen befonderen Bereinbarungen bewilligt werden, und es sollen dabei die vorstehend unter II. 2. b. gegebene Bestimmung und der unter H. 3. ausgesprochene allgemeine Grundsat wegen gegenseitiger Gleichmäßigkeit der Behandlung der Erzeugnisse anderer Bereinsstaaten, eben so. wie

bei ben Staatosteuern, in Unwendung fommen.

Bom Tabak durfen Abgaben für Nechnung von Kommusnen ober Korporationen überall nicht erhoben werden.

6) Die Regierungen der Bereinsstaaten werden sich gegenseitig, a) was die hier in Rede stehenden Staatssteuern betrifft, von allen noch gültigen Gesehen und Verordnungen, ferner von allen in der Folge eintretenden Veränderungen, so wie von den Gesehen und Verordnungen über neu einzusührende Steuern,

b) hinsichtlich ber Kommunal = 2c. Abgaben aber barüber, in welchen Orten, von welchen Kommunen ober Korporatio = nen, von welchen Gegenständen, in welchem Betrage und auf welche Beise bieselben erhoben werden, vollständige

Mittbeilung machen.

Bekanntmachung vom 18. Dezember 1841.

bie Behandlung des Berkehrs mit den in einzelnen Zollvereins-Staaten einer innern Steuer unterliegenden vereinsländischen Erzeugnissen betreffend. (Centrbl. p. 260.)

S. 1. Der Uebergang steuerpflichtiger Gegenstände über die

Binnengrenzen :

a) zwischen Preußen, Sachsen, Kurhessen und Thüringen einer= .
seits, und Baiern, dem Großherzogehum Hessen, Nassau und Franksurt andererseits für Wein und Traubenmost, Branntwein, Bier, Malz, Ta= baksblätter und Tabaksfabrikate, sowie

b) zwischen Preußen, Sachsen und Thuringen einerseits und

Rurhessen andererseits für Branntwein und Bier

ist nur auf benjenigen Straßen und über biefenigen Bebe = und Abfertigungs-Stellen julafsig, welche bas beiliegende Berzeichniß ergiebt.*)

Eingang übergangsabgabepflichtiger Waaren jum Verbleiben in Preugen 2c.

S. 2. Die von Wein, Traubenmost und Tabak bei bem Uebergange aus Baiern, Württemberg, Baben, bem Großherzogsthum hessen, Rassau und ber freien Stadt Franksurt mit der Bestimmung zum Verbrauche in Preußen, Sachsen, Kurhessen und Thüringen, von letzteren Staaten zu erhebenden Uebergangs-Absgaben betragen:

vom Wein für ben Preuß. Centner . . : 25 Sgr.

vom Traubenmost besgl. . . . 20 = von Tabaksblättern und Fabrikaten . . . 20

bie von bem Branntwein und Bier bei dem Uebergange aus den obengenannten Vereinsstaaten und Kurhessen, mit der Bestimmung zum Verbleiben in Preußen, Sachsen und Thüringen, von letzeren Staaten zu erhebenden Uebergangs-Abgaben

vom Branntwein für bie Preuß. Dhm bei

50 Prozent Alfohol nach Tralles . . 6 Thir. vom Bier für den Preuß. Centner . . . 7½ Sgr.

S. 3. Die Erhebung beginnt mit bem 1. Januar 1842 und erfolgt nach Wahl bes Versenbers ober Waarensührers, entweder

^{*)} Das im Centribl. pro 1841 p. 265 sq. mitgethellte Berzeichniß ist hier nicht abgebruckt.

a) bei einer ber in bem Verzeichnisse unter Nr. 1. bezeichneten, in Preußen, Sachsen, Kurhessen und Thüringen belegenen Grenz-Hebestelle, resp. für Branntwein und Bier über die Rurhessische Grenze eingehend, bei ben unter Nr. H. ausgezführten, in Preußen, Sachsen und Thüringen belegenen Grenz-Hebestellen, ober

b) bei einer Steuerstelle im Innern.

S. 4. Bur Erhebung der Uebergangs = Abgabe find alle bes geichneten Greng=Bebeftellen gang unbeschränkt befugt.

S. 5. Die Abfertigung gur Erhebung ber Uebergange-Abgas ben im Innern geschieht auf ben Grund von Uebergangeicheinen.

Soll die Entrichtung ber Steuer bei einer Steuerstelle im Innern erfolgen, so muß der Waarenführer entweder bei der Grenz-Sebestelle einen von einer Steuerstelle im Lande der Bersendung ausgestellten Uebergangsschein produziren, oder dort auf Ertheilung eines solchen Uebergangsscheins antragen.

Im ersteren Falle erfolgt die weitere Abfertigung ebenfalls unbeschränkt von der Grenz-Hebestelle. Bur Ertheilung von Uebersgangsscheinen aber sind nur diejenigen Grenz-Hebestellen befugt,

welche besonders werden befannt gemacht werden.

Die Erledigung der Uebergangsscheine kann von allen HauptsZoll = und Haupts-Steuers, so wie von den Steuer-Aemtern beswirft werden, welchen die Besugniß zur Erledigung von Begleitsscheinen II. über ausländische Waaren beigelegt ist, und auf diese Zoll = und Steuerstellen kann daher die Ausstellung solcher Scheine erfolgen.

Durchgang.

S. 6. Wird bei ben bezeichneten Grenz-Bebestellen vereinsländischer Wein und Traubenmost, Tabat, Branntwein und Bier zum Durchgange durch diesseitiges Territorium ins Ausland ober nach Baiern, Bürttemberg, Baden, Großherzogthum Sessen, Nassau, Frankfurt, resp. Aurhessen angemeldet, so erfolgt die Abfertigung ebenfalls auf den Grund eines Uebergangsscheins, welcher entweder bei der diesseitigen Grenz-Abfertigungsstelle, oder bei der Steuerstelle im Lande der Versendung zu extrahiren ift.

Ausgang.

S. 7. Bei ber Versendung von dem in Preußen, Sachsen, Rurhessen und Thüringen erzeugten Wein, Weinmost und Tabak und dem in Preußen, Sachsen und Thüringen erzeugten Brannt-wein und Bier nach den südlichen Vereinostaaten und für die Versendung von Malz nach Baiern, ausschließlich des Rheinkreisses, und nach Württemberg, ift, außer der Innehaltung der Ueber-

gangoftraßen, sedenfalls eine Anmelbung bei ben in bein Berzeich= nife (Beilage II.) genannten jenfeitigen Sebe= und Abfertis

gungestellen erforderlich.

Da Tabak in den genannten Staaten überall keiner, und Wein nur einer Abgabe bei der Berzehrung oder dem ferneren Handel damit unterliegt, so bedarf es bei der Bersendung von Tabak und Wein einer weitern Abkertigung durch diesseitige Steuerstellen nicht.

Die Entrichtung ber Uebergangs=Abgabe von Bier, Branntswein und Malz kann aber sowohl bei den jenseitigen Grenz-Hebestellen, als bei jenseitigen Steuerstellen im Innern erfolgen, im letteren Falle auf den Grund von Uebergangsscheinen, die entweder bei der senseitigen Grenz-Abfertigungsstelle oder bei den diesseitigen Haupt-Zoll- und Steuer-Aemtern, oder Steuer-Uemtern zu ertrahiren sind.

Bas bei ber Berfendung von Branntwein mit bem Anfpruche auf Steuer=Restitution beobachtet werden muß, ist burch besondere

Befanntmachung*) vorgeschrieben.

S. 8. Sollen dieffeitige Erzeugnisse ber im S. 7. genannten Art über vereinsländische Binnengrenz-Jollstellen zum Durchgange, entweder nach dem Auslande oder zum diesseitigen Wiedereingange ausgeführt werden, so müssen über bergleichen Versendungen in eben der Art, wie S. 6. vorgeschrieben, Uebergangsscheine extrahirt werden.

S. 9. Ueber das Verfahren bei Ausfertigung und Erledisgung der Uebergangsscheine für den Eins, Aussund Durchgang übergangsabgabepflichtiger Gegenstände, so wie über die von den Ertrahenten zu übernehmenden Bürgschaftsleistungen und andern Verpflichtungen, ist den Hebes und Abfertigungsstellen besondere Anweisung ertheilt, **)

§. 10. In Bezug auf die Ein = und Durchfuhr von Gegenftänden, welche Uebergangs-Abgaben unterliegen, finden die Borschriften der §§. 29. 30. 31. 33. 40. und 41. des Zollgesetzes vom 23. Januar 1838 und die hierher gehörigen Borschriften der Zoll-Ordnung, jedoch mit der Maaßgabe Anwendung, daß:

*) Bergleiche über ben, Inhalt biefer unter bem 12. Decbr. 1841 erganges nen Befanntmachung, bie Bemerkungen ju §. 30. bes Gefehes vom 8. Februar 1819. (oben S. 106).

[&]quot;) Diese Anweisung ift unter bem 21. Decbr. 1841 ergangen und im Genfribl pro 1842 p. 74 abgebruckt. Das Berfahren bei Ausfertigung und Erlebigung ber Uebergangsscheine ift banach im Wesenklichen bemienigen gleich, welches für die Begleitscheine in bem besfallfigen Regulativ (f. cben S 346sq.) vorgeschrieben ist. Kur die Ermittelung bes Gewichts größerer Weingebinde beshufs Erhebung ber Nebergangs Abgaben enthält bas C. R. b. F. M. vom 4. Juni 1844. (Gentribl. p. 138.) noch besondere Borschriften.

a) was bort in Bezug auf die Grenz Bollamter vorgefchrieben ift, hier von den zur Erhebung der Uebergangs-Abgaben an den Binnengrenzen errichteten Steuerstellen gilt, und

b) was im Zollgesetze und ber Zoll-Ordnung von ben Begleits scheinen gesagt ift, auf die Uebergangsscheine Anwendung

findet.

S. 11. Defraubationen ber Uebergangs-Abgaben ober Zuwisberhandlungen gegen die wegen Erhehung und Sicherstellung bersselben ertheilten Borschriften, werden nach den Bestimmungen des Joll-Strafgesetzes vom 23. Januar 1838 geahndet.*)
Berlin, den 13. Dezember 1841.

Der Finang-Minifter,

Nachtrag.

Enhaltend einige mährend bes Drudes erschienene Berordnungen und Berfügungen.

A. Zu der Rabinetsordre vom 21. Juli 1844.

C. R. b. M. b. Inn. und ber Fin. vom 8. Juli 1844. (Centribl. p. 206.)

Die Orbre vom 21. Juli 1844 ift nicht auf Befchränfung ber ichon bestehenben Schanfwirthschaften gerichtet, für welche

^{*)} Ju Bezug auf bie Kontraventionen bei Uebergangsabgaben find zu be-

¹⁾ Die jum Zollfartell vom 11. Mai 1833. (oben S. 393) mitgetheisten R. b. F. M. v. 13. April 1843. und 21. Mai 1844 wonach, dies Kartell auch auf Uebergangsabgaben Anwendung findet.
2) Das R. d. F. M. vom 23. Aug. 1843. (Centbl. p. 208.)

Da wegen Uebergangsabgaben-Kontraventionen überall nach Analogie ber Bollftrafgesetz versahren wird, so ist es auch Rückschie ber Denuncianten-Anstheile nach §. 61 bieses Gesetze, so wie ben Allerhöchsten Kabinets-Orbres v. 18. April 1838 und 15. November v. I., besgleichen in Ansehung ber Verrecht nung, wie mit ben Bollstrafen zu halten.

vielmehr die Ordre vom 7. Februar 1835 zu 5 maaßgebend bleibt.

B. Zur Steuerordnung vom S. Februar 1819. (Anhang S. 158 d und S. 167 h).

Refer. d. J. M. p. 12. Juli 1844. (J. M. Bl. p. 169) und R. b. F. M. v. 1. Aug. 1844. (Centribi. p. 188.)

Die Gerichte haben zwar über die Verpflichtung zur Zah= lung von Steuer= und Zollgefällen nicht zu erkennen, aber den Requisitionen der Steuerbehörden wegen Einziehung unberichtigt

gebliebener Gefälle willige Folge zu leiften.

Die Steuerbehörden sollen baher, namentlich bei Ablieferung ausländischer Kontravenienten zur gerichtlichen Saft und Untersuchung, die Einziehung der etwa unberichtigt gebliebenen Gefällemit in Antrag bringen, wonächst die Gerichte dergleichen Kontravenienten vor Berichtigung und Sicherstellung der Gefälle nicht entlassen durfen, falls nicht das gänzliche Unvermögen zur Zahslung nachgewiesen, namentlich also auch die verwirfte Geldstrafe in Freiheitsstrafe umgewandelt ist.

C. Zu der Uebereinkunft vom 8. Mai 1841.

(S. 282 und 283.)

Vergleiche die Rabinetsordre vom I. Juli 1844. (f. unten Littr. Db.)

D. Zum Zolltarif.

(S. 369.)

- a) Kabinetsordre v. 21. Juni 1844. (G. S. p. 231.) enthält bie Festsegung besonderer, in Folge von Repressalien gegen Belgien angeordneter hoher Eingangszollsäße für das aus Belgien zu Lande oder auf dem Rheine eingehende Eisen.
- b) Kabinetsordre vom 1. Juli 1844. (G. S. p. 182. Centribl. p. 200.)

wonach die Höhe der Zollfäße von ausländischem Zuder und Syrup, so wie die Steuer von inländischem Rübenzuder für die Zeit vom 1. Septbr. 1844 bis dahin 1847 normirt wird.

Die Steuer vom Rübenzuder beträgt banach für ben gebachten Zeitraum 1 Rthlr. für ben Zollzentner und wird mit 1½ Sgr. von jedem Zollzentner rober Rüben erhoben.

c) C. B. b. F. M. v. 26. Juni 1844. (Centribl. p. 198.) Rücksichtlich aller in Kartons eingehenben, nicht zu ben feibenen Waaren gehörenden Artifel behält es bei ben Festsetzungen bes Tarifs Fünfte Abtheilung III a. sein Bewenden. (cfr. S. 365.)

Chronologisches Register.

												e	eitr.
	18	O ₁	Į.										
Publikandum vom 27. März	•		•		•	•	•	٠	•	٠	•		61
•	18	O	3.										
Verordnung vom 26. Dezembe		•							٠	•	13	3,	139
	18	10).										
Edift vom 2. November	•		,				,		•				8
	15	311	ı.						,				
Ebift vom 7. September .												8.	97
Geset vom 7. September .	•	•	•	•	•	٠		•	٠			•	94
	45	312	B.										
Declaration vom 19. October		•	,				•	•		٠	•	٠	130
	15	318	R.										
R. d. J. M. vom 31. Juli		_				,	•	٠		٠	•		144
,	46	314	• •							·			
R. d. J. M. vom 8. April													167
R. d. J. M. vom 21. Mai	•	•		•			•	•	•	•	•		167
	46	31	5.										
R. b. J. M. vom 25. Noven			•						٠	٠	•		145
or o. O. Tr. cain -o. 24424		310	·				·						
R. b. J. M. vom 27. April									٠		٠		159
on or J. Mr. com arr, when		31 '		•	•	•	·	٠	·	-		•	
R. D. vom 16. Januar		7	•										38
Instruction vom 23. October	•		•	•	•	٠	•	•	٠		•	• .	14
R. b. F. M. vom 30. Dezen		•	•	•	•	٠					•		11
()* **** ***** ******		+		-	-								

_												Seite	ł.
	181	18	,										
Geset vom 26. Mai	•	٠	٠	•	٠	٠	٠	٠	٠	٠			5
4	81	•											
Berordnung vom 8. Februar .	•	•	•	•	٠	٠	•		٠	٠	٠	. 8	3
R. d. J. M. vom 8. Februar .	•	•	•	•	•	•		•	•	•	•	15	Ś
Gefet vom 8. Februar Steuerordnung vom 8. Februar	•	•	•	4	•	٠	•	•		٠	٠	99)
Steuerordnung vom 8. Februar	٠	•	•	•	٠	•	٠	•	•	٠	٠	107	7
Instruction vom 5. Mai	•	٠	٠	•	٠	•	•		٠	٠		107	7
R. d. F. M. vom 22. Novembe	r.	•	•	٠	٠	٠	•	•	•	•	•	121	l
R. b. J. M. vom 6. Dezember Berordnung vom 31. Dezember	•	•	٠	٠	•	٠	•	•	٠	٠	٠	121	Ĺ
Verordnung vom 31. Dezember	٠	•	٠	٠	٠	•	٠	•	٠	٠	•	391	
.	-	_											
	5 7	V.	•										
R. d. J. M. vom 10. Januar	•		٠			٠	٠	•	•	٠	•	145	į
Gefet vom 17. Januar	•	٠	•	•			•	•		•	•	5	,
Geset vom 17. Januar R. D. vom 17. Januar	•		•		•		•	•		+		287	
Declaration vom 20. Januar .	٠		٠	٠		٠		14	3.	15	3,	171	
R. b. K. M. vom 2. Kebruar .												211	
R. b. Staats Minift. vom 30. & Gefet vom 30. Mai	Apr	iI	•	٠	•	•		•	•		٠	172	
Gefet vom 30. Mai	• •		٠	•	٠		٠	•	•	•	4	. 37	
Gifet vom 30. Mai (Gemerbef	teue	r.)	•	٠	•	٠	•	٠			•	45	
Gefet vom 30. Mai	•	•	٠,	•	٠		•	٠	•	• .	•.	255	
Gefeß vom 30. Mai	• •	•	٠	•	•	•	•	•	٠	. :	37 .	. 43	
R. d. J. M. vom 26. Juni .	•	•	+	•	•	٠	•	•	٠	٠	•	158	
R. D. vom 7. August	٠	•	٠	•	•	•	٠	٠	•	•		3	
Instruction vom 18. August .	•	•	٠	٠	٠	•	٠	•	•	٠		43	
Instruction vom 25. August . K. D. vom 16. September .	٠.	٠.	•	•	٠	•	• 1	٠	•	•	٠	41	
K. D. vom 16. September .	•	•	٠	•	•	٠	•	•	٠	•	•	41	
Gejeg vom 25. September .	•	•	•	•	•	•	٠	•	٠	٠	٠	244	
R. d. J. M. vom 9. October													
Instruction d. F. M. vom 14. C	cto	ber		٠	٠	•	٠	•	•	•	٠	247	
Regulativ vom 1. Dezember .	•	•	٠	٠	•	•	•	•	•	18	35	flg.	
R. d. J. M. vom 1. Dezember	• .	•	•	•	٠	•	•	•	•	•	•	174	
Regulativ vom 6. Dezember .	٠	•	•	٠	٠	•	•	•	٠	•	•	302	
Regulativ vom 12. Dezember .	• •	• •	•	•	٠	•	•	•	٠	٠	•	302	
R. b. F. M. vom 15. Dezember													
K. D. vom 17. Dezember													
R. D. vom 21. Dezember									_	_		41	

189	R-6							Seite.
R. d. J. M. vom 12. Januar .	-			•				420
or, o. J. Wr. vom 12. Januar .	• •	•		•	٠	٠	•	159
C. R. d. F. M. vom 23. Januar	•	•	• . •	•	٠	•	• •	. 9
R. b. J. M. vom 19. Februar .	•	• •	• •	•	٠	٠	• •	134
J. M. R. vom 5. März	•	• •	• •	٠	•	٠	• •	137
C. R. d. F. M. vom 25, März Anweisung vom 25. März K. D. vom 26. Mai	• •		• •	٠	•	•		265
Anweisung vom 25. März	• •	• •	• •	٠	٠	٠	• •	269
R. D. vom 26. Mai		•	• •	٠	•	٠		67
R. d. J. M. vom 23. Juni R. vom 25. Juni	•		• •	٠	•	•		156
R. vom 25. Juni	•	•		٠	•	•		40
Gefet vom 5. September	•	• •		•	•	٠		41
R. D. vom 5. September	•			٠	•			3 8
R. D. vom 5. September R. b. J. M. vom 26. September R. D. vom 3. October Declaration vom 6. October		•		٠	•			157
R. D. vom 3. October		•		•				10
Declaration vom 6. October		• •						130
Regulativ vom 20. November						٠		302
AR		٠						
188								
C. R. d. F. M. vom 26. Januar	•	• •	• •	•	٠	٠		11
Gefet vom 7. März	•		• •	٠	•	•		6
R. b. M. b. Hand. u. b. Fin. von	1 26.	Mä	rz.	•	•	٠	• •	9
R. d. F. M. vom 26. März		•		•		•		174
R. d. F. M. vom 26. März R. d. J. M. vom 9. April R. D. vom 25. Mai	• •			•	٠	•		174
R. D. vom 25. Mai	•			•	٠		105.	293
R. D. vom 31. Mai	•			٠	٠	•	• •	263
R. D. vom 20. Juni	٠			٠		•		184
R. d. R. M. vom 2. September .	•				٠		• .	185
R. d. F. M. vom 2. September . R. d. F. M. vom 7. November .	•			•	٠			65
	23. ,							
•								.
R. D. vom 9. Januar								
R. d. J. M. pom 28. Februar .								
Schreiben d. F. M. vom 3. April.	•	• •		•	•	•	• •	133
Schreiben b. J. M. vom 15. April			•	٠	٠	•	• •	133
R. d. J. M. vom 28. April				٠.	, •	•		167
R. d. J. M. vom 18. Juni			• • •	٠	•	•		167
R. b. J. M. vom 20. Juni	٠	•, •		•	٠	٠		180
R. D. vom 23. Juni				٠	•	•		51
R. O. vom 23. Juni R. d. J. M. vom 26. Juli					•	•		167
Erkenntniß d. G. D. T. vom 15.	Augu	ijt .	• •	•	٠	٠		132
K. D. vom 19. August		•			٠			287
_ ·							•	

											6	bette.
R. b. J. M. vom 5. September	•	•	٠	٠	•	•	•	•	•	•	•	174
m. b. A. M. bom 17. October	٠	•	•	•	•	•	٠	•	•	٠	•	191
R. b. J. M. vom 1. Dezember	•	•	•	•	٠	٠	٠	٠	•	•	•	157
18	32	1.	•									
R. D. vom 10. Januar N. d. J. M. vom 14. Februar	÷	,		•		•		٠	•	19	9.	2 35
R. d. J. M. vom 14. Februar	•		•	•	•	•	٠	•	٠	٠	٠	157
R. D. vom 13. April	•	•	٠	٠	٠	•	٠	٠	٠	•	•	175
C. R. vom 27. April	•	٠	•	•	•	٠	٠	•	•	•	٠	236
R. D. vom 13. April C. R. vom 27. April Regulativ vom 28. April R. D. vom 1. Mai R. D. vom 21. Mai	• `	•	•	•	•	•	•	٠	•	•	•	68
R. D. pom 1. Mai	•	•	•	•	•	٠	٠	٠	٠	•	٠	67
R. D. vom 21. Mai	•	•	•	•	•	•	٠	٠	٠	٠		68
C R. vom 12. Juni R. v. F. M. v. 30. Juni	•	•	•		٠	•	٠	•		٠	٠	175
R. b. K. M. v. 30. Juni	•		• .	•	•	٠	•	•	•	•	•	263
R. d. K. M. vom 4. August . K. D. vom 12. August . K. D. vom 18. August .	•	•	•	٠		•	٠	٠	•	٠	٠	177
R. D. vom 12. August	•	•	•	•	٠	•	٠	٠	•	1:	1.	260
R. D. vom 18. August	•		•	•	•	•	٠	•	•	٠	•	137
Regulativ vom 24. Dezember .	•	•	•		٠	•	•	٠	٠	٠	•	327
18	2	5.										
R. D. vom 13. Februar												2 59
M h & M. vom 26. Märr		٠		٠					٠	٠		157
Nuklicandum vom 26. Avril												157
Publicandum vom 26. April . K. D. vom 4. Juni R. d. F. M. vom 20. Juni .	•						٠	•		٠	٠	315
97 h. F. M. vom 20. Juni .	•					٠	•	•		٠	•	87
P D. pom 18. Juli	•									•		38
K. D. vom 18. Juli	, (•		•			•	٠	•	20	02	fla.
R. d. F. M. vom 21. August	٠	•				•			•		٠	208
Promistin nom 31 Mugust.	_			_	_		_	_		_	_	330
Anlissicandum vom 27. September	•					٠	٠	٠	٠	•		315
R. D. vom 19. Detober						٠	٠		•			327
M. h. K. M. vom 27. October	•					. •		•			٠	261
Publicandum vom 27. September R. D. vom 19. Detober R. b. F. M. vom 27. October R. b. F. M. vom 3. November		•	•	•	•	٠	٠		٠			86
R. D. vom 30. November	• •	•			•	•	٠	•	•	•		18
R. D. vom 13. Dezember		•			٠	٠		•	•	٠	•	190
R. b. 3. M. vom 27. Dezember						•			•	•		18
R. D. vom 30. November R. D. vom 13. Dezember R. b. J. M. vom 27. Dezember Publicandum b. F. M. vom 27.	D	ezer	nbe	r	•	٠	•	•				190
M. E. Dum di. Etainvii	٠	٠	•	•	•				٠		•	14
400 to 4 44th and 10 th 10 th	-	•		-			-	-	-			

1500	Seite.
1826.	
R. D. vom 26. Februar	327
F. M. R. vom 27. Februar	43
Unweisung d. F. M. vom 28. Februar	247
Dublicandum vom 5. Kuni	43
R. D. vom 11. Juni 48, 49	. 81
R. D. vom 11. Juni	184
M. d. K. M. v. 21. Suní	87
M. d. J. M. vom 10. Juli	156
R. d. J. M. vom 26. Juli	87
R. d. F. M. vom 12. August	237
M. d. K. Mc. vom 7. September	121
R. D. vom 3. October 10.	293
R. D. vom 3. October	166
1887.	
R. d. F. M. vom 19. Februar R. D. vom 22. März R. vom 31. März R. D. vom 21. April R. d. M. d. Jun. vom 5. Mai	259
R. D. vom 22. März	157
R. vom 31. Märk	40
R. D. vom 21. April	39
R. d. M. d. Inn. vom 5. Mai	81
R. D. vom 2. Juni 103. 114.	236
R. b. K. M. pom 10. Juni	203
R. b. F. M. vom 10. Juni	189
R. d. M. b. Jun. vom 19. Juni	74
R. vom 15. Juli	72
R. vom 6. August	54
R. d. F. M. vom 16. August	62
S M R nom 20 Manuf	137
3. M. N. vom 20. August	71
R. vom 29. August	974
F. M. R. vom 9. October	13
8. D. vom 28. October	OF AD
a. 2. vom 20. zitovet	74
1925.	
C. R. d. F. M. vom 20. Januar	117
C. R. b. F. M. vom 20. Januar	136
R. b. F. M. bom 5. Februar	106
R. d. F. M. vom 23. Februar	61
R. b. K. M. vom 12. März	

and the second of the second o	Seite.
R. b. F. M. vom 21. Marz	185
R. D. vom 27. März	72
R. D. vom 29. März	251
R. D. vom 29. März	252
R. d. F. M. vom 12. April	193
R. d. F. M. vom 21. April	237
Reglement vom 29. April	327
R. D. vom 3. Mai	. 40. 4 9
R. d. F. M. vom 6. Mai	87
R. d. M. d. Jun. n. d. Fin. vom 16. Mai	88
R. d. F. M. vom 24. Mai	65
R. D. vom 7. Juni	. 10
R. D. vom 18. Juni.	39
R. D. vom 27. Juli	262
R. d. F. M. vom 11. August	259
Anweisung d. F. M. vom 30. August	255
M h M h Enn u h Kin nam 12 Sentember	60
R. D. vom 19. September	. 50
R. D. vom 19. September	. 137
Publikandum b. F. M. v. 18. October	. 262
R. d. J. M. vom 13. October	. 137
R. d. F. M. vom 24. October	. 269
R. d. F. M. vom 11. November	. 65
C. N. ddm 29. Nodember	177
P 5 nom 1 Desember	49
Schreiben d. J. M. vom 8. Dezember	. 158
R. d. F. M. vom 15. Dezember	65. 88
Reglement vom 29. Dezember	. 255
•	
1879	
R. D. vom 7. Februar	. 251
R. D. vom 28. Februar	
M h & M nam 18 Maril	177
R. D. vom 3. Mai	. 51
R. D. vom 5. Mai	. 69
R. d. K. M. vom 21. Mai	. 254
R. b. J. M. vom 28. Mai	. 89
Instruction vom 2. Juni	. 42
R. D. vom 6. Juni	. 67
R. D. vom 3. Mai R. D. vom 5. Mai R. D. vom 5. Mai R. b. F. M. vom 21. Mai R. b. J. M. vom 28. Mai R. b. J. wom 2. Juni R. D. vom 6. Juni R. D. vom 15. Juli	58. 67

													(Scite.
R. d. J. M.														
N. d. F. M.	vom 4. A	ngust					•			•		٠	•	254
R. b. F. M.	vom 26.	Augus	ł,		•	•	•	•		٠			•	254
N. d. F. M. N. d. F. M.	vom 30. ©	Septe	mber		٠		•				•			263
Publifandum 1	oes Staate	minif	t. vi	m	14.	D	ctol	er		•	٠			166
R. D. vom 20	6. Ottober	•			•	٠	•			•	٠			72
Publifanbum t	o. F. M. 1	00m 2	9.	Dete	ber		•			٠	•			190
E. R. vom 20). Novembe	er .			•	٠	٠			•		•		72
			18											
N. d. F. M.	50m 11. S													263
R. D. vom 17														
C. R. b. F. 2	M. vom 11	1. Kel	brita		•				•		•	٠		42
C R. d. F.	M. vom 2:	3. % el	brna						Ĭ				•	121
Publikandum t	om 24. K	ehrnai	, .			•	•	-		•	•	•	•	251
C. R. vom 2.														
Staatsvertrag	nom 6. M	?ärı	•		•	•				•	•	•	•	70
P 5 nom 6.	Mär2	• • • •			·	•	•	•	•	•	•	•	•	40
R. D. vom 6. Protofoll b. S	taataminif	. non	10	. 10	ăr2		·	•	•	•	•	•	•	159
ne b. st. m.	nn 9. M	ai .		• 🛲		•	•	•	•	•	•	•	•	267
N. d. F. M. : C. N. vom }} K. D. vom 20	Mai.		•		·	•	•	•	•	•	•	•	•	96
P 5), nom 20). Enni.				•	•	•	·	•	•		•	11	272
E. N. d. F. I	M. nom 21	. Չա	ni .	•	•	•	•	•	•	•	•	•	,	117
R. d. M. d.	knn. n. b.	Kin.	maa	28	. જ	nni	•	•	•	•	•	•	•	70
Gefet vom 26														
C. R. vom 21	. October			•	•	•.	•	•	•	•	•	•	•	272
M. b. 3. M.	bom 22. 5	Detobe	r.	٠		•		•	•	•	•	•	•	180
R. d. J. M. R. vom 2. No	pember .			•		•		•	•	•	•	•	•	67
Gefet vom 12	. Novembe	Y								•	•	•	Ĭ.	Ā
R. d. M. b. 3	inn. 11. d.	Kín.	non	2.	D	ezen	nbe	r.	·	·	•		·	86
R. D. nom 19	. Dezembe	Y .						••	•	•	·	•	•	179
K. D. vom 19 R. d. J. M.	nom 23. T)ezem)	her	•	•	•	•	•	₽.	•	•	•	•	155
R. d. J. M. 1	10m 28. T)ezeml	ier .	•	•	•	•	•			•	•	•	172
v v. y. <i>2</i>	, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	•				•	•	•	•	•	•	•	٠	-12
		•	18	31.	٠.									
R. d. J. M. t	00m 24. J	anuar	•	٠	•	•	•	٠	•	•	٠	•	٠	156
N. b. J. M. 1	oom 4. Fe	bruar.	• •	•	•	•	•	•	٠	٠	•	•	87.	. 89
R. b. J. M. 1 R. b. J. M. 1 R. b. J. M. 1	oom 11. F	ebrua	r.	٠	٠	•	•	•	٠	•	•	17	2.	173
R. D. vom 12	. Februar		• •	•	٠	•	•	٠	•	•	٠	•	•	72
K. D. vom 12 K. D. vom 20 Mehardana	. März .	•	•		•	•	•	•	•	•	٠	•	60.	78
Mekordnung vo	m 31. M	ärz		•	•	•		٠		•	•	15	2.	299

m m m m \ h m t								•	Seite.
J. M. R. vom 8. April	• •	٠	•	•	•	٠	•	• •	137
J. M. R. vom 8. April	•	٠	•	•	٠	٠	•	. 73	. 86
R. D. vom 17. August		•	•	•	•	٠	•	103.	2 36
R. D. vom 17. August		٠	•	•	•		٠		173
1837	B.			,					
R. D. vom 19. Kebrnar			_						8
R. D. vom 19. Februar		•	•	•		•	•		173
C. R. pom 5. April		•		•	·		Ċ		136
Minist Rescr. pom 5. April		•	•	•	•	٠	Ĭ		153
G. R. h. S. M. nom 12. Anril .	•	•	•	•	•	•	•		154
M h & M nom 3 Mai	•	•	•	•	•	•	•	• •	106
C. R. vom 5. April	•	•	•	•	•	•	•	• •	10/
M h & M now 11 Soutombor	• •	•	•	٠	•	•	•	• •	409
O D nam 91 Detakan	•	•	•	•	•	•	•	• •	960
R. D. vom 24. October	45	•	•	•	•	٠	•	• •	400
Statisming. Delating von 30. Det	over	•	•	•	٠	٠	٠	• •	100
R. d. J. M. vom 31. October R. d. J. M. vom 3. November	•	•	٠	٠	٠	•	٠	• •	100
M. d. J. W. dom d. Modember	•	٠	٠	٠	•	•	•	• •	173
R. d. F. M. vom 16. November R. b. F. M. vom 4. Dezember	•	•	•	٠	•	٠	٠	• •	267
n. d. F. W. vom 4. Dezember	• •	•	•	٠	•	•	•	• •	263
R. b. J. M. vom 28. Dezember .	• •	•	•	٠	•	٠	٠	• •	172
1833	В.								
R. D. vom 12. Januar	• •	٠	٠	•	٠	•	•	• •	78
R . D. vom 31. Januar	•	٠	•	÷	•	٠	•		147
Publicandum b. F. M. vom 6. Febru	tat	•	•	٠	•	٠	٠	• •	138
R. d. J. M. vom 6. Februar	•	•	٠	•	٠	•	•		122
Zollfartell vom 11. März	•	•	•	٠	٠	•	•		392
Zollvereinsvertrag vom 23. März .	•	٠	•	٠	٠	•	•	• _ •	46
Zollvereinsvertrag vom 30. März .	٠	•	•	•	٠	•	•		46
Bollvereinsvertrag vom 30. März . Zollvereinsvertrag vom 10. Mai		•	•	٠		٠	•		46
Zollvereinsvertrag vom 11. Mai	•	•		٠	٠	ė	•		46
Gefet vom 13. Mai		•	•				•		97
Gefet vom 13. Mai						•	•		158
R. d. J. M. vom 22. Mai R. d. F. M. vom 25. Mai	•	• ,		•		•			111
N. b. K. M. vom 25, Mai	•	•		•	٠		•	114.	237
R. b. J. M. vom 20. Juni		•		•					175
R. D. vom 30. Juni					•		•		50
R. d. J. M. vom 20. Juni R. D. vom 30. Juni	•	•	•		•	•	•	•	122
								•	

Sette.
R. D. vom 27. September
2. D. pom 14. Ottober
Regulativ vom 24. November 216 sq.
R. b. F. M. vom 7. Dezember
R. D. vom 8. Dezember
@ D. nam 14. Dezember
R. D. bom 17. Dezember
Publifandum b. F. M. vom 23. Dezember
R, vom 31. Dezember
4&\$A
Schreiben d. J. M. vom 27. Januar
C. R. d. F. M. vom 6. Februar
C. 3t. D. 8. 2t. Dum. O. Septimer.
R. b. F. M. vom 11. April
37. b. 3. W. Dum 15. 21pru 4 4
R. b. J. M. vom 8. Juni
Berordnung vom 16. Juni
Schreiben d. F. n. J. M. vom 27. Juni 66. 172
Gefes vom 28. Juni
C. R. d. M. d. Fin. n. b. Inu. vom 2. September 46
R. D. vom 28. September
R. D. vom 2. October
R. b. F. M. 19. October
1885.
1935. R. d. J. M. vom 4. Februar
R. d. J. W. vom 4. Februar
R. vom 16. Februar
R. vom 16. Februar
R. d. J. M. vom 25. Februar 65. 88
R. D. vom 9. März 70
R. b. J. M. vom 1. April
R. O. vom 11. April
N. d. F. M. vom 14. April
98 h 9 902 nom 1 902ai
R. d. J. W. vom 6. Juni
C. R. pom 20. Runi 59
R. D. pom 30. Suni 4
Suffraction h & M nom 6 Suli
C. R. nom 18. Stuli
Bublifanbum pom 10. Sentember
E. R. nom 18. Juli

_	Saf
C. R. vom 15. September	27
R. d. F. M. vom 18. September	24
R. D. vom 8. November	17
R. d. F. M. vom 4. Dezember	15
## 1886. R. D. vom 27. Januar. R. d. H. wom 6. Hebruar. R. D. vom 13. Hebruar. Publifandum vom 24. Hebruar. R. d. H. wom 11 März. R. d. H. wom 26. März. R. d. H. wom 27. März.	24
M. D. Dom L. Junut	19
O S uses 43 Schwar	44 96
Multitanhum ham 21 Schwitze	9 11. 20
9 5 9 M nam 11 Märe	99
99 b & M ham Of Mare	· 20
St. D. B. 201. Dull Ed. Diulg	15
R. b. F. M. vom 27. März	19
m's com nam a mai	96
R. b. F. M. vom 3. Mai	42
C. R. d. M. d. K. Haufes vom 5. Mai	12 5
R. b. F. M. vom 17. Mai	49
93 b C M nam Q Cuti	18
R. b. J. M. vom 8. Juli	46
The 20 point of stringtiffs and a second second	. 45
R. D. vom 20. August	13
R. d. J. W. vom 19. October	20
R. vom 4. November	10
7. Dom 4. Modember	4
R. D. vom 6. November	16
C. H. D. H. Dom O. Modember	10
U. D. 3. 20. VOM 11. MOVEMBER	17
R. b. M. d. Inn. u. b. Fin. vom 12. November	• • • 90
R. d. F. M. vom 23. November	20
negulard dom 4. Lezember	67. 88. 9
R. b. F. M. vom 9. Dezember	18
C. R. d. F. M. vom 12. Dezember	180
Plenarvelajus v. G. D. L. vom 19. Oezember	25
R. d. F. M. vom 27. Dezember	384
M. b. F. M. vom 11. Januar	•
M. d. F. M. bom 41. Januar	190
R. vom 4. Februar	166
A. d. F. M. vom 25. Februar	253
C. R. D. F. M. vom 26, Februar	90. 93

•				Seite.
R. b. M. b Jun. u. d. Fin. vom 18. März	٠	4	• (64
R. d. J. M. vom 12. April	•	•		180
R. D. pom 27. Juní	٠			121
Instruction b. F. M. vom 16. Juli . ,		*	•	150
R. d. F. M. vom 20. Juli				271
Publicandum vom 22. Juli		٠	•	
R. d. F. M. vom 15. August				
R. d. J. M. vom 18. August				
R. d. M. d. Jun. n. d. Fin. vom 22. August				81
Publicandum vom 29. August				
Schreiben b. J. M. vom 1. September				178
R. d. F. M. vom 18. September				927
R. d. J. M. vom 21. September		•		168
Anweisung vom 23. October				
Uebereinfunft pom 1. November				
R. D. vom 6. November				
C. R. b. F. M. vom 8. Dezember	•	٠	• •	11, 2/2
e. vi. v. g. pr. vom o. Dezemvei	٠	•	•	. 274
1838.				
R. b. F. M vom 3. Januar	٠	•	• •	257
A. b. F. M. vom 12. Januar	٠	٠		261
R. b. F. M. vom 13. Januar	•	٠		253
Berordnung nom 23. Januar	•			286
Zollgeset vom 23. Januar	•	•		.287 sq.
Zollordnung vom 23. Januar	•	•	. ,	. 302
Zollstrafgefet vom 23. Januar	٠			374
C. R. d. F. M. vom 28, Januar	•		•	• • 398
M. d. F. M. vom 6. Februar		•		184
R. d. F. M. vom 20. Februar				200
Ertenntniß b. G. D. E. vom 13. Mary				136
R. d. F. M. vom 29. März			•.	129
Gefet vom 31. Marz			•	30 33
R. d. F. M. vom 6. April	•	•	•	268
R. d. J. M. vom 9. April		Ţ		• • 166
R. D. vom 18. April				
R. d. M. d. Jun. u. d. Fin. vom 22. April .	•	•	• •	- 140.021 - 140.021
Bornepunta num 2 Mai	•	•	• •	160
Berordnung vom 5. Mai	•	٠	• •	• ron ser
By y a we now 32 way	٠	•	•	403
R. d. F. M. vom 25. Mai	٠	•	•	258
A. D. bom o. Junt	. •	• 2	7*	299

		Seite.
Geset vom 11. Juni		
R. D. vom 16. Juni	•	. 201
Geset vom 16. Juni	•	. 287
R. D. vom 21. Juni	•	. 287
F. M. R. vom 28. Juni	•	. 44
F. M. N. vom 28. Juni	٠	. 287
Mr. B. Mr. Mr. Mr. Mill. Chil.	_	. 111
R. b. F. M. vom 25. Juli	•	. 144
R. d. F. M. bom 27. Juli	•	. 170
C. R. d. F. M. vom 28. Juli		. 144
R. b. F. M. vom 25. Juli R. b. F. M. vom 27. Juli C. R. b. F. M. vom 28. Juli R. b. J. M. vom 30. Juli	•	. 170
Münzconvention vom 30. Inli R. d. F. M. vom 3. August	•	. 289
R. d. F. M. vom 3. August	٠	. 237
A S. bom 10. August		_ 202
R. d. J. M. vom 8. September	•	. 170
R. d. K. M. vom 12. September	• .	. 195
R. b. F. M. vom 5. October	•	. 263
M. b. K. M. vom 9. October	_	266
Bekanntmachung vom 18. October		. 106
R. d. J. M. vom 20. October.	160	. 167
R. D. vom 11. November		1.59
R. D. vom 20. November	• 4	. 173
R. d. F. M. vom 28. November		. 263
A. D. vom 20. November	•	. 174
1839.		
1539.		
Regulativ vom 12. Januar		. 361
Gefet vom 21. Januar		. 6
R. d. F. M. vom 31. Januar R. d. J. M. vom 8. Februar R. d. F. M. vom 13. Februar		383
R. d. J. M. vom 8. Kebrnar.		170
R. d. K. M. vom 13. Kebruar		267
R. d. F. M. vom 15. Februar	. 53	. 189
Plenarbeschluß b. G. D. T. vom 18. Februar		70
R. d. M. d. Jun. u. d. Fin: vom 24. Februar		69
C. R. d. J. M. vom 5. Märk	•	174
C. R. d. J. M. vom 5. März	•	398
la Mr. h & Mr. nom 25. Meärz		454
Landtagsabichieb vom 26. März	. .	49.
Kandtagsabschieb vom 26. März	. •	17A
R. d. H. Wom 28. Wärz	• •	18

· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	Seite.
C. A. pom 10. April	106
R. d. F. M. vom 10. April	111
R. Q. pom 11. april	170
R. vom 14. April	40
R. vom 14. April	74
Instruction d. F. M. vom 11. Mai	36 3
R. d. F. M. vom 13. Mai	237
M. b. K. M. vom 17. Mai	238
R. b. K. M. vom 18. Mai	263
R. d. K. M. vom 23. Mai	48
R. d. F. M. vom 23. Mai	396
R. b. J. M. pom 1. Junt.	157
R. d. J. M. vom 1. Juni	165
M. nom 6. Strift	53
R. b. M. b. Jnn. p. b. Fin. vom 7. Juni	78
Mr. h Sk. Mr. hom Q Strni	47
Suffraction nam 28 Suni	65
Suffraction b & M nom 28 Suni 146	ea.
Justruction vom 28, Juni Instruction b. I, M. vom 28. Juni C. R. d. J. n. F. M. vom 7. Juli	अपू• १९३
99 h 9: 90 nam 44 9:n/i	172
R. d. F. M. vom 11. Juli	260
99 5 C 103 nam 6 Waard	609 1 A A
on b on b com a b con nam a grand.	(·)
or while the book of the point of the bounds of the book of the bo	02
Plenaroelylus o. S. D. D. D. Duni 20. Rugup	00
Plenarbeschluß d. G. D. T. vom 26. August	100
N. d. y. W. dom 11. September	,0 0
Gefet vom 31. October	290
Berordnung vom 31. October	100
C. R. d. F. M. vom 16. November	78
R. d. F. M. vom 20. Rovember . ,	64
Regulativ vom 25. November	sq.
Schreiben d. J. M. vom 29. November	.69
R. d. F. M. vom 16. Dezember	64
C. R. d. F. M. vom 28. Dezember	.79
184 0.	
Publicandum vom 13. Februar	01
C. R. d. F. M. vom 16. Februar 301. 3	37
R. d. M. d. Jun. u. d. Fin. vom 20. Februar	85
84. b. J. M. vom 5. Mära	.38

R. D. vom 14. März	060
	263
Berordnung vom 21. März	274
R. b. M. b. Jnn. n. b. Kin. vom 24. März	86
M. b. M. b. Jun. u. b. Fin. vom 24. März	302
R. b. K. M. nom 25 Anril	90
Nublicandum b & M2 nom 27 Nuril	. 255
SP. h & SD nom 08 Mai	183
R. d. F. M. vom 25. April	66 453
Molat name 10 Chini	20
Geset vom 18. Juni	074
e. or. o. gr. with our 24. Junt	
R. b. F. M. bom 30. Juni	91
R. d. J. M. vom 2. Juli	173
R. d. F. M. vom 25. August	337
C. R. d. F. M. vom 9. September	
R. d. F. M. vom 27. October	92
C. R. d. F. M. vom 29. October	189
R. d. F. M. vom 31. October	92
R. d. F. M. vom 31. October	152
N. b. A. M. pom 4. Derember	152
N. b. F. M. vom 4. Dezember	. 44, 59
1841.	
R. d. F. M. vom 16. Januar	300
• • • • • • • • • • • • • • • • • • •	• • 000
R. d. J. M. vom 20. Januar	155
R. d. J. M. vom 20. Januar	155
R. d. J. M. vom 20. Januar	155 , . 189 . 45, 58.
R. d. J. M. vom 20. Januar C. R. d. F. M. vom 29. Januar K. D. vom 6. Februar R. d. K. M. vom 16. Kebruar	155 , . 189 . 45, 58.
R. d. J. M. vom 20. Januar C. R. d. F. M. vom 29. Januar K. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar	. 155 . 189 . 45, 58.
R. d. J. M. vom 20. Januar C. R. d. F. M. vom 29. Januar K. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft pom 8 Maí	
R. d. J. M. vom 20. Januar E. R. d. F. M. vom 29. Januar K. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereintunft vom 8. Mai	. 155 , 189 . 45, 58, . 111 . 263
R. d. J. M. vom 20. Januar E. R. d. F. M. vom 29. Januar R. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereintunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai	
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. d. F. M. vom 29. Januar K. D. vom 6. Februar M. d. F. M. vom 16. Februar M. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai	155 189 . 45, 58, 111 263 282 282, 400 286
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. d. F. M. vom 29. Januar K. D. vom 6. Februar M. d. F. M. vom 16. Februar M. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai	155 189 . 45, 58, 111 263 282 282, 400 286
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. d. F. M. vom 29. Januar R. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai R. d. F. M. vom 19. Mai R. d. F. M. vom 21. Mai	155 , 189 . 45, 58, 111 263 282 282, 400 286 92 263
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. d. F. M. vom 29. Januar R. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai R. d. F. M. vom 19. Mai R. d. F. M. vom 21. Mai	155 , 189 . 45, 58, 111 263 282 282, 400 286 92 263
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. b. F. M. vom 29. Januar R. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai R. d. F. M. vom 19. Mai R. d. F. M. vom 21. Mai C.R. d. F. M. vom 21. Mai	155 , 189 . 45, 58 111 263 282 282, 400 286 92 263 393
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. b. F. M. vom 29. Januar R. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai R. d. F. M. vom 19. Mai R. d. F. M. vom 21. Mai C.R. d. F. M. vom 21. Mai	155 , 189 . 45, 58 111 263 282 282, 400 286 92 263 393
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. b. F. M. vom 29. Januar R. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai R. d. F. M. vom 19. Mai R. d. F. M. vom 21. Mai C.R. d. F. M. vom 21. Mai	155 , 189 . 45, 58 111 263 282 282, 400 286 92 263 393
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. b. F. M. vom 29. Januar R. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai R. d. F. M. vom 19. Mai R. d. F. M. vom 21. Mai C.R. d. F. M. vom 21. Mai	155 , 189 . 45, 58 111 263 282 282, 400 286 92 263 393
M. d. J. M. vom 20. Januar C. R. d. F. M. vom 29. Januar R. D. vom 6. Februar R. d. F. M. vom 16. Februar R. d. F. M. vom 27. Februar Uebereinfunft vom 8. Mai Bertrag vom 8. Mai Bertrag vom 9. Mai R. d. F. M. vom 19. Mai R. d. F. M. vom 21. Mai	155 , 189 . 45, 58 111 263 282 282, 400 286 92 263 393

Seite.	•
R. D. vom 31. October	7
Landtags-Abschied vom 7. November 42)
C. A. b. F. M. vom 8. November)
C. R. d. F. M. vom 8. November	L
Befanntmachung b. F. M. vom 12. Dezember 106	,
Bekanntmachung vom 13. Dezember	
Anweisung vom 21. Dezember	;
M. pom 30. Dezember	;
Wekanntmachung vom 13. Dezember	;
C. R. d. K. M. pom 31. Derember	,
To all a Di Will Assure and Confirmation of the first of Tool Man	
1942.	
R. D. pom 8. Januar	
C. R. b. F. M. vom 15. Januar	
6. R. d. K. M. pom 17. Kannar	
C. R. d. F. M. vom 17. Januar	
94 nam 7. 91 nrif	
6. R. b. K. M. nom 23. Anvil	
R. 5) nom 29. Anril 454	
E. R. b. F. M. vom 23. April	
ore walk was Julie , , , ,	
6 5 nam 20 Serti	
R. D. vom 30. Juli	
R. D. vom 18. October	
Secondrung dom 22. Icovember	
R. D. vom 25. November	
C. R. d. F. M. vom 11. Dezember	
C. R. d. F. M. vom 14, Dezember	
C. R. d. F. M. vom 29. Dezember	
•	
1843 .	
Publicandum d. F. M. vom 18. Februar	
R. d. F. M. vom 24. Februar	
C. R. d. F. M. vom 13. März	
Of h M h Gran at h Grin nam 92 Mars 71	
M. b. M. b. Jun. u. b. Fin. vom 28. März	
R. d. F. M. vom 13. April	
orivioning vom 11. Wat	
R. D. vom 22. Mai	
R. d. J. M. vom 20 Juni	
veroronung vom 21. Juli	
R. d. F. M. vom 24. Juli	

			•	Sette.
C. R. b. F. M. vom 28. Juli	• •	• •	• •	47
R. D. vom 28. Juli	. •	• •	• •	260
Regulativ vom 10. September	• • •	• . •	, .	303
R. d. R. M. vom 15. September				164
R. v. J. M. vom 28. September			٠	164
Berordnung vom 24. November	• •		15 s	q 59
R. D. vom 24. November				67
R. d. M. d. Jun. vom 27. November			. ,	10
R. D. vom 8. Dezember				81
Circ. R. b. F. M. vom 22, Dezember				82
R. D. vom 22. Dezember			• . •	265
·				
· 1844.				
E. R. d. F. M. vom 31. Januar	• •	• •		189
3. M. R. vom 12. Februar	• •			10
C. R. b. F. M. vom 17. Februar				294
R. D. vom 28. Februar	• •			3 69
C. R. d. K. M. vom 16. März			•	104
Inftruction vom 22. Marg	. '.			15
Gefet vom 29. Mary				61
R. d. J. M. vom 4. April				. 82
R. b. F. M. vom 19. Mai		- A - T		338
C. R. b. F. M vom 81. Mai				328
R. D. vom 14. Juni				
R. D. vom 21. Juni				
C. N. b. F. M. vom 26. Juni				407
R. D. vom 1. Juli	•	• •	360	407
R. b. J. M. vom 12. Juli		• •	508	ያ ያስኔ
C. R. d. M. d. Jun. u. d. Fin. vom 8. Juli	• •	• •	•	401 201
o or or are or June no or Him while or June	• •,	• •	•	. #UU 07
R. D. vom 21. Juli				
R. d. F. M. vom 1. August	• •,	• •	• •	- d ut

Alphabetisches Sachregister.

(Die Zahlen meisen auf die Seiten bin.)

M.

Abbrennen ber Maische siehe Brennfrift. Maische. —

Abfertigung

ber Steuerschuldigen muß in den Dienststunden, im Nothfall auch außer den Dienststunden erfolgen 123. 124. — der vom Auslande einsgehenden Waaren so wie der ausgehenden 295. 302 sq. 308 sq. — zollfreier Gegenstände 310. — zu Riederlagen oder Packösen bestimmter Waaren 311. — zur Durchsuhr bestimmter 312. — beim Waarenausgange 313. 314. — der Fahrposten 314. — der Extraposten 315. 316. — Besugnisse der verschiedenen Dienststellen in Bezug auf die Absertigung von zollpslichtigen Ladungen und Gegenständen 340 sq. — Stunden der Absertigung bei den Aemtern an der Grenze und im Innern 345. — von Gegenständen, welche einer Uebergangsabgabe unsterliegen beim Eingange 403. — beim Durchgange 404. — beim Ausgange 405. —

Abgaben.

Einrichtung bes Abgabenwesens 3. 4. — Einführung ber neuen Abgaben im Areise St. Wendel 4. — Welche ältere Abgaben daburch aufgehoben 4. 7. 8. 10. — welche neuere Abgaben an beren Stelle getreten sind 5. 6. — Besondere Abgaben für abgesondert beslegene Landestheile 10. — Abgaben, die in den zum Thüringischen Joll- und Handelsverein gehörigen Preußischen Landestheilen zur Erbebung kommen 215. 216. — von der Runkelrüben-Zucker-Fabrikation 274 sq. 285 — beim Waaren-Ein-, Aus- und Durchgange 286 sq. — Erhebung der Abgaben 6. 7. — Erecutivische Einziehung der Abgaben überhaupt 13. in den westlichen Provinzen 15 sq. — siehe auch Ereknisch — Berjährung der Abgaben überhaupt 30 sq. — der Reclamationen dagegen 31. — der Rachsorberungen 32. — der Rückstände,

so wie in Kontraventionsfällen 32. — bei Minderfährigen und moralischen Personen 32. — bei Abgaben, die nicht zu sandesherrlichen Kafsen fließen 33. — beim Uebergange gewisser Gegenstände aus einem Bereinöstaat in den andern 400 sq. — siehe auch Uebergangsabgaben überhaupt die besonderen Arten von Abgaben unter ihren Namen.

Abschöpfen

fiebe Maifche.

Abweichung

von ber Steuerstraße 263. -

Acten

beren Mittheilung in gerichtlichen Stener- und Joll-UntersuchungsSachen an die Verwaltungsbehörden kann auf Antrag der Letteren während der Untersuchung geschehen — 148. — nach geschlossener Untersuchung 157. 176. — Uebersendung der geschlossenen an die competenten Gerichte 176. 385. — die Reposition der von den Hauptamtsjustitiarien gesührten Acten in Steuer-Contraventions-Sachen ersolgt bei den Hauptämtern 179. — deren Reposition Seitens der Steuerbehörde wegen Mangels an Beweisen 387. —

Altohol

was barunter zu verstehen sei 108. — verschiedene Bestimmung ber Stärke besselben 108. — siehe auch Alfoholometer. —

Alkoholometer

nach Richter und Tralles dienen zur Ermittelung der Stärke bes Branntweins 108. — ber gesetzliche ist der von Tralles 108. —

Amtsbiener

bei den Hauptämtern besorgen die Insinuationen in den von den Hauptamts-Justitiarien geführten Stener-Prozessen 177. — leisten zu diesem Behuse einen Supplementar-Diensteid 177. —

Unleitung

besondere für die Brennereibesitzer auf den Betriebsplänen bei Maischbrennereien 196. — bei Brennereien aus nicht mehlichten Stoffen 212. — auf den Steuerbüchern für die Brauer 239. — aur Ansertigung ber Waarendeklaration 306. —

· Anmelbung

ber Reclamationen gegen birecte Stenern 30. — gegen indirecte Abgaben 31. — der steuerpstichtigen Personen bei der Klassensteuer 43. — des Gewerbebetriebes und des Aushörens desselben 58. 54. — des Antrags auf Erneuerung eines Gewerbscheins 55. 74. — des Beginnes der Brennerei 113. 114. 187. — nach dem Regulativ für die Thüringischen Landestheile 218 sq. — Muster zu der Betriebe-Unnuel-

bung für Brennereien überhaupt 196 sq. — bei Breunereien aus nicht mehlichten Stoffen 212 sq. — der Brauerei 115. 239. — des Erntegewinnes bei der ehemaligen Weinmoststeuer 117. 118. — bei der Weinsteuer 245. 246. 248. — der Beränderung des Ausbewahrungsvortes für unversteuerte Weinvorräthe, 249 — der Tabalspstanzungen und des Erntegewinnes II9. 252. — des Brauens zum Haustrunk muß jährlich geschehen 116. — der Provokation auf rechtliches Gehör in Jollprozessen 385. — des Rekurses in diesen Sachen 387. — der Rechtsmittel gegen Erkenntnisse in Steuerdes in diesen Sachen 387. — der Rechtsmittel gegen Erkenntnisse in Steuerdestandationssachen 162. 163. 165. — der Übweichung von der gesessichen Brennfrist 187. — der Unterbrechung des Betriebs durch Unglücksfälle 191. — mahl- und schlachtsteuerpslichtiger Gegenstände deim Eingange in die Stadt 262. — der Runkelrüben-Zucker-Fadrikation 276. — der Geräthe dazu 277. — des Betriebes selbst 279. — der Borräthe an Zuckersabrikaten 281. — von Waaren bei den Grenzzolämtern und Ansageposten 303. — von Seiten der Reisenden, welche Gepäck bei sich führen 304. — von Baaren bei einer Kontrollstelle im Binnenlande 310. —

Anruf

ber Grenzausseher muß von Schiffsführern beachtet, und sobald als möglich still gehalten werden 342. — muß wiederholt geschehen sein, ehe von den Waffen Gebrauch gemacht wird 372. — dabei sind stets die Worte: "Halt! Grenzbeamte!" zu gebrauchen 372.

Ansageposten

vient, wo bas Grenzzollamt tiefer im Lande liegt, zur vorläufigen Anmeldung der zollpflichtigen Transporte 294. 303. — von dort aus werden die Waaren zum Grenzzollamte gewicfen, resp. begleitet 304. — wird mit Nebenzollämtern häufig verbunden 341. —

Apothefer

find der Steuer vom handel unterworfen 48. — können Blasen unter gewissen Bedingungen steuerfrei benutzen, bleiben aber der Kontrolle unterworfen 101. —

Appellation

ist gegen Erkenntnisse in Zoll- und Steuer-Straffachen zulässig 165.
— siehe auch Rechtsmittel.

Urreft

Personal — tritt ein in Steuer-Contraventions-Sachen, wenn ber Angeschuldigte der Flucht verdächtig ist 134. — bie Fortdauer bes Arrestes hängt von der Entscheidung des Richters ab 134. — bei fremden unbekannten Zollbefraudanten 383. — bei Ausländern, welche die gegen sie erkaunte Gelbbuße nicht abtragen 388. —

Auflagen

Ansfertigung

ber Gewerbscheine geschieht durch die Regierungen und smmer nur auf ein Jahr 55. 73. — der Betriebsdeklarationen für die Brennereien geschieht in duplo 187. — der Bescheinigung über die Anmeldung und Bermessung der Geräthe bei der Rübenzucker-Fabrikation 278. — der Waarendeklaration 305. 306. — der Begleitscheine 317. 348. 349. 353. — der Legitimationsscheine zum Transport von Waaren in dem Grenzbezirk 335, — der Uedergangsscheine 404. 405. —

Ausfuhr

von Branntwein gegen Stenervergütung 105. — in das Ausland 106. — in das Bereinsgebiet 106. — von inländischem Tabak begründet keinen Anspruch auf Stenervergütung 254. — siehe auch Bonification. — von Mehl- und Mehlsabrikaten über See gegen Stenervergütung 259. — von stenerpstichtigen Gegenständen aus einer Stadt in die andere 260. — Abfertigungsvorschriften für die Aussuhr 313. — Beweis der erfolgten Aussuhr 314. —

Ausgaben

bie Aufbringung ber Bezirks- und Gemeine-Ausgaben muß neben ben lanbesherrlichen Abgaben erfolgen 11. — tann aber auch im Wege eines Zuschlags auf die Klassen- und die Mahl- und Schlacht-Steuer erfolgen 11. — Unzulässigteit ber Aufbringung durch andere Arten von Ausschlägen 11. — siehe auch Communalzuschlag.

Ausgang

ber Waaren — ist in der Regel frei von Abgaben 288. — darf nur während der Tageszeit und auf der Jollstraße geschehen, wenn die Waaren zollpstichtig sind 294. — Borschriften bei der Absertigung 313. — solcher Waaren, die keinem Ansgangszoll unterliegen 314. — die zur Beredlung oder Bervollkommnung eingegangen sind 331. — die aus dem Inlande durch das Ausland nach dem Inlande versendet werden 328. — solcher Waaaren, die einer Uebergangsabgabe unterliegen 404. 405. —

Ausgangs=3011

288. — beffen Berechnung im Fall eines nen eintretenden ober veränberten Tarifs 291. — wie und wo er erhoben wird 295. 313. — Rebenzollämter I. Klaffe können ihn ohne Beschränkung, die II. Klaffe bis zu 10 Thaler erheben.

Ausgleichungs=Abgaben

fiehe Uebergangs-Abgaben.

Ausländer

beren Behandlung in Bezug auf bie Gewerbesteuer 46. 47. 50. — bei Gewerben, welche sie im Umberziehen betreiben 76. 50. — wenn sie inländische Messen und Märtte besuchen und bie anverkauften

Waaren zurückbeingen 331. — müffen, wenn fle Stenerbefrandationen begangen haben, in der Rheiuprovinz, innerhalb Landes ein Domicil wählen, ehe sie gegen Kantion entlassen werden 149. — deren Borladung in Steuer- und Joll-Defraudationssachen 156. — deren persönliche Gestellung 156. — Insinuationen an dieselben 156. 161. — an deren Stellvertreter 162. — deren Paspstlichtigkeit, wenn sie des Schleichhandels verdächtig sind 362. 363. — deren Berhaftung bei Joll-Defraudationen 383. — können sich mit der Unbekanntschaft der Gesehe nicht entschuldigen 382. — werden verhaftet, wenn sie die gegen sie in Zollprozessen erkannten Geldbussen nicht abtragen 388. — deren Behandlung bei Jollcontraventionen, wenn sie Unterthanen solcher Staaten sind, mit denen ein Zollkartell besteht 392 sq.

Muslieferung

von Zoll- und Steuer-Kontravenienten findet nach ben besondern Bestimmungen der bestehenden Kartellconventionen statt 395. 399. von in Beschlag genommenen Esselten solcher Defraudanten, die Unterthauen eines im Zollfartell stehenden Staates sind 397.

B.

Bagatell=Berfahren

(abgekürztes) in gerichtlichen Untersuchungen 141. 142. — in summarischen Untersuchungen bei ben Hauptämtern 150. — ist verschieden von dem Submissions- Berfahren bei ben Hauptämtern 151. — ist auch auf Fälle wiederholter Defraudationen anwendbar 152. — dabei entscheidet die Höhe ber Strafe in abstracto für die Julässissische Berfahrens 150. 152. — dabei unterbleibt die Abfassung eines Strafzesoluts 151. —

Badwaare.

unterliegt ber Mahl- (Fabrikat-) Steuer 256. 262. — barf im äußeren Stadtbezirk umherziehend feil geboten werden ohne Entrichtung der Mahlsteuer 261. —

Bäder

bilben eine Gefellschaft bei Bertheilung ber Gewerbestener unter sich 56. — mussen auch im äußern Stadtbezirk die Mahlsteuer entrichten 261. — durfen bas Mullergewerbe gleichzeitig nur mit Erlaubniß des Finanzministeriums betreiben 264. —

Baumwoline Baaren

welche zu Reappretur, Beredlung u. f. w. eingehen können im Zoll erleichtert ober bavon befreit werben 299. — ber handel damit unterliegt gewissen Kontrollen 335. 336. — sind bei ber Bersendung im Binnenlande kontrollpflichtig 337. —

Befreiung

von der Klassensteuer 37. 38. 39. 40. — von der Gewerbesteuer 50. 51. 52. 53. — namentlich durch Entrichtung der Maischsteuer 199. — von den Gefränke-Steuern und der Steuer von Tabaksblättern findet seine Befreiung statt 107. — von der Mahl- und Schlachtsteuer für gewisse Gegenstände 263. — für Mengen unter in Centure 262. 263. — bei zeitweisem Ausenthalt an klassensteuerpslichtigen Orten 260. — ausnahmsweise von der Josephichtigkeit für Versendungen aus dem Julande durch das Ausland nach dem Inlande 298. 328. — beim Meß- und Marktverkehr so wie bei gewissen Gegenständen 299. 330. 331. — beim Grenz- und Seeverkehr 300. 332. — von der Legitimationspslichtigkeit deim Transport im Grenzbezirke 333. — von der der Gelöstrafe substituirten Freiheitsstrafe kann nur durch Erlegung der ersteren bewirft werden 359. —

Begleitschein

bient zur Erbebung und resp. Sicherung des Zolles 316. 347. — Unterschied zwischen Begleitscheinen Ro. I. und II. 347. 348. — Berfahren bei der Aussertigung 349. — Anstempelung der Declaration 350. — wesentlicher Indatt des Begleitscheins I. 317. 350. — namentlich in Bezug auf die Personen und Waaren 351. — in Bezug auf die Sicherütellung des Zolles 352. — Verpstichtungen daraus 318. — namentlich für die Ertrahenten und die Beamten 347. — bei eintretender Transportverzögerung oder Verührungen 318. 353. 355. — namentlich wegen ungewöhnlicher Zusäke oder Theilung der Ladung 355. — wenn Schiffe einfrieren 356 sq. — Begleitschein Ro. II. 319. — bessen Aussertigung 353. — Verpstichtungen daraus 320. — Erledigung der Begleitscheine I. 358. — Ertheilung des Begleitschein-Abgabeattestes 359. — wenn Abweichungen sich ergeben 360. — Erledigung der Begleitscheine II. 361. —

Begleitung

ber Waarentrausporte von dem Anfage-Posten zum Grenzzollamte burch Grenzaufseher geschicht zu gewissen bekannt gemachten Tageszeiten 303. 304. von Fuhrwerf und Transporten zur nächsten Hebestelle durch die Grenzausseher 342. —

Begnabigung

Immediat-Gesuche suspendiren die Strafvollftreckung 167. — Berfahren mit dergleichen Gesuchen 171. — kann in direkten Steuerunterssuchungssachen von dem Finanzminister ansgesprochen werden, aber nicht in direkten 172. — steht den Ober-Präsidenten und Regierungen nicht zu 172. —

Belehrung

wegen der Rechtsmittel bei gerichtlichen Untersuchungen 160. 161. - wegen der erhöhten Strafe im Wiederholungsfalle beim summari-

schen Bagatell- und Submissions-Berfahren 151. — in gerichtlichen Defrandationsprozessen 160. 161. — insbesondere in Zollprozessen 387.

Bergbau

Hammer - und Hüttenbetrieb find unter gewiffen Bedingungen von ber Gewerbesteuer befreit 52. —

Bergung

bes Strandgutes tann, auch wenn es zollpflichtige Waaren enthält, au-Berhalb ber für ben Eingang bestimmten Safen gefchehen 303. 332.

Beschwerben

über die Grenzämter und Aufseher können in das dazu bei ben Jokftellen vorhandene Beschwerderegister eingetragen werden 346. —

Bestechung

ver Gewerbesteuer-Beamten 61. — ber übrigen Steuerbeamten 124. 132. — nach dem Regulativ für die Thüringischen Landestheile 234. — ber Grenzaufseher 345. 346. — wird mit dem 24 fachen Werth bes Angebotenen oder mit 10—500 Thir. event. verhältnismäßigem Gefängniß bestraft 382. —

Beschlagnahme.

von Altiv-Forberungen im Wege ber Exefution wegen rückftänbiger Abgaben 15. 26. — ber Früchte auf bem Halme 25. — ber Waaren und Wertzeuge wegen rückständiger Gewerbesteuer 59. — bei Contraventionen gegen die indirekten Steuern 134. — Freilassung der in Beschlag genommenen Sachen 134. — zollpstichtiger Waaren zur Sicherung bes Jollanspruchs 291. — von nicht gehörig legitimirten Gegenständen beim Transport 343. — der Gegenstände einer Jollgesepädertretung, sowie der Transportmittel 383. — Wann und unter welchen Bedingungen deren Freilassung eintritt 384. — der von unbekannten entsschenen Zolldefraudanten hinterlassenen Sachen 390. — von Gegenskänden in solchen Staaten, mit denen ein Zollkartell besteht 394. —

Betrieb

ber Gewerbe muß sowohl beim Anfange als bei bem Anfhören angezeigt werden 53. — im Umberziehen erfordert er die Lösung eines Gewerbescheins 54. 72. — Strafe der Unterlassung der Anzeige 60. — der unterbliebenen Lösung eines Gewerbscheins 61. 83. 87. 89. — Der Betrieb gewisser Gewerbe ist im Grenzbezirke an bestimmte Controllmaaßregeln gebunden 335. — s. auch Gewerbe. — Im Umherziehen darf im Grenzbezirk in der Regel überhaupt kein Gewerbe der trieben werden 82. — des Kleinhandels mit Geträsken und der Gastwirtsschaft ist an polizeiliche Erlaudniß gebunden 94—98. — Unterssagung des Gewerbebetriebs tritt zeitweise und gänzlich als Strafe wiederholter Steuerbefraudationen ein 126. — Strafe der Uebertretung des Betriebsverbots 138. — Betrieb der Brennerei 156 sq. — dessen

Unterbrechung burch Ungläckfälle 191. — bet Brennerei and nickt mehligen Stoffen 203 sq. — bessen Unterbrechung durch Jusall 206. — ber Brennereien in den zum Thüringischen Zollverbande gehörigen Preußischen Landestheilen 216 sq. — der Branerei 235. — der Branerei und Brennerei zusammen 236. — des Müller- und Bäckergewerbs zusammen erfordert die Erlaubniß des Finanz-Ministeriums 264. — der Rübenzucker-Fabrikation 276 sq. 279. — darf im Berein mit Kolonialzucker-Fabrikation so wie im Grenzbezirke nur unter gewissen Beschränkungen statt sinden 276. — von gewissen Gewerben im Grenzbezirke ist nur unter Beobachtung besonderer Koutrostvorsschriften gestattet 296. 335. —

Betriebs=Plan

ist bei Brennereien an die Stelle des sonst üblichen Bersteuerungsbuches getreten 113. 187. 193. — muß doppelt übergeben, reinlich ausbewahrt und dem Steuerbeamten zu jeder Zeit vorgezeigt werden 113. 122. 127. 187. — über den Gebrauch der Hülfs- und Rebengefäße 189. — das Formular zu beiden wird unentgeltlich geliesert 187. — Muster dazu 196. — bei Brennereien aus nicht mehligen Stossen 203. — Muster dazu 212. — s. auch Declaration.

Bezeichnung

ber Brenn- und Braugerathe 112. — Strafe ber unterlaffenen Bezeichnung ber Brenngerathe 126. — ber Maischgefäße 192. — ber Säcke, in benen Mahlgut zur Mühle geht 257. — ber Gerathe zur Rübenzucker-Fabrikation 278. —

Bezettelung

bes zur Mühle gehenden Getreides 257. 266. — ber Transporte im Grenzbezirk 333 sq. — gewisser Waaren bei ber Bersendung im Binnenlande durch Frachtbriese 337. — sie mussen mit der Waarenladung übereinstimmen 339. — den betr. Zollstellen vorgelegt werden 338. —

Bezeitelungs= (Berschluß) Gelber

werben neben bem Joll für die Abfertigung von Waaren unter gewissen Kontrollformen entrichtet 290. —

Bier

bessen Bereitung unterliegt ber Steuer 102. — zum Hausbebarf kann es in Rochkesseln steuerfrei gebraut werden 104. — bessen entgeltliche Berabsolgung im Hause oder an andere nicht zum Hausstande gehörige Personen Seitens des blos zum Brauen des Haustrunks Berechtigten ist strafbar 129. — davon wird eine Uebergangsabgabe erhoben 403. —

Binnen-Lanb

ift bas innere Land, welches burch die Binnenlinie von bem Grenzbezirk

geschieben wird 293. — ausnahmsweise Beaufsichtigung bes Waarenverkehrs im Binnenlande 296. — namentlich durch die Bezettelung bes Transportes mit Absertigungsscheinen und Frachtbriesen 336. 337 sq. — sonst ist der Waarenverkehr im Binnenlande frei 292. — Haussuchungen zum Zweck der Berfolgung von Zollbefraudationen im Binnenlande 297. — Controlle für gewisse Gewerbtreibende in bemselben 336. —

Binnenlinie

scheibet ben Grenzbezirk von dem übrigen Staatsgebiet (bem Binnenlande) 293. — Anmeldung der Baaren bei einer Controllstelle an der Binnenlinie 310. — Uebergang der einer Ausgleichungsabgabe unterliegenden Gegenstände über dieselbe 403. —

Binnen=Bölle

sowohl bes Staats als der Kommunen und Privaten sind unzulässig 292. — Ausnahme hiervon bei den Wasserzöllen, Brück- Fähr = und Schleusengeldern 293. —

Blafen

können von Apothekern fleuerfrei benutt werden 101. — beren Bermessung und Beaufsichtigung 112. — beren Berkauf und Berfertigung steht unter fleuerlicher Controlle 110. 111. — bei gerichtlichen Auktionen 111. — können zum Wasserkochen ober andern Zweiken steuerfrei unter Controlle gebraucht werden 101. 191. — werden bei der Brauntweinbereitung ans nicht mehligen Stoffen für die Zeit der Ruhe außer Gebrauch gesetzt 207.

Blasen=Zins

an bessen Stelle ift die Maischsteuer getreten 100. 185. — Berechnung und Erhebung des ehemaligen Blasenzinses 101 fig. — Unterschied des Blasenzinses und der Maischbottigsteuer 186. — bessen Ausbebung für die Liqueur-Fabrikation 192. —

Bleie

(Plomben) bienen zum Berschlusse ber Waaren und Labungen bei ber Zollerhebung und Absertigung 321. — an beren Stelle kann auch Bersiegelung ober sonstiger Berschluß treten 321. —

Bonififation

ver Branntweinsteuer bei Versendungen in das Ansland 105. 106. — in das Vereinsgebiet 106. — wegen unterbrochenen Betriebs 110. 191. — wird für sauer gewordene Maische nicht gewährt 191. — bei Branntweinbereitung aus nicht mehligen Stoffen 207. — der Steuer für inländischen Tabak bei der Anssuhr wird nicht gewährt 254. — der Mahlsteuer für die Mehlaussuhr über See 259. — des Kommunalzuschlags von Mehl- und Fleischwaaren für das Militär 260. — der Mahlsteuer bei Bersendung aus einer steuerpflichtigen Stadt in die

andere ift unzulässig 259. — ber Schlachtstener für unrein befundenes Bich 260. — ber Rübenzuder-Steuer wird nicht gewährt 275. 276. — bes Eingangszolles für die von fremden Fabrifanten zu inländischen Meffen eingeführten unverkauft gebliebenen Waaren 331. —

Branntwein

bessen Kabrikation unterliegt ber Maischstener 100. — bessen Aussührung über die Grenzen 106. — Nachversteuerung der Borräthe bei Erlaß des Gesetzes vom 8. Februar 1819. 107. — die gesetzliche Stärke besselchen beträgt 50 Prozent Alfohol nach dem Alfoholometer von Tralles 108. — aus Obst, Beeren und andern nicht mehligen Stoffen 191. — muß bei der Bersendung im Binnenlande in Mengen über einen halben Zentner Netto durch Frachtbrief legitimirt sein 337. — davon wird eine Uebergangs-Abgabe erhoben 403. —

Branntwein=Brenner

muffen ihre Fabrikations-Räume und die Geräthe anzeigen und dieselben vermessen lassen 111. — dürfen bergleichen nicht ohne Anzeige aus den Sänden geben 112. — muffen das Versteuerungs-Buch (Vetriebsde-claration) reinlich aufbewahren 127. 187. — haften für ihre Gewerbsgehülsen, Gesinde, Kinder, Ehegatten zc. bei Steuerkontraventionen in subsidium 130. 131. — deren sonstige Verpstichtungen in Bezug auf den Betrieb 187 sq. — muffen, wenn sie den Vetrieb nicht selbst leiten, ein für allemal denjenigen benennen, der in ihrem Auftrage handelt 187. — zahlen neben der Maischlener keine Gewerbesteuer 199. —

Branntwein-Steuer

ward zuerst in Form bes Blasenzinses erhoben 99. 100. — an bessen Stelle trat später die Maischseuer 100. 186. — siehe übrigens Maisch-Steuer — für Fabrikation aus Obst, Beeren und anderen nicht mehligen Stossen wird sie in Form einer Material-Steuer erhoben 191. 202. 208 sq. — schließt vie Gewerbesteuer aus 199. — beren Einführung in den zum Thüringschen Zollverbande gehörigen Prenß. Landestheilen 215 sq. — Borschriften für den Betrieb 217 sq.

Brauer

barunter ift nicht blos ber, ber gewerbsmäßig, sonbern jeber ju verstehen, ber braut ober für seine Rechnung branen läßt 237. — haftet für seine Gewerbsgehülsen, Gesinde, Ebegatten zc. in subsidium 130. 131. — muß seinen Borrath an Malzschroot an einem bestimmten Orte ausbewahren 235. — auch beclariren wie viel Bier er aus bem angemeldeten Braumalz ziehen will. 236. — (siehe übrigens Brauerei.)

Brauerei

unterliegt einer Steuer von 16 gGr. für ben Zentner Braumalz 102.
— aus andern Substanzen als Braumalz ist sie steuerfrei 102. — bes Haustrunks 104. — In jeder Brauerei muß eine Waage vorhanden sein 114. — Anmelbung des Betriebs 115. 235. 239. — Untersagung

beffelben wegen Steuerbefranbation 126. 138. — Branerei gemeinschaftlich mit Brennerei betrieben 236. —

Brau=Geräthe

beren Berkauf in öffentlicher Auktion 111. — muffen steneramtlich angemeldet und durfen ohne vorherige Anzeige nicht verändert ober anders wohin gebracht werden 115. — Strafe der Unterlassung dieser Anzeige 128. — der nicht angezeigten Uebergabe von Braupfannen an Andere 129. —

Braumalz

zur Bierbereitung unterliegt ber Stener von 16 gGr. pro Centner 102. — zur Efsigfabrikation 102. — Berfahren bei ber Bersteuerung und Berwiegung desselben 114. 237. — darf ohne Anzeige nicht nachgemaischt werden 116. — muß an einem bestimmten Orte ausbewahrt und der Borrath davon angezeigt werden 235. — das über das deklarirte Duantum vorhandene wird als Gegenstand einer beabsichtigten Defraudation angesehen 235. 236. — bessen Ausbewahrung an einem andern als dem beclarirten Orte 235. 237. — unterliegt einer Uebergangsabgabe 403. —

Braumalz=Steuer

Einführung berselben 99. 102. — muß vor ber Einmaischung entrichtet werden 103. — Fixation berselben 103. 117. — Erhebung derselben im Wege der Mahlsteuer 103. — wird für den Haustrunk in Rochkesseln nicht bezahlt 104. — Ermittelung derselben durch Verwiegung des Braumalzes 114. 237. —

Brennerei

ist gegen Entrichtung ber Maischsteuer von ber Gewerbesteuer frei 51. 199. — steht unter Aufsicht der Steuerbehörden 102. — Berpflichtung der Inhaber in Bezug auf Anmeldung der Käume und Geräthe 111. 192. — darf von Bersertigern von Destillir- und Brenngeräthen nicht betrieben werden 102. — im Grenzbezirke unr unter gewissen Kontrollvorschriften 102. — Anmeldung des Betriebs und der Bersteuerung 113. 114. 186. — aus nicht mehligen Stoffen 199. 202 sq. 212. — besondere Borschriften sür die lestere Art des Betriebes 211. — Revision der Brennereien überhaupt 120. 121 sig. 193. — besonders solcher die aus nicht mehligen Stoffen brennen 205. — Untersagung des Betriebs wegen Steuerdefraudation 126. 138. — landwirthschaftliche werden in der Steuer erleichtert 199. 201. — in den zum Thäringschen Zollverbande gehörigen Preuß. Landestheilen 217 sq. —

Brennfrift

frühere Brennfristen bei Erhebung bes Blasenzinses 100. 102. — Strase ber Ueberschreitung 127. — bei Erhebung ber Maischsteuer 187. 189. — beren ausnahmsweise Berlängerung kann von ber Steuerbehörbe genehmigt werben 190. — bei Brennereien aus nicht mehligen Stossen 204. — Abweichungen ober Neberschreitungen ber Brennfrist 193. —

28*

Brenn = Gerathe

beren Ermittelung und Aufsicht barauf 111. — bürfen nicht ohne Anzeige aus den Händen gegeben oder verändert oder transportirt werden 111. — beren Berkauf in Auctionen 111. — müssen vermessen und bezeichnet werden 112. — werden amtlich außer Gebrauch gesetzt und verschlossen, sobald kein Betrieb statt findet 113. 158. 190. 207. — Freimachung derselben 113. — dürsen nicht eigenmächtig in Gebrauch gesetzt werden 113. — Ansnahmen dovon 114. — stehen, auch wenn seinst zu andern Iwerden als zur Branntwein- oder Liqueur-Fabriation gebraucht werden, unter Aussicht der Steuerbehörde 191. — Strase der unterlassenen oder unrichtigen Bezeichnung, und Beränderungs-Auzeige 126. — der eigenmächtigen Abnahme des Berschlusses 127. — der Berletzung des Berschlusses 127. — dürsen unter gewissen Bedingungen über Racht mit Wasser, Schlempe oder Maische gefüllt siehen 188. 189. —

Brob

deffen Berkauf auf offenem Markte an Markttagen burch Landleute ist gewerbsteuerfrei 51. — unterliegt ber Mahl- (Fabrikat-) Steuer 262.

Bruftschild

welches jeber Grenzaufseher bei sich führt 340. — muß von ihm auf Berlangen vorgezeigt werden 346. —

Brutto - Gewicht

ift bas Gewicht ber Waare in vollig verpacktem Zustande 308. 365. — Bei welchen Waaren baffelbe für Ermittelung bes Zollbetrages maaßegebend ift 365. 366. —

Budweizen

unterliegt ber Mabifteuer, wenn er ju Mehl vermablen wird 256. -

Bürgschaft

(Kaution) die Entscheidung fiber beren Höhe in Fällen, wo Defrandanten in die gerichtl. Gefängnisse abgeliesert sind, steht den Gerichten au 149. — für die Entrichtung des Zolls bei Waaren, welche zu Nieberlagen unverzollt abgesertigt werden 311. — für Gefälle-Credit bei Eingangs. Ausgangs und Durchgangs-Abgaben 327. 328. — bei Versendungen von Waaren aus dem Inlande durch das Ausland nach dem Inlande 329. — bei Aussertigung von Begleitscheinen I. für den Zollbetrag 352. 354. — für die wegen Zollgesepübertretung in Beschlag genommenen und freizugebenden Gegenstände 384. — bei Ertheilung von Uebergangsscheinen 405. —

Communen

(Gemeinen) beren Mitwirtung bei ber Einziehung öffentlicher Abgaben 7. — namentlich ber Grundsteuer 7. — ber Klassensteuer 42. 43. 45. — haben die Bahl statt ber Mehl- und Schlachtsteuer, die Klassensteuer zu beantragen, und umgekehrt 7. — beren Berpstichtung zur Unterhaltung des Verschlusses steuerpstichtiger Städte und zu Beiträgen für die Erhebungs-Lokalien 11. 272. 273. — Borschriften für den Abbruch der Stadt-Mauern und der Thore 272. — können Communalzuschläge erheben 11. — erhalten den 25sten Theil der Einnahme für die Erhebung der Gewerbesteuer 59. — und 4 Proz. für die örtliche Erhebung der Klassensteuer 45. —

Communal=Beamte

(Gemeinbebeamte) haben gleich ben Kreisbehörden die Grund-, Klassenund Gewerbe-Steuer einzuziehen 43. 47. 58. — sind in den westlichen Provinzen davon entbunden 45. 58. — beren, resp. der Ortsvorftände, Juziehung bei Pfändungen wegen rückständiger Abgaben 21. bei der Bersteigerung abgepfändeter Essekten 24. — bei Hanssuchungen durch die Steuer- und Zoll-Beamten 121. 123. 297. — deren Bestrasung bei Bergehungen gegen die ihnen nach dem Gewerbsteuer-Geses obliegenden Berpstichtungen namentlich bei Bestechungen 61. — deren Mitwirkung bei Ermittelung und Erhebung der ehemaligen Beinwost-Steuer 117. 118. — desgl. bei der Beinsteuer 245. 248. — desgl. bei der Labals-Steuer 119. 252. — deren Juziehung bei außerordentlichen Revisionsmaaßregeln Seitens der Steuerbeamten 120. 121. deren Dienstvergehen werden nach den Borschriften des A. E. Rechts bestraft 125. — sind verpstichtet die Grenzbeamten zu unterstützen 294. — müssen, wenn sie zur Handhabung der Waarensontrolle im Binnenlande beaustragt sind, mit einer Legitimations-Karte versehen sein 344.

Communal=Zuschlag

bamit können Bezirks - und Gemeineausgaben erhoben werden 11. — Berpflichtung der Städte, welche Communalzuschläge erheben, in Betreff bes Stadtverschlusses 11. — wird bei Normirung der Defraudationsstrafe der Steuer hinzugerechnet 137. — wird bei dem für das Militär bestimmten Fleisch vergütet 260. — wird bei der Eindringung steuerpssichtiger Gegenstände in Berlin nacherhoben 260. — wo er erhoben wird, tragen die Städte zur Erhaltung der Erhebungslotalien bei, oder müffen dergleichen ohne Miethsentschäung hergeben 273. — Julässigteit der Communal-Juschläge in Bezug auf Waaren, von denen Uebergangsabgaben erhoben werden 402. —

Competenz

ber Berwaltungsbehörben gur Bollftredung von Exefutionen 13. 14. 15fig.
— ber Magisträte und resp. Landräthe gur Führung und Entscheidung ber Untersuchungen wegen Klassensteuer-Kontraventionen 43. — bei Untersuchung und Bestrasung von Bestechungen gegen Gewerbesteuer-Beamte 61.

- ber Stabt-Polizei- und Rreisbeborben zur Entscheidung ber Gewerbesteuer-Routraventionen 84. - ber Lotalpolizeibehörden in Rontraventionssachen gegen bie Gesetze megen bes Rleinhandels mit | Getran-- ber Regierungen jur Untersuchung gegen entwichene Haufir-Steuer-Rontravenienten 88. — bes Landrathe zur Ertheilung ber Erlaubnificheine für ben Rleinhandel mit Getranten 98. - ber Steuerbeborben jur Führung ber Untersuchungen in Steuerkontraventionsfachen 134. 135. 139. - ber Bermaltungsbeborben überhaupt 143. — ber Regierungen und Provinzial. Steuerdirektionen 144. ber Sauptamter gur Kubrung ber Untersuchung 144. 145. - gur Entscheidung 146. — ber Regierungen jur Festsehung ber Strafen wegen Uebertretung bes Berbots bes Gewerbetriebs 138. — besgl. der Strafe wegen Bestechung von Steuerbeamten 133. — ber Gerichte gur Rubrung und Entscheidung ber Steuer-Prozesse im Allgemeinen 140. 111. 154. — besonders ber Untergerichte 154. — ber Patrimonial-Gerichte 155. — im Allgemeinen ift bas forum delicti commissi competent 155. — in Fällen, wo die Defraudanten verhaftet und in Die Gerichtsgefängnisse abgeliefert find, in den alten Provinzen 147. — in Neuvorpommern und bem Bezirk bes Justigsenats zu Robleng 149. — in ber Rheinproving 149. 150. — gegen Militairpersonen 140. - bes D. &. Gerichts Magbeburg jur Aburtelung ber von ber Regierung zu Bernigeroge nicht zu entscheibenben Civilsachen 166. - ber hanptamtsjuftitiarien zur Aufnahme von Berhandlungen ber freiwilligen Gerichtsbarfeit 178. - jur Führung ber Untersuchung gegen verhaftete Defraudanten 188. — jur Untersuchung von Chauseegeld-Defraudationen 177. — zur Bernehmung von Zeugen auf Requisition auswärtiger Beborben 178. — jur Untersuchung gemeiner Berbrechen 179. — ber einfachen Polizeigerichte zur Festsegung ber in dem Regulativ wegen Pagpflichtigfeit der Grenzbewohner angedrobten Polizeistrafen 364. - ber Sauptamter zur Untersuchung und Beftrafung ber Bergeben gegen die Borfdriften über die Baarenfontrolle im Binnenlande 384. — zur Untersuchung und Bestrafung von Zollkontraventionen und Defraudationen 386. — ausschließliche resp. ber Berichte und ber Steuerbehorben für gewiffe Bollfontraventionen 385. - ber Sauptamter zur Erhebung ber Uebergangsabgaben 404.

Concurrenz

von Steuer-Kontraventionen mit andern Berbrechen 132. — barüber wird in abgesonderten Aften verhandelt und erkannt 166. —
schließt die Competenz des Hauptamtsjustitiarius zur Führung der Untersuchung aus, welcher die Aften an das competente Gericht abzugeben hat 179. — von Zollsontraventionen mit anderen Berbrechen 382. — namentlich bei solchen Kontravenienten, welche Unterthanen der im Zollsartell stehenden Staaten sind 395.

Confistation

bei Bergehungen gegen bes Haustr-Regulativ 87. — insbesondere bei unbefannten entstohenen Haustrern 88. — Bei Gewerbesteuer-Contraventionen überhaupt 61. — beim Gewerbebetrieb im Umherziehen 88.

- ber Brenn- und Brangerathe bei unbefugtem Betriebe 126. der unrichtig bemaischten Bottiche und Gerathe 193. 199. — der verichwiegenen ober ohne Anzeige veranderten Brenngerathe — desgl. der Braugerathe 128. — des Braumalzes, welches gegen die Declaration vorgefunden wird, ift nicht zulässig 238. — Confiscirte Gegenstände fallen bem Staat als Eigenthum ju und tonnen ohne Rudficht auf den Abschluß ber Untersuchung aus dem Nachlaffe des verstorbenen Denunciaten verlangt werden 108. - Confistation bei Defraudationen ber Dabl- und Schlachtfteuer 264. - biebei fann ftatt berfelben auf Bertheerlegung nicht erkannt werden 267. — ungeftempelte Rarten und ber Gerathe ber Rartenfabrifanten 288. - Der Gegenstände eines Bollvergebens 375. 381. - wo fie nicht vollzogen werden fann, wird auf Erlegung bes Werthes, event. einer Gelbsumme pon 25 — 1000 Thir., erkannt 381. — Wirkungen berfelben in Besung auf die Rechte bes Staats 382. — Confiskation ber von unbekannten entwichenen Bollbefraubanten binterlaffenen Sachen 390. - ber Erlos von Confiscaten in Bolldefraudationsfachen, bei benen Unterthanen ber im Bollfartell ftebenben Staaten concurriren, verbleibt bemjenigen Staate in welchem bie Berurtheilung erfolgt ift 396. -

Contraventionen

gegen bie Borichriften bes Rlaffenfteuer-Gefetes 43. - gegen bas Gewerbesteuer-Gefet 60. 62. fig. - gegen bas Saufir-Regulativ 84. 85. 86. 89. — gegen die Borfchriften wegen des Kleinhandels mit Getranten 96. — gegen die Steuerordnung vom 8. Febr. 1819, na-mentiich bei ber Brennerei 126. 127. 193. — ber Brauerei 128. 129. 235. - in welchen Fällen fie von bem Untersuchungerichter zu inftruiren find 176. - gegen bas Maifchfteuer-Regulativ 193. 194. gegen bas Regulativ für bie Branntweinbrennerei aus nicht mehligen Stoffen 210. — gegen bas Debl - und Schlachtsteuer-Gefes 264. gegen die in den Ortsregulativen erlaffenen Controllvorschriften 265. - gegen bie Bestimmungen wegen Fabritation des Rübenzuckers 281. gegen bie Borschriften wegen ber Paftontrolle ber Grenzbewohner bei Inländern 362. — bei Ausländern 363. — gegen bie Bestimmungen ber Bollgesetze 380. — in benjenigen Staaten, welche unter fich im Bollfartell fteben 393. 396. 398. — Befugnif ber Beamten beren Spuren in bie andern mitcontrabirenden Staaten zu verfolgen 394. in Bezug auf die Borfdriften wegen Erhebung ber Uebergangsabgaben 466. —

Contrebanbe

Begriff und Unterschied von der Zolldefraudation 375. — Wann sie für vollbracht angesehen wird 376. — Bestrasung im Allgemeinen 375. — unter erschwerenden Umständen 379. — der Theilnehmer und Geshülfen 380. —

Controlle

über die Blasen der spotheter 101 — des Brennereibetriebs im Grenzbezirk 102. — der Brenn- und Bran-Geräthe überhaupt 111. 113. 120 fig. 122. 186. fig. 193. — bes Erntegewinns bei ber ehemaligen Weinmoftfteuer 118. 123. — ber ehemaligen Tabatsfteuer 119. 120. 123. — ber Maischsteuer 185 sq. — ber Liqueur-Kabrifation 192. ber Brennereien, welche nicht mehlige Stoffe verarbeiten 202 sq. 209. - über die Deftillir-Gerathe, welche nicht gur Branntwein- oder Liqueur-Kabritation bienen 191. - ber Bier-Brauereien 235. 236. ber Weinsteuerbegirte mabrend ber Leefe und Relterung 246. — ber Beinbestände 245. — ber unverfteuerten Beinbestande 250. — Gewerbtreibenden, welche Mabl- und Schlachtfteuer gablen 264. - befonders durch die Ortsregulative 265. - ber Gewerbtreibenden im außeren Stadtbegirt 261. - ber Dublen bezüglich ber Entrichtung ber Mabl- und Schlachtsteuer 270. — ber Biebbestände bebufs ber Schlachtsteuer 265. - über bie Rübenzuder-Kabrifation 276. 279. bes Baarenverfehrs und Transportes im Grenzbezirfe 295. 333. 334. - bes Gemerbebetriebs im Grenzbegirte 296. 335. - bes Baarenpertebre und Gewerbebetriebs außerhalb bes Grenzbezirfs 296. 335. 336. — burch Begleitscheine 316 sq. 346 sq. — ber Baarentransporte im Binnenlande burch Frachtbriefe 336. 337 sq. — ber Grenzanwohner, welche bes Schleichhandels verdächtig find 361. 363. -

Controll=Abgabe

von der Fabrikation des Rübenzuckers 274. 276. — wann und von wem sie zu entrichten ist 279. — Höhe derselben und Erhebungsmodus 274. 275. — Kiration derfelben 275. 276. — An deren Stelle trat später die Rübenzucker-Steuer 282. 285. —

Contumazial=Berfahren

findet Seitens der Berwaltungsbehörden in Hausir-Stener-Contraventions-Sachen nicht Statt 88. — siehe auch Berfahren, Untersuchung.
— wo dasselbe in administrativen Untersuchungen wegen Stenervergehen nothig wird, führt der Hauptamts-Justitiarins die Untersuchung 176.
— der Hauptamter in Jolicontraventions-Sachen, welche sich nicht zur gerichtlichen Entscheidung eignen 386. —

Crebit

ber Maischstener findet in der Regel bis zum letzten Tage des beclarirten Monats statt 190. — längere Creditirung der Steuer für Gewerbtreibende, welche Branntwein im Borrath brennen 190. — der Weinsteuer für Weinbauer 251. — der Abgaben aus den Gesetzen vom 23. Januar 1838. 327. — insbesondere für Weingroßhändler 328. —

· Crebit-Lager

fiebe Rieberlage.

Dampfteffel

in Brennereien find Theile des Deftillir-Gerathes, find alfo gehörig anzumelben und in ben Betriebsplan mit aufzunehmen 111. —

Dampfmühlen

erfordern bei ber Anlegung sowohl die steuerliche als die landespolizeiliche Genehmigung 258.

Declaration

Betriebsbeclaration bei Brennereien ift an bie Stelle bes Berftenerungsbuches getreten 113. 186. — muß boppelt übergeben werben 187. fiebe auch Brennerei, Betrieb, Betriebsplan - wird unentgeltlich geliefert in bem bagu vorgefchriebenen Mufter 187. 196. bei Brennereien aus nicht mehligen Stoffen 203. 212. — bes Malafcroots bei ber Brauerei 235. — muß fich auch auf die Menge an Bier erftreden, welche ber Brauer ziehen will 236. — bes Ortes, wo das Braumalz auftewahrt wird 237. — des Weingewinnes 247. 248. — der Tabatspflanzungen 253. 254. — der Gewerbs- und Vorraths-Iotalien feitens ber Müller und Schlächter 264. — ber Rübenzuckerfabritation, fiebe Unmelbung - ber einzuführenben Baaren nach Art und Menge 294. — Form und Inhalt biefer Declaration 304, 305. - wie und von wem fie ausgefertigt werden muß 306. - befonders von Reisenden 307. - beren Unftempelung an einen ausgefertigten Begleitschein 349. 350. — Declaration von verschieden besteuerten in einem Collo zusammengepacten Waaren, fo wie ber furgen und ber ans gemischten Gespinften verfertigten Baaren 367. - Folgen ber unrichtigen Declaration von Seiten bes Frachtführers nach dem Inhalt seiner Ladungspapiere 378. —

Defensional=Zeugen

beren Bernehmung im Auslande und auf fremde Requisition 157. — burch den Hauptamts-Justitiarius 178. —

Defraubant

bessen Verhaftung und Ablieferung in die Gefängnisse bei Gewerbsteuer-Defraudationen 65. — bei Defraudationen der indirecten Steuern 134. 146 sq. — Vernehmung und Gestellung auswärtiger 156. — die Instituation der Erlenntnisse an ihn erfolgt nach der Vervednung vom 5. Nach 1838. 160 sq. — in wie weit sein Nachlaß für die erlannten Strafen verhaftet ist 167. — von ihm eingezahlte Geldbeträge können in gerichtlichen Untersuchungen wider seinen Willen nicht zuerst auf Kosten und dann auf Strafen verrechnet werden 170. — gestüchtete Defraudanten können von den Grenzaussehern auch in das Binnensand versfolgt und dort ergrissen werden 343. — schon bestrafte stehen unter Pastontrolle, resp. unter polizeisicher Aussicht 362. 364. — fremde und unbekannte sind zu verhaften 383. — können sich mit Unbekanntschaft

ber Gefete nicht entschuldigen 382. — beren Berurtheilung in contumaciam in Zollprozessen 386. — beren Berhaftung behufs Bollstreckung ber Strafe 388. — beren Berfolgung auf bem Gebiete ber im Zollstretll stehenben Staaten 395. — beren Auslieferung 395. 399. — beren Bestrasung bei Defraudationen ber Uebergangsabgaben 406. —

Defraubation

ber Gewerbesteuer 60. 62 fla. - in Bieberholungsfällen 64. - bei Concurreng mit Gewerbepolizei-Bergeben 53. 54. 64. - inebefonbere bei ben Schiffern 47. 48. - Thatbeftand ber Defraudation in Bezug auf das hausirregulativ 86. - bei der Brau-, Branntwein-, Weinund Tabatofteuer 125. 126. 129, 130, 193, 194, - insbesondere ber Branntwein-Material-Steuer bei Brennereien aus nicht mehligen Stoffen 210. - bei mehreren Theilnehmern 195. - ber Braumalaftener burch unrichtige Declaration bes vorhandenen Braumalafchroots 235. - babei tritt Confistation bes Braumalzes nicht ein 238. - ber Weinsteuer wird nach ben betr. Bestimmungen ber Steuerordnung beftraft 246. - ber Tabats-Steuer 252. 253. - ber Dahl- und Schlachtsteuer 263. 264. 266. — wiederholte 267. 268. — burch wiederbolte Ginbringung ftenerfreier Mengen 263. - ber Rübenzucker-Steuer 280. — wieberholte 281. — ber Gin-, Aus- und Durchgangsabgaben; Begriff 375. — wenn sie als rollbracht angesehen wird 376. 377. — Strase 375. — namentlich bei Rücksällen 376. — unter erschwerenden Umständen 378. — wenn sie erwerbsmäßig betrieben wird 376. — unter bem Schute von Affekuranzen 379. — Berechnung der Abgabe und ber Strafe bei Zolldefraudationen 377. — in Bezug auf solche Staaten, welche unter fich im Bollfartell fteben 393 sq. 398 sq.

Defraudations=Strafe

bei ber Gewerbestener von ftebenben Gewerben 60. — beim Gewerbebetrieb im Umbergiehen 61. 83. 84. 87. 89. — gegen Unterthanen anderer Staaten und Ausländer überhaupt 46. 47. — tann bei wieberholten Gewerbesteuer-Defraudationen nicht auf ben achtfachen Betrag ber Steuer normirt werben 64. - bei ben Getrante-Steuern und ber Tabate-Steuer überhaupt 125. 126. 129. 130. - besonders bei ber Maischsteuer 193. 199. — bei ber Branntwein-Materialsteuer für bas Brennen aus nicht mehligen Stoffen 210. — bei ber Weinfteuer 246. — ber Tabatofteuer 252. 253. — in Wiederholungsfällen 126. — in folchen Fällen, wo mit ber befraudirten Stener ein Communal-Zuschlag erhoben wird 136. — beren Bollftreckung fiebe Strafe. - Umwandlung in Gef. Strafe fiebe Ummandlung. anßerordentliche bei Braumalzsteuer-Defraudationen 237. — bei ber Mahl- und Schlachtsteuer 264. — babei ift jedesmal auf Confistation und nicht auf Wertheerlegung zu erkennen 267. - in Wiederholungsfällen 267. 268. - bei Bermischung von Roggen ober anderm geringer Feftenerten Getreibe mit Beigen 257. - bei ber Rubenguder-Steuer 280. 281. — bei bem Ein-, Aus- und Durchgangezoll fo wie ben Nebergangsabgaben 375. 376. 406. — Berechnung ber Strafe 377. —

bei Defraudationen unter erschwerenden Umständen 378. 379. — gegen Unterthanen folcher Staaten, die unter sich im Zollfartell stehen 393. 395. 397. 399. —

Denunziant

erhält ein Drittel der Geldstrafen und Confistate in Haustr-Steuer-Contradentions-Sachen 85. — soll nie mit der Instruction des von ihm angezeigten Prozesses beauftragt werden 145. — Berfahren, wenn er sich des Strafantheils zum Bortheil des Denunziaten begiebt 184. — erhält von den Strafen in Jollprozessen weder einen Antheil noch eine in Bezug auf die Strafe zu bestimmende Gratisitation 391. 392.

Denunziantenantheil

bei hansir-Steuer-Contraventionen beträgt } ber Strafen und Consistate 85. — barauf haben auch Kommunalbeamte Anspruch, bie nicht Mitglieder ber Magisträte oder Polizeibeamte sind 85. — bei ben inbirecten Steuern 183. — namentlich bei der Strafe von 100 Thir.
für Maischsteuercontraventionen 193. 195. — barauf haben Hauptamtsmitglieder teinen Anspruch 184. — dagegen aber Polizeibeamte und Magistrats-Mitglieder in allen Städten ohne Rücksicht auf deren Umfang
184. — vermindert sich nach Verhältniß des Erlasses und der Ermäßigung der Strafe 184. — wird in Jollprozessen nicht mehr gewährt
390. 391. — auch nicht in Uebergangsabgabeprozessen 406. —

Deftillir=Geräthe

Ermittelung berselben und Aufsicht barauf 111. — Anmelvung 111. — Bertauf 111. — Bermessung und Bezeichnung 112. 122. 126. — siehe auch Brenn-Geräthe, Blasen — werden außer Gebrauch gesetzt 113. 138. 190. 207. — dürfen nicht eigenmächtig frei gemacht werden 114. 193. — müssen den Steuerbeamten seberzeit vorgezeigt werden 122. — zu anderm Gebrauch als Branntweinfabrikation 191. 192. — Strafe des Mißbrauchs derselben 127. —

Dienft=Stellen

zur Erhebung ber indirecten innern Steuern 135. — zur Erhebung ber Ein-, Aus- und Durchgangs-Abgaben sollen durch ein Schild bezeichnet werden 340. — verschiedene Arten berselben und beren Bestugnisse in Bezug auf Waarenabsertigung 341. — besonders im Innern des Landes 343. — Geschäftsstunden bei den Dienststellen im Grenzbezirt und im Junern 345. — zur Erhebung der Uebergangssabgaben 404. —

Dienstftunben

bei Steuerämtern 124. — innerhalb berfelben muffen bie amtlichen Melbungen geschehen 113. 115. 258. — Abfertigung außerhalb ber Dienststunden 124. 258. 345. — bei ben Abfertigungsstellen im Grenzbezirf und im Innern 345. —

Dienst-Bergeben

bei Stener- und Gemeindebeamten werhen nach dem Landrecht be-ftraft 125. —

Durchfuhr

fiehe Durchgang.

Durchgang

ber Waaren 288. 289. 295. — zur Beförberung bes Durchsuhrhanbels sind öffentliche Niederlagen errichtet 298. — Verfahren bei Abfertigung von Waaren, die zum Durchgang bestimmt sind 312. wann und wo die Erhebung der Durchgangsabgabe statt findet 367. 368. — solcher Waaren, von denen Uebergangsabgaben erhoben werden 404. —

Œ.

Eberefden

werben auf Branntwein verarbeitet und unterliegen ber Brauntwein-Materialfteuer 211. —

Eingang

mahl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände in steuerpflichtige Städte 262. 263. — in Mengen unter is Centner ist er frei 262. — Ausnahme davon 263. — in den äußern Stadtbezirt 261. — von Waaren ans dem Auslande 287. — darf nur auf der bestimmten Jollstraße statt finden 294. 302. — Ausnahmen hiervon 303. — besondere Bestimmungen für den Waareneingang zur See 302. — auf der Rheinischen Eisendahn 303. — mit den Fahrposten 314. — mit Extraposten 315. — über welche Grenzämter der Eingang von Waaren statt sinden darf 368. — solcher Waaren, von denen Uebergangsadgaben erhoben werden 403. 404. —

Einganszoll

beffen Entrichtung 309. 310. — Sicherstellung wenn Waaren unverzollt abgelassen werben 311. — f. auch Joll. — Befugniß, zu bessen Erbebung bei den verschiedenen Absertigungsstellen an der Grenze 340 sq. — namentlich bei den Nebenzollämtern I. und II. Klasse 368. — im Innern des Landes 343. 344. — bessen Berechnung in Defraudationsfällen mit Durchgaugsgütern 377. —

Eingeweibe

find bei ber Stener vom Schlachten frei zu laffen, bei ber Erhebung ber Eingangoftener aber mit zu verwiegen 258.

Einmaischung.

bei Brennereien muß vorher angezeigt werben 113. 186. — muß nach ber Reihefolge ber Bottiche geschehen 188. — unbefugtes Einmaischen 192. — bei ber Branerei 115. 116. 236. — erlaubte Zeit bafür 116. — Nachmaischung 116. — Strafe ber unterlassenen Anzeige ber Einmaischung bei Branereien 128. — zu einer andern als ber angezeigten Zeit bei Branereien 129. 236. — in andern als ben beclarirten Gefäßen ober an andern als ben beclarirten Tagen zieht eine Strafe von 100 Thirn nach sich 193. 194. 199. 200. — in eigenmächtig in Gebrauch gesehten Gefäßen 193. — in Geschen, die durch Auslegung von Gegenständen verändert sind. 200. —

Erfenntniß

bei Publication eines seben Straferkenntnisses in Stener - Prozessen soll der Angeschuldigte auf die Erhöhung der Strafe im Wiederholungsfalle ausmertsam gemacht werden. 135. — Absassung des Erkenntnisses 158. — dabei sind die Borschriften der Gerichtsordnung und nicht
die der Ariminalordnung maaßgebend 158. — über die Berpslichtung zur
Zahlung der Gefälle darf nicht erkannt werden 158. — Erkenntnisse gegen
Nilitair-Personen 159. — dessen Publication und Instinuation 159.
160. 161 sq. — namentlich an Nilitairpslichtige 158. — an Minberjährige 159. — Landwehrmänner 159. — an die ProvinzialsteuerDirektoren 160. — an Auswärtige und deren Stellvertreter 162. —
an Partheien, deren Wohnort unbekannt ist 161. — s. übriges Instinuation. — bessen Bolstreckung s. Strafe. — bessen Rechtskraft zu
bescheinigen, ist nur diesenige Behörde besugt, bei welcher das Rechtsmittel hätte angebracht werden müssen 164. —

Er laß

ber Klassensteuer wird durch zeitweises Unvermögen nicht begründet. sondern nur Fristdewilligung 40. — der Strase in Gewerbesteuerprozessen bedarf Allerhöchster Genehmigung und kann nicht vom Fin. Min. dewilligt werden 66. — der Weinsteuer bei Miswachs 105. 246. — von Steuerstrasen 171. — dazu ist der Finanzminister in indirekten Steuersachen befugt, aber nicht in direkten 172. — die Oberpräsidenten sind dazu nicht ermächtigt 172. — der Tadaksteuer 254. — s. auch Remission. — der Rübenzuckersteuer wird nicht gewährt 276. — des Eingangszolls für die von fremden Fabrikanten zu inländischen Wessen eingeführten und als unverkauft zurückgebrachten Waaren 331. — für die von Inländern zu auswärtigen Messen ausgeführten und zurückgebrachten Waaren 330. — für zusällige Verminderung der auf Pachösen gelagerten Waaren 323. —

Erlaubniffchein

polizeilicher ist erforberlich zum Betriebe bes Aleinhandels mit Getranten auf bem Lande 94. — in den Städten 98. — Bedingungen der Erlaubniß 95. 96. — Dauer der Gültigkeit bes Scheins 95. — Folgen der unterlassenen Rachsuchung besselben 96. — wird in den Ortschaften ber vierten Steuerabtheilung von dem Landrathe ertheilt 98. — für das Brauen zum Haustrunk 116. 129. — für den Waasrentransport im Grenzbezirk außer der Tageszeit 335.

Ermäßigung

der Steuersätze für den Gewerbebetrieb im Umberziehen 89 sq. — dazu find theiss die Regierungen, theiss das Finanz-Ministerium befugt 90. 91. 93. — der Strafen s. Strafe. — der Weinsteuer bei theilweisem Mißwachs 104. 246. — von Steuerstrafen 171. 172. — dazu sind die Provinzial-Steuerbehörden unter gewissen Umständen befugt 144. — der Strafe vermindert auch den Denunziantenantheil 184. —

Effig

deffen Fabrikation aus Braumalz unter iegt ber Braumalzsteuer 102.
— auf Destillirgeräthen aus Lutter aber ber Maischsteuer 185. —

Exefution

kann von den Berwaltungsbehörden vollstreckt werden und hat dieselbe Wirkung, wie eine gerichtliche 13. — Berfahren dadei 13. 14. — von Seiten des Hauptamtsjustifiarius kann sie durch solche Personen vollstreckt werden, welche das Hauptamt mit Bollziehung der Resolute beaustragt. 178. — bei Einziehung rückkändiger Abgaden in der Rheinprovinz 15 kg. — Rechtsweg im Executions-Versahren 16. 44. — Ankündigung der Execution 17. — deren verschiedene Arten 18 kg. — Juziehung der Ortsvorskände und Gemeindebeamten 21. 24. 26. — Welche Gegenstände nicht mit Beschlag belegt werden dürsen 18. 19. — wegen rückkändiger Klassensteuer 44. — wegen der Gewerbesteuer 59. — s. auch Veschlag nahme. — Serentionskösten und Taris 29 — auf Unterlassung des verbotenen Gewerbedetriebs in Kolge wiederholter Steuerdefraudationen 138. — soll auf das unentbebrliche Wirthschafts-Inventarium, Geräth und Getreide bei Gutsberrschaften und Ackerwirthen nicht ausgedehnt werden 166. — zur Wegschaffung verbotener Handmühlen und Stampfen 258. — gegen Unsländer in Jollprozessen 388. — Hülsseistung der Gerichte bei Erekutionen wegen rückkändiger Gesälle 407.

Erflusiv = Berechtigungen

in Beziehung auf ben Gewerbebetrieb im Umherziehen 81. — auf ben Rleinhandel mit Geträufen 97. —

Extrabent

bes Begleitscheins ist berjenige auf bessen Verlangen er ausgestellt wird 317. — Verpstichtungen besselben 347. — namentlich wegen Sicherstellung bes Jollbetrags 352. — bei Ueberschreitung ber Transportfrist 354. — bei Abweichungen von dem Inhalte der Begleitsscheine 360. — bei Aussertigung von Uebergangsscheinen 405. — ber Ertrahent muß beutlich benannt und bezeichnet sein 351. —

Extrapo ften

für beren Abfertigung an ber Grenze mit Reisenben find gewisse Orte bestimmt 315. — mit Rausmannswaaren unterliegen sie ben allgemeinen Borschriften, geben aber in ber Abfertigung anderen Waaren vor 316. — mit Reisenben dürfen von ben Grenzaussehern nicht angehalten werden 343.

₽.

Fabrifation

bes Branntweins 100 fig. 186. — aus nicht mehligen Stoffen 191. 202 sq. 211. — bes Biers 102 fig. — Effigs ans Bier 102. aus Lutter 185. — bes Runkelrübenzuckers 274 sq. —

Fälschung

ber Revisionsvermerke ber Steuerbeamten 120. 121. — ber Bezeichnungen bei ben Brenngeräthen 126. 132. — als folche wird die Berslehung bes Waarenverschlusses zur Berübung einer Zollbefraudation ober Contrebande bestraft 382. —

Fahrpoften

beren Abfertigung mit zollpflichtigen Baaren 314. — besonberes Regulativ für biese Absertigung 315. — find an die Innehaltung der Frist für den Baarentransport im Grenzbezirk nicht gebunden 335. — dursen von den Grenzaussehen nicht angehalten werden 343. —

Felbmeffer

burfen ihr Gewerbe nur bann umherziehend betreiben, wenn sie nach Prüfung durch die Ober Bau-Deputation von den Regierungen ernannt sind 74. — können auf Antrag der Betheiligten bei Bermessung der Tabaksländereien zugezogen werden 255. —

Fett

ift von ber Steuer für bas Schlachten frei, unterliegt aber ber Eingangsfteuer 258.

Fischerfahrzeuge

welche blos frische Erzeugnisse des Meeres führen, brauchen die Zollftraßen (Häsen) nicht inne zu halten 303. —

Fistus

beffen Gerichtsstand in Civil- und Steuer-Defraudations-Prozessen 139. 140 fig. —

Fixation

ber Klassensteuer 42. — bes ehemaligen Blasenzinses 110. — ber Braumalzsteuer 103. 117. — Allgemeine Bedingungen der Fixation 116. 117. — der Steuer von der Branntweinbrennerei aus nicht mehligen Stossen 208. 209. — der Schlachtsteuer 259. — der Rübenzucker Steuer 275. —

Fleisch

ift ber Shlachteingangsfleuer unterworfen 258. — Bergutung ber Schlachtsteuer für unrein befindenes 260. — handel damit im außern Stadtbezirfe 261. — für das Militair in Garnisonstädten 260. — beffen Einführung in den Stadtbezirk von Fleischern, die im äußern Bezirk wohnen 267. —

Forftbebiente

find zur Unterflützung ber Grenzwache verpflichtet und muffen Jollbefraubationen verhindern, resp. anzeigen 294. — muffen aber mit einer Legitimationstarte versehen sein 344. — find, wenn sie mit Grenzaufsichtsbeamten gemeinschaftlich handeln, zum Gebrauche ber Waffen
berechtigt 372. — muffen aber dazu mit einem Abzeichen versehen
sein 373. —

Frachtbriefe

find beim Transport gewiffer hoch besteuerter Gegenstände auch außerhalb des Grenzbezirks erforderlich 296. 337. — beren Borlegung bei ben Controllstellen 338. — muffen mit ber Ladung übereinstimmen 339.

Fractführer

muffen ben Steuerbeamten auch außerhalb bes Grenzbezirks über bie transportirten Waaren Auskunft geben 296. — bei dem Grenzzollamte ober ben Ansageposten sämmtliche Ladungspapiere abgeben 303. — muffen die Ladung beim Grenzzollamte beclariren 304. — erleiben nicht die Strafe des Rückfalls, wenn sie zu der unrichtigen Declaration blos durch die Ladungspapiere veranlaßt worden sind 378. — siehe übrigens Waaren sührer.

Frachtfuhrwerk

beffen Gewerhesteuer 52. — kann von den Grenzauffehern angehalten und revidirt werben 342. —

Freihäfen

zur Beförberung bes Durchfnhrhanbels 298. — zur Rieberlage unverszollter Waaren 322. —

Freisprechung

vorläufige in administrativen Untersuchungen ist unstatthaft 136. 153.

Rrift

bei Beriährung bffentlicher Abgaben 30. 33. - für bie Entrichtung ber Rlaffenfteuer 44. - ber Gewerbesteuer 58. 59. - Gultigfeitsfrift bes Gemerbeicheins 55. 74. - Des Erlaubnificheines zum Rleinbandel mit Betranten 95. - jur Anmelbung ber Brennerei-Raume und Beräthe und beren Beränderungen 111. - welche abgewartet werden muß bis Destillirgerathe frei gemacht werden durfen 113. - ber 216lieferung bes Destillirgerathes jum amtlichen Berfchluß und bes Rudtransportes 114. 207. - in welcher die Ginmaischungen gescheben und abgebrannt werden burfen, bei Brennereien 187. 189. 204. in welcher landwirthichaftliche Brennereien bie ben nieberen Steuerfas zahlen, im Betriebe fein durfen 199. 201. 202. — bei Brauereien 116. - für die Revisionen in den Betriebsanstalten 121. 123. — zur amtlichen Anzeige einer Betriebounterbrechung 191. — zur Ginlegung ber Rechtsmittel in Steuerdefraudations-Prozessen 162. 164. — praklufivische zur Rechtsertigung ber Appellation 163. — bes Antrags auf rechtliches Gehor 139. 140. 142. 154. — zur Berfteuerung des Weingewinns 245. — für Gast- und Schantwirthe 249. — für die übrigen Weinbauer 249. — für die übrigen Weinbauer 249. — zur Anmelbung ber Tabaksanpflanzungen 252. 253. - jur Anzeige ber eingetretenen Beschädigung behufs Begrundung bes Unspruchs auf Remission bei ber Tabakosteuer 255. — zur Anmeldung ber Rübenzucker - Kabrikation 276. - ber Gerathe bazu ober beren Beranderung 277. - ber Gultigfeit für Begleitscheine 317. 320. ber Nichtbeachtung biefer Frift bei Begleitscheinen Rr. II. 320.
— für die Lagerung unverzollter Waaren in Pachofen und Rieberlagen 322. — in blogen Zolllagern 325. — in öffentlichen Areditlagern 326. — für bie Wiedereinfuhr der auf audländischen Meffen unverfauft gebliebenen Baaren 331. - für ben Baarentransport im Grenzbezirke 334. 335. — ber Frift zur Gestellung ber Waaren bei dem Erlebigungsamte muß in den Begleischeinen ausgedrückt fein 351. - Kolgen ber Nichtinnehaltung Diefer Frift 354. 355. — insbefondere bei Be-gleitscheinen Rr. II. 320. 359. — jur Anbringung bes Antrags auf rechtliches Gebor in Bollprozeffen 385. - jur Ginreichung einer fdriftlichen Bertheibigung 387. - jur Ginlegung bes Recurfes 387. namentlich Seitens bes subsidiarifch Berhafteten 389. - jur Befanntmachung bes Bertaufs von confiszirten Gegenständen 390. — Reclamation bes Erloses aus bem Berkaufe confiszirter Gegenftanbe **3**91. –

Füße

unterliegen nicht ber Steuer vom Schlachten, aber ber Schlacht-Eingangs-Steuer 258. —

29

Gaft - Wirthe

zahlen Gewerbesteuer 50. 51. — muffen sich die Gewerbscheine von bensenigen Personen, die bei ihnen siber Nacht bleiben, vorzeigen lassen, und event. Anzeige machen 55. 83. — sind in den Städen der 4 ten Steuerabtheilung an die Vorschriften der Gesetze wegen des Kleinhandels mit Getränken 2c. gebunden 98. — muffen am 1. Mai nach der Leese den dis dahin verzehrten Weingewinn versteuern 249. — sind so lange sie nicht Back- und fleischwaaren zum Verkaufe außer dem Hause seit halten, als mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gewerbtreibende nicht anzusehen 262. — dürfen das Spielen mit ungestempelten Karten nicht dulden bei 10 Thlr. Strase für jedes Spiel 288. —

Gefängniffe

Berpflichtung der Stadtgemeinden zu deren Unterhaltung 10. — Ablieferung der verhafteten Gewerbesteuer-Contravenienten in dieselben 65. — der Steuer-Contravenienten überhaupt 146 sg.

Gefängniß-Strafe

beren Berhältniß zur Gelbbufe bei ber Umwandlung in Gewerbefteuer-Contraventions-Sachen 84. 88. 89. — in anderen Steuer-Prozeffachen 126. 137. - tritt ein gegen ben, welcher muthwillig gegen bie gefetliche Borschrift in Privathäuser eindringt, um seine Waaren haustrend anzubieten 83. — die Berdoppelung einer Stägigen besteht nicht in 16 fondern in 14 Tagen 137. — beren Dauer wenn fie als außerordentliche Leibesstrafe erkannt wird 159. — vor Bouffredung der wegen Unvermögens substituirten follen bie Steuerbehörden gur Erflarung aufgeforbert werben, ob fie noch Exetutions - Gegenstänbe nachweisen konnen 167. — beren Bollftredung gegen Militarpflichtige 168. - gegen Landwehroffiziere foll fie nothigenfalls in ben Militararreftanstalten vollstreckt werben 168. - beren Bollftreckung muß auf Antrag ber Berwaltungsbehörden Anftand gegeben werden 169. — bei Berlegung ber Borfchriften wegen ber Pagrontrolle 362. 363. — tritt bei Bollvergeben an die Stelle der unbeitreiblichen Gelbbuffe 375. 376. wird aber auch in Wiederholungsfällen unmittelbar festgesett 376. — bei Zollbefrandation unter erschwerenden Umständen 379. — deren Bollftredung bei Uncingiebbarteit der principaliter erfannten Gelbbuffe 388. - gegen Unterthanen ber unter fich im Bollfartell ftebenden Stagten 397.

Gelbbuge

Berhältniß zur Gefängnißstrafe bei ber Umwandlung siehe Gefängnißftrafe. — als Strafe ber Bestechung von Steuerbeamten 133. — subsidiarische Berhastung ber Gewerbtreibenden dafür 130. 131. — in wie weit der Nachlaß des Angeschuldigten dafür verhaftet ist 167. — beren Umwandlung in Gefängniß 170. 171. — von 100 Thir. bei Maischstener-Contraventionen 193. 194. 199. — bei Contraventionen gegen die Bestimmungen für die Branntweinbrennerei aus nicht mehligen Stoffen 210. — Berhastung mehrerer Theilnehmer dafür 195. — bei Braustener-Contraventionen 235. 237. — bei Defraudationen

und Contraventionen in Bezug auf die Rübenzucker-Stener 280. 281. — ber Kartenfabrikanten 288. — berjenigen, welche mit ungestempelten Karten spielen, oder sie einbringen 288. — bei Contraventionen in Bezug auf das Biehsalz 287. — bei Berletzung der Borschriften wegen der Paskontrolle 362. 363. — bei Contredande und Jolldefrandation 375. — namentlich in Wiederholungsfällen 376. — bei Verletzung des Waarenverschlusses die Absicht der Defraudation, so wie bei andern Jollfontraventionen 380. — deren Bollstreckung durch Beräusserung der Consistate in Jollprozessen 388. — deren Berrechnung in Jollprozessen 390. — namentlich in Fällen, wo die Jollfartellbestimmungen zur Anwendung kommen 396. —

Gelbftrafe

fiehe Belbbuffe.

Gemeinben

fiebe Communen.

Genebarmes

beren Zuziehung bei Saussuchungen 121. — haben Anspruch auf Denunziantenantheile bei Steuerbefraubationen, die fie entdecken 183. —

Gepäck

von Relfenden muß vorschriftsmäßig beclarirt werben 304. — beffen Revision bei Extraposten kann gegen Sicherheitsbestellung an ber Grenze unterbleiben 316. —

Gerichte

ihnen gebührt bas Berfahren gegen Gewerbesteuer-Beamte wegen Beftechungen 61. — follen bie Auslieferung gerichtlich verlaufter Brenn-Gerathe an ben Raufer nicht vor Ginreichung ber fteueramtlichen Befceinigung über bie geschehene Anzeige, gestatten 111. — follen in Maischfleuer-Defraudations-Prozessen von Amts wegen teine haussuchungen vornehmen 121. — beren Competenz zur Führung von Steuer-befraudations- Prozessen überhaupt 139. 140. 153 fig. — gegen verhaftete Contravenienten 146 sq. - in Reuvorpommern und in ber Rheinproving 149. — bei Concurrenz mit gemeinen Berbrechen 385. besonders gegen Militärpersonen 141. 158. — beren Berfahren bei Bernehmung ausländischer Defraudanten und Zeugen 156. — muffen über zweifelhafte Zariffage bas Gutachten ber Steuerbeborben einho-Ien 157. — burfen über die Berpflichtung gur Bahlung ber Gefalle nicht erfennen 158. — follen ihre Urtheile in Boll- und Steuerstraffachen fofort nach beschrittener Rechtsfraft ohne Untrag ber Steuerbeborden vollstreden 167. — Ausnahmen hiervon 167. — burfen auch bei den von den Berwaltungsbehörden festgefesten Strafen ihre Sulfe gur Bollftredung nicht verfagen 167. — burfen nach erfolgter Umwandlung die Geldstrafe gur Abwendung bes Gefängniffes nicht mehr annehmen 169. — haben ber Bollftreckung auf Antrag ber Bermaltungsbehörden Unftand ju geben 169. — durfen die polizeiliche Aufsicht siber Schleichhändler nach §. 9. bes Regulativs vom 12. Januar 1839 nicht anordnen 364. — haben, im Fall bei dem Gebrauche der Wassen seinen berwundung vorgekommen ist, den Thatbestand sessystellen und einen Beschluß über die Erössnung der Untersuchung abzusassen 373. — wie dies in den Rheinprovinzen geschieht 374. — an die Gerichte sind fremde und unbekannte Zolldefraudanten zur Haft abzuliesern 383. — deren Bersahren in Jollcontraventions-Sachen 385. — haben die uneinziehbaren Geldbußen in solchen Sachen in Gefängnißstrase umzuwandeln und letztere zu volkstrecken 388. — wie sie wegen der abgesondert zu ihrer Entscheidung gelangenden substidiarischen Verhaftung zu versahren haben 389. — haben den Requisitionen der Steuerbehörven wegen Einziehung rücksändiger Gefälle willige Folge zu leisten 407. —

Geschenfe

burfen ben Steuerbeamten nicht angeboten, auch von ihnen nicht angenommen werden 124. — auch nicht ben Grenzbeamten 346. —

Getranfe=Steuern

find: die Maisch= (Branntwein) steuer 100. 186 sq. — so wie die Branntwein-Materialsteuer 202 sq. — die Braumalz- (Bier) steuer 102. 235 sq. — und die Weinsteuer 104. 244. 248. — Exemtionen von den Getrantesteuern sinden nicht Statt 107. —

Getreibe

bessen Verkauf im Wege der Exekution 25. — Bierfabritation aus Getreibe 102. — das unentbehrliche ist bei Ackerwirthen und Gutsherrschaften nicht Gegenstand der Exekution 166. — sofern es zum Brennen oder Brauen erweislich verbraucht wird, unterliegt es nicht der Mahlsteuer 254. — dessen Bereitung auf der Mühle begründet die Entrichtung der Mahlsteuer 256. 257. — Folgen der Vermischung verschieden besteuerter Getreidearten 257. — dessen Bezettelung behufs des Vermahlens 257. 266. —

Gewerbe

welche ber Gewerbesteuer unterliegen 47 sig. — bürfen umherziehend nur mit einem Gewerbschein betrieben werden 55. 70. — Ausnahmen von dieser Borschrift 55. 70. 71. 72. — siehe auch Gewerbschein. — die Berpslichtung zur Anmeldung der Gewerbe besteht unabhängig von deren Steuerpslichtigkeit 53. 54. 60. — Anzeige des Ausbissen derselben 53. — Folgen der Unterlassung dieser Anzeige 60. — Welche Gewerbe im Umherziehen betrieben werden dürsen 60. 69 sg. — Persönliche Ersordernisse zum Gewerbebetrieb im Umherziehen 74. 75. 77. — Ausnahmen von den persönlichen Beschränkungen 74. — für Aussahmen von den persönlichen Beschränkungen im Umberziehen 80. — durch Erclusiv-Berechtigungen wird der Gewerbebetrieb im Umherziehen nicht gehindert 81. — welche die Berpslichtung zur Entrichtung der Mahl = und Schlachtsteuer im äußeren Stadtbezirt begründen 261. 269. — besonders das Müllergewebre 268. — mit

zollpflichtigen Baaren im Grenzbezirk 295. 296. 335. — im Binnen- lande 336. — auch ein stehendes Gewerbe darf nur mit polizeilicher Erlaubniß betrieben werden 53. 54 — Zulässigkeit der Ausjuchung von Waarenbestellungen im Umherziehen bei stehenden Gewerben 53. 71. — Besteuerung mehrerer mit einander vereinigter Gewerbe 53. — Auf welche Gewerbe Gewerbscheine zu ermäßigten Sähen ertheilt werben dürsen 90. — Bersahren hierbei 90. 91. 92.

ı

:

į

•

1

ı

ŧ

ļ

Gewerbeschein

barf künftig nur für Gewerbe im Umherziehen gelöset werden 54.

72. — bessen Nachsuchung und Aussertigung 55. 73. — ist nur für ein Jahr gültig und muß 3 Monat vor dessen Ablauf erneuert werden 55. 74. — die Steuer wird im Boraus für das ganze Jahr der Gültigkeit des Gewerbscheins bezahlt 58. — Erleichterungen hierbei 58. 59. — die Gewerdscheine haben Gastwirthe von den bei ihnen über Nacht bleibenden Personen sich vorzeigen zu lassen, und wenn das nicht geschieht, der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen 55. 83. — Strase derzenigen, welche keinen Gewerbschein vorzeigen können 60. 61. 83. 89. — Umfang der Berechtigungen aus dem Gewerbschein 81. — er gilt in der Regel nur in dem betressenden Regierungsbezirte 82. — muß stets im Original mitgeführt werden 83. — berechtigt nur zu dem darin benannten Gewerde 82. — Persönliche Ersfordernisse des Gewerbschein-Inhabers 75. 76. —

Gewerbesteuer

beren Einführung 3. 6. 45. — Aufhebung ber alteren Gewerbesteuergesetze 8. — Augemeine Berpflichtung zur Entrichtung ber Gewerbesteuer 46. 47. — Beranlagung berselben 66. — für Unterthanen
anderer Staaten 46. 47. — Nähere Bestimmungen für den Handel
48. 49. — die Gastwirtsschaft 50. — Ausnahmen für den Handel
50. — für die Handwerke 51. — für die Mühlen 52. — die Frachtund Lohnsuhrwerke 52. — die Schifffahrt 53. — für doppelten Gewerbetried 53. — Säße und Erhebung der Steuer 55. 66. 67. —
sie wird von den Branntweinbrennern neben der Maischsteuer nicht
entrichtet 199. — Mitwirfung der Gewerbtreibenden 56. — der
Rommunal- und Kreisbehörden 57. 58. 59. — Ausnahme sür die westlichen Provinzen 58. — Steuer sür Gewerbe im Umherziehen 54.
58. — s. auch Gewerbschein. — Berjährung der Gewerbesteuer 30 sig.
— Gewerbsteuer-Contradentionen deren Bestrafung 60. 61. — Thatbestand 62. 63. — Berfahren 61. 65.

Gewerbtreibende

veren Verpflichtung zur Entrichtung der Gewerbeftener f. Gewerbefteuer. — Sie wirfen bei der Bertheilung der Steuer mit. 55. — bilden zu dem Zwecke besondere Steuergesellschaften 56. — müffen die Steuer für den Gewerbschein im Voraus bezahlen 58. — deren Berpflichtung zur Anmeldung des Gewerbes 53. 54. 60. — deren Reclamation gegen die Vertheilung der Steuer 58. — Behandlung der Gewerbtreibenden aus den Zollvereins-Staaten in Bezug auf die

Gewerbsteuer 46, — aus andern ganbern 46, 47. — beren Berpflichtungen bei fteuerlichen Revisionen 120. 121. 123. - beren fubfibiarifche Berhaftung für ihre Gewerbegehülfen, Angeborigen zc. 130. 131 - beren Berpflichtungen in Bezug auf die Dabl - und Schlachtfteuer 264. — befonders im außern Stadtbezirt 261. 265. 268. 269. wegen ber fubfibiarifchen Berhaftung fur ihre Gewerbegehülfen bei ber Mahl- und Schlachtsteuer 269. — in wie weit sie an die Kon-trollvorschriften wegen der Mahl- und Schlachtsteuer gebunden sind 265. - beren Rontrollirung in bem Grenzbegirt 335. - im Binnenlande 336. - wenn fie verbotene Gegenstände beim Eingange ausbrucklich anzeigen, bleiben fie von ber Strafe frei, haben aber bie Roften ber Burudichaffung gu tragen 378. - verfallen in Die Strafe ber Bollbefrandation, wenn fie fich im Grenzbegirte über die Berftenerung ober Steuerfreiheit ihrer Waaren nicht ausweisen konnen 377. - besgl. wenn fie Gegenstände, bie ihnen unter ber Bedingung ber Berwendung zu einem bestimmten 3wed gang frei ober gegen erma-Bigten Boll verabfolgt find, heimlich zu andern 3meden verwenden 379. — beren subsidiarifche Berhaftung für ihre Gewerbegehülfen und Angeborige wegen ber verwirkten Strafen für Zollvergeben 380.

Gewicht

bessen Ermittelung bei dem Braumalz 114. 115. — namentlich wegen des Ueber-Gewichts gegen die Declaration 237. — bei dem Getreide zum Eingang in steuerpstichtige Städte 254. — bei der Rückverwiegung des Gemahls aus der Mühle 271. — bei der Rückverwiegung des Gemahls aus der Mühle 271. — bei der Rückverwiegung des Gemahls aus der Mühle 271. — bei der Rückverwiegung des Gewicht. Bruttogewicht. — Differenzen des Gewichts bei Waaren, welche auf Begleitschein eingehen 317. — ist in den Frachtbriesen die Versendung controllpstichtiger Waaren nicht Jolls sondern Preußisches Gewicht 337. — Rähere Bestimmungen über das Zollgewicht und dessen Verzollung außer Bewichtsgrößen 365. — welches Gewicht bei der Verzollung außer Vetracht bleibt 369. —

Gratification

Privat-Gratisticationen bürfen ben Steuerbeamten weber gegeben noch angeboten werden 124. — auch nicht den Grenzbeamten 346. — werden von den Zollstrafen den Denunzianten nicht mehr gegeben 391. 392. —

Graupe

unterliegt ber Mahlstener 256.

Grenzauffeber

von beren Borladung zur Bernehmung in den gerichtlichen Untersuchungen wegen Defraudationen ist dem betreffenden hauptamte Anzeige zu machen 157. — sind zum Schutze der Zollgrenze bestimmt, uniformirt und bewaffnet 294. — dürfen Haussuchungen außerhalb des Grenzbezirks nicht vornehmen 297. — sind zu körperlichen Bistatio-

nen verbachtiger Personen berechtigt 297. 340. - beren Befugniffe in Bezug auf bas Unhalten und Revidiren ber Perfonen und Labungen beim Eingange über die Grenze 342. — muffen bei ihren Revi-fionen bescheiben verfahren und nicht über ben Zweck hinaus gehen 345. 346. — sollen mit einem numerirten Bruftschilbe versehen fein 340. — und muffen baffelbe auf Berlangen vorzeigen 346. — find befugt die unter Pagcontrolle ftebenden Perfonen anzuhalten, und bei bergleichen Personen nachtliche Saussuchungen vorzunehmen 363. -Beweistraft ihrer amtseiblichen Ausfagen in folden Fällen 363. bas von zweien von ihnen aufgenommene Protofoll über eine Bollgesehübertretung bewirft vollen Beweis 384. — beren Befugnif jum Gebrauche ber Waffen 370 sq. — bazu muffen fie ftets in Uniform fein 373. — der Gebrauch der Waffen darf nicht weiter ausgedehnt werden, als es die Abwehrung des Angriffs oder die Ueberwindung des Widerstandes nöthig macht 371. — die Schufwaffen sollen zunächst auf Die Zugthiere gerichtet werden 372. — Rothwendigkeit bes vorherigen Unrufe 372. — Die Aufseher muffen von bem Gebrauch ber Baffen fofort Unzeige machen und dem Berletten Beiftand leiften 373. — werden wegen Digbrauchs der Baffen nach ben allgemeinen Gefeten bestraft 374. — beren Bestechung 382. — beren Besugniffe bei Berfolgung von Defraudationen und Defraudanten in den im Zollfartell stehenden Staaten 394. — Beweiskraft ihrer amtlichen Angaben wenn fie Unterthanen folder Staaten find 396, 399. —

Grenzbezirk

was barunter verstanden wird 293. — daselbst darf in der Regel kein Gewerbe umherziehend betrieben werden 82. — desgleichen Branntweinbrennerei nur unter gewissen Beschränkungen 102. — Controllierung der innern Steuern in demselben 135. — desgleichen Waarenverkehr und Transport 295. — anderer Gewerbetried 296. — Außerhalb desselben sindet nur ausnahmsweise eine weitere Beaussichtigung des Waarenverkehrs statt 296. — Haustuchungen in dem Grenzbezirf und außerhalb desselben 297. — Kontrolle in demselben für den Waarentransport 333. 334. — für den Gewerbedetried 335. 336. — Wienste und Absertigungsstellen im Grenzbezirf 340 sq. — Wann in dem Grenzbezirf Seitens der Ausselber die Wassen gebraucht werden dürfen 371. —

Grenge

ist ba, wo bas Staatsgebiet an bas Ausland grenzt, zugleich bie Zollsinie 293. — längs berselben wird ber Zollschus durch die Zollbeamten geübt 294. — Boxschriften für die Einbringung von Waaren über die Grenze 302 sq. — wann beren Anwohner unter Pascontrolle stehen 361. 363. —

Grenzverfehr

bessen Erleichterung in Bezug auf den kleinen handel und Wandel mit dem benachbarten Auslande 300. — unterliegt in Bezug

auf ben Baarentransport genauer Beaufsichtigung 295. — beffen Beichränfung burch tie Paffontrolle ber Grenzanwohner 361 sq. —

Gren 3=3oll=Umt

erhebt bie innern Steuern in dem Grenzbezirk 135. — borthin muß der Weg von der Grenze aus ununterbrochen fortgesett werden 294. — fertigt die ein-, aus- und durchgehenden Waaren ab, oder weiset sie behufs der Schlußabsertigung an eine andere Hebestelle 295. — empfängt die Ladungspapiere und die Declaration des Waarenführers
303. — Begleitung der Waaren zu demselben von dem Ansageposten
aus 304. — ist durch ein Schild als solches bezeichnet 340. — ist
entweder Haupt-Zoll- oder Nebenzollamt I. und II. Klasse 341. —

Gries

ift ber Mahlsteuer unterworfen 256. -

Grüße

ist ber Mahlstener unterworfen 256. -

Grundri f

ber Brennerei und bes Maischraums muß von beren Besiger bem Steueramte eingereicht werden 111. 192. —

Grunbfteuer

beren Erhebung 6. - Mitwirfung ber Gemeinden babei 7. -

Ş.

Sanbel

beffen Gewerbestenerpstichtigkeit 48. 49. — Ausnahmen 50. — im Umberziehen s. Gewerbe. — mit Getränken auf bem Lande und Schankwirthschaft 94. 97. 98. — bedarf ber polizeilichen Concession 95. 98. — Folgen ber unterlassenen Rachsuchung der Erlaubniß 96. — mit stenerpstichtigen Gegenständen im äußern Stadtbezirk begründet die Berpstichtung zur Entrichtung der Mahl - und Schlachtsteuer 261. 267. 269. — mit gewissen hochbesteuerten Waaren im Grenzbezirke unterliegt er besonderen Controllmaaßregeln 295. 296. 335. 336. —

Handlungsbücher

beren Offenlegung bei Steuerbefraubationen 121. 122. — kann überhaupt nur in gerichtlichem Berfahren verlangt werden 122. — bie Beigerung zur Borlegung wird als Berufung auf gerichtliche Unterfuchung angesehen 122. — über die Fabrikation des Kunkelrübenzuckers (Fabrikationsbücher) müssen der Steuerbehörde offen gelegt 278. — müssen von den Kauskeuten im Grenzbezirke geführt werden, bei gewissen Baaren auch im Binnenlande 296. 335. 336. — ber Mangel bes barans zu führenden Nachweises über ben ordnungsmäßigen Bezug von zollpflichtigen Baaren begründet die Bermuthung der Defraudation 377. —

Sanbmühlen.

bürfen weder im innern noch im äußern Bezirk mahlsteuerpflichtige Städte gehalten werden 257. — beren Begichaffung im Wege ber Exekution 258. —

Sandwerfer

haben Gewerbestener zu entrichten 49. — Ausnahmen 51. — wenn sie ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben 55. 81 sq. 85. —

Bauptamt

bessen Besugniß zur Inftruction und Entscheidung der Stener-Prozesse 134. 144. 145. — zur Bollstreckung der Entscheidungen 146. — im Bagatell- und Submissions-Versahren 150. 151. — darf dem Rechte zur Untersuchung nicht ohne Zustimmung der Provinzial-Steuerbehörden entsagen 154. — soll von den Borladungen an untergeordnete Steuerbeamte benachrichtigt werden 157. — darf die Alten mit Bordehalt der administrativen Entscheidung an dem Haupt-Amts-Justitiarius abgeden 145. — ihm sollen auf Antrag die geschlossenen Alten von dem Haupt-Amts-Justitiarius zur Abgade eines Gutachtens vorgelegt werden 176. — reponirt die Alten des Hauptamts-Justitiars 179. — Besugniß des H.-Amts zur Ertheilung von Gesälle-Erediten 327. Zollager dei den Hauptämtern 325. — dessen Absertigungs-Besugnisse für zollpslichtige Waaren im Grenzbezirke 341. — im Innern des Landes 343. — dessen Dienststunden 345. — Besugniß zur Aussertigung von Begleitscheinen 348. — zu deren Erledigung 349. — dessen Competenz zur Untersuchung und Bestrafung der Vergehen gegen die Vorschriften bezüglich der Waarenkontrolle im Binnenlande 384. —

Hauptamts - Justitiarius

bessen Anstellung und Bestimmung 175. 385. — welche Untersuchungen er zu führen hat 176. — soll ein Mitglied des Hauptamts nöthigenfalls bei den Untersuchungen zuziehen 176. — sendet wenn der Angeschuldigte auf richterliches Ersenntniß provozirt, die Aften unmittelbar an die competente Gerichtsbehörde 176. — muß die Aufträge der Provinzial-Behörden in Steuersachen befolgen 177. — bezieht ein sirirtes Honorar aus den Fonds der Steuerverwaltung 177. 183. — muß auch Untersuchungen in Chaussedefrandationssachen führen 178. — dessen Befugnisse und Competenz 178 sq. — darf eine ihm ausgetragene Untersuchung nicht ablehnen 179. — dessen Diäten, Gebühren 2c. 180 sq. —

Saufirhandel

Begriff 60. 77. — erfordert die Lösung eines Gewerbscheins 72. f. auch Gewerbeschein. — ift in der Regel nur für gewiße Gegenstände gestattet 78. 79. — Besonders Bestimmungen für diejenigen, welche haustrend Waarenbestellungen suchen 81. 82. — Strafe des unbesugten haustrhandels 83. 86. 88. — mit mahl- und schlachtsteuerspstichtigen Gegenständen im äußern Stadtbezirk begründet er nicht die Berpstichtung zur Entrichtung der Mahl- und Schlachtsteuer, wenn der Daustrer sich nicht in diesem Bezirk niedergelassen hat 261. — darf im Grenzbezirk nur auf besondere Erlaubniß und unter gewissen Controllen betrieben werden 336. —

Haussuchung

wann sie von den Steuerbeamten vorgenommen werden darf 121. 123. — darf nur mit Zuziehung eines Communalbeamten geschehen 121. 297. — auch nur auf schriftlichen Austrag eines oberen Steuerbeamten an solchen Orten die zur Defraudation geeignet sind 123. — soll von den Gerichten in Maischsteuer-Kontraventions-Sachen von Amtswegen nicht vorgenommen werden 121. 297. — in Bezug auf Zolldefraudationen 340. — außerhalb des Grenzbezirfs zur Versfolgung von Zolldefraudationen fann sie nur unter Leitung der zur Entscheidung der Zollprozesse tompetenten Behörde vorgenommen werden 297. — nächtliche bei Personen, welche wegen Schleichhandels unter polizeilicher Aussicht stehen 363. — in den unter sich im Zollfartell stehenden Staaten 394. —

Saustrunt.

beffen Bereitung in gewöhnlichen Rochkeffeln ift ftenerfrei 104. — Bebingungen und Kontrollvorschriften babei 104. 116. 129. — Strafe bes Berkaufs von Bier Seitens bes zum Haustrunt Berechtigten 129.

Befengefäß

beffen Gebrauch muß besonders beklarirt werden und ist an gewisse Kontrollvorschriften gebunden 189. — beffen Mißbrauch zieht dieselben Strafen wie bei Maischgefäßen nach sich 200. — darauf sinden die allgemeinen Vorschriften des Maischsteuer-Regulativs ebenfalls Anwendung 189. — darauf sindet die Strafbestimmung in S. 5. der R. D. vom 10. Januar 1824 ebenfalls Anwendung 200.

Sonigwasser

wird auf Branntwein verarbeitet 211. -

Hülfsgefäß

fiebe Rebengefäß. -

Bülfenfrüchte

unterliegen ber Mahlsteuer 256. —

Hüttenbetrieb

in wie weit er von der Gewerbesteuer befreit ift 52. - siehe auch Bergban. -

Insinuation

wird in den von den Hauptamts-Justitiarien geführten Untersuchungen von den Amtsdienern besorgt 177. — der Strasverfügungen im abgestürzten Untersuchungs-Versahren 143. — der Borladungen an Offiziere und Soldaten in administrativen Untersuchungen 152. — an auswärtige Personen 156. — an Stenerbeamte 157. — der Erkenntnisse in Steuerdefraudations-Sachen 160. — gegen Landwehrmänner 159. — an die Prov.-Steuer-Directoren 160. — der Erkenntnisse 160 sq. — an Litisconsorten und auswärtige Partheien 161. — an deren Stellvertreter 162. — an ihrem Ausenthalt nach unbekannte Personen durch Aushang 161. — der Vorladungen in den von den Zoll- und Steuerämtern gesührten summarischen Prozessen, geschieht durch Steuerausssehr oder Unterbediente des Amts 386. —

Justitia rius

fiebe Sauptamte-Juftitiarius. -

R.

Rarten

(Spielkarten) beren Fabrikation ist nicht mehr Staatsmonopol 287. — beren Fabrikation und Besteuerung so wie sonstige Borschriften hierüber 288. —

Rartoffeln

bas barans bereitete Mehl zahlt bie Eingangs-Mahlsteuer wie Bei-

Raufmanns-Waaren

wenn fle mit Extraposten eingehen, unterliegen ben gewöhnlichen Borschriften, gehen aber ben andern Waaren in ber Abfertigung vor 316.

Rlassen=Steuer

beren Einführung 3. 37. — Berpflichtung zu beren Entrichtung 37. — Befreiungen bavon in Folge pezieller Bestimmungen und Immunitäten 37. — ber Einwohner mahl- und schlachtsteuerpslichtiger Städte 38. — vermöge eines gewissen Alters 39. — ber Soldaten 40. — ber Armen 40. — Beranlagung und Erhebung der Klassensteuer 41. — die Gemeinden beziehen 4 Proc. für die örtliche Erhebung 45. — Fixation der Klassensteuer in den Rheinischen Regierungsbezirken 42. — Berpflichtung zur Angabe des steuerpflichtigen Personenstandes 43. — Exekutivische Einziehung der Kückstände 44. — Berjährung der Klassensteuer 30 ftg. — Contraventionen gegen das Klassensteuer-Ge-

setz werben von den Magisträten resp. Landräthen instruirt und entschieden 43. — Bestrafung 44. —

Rlassififation

ber Steuerpflichtigen behufs Beranlagung ber Klaffenstener 40. 41. — Bermehrung ber Steuerklaffen 41. — Rlassistation ber Städte behufs ber Beranlagung ber Gewerbe-Steuer 55. — ber Mühlen in Bezug auf die Controlle des Betriebes behufs der Mahlstener 270. — ber Beinberge behufs Bestimmung der ehemaligen Beinmoststeuer 117. 118. — behufs der Beinsteuer 244. 247. — der Tabaksländereien 252.

Rompetenz Ronfiskation Rontravenient Rontrebande

Roften

ber Exefution wegen Ginziehung öffentlicher Abgaben in ber Rhein-proving 27. — ber vorläufigen Untersuchung fallen bem Denunziaten gur Laft, wenn bie Strafe in ber gerichtlichen Untersuchung bestätigt ober geschärft wirb. Wird fie gemilbert, fo trägt er, wenn er nicht von allen Gerichtefoften entbunden wird, die ber vorläufigen Unterfudung nur bann, wenn von ber letteren nach bem Ermeffen des Gerichts bei ber rechtlichen Untersuchung hat Gebrauch gemacht werden tonnen 140 — ber haft und Berpflegung ber in die Gerichtsgefängnisse abgelieferten Steuerbefraubanten find, wenn blos eine Ordnungsstrafe zu erkennen ist, von der Kinanzbehörde zu erstatten 150. follen ben in administrativen Untersuchungen vernommenen Zeugen aus bem Stenerextraordinario erstattet werden, wenn ber Denunziat freigesprochen ober unvermögend ift 153. — muffen vom Ristus getragen werben, wenn bie Reposition ber Acten wegen Mangels an Beweisen erfolgt 153. — Allgemeine Borfdriften wegen ber Koften in Steuerund Zollbefraudationsprozeffen 172 sg. - Anfat berfelben 172. -Paufchquantum 173. — Berhaftung für bie unbeitreiblichen im fummarifden Berfahren 173. - im gerichtlichen Berfahren 174. - ber Strafvollftredung 174. — bei Patrimonial-Gerichten 175. — ber Sauptamts-Juftitiarien 180 sq. — bie ber Bermeffung von Tabaksländereien burch Feldmeffer trägt ber Betheiligte ber fie beantragt bat 255. die des Waarenverschlusses hat berjenige, der die Waare jum Berschluss ftellt, nach ben tarifmäßigen Gaben zu verguten 321. — tommen bei ben im Verwaltungswege geführten Bollprozeffen außer ben baaren Auslagen, nicht zum Anfag 388. -

Kraftmehl

Steuersas bafur beim Eingange in Die fteuerpflichtigen Stabte 262.

Rreisbehörden

fiebe Communal-Beamte. -

Rreisffande

beren Mitwirkung bei Beranlagung ber Klaffenftener und ber Prüfung ber Reclamationen bagegen 42. —

Rrug = Berlag

in Beziehung auf ben Rleinhandel mit Getränken auf bem Lande 2c. 97.

Rühlgefäß

muß in ber Nachweisung ber Brenngeräthe angegeben und angemelbet werben 111. — barf nur fuische Maische enthalten 224. —

Rurfoften

für Schleichhändler, welche von ben Grenzbeamten verwundet find, werben nöthigenfalls aus der Steuerkaffe mit Borbehalt der Wiedereinziehung von dem Berletten oder nach Umftänden von dem Beamten, der die Waffen gemigbraucht hat, vorgeschoffen 373. —

£.

Lager

von Rübenzuder 281. — von unverzollten Waaren bei ben Hauptamtern 298. — sie werden Zolllager genannt 325. — Borschriften für beren Benußung und Lagerregulative 326. — von Waaren, welche ben Berdacht begründen, daß sie zur Einschwärzung in die zum Zolllartell verbundenen Staaten bestimmt sind, sollen nicht geduldet werden 393.

Legitimation & schein

bient zum Transportausweise im Grenzbezirk 333. — Ausnahmen für gewisse Gegenstände und Transporte 334. — von wo und von wem der Legitimationsschein ausgestellt wird 335. — für die mit der Waarencontrolle im Innern beauftragten Beamten 344.

Liqueur

Bonifitation ber Maischstener bei ber Aussuhr von Liqueuren 107. — ber Blasenzins für bessen Fabritation ift aufgehoben 192.

Mahl=Steuer

beren Einführung 3. 6. 255. — wo sie erhoben wird 7. 12. — Dertliche Grenzen der Stenerpstichtigkeit 269. — bei Bersendungen steuerpstichtiger Gegenstände ans einer Stadt in die andere 259. 260. 262.

— deren Ermittelung durch Berwiegung 256. — ist entweder Körneroder Fabrikat-Steuer 256. — Steuersat sür Körner 256. — Zeit
der Entrichtung der Mahlsteuer und zwar der Körner 256. — Zeit
der Entrichtung der Mahlsteuer und zwar der Körnersteuer 257. —
der Eingangssteuer 262. — bei Wengen unter is Gentner 262.
263. — Befreiung gewisser Gegenstände von der Mahlsteuer 263.

— Erhebung der Braumalzsteuer im Wege der Mahlsteuer 103. —
Steuersat sür Mehlsabrikate 262. — sür Wehl aus Kartossellen 263.

— ausnahmsweise Bergütung der Steuer 259. 260. — Steuerder Gewerbetreibenden im äußern Stadtbezirf 261. — der Gast- und Schentwirthe 262. — der Personen, welche zeitweise an klassensteuerpstichtigen Orten wohnen 260. — der Müller, wenn sie das Bäckergewerbe
oder Mehlhandel treiben 268. — Defraudation der Mahlsteuer siehe
Defraud ation. —

Maischbottige

auf sie finden die Borschriften der Steuerordnung über die Destillir und Brenngeräthe Anwendung 111. 192. — kleinere als zu 300 Duart werden nicht zugelassen 188. — müssen nach der angemeldeten Reihefolge benutt werden 188. — werden im Falle des Nichtgebrauchs schief gestellt oder versiegelt 188. — deren Konsistation dei unrichtiger Bemaischung 193. 199. — deren Rand darf nicht mit Gegenständen erhöhet werden, um das Ablausen der Maische zu verhindern 194. — siehe übrigens Maischgefäß. —

Maische

barf nur in ben bazu beklarirten Gefäßen bereitet werben 188. — barf am 3. ober 4. Tage abgebrannt werben 187. — Genehmigung längerer Fristen 188. — Füllung ber Geräthe über Nacht 188. — für sauer gewordene wird die Steuer nicht erstattet 191. — beren Abschöpfen aus gährenden Bottichen ist strafbar 194. 200. — besgleichen beren Zubereitung in nicht beclarirten oder andern als den declarirten Gefäßen 193. 199. — wie weit deren Berdünnung zu gestatten 194.

Maisch = Gefäße

auf sie sind die Bestimmungen der Steuerordnung wegen der Destillirund Brenngeräthe anwendbar III. 192. — die declarirten müssen in der angemeldeten Reihefolge benutt werden 188. — dürsen nicht eigenmächtig in Gebrauch gesetht werden 193. — deren Konsistation 193. 199. — siehe auch Maisch der tig. — Maischrefervoirs bedürsen teiner besondern Genehmigung der Steuerbehörde, sie müssen aber declarirt und vermessen und es kann deren Gebrauch unter Umständen versagt werden 188. 189. —

Maischraum

bilbet bas Fundament für die Maischsteuer 186. — barf nicht vergrößert ober verandert werden um die Steuer zu hinterziehen 200. —

Maisch=Steuer

ift an die Stelle des Blasenzinses getreten 100. 185. — Unterschied beider Arten der Besteuerung 186. — wird am letzten Tage des declarirte Monats gezahlt, unter Umständen auch länger credidirt 190. — deren Erlaß oder Bergütung 191. — sie ist in der Höhe verschieden für landwirthschaftliche und andere Vrennereien 199. 201. — bei Brennereien, die aus nicht mehligen Stossen bernnen, besteht sie in einer Besteuerung des Vranntwein-Materials nach der Menge desselben in Eimern 202. 203. —

Maischwärmer

gehören zu ben anzumelbenden und von bem Brennereibesitzer in bie Rachweisung aufzunehmenden Geräthen 111. 188. — dürfen nie anbere als reife Maische enthalten und auch diese nur während die entsprechenden Blasen im Betriebe sind 224. —

Malzschrot

deffen Verwendung zur Vier-Fabrikation 102. — Kontrolle beim Eingang in mahlsteuerpflichtige Städte und bei dessen fernerer Verwendung 103. — ist so weit es erweislich zur Brauerei oder Vrennerei verwendet wird von der Mahlsteuer frei 256. — die Anstalten zu dessen Verweigung nuß der Vrauer auf seine Kosten beschaffen 114. 115. — dars nur an einem dazu bestimmten und deklarirten Orte ausbewahrt werden 235. — muß zum Brauen vorher dekalrirt werden 235. — ist so weit es das declarirte Duantum übersteigt Gegenstand einer beabsichtigten Defraudation 236. 237. — wird nicht konsiszirt 238. — darf beim gemeinschaftlichen Verriede der Brauerei und Brennerei zu letzterer nicht re in, sondern nur mit ungemalztem Getreide vermischt, verwendet werden 236. — dessen Verweigung bei Erhebung der Braukteuer 237. —

Marft

Begünstigung des Berkehrs auf demfelben durch Erleichterung im Zoll oder Gestattung der zollfreien Wiederansfuhr 299. — namentlich für inländische Handeltreibende auf ausländischen Märkten 330. — für ausländische Gewerbtreibende auf inländischen Märkten 331. — Borschriften für die Bersendung kontrollpstichtiger Gegenstände auf Märkte 338. —

Mehl

beffen Bereitung burch eine Mühle unterliegt ber Mahlfteuer 256.
— ist beim Eingange in steuerpsichtige Städte anzumelden und zu versteuern 262. — Steuersat bafür 262. — für Mehl aus Kartoffeln 263. — Borschriften bei ber Bereitung des Mehls auf der Mühle 257. 266. — bei der Rückverwiegung aus der Mühle 271.

Messe

Instruction ber Meffteuer-Prozesse in Frankfurt a. b. D. 152. -

beren Entschei ung sieht ber bortigen Regierung zu 152. — bie von Ausländern auf Messen gebrachten Baaren können unter gewissen Kontroll-maaßregeln, wenn sie unverkauft bleiben, zollfrei wieder ausgeführt werden 299. 331. — besgleichen im umgekehrten Fall bei inländischen Waaren die zu ausländischen Messen gehen 330. —

Mühlen

sind ausnahmsweise von der Gewerbesteuer befreit, wenn sie nur für den eigenen Berbrauch des Besitzers arbeiten, oder zur Ent- und Bewässerung von Länderzien dienen 52. — deren Klassisstation für die Controlle der Mahlsteuer 270. — muffen der Steuerbehörde angezeigt werden 264. — bewegliche Handmühlen dütsen in steuerpstichtigen Städten nicht gehalten werden 257. — s. auch Hand mühlen.

Müller

bürfen für ihr bestenertes siehendes Gewerbe unbestellte Arbeit suchen, ohne dazu eines Gewerbscheins zu bedürfen 71. — dürsen nicht unter 4 Centner auf einmal zum Bermahlen annehmen 256. — müssen Steueramte ihre Gewerbs = und Korraihs-Räume anzeigen und sind an die Kontroll-Vorschriften der Berwaltungsbehörde gedunden 264. — dürsen das Bäckergewerbe nur mit Genehmigung der Steuerbehörde treiben 264. — in wie fern sie Mahsteuer zu entrichten haben 268. — ihre subsidiarische Verhaftung für Gewerdsgehülsen 269. —

Münzen.

gemeinschaftliche für die zollvereinten Staaten nach ber Münzconvention vom 30. Juli 1838 im Werthe von 2 Thalern ausgeprägt 289. — Sonstige Bestimmungen biefer Münzconvention 290. —

N.

Nachmaischung

bei bem Brauen findet in der Regel nicht Statt 116. — Ausnahme 116. — unbefugtes 128. —

Nachsuchung

fiebe baussuchung.

Nachtbrennen

bedarf befonderer fenerlicher Genehmigung 189. 190. -

Rebengefäße

beren Gebrauch ba wo er nöthig ift, steht unter besonderer Kontrolle 189. — siehe auch Sefengefäß. — beren Migbrauch zum Abschöpfen gährender Maische 183, 194, 200. —

Rebenzoll=Amt

ist als solches durch ein Schild bezeichnet und entweder erster ober zweiter. Klasse 340. — Zweck und Absertigungsbefugnisse desselben 341. — ist zur Aussertigung von Begleitscheinen in der Regel nicht befugt 348. — desgleichen zu deren Erledigung 349. — desse Erhebungsbefugnisse bei Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangsabgaben 368. —

Netto=Gewicht

bessen Ermittelung bei Berwiegung ber Runkelrüben 275. — ist das Bruttogewicht nach Abzug der Tara 308. 365. — Ermittelung des selben 309. 366. — ist bei der Bestimmung der Kontrollpstichtigkeit der Waarenversendungen im Binnenlande maaßgebend 337. — Welche Umhüllungen der Waaren bei Ermittelung des Nettogewichtes abgenommen werden dürsen 369. —

Nichtigfeits=Befdwerbe

findet in Joll- und Steuer-Contraventionssachen gegen Erkenntniffe zweiter Instanz statt 165. — hält die Bollstreckung der Strafe nicht auf 167. —

Nieberlagen

von Waaren zur Beförberung bes Durchfuhrhandels sind in größern Handelsstädten oder bei Hauptämtern errichtet 298. — können unter gewissen Umständen auch Privatlager sein 298. — Absertigung von unverzollten Waaren zu Niederlagen 311. — Was unter Niederlagen (Pachösen, Freihäsen) verstanden wird 322. — Niederlagerecht, Lagergeld und Lagerfrist 322. — nähere Bestimmungen in Betress der gerlagerten Waaren 323. — Versahren mit unabgeholten Waaren 324. — Allgemeines Regulativ für die Niederlagen in den Zollvereinsschaten 325. — Verschieden von den Niederlagen (Pachösen) sind die öffentlichen und die Privat-Credit-Lager sprencher unverzollter Waaren 326. — Privatlager von fremdem Wein 327. — die Entsernung unverzollter Waaren aus den Niederlagen ohne vorherige Declaration wird als Zolldefraudation angesehen 377. — Lager von Waaren zur Einschwärzung in die unter sich im Zolltartell stehenden Staaten sollen nicht gebuldet werden 393. 398. —

Q.

Dbst

Fabrikation von Branntwein darans unterlag früher dem Blasenzins 191. — Spätere Bestenerung dieser Fabrikation 199. 201 sq. — Borschriften für die Branntweinbrennerei aus Obst 203 sq. —

Drbnungeftrafe

für die unterlassene Anzeige eines nicht steuerpflichtigen Gewerbes 60. 65. — bei Uebertretungen bes haufir-Regulativs 84. — bei Contraventionen gegen bie Branntweinfteuergesete 127. 128. — gegen bie Brauftenergesete 129. - Allgemeine bei Stenertontraventionen, wofür keine andere Strafe festgesest ift 133. — bei Contraventionen gegen bie Borschriften für bie Berarbeitung nicht mehlichter Stoffe auf Branntwein 210. — wo blos eine Ordnungsftrafe festzusepen ift, find bie Berichte gur Untersuchung gegen bie in Die Befängniffe abgelieferten Steuerfontravenienten nicht befugt 148. - bei Aufbewahrung von Braumala an einem andern als bem beclarirten Orte 235. 237. - wegen unterbliebener Entrichtung ber Beinftener von Seiten bes Raufers von Weinbeständen 246. — wegen unterbliebener Anzeige bes Bertaufs gegen ben Bertäufer 246. - wegen verfpateter Anmelbung bes Weingewinnes 250. — ber Anzeige von Beranderungen bes Aufbewahrungsorts unverftenerter Beinbestände 251. - wegen unrichtiger Angabe ber Größe von Tabatelandereien 253. — wegen Uebertretung ber in ben Orteregulativen gegebenen Rontrollvorschriften 265. wegen unrichtiger Bezettelung bes Mahlgutes 266. — bei Contraven-tionen in Bezug auf die Rübenzuckersteuer 281. — bei Contraventionen gegen bie Bollgefete 380. - wegen unterlaffener Belehrung bei Publikation eines Strafbescheibes 387. — Berjährung 302. —

Drieregulative

von dem Finanzminister mit verbindlicher Kraft für die fleuerpflichtigen Gewerbetreibenden erlaffen 265. — Allgemeine Anweisung zu dem Erlaß derselben und deren wesentlicher Inhalt 269. 270. 271. —

Drievor ftanb

fiebe Comumnalbeamte.

P.

Padhof

bessen Errichtung und Zweck 298. — besondere Borschriften für die Lagerung von Waaren auf Packhöfen 322. — Bearbeitung der Waaren auf demselben 323. — Verminderung der gelagerten Waaren durch Zusall begründet einen Anspruch auf Zollerlaß 323. — Packhofsregulative 324. — s. übrigens Riederlage.

Pappen

Papier und bergl. unmittelbare Umhüllungen von Waaren werben bei Ermittelung bes Rettogewichts nicht in Abzug gebracht 308. —

Passagier : Gepäd

ffehe Gepack

Pagpflichtigkeit

ber Grenzanwohner, welche bes Schleichhandels verbächtig find 361.—
beren Anordnung in Bezug auf Inlander unter Borbehalt bes Rekurses an die Regierung 362. — in Bezug auf Ausländer 363. —
Wiederaufhebung der Pappflichtigkeit 364.

Patrouillenführer

ber Grenzbewachungspatrouillen ist für die erforderliche Anzeige einer stattgefundenen Berwundung bei der Polizei-Behörde verantwortlich 373. —

Personal=Arrest

siehe Arrest.

Plomben

fiebe Bleie.

Polize ibeamte

beren Zuziehung bei Pfändungen 21. — bei Haussuchungen 121. 297. — insbesondere nach Borschrift der Zollfartellbestimmungen 394. — haben Anspruch auf Denunziantenantheile, falls sie Steuerbefraudationen entdecken, oder bei der Entdeckung Hülfe leisten 183. — sollen die Grenzzollbeamten unterstüßen 294. — wann sie hiezu einer Legitimationskarte bedürfen 344. — müssen auf die Aussührung der Naaßeregeln wegen der Paßkontrolle der Grenzanwohner wachen 363. — sind nur wenn sie mit Grenzbeamten gemeinschaftlich handeln, gleich diesen zum Gebrauche ihrer Wassen befugt 372. — müssen aber mit einem Abzeichen versehen sein 373. —

Polizeibezirk

ist im Sinne bes §. 3 bes hausirregulativs bersenige Bezirk, auf welchen die Polizeigewalt der Behörde beschränkt ist, die an dem Wohnorte des Gewerbtreibenden die Ortspolizeibehörde bildet 70. —

Poften

Abfertigung ber damit vom Auslande eingehenden zollpflichtigen Gegenstände 314. 315. — fiehe auch Fahrpoften, Extrapoften. — dürfen von den Grenzaufsehern nicht angehalten werden 343. —

Privat=Lager

fiehe Rieberlage. Bein.

Propofation

bes Angeschuldigten auf gerichtliche Untersuchung in Steuer-Contraven-

tions-Sachen 134. 139 sq. — kann auch noch nach erfolgter Entscheidung ber Berwaltungsbehörden geschehen 154. — begründet die Abgabe der summarischen Untersuchung an den Hauptamtssustitiarins 176.
— ist bei dem Hauptamte anzumelden, bei welchem die Sache schwebt
385. — des subsidiarisch Berhafteten auf Entscheidung der vorgesetzten
Behörde 369. —

Prozeß

fiehe Untersuchung. Strafverfahren. -

Publication

fiche Erfenntniß -

N.

Rechtsmittel

bes Returses gegen Stener-Strafresolnte 134. — bie Belehrung wegen ber Rechtsmittel fällt weg und ersolgt nur wegen ber erhöheten Strafe ad protocollum 160. 161. — Fristen zur Einlegung der Rechtsmittel 162. 163. 164. — namentlich zur Einlegung des Returses gegen die Erkenntnisse der Gerichte 162. — welche Rechtsmittel in Steneruntersuchungssachen Statt sinden 164 sq. — bei Concurrenz mit gemeinen Verbrechen 165. — Nullitätstlage, sindet nicht mehr Statt 166. — Rechtsmittel in Jollprozessen 385. — namentlich der Recurs 387. — des subsidiarisch Verhafteten 389. —

Reisende

welche Gepack bei fich führen, muffen baffelbe an ber Grenze beclariren 304. — besondere Borschriften für ihre Abfertigung 307. — wenn fie mit Extrapost fahren 314. —

Refurs

steht gegen die Bertheilung der Gewerbesteuer, an den Landrath, die Regierung und das Finanzministerium offen 58. — soll gegen Resolute der Regierungen in Gewerbesteuer-Prozessen nicht unmistelbar bei dem Fin.-Ministerium, sondern bei der Behörde, welche das Resolut publizirt hat, angebracht werden 66. — desgl. in Steuer-Prozessen 153. — gegen Resolute der Lokalpolizeibehörde in Contraventions-Sachen gegen das Geset wegen des Kleinhandels mit Getränken 2. — gegen Resolute in Steuer-Contraventions-Sachen 134. 139. — gegen Erkenntnisse der Gerichte 162. — gegen die Unterwerfung unter die Passontrolle für Grenzbewohner 362. — der Hauptämter gegen die Entscheidungen der Landräthe in Bezug auf Paspssichtigkeit der Grenzbewohner 362. — in Jollprozesssan.

Remission

ber Tabaksstener wird im Falle von Mismachs ober Berlust ber Ernte burch Unglücksfälle bewilligt 254. — Berfahren und Reglement für bie Ermittelung bes Schabens und Bestimmung ber Remission 255. —

Reposition

fiehe Acten. -

Resolut

bessen Absassung in Stener-Contraventions-Sachen Seitens ber hauptämter 134. 144. 145. — ber Verwaltungsbehörden überhaupt 143. — ber Gerichte im abgekürzten Bersahren 141. — bessen Publikation 135. 142 — bessen Vollstreckung in administrativen Untersuchungen geschieht durch die Hauptämter 146. — darin darf auf vorläusige Freispreckung nicht erkannt werden 153. — wird bei dem Bagatell- und Submissions-Versahren nicht abgesatet 151. — das der Steuerbehörde in Steuercontraventionssachen, die der Hauptamtssuskitiarius instruirt hat, publizirt der Lestere 176. — wird, wenn auf rechtliches Gehör provocirt ist, für nicht ergangen angesehen 385. — muß die Entscheidungsgründe enthalten 387. — Publikation dessellen und Rechtsmittel dagegen 387. 388. — Publikation des Recurs-Resoluts 388. — dessen Vollstreckung steht den 3011- und Steuerbehörden zu 388. —

Restitution

ber Gefälle bei Bersenbungen in das Ausland findet in der Regel / nicht Statt 105. — Ausnahmen für die Branntweinsteuer 106. — bei unterbrochenem Betrieb 110. 191. — für sauer gewordene Maische erfolgt sie nicht 191. — bei der Steuer für Branntwein aus nicht mehligen Stoffen 206. 207. — der Tadakssteuer bei der Aussuhr wird nicht gewährt 254. — bei Mißwachs siehe Remission. — der Mahl- und Schlachtsteuer 259. 260. — der Rübenzucker-Steuer sindet nicht Statt 276. — der innern Steuern für Gegenstände, welche aus einem Bereinsstaate in den andern übergehen 401. 402. — siehe auch Bonissication. —

Revision

ber Brenn- und Braugebände ift, wenn darin gearbeitet wird, seberzeit, sonst nur von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr zulässig 121. 123. — außerordentliche und Haussuchungen 121. 123. — nächtliche 121. — des Erntegewinns beim Wein 118. 123. — bei dem Tabat 120. 123. — der Destillirgeräthe 122. — Berpstichtungen der Gewerbtreisbenden hierbei, nameutlich zur Hüssleistung 123. — Besugnisse der Beamten dabei 121. 122. 123. — erstreckt sich anch auf die Rontrolle der pünktlichen Beodachtung des Betriebsplanes oder der Declaration 193. — der Material-Borräthe in Brennereien, welche aus nicht mehligen Stoffen brennen 205. — der Bestände an Weingewinn 245. 247. 250. — der Runkelrübenzucker-Fabriken 278. — der Räume zur Kartensabrikation 288. — vom Auslande eingehender Waarentrans-

porte 295. — Zweck berselben und Arten 307 sq — Berpflichtungen ber Zollschuldigen hierbei 308. — Allgemeine und spezielle Revision 309. — bei Fahrposten 314. — Extraposten 315. — ber aus bem Inlande durch das Ausland nach dem Inlande versendeten Waaren 328. 329. — von Seiten der Grenzausseher 342. — anderer Staats und Rommunalbeamten in Bezug auf den Zollschuß 343. — der Steuerund anderer Beamten im Innern bei der Waarensontrolle im Vinnenlande 344. — der Waarensager 339. — der Waarensadungen vor Erledigung der Begleitscheine I. 360. — sindet bei Erledigung der Begleitscheine II. nur ausnahmsweise Statt 361. — in anderen im Zollsartell stehenden Ländern 394. — das Rechtmittel der Revission sindet gegen Erkenntnisse in Steuercontraventionssachen Statt 165. —

Revisions=Bermerte

ber Stenerbeamten find öffentliche Urfunden 120. — beren Berfalschung 121. — Mufter bazu 197. —

Rindvieh

beffen Einbringung gur Rachtzeit in ftenerpflichtige Stabte 266. -

Roggen

Steuerfat für beffen Bereitung zu Mehl 256. — bei Bermischung mit Weizen 257. —

Rückverwiegung

ber Mehlfabrikate aus ben Mühlen 271. —

Rumpf

bes Schlachtviehes wird behufs Entrichtung ber Schlachtstener zur Waage gebracht 259. —

Runfelrüben

ber barans erzengte Rohzucker unterliegt ber Bestenerung 274. 282. 285. — beren Berwiegung behuss ber Steuererhebung 275. — babei ist bas Zollgewicht maaßgebend 285. — Borräthe bavon zur Zuckersabrisation muffen beclarirt werden 279. —

Ø,

Salz

barf nicht eingeführt werben 287. — Sonstige Bestimmungen in Be-

Schaffer

find Gewerbsgehülfen, für welche bie Gewerbtreibenden in subsidium du haften verbunden find 132. —

Schaafe

geschlachtet, unterliegen Der Schlachtfteuer 258. -

Shanfftätten

zu beren Anlegung bedarf es eines polizeilichen Erlandnißscheins 94. 98. — sollen nicht ohne Bedürfniß errichtet werden 95. — bie Strafe bersenigen', welche ohne Erlandnißschein das Gewerbe betreiben, ist 25 Thr. Geld- ober verhaltnismäßige Gefängnißstrase 96. — die schon bestehenden haben durch die Ordre vom 21. Juli 1844 nicht beschränkt werden sollen 406. —

Shiffer

beren Berpflichtung zur Entrichtung von Gewerbestener 47. 48. — zur Angabe ber Tragfähigkeit ihrer Schiffe 48. — zur Anmeldung zollpflichtiger Labungen 310. — zum Anhalten und Anlanden auf den Ruf der Grenzbeamten 342. — Anwendung der Waffen gegen sie, wenn sie auf den Anruf der Grenzbeamten nicht achten 372. —

Shiffegefäße

werben nicht behufs der Gewerbesteuer, sondern behufs Bestimmung der Schiffahrtsabgaben vermessen 47. — die Vermessungs-Verhandlung tann aber bei der Bestimmung der Gewerbesteuer zum Grunde gelegt werden 48. — dursen sich auf Gewässern längs der Zollgrenze ohne zollamtliche Erlaubniß nur dis auf fünfzig Fuß nähern 334. — müssen auf den Ruf der Grenzbeamten anhalten 342. — Versahren, wenn sie mit Waaren unter Begleitschein I. unterwegs einfrieren 356. 357. — Wann der Gebrauch der Wassen Seitens der Grenzbeamten gegen Schiffe auf Grenzsküssen zulässig ift 372. —

Shilbe

mit bem Landeswappen, bezeichnen die Dienststellen zur Erhebung ber Gefälle und Abfertigung ber Reifenden 340.

Shlactbuch

muß von ben Schlächtern behufe ber Rontrolle ber Schlachtftener ge-führt werben 264. —

Schlachtsteuer

wovon sie erlegt wird 258. — ift entweder Steuer vom Schlachten oder Eingangs-Steuer für Fleischwaaren 258. 262. — Befreiung ge-wisser Gegenstände von der lettern 263. — Berschiedene Art der Entrichtung der Steuer für das Schlachten 259. — beren Bergütung 259. 260. — Fixation 259. — der Gast- und Schankwirthe 261. — für Gegenstände unter 16 Centner 262. — der Gewerbtreibenden im außeren Stadtbezirk 261. 257. — s. übrigens Defraudation.

Schlachtvieh

beffen Berfteuerung nach Studfagen 258. - nach bem Gewicht 259.

— beffen Einführung zur nachtzeit begrundet ben Berbacht der beab- fichtigten Defraudation 266. —

Shlächter

bilben eine Gesellschaft behus ber Bertheilung ber Gewerbesteuer 56. — beren Berpflichtungen, wenn sie fixirt sind 259. — sind steuerpslichtig im äußern Stadtbezirke 261. — muffen ihre Gewerbs- und Borrathsräume steueramtlich anzeigen und sind an die von der Steuerbehörde erlassenen Kontrollvorschriften gebunden 264. — begehen eine Defraubation, wenn sie für einen Andern in einer steuerpslichtigen Stadt unversteuertes Bieh schlachten 267. — beren Bestrafung, wenn sie Fleisch
oder Fleischwaaren aus klassensteuerpslichtigem Lande in den Stadtbezirk
unversteuert einführen 267. —

Shlagbaum

ift bei ben Grenzzollämtern ober bem Ansageposten errichtet 340. —

Sch leichhandel

besselben verbächtige und beshalb schon bestrafte Personen stehen unter Pastontrolle resp. unter polizeilicher Aussicht 361. 363. — bessen Bestrafung, wenn er erwerbsmäßig betrieben wird 376. — zu bessen Unterbrückung leisten sich die im Zollkartellverhältnisse stehenden Staaten gegenseitig Beistand 392. 398. — Rottirungen behufs des Schleich-handels werden nicht geduldet 393. 398. —

Schnellposten

fiebe Poften.

Schöffen

haben am linten Rheinufer ftatt ber Gemeinbebeamten bei Erhebung und Ermittelung ber Weinfteuer Gulfe gu leiften 245. —

Shroot

beffen Bereitung auf ber Mühle unterliegt ber Mahlsteuer 256. —

Shugmaffe

bamit sind die Grenzbeamten versehen 294. — wann sie überhaupt bavon Gebrauch machen durfen 371. — follen bei Reitern und Fuhrwerken zunächst gegen die Thiere gerichtet, 372. — auch von einzeln postirten Beamten nur zu Signalschuffen gebraucht werden 372. — sollen nur mit der vorgeschriebenen Munition geladen werden 370. —

Sch weine

unterliegen ber Schlachtsteuer 258.

Spediteurs.

Kausseute und Fabrikanten haben das Recht unverzollte Waaren auf Pachböfen niederzulegen 323. — siehe auch Niederlage.

Spielfarten

fiehe Rarten.

Stadtbegirf

was barunter zu verstehen sei 269. — Unterschied zwischen bem aufern und innern Stadtbezirke 270. — besondere Berpflichtungen der Gewerbtreibenden im äußern 261. — Handel mit steuerpflichtigen Gegenständen in dem äußern Bezirk 261. 269. —

Stampfen

bewegliche, burfen in steuerpflichtigen Städten nicht gehalten werden 257.

Stärfe

beren ausnahmsweise Steuerfreiheit beim Eingange in die Städte 263.

Steuer=Aemter

muffen über die geschehene Anmeldung ber Brenngeräthe und beren Bermeffung eine amtliche Bescheinigung ertheilen 112. — Dienststunben bei denselben 123. 124. — erheben die Getränke-, Tabacks- und Weinstener im Innern des Landes 135. — fertigen die Betriedspläne für Brennereien aus 137. — erheben die Mahl- und Schlachtsteuer 264. — in Folge besonderer Ermächtigung auch den Eingangszoll von Waaren, die unter Begleitschein II. auf sie gerichtet sind 343. — in wie fern sie zur Erledigung von Uebergangsscheinen besugt sind 404. —

Steuerbeamte

beren Revisions-Befugnisse im Allgemeinen 120. 123. — bei außerordentlichen Revifionsmaagregeln 121. - muffen einen Gemeindebeamten zuziehen 121. — in Bezng auf bie Controllirung bes nach bem Betriebsplan beelarirten Betriebs ber Brennerei 193. — in Bezug auf die Bestände an Weingewinn 245. — beren allgemeine Berpflichtungen bei Ausübung bes Dienftes 123 fig. - burfen teine Gefchente, Belohnungen ober Dienstleistungen als Entgelt annehmen 124. muffen fich bei ber Erhebung ber Steuer genau nach ben Sagen rich. ten und haften für das zu wenig Erhobene 125. — beren Dienstver-gehungen werben nach dem A. E. Recht bestraft 125. — Strafe ber Bestechung berfelben 132. — ber Wiberfeplichfeit gegen fie 133. beren Borladung in Steuerbefraubations-Sachen foll ber vorgefesten Beborde bekannt gemacht werden 157. — follen mit Prozefinstruktionen in ber Regel nicht beauftragt werden 145. — beren Befugniffe in Bezug auf Die Rontrolle ber Rübenzuderfabriten 278. 280. - in Bezug auf die Maaren-Kontrolle im Binnenlande 344. 345. — bas von zweien von ihnen vorschriftsmäßig aufgenommene Protofoll über eine Bollgesegübertretung bewirft vollen Beweis 354. - Die ber unter einander im Bollfartell flebenben Staaten haben rudfichtlich ihrer amtlichen Angaben biefelbe Glaubwürdigkeit wie in bem eignen gande 396. 399. - find befugt, bie Spuren von Zollcontraventionen in ben im Zolliartell ftehenden Staaten zu verfolgen, hanssuchungen und Befchlagnahmen oder Berhaftungen vorzunehmen 391. 395. —

Steuerbuch

für ben Brauereibetrieb 239 sq. —

Steuersas

für die Klassensteuer 42. — die Gewerbestener 55. 66. 67. — bei Gewerben, die im Umberziehen betrieben werden 58. 80. — Ermäßigungen dieser Säte 67. 90. 91. 92. — Steuersat in Contraventionsfällen 83. — muß bei der Erhebung genau inne gehalten werden 124. — über zweiselhafte Steuersäße sollen die Gerichte das Gutachten der Steuerbehörden einholen, bevor sie erkennen 157. — für die Maischsteuer 185. 199. 201. — bei Brennereien aus nicht mehligen Stoffen 202. — bei der Brausteuer 102. — bei der Weinsteuer 244. — bei der Mahlsteuer 256. 262. — ber Schachtsteuer 258. 262. — für die Rübenzucker-Steuer 283. 285. 408 — dessen Ermittelung und Kestsenguckerschen Gtaaten 284. —

Strafe

bei Rlaffenftener-Contraventionen 43. 44. - ber unterbliebenen Rachfuchung einer polizeilichen Erlaubniß zum Gewerbebetriebe 54. - namentlich ber unbefugten Schant- und Gastwirthschaft 96. - ber unterbliebenen Anmeldung eines nicht fteuerpflichtigen Gewerbes 60. bes verweigerten Beitritts zu einer Steuergesellschaft 61. - ber Beftechung von Gewerbesteuer-Beamten 61. - bei Betreibung eines Gewerbes mit Berletung polizeilicher Borfdriften 64. — bei verbot-widriger Aufsuchung von Baarenbestellungen im Umberziehen 82. bes Einbringens von Sausirern in Privathäuser, Gafthofe 2c. 84. von ber Bollftredung einer Saufirftener-Contraventions-Strafe foll ber Ortsobriafeit bes Contravenienten von Amtswegen Nachricht gegeben werden 85. — Umwandlung der Geldbufe in hausirftener-Contraventions-Sachen 84. 88. 89. — ber Dienftvergebungen ber Steuerbeamten 125. - ber Defraudation bei ber Branntwein-, Bier-, Beinund Tabafostener überhanpt 125. 126. 129. 130. — befonders bei ber Maischftener 193. 199. — ber 100 Thir. bei Maischsteuer-Contraventionen 193. 199. — wenn mehrere an der Contravention Theil genommen haben, wird fie boch nur einfach ertannt 195. - bei Stenern, mit benen ein Communalzuschlag erhoben wird 137 .- bei unterlaffener Angeige in Betreff ber Gerathe 126. 128. - bei Berleguna bes amtlichen Berichluffes ber Berathe 127. - bes Kixationsvertrages 127. - bei Unrichtigfeiten in bem Berfteuerungebuche (Betriebebeclaration) 127. — bei Berluft ober mangelhafter Aufbewahrung beffelben 128. — bei Contrarentionen in Bezug auf die Branntweinfabritation aus nicht mehligen Stoffen 210. - ber Brauer, welche ohne vorberige Anzeige einmaischen 128. - fonfliger Bergebungen in Bezug auf tie Braumalafteuer 129 235. 236. - außerorbentliche bei Brauftener-Defraudationen 236. 237. -- bei Dahl - und Schlachtfteuer-Contraren-

tion und Defraudation 264. 267. 268. — bei Rübengudersteuer-Defraudationen und Contraventionen 280. 281. — in Bezug auf ben Berbrauch bes Biehfalzes 287. — bei ber Kartenfabritation und Ginbringung 288. — ber Bestechung von Steuerbeamten 132. — ber Widerfehlichkeit 133. — sonstiger Bergehungen gegen bie Vorschriften - ber Steuerordnung 133. — bei Concurrenz von Steuer- und Boll-Contraventionen mit andern Berbrechen 132.382 — Bollftredung ber Strafe 166 sq. — foll fofort nach beschrittener Rechtsfraft erfolgen 167. - wird durch die Richtigkeitsbeschwerde nicht aufgehalten, aber woht burch Immediat - Erlaß - Gefuche 167. — in ben Nachlaß bes Angeschuldigten 168. - gegen Militarpflichtige und Landwehroffigiere 168. — muß auf Antrag der Steuerbehorde suspendirt werden 169. — Roften berfelben 174. - Strafe bei Berletung ber Borfdriften megen ber Pagcontrolle 362. 363. - Strafe bes Migbrauche ber Baffen Seitens ber Grenzbeamten 374. - namentlich bes Gebrauchs einer anderen als ber rorgeschriebenen Munition 370. - ber Contrebande 375. — ber Zollbefraudation 375. 376. — unter erschwerenden Umftanden 378. 379. — der Theilnehmer an einer Contrebande oder Defraubation 380. — ber Berletung bes amtlichen Waarenverschlusses ohne Absicht ber Defraudation 380. — ber Bestechung von Grenzbeamten und ber Biberfeslichkeit gegen fie 382. - Bollftredung ber Strafe wegen Bollvergeben gefchieht, wenn fie im Berwaltungewege ertannt ift, burch die Boll - ober Steuerbeborben, fonft burch die Gerichte 388. Strafe ber Contravention gegen bie in anderen im Zollfartell ftebenben Staaten bestebenben Und - und Ginfuhrverbote, fo wie ber Defrandationen ber vertragsmäßig bestimmten Abgaben 396. — Berrechnung ber Strafe nach ben Bollfartellbestimmungen 396. — Berfährung der Strafe wegen Kontrebande und Zolldefraudation 392. — Ummandlung ber Geloftrafe in Gefängnifftrafe 126. 170. — Competeng ber Gerichte gur Umwandlung 170. — bei erimirten Personen 171. Berhaltniß ber Gelb- gur Gefängnifftrafe 126. 137. — ber Berth bes Confiscats unterliegt nicht ber Umwandlung 137. — Daner ber außerorbentlich erkannten Gefängnifftrafe 159. — beren Zahlung bei bem Bagatell = und Submissions-Berfahren 151. —

Straffonds

aus bem Betrage ber nach ben Bestimmungen bes Zollstrafgesets erstannten und eingezogenen Gelbstrafen 390. — wurde früherhin theilsweis zu Gratistationen für die Zollbeamten verwendet 391. — ist aber jest ausschließlich für einen Wohlthätigkeitssond bestimmt 392. —

Straf. Berfahren

fiebe Untersuchung.

Straf=Bollftredung

fiehe Strafe.

Stranbgut

fiehe Bergung.

Straßen

Stenerstraßen, welche bei Aussührung von Branntwein gegen Stenervergütung innegehalten werden müssen 106. — bei der Einführung mahl und schlachtstenerpslichtiger Gegenstände 263. — Jolistraßen beim Eingange zollpslichtiger und zollsreier Waaren müssen innegehalten werden 294. — werden öffentlich bekannt gemacht 340. — beim Eingange zur See stehen ihnen die Landungspläße (Häsen) gleich 294. — Ausnahmen von der Innehaltung der Jolistraßen 2c. 303. — Landstraßen im Sinne des Gesehes vom 28. Juni 1834 wegen des Wassengebrauchs sind nicht blos Jolistraßen 372. — diesenigen, auf benen ausgleichungssteuerpslichtige Gegenstände über die Binnengrenze gehen dürsen, sind besonders bezeichnet 403. —

Subhastation

von Grundstüden behufs Beitreibung rückftänbiger Abgaben ift zulässig.

13. — unter welchen Bedingungen sie in der Rheinprovinz stattfindet
27. — soll wegen Gelbbußen nicht extrahirt werden 166. 188. —

Submiffions = Berfahren

in summarischen Untersuchungssachen 151. — ist verschieben von bem Bagatell-Berfahren 151. 152. — babei unterbleibt die Absassung eines Resoluts 151. —

Syrup

beffen Berarbeitung auf Branntwein 211. —

T.

Taback

wurde zuerst nach dem Erntegewinn an Blättern versteuert 105. 118. 119. 129. 130. — An die Stelle dieser Steuerhebung trat die Steuer nach der Größe der Tabacksländereien mit Rücksicht auf die Qualität des Gewächses 252. — bei dessen Aussuhr wird keine Steuervergütung gezahlt 254. — unterliegt einer Uebergangsabgabe 403. —

Tabaf=Fabrifate

sind bei der Versendung in Mengen über $\frac{1}{2}$ Centner im Binnensande kontrollystichtig und muffen burch Frachtbrief legitimirt sein 337. — unterliegen einer Uebergangsabgabe 403. —

Tabaf=Steuer

fiehe Tabat.

Talglichte

find beim Eingange in ichlachtfteuerpflichtige Städte frei 263. -

Tara

ift bas Gewicht ber für ben Transport nöthigen besonberen außern Umgebungen der Waaren 308. 365. — Berechnung derselben nach dem Tarif bei Ermittelung des Nettogewichts 309. 366. — Allgemeine Säpe dafür als Regel enthält der Tarif 366. —

Tarif

fiehe Zolltarif.

Thatbestand

ber Gewerbestener-Contravention 62.— ber Hausir-Steuer-Contravention 83. 86. 87. — ber Defraudation ber Steuer aus den Gesehen vom 8. Februar 1819. (Branntwein, Bier, Wein, Tabat) 125. 136. — bessen Feststellung bei den von den Hauptämtern geführten Untersuchungen 145. — der Maischsteuer-Defraudation 191. — der Maischsteuercontravention 200. — der Contraventionen bei der Steuer für die Fabrisation des Branntweins aus nicht mehlichten Stossen 210. — der versuchten und verübten Braumalzsteuerdefraudation 236. 237. — der Weinsteuerdefraudation 236. 237. — der Weinsteuerdefraudation 263. 263. 267. — der Mahl- und Schlachtseuerdefraudation 263. 266. 267. — der Rübenzucker-Steuerdefraudation 280. — der Defraudation der Kartenssteuer 288. — der Contraventionen bei der Waarenstontrolle im Binsenlande 337. 338. — der Kontredande und Jolldefraudation 375. 376. 377. — der Jolldefraudation unter erschwerenden Umständen 378. 379. — des Feststellung durch Prototolle der Beamten 384. — bei Jollsontraventionen auf dem Gediete der im Jollsartell stehenden Staaten 396. 399. —

Theilnehmer

an einer beclarationswidrigen Maischung haften für die nur einmal sestzuseßende Strafe der 100 Thr. in solidum 195. — an der Schlachtsteuerdefraudation ist der Schlächter, welcher für einen Andern in einer steuerpflichtigen Stadt unversteuertes Vieh schlachtet 267. — an der Contredande oder Zolldefraudation werden nach den allgemeinen Gesetzen bestraft, so weit nicht besondere Vorschriften dafür gegeben sind 380. —

Transport

von Waaren im Grenzbezirk unterliegt genauer Beaufsichtigung 295.
— außerhalb des Grenzbezirks findet solche Kontrolle nur für dem Transport gewisser Waaren statt 296. — dabei müssen die Ladungen mit Frachtbriefen versehen sein 337. — bei der Transportkontrolle im Grenzbezirke gilt überall Preußisches und nicht Jollgewicht sowohl für die Angaben des Transportanten als für die Führung der Register 302. — Berzögerung des Transports bei Waaren die unter Begleitischein gehen 318. 354. — Theilung eines solchen Transports 319. 355. 357. — Beränderung der Bestimmung desselben 355. — Transportkontrolle im Grenzbezirke 333. — namentlich auf Gewässern 334.

— Beschränkung beffelben in ber Zeit 335. — von Baaren, welche einer Uebergangsabgabe unterliegen 403. —

Transportmittel

find bei Hauser-Steuer-Contraventionen der Consistation nicht unterworfen 87. — in wie weit sie beim Eingange zollfrei zu lassen sind 370. — beren Beschlagnahme und Beräußerung bei Zolldefraudationen 384. —

11.

Uebergangsabgaben

beim Transporte von Waaren aus einem Zollvereinsstaat in ben aubern 289. 339. 400. — beren Erhebung 403. 404. — Anwendung der Vorschriften des Zollgesetzes und der Zollordnung auf die Einnah Durchsuhr von Gegenständen, welche Uebergangsabgaben unterliegen 405. 406. — insbesondere Ausfertigung der Uebergangssscheine 405. — Strafe der Defrandation derselben 375. 406. — Oabei sind die Bestimmungen des Zolltartels ebenfalls auwendbar 393. —

Uebergewicht

bei ber Berwiegung von Braumalz 237. — von Getreide bei Erbebung ber Körnerstener 256. — bei ber Rückverwiegung des Fabrikats aus ben zur Mühle gebrachten Körnern 271. — bei Waaren, die auf Begleitschein I. abgefertigt sind 318. —

Umherziehen

fiebe Gewerbe, Sanfirhanbel.

Umlabung

von Waarentransporten, die unter Begleitschein gehen 319. — von Waaren, die im Binnenlande controllpflichtig sind 339. —

Umwanblung

ber Strafe siehe Strafe. —

Untersagung

bes Gewerbebetriebes bei wiederholten Steuer-Contraventionen fiehe Gewerbebetrieb. —

Untersuchung

in Rlaffensteuer-Contraventions-Sachen 43. — in Gewerbesteuer-Contraventionen 61. — in Concurrenz mit anderen Bergehungen 65. 132. 179. — gegen Ausländer 47. — bei Haustir-Steuer-Contraventionen 84. 88. — bei Bergehungen gegen das Gesey wegen des Rleinhandels mit Getränken 20. 96. — in Steuer-Defraudations-Sachen überhaupt

134. 139 sq. — von Untersuchungen gegen Militärpflichtige soll ber Erfatausbebungs-Commission Dittheilung gemacht werben 168. -in Mabl- und Schlachtsteuer-Prozessen 264. 269. — in Brozessen wegen Rübenzucker-Steuer-Defraudation 280. — in Prozeffen megen Zollgesetübertretungen 383 sq. — namentlich gerichtliche 385. — abministrative 386. — gegen unbefannte entsprungene Defraudanten 390. - fonnen wegen ber auf bem Gebiete eines im Bollfartell ftebenben Staates begangenen Defraudationen auch gegen Unterthanen ber anberen mitkontrabirenden Staaten eingeleitet werden 397. — wegen Defraudationen ber lebergangs-Abgaben 406. — gerichtliche 141. gegen verhaftete in die Gerichtsgefängniffe abgelieferte Defraudanten 146 fla. — im abgefürzten Berfahren 142. 143. — befondere Bestimmungen für bas gerichtliche Untersuchungsverfahren 156. — fiebe auch Competenz .- Spezielle Bestimmungen für summarische (abminiftrative) Untersuchungen 143. — namentlich für die hauptamter 145. — im abgefürzten und Submissionsverfahren 150. 151. — in Meßsteuerprozessen 152. - vorläufige Freisprechung im administrativen Berfahren ift unftatthaft 136. 153. — Borladung von Zeugen in summarischen Unterfudungen 153. - eine wegen Steuervergeben eingeleitete gerichtliche Untersuchung tann nicht auf Antrag ber Prov. Stenerbeborbe obne Beiteres niedergeschlagen werben 172. — auf Antrag bes Finang-Miniftere tann bies aber geschehen 172. — Roften ber Untersuchungen wegen Steuervergeben 172 sq. — fiebe auch Roften. — Fub-rung berfelben burch ben hauptamts-Jufitiarins 175. 176. — bie ibm von ber Prov.-Steuerbehörde aufgetragenen barf er nicht ablehnen 179. —

Untersuchungs-Richter

fiebe hauptamts-Justitiarius. —

Unterthan.

fiehe Ausländer. Bereins-Staaten. —

IJ.

Berbrechen

in Berbindung mit Stener-Contraventionen 132. 179. — in Berbindung mit Zollcontraventionen und Defrandationen 382. — namentlich in Bezug auf Unterthanen ber unter einander im Zollcartell stehenden Staaten 399. —

Bereins=Münze

fiehe Müngen. -

Bereins : Staaten

Behandlung der Unterthanen berselben in Bezug auf die Gewerbestener siberhaupt 46. 47. — beim Gewerbebetrieb im Umherziehen 50. 76. 90. — Aussührung von Branntwein in dieselben gegen Steuervergütung 106. — deren Uebereinfunft wegen der Rübenzuckersteuer 282 sq. — haben ein gemeinschaftliches Münzgesetz vereinbart 289. — besgl. ein gemeinschaftliches Niederlage-Regulativ 325. — deren Bereinigung in Bezug auf den Gefälle-Credit für Weingroßhändler 328. — deren gemeinschaftliches Begleitschein-Regulativ 346 sq. — Berhältniß, nach dem die Münzen der Bereins-Staaten gegenseitig angenommen werden 369. — Zollfartell unter den Bereinsstaaten 392. — Uebereinstunft derselben mit Hannover, Oldenburg und Braunschweig wegen Unterdrückung des Schleichhandels 398. — Bestimmungen wegen der unter den Bereinsstaaten verabredeten Uebergangsabgaben 400. —

Berfahren

fiche Strafverfahren. Untersuchung. —

Bergütung

der Anslagen an Zeugen in fummarischen Untersuchungen 152. — siehe auch Bonissikation. Restitution. —

Berhaftung

subsibiarische, tritt bei Gewerbesteuer-Contraventions-Strafen nicht ein 65. — auch nicht bei hausirfteuer-Contraventionen 88. bei anderen Steuercontraventionen 130. — insbesondere bei sequestrirten Gutern, und bei Abministratoren 131. - tritt für die wegen Widersetlichkeit gegen Steuerbeamte festgesetzen Strafen nicht ein 133. - gefängliche bei Steuerbefraudanten 146. - fiebe Defraubant. Befängniß. - Inbfibiarifche für unbeitreibliche Roften 173 sq. — mehrerer Theilnehmer einer Maischfteuer-Contravention für bie Strafe ber 100 Thir. 195 .- ber Müller für ihre Gewerbegehülfen tritt nur dann ein, wenn fie gleichzeitig Baderei ober Mehlhandel treiben 268. 269. — britter Personen bei Kartensteuer-Defraudationen 288. — Berhaftung ber Waaren für den darauf ruhenden Zollanspruch 291. — bes Declaranten für bie Richtigkeit ber Declaration 306. bes Extrahenten eines Begleitscheins für ben Betrag bes Gingangszolls und Geftellung ber Baaren am Bestimmungs-Drte 317. 320. ber Steuerbehörde für Beschäbigungen ber Baaren in ben öffentlichen Niederlagen 324. — bes Begleitschein-Extrahenten für die barin über nommenen Verpflichtungen 347. — subsidiarische ber handel- und Ge werbtreibenden bei Zollgesehübertretungen 380. — besgl. anderer Ben fonen 381. - befondere Bestimmungen wegen bes Berfahrens gege ben subsidiarifch Berhafteten und Rechtsmittel beffelben 385. - ge fangliche ber Grenzbeamten, welche ihre Baffen gemigbraucht habes 374. — von Defraudanten auf bem Gebiete anderer im Bollfartel ftebenben Staaten 395. —

Verjährung

ber bffentlichen Abgaben überhaupt 30 fig. — in Contraventionsfällen 32. — Wirkung 33. — ber Abgaben, welche nicht in landesherrliche Kassen steine 33. — ber Stempelsteuer 33. — ber Zollgefälle, sowohl gegen ben Staat als gegen ben Zollpflichtigen, tritt binnen Jahresfrist ein 292. — ber Strafe wegen Contrebande und Zolldefraubation so wie ber bloßen Ordnungsstrafen 392. —

Verkauf

52

j.

西野路

tim

33. -

rejtr.

repr in 13

fras'

irn Ā

ebil m

133

atics

106.-

19**119** 320, -

ntlida

in über 111d Ge

er ger

; gege

t baka

Ufarte

von Grunbstüden bei Exekutionsvollstreckungen wegen rückfändiger Abgaben 13. 27. — darf wegen Geldbußen nicht Statt sinden 166. 388. — von abgepfändeten Gegenständen in der Rheinprovinz 22. — von in Beschlag genommenen dem Berderben ausgesetzen oder kostspielig aufzubewahrenden Sachen in Gewerbesteuer-Prozessen 65. — von Brenn- und Braugeräthen Seitens der Gerichte auch dei gerichtlichen Auctionen soll nicht ohne Nachweis darüber geschehen, daß die steueramtliche Anzeige gemacht ist 111. — bei Privat-Auctionen haftet nicht der Auctions-Communistar, sondern die betr. Privaterson haftet nicht der Auctions-Communistar, sondern die betr. Privaterson sie die Anzeige 111. — von unversteuertem Weingewinn 245. 246. — begründet für den Käuser die Berpflichtung zur sosorigen Entrichtung der Steuer 249. 250. — der Spielsatzen ist fret 288. — des Vielssfalzes 287. — der in Beschlag genommenen Sachen bei Zollcontraventionen 383. — namentlich der Transportmittel 384. —

Bertebr

mit andern Ländern in Bezug auf die Zollabgaben 289. — mit zollfreien oder verzollten Waaren im Innern ift frei 292. — im Grenzbezirke 295. 296. — außerhalb des Grenzbezirks 296. — auf Meffen und Märkten 299. — unter den Grenz-Nachbarn kann in Bezug auf den Zoll erleichtert werden 300. — zur See 302. — mit zollpstichtigen Gegenständen auf den Staatsposten 314. — inländischer Gewerbtreibender auf ausländischen Messen und Märkten 330. — ausländischer Gewerbtreibender auf inländischen Messen 331. — an der Seesgrenze 332. — in dem Grenzbezirke 333 sq. — mit, Uebergangs-Abgaben unterliegenden, Gegenständen 403 sq. —

Vermessung

ber Schiffsgefäße nach ber Anweisung vom 23. Detober 1837 geschieht nicht zum Zweck ber Erhebung ber Gewerbesteuer 47. 48. — ber Brenn- und Braugeräthe 111. 112. — namentlich ber Hulfs- und Rebengefäße 188. 189. — ber Tabaksländereien geschieht tostenfrei 252. — ber Geräthe bei ber Rübenzuckersabritation 278. —

Berschluß

ber Brenn-Gerathe, welche außer Betrieb find 114. 207. — beffen Abnahme darf nicht eigenmächtig geschehen 114. 193. — Strafe ber Berlehung des Berschlusses der Geräthe 126. 127. — der Fälschung desselben 132. — Berschluß ber Zerkleinerungs und sonstigen Apparate in

Mübenzuckerfabriken 278. — ber Waaren überhaupt; Art und Zweck 321. — Kosten besselben 365. — Berfahren bei Berletung besselben 321. 322. — Verschluß ber Waaren, welche zur Durchsuhr bestimmt sind 312. — welche mit den Posten eingehen 314. 315. — welche Reisende mit Ertrapost bei sich führen 316. — welche aus dem Inlande durch das Ausland nach dem Inlande versendet werden 328. 329. — Strafe der Verletung des Waaren-Verschlusses 380. —

Bersenbung

von Branntweinproben, sobald bies nicht im Umherreisen geschiebt, kann Statt finden, ohne daß es dazu eines Gewerbscheins bedarf 72.
— mahl = und schlachtsteuerpsichtiger Gegenstäude aus einer Stadt in die andere begründet keinen Anspruch auf Bergütung 259. 260. — ins Ausland über See 259. — siehe auch Bonisikation. — von Waaren aus dem Inlande durch das Ausland nach dem Inlande ist zollfrei unter Beobachtung der vorgeschriebenen Kontrollmaaßregeln 297. 328. — besgleichen bei fremden Waaren, welche zwischenliegendes Ausland berühren 297. — controllpstichtiger Waaren im Grenzbezirke 333 sq. — im Binnenlande 336. — muß durch Frachtbriefe begleitet und legitimirt sein 337. — von Uebergangs = Abgaben unterliegenden Gegenständen 404. —

Berficherungs=Gefellschaften

find ber Gewerbesteuer vom Handel unterworfen 49. — zum Schuse von Zollbefraudationen und Contrebande 379. — beren Fonds werden confiscirt 380. —

Berftenerungsbuch

muß die Tage der Einmaischungen zc. angeben 113. — an deffen Stelle ist für Brennereien der Betriebsplan getreten 113. 186. — muß reinlich ausbewahrt sein, und dem Steuerbeamten jederzeit vorgelegt werden können 113. — Strafe der Berletzung dieser Borschriften 127. — der Kälschung des Buches 132. —

Vertheibigung

schriftliche; bazu foll bem Angeschuldigten in Sachen, wo Gelbbufe und Werth bes Confiscates 50 Thir. übersteigen, eine Frist von vier Woschen gegeben werden 386. 387. —

Bermalter

von Brennereien haben die Declaration mit ber Bemerkung: "daß sie im Namen des Besigers handeln", zu vollziehen 187. —

Berwiegung

bes Braumalzes 114. — bes Getreibes behufs Erhebung ber Mahl-(Körner-) Steuer 256. — bes Fabrifates aus den Körnern bei dem Ausgange aus der Mühle 271. — der Runkelrüben behufs Ermittelung der Steuer 275. — geschieht nach Zollgewicht 285. — wo und wie fie bei ber Abfertigung zollpflichtiger Waaren auf ben größten Flüssen, so wie bei ben, auf Begleitschein Rr. I. eingehenden Waaren geschieht 318. — welche Umhüllungen ber Waaren bei ber Verwiegung abgenommen werden burfen 369. — siehe auch Gewicht. —

Biehfalz

fiehe Salz. —

Biftualien=Banbler

welche für eigne Rechnung schlachten und mit bem Fleische hanbel treiben, find neben ber Gewerbesteuer für ben handel auch die Steuer als Schlächter ju zahlen verpflichtet 53. —

Visitation

körperliche, ift bei verbächtigen Personen gestattet unter Beobachtung ber bafür vorgeschriebenen Maaßregeln 297. 340. — Bistationen konnen von ben Steuerbeamten eines im Zollfartell stehenden Staates auch auf dem Gebiete bes anderen vorgenommen werden 394. —

Vorauszahlung

ber Rlaffensteuer 44. — ber Gewerbesteuer 58. — ber Braufteuer 115. — ber Maischsteuer tritt ein, wenn bie Zahlungsfrift am letten Monatstage einmal versäumt ift 190. —

Vorlabung

ber Offiziere und Soldaten in summarischen Steuerprozessen 152. — ber Zeugen 153. — auswärtiger Defraubanten und Zeugen 156. — ber Steuerbeamten 157. — ber Angeschulbigten und Zeugen in abministrativen Untersuchungen geschieht burch Steueraufseher oder Unterbediente ber Aemter 386. — in ben im Zollfartell stehenden Staaten 393. 398. — siehe auch Instinuation. —

Vormaisch-Bottig

barf nur frische noch nicht gabrende Maische und nur im Verhältniffe zu ber in ben entsprechenben Bottichen enthaltenen Menge von Maische, enthalten 224.

Borftäbte.

beren ausnahmsweise ganzliche Ausschließung ans bem mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Bezirt 260. — gehören in ber Regel zum außesten Stadtbezirt 270. — 31*

B.

Waage

muß in seber Branerei vorhanden sein 114. — bis fle angeschafft ist, kann ber Betrieb versagt werden 115. — muß in Rübenzuckerfabriken nebst ben erforderlichen Gewichten vorhanden sein 275. —

Maaren

an benen eine Steuercontravention verübt ift, find in Befchlag gu nehmen 134. — welche als frembe anzusehen find 288. — zollpflichtige haften für die darauf rubende Abgabe und konnen, bis diefe berichtigt ift, mit Beschlag belegt werden 291. 292. - burfen nur gur Tageszeit und auf ber bestimmten Bollftrage über bie Grenze eingeführt werben 294. 302. — Ausnahme hiervon 303. — beren Behand-lung und Abfertigung beim Gin- und Ausgange 295. — namentlich bei Berfendungen aus bem Inlande burch bas Ausland nach bem Inlande 328. 329. — auf Deffen und Märkten 299. 330. 331. wenn fie blos zur Bervollsommnung ober Bearbeitung mit Borbehalt bes Wieberausgangs eingeben nub umgefehrt 299. 331. 332. — beren Revision 307 sq. — weitere Behandlung berselben bei ber Abfertigung wenn sie sofort in freien Berkehr treten 308. 309. — weiter angemelbet werben muffen 310. — wenn fie beim Gingangsamte, ober in einer öffentlichen Nieberlage niebergelegt, ober gur Bergollung bei einem Amte ohne Niederlage beclarirt werden 311. — jur unmittelbaren Durchfuhr bestimmt find 312. — einem Ausgangszoll unterliegen 313. — wenn bie Ausfuhr erwiesen werben muß 314. — wenn sie mit den Kahrposten oder Extraposten eingehen 315. 316. — wenn fie unter Begleitscheincontrolle geben 317 sq. — beren Berschluß 321. - beren Behandlung, wenn fie in Padhofen ober fonftigen Riederlagen fich befinden 323. — Rechte bes Staats auf Baaren im Pachofs-lager 321. — wenn fie von bort nicht abgeholt werden 324. — beren Berminderung auf dem Lager begründet Anspruch auf Zollerlaß 323. - beren Transport im Grenzbezirk unterliegt besonderen Controllmaaßregeln 333 sq. — Beschräufung bes Handels mit gewiffen Waa-ren im Grenzbezirk 336. — beren Transport im Binnenlande unterliegt in gewiffen Källen einer besondern Controlle 336. 337. — beren Empfänger muß bie barüber lautenden Frachtbriefe ber Controllstelle vorlegen 338. — beren Bebandlung während des Transportes auf Begleitschein I. 354. 355. - namentlich wenn barüber anbere verfügt wird 357. — bei Begleitschein II. 361. — Kurze Waaren 367. fiebe auch Declaration. - Befugniffe ber Aemter gur Abfertigung ber Baaren 367. 368. — Waarenmengen unter -1000 Centner bleiben zollfrei 368. 369. — Waaren, mit benen ein Zollvergehen verübt ift, werden confiscirt 381. — beren Eigenthum geht fofort auf ben Staat über 381. 382. — beren Freilassung und Berkauf 383. 384. — Waaren, welche Uebergangsabgaben unterliegen 400. 403. - beren Abfertigung und Transport 404. 405. —

Bagrenbestellungen

beren Auffuchung im Umberziehen 71. 72. 73. 77. — Insbesonbere von Ausländern 76. 77. — dürfen fortan mit Ausnahme des Beins nur bei den betr. Gewerbtreibenden, nicht bei Privatpersonen gesucht werden 81. 82. — Strase der Zuwiderhandlung gegen diese Borschrift. 82. —

Waarenführer

beffen Berpflichtungen und Berhalten beim Gingange über bie Grenze 294. 295. — im Grenzbezirk und außerhalb des Grenzbezirks 296. muß bem Grenggollamte feine Papiere übergeben und bie Labung beclariren 303. 305. - beffen Berpflichtung bei eintretenber Bergogerung bes Transports ber unter Begleitschein gehenden Waaren 318. 319. — fann gegen Sicherheitsbestellung verlangen, bag bie Labung von ber fpeziellen Revision befreit bleibe 309. - bedarf im Grenzbezirk eines Transportausweises (Legitimationsscheins) 333. — und beim Transport im Binnenlande controllpflichtiger Waaren eines Krachtbriefes 337. - feine sonstigen Berpflichtungen bierbei 339. muß bei Bagren unter Begleitschein bie Beranderung bes Transportes anzeigen 355. - bei bem Erledigungsamte feine Begleiticheine und fonftigen Papiere vorlegen 358. - tann ein Begleitschein-Abgabeatteft verlangen 359. - felbft vor erfolgter Revision ber Baaren 360. verfällt nicht in bie Strafe ber wiederholten Defraubation, benn er ohne eigne Schuld blos nach feinen Frachtbriefen unrichtig beclarirt bat 378. —

Waarenlager

fiebe Lager, Nieberlage.

Waarenverfehr

siehe Berkehr.

Waarenverschluß

fiebe Berfoluß.

Waarenverzeichniß

amtliches zur Erläuterung und richtigen Anwendung bes Zolltarifs 291. 364. —

Waffen

zu beren Gebranch sind die Grenzbeamten nach dem Gesetze vom 28. Juni 1834 befugt 294. — Nähere Borschriften hierüber 370 sq — insbesondere für den Gebrauch der Schufwaffen 371. 372. — Strafe des Mißbrauchs derselben 374. —

Wagen

bürfen als Transportmittel zollfrei eingehen 370.

Wein

Bestellungen barauf bürsen von Reisenden bei Privatlenten gesucht werden 81. — bessen Versteuerung von Seiten des Weindauers. — s. We in steuer. — Kreditlager für fremden Wein 327. — Vorschriften für Bewilligung des Gefällekredites auf denselben 328. — auf Wein sindet das Niederlagsrecht in der Regel nicht Anwendung 322. — dessen Verstendung in Mengen über $\frac{1}{2}$ Centner unterliegt im Binnenlande der Controlle 337. — davon wird eine Uebergangsabgabe entrichtet 403. —

Weinberge

beren Rlafsification behufs Ermittelung ber ehemaligen Beinmoft-Steuer 117. — behufs ber Erhebung ber Beinfteuer 246. —

Weinlager

fiebe 2Bein.

Weinsteuer

ward zunächt als Wein most-Stener erhoben 104. — beren Ermästigung und Erlas bei Miswachs 105. — beren Controlle 117. 118. — Strafe der Contraventionen gegen die Weinmoststener 129. 130. — Erhebung der Weinstener 244 sq. 248 sq. — ist nach der Derklickeit und Güte des Gewächses verschieden 244. — Zeit der Entrichtung 245. 249. — muß von dem Känser noch nicht versteuerter Weinbestände sofort entrichtet werden 245. 249. 250. — wird unter Gewährung eines Abzugs von 15 Proc. des gewonnenen Mostes berechnet 250. — deren Ermäßigung bei Miswachs 246. —

Weizen

unterliegt ber Mahlsteuer 257. — Steuersatz bei ber Bermischung mit anderem Getreibe 257. — Steuer von den Weizensabrikaten 262.

Widerseglichfeit

gegen Stenerbeamte wird mit 10 — 50 Thaler bestraft 133. — 3ur Festsehung dieser Strafe sind die Verwaltungsbehörden befugt 133. — gegen Grenzbeamte berechtigt sie Lestere zum Gebrauche ihrer Waffen 371. — Strafe ber Widerleblichkeit gegen Grenzbeamte 382. —

3.

Beit

fiebe Frift.

Beugen

beren Bernehmung wenn fie Anslander find 156. - burch ben Saupt-

amtsjnstitiar 178. — ihnen werben bie baaren Auslagen aus bem Stenerextraordinario exstattet 153. — beren Gebühren, Diäten und Reisebosten sind sofort zu zahlen 181. — sie müssen ben an sie exgehenden Vorladungen der Zoll- und Stenerstellen Folge leisten 386: — deren Vernehmung in den zum Zollfartell verbundenen Staaten 398. — siehe auch Untersuchung, Kosten. —

Biegen

unterliegen ber Schlachtsteuer 258.

Boll

ift Eingangs-, Ausgangs- ober Durchgangszoll 286. 288. — beffen Bobe ergiebt ber Bolltarif 288. — wird nach Gewicht, Daag ober Studkabl erhoben 289. — Berpflichtung zur Zollentrichtung unter Berhaftung ber Baaren 291. — Erhebung bei Beranderungen bes Tarifs 290. — Berjährung bes Zolles 292. — Befreiung davon findet nicht Statt 293. — Ausnahmen hiervon 298. 299. 300. — beffen Ermittelung erfolgt auf Grund ber Revision 308. — beffen Entrichtung beim Eingange 309. — bei einem Amte im Innern 311. — beim Durchgang 312. — bei bem Ausgange 313. — beim Eingange mit ben Poften 314. 315. - bei Baaren, welche unter Begleiticheintontrolle geben 317 sg. - für ben Boll haftet bie im Pachof Tagernbe unverzollte Waare unbedingt 323. — beffen Kreditirung überhaupt 327. — namentlich bei fremdem Wein 328. — beffen Erlaß bei Berminberung ber Waaren auf bem Pachhofelager 323. — beffen nabere Bestimmung burch ben Jolltarif 364 sq. — wird vom Netto- ober Bruttogewicht erhoben 365. — Befugniffe ber Aemter gur Erhebung 367. 368. — in Beträgen unter 6 Pfennigen wird er nicht erhoben 369. - beffen Berechnung und Erhebung bei Bollbefraubationen 377. - wird aus bem Erlofe ber in Befchlag genommenen Baaren bormeg entrichtet, wobei werthvolle Gegenstände ben Ausfall an minber werthvollen beden 383.

Zollabrechner

fertigt auf Berlangen bie Declaration Ramens bes Waarenführers aus 305. —

Bollbeamte

siehe Steuer-Grenz-Beamte.

Bollbehörden

jum Zwed ber Feststellung und Erhebung bes Ein-, Aus- und Durchgangszolles, bestehen sowohl im Grenzbezirk als im Innern des Landes 293 340.343. — siehe übrigens Hauptamt, Steueramt, Neben-Zollamt. —

3oll=Defraudation

Unterschied von Contrebande und Thatbestand berfelben 375. - Wann

fie für vollbrucht angenommen wird 376 — Zuläfsigkeit eines Gegenbeweises in gewissen Källen 377. — Berechnung der Gefälle dabei 378. — unter erschwerenden Umständen 378. — unter dem Schuße von Bersicherungen 379. — in Concurrenz mit anderen Berbrechen 382. 399. — Feststellung des Thatbestandes 384. — deren Untersuchung und Bestrafung im gerichtlichen Bersahren 385. — im Berwaltungswege 386. 387. — deren Feststellung und Bersolgung auf dem Gebiete der im Zollfartell stehenden Staaten 394. 398. — deren Untersuchung und Bestrafung in diesen Fällen 397. 399. —

Bollfreiheit

findet im Allgemeinen nicht Statt 293. — Ausnahmen bavon treten ein für Versendungen aus dem Inlande durch das Ausland nach dem Inlande 298. 328. — beim Meß- und Marktverkehr, Einführung von Stoffen zur Veredlung zc. 299. 330. 331. — beim kleinen Grenzverkehr und beim Seeverkehr 300. — für Strandgüter und Waaren auf Schiffen, die verunglücken oder einen Nothhafen suchen 332.

Bollgewicht

bessen Einführung 300. — Verhältniß zum preußischen Gewicht 301. zu anderen Gewichtsgrößen 365. — Sonstige Bestimmungen über bessen Anwendung 300. 301. — und auch bei Verwiegung der Runfelrüben in den Zuckersabriken zum Grunde gelegt 285. — dessen Auswendung bei ber Waarenkontrolle im Binnensande 337. —

3011=Lager

Zweck und verschiedene Arten der Zolllager 298. 325. — bahin durfen Waaren, die schon in einem Pachhofe gelagert haben, in der Regel nicht gelangen 325. — auf demfelben ist die Umpackung der Waaren nur so weit gestattet, als ihre Erhaltung es ersordert 326. —

Boll=Linie .

ist die Grenze des Staatsgebiets gegen das Ausland 293. — darf mit zollpflichtigen Gegenständen nur zur Tageszeit und auf der er-laubten Straße überschritten werden 294. — der Transport von der Zolllinie dis zum Grenzzollamt muß ununterbrochen fortgescht werden 294. —

Zollstraße

wird als solche besonders amtlich bezeichnet 293. — auch besonders bekannt gemacht 340. — muß beim Transport mit abgabepstichtigen Gegenständen genan inne gehalten werden 294. 302. — An der Seefeite bilden die Höfen und bestimmten Landungspläse die Zollstraße 294. — Ausnahmen von der Berpstichtung zum Innehalten der Jollstraße 302. 303. — Zollstraßen für die, einer Uebergangsabgabe unsterliegenden Gegenstände 403. —

3011-Tarif

wird alle brei Jahr im Ganzen berichtigt 290. — ju beffen Anwendung bient bas Waarenverzeichniß 291. —

Bollverein

beffen Fortbauer bis zum Jahre 1853 incl. 286. — beffen gemeinschaftliche Bestimmungen wegen ber Rübenzudersteuer 282. 283. —

Bollvergeben

fiebe Defraudation, Ordnungsprafe.

Buderwaffer

wird auf Branntwein verarbeitet 210. — besondere Controllvorschriften hiebei und Art ber Besteuerung 211. —

Gebrudt bei C. Seifter.

